

**J A H R B U C H F Ü R W I R T S C H A F T S G E S C H I C H T E**

**STHULLEDERSTRASSE 1972 · T E I L I I**

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN  
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen),  
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), J. Purš (CSSR), E. Ragionieri (Italien), S. I. Tjulpanow  
(Sowjetunion)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Hans Czihak,  
Renate Günther, Horst Heining, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor  
Kretschmar, Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Karl Reißig,  
Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Irene Strube

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann  
Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter  
Thümmeler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmeler

# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1972 · TEIL II



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1972



72/2338

Redaktionsschluß: 15. 9. 1971

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3 - 4

Copyright 1972 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/53/72

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza

Bestellnummer: 2103/72/2 · ES 5 B 2 · 14 D

EDV 752 128 4

Einzelpreis des Bandes 20, - M

Abonnementpreis des Jahrganges 72, - M (4 Bände), Einzelband 18, - M

# INHALT

## Zu diesem Band

7

### Über die Wirtschaftsgeschichte der DDR. Zum 20. Jahrestag der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

W. Falk/H. Müller/  
K. Reißig

Die historische Bedeutung der II. Parteikonferenz der SED. Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR - Bestandteil des revolutionären Weltprozesses

BL 083

11

G. Kohlmeier

DDR und RGW

43

A04

W. Szewczyk

Probleme der Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse unter Führung der SED in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR (1955/1956 bis 1961/1962)

BL

81

V. Klemm

Zwanzig Jahre sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR

107

BL

H. Winzer

Zur führenden Rolle der Parteiorganisation bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihre Darstellung in der agraren Betriebsgeschichtsschreibung unter besonderer Berücksichtigung des Bezirkes Cottbus

137

BE 37

H. Seifert

Die Bedeutung der II. Parteikonferenz der SED für die Aneignung, Anwendung und Entwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR

155

BL

E. Rehbein/R. Keil/  
P. Kirchberg/J. Schmädicke/  
H. Wehner

Zur verkehrspolitischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik

183

BL

J. Roesler	BL 278	Die Rolle der Planung und Leitung bei der Umgestaltung der privaten Industrie und des Handwerks in der Übergangsperiode	213
H. - J. Nagel	BL 278	Die Einbeziehung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung in die sozialistische Planwirtschaft beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik	229
G. Neumann	BL 525	Das Chemieprogramm der DDR	241
E. Fiedler	BL 278	Die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft - Leitbild imperialistischer Propaganda und Politik gegen die sozialistische Planwirtschaft der DDR bis zur Mitte der sechziger Jahre	273
E. Strohbach	BL 9-11	Zwanzig Jahre demographische Entwicklung in der DDR	289
H. Radandt	A 135	Zur Darstellung des sozialistischen Aufbaus in Betriebsgeschichten	313

Zu diesem Band

Der vorliegende Band nimmt den 20. Jahrestag der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die im Juli 1952 stattfand, zum Anlaß, um die neuesten Forschungsergebnisse unserer Wirtschaftshistoriker vorzuführen, die sich mit der Geschichte der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik der DDR beschäftigen. Der hohe aktuelle Wert, der dieser Thematik zukommt, und die grundsätzliche Bedeutung der aufgeworfenen Probleme schienen uns die Gestaltung eines ganzen Bandes unter diesem Thema hinreichend zu begründen - eine Lösung, die wir, dem Charakter unseres Jahrbuchs gemäß, sonst nicht anstreben. Es ist unsere Absicht, mit den vorliegenden dreizehn Studien sowohl die Kontinuität und Problematik des revolutionären Prozesses auszuweisen, der mit Kriegsende auf dem Gebiet der DDR einsetzte, als auch in die ganze Breite und Vielfalt des Gegenstandes Einblick zu geben. In diesem Sinne umfassen die Untersuchungen die Geschichte der Wirtschaftspolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der internationalen sozialistischen Wirtschaftsintegration und bestimmter Bereiche der Produktivkräfte im Sozialismus, sie behandeln ökonomische Aspekte der Bündnispolitik der Arbeiterklasse, die verkehrspolitische und demographische Entwicklung der DDR, die Betriebsgeschichtsschreibung und schließlich auch das Agieren der imperialistischen Wirtschaftshistoriographie. Die Beiträge sind in der Regel so abgefaßt, daß sie über die Fachhistoriker hinaus auch einen größeren Kreis historisch interessierter Leser ansprechen.

Indem der vorliegende Band den erreichten Stand bei der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte der DDR widerspiegelt, macht er allerdings auch die Aufgaben sichtbar, die auf diesem Gebiet noch zu lösen sind. Umfassende Untersuchungen über die Geschichte der Arbeiterklasse und der Produktivkräfte während des sozialistischen Aufbaus sind zwei besonders wichtige Vorhaben, die neben vielen anderen noch zu verwirklichen sein werden. Wir werden über den Fortgang der Untersuchungen auch auf diesem Gebiet berichten.

Dezember 1971

# ÜBER DIE WIRTSCHAFTSGESCHICHTE DER DDR

Zum 20. Jahrestag der II. Parteikonferenz der  
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands



## DIE HISTORISCHE BEDEUTUNG DER II. PARTEIKONFERENZ DER SED

Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR -  
Bestandteil des revolutionären Weltprozesses

von Waltraud Falk/Hans Müller/Karl Reißig

1. Der revolutionäre Weltprozeß und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR
2. Die Eingliederung der DDR in das sich entwickelnde sozialistische Weltwirtschaftssystem
3. Voraussetzungen für die sozialistische Revolution in der DDR
4. Die politisch-ideologische und staatspolitische Konzeption der II. Parteikonferenz der SED für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR
5. Die wirtschaftspolitische Konzeption der II. Parteikonferenz der SED für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR
  - a) Ausbau der ökonomischen Kommandohöhen in Gestalt des volkseigenen Sektors der Wirtschaft
  - b) Neuaufbau und Rekonstruktion der Industrie
  - c) Maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität
  - d) Die Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs als wichtige Triebkraft beim sozialistischen Aufbau
  - e) Gewährleistung der systematischen Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen
6. Das Studium der Erfahrungen der Sowjetunion und die Entwicklung des ökonomischen Denkens

Vor zwanzig Jahren, im Sommer 1952, fand in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin die II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Sie faßte einmütig den Beschluß, in der Deutschen Demokratischen Republik die Grundlagen des Sozialismus zu errichten. Wesentliche Teile der Arbeiterklasse und vor allem ihr Vortrupp, die SED, waren sich bewußt, daß mit dem Aufbau des Sozialismus ein neues Zeitalter in der Geschichte des deutschen Volkes eingeleitet wurde. Der zurückgelegte Weg und der historische Standort zu Beginn der siebziger Jahre weiten den Blick zur historischen Betrachtung und Analyse und lassen manche Seiten des historischen Prozesses aus der Sicht seines bisherigen Ergebnisses deutlicher hervortreten. Die II. Parteikonferenz gehört zu den revolu-

tionären Traditionen, von denen Erich Honecker im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED sagte: "Unsere Partei hat stets wichtige Schlüsse aus dem Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gezogen und die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse und des Volkes hochgehalten."<sup>1</sup> Die historische Analyse der II. Parteikonferenz der SED ist vor allem deshalb von geschichtswissenschaftlicher Bedeutung, weil sie erstens zeigt, daß und wie die antifaschistisch-demokratische Revolution und die sozialistische Revolution in der DDR sich von Anfang an als Bestandteil des revolutionären Weltprozesses entwickelten und daß die Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise in der DDR politisch, ökonomisch und ideologisch unmittelbar mit der Entwicklung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems verbunden war; weil sie zweitens wichtige historische Beweise erbringt für die Allgemeingültigkeit des Marxismus-Leninismus, der allgemeinen Voraussetzungen und Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, insbesondere auf wirtschaftspolitischem Gebiet.

## 1. Der revolutionäre Weltprozeß und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR

Die II. Parteikonferenz der SED ging bei der Ausarbeitung der Strategie und Taktik für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus davon aus, daß sich die sozialistische Revolution in der DDR als Bestandteil des revolutionären Weltprozesses entwickeln würde.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution bestätigte die von den Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus begründete Prognose über den allgemeinen Weg zum Sozialismus und über die Prozeß- und Phasenentwicklung der ausbeutungsfreien Gesellschaft. Nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ging aus der Analyse der Niederlage der deutschen Novemberrevolution hervor, daß es in einem solchen staatsmonopolistischen Land wie Deutschland nicht möglich sei, mit einem Sprung die Diktatur des Proletariats zu errichten.<sup>2</sup> Das war auch eine historische Bestätigung der Leninschen Theorie von der demokratischen Revolution. Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale schuf durch die Strategie und Taktik der Einheitsfront und der Volksfront wichtige Voraussetzungen<sup>3</sup> für den Sturz der faschistischen Diktaturen und den Sieg der demokratischen Revolutionen in Europa und Asien. Die nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen sozialistischen Staaten gingen aus volksdemokratischen Revolutionen im Ergebnis der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus hervor.<sup>4</sup>

Eine wichtige geschichtswissenschaftliche Frage für die richtige Einordnung der Geschichte der antifaschistisch-demokratischen Revolution und der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der DDR in den revolutionären Weltprozeß ist die Frage nach der Kongruenz mit den demokratischen Revolutionen nach dem zweiten Weltkrieg. Die überwiegende Mehrheit der Länder, die bisher den Weg zum Sozialismus beschrritten haben, hat zwei Etappen der Revolution oder zwei Revolutionen durchlaufen.

1 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, S. 96.

2 Vgl. Ulbricht, Walter, Referat zum "Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in: Einheit, Sonderheft August 1962, S. 33 - 35.

3 Vgl. Dimitroff, Georgi, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: Dimitroff, Georgi, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 549 - 612.

4 Vgl. Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, hg. v. Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Berlin 1967, S. 85 - 98.

Die Autoren des Buches "Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems" bezeichnen den Übergang von der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern zur Diktatur des Proletariats als das entscheidende Kriterium für die Unterscheidung zwischen demokratischer und sozialistischer Revolution. Sie kennzeichnen den volksdemokratischen Staat "als Diktatur breiter Schichten des Volkes, der das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zugrunde lag, als eine Form der zeitweiligen revolutionär-demokratischen Macht der revolutionären Klassen unter der Hegemonie der Arbeiterklasse, die das Hinüberwachsen der demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution, den Übergang zur Diktatur des Proletariats verwirklichte".<sup>5</sup>

Die Etappe der demokratischen Revolution nahm in den einzelnen Ländern, die bisher den Weg zum Sozialismus beschritten haben, eine unterschiedliche Zeitdauer ein. In Rußland fand die demokratische bzw. bürgerlich-demokratische Revolution von 1905 - 1907 und von März bis Oktober 1917 statt. In Bulgarien nahm die Revolution 1944 sofort sozialistischen Charakter an. In der VR Albanien (1939 - 1945), in der ČSR (1944 - 1947), in der DDR (1945 - 1949), in der SFR Jugoslawien (1941 - 1945), in der VR Polen (1944 - 1947), in der SR Rumänien (1944 - 1947) und in der Ungarischen VR (1944 - 1947) fanden demokratische Revolutionen statt, die unmittelbar in sozialistische Revolutionen hinüberwuchsen. Nur kurze Zeit dauerte die Etappe der demokratischen Revolution in der Koreanischen VDR (1945 - 1946) und in Kuba (1959 - 1960). In der VR China (1919 - 1949), in der Mongolischen VDR (1921 - 1940) und in der DR Vietnam (1930 - 1954) nahm die demokratische Etappe der Revolution den längsten Zeitraum ein.<sup>6</sup> Dieser Vergleich ergibt folgendes Bild: Erstens gab es in allen angeführten Ländern, mit Ausnahme der VR Bulgarien, in der die Aufgaben der demokratischen Revolution im Verlaufe der sozialistischen Revolution mit gelöst wurden, eine demokratische (bzw. bürgerlich-demokratische) und sozialistische Etappe der Revolution. Zweitens ist die Zeitdauer der demokratischen Revolution in den europäischen volksdemokratischen Ländern annähernd gleich. Sie beträgt im Durchschnitt vier Jahre. Drittens liegt die entscheidende Zäsur des Übergangs von der demokratischen zur sozialistischen Revolution in den meisten dieser europäischen volksdemokratischen Länder im Jahre 1947/1948. Auch in der DDR waren 1948 die wichtigsten Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen Revolution erfüllt. In den meisten dieser Länder vollzog sich der Übergang von der demokratischen zur sozialistischen Revolution nach der wissenschaftlichen Voraussage Lenins sofort und unmittelbar. Lenin hatte geschrieben, "von der demokratischen Revolution werden wir sofort, und zwar nach Maßgabe unserer Kraft, der Kraft des klassenbewußten und organisierten Proletariats, den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehenbleiben".<sup>7</sup> Dieser Übergang vollzog sich auch in der DDR permanent. Die Zäsur dieses Übergangs war jedoch nicht an einen Tag oder an ein Jahr gebunden, sondern war ein Prozeß, der sich von Mitte 1948 bis Mitte 1952 erstreckte. Die Ursachen für diese Überleitungsetappe, die zwischen der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Revolution lag, bestanden im konkreten Reifegrad des subjektiven Faktors und in der Pflicht der deutschen Kommunisten, alles zu tun, um in ganz Deutschland den Imperialismus und Militarismus zu überwinden.

Die entscheidende internationale Bedingung für den Sieg der volksdemokratischen Revolutionen in Europa und Asien nach dem zweiten Weltkrieg und auf Kuba zu Beginn der sechziger Jahre war die Existenz der sozialistischen Weltmacht Sowjetunion. Nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Einleitung der volksdemokratischen Revolutionen nach

<sup>5</sup> Ebenda, S. 87.

<sup>6</sup> Vgl. ebenda, S. 98.

<sup>7</sup> Lenin, W. I., Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung, in: Werke, Bd. 9, Berlin 1957, S. 232.

dem zweiten Weltkrieg stand nicht mehr die Aufgabe, den Sozialismus in einem Land aufzubauen, sondern in der sich herausbildenden Gemeinschaft sozialistischer Staaten.<sup>8</sup> Das war gegenüber der historischen Situation, in der der Sozialismus in der Sowjetunion zum Siege geführt wurde, von großem Vorteil. Die Völker der Sowjetunion hatten die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung unter der Führung der KPdSU im Existenzkampf mit dem Weltimperialismus geschaffen. Durch die kapitalistische Umkreisung der Sowjetunion von der Oktoberrevolution bis zum Ausgang des zweiten Weltkrieges waren die Bedingungen für die Schaffung des Sozialismus außergewöhnlich erschwert. Das betraf vor allem die Bedingungen des wirtschaftlichen Aufbaus. Um den Zukunftsinteressen der Sowjetvölker und der internationalen Arbeiterklasse sowie anderen fortschrittlichen Kräften zu entsprechen, mußten die Werktätigen der Sowjetunion beim Aufbau des ersten sozialistischen Staates große Entbehrungen und Opfer auf sich nehmen. Selbstverständlich waren die Revolutionen in Europa und Asien nach dem zweiten Weltkrieg ebenfalls von heftigen Klassenkämpfen im Innern dieser Länder und nach außen gegen den Imperialismus begleitet. Doch die welthistorischen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus hatten sich grundlegend verändert. In seinem Referat auf der II. Parteikonferenz stellte Walter Ulbricht dazu fest: "Die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges von der Sowjetunion befreiten Völker haben nicht mehr die Frage des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande zu lösen, sondern sie verwirklichen den Aufbau des Sozialismus mit Hilfe der grandiosen Errungenschaften des Sowjetvolkes und im Rahmen des Weltwirtschaftssystems der sozialistischen und demokratischen Staaten."<sup>9</sup>

Aus diesem grundlegenden Merkmal der historischen Situation ergaben sich weitere vorteilhafte Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR. Während die Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus einen weitgehend noch unerforschten und in der Praxis noch nicht erprobten Weg der gesellschaftlichen Entwicklung in die Zukunft beschreiten mußte, konnten sich alle folgenden sozialistischen Revolutionen auf diese Erfahrungen stützen, manche Fehler und Irrtümer vermeiden, vor allem aber auch solche Formen und Methoden der sozialistischen Umgestaltung verwirklichen, die im Marxismus-Leninismus und in der Politik der KPdSU zwar konzeptionell angelegt waren, aber durch die Schärfe des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion nicht voll entfaltet werden konnten (Ausnutzung des Staatskapitalismus, Teilnahme anderer Parteien an der Regierung, Umgestaltung der Landwirtschaft bei nur teilweiser bzw. schrittweiser Nationalisierung des Grund und Bodens und der wichtigsten anderen Produktionsmittel).

Von grundsätzlicher Bedeutung waren die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, die sich in den Erfahrungen der KPdSU und der Sowjetunion widerspiegelten. Es hieß dazu in dem genannten Referat: "Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erfolgt unter günstigen Bedingungen, denn wir können die großen Erfahrungen des Kampfes um den Sozialismus in der

<sup>8</sup> Vgl. Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, a. a. O. Dort heißt es: "Der Sieg des Sozialismus in einer großen Gruppe von Staaten ist die direkte Fortsetzung des Sieges der sozialistischen Revolution und des Sozialismus in der UdSSR." (Ebenda, S. 17.) "All das (die Analyse der Weltwirtschaft - d. Verf.) macht es erforderlich, die Frage der sozialökonomischen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution auf neue Art zu stellen, nicht ausschließlich vom Standpunkt der einzelnen Länder, sondern vom Standpunkt des Ganzen aus..." (Ebenda, S. 20.) "Die sozialistischen Revolutionen in Europa und Asien bilden eine mächtige einheitliche Front, an deren Spitze die Sowjetunion steht." (Ebenda, S. 32.)

<sup>9</sup> Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1952 (im folgenden: Protokoll), S. 61.

Sowjetunion und in den volksdemokratischen Ländern auswerten...<sup>10</sup> Die Aneignung und Anwendung dieser Erfahrungen wurde zu einem grundlegenden Erfordernis des sozialistischen Aufbaus in der DDR.

## 2. Die Eingliederung der DDR in das sich entwickelnde sozialistische Weltwirtschaftssystem

Die II. Parteikonferenz der SED stellte die Strategie und Taktik für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus auf die Eingliederung der DDR in das sozialistische Weltwirtschaftssystem ein. Sie ging davon aus, daß die Planwirtschaft in den sozialistischen Ländern den Abschluß langfristiger Handelsabkommen und Vereinbarungen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ermöglicht und die im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen Länder in der Lage sind, sich gegen alle Störmaßnahmen der kapitalistischen Monopole und gegen die Wirkungen kapitalistischer Krisen zu schützen. Die führende Rolle der Sowjetunion in der sozialistischen Weltwirtschaft bedeutete die stärkste Hilfe und beste Förderung der nationalen Wirtschaften der entstehenden sozialistischen Staaten.<sup>11</sup> Die Sowjetunion stellte den volksdemokratischen Staaten bis 1952 15 Milliarden Rubel in langfristigen Krediten zu überaus günstigen Bedingungen zur Verfügung. Sie half ihnen bei der Projektierung, Errichtung und Inangasetzung neuer Industriebetriebe. Die Sowjetunion wurde für alle sozialistischen Länder der Hauptpartner im Außenhandel. Sie bildete an ihren Hochschulen Tausende von Fachleuten aus den volksdemokratischen Ländern aus. Viele Arbeiter aus diesen Ländern lernten in sowjetischen Betrieben die moderne Technik beherrschen. Andererseits erhielt auch die Sowjetunion von den volksdemokratischen Ländern produktionstechnische Hilfe.<sup>12</sup> Mit der Entwicklung dieser Beziehungen und der Durchsetzung der sozialistischen Produktionsweise in den volksdemokratischen Ländern bildete sich das sozialistische Weltwirtschaftssystem heraus.

Wenn wir vom sozialistischen Weltwirtschaftssystem sprechen, dann haben wir hier zunächst zwei große historische Etappen im Auge. Die erste Etappe umfaßt die Zeit vom Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. In dieser Zeit entstand das Zentrum des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, die mächtige sozialistische Wirtschaft der Sowjetunion. Das Zentralkomitee der KPdSU stellte in seinem Bericht an den XVI. Parteitag der KPdSU fest, "daß neben dem kapitalistischen Wirtschaftssystem das sozialistische System besteht, das wächst, das gedeiht, das dem kapitalistischen System entgegengesetzt ist und das schon allein durch die Tatsache seines Bestehens die Fäulnis des Kapitalismus demonstriert und seine Grundlagen erschüttert."<sup>13</sup> Die Qualität und die Quantität der sozialistischen Wirtschaft der UdSSR und ihre geschichtlichen Wirkungen verdeutlichen, daß dieses System seit seiner Entstehung weltgeschichtlichen Charakter trug, auch wenn die sozialistische Produktionsweise vorerst auf ein Land begrenzt blieb. Jürgen Kuczynski schrieb 1952: "Durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution wurde die kapitalistische Weltwirtschaft zerrissen, ihre Einheitlichkeit zerstört, und eine neue, sozialistische Weltwirtschaft beginnt neben der kapitalistischen zu existieren."<sup>14</sup> Mit anderen Worten heißt das, daß der Ursprung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems ebenso im Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution liegt wie der Beginn der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab.

10 Ebenda, S. 68.

11 Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte der Weltwirtschaft, Berlin 1952, S. 195.

12 Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1960, S. 801.

13 Stalin, J. W., Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU (B), Berlin 1949, S. 13.

14 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 155.

Die zweite große geschichtliche Etappe der Herausbildung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems umfaßt den Prozeß des Sieges der demokratischen und sozialistischen Revolutionen in Europa und Asien, der mit der letzten Phase des zweiten Weltkrieges begann und bis zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in den meisten dieser Länder Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre reichte. Der XIX. Parteitag der KPdSU, der 1953 stattfand, schätzte den Zerfall des einheitlichen kapitalistischen Weltmarktes und seiner wirtschaftlichen Folgen als das wichtigste ökonomische Ergebnis des zweiten Weltkrieges ein.<sup>15</sup> Die Tatsache, daß diese Einschätzung auf den Markt begrenzt und noch nicht auf das System bezogen wurde, ergab sich aus dem konkreten historischen Reifegrad der sozialistischen Weltwirtschaft. Der XIX. Parteitag der KPdSU gab eine auf den sozialistischen Weltmarkt bezogene Charakteristik des entstehenden Weltwirtschaftssystems, indem er feststellte: "Die beiden Weltmärkte entwickeln sich in entgegengesetzten Richtungen. Der neue, demokratische Weltmarkt kennt keine Absatzschwierigkeiten, da seine Aufnahmefähigkeit, entsprechend dem krisenlosen Anwachsen der Produktion in den Ländern des Lagers der Demokratie, von Jahr zu Jahr größer wird, da das ständige Anwachsen der Produktion aller Länder des demokratischen Lagers die Aufnahmefähigkeit des demokratischen Marktes immer mehr erweitert."<sup>16</sup> Da die Außenhandelsbeziehungen zwischen den sozialistischen Staaten die hauptsächlichsten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen ausmachten, wurde die Charakteristik des sozialistischen Weltwirtschaftssystems weitgehend auf diese Sphäre begrenzt. Trotzdem wurde damit ein wichtiger theoretischer Ansatz für die Erforschung der Entwicklungstendenzen des sozialistischen Weltwirtschaftssystems gegeben. Die ökonomische Theorie des sozialistischen Weltwirtschaftssystems entwickelte sich dann vor allem seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre.

Die Wirtschaft der DDR war zur Zeit der II. Parteikonferenz der SED bereits eng mit dem sozialistischen Weltwirtschaftssystem verbunden. Das widerspiegelte sich vor allem im Anteil der Länder des RGW und besonders der UdSSR am Außenhandel der DDR.

Tabelle 1

Ausfuhr und Einfuhr der DDR nach Ländergruppen von 1949 bis 1955 und 1969<sup>+</sup>  
(in Millionen Valutamark)

Jahr	insgesamt	sozialistische Länder	darunter RGW-Länder	darunter UdSSR	Entwicklungsländer	kapitalistische Länder
1949	2 702,0	1 755,6	1 754,9	1 018,9	8,4	938,0
1950	3 677,8	2 659,9	2 659,9	1 460,7	13,6	1 004,4
1951	5 545,2	4 225,7	4 076,1	2 526,7	60,6	1 258,9
1952	6 348,1	4 766,0	4 463,6	2 686,5	93,9	1 488,2
1953	8 190,1	6 353,1	5 826,9	3 745,4	58,3	1 778,7
1954	10 020,5	7 625,4	6 864,9	4 381,6	137,5	2 257,6
1955	10 389,3	7 494,1	6 650,1	3 967,8	303,5	2 591,8
1969	34 682,1	25 239,9	23 817,9	14 287,7	1 439,7	8 002,4

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, S. 294 f.

15 Vgl. Malenkov, G. M., Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B) an den XIX. Parteitag, in: Neue Welt, Nr. 22 (158)/1952, S. 2679.

16 Ebenda.

Der Anteil der sozialistischen Länder am Außenhandelsumsatz der DDR betrug 1949 zirka 65 Prozent und stieg bis 1952 auf zirka 75 Prozent. Der Anteil der Sowjetunion am gesamten Außenhandelsumsatz der DDR stieg von 1949 mit zirka 38 Prozent bis 1952 auf zirka 42 Prozent. Im Rahmen der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit den sozialistischen Ländern nahm der Außenhandelsumsatz mit der UdSSR 1949 und 1952 zirka 57 Prozent ein. Wie die Tabelle zeigt, war die Wirtschaft der DDR bereits zu Beginn des sozialistischen Aufbaus durch den Außenhandel fest mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten verbunden. Die zu Beginn der fünfziger Jahre hergestellten Relationen im Außenhandel der DDR zu den verschiedenen Ländergruppen sind auch für die folgenden zwei Jahrzehnte und für die Abkommen in den siebziger Jahren charakteristisch. Neben der engen Verflechtung des Außenhandels der sozialistischen Staaten trug die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit maßgeblich zur Herausbildung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre bei. Bereits das Gründungskommuniqué des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe maß der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit große Bedeutung bei.<sup>17</sup> Auf seiner zweiten Tagung im August 1949 beschloß der Rat eine Empfehlung über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Sie sah den Austausch von Dokumentationen, Lizenzen und Erfindungen, den Erfahrungsaustausch, die gegenseitige Hilfe bei der Durchführung von Projektierungsarbeiten, die Ausbildung wissenschaftlicher Kader und die gegenseitige Gewährung technischer Hilfe vor.<sup>18</sup> Die Empfehlung sah ferner vor, lediglich die Kosten für die technische Herstellung der wissenschaftlichen und technischen Dokumentationen zu berechnen.<sup>19</sup> Auf der Grundlage dieser Empfehlung schloß die DDR von 1950 bis 1952 mit sieben sozialistischen Staaten entsprechende Abkommen ab<sup>20</sup>:

Staaten	Abkommen vom		Kommissionssitzungen 1950 bis 1955
VR Polen	6. Juni	1950	12
VR Bulgarien	19. Juni	1950	8
ČSR	23. Juni	1950	4
Ungarische VR	24. Juni	1950	2
Rumänische VR	22. September	1950	6
UdSSR	27. September	1951	4
VR Albanien	26. Februar	1952	2

Die annähernd gleichlautenden Abkommen sahen vor, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu entwickeln. Im Abkommen zwischen der DDR und der VR Polen wurden Formen und Inhalt der Zusammenarbeit wie folgt formuliert<sup>21</sup>:

17 Kommuniqué über die Wirtschaftsberatung von Vertretern volksdemokratischer Staaten und der UdSSR, in: Für dauerhaften Frieden, für Sozialismus, 1. 2. 1949.

18 Deutsches Zentralarchiv, Abt. S, 549 (-56/II/50).

19 Geißler, Horst, Die geschichtliche Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in den Jahren 1956 bis 1961, phil. Diss., Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1965 [Ms.], S. 36 - 41.

20 Zusammenge stellt nach: Dokumente der Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. I - IV.

21 Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vom 6. Juni 1950, in: ebenda, Bd. IV, Berlin 1957, S. 114 f.

- a) Ausarbeitung und Zurverfügungstellung von technischen Dokumentationen im Bereich der Konstruktionslösungen, der Technologie, von Produktionsverfahren und Exploitationslösungen;
- b) Zurverfügungstellung vorhandener technischer Produktionserfahrungen;
- c) Hilfeleistungen in Form von Konsultationen und Gutachten;
- d) Hilfeleistung bei der Montage und Inbetriebnahme von Produktionsanlagen;
- e) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fachschulung;
- f) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Forschungen und
- g) Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation.

Zur Leitung der Zusammenarbeit wurden gemischte zwischenstaatliche Ständige Kommissionen gebildet, die Statuten ausarbeiteten, zu Tagungen zusammenkamen und zwischen den Tagungen bevollmächtigte Vertreter in das Partnerland schicken konnten. Die Tagungen der Kommissionen für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit beschäftigten sich vorwiegend mit dem Austausch technischer Dokumentationen, der Entsendung von Spezialisten, der Ausbildung von Kadern für die Industrie und Landwirtschaft und der direkten technischen Hilfe beim Aufbau von Industriebetrieben an Ort und Stelle. In der Zeit des ersten Fünfjahresplanes fanden vierzig Tagungen der Kommissionen für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Staaten statt.

Auf der Grundlage der im Jahre 1950 abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen entstanden in der Zeit des ersten Fünfjahresplanes bereits einige Ansätze der direkten Zusammenarbeit in der Sphäre der materiellen Produktion. Zwischen der DDR und der Ungarischen Volksrepublik wurden zwei Regierungskommissionen gebildet, eine für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft und eine für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Lebensmittelindustrie.<sup>22</sup> Einige Abkommen enthielten bereits konkrete Kooperationsvereinbarungen. Zwischen der DDR und der ČSR wurde am 20. Juni 1955 die Verbindung der Energiesysteme und die gegenseitige Hilfe bei Havarien beschlossen.<sup>23</sup> Die DDR und die Rumänische Volksrepublik beschlossen, eine gemischte Gesellschaft für die Entwicklung der chemischen Industrie in Rumänien zu gründen.<sup>24</sup> Die DDR und die Volksrepublik Bulgariens erörterten 1955 die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne auf dem Gebiet der Schwerindustrie.<sup>25</sup>

Durch die Verwirklichung der Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wurden organisierte und planmäßige internationale Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern in der Sphäre der materiellen Produktion eingeleitet. Dabei überwog noch der gegenseitige Austausch bereits vorhandener Erfahrungen. Durch die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und den unentgeltlichen Austausch von Dokumentationen und Produktionserfahrungen erhielten die weniger entwickelten Volkswirtschaften einen größeren Nutzen. Sie konnten sofort alle Erfahrungen der industriell am weitesten entwickelten Länder, besonders der UdSSR, aber auch der ČSR und der DDR, für den Aufbau ganzer Industriezweige nutzen. Aber auch die bereits stärker entwickelten Volkswirtschaften zogen Vorteile aus dem gegenseitigen Austausch von Dokumentationen. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit entwickelte sich als eine Form der Wirtschaftsbeziehungen, die in jener Periode nicht dem Äquivalentenaustausch unterlag.

22 Dokumente der Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. III, Berlin 1956, S. 528.

23 Ebenda, S. 511 f.

24 Ebenda, Bd. I, Berlin 1954, S. 455 f.

25 Ebenda, Bd. II, Berlin 1955, S. 462.



Tabelle 2

Das Verhältnis zwischen erhaltenen und übergebenen Dokumentationen zwischen der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern bis zu Beginn der sechziger Jahre<sup>+</sup>

Land	Die Sowjetunion		Land	Die Sowjetunion	
	erhielt	übergab		erhielt	übergab
ČSR	1,1	: 1	VR China	1	: 12
DDR	1	: 1	VR Bulgarien	1	: 13
Ungarische VR	1	: 1,8	Koreanische VDR	1	: 78
Rumänische VR	1	: 2,3	VR Albanien	1	: 119
VR Polen	1	: 2,6	DR Vietnam	0	: 373
			Mongolische VR	0	: 491

+ Berechnet nach Stepanenکو, S. I., Naučno-techničeskoe sotrudničestvo socialističeskich stran (Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der sozialistischen Länder), Moskau 1962, S. 33 - 35.

Die Tabelle zeigt, daß die Sowjetunion den größten Anteil an der Dokumentationsübergabe an andere sozialistische Staaten hatte. Aus diesem statistischen Vergleich geht aber noch nicht die Bedeutung hervor, die die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion für die einzelnen Länder hatte. Für die DDR war in der Zeit des ersten Fünfjahrplanes der Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost das Symbol für den Nutzen dieser Zusammenarbeit. Es wurde nach zahlreichen wichtigen Projektierungsunterlagen, die die Sowjetunion zur Verfügung gestellt hatte, und mit der Hilfe sowjetischer Spezialisten aufgebaut bzw. später erweitert.<sup>26</sup>

Es ist interessant, daß sich in einer frühen Entwicklungsetappe des sozialistischen Welt-systems internationale Wirtschaftsbeziehungen entwickelten, in denen die Ware-Geld-Beziehungen vor allem deshalb nicht berücksichtigt wurden, um wesentliche, aus dem kapitalistischen Erbe herrührende Unterschiede im Stand der Produktivkräfte in den sozialistischen Ländern zu verringern. Wenn diese Form in späteren Etappen der Geschichte des sozialistischen Welt-systems auch teilweise korrigiert wurde, so ändert das nichts an der historischen Bedeutung, die die wissenschaftlich-technischen Beziehungen in dieser Form bei der Herausbildung und Festigung des sozialistischen Welt-systems hatten.

### 3. Voraussetzungen für die sozialistische Revolution in der DDR

Der von Lenin entdeckte Zusammenhang von demokratischer und sozialistischer Revolution fand auch in der Gründung der DDR seinen Ausdruck. Lenin hatte sowohl die Spezifik der demokratischen Revolution unter den Bedingungen des Imperialismus als auch die Probleme der Überleitung von der einen sozialen Revolution zur anderen erkannt.<sup>27</sup> Die wichtigsten strategischen Leitsätze zur Bewältigung dieser Probleme lauten: Die demokratische Revolution kann bei Strafe des Verlustes ihrer Errungenschaften nicht stehenbleiben. Die

<sup>26</sup> Heinrich, Manfred, Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der UdSSR während des ersten Fünfjahrplans der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 6/1967, S. 1048 ff.

<sup>27</sup> Vgl. Lenin, W. I., Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, in: Werke, Bd. 9, Berlin 1957, S. 14 f., 36 - 48, 74 - 77.

aus ihr hervorgegangene revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Teilnahme anderer Schichten des Volkes ist eine die Diktatur des Proletariats vorbereitende Macht. Zwischen der demokratischen und der sozialistischen Revolution besteht keine starre Grenze. Das sind außerordentlich wichtige Erkenntnisse Lenins über die Dialektik des revolutionären Prozesses.<sup>28</sup> Die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse war die Grundfrage bei der Überleitung von der antifaschistisch-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution.

Unmittelbar nach der Gründung der DDR mußten sich die Akzente im Verhältnis von demokratischer und sozialistischer Revolution verlagern. Von 1945 bis 1949 stand der Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Mittelpunkt der Strategie der revolutionären Partei der Arbeiterklasse. In der antifaschistisch-demokratischen Revolution waren Imperialismus und Militarismus mit der Wurzel ausgerottet worden. Die Arbeiterklasse hatte unter Führung ihrer revolutionären Partei die Hegemonie in der demokratischen Revolution verwirklicht, das Klassenbündnis mit den werktätigen Bauern geschaffen, ein breites politisches Bündnis aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte hergestellt und allmählich von unten nach oben demokratische Machtorgane errichtet. Die Gründung der DDR war zugleich das wichtigste Ereignis im Prozeß der Überleitung von der antifaschistisch-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution.<sup>29</sup>

Der historische Standort der Gründung der DDR im revolutionären Umwälzungsprozeß war durch zwei wesentliche Merkmale gekennzeichnet. Einmal sicherten die Staatsbildung, die Verfassung und der weitere Ausbau der Machtorgane die Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Revolution. Zum anderen boten die programmatischen Grundlagen, der Verfassungszustand und das Verfassungsrecht der Republik die Möglichkeit, die antifaschistisch-demokratische Revolution weiterzuführen und in die sozialistische Revolution überzuleiten.<sup>30</sup> Mit der Gründung der DDR war jener demokratische Staat geschaffen, auf dessen Boden und mit dessen Hilfe die von der SED geführte Arbeiterklasse auf friedlichem Wege um den sozialistischen Staat kämpfen konnte.

Im Maximalprogramm der "Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" vom April 1946 hatte die Partei diesen Weg zur Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse als einen möglichen Weg skizziert.<sup>31</sup> Daß aus dieser Möglichkeit geschichtliche Wirklichkeit wurde, war auf eine Reihe von Faktoren im Kräfteverhältnis der Klassen zurückzuführen. Durch die Anwesenheit der Sowjetarmee auf dem Territorium der späteren DDR und in ihrer Hauptstadt, in Berlin, wurden Bürgerkrieg und ausländische militärische Intervention verhindert. Das internationale Kräfteverhältnis hatte sich nach dem zweiten Weltkrieg durch die Herausbildung des sozialistischen Weltlagers, die Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterbewegung, die demokratische Bewegung und die Entstehung einer weltumspannenden Friedensbewegung entscheidend zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verändert. Die imperialistischen Kräfte, die die alte Ordnung in den Westzonen wieder errichteten, hatten noch keine eigene Armee und befanden sich noch im Prozeß ihrer Konsolidierung sowie der Restaurierung ihrer Macht. Die Gesamtheit dieser Bedingungen hatte es der Arbeiterklasse der DDR unter der Führung der SED ermöglicht, den friedlichen und demokratischen Weg zur Errichtung ihrer politischen Macht zu beschreiten.

28 Vgl. derselbe, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: ebenda, Bd. 28, Berlin 1959, S. 300 f.

29 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin 1966, S. 22.

30 Vgl. Ulbricht, Walter, [Interview] Die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Theorie für die Entwicklung der Politik der SED, in: Einheit, Nr. 2/1966, S. 157 ff.

31 Vgl. Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1965, S. 205 f.

Das Auftreten revisionistischer Kräfte in der kommunistischen und Arbeiterbewegung machte es erforderlich, diesen Weg klar zu definieren und von entstellenden Auffassungen abzugrenzen. Friedlicher Weg zur Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse hieß und heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß es sich um einen Weg ohne Bürgerkrieg und ohne ausländische militärische Intervention durch den Imperialismus handelt. Demokratischer Weg hieß und heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß es sich um einen Weg auf dem Boden der antifaschistisch-demokratischen Verfassung handelt, die ihrem Charakter nach eine Verfassung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Teilnahme anderer Schichten des Volkes war. Letztlich ist festzustellen, daß der friedliche und demokratische Weg zur Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse nicht mit der Bezeichnung gewaltlos identifiziert werden kann. Die sozialistische Revolution, an deren Anfang die Errichtung der Diktatur des Proletariats steht, ist die gewaltsame Umwälzung aller materiellen und ideologischen Verhältnisse der kapitalistischen Ausbeuterordnung.<sup>32</sup>

Die getroffene Feststellung, daß nach der Gründung der DDR im Verhältnis von demokratischer und sozialistischer Revolution eine Verlagerung der Akzente eintrat, heißt nicht, daß der Aufbau des Sozialismus unmittelbar begonnen oder proklamiert worden wäre. Vielmehr setzte die SED die Mitte 1948 beschlossene Politik zur weiteren Stärkung und zum Ausbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung fort. Sie nutzte alle Möglichkeiten und Potenzen, die dieser Ordnung innewohnten, aus.<sup>33</sup> Die qualitative Veränderung, die im Verhältnis von demokratischer und sozialistischer Revolution nunmehr eintrat, bestand darin, daß jede konsequente demokratische Maßnahme objektiv immer näher an die sozialistische Revolution heranführte. Zugleich hielt die SED an ihrer Konzeption, den wiedererstehenden westdeutschen Imperialismus in einem einheitlichen demokratischen deutschen Staat zu überwinden, fest und verzögerte sogar einige Maßnahmen und Bestrebungen, die zur sozialistischen Umgestaltung drängten. Sie unternahm große Anstrengungen, um durch ein breites Bündnis aller demokratischen Kräfte die Restauration des Imperialismus in Westdeutschland zu verhindern.

Der wichtigste historische Prozeß im Verlauf der Überleitung von der antifaschistisch-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution war die Errichtung der Diktatur des Proletariats.<sup>34</sup> Sie war die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die sozialistischen Programmziele der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung ihrer Verwirklichung näher kamen. Die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse war zugleich die entscheidende Bedingung, um den Prozeß des Übergangs von der antifaschistisch-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution zu bewältigen.

In der Periode von der Gründung der DDR bis zur II. Parteikonferenz der SED im Juli wurden wesentliche Grundlagen der Diktatur des Proletariats geschaffen. Für die Herausbildung der Diktatur des Proletariats war die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus von grundlegender Bedeutung. Durch die Aneignung des Leninismus, die vollständige Durchsetzung der Grundprinzipien der Partei neuen Typus, das Studium der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sowie durch ihre marxistisch-leninistische Einstellung zur KPdSU als dem Vortrupp und zur UdSSR als dem Zentrum der kommunistischen Weltbewegung entwickelte sich die SED zur marxistisch-leninistischen Partei.

32 Vgl. Gemeinsam zum Sozialismus. Zur Geschichte der Bündnispolitik der SED, Berlin 1969, S. 115 - 129.

33 Vgl. Heitzer, Heinz, Grundprobleme des Übergangs von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur sozialistischen Revolution in der DDR 1949/50, in: ZfG, Nr. 6/1968, S. 718 - 721.

34 Vgl. ebenda, S. 721 - 729.

Mit der Bildung des Obersten Gerichts, der Generalstaatsanwaltschaft, des Ministeriums für Staatssicherheit, mit dem Aufbau von Bereitschaften der Deutschen Volkspolizei, dem weiteren Ausbau der Grenzpolizei und der staatlichen Kontrollorgane wurden Einrichtungen geschaffen, die begannen, Funktionen der Diktatur des Proletariats auszuüben.<sup>35</sup>

Die Diktatur des Proletariats hat, wie Lenin lehrte, zwei grundlegende Aufgaben zu erfüllen. Sie muß den Widerstand der gestürzten Ausbeuterklasse brechen und die neue Gesellschaft, den Sozialismus, durch den Zusammenschluß aller Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei aufbauen.<sup>36</sup> Anfang der fünfziger Jahre hatten beide Aufgaben in der DDR gleichermaßen großes Gewicht. Nach der Gründung der DDR wurde der Klassenkampf mit großer Erbitterung geführt.<sup>37</sup> Der wiedererstehende westdeutsche Imperialismus und reaktionäre Kräfte in der DDR versuchten mit allen Mitteln, die Konsolidierung der jungen demokratischen Staatsmacht zu verhindern. Es war deshalb von entscheidender Bedeutung für die Stärkung der DDR und für die spätere Verwirklichung der sozialistischen Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung, daß die staatlichen Machtorgane zügig aufgebaut wurden und ihre Funktionen wahrnahmen.

Die Lösung der auf die Dauer weit schwierigeren Aufgabe, die im Aufbau der ausbeutungsfreien Gesellschaft besteht, wurde maßgeblich durch den ersten Fünfjahrplan und den Aufbau der wirtschaftsleitenden Organe gefördert.<sup>38</sup> Der erste Fünfjahrplan war das Programm zur konsequenten Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Revolution und zu ihrer Überleitung in die sozialistische Revolution. Mit ihm begann die langfristige zentrale staatliche Planung und Leitung der Volkswirtschaft und der wesentlichen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Damit wurde bereits im Prozeß der Errichtung der Diktatur des Proletariats begonnen, eine wichtige sozialistische Zielstellung der revolutionären Arbeiterbewegung zu verwirklichen. Welche Bedeutung gerade diesem Bereich der neuen Gesellschaft zukam, zeigte sich nicht zuletzt darin, daß die Ideologen des Imperialismus bereits Anfang der fünfziger Jahre einen ihrer Hauptangriffe gegen die zentrale staatliche Planung und Leitung der Volkswirtschaft richteten. Die zu jener Zeit von ihnen entwickelte wirtschaftspolitische Variante der Totalitarismus-Doktrin, die Theorie der "Zentralveraltungswirtschaft", sollte die Planwirtschaft diskreditieren und einen Keil zwischen die Arbeiterklasse und ihre Machtorgane treiben.<sup>39</sup> Die von der marxistisch-leninistischen Partei geführte Arbeiterklasse in der DDR mußte von Anfang an ihre politische Macht in steter unmittelbarer Konfrontation mit dem Antikommunismus und dem wiedererstehenden Imperialismus in der BRD aufbauen und gebrauchen. Sie hat deshalb frühzeitig die - von der Geschichte immer wieder bestätigte - Erfahrung gemacht, daß die Frage nach der zentralen staatlichen Leitung und Planung der Wirtschaft und Gesellschaft eine Frage der Macht ist, in der es keinerlei Kompromisse geben darf, wenn die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse nicht in Frage gestellt werden soll.<sup>40</sup>

Die Herausbildung der Diktatur des Proletariats war mit dem Beginn einer neuen Etappe in den Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Staaten verbunden.

35 Vgl. Vom Werden unseres Staates, v. einem Autorenkollektiv, Bd. 2, 1949 - 1955, Berlin 1968, S. 42 - 44, 62 f., 80 f.

36 Vgl. Lenin, W. I., Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 254 - 263.

37 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, a. a. O., S. 22 - 37.

38 Vgl. Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR, Berlin 1968, S. 177 - 189.

39 Vgl. Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1955.

40 Vgl. Ulbricht, Walter, Die weitere Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Referat auf der 9. Tagung des ZK der SED, 22. - 25. Oktober 1968, Berlin 1968, S. 73 - 85.

Die Sowjetunion war der erste Staat, der die DDR völkerrechtlich anerkannte und diplomatische Beziehungen zu ihr aufnahm. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich im Bewußtsein großer Teile der Bevölkerung der DDR wesentliche Veränderungen vollzogen. Durch die unermüdliche ideologische Arbeit der SED erkannten immer mehr Bürger, daß die Freundschaft mit der Sowjetunion eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk ist. Der proletarische Internationalismus und die Freundschaft zur Sowjetunion, einst nur von der Vorhut der Arbeiterklasse vertreten und in heftigen Klassenkämpfen mutig verteidigt, wurde in wachsendem Maße Allgemeingut der ganzen Klasse und anderer werktätiger Schichten.

Im Prozeß der Überleitung von der antifaschistisch-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution begann die von der marxistisch-leninistischen Partei geführte Arbeiterklasse, ihre führende Rolle auf einer neuen Stufe zu verwirklichen. Zwischen der Hegemonie des Proletariats in der demokratischen Revolution und der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution bestehen sowohl Zusammenhänge als auch qualitative Unterschiede. Ein wesentlicher Zusammenhang besteht darin, daß die Arbeiterklasse die revolutionäre Macht gebraucht, um die Revolution im Leninschen Sinne permanent zu machen, das heißt, die gesellschaftliche Umwälzung immer weiter in Richtung der sozialistischen Ziele voranzutreiben. Der wesentliche qualitative Unterschied besteht in der Tiefe und in der Komplexität der gesellschaftlichen Umwälzung, die mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats beginnt. Mit Hilfe dieses völlig neuen Staatstyps muß die Arbeiterklasse das Land verwalten, die Ausbeutung beseitigen, die Wirtschaft leiten, die Volksbildung organisieren, die Landesverteidigung aufbauen, eine neue Außenpolitik durchführen und ihre Weltanschauung zur herrschenden erheben.

Mitte 1952 war in der DDR eine neue Situation herangereift.<sup>41</sup> Der historische Übergangsprozeß von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur sozialistischen Revolution war bewältigt. Die wichtigsten Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus, die Existenz einer Partei neuen Typus und die Diktatur des Proletariats, waren gegeben. Sie waren auch in der DDR die grundlegenden Voraussetzungen für die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse.

Die neue Situation, die Mitte 1952 herangereift war, hatte folgende wesentliche Merkmale:

Erstens: Die Gesetzmäßigkeiten der modernen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab gelangten nunmehr auch auf deutschem Boden zum Durchbruch. In einem Teil eines ehemals hochentwickelten staatsmonopolistischen Landes, in dem die Arbeiterklasse die Mehrheit bildete, wurde begonnen, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erfolgte bei gleichzeitigem Fortbestehen der alten, historisch überlebten, imperialistischen Ordnung in der BRD. Sozialismus und Imperialismus standen sich unmittelbar gegenüber. Das war ein Ausdruck der enormen Verschiebung des Kräfteverhältnisses der Klassen zugunsten des Sozialismus. Man muß weltgeschichtliche Maßstäbe anlegen, um die Größe dieses historischen Vorganges messen zu können. Von 1917 bis 1945 konnte das imperialistische Weltssystem nicht verhindern, daß sich der erste sozialistische Staat der Welt, die Sowjetunion, behauptete und erfolgreich entwickelte. Er zerschlug die stärkste imperialistische Militärmaschinerie, den faschistischen deutschen Imperialismus. Von 1943 bis 1948/49 konnte das imperialistische Weltssystem nicht verhindern, daß in einem Dutzend europäischer und asiatischer Staaten die demokratischen Revolutionen siegten und den Boden für die sozialistische Revolution in diesen Ländern bereiteten. Anfang der fünfziger Jahre war es dem imperialistischen Weltssystem nicht möglich zu verhindern, daß sich im Herzen Europas der

41 Vgl. Kanzig, Helga/Reißig, Karl, Von der II. Parteikonferenz zur Perspektive des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, in: Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1967: 20 Jahre DDR - 20 Jahre Friedenspolitik, S. 60.

sozialistische deutsche Staat zu entwickeln begann. Dem Imperialismus gelang es nicht, die verlorene strategische Offensive wiederzugewinnen. Er geriet immer mehr in die historische Defensive.

Zweitens: Mit dem Beginn des sozialistischen Aufbaus in der DDR trat im Verhältnis zwischen den programmatischen Zielen und der Strategie der revolutionären Arbeiterbewegung eine grundlegende Veränderung ein. Der Sozialismus, bislang programmatisches Ziel, durch eine Reihe wechsellagerter Perioden auch auf deutschem Boden seiner Realisierung nähergebracht, wurde zur unmittelbaren strategischen Hauptaufgabe.

Drittens: Die neue strategische Situation Mitte 1952 war vor allem durch eine neue Qualität im Reifegrad des subjektiven Faktors gekennzeichnet. Im Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Werktätigen waren Veränderungen eingetreten. Der neue Inhalt der Arbeiterbewegung, der Aufbau der neuen Gesellschaft, setzte sich im Bewußtsein der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse durch und breitete sich in der gesamten Klasse aus. Er zeigte sich vor allem in der neuen Einstellung zur Arbeit und in der bewußten Entwicklung des Volkseigentums zum sozialistischen Eigentum.<sup>42</sup> Auch in der Landwirtschaft drängte der fortgeschrittenste Teil der Landarbeiter und der werktätigen Bauern zu sozialistischen Produktionsformen.

Viele Bürger aus breiten Kreisen des Volkes erkannten, daß es die SED war, die ihnen den Weg aus dem Chaos von 1945 gewiesen und sie zum demokratischen Neuaufbau geführt hatte. Die SED hatte die unbequeme und vielfach unpopuläre Aufgabe, dem Volk alle Wahrheiten der Geschichte zu sagen und die Entbehrungen und Opfer für den Aufbau der neuen Gesellschaft zu begründen, auf sich genommen. In unermüdlicher Arbeit hatte sie ein neues gesellschaftliches Bewußtsein geschaffen.

Aus der Geschichte der sozialen Revolutionen in der weltgeschichtlichen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus läßt sich die generelle historische Erfahrung ableiten, daß dem subjektiven Faktor und seinem Reifegrad für Sieg oder Niederlage der Revolution entscheidende Bedeutung zukommt, mehr noch, daß seine geschichtsbildende Funktion in dem Maße wächst, wie sich die ausbeutungsfreie Gesellschaft höher entwickelt und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus an Schärfe zunimmt. Die Novemberrevolution von 1918 scheiterte vor allem an dem nicht ausreichenden Reifegrad des subjektiven Faktors. Die antifaschistisch-demokratische Revolution dagegen konnte maßgeblich deshalb zum Sieg geführt werden, weil zunächst die KPD und nach der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien die SED der Entwicklung des subjektiven Faktors und seiner richtigen konkreten historischen Einschätzung größte Aufmerksamkeit schenkten. Man kann diese Erfahrung auch und insbesondere aus dem Beginn und dem Verlauf der sozialistischen Revolution ableiten. Vor allem die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, die seit 1917 und auch nach dem zweiten Weltkrieg in der Geschichte des deutschen Volkes eine zentrale Stellung einnimmt, hat an die Entwicklung des subjektiven Faktors hohe Anforderungen gestellt. Es war deshalb in Anwendung der allgemeingültigen Leninschen Revolutionstheorie auf die konkreten historischen Bedingungen notwendig, erst die geeinte marxistische deutsche Arbeiterpartei zur marxistisch-leninistischen Partei, zur Partei neuen Typus zu entwickeln, wesentliche Veränderungen im Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Werktätigen herbeizuführen, systematisch die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Beteiligung anderer Schichten des Volkes zur Diktatur des Proletariats aus- bzw. umzugestalten und dann die Aufgabe zu stellen, planmäßig die Grundlagen des Sozialismus zu errichten.

42 Vgl. Falk, Waltraud (zusammen mit Horst Barthel), Kleine Geschichte einer großen Bewegung, Berlin 1966, S. 70 ff.

#### 4. Die politisch-ideologische und staatspolitische Konzeption der II. Parteikonferenz der SED für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR

Angesichts des in der DDR erreichten gesellschaftlichen Entwicklungsstandes war 1952 der Aufbau des Sozialismus zu einer strategischen Aufgabe geworden. "Die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind soweit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist. Das deutsche Volk, aus dem die bedeutendsten deutschen Wissenschaftler, Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, hervorgegangen sind, wird unter Führung der Arbeiterklasse die großen Ideen des Sozialismus verwirklichen".<sup>43</sup> So hieß es im "Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus". Das Kampfziel der deutschen Arbeiterklasse, für das unermessliche Opfer gebracht worden waren, das von vielen ersehnt worden war, das als eine große, schöne und herrliche Idee all denen vorschwebte, die dafür gekämpft und gelitten hatten, wurde nunmehr in der DDR Wirklichkeit. "Nun eröffnet sich für uns ... eine Perspektive. Eine Perspektive, die wir ersehnt, die wir erträumt haben, die für uns in den dunklen Jahren unseres Lebens, im Zuchthaus oder im KZ, der innere Fundus war, an den wir uns klammerten, an deren Sieg wir glaubten, was uns hinwegbrachte über die Jahre der Not und der Finsternis".<sup>44</sup> Damit hatte Otto Buchwitz ausgesprochen, was viele kampferprobte Genossen damals dachten und was sich in dem Jubel der Delegierten der Parteikonferenz ausdrückte, mit dem sie die Worte Walter Ulbrichts beantworteten, als er sagte: "In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird".<sup>45</sup>

Mit den Beschlüssen der II. Parteikonferenz setzte die SED ihre Generallinie kontinuierlich fort. Nachdem die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten das in den "Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" formulierte Minimalprogramm erfüllt hatten, waren die Bedingungen herangereift, das Maximalprogramm - den Aufbau des Sozialismus - in die Tat umzusetzen. Dabei lenkte die II. Parteikonferenz die Aufmerksamkeit auf vier Probleme des Aufbaus des Sozialismus, die für den weiteren Verlauf der Geschichte der DDR von Bedeutung waren:

1. ging die SED davon aus, daß die Aneignung und Anwendung der Erfahrungen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder ein grundlegendes Erfordernis des sozialistischen Aufbaus in der DDR ist;
2. wurde festgelegt, den Sozialismus planmäßig und im Rahmen des sozialistischen Weltwirtschaftssystems aufzubauen;
3. orientierte der Beschluß der II. Parteikonferenz darauf, zunächst die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen;
4. war dieser Beschluß durchdrungen von dem historisch neuen Prinzip der bewußten Herausbildung der sozialistischen Gesellschaftsordnung unter Führung der Vorhut der Arbeiterklasse mit Hilfe des Staates der Arbeiter und Bauern als ein Typ der Diktatur des Proletariats.

43 Protokoll, a. a. O., S. 492.

44 Ebenda, S. 257.

45 Ebenda, S. 58.

Bereits Marx und Engels hatten im Kommunistischen Manifest geschrieben: "Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariat zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren".<sup>46</sup> Sie verwiesen damit darauf, daß der Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung der politischen Macht der Arbeiterklasse bedarf und daß nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats der Sozialismus, den sie später als erste Phase des Kommunismus kennzeichneten, nicht sofort in seiner reifen Form entsteht, sondern verschiedene Etappen durchläuft. Schließlich führte Marx in der "Kritik des Gothaer Programms" den Begriff der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ein. Er verband ihn aufs engste mit dem sozialistischen Staat als revolutionäre Diktatur des Proletariats.<sup>47</sup> Für Lenin waren gerade diese Erkenntnisse der Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung der marxistischen Staats- und Revolutionstheorie und für ihre Anwendung bei der Errichtung der ersten sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Welt. Es bestätigte sich, daß im Prozeß der Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse nach der Machtergreifung durch das Proletariat im wesentlichen drei objektiv bedingte Stadien der Reife der gesellschaftlichen Verhältnisse hervortreten: Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, der Sozialismus, der Kommunismus. Davon ließ sich die SED leiten, als sie mit den Festlegungen der II. Parteikonferenz darauf orientierte, planmäßig die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen, das heißt, die ersten Schritte in die neue Gesellschaft zu gehen. Folglich wurde nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR eingeleitet.

Die SED war sich bewußt, daß, wie Walter Ulbricht formulierte, der Aufbau des Sozialismus "den Bedürfnissen der ökonomischen Entwicklung und den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen"<sup>48</sup> entsprach. Zugleich wußte die Partei der Arbeiterklasse, daß ein komplizierter Prozeß grundlegender politischer, ökonomischer, sozialer, ideologischer und kultureller Umgestaltungen bevorstand, in dem die Ausbeutung endgültig beseitigt und vor allem die neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege geführt werden mußten. Waren in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung die Massenaktionen vor allem gegen den völlig diskreditierten Faschismus und Militarismus geführt worden, so mußten die Werktätigen nunmehr begreifen, daß der in der BRD wiedererstandene Imperialismus der Hauptfeind des deutschen Volkes war, und die Perspektive der deutschen Nation letztlich nur im Sozialismus liegen konnte. Getragen von der Verantwortung der DDR, wurden jedoch alle Möglichkeiten genutzt, das ganze deutsche Volk auf den Weg des historischen Fortschritts zu führen. Deshalb hielt die SED weiterhin an der Konzeption fest, über die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und den Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte den Imperialismus auch in der BRD zu überwinden und ein einheitliches demokratisches Deutschland zu schaffen. Sie betrachtete den Aufbau des Sozialismus in der DDR als einen wesentlichen Beitrag für diesen Kampf. Die Bonner Regierung ihrerseits versuchte - unterstützt von ihren imperialistischen Verbündeten -, das Rad der Geschichte auch in der DDR zurückzudrehen. Dabei wurde der dem Imperialismus verbliebene größere Teil des ehemals einheitlichen Wirtschaftspotentials als Waffe gegen die Entwicklung des Sozialismus in der DDR genutzt. Angesichts dieser Lage, der direkten Konfrontation des sozialistischen Aufbaus in der DDR mit dem Imperialismus und bei offener Grenze gegenüber diesem, war der Klassenkampf zeitweilig äußerst hart. Auch deswegen war es von unschätzbarem Wert, daß die DDR sich auf die Erfahrungen und die

46 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 481.

47 Vgl. Marx, Karl, Kritik des Gothaer Programms, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1969, S. 28.

48 Protokoll, a. a. O., S. 59.



Hilfe vor allem der Sowjetunion stützen konnte. Der Erfolg des sozialistischen Aufbaus hing davon ab, wie es gelang, die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus auf die konkreten Bedingungen anzuwenden und sie in ihrer Einheit und Gesamtheit durchzusetzen. Die zentrale Frage war dabei die Verwirklichung der Lehre von der historischen Mission der Arbeiterklasse, dem Kernstück des Marxismus-Leninismus.

Sie besagt, daß die Arbeiterklasse, die mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats von einer unterdrückten zur herrschenden Klasse wird, die Produktionsmittel vergesellschaftet und die gesamte Gesellschaft von Ausbeutung und Unterdrückung befreit, befähigt wird, ihrer objektiven Stellung in der Gesellschaft entsprechend, die Führung der gesamten Gesellschaft zu übernehmen. Ist doch die Arbeiterklasse nicht nur die im Zentrum der modernen Produktion tätige, hoch organisierte, disziplinierteste und revolutionärste Klasse der Geschichte, sondern sie besitzt allen anderen Klassen und Schichten gegenüber den höchsten Vergesellschaftungsgrad. Sie hat keine dem Fortschritt der menschlichen Gesellschaft entgegenstehenden Sonderinteressen und vertritt die Lebensinteressen aller Werktätigen. Da sie mit der marxistisch-leninistischen Partei als Teil der Arbeiterklasse und als ihr organisierter Vortrupp das entscheidende politische, wissenschaftliche und ideologische Führungszentrum besitzt, ist nur sie als Klasse in der Lage, die für die weitere Entwicklung richtungweisende wissenschaftliche Zielstellung zu erarbeiten und alle Klassen und Schichten darauf zu orientieren. Dabei verfügt sie mit dem Marxismus-Leninismus über die wissenschaftliche Weltanschauung zur Erkenntnis der Bewegungsgesetze des Sozialismus. Die Partei befähigt sie, den Sozialismus planmäßig und bewußt aufzubauen. Die Arbeiterklasse wird im Sozialismus darüber hinaus zum hauptsächlichsten Träger der Initiative im Wirtschaftsleben. Als produzierende, besitzende und machtausübende Klasse bringt sie jene Erfahrungen, Leitideen und Verhaltensnormen hervor, die von ihrer Vorhut verallgemeinert und vor allem beim Übergang zum Kommunismus zum Allgemeingut aller werden.

Mit dem Beginn der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus trat die Arbeiterklasse der DDR, geführt von der SED, in eine entscheidende Phase der Realisierung ihrer historischen Mission, nämlich unter ihrer Führung die Grundlagen des Sozialismus zu errichten bei Aufwärtsentwicklung der gesamten Wirtschaft und bei systematischer Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen. Dieser Gedanke durchzog das Referat des Generalsekretärs der SED, Walter Ulbricht, auf der II. Parteikonferenz der SED, wie auch die Diskussionsbeiträge der Mitglieder des Politbüros und spiegelte sich besonders wider in den Ausführungen und Verpflichtungen der Delegierten aus den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben. Dadurch, daß die Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölkerung der DDR bildete, war es leichter als zum Beispiel in der Sowjetunion oder auch in anderen sozialistischen Ländern, die führende Rolle der Arbeiterklasse, die im Verlaufe des sozialistischen Aufbaus gesetzmäßig wächst, zu realisieren und immer mehr Werktätige in die Gestaltung der ausbeutungsfreien Gesellschaft einzubeziehen. Da aber der Aufbau des Sozialismus in der DDR mit dem Kampf der demokratischen Kräfte in der BRD verbunden und der Hauptstoß im Klassenkampf gegen den in der BRD wiedererstandenen Imperialismus geführt werden mußte, stand die Arbeiterklasse der DDR einem in der Niederschlagung revolutionärer Bewegungen erfahrenen, starken und aggressiven Gegner gegenüber. Er verstand es, sowohl internationale Verwicklungen als auch Widersprüche innerhalb des Imperialismus für die Stärkung seiner Positionen zu nutzen. Deshalb stellte jede praktische Anforderung an die Arbeiterklasse der DDR zugleich eine besondere geistig-ideologische Anforderung dar. Die wachsende Rolle der Arbeiterklasse ließ sich nur realisieren, wenn die Vorhut der Arbeiterklasse ihre Kräfte darauf konzentrierte, immer mehr Teile der Arbeiterklasse und andere Werktätige mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen.

Folgerichtig lenkte der Beschluß der II. Parteikonferenz die Aufmerksamkeit der Partei vor allem auf die Verbesserung der Parteiarbeit, "damit die SED ihre Aufgabe als marxistisch-leninistische Partei mit Erfolg erfüllen kann."<sup>49</sup> Es wurde gefordert, "allseitig die führende Rolle der Partei zu verwirklichen, das Kampfbewußtsein in der Partei zu stärken, sich enger mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen zu verbinden, die Vorschläge und Kritik der Massen sorgfältig zu beachten und in der Partei und im gesellschaftlichen Leben die Kritik und Selbstkritik breit zur Entfaltung zu bringen".<sup>50</sup> Besondere Aufmerksamkeit wurde der Auswahl und Entwicklung der Kader aus der Arbeiterklasse geschenkt. Die Parteimitglieder wurden zur revolutionären Wachsamkeit gegenüber dem Klassengegner aufgerufen. Als das Wichtigste auf ideologischem Gebiet wurde die Aufgabe gesehen, "die Arbeiterklasse und die Masse der Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen und zugleich den täglichen konsequenten Kampf gegen die bürgerliche Ideologie zu führen".<sup>51</sup> Dem lag die Lehre des Marxismus-Leninismus zugrunde, daß mit der ökonomischen Basis der sozialistischen Gesellschaft nicht spontan sozialistisches Bewußtsein erzeugt wird, sondern daß es eine wesentliche Aufgabe der Partei der Arbeiterklasse ist, das sozialistische Bewußtsein, das wissenschaftliche Bewußtsein ist, in die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zu tragen und ihnen ihr gesellschaftliches Sein bewußt zu machen. Deshalb wurde auch besonders durch Walter Ulbricht und Herbert Warnke die Rolle der Gewerkschaften als Schulen des Sozialismus und Kommunismus und wichtigster Transmissionsriemen, "mit dessen Hilfe sich die Partei mit der Arbeiterklasse verbindet"<sup>52</sup>, hervorgehoben. So hatte es auch Lenin in der Diskussion um die Rolle der Gewerkschaften im Sozialismus herausgearbeitet.<sup>53</sup> Die Gewerkschaften verbinden die marxistisch-leninistische Partei mit den Massen. Die Partei führt die parteilose Masse der Arbeitenden, indem sie "zuerst die Arbeiter und dann auch die Bauern"<sup>54</sup> aufklärt, schult, bildet und erzieht, um ihre schöpferische Aktivität zu entfalten und das grundlegendste Interesse der Arbeiterklasse zu realisieren, daß "in der Vergrößerung der Produktenmenge und der gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte der Gesellschaft"<sup>55</sup> liegt. Indem sich Walter Ulbricht mit vielen Mängeln in der Gewerkschaftsarbeit auseinandersetzte, hob er hervor, daß es Aufgabe der Gewerkschaft ist, "den Arbeitern die Rolle der Arbeiterklasse zum Bewußtsein" zu bringen und ihnen zu erklären, "daß heute im demokratischen Sektor von Berlin und in der Deutschen Demokratischen Republik die Arbeiterklasse die führende Kraft im Staat ist und man eigentlich nicht mehr vom Mitbestimmungsrecht, sondern von der Verantwortung der Arbeiterklasse in Wirtschaft und Staat sprechen muß".<sup>56</sup>

Eng verbunden mit den Darlegungen über die historische Mission der Arbeiterklasse war auf der II. Parteikonferenz die Bestimmung des Klassencharakters und der Klassengrundlagen der zu schaffenden sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die marxistisch-leninistische Sozialismustheorie geht davon aus, daß nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Konstituierung der Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse zunächst die antagonistischen Klassengrundlagen aufgehoben werden müssen und eine neue Qualität der Klassenstruktur entsteht, wie sie sich seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in allen sozialistischen Ländern herausgebildet hat.

49 Protokoll, a. a. O., S. 495.

50 Ebenda.

51 Ebenda, S. 497.

52 Ebenda, S. 263.

53 Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1971, S. 375.

54 Lenin, W. I., Die Krise der Partei, in: Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 34.

55 Derselbe, Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 174.

56 Protokoll, a. a. O., S. 154.

Die auf der II. Parteikonferenz der SED gegebene Klassenanalyse charakterisierte die Arbeiterklasse und die Klasse der werktätigen Bauern als die Grundklassen der Arbeiter- und Bauern-Macht, die durch das Bündnis der führenden Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern eng verbunden sind.<sup>57</sup> "Man muß begreifen, daß die Arbeiterklasse den Aufbau des Sozialismus und die Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft nur im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft durchführen kann. Die Arbeiter bedürfen der Hilfe von seiten der Bauern, die die Stadt mit Lebensmitteln und Industrierohstoffen versorgen. Ihrerseits können die Bauern nicht ohne die Hilfe der Arbeiter auskommen, da die städtische Industrie die Bauern nicht nur mit Massenbedarfsgütern versorgt, sondern auch mit den Mitteln, ohne die eine moderne landwirtschaftliche Produktion nicht möglich ist".<sup>58</sup> Damit sollte deutlich werden, daß jedes geringschätzige Verhalten der Arbeiterklasse gegenüber den Bauern beseitigt werden muß und daß die werktätige Bauernschaft nur an der Seite der Arbeiterklasse mittels der leitenden Hilfe der Arbeiterklasse ein besseres Leben aufzubauen vermag.<sup>59</sup> Das schloß ein, die Arbeiterklasse als führende Klasse, "als die fortgeschrittenste Klasse, die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ... geführt wird"<sup>60</sup>, hervorzuheben. Es wurde die Stellung der Intelligenz als einer sozialen Schicht, "der eine sehr wichtige ... Bedeutung zukommt und die zum Unterschied von der Intelligenz der kapitalistischen Gesellschaft ihre Arbeit, ihre Kräfte, ihr Wissen in den Dienst der Sache des Volkes stellt"<sup>61</sup>, bestimmt. Außerdem gab es die sogenannten städtischen Mittelschichten, zu denen Handwerker, Privathändler und kleine und mittlere Kapitalisten zu zählen waren. Auf dem Lande existierten noch die kapitalistisch wirtschaftenden Großbauern.

Die SED konnte ebensowenig wie andere kommunistische und Arbeiterparteien die dem Sozialismus eigene Klassenstruktur überspringen, sondern mußte die Aufgabe stellen, diese zu schaffen. Dabei ging sie davon aus, daß im Verlaufe des sozialistischen Aufbaus die kapitalistische Klassenstruktur völlig überwunden werden muß, indem die Ausbeuterklassen beseitigt werden. Die Arbeiterklasse festigt ihre führende Rolle im gesamtgesellschaftlichen Maßstab und in allen Bereichen der Gesellschaft. Mit der Arbeiterklasse eng verbunden entwickelt sich die werktätige Bauernschaft im Verlaufe der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft zur Klasse der Genossenschaftsbauern, zu einer sozialistischen Klasse. Die Arbeiterklasse schuf sich eine aus ihren Reihen und aus der Klasse der Genossenschaftsbauern hervorgehende und ihr ergebene sozialistische Intelligenz. Erst die volle Ausprägung dieser nichtantagonistischen Klassenstruktur der sozialistischen Gesellschaft führt in einem historisch längeren Prozeß zur Aufhebung der Klassen und Schichten in der entwickelten kommunistischen Gesellschaft. In diesem Prozeß entwickelt sich die Arbeiterklasse immer mehr zu der Klasse, die die gesamte Gesellschaft in zunehmendem Maße nach ihrem Bilde prägt.

Die Festlegungen der II. Parteikonferenz der SED waren darauf gerichtet, die dem Sozialismus eigene nichtantagonistische Klassenstruktur zu schaffen. Dabei stützte die Partei sich darauf, daß die im volkseigenen Sektor der Wirtschaft entstandenen neuen Produktionsverhältnisse im Verlaufe der Herausbildung der Diktatur des Proletariats sozialistischen Charakter angenommen und die Arbeiterklasse in den volkseigenen Betrieben ihren Willen zur Mehrung des Volkseigentums durch die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne und insbesondere in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung zum Ausdruck gebracht hatte. Im Ringen um die Erfüllung der Aufgaben des ersten Fünfjahrplanes erwarb sich die Arbeit-

57 Vgl. ebenda, S. 59.

58 Ebenda, S. 106.

59 Vgl. ebenda.

60 Ebenda, S. 59.

61 Ebenda.

terklasse die Fähigkeit, den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß planmäßig zu leiten und die aus der Spaltung des ehemaligen einheitlichen deutschen Wirtschaftsmechanismus herrührenden Schwierigkeiten zu meistern. Daran anknüpfend, lenkte die SED ihre Bemühungen darauf, einen Wandlungsprozeß in der Arbeiterklasse zu vollziehen, in dessen Verlauf innerhalb der Arbeiterklasse immer mehr die Erkenntnis ihrer neuen sozialen Position als einer von der Ausbeutung befreiten Klasse und ihre hohe Verantwortung als führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft reiften.

Bereits zur Zeit der II. Parteikonferenz hatten Bauern und Bäuerinnen in Merleben, Maiersdorf, Brusewitz und anderen Orten durch die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften ihren Willen bekundet, mit der Arbeiterklasse den Leninschen Weg der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft zu gehen und das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft weiter zu festigen. Das Zentralkomitee der SED wertete den Zusammenschluß der Bauern zu "Produktionsgenossenschaften auf der Grundlage der völligen Freiwilligkeit"<sup>62</sup> als einen großen Fortschritt, so wie es Lenin gesehen hatte, als den Übergang "zu neuen Zuständen auf einem Wege, der möglichst einfach, leicht und zugänglich für den Bauern ist".<sup>63</sup> Lenin sah im genossenschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln die Form des sozialistischen Eigentums, die den Interessen der Bauern und dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte in der Landwirtschaft entspricht, weil von ihm die Triebkräfte ausgehen, um die Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion und die Arbeitsteilung in der für die Landwirtschaft spezifischen Form voranzutreiben, jenen Weg, der in der Industrie mit dem Übergang vom Handwerk zur Manufaktur und schließlich zur Fabrik beschritten wurde. Jedoch betonte Lenin immer wieder, daß dabei das Prinzip der Freiwilligkeit, der Mannigfaltigkeit der Formen und der stufenweisen Entwicklung einzuhalten sei und daß es unter Führung der Arbeiterklasse um die Überzeugung der Bauern und um die allseitige Unterstützung der Genossenschaften gehe.<sup>64</sup> Im Beschluß der II. Parteikonferenz hieß es: "Den Landarbeitern und werktätigen Bauern, die sich auf völlig freiwilliger Grundlage zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, ist die notwendige Hilfe zu gewähren und dadurch zugleich das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu festigen".<sup>65</sup> Ebenso wurde betont, daß gleichzeitig im Rahmen der Bündnispolitik die Zusammenarbeit mit den individuell arbeitenden Klein- und Mittelbauern weiter zu stärken und die gegenseitige Hilfe, die unter der Leitung der VdGB (BGH) erfolgt, weiterzuführen sind<sup>66</sup>, nicht zuletzt, um den Einfluß der Großbauern zurückzudrängen und ihre Versuche zu durchkreuzen, insbesondere die Mittelbauern für egoistische Zwecke zu gewinnen.

Insgesamt konnte die Bündnispolitik der SED mit den Bauern für die Zeit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in folgende Worte gefaßt werden: "Wenn wir freundschaftliche Beziehungen zu den werktätigen Bauern herstellen, jedes Kommandieren im Dorfe unterlassen, den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften helfen, ohne in ihre innere demokratische Ordnung einzugreifen, dann wird es auch mit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft vorwärtsgehen."<sup>67</sup>

Von besonderer Bedeutung war die Gestaltung der weiteren Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz. Durch unermüdliche Überzeugungsarbeit - unterstützt durch materielle Anerkennung der Leistungen der Intelligenz insbesondere in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft -, durch ihre Einbeziehung in die Beratungen wichtiger Entscheidungen und durch die Gemeinschaftsarbeit von Arbeitern, Wissenschaftlern und

62 Ebenda, S. 110.

63 Lenin, W. I., Über das Genossenschaftswesen, in: Werke, Bd. 33, a. a. O., S. 454.

64 Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1971, S. 408 f.

65 Protokoll, a. a. O., S. 494.

66 Ebenda.

67 Ebenda, S. 114.

Technikern war die SED um die weitere Gewinnung der Intelligenz für die Interessen der Arbeiterklasse außerordentlich bemüht. Zugleich forderte sie, die Anstrengungen zu verstärken, aus der Arbeiter- und Bauernjugend eine neue, sozialistische Generation von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Künstlern heranzubilden.<sup>68</sup>

Auf diese Weise, durch Ausprägung der dem Sozialismus typischen nichtantagonistischen Klassenstruktur wurden die Grundlagen der zu schaffenden sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR und ihrer sozialistischen Staatsmacht gestärkt. Das war um so notwendiger, da - wie die Leninsche Revolutions- und Staatstheorie sowie die Erfahrungen des Proletariats seit der Pariser Kommune in allen sozialistischen Revolutionen lehrten - die Staatsmacht das Hauptinstrument der Arbeiterklasse bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist. Deswegen nahmen in den Beratungen der II. Parteikonferenz der SED die Aufgaben der Staatsmacht und die Verbesserung der Arbeitsweise des Staatsapparates einen zentralen Platz ein.

Bereits bei der Errichtung der Diktatur des Proletariats hatte die SED berücksichtigt, daß die Bourgeoisie in sich stark differenziert ist, daß sie insbesondere mit der Herausbildung der Herrschaft ihrer aggressivsten Schicht, der Monopolbourgeoisie, keine ökonomisch, politisch und ideologisch geschlossene Klasse ist, woraus sich die Möglichkeit der Einbeziehung von Teilen der Bourgeoisie in den antiimperialistischen Kampf ergibt. Daraus war die Schlußfolgerung gezogen worden, diese Differenzierung zu verstärken, indem die antiimperialistischen Interessen der nicht zur Großbourgeoisie gehörenden Kapitalisten nicht nur für den Kampf gegen den wiedererstehenden Imperialismus in der BRD ausgenutzt wurden, sondern ihnen auch die Eingliederung in die zu gestaltenden neuen gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglicht wurde. Obwohl die imperialistische Großbourgeoisie der BRD alles unternahm, um auf die Bevölkerung der DDR Einfluß zu nehmen, kapitalistische Betriebe für ihre aktive Störtätigkeit zu mißbrauchen, Schwankungen der sogenannten Mittelschichten herbeizuführen und den Klassenkampf zu verstärken, hielt die SED auch beim planmäßigen Aufbau des Sozialismus an der Politik fest, die Spitze der Staatsmacht weiterhin gegen die imperialistische Reaktion zu richten. So wurde als die erste Aufgabe der Staatsmacht der DDR bestimmt: "Brechung des Widerstandes der gestürzten und enteigneten Großkapitalisten und Großagrarier. Liquidierung aller ihrer Versuche, die Macht des Kapitals wiederherzustellen".<sup>69</sup> Diese Feststellung beinhaltete, daß die Arbeiterklasse mittels ihrer Staatsmacht die Massen des Volkes zum Sozialismus führen sollte, daß die Politik darauf gerichtet war, den Kreis derjenigen, die der gesellschaftlichen Entwicklung entgegenstanden, möglichst einzuengen. Die Spitze der Staatsmacht richtete sich nur gegen diejenigen Teile der Bourgeoisie, die dem sozialistischen Aufbau aktiv Widerstand leisteten. "Was die Mittelschicht betrifft", hieß es im Referat von Walter Ulbricht, "so haben wir entgegen den Behauptungen des Gegners nicht die Absicht, den Weg der Enteignung der kleinen Privatunternehmer zu beschreiten, da wir nicht gewillt sind, dem Staate unnötig die Last des Unterhalts dieser Schichten und die Funktionen, die sie gegenwärtig in der gesellschaftlichen Produktion ausüben, aufzubürden".<sup>70</sup> Von den Klasseninteressen der Arbeiterklasse folglich wurde das Verhältnis zu den nichtmonopolistischen kapitalistischen Schichten und damit die politische Aufgabenstellung der Staatsmacht bestimmt, so wie es Lenin gelehrt hatte.

Als zweite Aufgabe der sozialistischen Staatsmacht wurde formuliert: "Organisierung des Aufbaus des Sozialismus mit Hilfe des Zusammenschlusses aller Werktätigen um die Arbeiterklasse".<sup>71</sup> Dabei stützte sich die SED auf die marxistisch-leninistische Lehre, daß

68 Vgl. ebenda, S. 83.

69 Ebenda, S. 60.

70 Ebenda.

71 Ebenda.

nur die Arbeiterklasse imstande ist, "die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten zu führen im Kampf für den Sturz der Macht des Kapitals ... bei der Schaffung der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung".<sup>72</sup> Ebenso ließ sich die SED davon leiten, daß das Wesen der Diktatur des Proletariats in der politischen Machtausübung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten besteht. Das erforderte, die Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im Staat uneingeschränkt zur Geltung zu bringen, und bedeutete hinsichtlich des Staatsaufbaus, in den von den Bürgern gewählten Volksvertretungen die politische Macht zu konzentrieren und hier den direkten Einfluß der Industriearbeiter zu erhöhen.<sup>73</sup> Den Problemen der Kaderpolitik im Staatsapparat, der politischen und fachlichen Qualifizierung der Staatsfunktionäre sowie den Veränderungen der strukturellen Gliederung und der Funktions- und Tätigkeitsmerkmale der Staatsorgane schenkte die II. Parteikonferenz besondere Aufmerksamkeit. Insbesondere ging es darum, den Staatsapparat für seine neue Rolle als Leiter und Organisator der planmäßigen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu qualifizieren und die dem sozialistischen Staat eigene wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktion voll auszuprägen. Die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus verlangte dringend die engste Verbindung der staatlichen Organe mit den Volksmassen, die Entfaltung der sozialistischen Demokratie, eine strenge Durchführung und Kontrolle der Gesetze der Volkskammer und der Verordnungen der Regierung der DDR, die Entwicklung der demokratischen Gesetzmäßigkeit sowie die Überwindung von Überresten bürgerlich-formalistischer Methoden in der Arbeitsweise der Staatsorgane. Zu diesen Fragen sprach auf der II. Parteikonferenz der SED der damalige Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl. Er erläuterte die Festlegung im Beschluß der Parteikonferenz, eine Verwaltungsreform durchzuführen.<sup>74</sup> Im Mittelpunkt der geplanten Veränderungen sollte die weitere Ausgestaltung des Prinzips des demokratischen Zentralismus stehen.

Schließlich wurde als dritte bedeutende Aufgabe der sozialistischen Staatsmacht herausgearbeitet, "... die Heimat und das Werk des sozialistischen Aufbaus durch die Organisation bewaffneter Streitkräfte zu schützen".<sup>75</sup> Jeder selbständige Staat hat das Recht und die Verpflichtung, seine territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit sowie das Leben und Eigentum seiner Bürger gegen Angriffe jeder Art zu schützen. Dieser Grundsatz des allgemeinen demokratischen Völkerrechts wurde in den Satzungen der UNO aus den uraltesten Lebensinteressen der friedliebenden Völker abgeleitet, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren.<sup>76</sup> Aber erst die sozialistischen Staaten vermögen diesen Grundsatz zu realisieren, weil - wie Marx schrieb - "im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine neue Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht - die Arbeit".<sup>77</sup> Die Geschichte des Kampfes um den Sozialismus wiederum vermittelte die Lehre, daß die Arbeiterklasse ihrer historischen Mission nur gerecht zu werden vermag, wenn sie der Reaktion organisiert und bewaffnet gegenübersteht, daß die Arbeiterklasse, wenn sie die Macht erfolgreich ausüben will, "dies auch durch ihre militärische Organisation beweisen muß", wie es Lenin formulierte.<sup>78</sup> Der sozialistische Staat hat die Aufgabe, die sich entwickelnde sozialistische Ordnung vor den

72 Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 509.

73 Vgl. Protokoll, a. a. O., S. 450.

74 Vgl. ebenda, S. 334 ff.

75 Ebenda, S. 492.

76 Vgl. Charta der Vereinten Nationen, Berlin 1959, S. 21.

77 Marx, Karl, Erste Adresse über den Deutsch-Französischen Krieg, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 7.

78 Lenin, W. I., Bericht des Zentralkomitees [an den VIII. Parteitag der KPR (B)], in: Werke, Bd. 29, a. a. O., S. 139.

inneren und äußeren Feinden zu schützen. Angesichts der permanenten Versuche des Imperialismus, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, war und ist der Aufbau in den sozialistischen Ländern ständig durch direkte und indirekte Angriffe von seiten des Imperialismus bedroht. Das stellte und stellt besonders hohe Anforderungen an die Schutzfunktion des sozialistischen Staates. Die Revolution in der Militärtechnik erforderte ihrerseits ein modernes System der Landesverteidigung. Unter den gegebenen Bedingungen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in den volksdemokratischen Ländern und angesichts der militärischen Kraft der Sowjetunion konnten die sozialistischen Staaten dem Imperialismus in einer geschlossenen Front der sozialistischen Militärkoalition entgegen-treten. Mit dem Aufbau bewaffneter Streitkräfte leistete auch die DDR ihren Beitrag für die Stärkung der sozialistischen Militärkoalition und erhöhte ihre Verteidigungskraft. Dies war um so notwendiger, da durch den Vertrag über die sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft die BRD in die Hauptaufmarschbasis der USA in Europa verwandelt werden sollte. "In dieser neuen Lage", betonte Walter Ulbricht, "ist die Organisierung der Verteidigung der Heimat die erste Pflicht jedes Patrioten in der Deutschen Demokratischen Republik".<sup>79</sup> Der Aufbau der Kasernierten Volkspolizei und ihre schnelle Entwicklung zu einem kampfstarken und ein-satzbereiten bewaffneten Verteidigungsinstrument rückte in den Vordergrund der Aufgabenstellung auf militärpolitischem Gebiet. Vor allem aber bedurfte es großer Anstrengungen, den Pazifismus im Denken vieler Bürger zu überwinden. Die noch Ende des zweiten Welt-krieges durchaus verständliche Reaktion vieler Menschen, "nie wieder ein Gewehr in die Hand" zu nehmen, war unter der Bedingung, daß die Werktätigen die Macht in die Hand ge-nommen hatten, historisch überholt und wirkte nunmehr hemmend auf die politische Ent-wicklung. Der Imperialismus förderte den Pazifismus, um den Willen zur Verteidigung der Errungenschaften der Bürger der DDR zu paralisieren.<sup>80</sup> "Wir müssen die Aufklärung dar-über verstärken, was die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Intelligenz an Errungen-schaften und Erfolgen mit unserer Republik zu verteidigen haben. Dann werden wir eine moralisch-politische Geschlossenheit aller Schaffenden unserer Republik erreichen, an der alle Treibereien der Feinde wie Gisch auf Felsen zerstieben werden".<sup>81</sup> In diese aufrüt-telnden Worte faßte der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, die Aufgabe, die Erziehung des befreiten Volkes der DDR zur Verteidigungsbereitschaft zu einem integrierten Bestand-teil des Ringens um die sozialistische Bewußtseinsbildung der Werktätigen zu machen. Das setzte wiederum voraus, in den Reihen der SED jede Unklarheit und Schwankung in der Fra-ge der Verteidigung der DDR zu überwinden. Dazu gehörte Klarheit über das Problem der gerechten und ungerechten Kriege in der Geschichte und über den Charakter einer Armee zum Schutze des sozialistischen Vaterlandes im Unterschied zu einer imperialistischen Ag-gressionsarmee sowie die ideologische Abrechnung mit dem deutschen Militarismus. Die Klarheit über diese Fragen schloß vor allem die Anerkennung der ruhmreichen Sowjetar-mee als Vorbild für die zu schaffenden bewaffneten Streitkräfte der DDR ein. Wilhelm Pieck sagte: "Nach dem Vorbild der Sowjetarmee müssen auch unsere bewaffneten Streitkräfte von der großen Idee der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit unserer Republik durch-dringen sein. Sie müssen erzogen werden im Geiste der Achtung vor den anderen Völkern, im Geiste der Liebe und Achtung vor den Arbeitern aller Länder, im Geiste der Erhaltung und Festigung des Friedens zwischen den Völkern".<sup>82</sup>

79 Protokoll, a. a. O., S. 74.

80 Vgl. ebenda, S. 213.

81 Ebenda.

82 Ebenda, S. 217.

## 5. Die wirtschaftspolitische Konzeption der II. Parteikonferenz der SED für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR

Die Analyse der historischen Entwicklung und insbesondere der Dokumente der II. Parteikonferenz der SED in dem vorangegangenen Abschnitt sollte zeigen, daß die SED in der Entwicklung des politischen Systems des Sozialismus und des Staates der Arbeiter und Bauern als einer Form der Diktatur des Proletariats die Kardinalfrage für den sozialistischen Aufbau erblickte. Sie war sich aber zugleich bewußt, daß die volle Nutzung der politischen Macht zur Lösung der Aufgaben der Übergangsperiode nur dann möglich ist, wenn die Arbeiterklasse die Kommandohöhen der Volkswirtschaft in ihre Hände nimmt, das heißt, zur "politischen Macht die ökonomische Macht"<sup>83</sup> hinzufügt, wie es Lenin formulierte, und einen raschen Aufschwung der Produktivkräfte, der Wissenschaft und Technik sichert. Die Verfügung über die Kommandohöhen der Volkswirtschaft ist die ökonomische Basis der politischen Macht, weil das vor allem bedeutet, über die Schalthebel des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses zu verfügen als Ausgangspunkt für die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Daher wird mit der Errichtung der ökonomischen Kommandohöhen der Arbeiterklasse und ihrer Partei erst die eigentliche, vollständige Entmachtung der Bourgeoisie vollzogen. Die Arbeiterklasse ergreift die Macht über die ökonomische Basis, mit der sie in die Lage versetzt wird, die Entwicklung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses zu bestimmen und die einheitliche sozialistische Volkswirtschaft zu schaffen. Bereits im Prozeß der Errichtung der sozialistischen Staatsmacht hatte sich bestätigt, daß das in der antifaschistisch-demokratischen Revolution insbesondere durch die Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher entstandene Volkseigentum an den Produktionsmitteln in dem Maße sozialistischen Charakter annahm, wie die Arbeiterklasse ihre führende Rolle im Staat festigte und sich die Staatsmacht zur Diktatur des Proletariats entwickelte. Zugleich war aber deutlich geworden, daß erst nach der Brechung der ökonomischen Macht der Großbourgeoisie und der Schaffung eines bedeutenden volkseigenen Sektors der Wirtschaft zur bewußten Lenkung des gesellschaftlichen Fortschritts und der planmäßigen Entwicklung der Wirtschaft übergegangen werden konnte. Deshalb mußten in der neuen, sozialistischen Entwicklungsetappe die Schaffung der sozialistischen Ökonomik als materielle Grundlage der sozialistischen Gesellschaft und damit verbunden die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus im Vordergrund der Politik der SED stehen. Durch den Ausbau und die Festigung der ökonomischen Kommandohöhen mußten die Voraussetzungen für den einheitlichen sozialistischen Reproduktionsprozeß geschaffen und die materiell-technische Basis des Sozialismus aufgebaut werden. Gleichzeitig galt es, die sozialistische Planwirtschaft auszuprägen, basierend auf der Erkenntnis, daß die zentrale Leitung und Planung der Gesellschaft unter maximaler Entfaltung der Erfahrungen, Kenntnisse und Interessen der Werktätigen eine objektive Gesetzmäßigkeit ist, die aus den Erfordernissen der modernen Großindustrie erwächst und auf dem ihr entsprechenden gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht.

Deshalb lenkte die II. Parteikonferenz der SED die Aufmerksamkeit vor allem auf die Schaffung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus durch die weitere Erfüllung der Aufgaben des Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft und unterstrich besonders folgende Aufgaben:

<sup>83</sup> Lenin, W. I., Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer [X. Parteitag der KPR (B)], in: Werke, Bd. 32, a. a. O., S. 221.



## a) Ausbau der ökonomischen Kommandohöhen in Gestalt des volkseigenen Sektors der Wirtschaft

"Die Schaffung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus erfordert ... zunächst die Mehrung des sozialistischen Eigentums, das dem Volke gehört, indem der volkseigene Sektor der Wirtschaft, der sozialistischen Charakter angenommen hat, weiter entwickelt wird"<sup>84</sup>, formulierte Walter Ulbricht und brachte damit zum Ausdruck, daß sich Partei- und Staatsführung darauf konzentrierten, durch die Mehrung des sozialistischen Eigentums, das vor allem in der Grundstoff- und metallverarbeitenden Industrie konzentriert war, die ökonomische Macht der Arbeiterklasse auszubauen. Diese Konzeption der Mehrung des sozialistischen Eigentums als Kernstück der sozialistischen Produktionsverhältnisse durch den Ausbau des vorhandenen sozialistischen Sektors der Wirtschaft erforderte in besonderem Maße, die materielle Produktionsgrundlage in eine wirkliche materiell-technische Basis des Sozialismus umzugestalten. Deshalb mußte der Ausbau des volkseigenen Sektors der Wirtschaft aufs engste mit dem Ausbau der ökonomischen Kommandohöhen in Gestalt der sozialistischen Großindustrie verbunden sein. Die Ausprägung und Ausweitung der sozialistischen Produktionsverhältnisse nahm unter diesen Bedingungen den Charakter der Schaffung der industriellen Grundlagen des Sozialismus an.

## b) Neuaufbau und Rekonstruktion der Industrie

Walter Ulbricht betonte, daß die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Industrie vor allem "in der beschleunigten Rekonstruktion unserer Großbetriebe auf der Basis der fortgeschrittenen Technologie, in der Überwindung der Disproportionen, die infolge der Spaltung Deutschlands bestehen, in der Aneignung der fortschrittlichen technischen Wissenschaften, in der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, im Übergang zur wirtschaftlichen Rechnungsführung in allen volkseigenen Betrieben" besteht.<sup>85</sup> Damit wandte die SED die Leninsche Theorie der sozialistischen Industrialisierung auf die Bedingungen der DDR an, die nicht vor der Aufgabe stand, sich aus einem Agrarland in ein Industrieland zu verwandeln, wohl aber die materiell-technische Basis des Sozialismus zu schaffen. Unter den konkreten Bedingungen nahm die sozialistische Industrialisierung den Charakter einer grundlegenden Umgestaltung der Industrie durch Neuaufbau und Rekonstruktion sowie die schrittweise Industrialisierung des Bauwesens an. Sie mußte zugleich zur Überwindung der vom Kapitalismus hinterlassenen Disproportionen führen, den Aktionsradius der Industrie für die sozialistische Umgestaltung der gesamten Gesellschaft, insbesondere der Landwirtschaft, ausdehnen und zur Proportionierung der Wirtschaft führen, um den Anforderungen der gesellschaftlichen Produktion auf der Grundlage des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus zu entsprechen. Besonderes Schwergewicht wurde entsprechend der Grundlinie des ersten Fünfjahresplanes zunächst auf den Ausbau und die Rekonstruktion der Hüttenindustrie, des Bergbaus, des Schwermaschinenbaus und der Energiewirtschaft gelegt. Der Auf- und Ausbau der Schwerindustrie war die Schlüsselfrage für die Proportionierung der Wirtschaft der DDR in dieser Zeit.<sup>86</sup> Dabei erkannte die SED, daß die sozialistische Industrialisierung nicht nur eine effektive Industriestruktur, sondern ebenso eine neue Denkweise der Arbeiterklasse und die Erhöhung ihres geistig-kulturellen Niveaus erforderte sowie die wachsende Verbindung der Arbeiterklasse mit der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz.

<sup>84</sup> Protokoll, a. a. O., S. 60.

<sup>85</sup> Ebenda, S. 78.

<sup>86</sup> Vgl. Falk/Richter/Schmidt, Wirtschaft, Wissenschaft, Welthöchststand, Berlin 1970, S. 147 ff.

Aufs engste damit verbunden war die Forderung nach der Anwendung der Ergebnisse der Sowjetwissenschaft, der Entwicklung des eigenen wissenschaftlichen Potentials zur Lösung der großen Aufgaben in der Wirtschaft und der Qualifizierung der Industriearbeiter, der Aktivisten und Neuerer der Produktion, der technischen und wirtschaftsleitenden Kader. Dabei nahmen in den Beratungen der II. Parteikonferenz die Auseinandersetzung mit Tendenzen der Gleichmacherei und die Forderung nach höherer Entlohnung qualifizierter Arbeit einen breiten Raum ein. Der Grundsatz der materiellen Anerkennung der Leistungen für die sozialistische Gesellschaft entsprechend den Fähigkeiten wurde als das Prinzip der sozialistischen Gesellschaft begründet. Ebenso wurde deutlich, daß die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus die "systematische Verbesserung der Methoden der Leitung der Wirtschaft durch die staatlichen und Parteiorgane" verlangt<sup>87</sup>, insbesondere darauf ausgerichtet, ein strenges Sparsamkeitsregime durchzusetzen und einen energischen Kampf um die Rentabilität der volkseigenen Betriebe zu führen. Sehr weitreichende Ausführungen wurden in diesem Zusammenhang zur Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben gemacht. Schon in dieser Zeit wurde gewissermaßen das sozialistische Prinzip der Eigenwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion der Betriebe bei konsequenter Erfüllung der festgelegten Abgaben an den Staatshaushalt vom Ansatz her begründet. Damit wurde eine grundsätzliche Orientierung auf die Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus gegeben. Es wurde verdeutlicht, in welcher Hinsicht künftig die Anstrengungen erfolgen müssen, um das für den Sozialismus typische System der sozialistischen Wirtschaftsführung zu entwickeln, das die zentrale staatliche Leitung und Planung der Wirtschaft mit der Eigenverantwortung der sozialistischen Warenproduzenten für die Erfüllung des Planes und die erweiterte sozialistische Reproduktion verbindet.

### c) Maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität

"Die entscheidende ökonomische Aufgabe ... besteht in der maximalen Steigerung der Arbeitsproduktivität" als Gesetz und Bedingung des sozialistischen Aufbaus, betonte das Mitglied des Politbüros der SED, Heinrich Rau.<sup>88</sup> Er erhärtete damit die Forderung des Beschlusses der II. Parteikonferenz, in dem es hieß: "Eine gewaltige Rolle im Kampf für die Erfüllung und Übererfüllung des Fünfjahrplans müssen die Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ... in allen Zweigen der Volkswirtschaft sowie in allen Gliedern der wirtschaftlichen und staatlichen Verwaltung spielen".<sup>89</sup> Ausgehend von der Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, daß die Arbeitsproduktivität das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen sozialistischen Gesellschaft ist, wurde in diesem Zusammenhang besonders der in der Sowjetunion gewonnene Erfahrungswert betont, daß alles zur Lösung des Problems Notwendige auf der Basis einer verbesserten Technik und der rationellen Organisation der Arbeit erfolgen muß.<sup>90</sup> Mit der von der Parteikonferenz gegebenen Orientierung, die vorhandene Technik durch eine bessere Organisation der Arbeit und die bessere Ausnutzung der bestehenden Produktionskapazitäten zu nutzen, zugleich aber die Grenzen zu erkennen, die der Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Basis der vorhandenen Technik gesetzt sind, wurde das dem Sozialismus im Ringen um die Steigerung der Arbeitsproduktivität immanente Prinzip der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts konkret begründet. Damit verbunden war die Darlegung des Grundsatzes, daß die Lösung derjenigen perspektivischen Aufgaben auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik, die für den Aufbau einer leistungsfähigen sozialistischen Volkswirtschaft bestimmend wurden, mit dem Ringen der Werktätigen um die Rentabilität der Betriebe und ihre eigene Qualifizierung sowie mit

87 Protokoll, a. a. O., S. 102.

88 Ebenda, S. 410.

89 Ebenda, S. 493.

90 Vgl. ebenda, S. 410.

dem Aufdecken aller Hemmnisse für die Steigerung der Arbeitsproduktivität verknüpft werden muß. Es wurde folglich inhaltlich eine eindeutige Orientierung auf den Zusammenhang von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und sozialistischer Rationalisierung im Sozialismus gegeben, auch wenn beide Begriffe noch nicht eindeutig bestimmt wurden.

d) Die Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs als wichtige Triebkraft beim sozialistischen Aufbau

"Der immer größeren Umfang annehmende Wettbewerb ist der Ausdruck eines neuen Bewußtseins der Arbeiter, der Intelligenz, der Angestellten, die gewillt sind, die Überlegenheit der sozialistischen Produktion über die kapitalistische ... zu beweisen, durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität den Reichtum unseres Volkes zu mehren und die Lebenshaltung der Werktätigen über das Niveau in den kapitalistischen Ländern zu heben. Im Zusammenhang mit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus erhält auch der Wettbewerb einen höheren Inhalt, er wird zum sozialistischen Wettbewerb."<sup>91</sup> Auch in der DDR drückte sich in der sich entwickelnden Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung der neue Inhalt der Arbeiterbewegung im Sozialismus aus. Insbesondere im Wettbewerb zu Ehren der II. Parteikonferenz der SED hatte sich gezeigt, daß die für den Sozialismus typische neue Einstellung zur Arbeit auf immer mehr Werktätige übertragen wurde und mit ihr das Streben nach wirksamer Ausnutzung aller Elemente der sozialistischen Produktion. Das ist in der Regel verbunden mit Unduldsamkeit gegenüber Stillstand und Rückständigkeit in der Produktion, gegenüber überlebten Gewohnheiten und Traditionen sowie Hemmnissen, die der schöpferischen Aktivität der Arbeiterklasse in der Leitung und Planung der Wirtschaft und des einzelnen Betriebes entgegenstehen. Hatten die Wettbewerbe zuvor in der Hauptsache Produktionssteigerungen schlechthin zum Inhalt gehabt, so waren die Wettbewerbsverpflichtungen jetzt auf die Erhöhung der Qualität der Produktion, die Senkung des Ausschusses, die Verminderung des Materialverbrauchs, die Ausarbeitung neuer Normen, die volle Ausnutzung des Leistungsvermögens der Maschinen, die Anwendung der Arbeitsmethoden der sowjetischen Stachanowarbeiter usw. gerichtet. Viele Vertreter der Intelligenz in den Betrieben unterstützten die Produktionsarbeiter in ihrem Ringen um sortiments- und qualitätsgerechte Produktion und um die Senkung der Selbstkosten. Neu war auch, daß sich das aus dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln ergebende Prinzip der gegenseitigen Hilfe und kameradschaftlichen Unterstützung und Zusammenarbeit verstärkt durchzusetzen begann. Der Wettbewerb selbst wurde in wachsendem Maße zur Verbesserung der Leitungsmethoden und der Arbeitsorganisation genutzt. Die ökonomischen Aufgaben wurden aufs engste mit den großen politischen Aufgaben verknüpft. Die Parteikonferenz hob hervor, daß mit der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung ein bedeutender Stimulus für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Vervollkommnung der sozialistischen Produktion entsteht.<sup>92</sup> Es wurde betont, daß sich durch den Wettbewerb sozialistische Arbeiterpersönlichkeiten formen, was, wie Lenin schrieb, bereits von der Geburt eines neuen Zeitalters, des Kommunismus, kündigt.<sup>93</sup> Diese aktive, die Gesellschaft, die Werktätigen und ihre Einstellung zur Arbeit verändernde Rolle der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung war von großer Bedeutung für den weiteren sozialistischen Aufbau in der DDR, ähnlich war die Rolle der ersten Subbotniks in der Sowjetunion, über die Lenin schrieb: "Es ist das der Anfang einer Umwälzung, die schwieriger, wesentlicher, radikaler, entscheidender ist als der Sturz der Bourgeoisie, denn das ist der Sieg über die eigene Trägheit, über die eigene Undiszipliniertheit ... Erst wenn dieser Sieg verankert sein wird, dann... wird der Kommunismus wirklich unbesiegbar werden."<sup>94</sup> Daraus ergab sich auch die große Verantwor-

91 Ebenda, S. 85.

92 Vgl. ebenda, S. 93.

93 Vgl. Lenin, W. I., Die große Initiative, a. a. O., S. 417.

94 Ebenda, S. 399.

tung der Leitungsorgane in Staat und Wirtschaft sowie der gesellschaftlichen Organisation, insbesondere des FDGB, für die Entwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der DDR. Deshalb bezeichnete die II. Parteikonferenz der SED die allseitige "Unterstützung der schöpferischen Initiative der breiten Massen der Werktätigen, die auf die Verbesserung der Methoden der Produktion, auf die Einsparung von Rohstoffen und Material, auf die bessere Ausnutzung der Ausrüstung und auf die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs gerichtet ist"<sup>95</sup>, als eine Hauptaufgabe bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus. Das war eine Orientierung darauf, daß die Arbeiterklasse gemeinsam mit den anderen Werktätigen unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei bereits in der Periode der Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft wesentliche Formen zur Realisierung der Haupttriebkraft des Sozialismus hervorbringt, der Übereinstimmung der Interessen des einzelnen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen, die nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse voll wirksam wird.

Die imperialistische Geschichtsschreibung und Propaganda hat diese neue Triebkraft ununterbrochen verleumdet. Auch revisionistische Ideologen malen von der Periode des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus ein graues Bild. Der "Kollektivismus" und die "Zwangswirtschaft", so heißt es, hätten die Initiative erstickt und die Individualität aufgelöst. In Wirklichkeit war und ist dieser große revolutionäre Prozeß des Anderswerdens der Menschen, wie ihn Johannes R. Becher nannte, interessant und reich an geschichtsgestaltenden Handlungen der Volksmassen. Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten begannen, die Geschichte bewußt und in ihrem Interesse zu gestalten und ihre ganze Kraft, alles Können und allen Ideenreichtum in den Dienst der sozialistischen Gesellschaft zu stellen.

#### e) Gewährleistung der systematischen Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen

"Das Gesetz, daß in einem Staat, in dem die Werktätigen die Macht haben, die Lebenshaltung der Bevölkerung im Ergebnis der Erfüllung des Volkswirtschaftsplans steigt, wirkt sich bei uns auf allen Gebieten aus."<sup>96</sup> Die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft war also von Anfang an mit der Realisierung des Zieles der sozialistischen Produktion, nämlich der "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft" verbunden.<sup>97</sup> Besondere Aufmerksamkeit wurde der Erweiterung des Warenumsatzes und der Senkung der Einzelhandelspreise geschenkt. In diesem Zusammenhang wurde auch die große Rolle des Groß- und Einzelhandels für die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung unterstrichen. Ebenso wurde aber deutlich, daß der Volkswohlstand nicht allein dadurch bestimmt wird, sondern vor allem durch die Sicherheit des Arbeitsplatzes und das Recht der Werktätigen, ihrer Leistung und Qualifikation entsprechend, entlohnt zu werden. Dazu gehörte, daß - wie bereits dargelegt - der Qualifizierung der Arbeiterklasse große Bedeutung beigemessen und es als eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften im Sozialismus bezeichnet wurde, die geistige und kulturelle Entwicklung der Arbeiter zu fördern und ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Welch große Bedeutung den Arbeitsbedingungen zukommt, wurde besonders daran sichtbar, daß die Durchführung des Betriebskollektivvertrages als die erste Aufgabe der Betriebsgewerkschaftsleitungen gekennzeichnet wurde.<sup>98</sup> Nicht von ungefähr spielte auch der Wohnungsbau eine große Rolle. Es versteht sich von selbst, daß die Lebenslage der Werktätigen nicht zuletzt am Stand der Volksbildung, des Gesundheits- und Sozialwesens

95 Protokoll, a. a. O., S. 102.

96 Ebenda, S. 99.

97 Ebenda, S. 495.

98 Vgl. ebenda, S. 153.

sowie den Ausgaben für das kulturelle Leben gemessen wurde. Gerade letzteres schloß den Appell an die Künstler ein, "durch ihr Schaffen Millionen Menschen für die großen Aufgaben des Sozialismus zu begeistern."<sup>99</sup>

Insgesamt kann man feststellen, daß die SED in Anwendung der Leninschen Lehre von der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus auf ihrer II. Parteikonferenz eine grundlegende und umfassende wirtschaftspolitische Konzeption für den sozialistischen Aufbau entwickelte. Sie ging davon aus, den Weg zur Beherrschung des einheitlichen sozialistischen Reproduktionsprozesses durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten mit Hilfe der sozialistischen Staatsmacht über den Ausbau der ökonomischen Kommandohöhen zu gehen. Im Prozeß der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus sollten die ökonomischen Kommandohöhen ausgebaut und das Volkseigentum vermehrt werden, eng verbunden mit grundlegenden Umgestaltungen auf politischem, ideologischem und kulturellem Gebiet. Das war eine Orientierung, gestützt auf das Volkseigentum an den Produktionsmitteln die sozialistische Großindustrie aufzubauen, die die Umgestaltung der gesamten Gesellschaft auf der Grundlage der modernen Technik ermöglicht und es gestattet, alle Bereiche der Volkswirtschaft mit dem sozialistischen Sektor zu verbinden und auf die Bahnen des Sozialismus zu führen. Eine solche Orientierung erleichterte und erforderte zugleich den konsequenten Übergang zur sozialistischen Großproduktion auf dem Lande und ermöglichte die sozialistische Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse der Bauern und der städtischen Mittelschichten, ohne weitere wesentliche Enteignungen durchzuführen. Dabei darf man jedoch die Kompliziertheit des vorgezeichneten Weges nicht verkennen.

Im Grunde genommen ging es um eine Doppelaufgabe. Im Rahmen der sozialistischen Wirtschaftsformen mußten die ökonomischen Gesetze des Sozialismus, den gegebenen Möglichkeiten entsprechend, in der Wirtschaft durchgesetzt und das sozialistische Eigentum gefestigt und seine Vorzüge entfaltet werden. Zugleich mußten die nichtsozialistische Wirtschaft und die Gesetze der einfachen und kapitalistischen Warenproduktion in ihrer Wirkung zurückgedrängt und umgestaltet werden. Das Problem bestand darin, beide Seiten so zu verbinden, daß die Produktivkräfte der Gesellschaft entfaltet, der sozialistische Staat gefestigt und das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten stabilisiert wurde.

Der Umfang der sozialistischen Produktion, wie sie im ersten Fünfjahrplan vorgesehen war, vermochte zu sichern, daß das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus zum bestimmenden ökonomischen Gesetz wurde. Aber dennoch wirkten daneben die ökonomischen Gesetze der einfachen und der kapitalistischen Warenproduktion. Die nichtsozialistischen ökonomischen Gesetze wurden zur Quelle vieler Widersprüche und Störungen, zumal sich der Aufbau des Sozialismus bei gegenüber dem Imperialismus offener Grenze vollzog und der Klassengegner einen erbarmungslosen Wirtschaftskrieg führte. Außerdem muß man erkennen, daß durch die in der Wirtschaft vorhandenen Disproportionen, insbesondere zwischen Grundstoff- und verarbeitender Industrie, zwischen Zulieferern und Endproduzenten, das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft nur eingeschränkt wirksam werden konnte.

Mit der II. Parteikonferenz waren noch nicht alle Fragen für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR konzeptionell gelöst. Sie mußten schrittweise erarbeitet werden. Die Grundaufgaben für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus aber waren gestellt. Sie konnten mit Elan und Zuversicht in Angriff genommen werden, weil sie in Übereinstimmung mit den Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten standen und weil sich die SED bei ihrer komplizierten Arbeit der politisch-ideologischen, materiellen, moralischen und militärischen Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder gewiß war.

## 6. Das Studium der Erfahrungen der Sowjetunion und die Entwicklung des ökonomischen Denkens

Der Beschluß der II. Parteikonferenz lenkte erneut die Aufmerksamkeit auf das Studium der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre bildete das Studium der "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang" die entscheidende Grundlage für die gesamte Parteischulung und besonders für die politisch-ideologische Erziehung der Kader der SED. Bis 1952 war dieses Buch in zwölf Auflagen mit 655 000 Exemplaren erschienen. Der "Kurze Lehrgang" war die erste geschlossene geschichtswissenschaftliche Darstellung, die zeigte, wie sich die KPdSU zur Partei neuen Typus entwickelt hatte, wie sie die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen auf den Kampf um die Macht vorbereitet hatte, wie sie die erste siegreiche sozialistische Revolution geführt und an der Spitze der revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten die Diktatur des Proletariats errichtet und verteidigt hatte. Bei allen (teilweise berechtigten und teilweise auch unberechtigten) Kritiken, die später an diesem Buch geübt wurden, bleibt die Tatsache unbestreitbar, daß es einen starken positiven und nachhaltigen Einfluß auf die sozialistische Bewußtseinsbildung und auch auf die Entwicklung der Geschichtsschreibung in der DDR ausgeübt hat.<sup>100</sup> Die II. Parteikonferenz machte besonders auf die Anwendung des historischen Materialismus bei der Darstellung der Geschichte der KPdSU aufmerksam. Im Referat Walter Ulbrichts auf der II. Parteikonferenz wurde gesagt: "In der Geschichte der KPdSU (B) wird von der Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung als einer Geschichte der Entwicklung der Produktionsweisen, als einer Geschichte der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, als einer Geschichte der werktätigen Massen, als einer Geschichte der Völker gesprochen."<sup>101</sup>

Hier sind vor allem drei bleibende Erfahrungen hervorzuheben, die das Studium der Geschichte der KPdSU zu Beginn des sozialistischen Aufbaus in der DDR vermittelte. Das ist erstens die Anwendung des historischen Prinzips bei der Vermittlung des Marxismus-Leninismus in der Einheit seiner Bestandteile, der politischen Ökonomie, der Philosophie und des wissenschaftlichen Kommunismus mit der Lehre von der historischen Mission der Arbeiterklasse, vom Klassenkampf, der Diktatur des Proletariats und der Partei neuen Typus. Der "Kurze Lehrgang" erklärte die Werke Lenins und die Strategie und Taktik der KPdSU aus der jeweiligen konkreten geschichtlichen Situation und zeigte, wie die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Partei in den verschiedenen Etappen ihres Kampfes von der Parteibildung bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse ihre von der Geschichte gestellten Aufgaben löste. Diese Darstellung half der Arbeiterklasse und ihrer Führung, der SED, sich die Erfahrungen der KPdSU anzueignen und sie auf die konkreten Bedingungen der sozialistischen Revolution in der DDR anzuwenden.

Zweitens nimmt der "Kurze Lehrgang" in der marxistisch-leninistischen Historiographie des Sozialismus einen besonderen Platz ein. Er ist die erste geschlossene historische Darstellung des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und der Führungsrolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse in diesem Prozeß. Die Erfahrungen der KPdSU bei der Ausarbeitung und Durchführung des Planes des sozialistischen Aufbaus, der Errichtung der sozialistischen Planwirtschaft, der Politik zur sozialökonomischen Umgestaltung des Landes, der Neuen Ökonomischen Politik, bei der Verwirklichung der sozialistischen Industrialisierung und des Leninschen Genossenschaftsplanes waren von grundsätzlicher Bedeutung für den Sieg der sozialistischen Revolution in der DDR.

<sup>100</sup> Lamberz, Werner, Ein Vierteljahrhundert siegreicher Geschichte, in: Neuer Weg, Nr. 3/1971, S. 103.

<sup>101</sup> Protokoll, a. a. O., S. 120 f.

Und drittens ist auch von Interesse, daß der "Kurze Lehrgang" eine vorbildliche Darstellung der Rolle der Ökonomie in der Geschichte enthält. Von der Analyse der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, über die Entwicklung des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium bis zur Entdeckung des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung im Imperialismus wurde deutlich, welche Bedeutung die ökonomische Analyse für die Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Partei hat. Besonders wurde gezeigt, welche Stellung die Wirtschaftspolitik nach der Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse in der Geschichte einnimmt.

Einen zentralen Platz bei der Aneignung der Sowjetwissenschaft in der ersten Hälfte und besonders Mitte der fünfziger Jahre nahm das Studium der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie ein. Im November 1951 begann auf Initiative des Zentralkomitees der KPdSU eine Diskussion über grundlegende Probleme der politischen Ökonomie, die in allen sozialistischen Ländern und auch in der DDR Impulse zum Studium besonders der politischen Ökonomie des Sozialismus auslöste. Diese wichtige Etappe in der Entwicklung des ökonomischen Denkens begann mit der Schrift Stalins "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR". Über die Mängel dieser Schrift ist in der Literatur hinreichend geschrieben worden. Es ist aber eine Tatsache, daß sie auch Anregungen für die Aneignung und weitere Ausarbeitung der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie des Sozialismus gab. Gestützt auf Marx und Engels, verwies Stalin auf den historischen Charakter der ökonomischen Gesetze und arbeitete besonders heraus, daß diese Gesetze auch im Sozialismus objektiver Natur sind. Mit anderen Worten: Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus existieren unabhängig und außerhalb des Bewußtseins der Menschen, man kann sie erkennen und ausnutzen, aber nicht schaffen und abschaffen. Die Diskussion dieses Problems verstärkte die Erkenntnis von der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus. Es wurde seinerzeit folgendermaßen definiert: "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik."<sup>102</sup> Maßgebend an dieser Definition war, daß sie das grundlegende Ziel und die wichtigsten Mittel zur Erreichung dieses Zieles der Produktion im Sozialismus hervorhob. Gewiß fehlten in dieser Definition auch wichtige Seiten wie zum Beispiel die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit als Ziel des Sozialismus und Kommunismus und andere Merkmale. Trotzdem hat sich gezeigt, daß bei der Definition des ökonomischen Grundgesetzes einer Gesellschaftsordnung die Ziel-Mittel-Relation von primärer Bedeutung ist. Ferner bestand ein Vorzug dieser Definition darin, daß sie in Anknüpfung an Marx und Engels und besonders an Lenins Diskussionen über den Programmentwurf der SDAPR auf die Bedürfnisbefriedigung der gesamten Gesellschaft hinwies. Die Diskussionen über das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus trugen dazu bei, das gesellschaftliche Bewußtsein mit dem neuen gesellschaftlichen Sein in den werdenden sozialistischen Staaten in Übereinstimmung zu bringen und den Werktätigen die neue Qualität des Sozialismus im Gegensatz zu allen Ausbeuterordnungen bewußt zu machen. In dieser politökonomischen Diskussion wurde der Zusammenhang, der zwischen dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus, dem Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und der Planung der Volkswirtschaft besteht, besonders hervorgehoben.

Die vom Zentralkomitee der KPdSU angeregte ökonomische Diskussion trug maßgeblich zur Entstehung des ersten international verbreiteten Lehrbuches der marxistisch-leninistischen Politischen Ökonomie bei.<sup>103</sup> Damit erwiesen die KPdSU und die sowjetischen Ökonomen

102 Stalin, J. W., Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1952, S. 41.

103 Politische Ökonomie, Lehrbuch, Berlin 1955, S. 5.

auch den anderen sozialistischen Ländern eine wichtige Hilfe bei der Entwicklung des ökonomischen Denkens der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. In der DDR erschien das sowjetische Lehrbuch "Politische Ökonomie" 1955 in 1. Auflage mit 300 000 Exemplaren. Dieses Buch hatte in der DDR große Massenwirksamkeit. Es wurde im Parteilehrjahr, an den Universitäten und Hochschulen, an Fachschulen, in Kursen der Volkshochschule und im Fern- und Abendstudium von Hunderttausenden Bürgern studiert. Ein großer Vorzug dieses Buches, dem es seine Wirkung mit zu verdanken hatte, war die umfassende Anwendung des dialektisch-materialistischen Historismus. Es gab einen geschlossenen Überblick über die Entstehung, Entwicklung und Ablösung der Produktionsweisen in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft. Das war deshalb wichtig, weil damit das geschichtliche Verständnis für den grundlegend neuen Typ der Produktionsweise, der mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems entstand, gefördert wurde. Die Darstellung der verschiedenen Produktionsweisen und der Gesetzmäßigkeit ihrer Ablösung und Aufeinanderfolge verstärkte die Erkenntnis vom Sieg des Sozialismus und Kommunismus. Zugleich war dieses Buch eine erste Verallgemeinerung der ökonomischen Prozesse, die sich von der Oktoberrevolution bis zur Herausbildung des Sozialismus zu einem System von sozialistischen Staaten nach dem zweiten Weltkrieg vollzogen hatten. Damit wurde der Nachweis der Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus über den Kapitalismus aus der Sicht der Mitte der fünfziger Jahre geführt und zugleich ein systematischer Überblick über den internationalen Charakter der sozialistischen Produktionsweise und ihrer allgemeinen Charakteristika gegeben.

Im Verlaufe der fünfziger und sechziger Jahre wurde das sozialistische Weltsystem in wachsendem Maße zur bestimmenden Kraft der Geschichte. Der sozialistische deutsche Staat ist ein festes Glied des sozialistischen Weltsystems geworden. Heute, zwei Jahrzehnte nach der II. Parteikonferenz, ist der Sozialismus unwiederruflich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fest verankert. Ein Jahrzehnt nach der II. Parteikonferenz wurden die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Sieg geführt. Die Grundlagen des Sozialismus wurden errichtet. In dem zweiten Jahrzehnt seit dem historischen Beschluß der II. Parteikonferenz wurde mit dem Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft begonnen. Aus dieser Sicht der siebziger Jahre ist der Ausgangspunkt der sozialistischen Revolution bereits Geschichte. Der Beschluß der II. Parteikonferenz, in der DDR die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen, wurde erfüllt. Ihm folgte das Programm der SED, das den Weg zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft absteckte und die allgemeinen Merkmale des Kommunismus als dem Endziel der historischen Mission der Arbeiterklasse skizzierte.



DDR UND RGW<sup>1</sup>

von Gunther Kohlmei

1. Die sozialistische DDR und das sozialistische Weltssystem
  - 1.1. Gegen die imperialistische Aggression
  - 1.2. Die Sowjetunion als Zentrum
2. Etappen und Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der DDR mit den RGW-Ländern
  - 2.1. Die Etappe von Kriegsende bis 1949/1950
  - 2.2. Von 1949 bis Mitte der fünfziger Jahre
  - 2.3. Von 1954/1955 bis Anfang der sechziger Jahre
  - 2.4. Von 1961/1962 bis 1967/1969
  - 2.5. Grundprinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung
  - 2.6. Das Statut des RGW
  - 2.7. Zwei- und mehrseitige Institutionen
  - 2.8. Die DDR nach 1961
3. Zwischenbilanz: Fortschritte und Entwicklungsprobleme
  - 3.1. Hauptergebnisse
  - 3.2. Tabellarische Erläuterungen
4. Eine neue Etappe: sozialistische internationale Wirtschaftsintegration
  - 4.1. Herangereifte Bedingungen
  - 4.2. XXIII. bis XXV. Ratstagung (1969 bis 1971)
  - 4.3. Das Komplexprogramm
  - 4.4. Hauptmerkmale der wirtschaftlichen Integration der RGW-Länder
  - 4.5. Eine Reihe von Vereinbarungen und Einrichtungen
  - 4.6. Unabhängigkeit gleich Autarkie?
  - 4.7. Vorteile für die DDR

<sup>1</sup> Diese Studie stützt sich auf Arbeiten, die in der vom Autor geleiteten Forschungsgruppe am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin entstanden. An ihnen waren Dr. Janek Streber, Ewald Taeschner, Dr. Jochen Keil, Dr. Wolfgang Keller, Dr. Gerhard Kraft und Dr. Peter Sydow beteiligt. - Gemäß dem Thema dieses Beitrages werden die Beziehungen der DDR zu den sozialistischen Ländern, die nicht Mitglieder des RGW sind, nicht behandelt; ebensowenig die Beziehungen zu nichtsozialistischen Staaten.

## 1. Die sozialistische DDR und das sozialistische Weltsystem

Als die politische Macht der Arbeiterklasse in der DDR erobert worden war, wurde der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft nicht nur zu einer ökonomischen, sondern insgesamt zu einer umfassenden gesellschaftlichen Aufgabe. Ebenso war dieser Aufbau, besonders nach der Bildung des sozialistischen Welt- und Weltwirtschaftssystems, keineswegs nur eine nationale Angelegenheit, sondern Element und Anliegen der internationalen Arbeiterbewegung und insgesamt der revolutionären, antiimperialistischen Weltkräfte.

Genau das war die Konzeption der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für ihre Politik des Aufbaus des Sozialismus, verkündet und begründet auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952. Im Referat (Walter Ulbricht), in den Diskussionsbeiträgen (Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Hermann Matern, Heinrich Rau und anderen) und im Beschluß wurde festgehalten, daß es beim Aufbau des Sozialismus nicht nur um die Festigung des Volkseigentums und die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften gehen, sondern um die Stärkung der Positionen der DDR im internationalen Klassenkampf und bei der Lösung der nationalen Frage, um die Stärkung der führenden Rolle der Partei, eine höhere Qualität der ideologischen Arbeit, die Festigung der Staatsmacht und den Ausbau der Verteidigungskräfte. All das, so wurde weiterhin klargestellt, bedarf, dem Prinzip des sozialistischen Internationalismus folgend, des weiteren Ausbaus der politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR und den volksdemokratischen Ländern.

### 1.1. Gegen die imperialistische Aggression

Vergessen wir nie die internationale Lage, in der die DDR damals von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Ordnung übergang: Nach der Wiederherstellung der Volkswirtschaft in der UdSSR, dem Sieg der Volksrevolution in China, dem Sieg der volksdemokratischen Ordnung in Polen wie auch der ČSR und der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik versuchte der Imperialismus, einen großangelegten Aggressionsplan zu verwirklichen. Dazu gehörten der Überfall auf die Koreanische Volksdemokratische Republik, ideologische und wirtschaftliche, innen- und außenpolitische Angriffe gegen die junge volksdemokratische Ordnung in Europa, besonders, mit Hilfe des wiedererstehenden deutschen Imperialismus, in der Bundesrepublik, gegen die DDR, schließlich auf wirtschaftlichem Gebiet der Marshallplan, die Kündigung der Handelsabkommen mit den sozialistischen Ländern und die Embargopolitik. Und in Vietnam kämpfte das Volk gegen die französischen Kolonialherren, hinter denen schon die USA mit dem Plan in Bereitschaft standen, sie nach der Niederlage abzulösen.

Heißer Krieg und kalter Krieg: Schwere Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR! Die Aufgabe war nur zu meistern im Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern!

So wurde die DDR immer mehr zu einem starken und festen Bestandteil des sozialistischen Weltsystems und insgesamt der drei großen revolutionären Strömungen: der sozialistischen Staatengemeinschaft, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung. Von ihnen erhielt und erhält die DDR Unterstützung, ihnen half und hilft unsere Republik.

Auf der II. Parteikonferenz wurde deshalb begründet, warum der Aufbau des Sozialismus in der DDR verbunden wird und sein muß mit dem Ausbau der gleichberechtigten, planmäßigen Wirtschaftszusammenarbeit mit der UdSSR und den Volksdemokratien, und dies besonders im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, der Anfang 1949 gegründet worden

war. Im Rechenschaftsbericht des ZK der SED an den II. Parteitag hieß es hierzu unter anderem:

"Die Zusammenarbeit der Länder der Demokratie und des Sozialismus beruht auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Hilfe und freundschaftlichen Zusammenarbeit. Die Planwirtschaft ermöglicht den Abschluß langfristiger Handelsabkommen und Vereinbarungen über technische Hilfe. Die Länder der Volksdemokratie und die Deutsche Demokratische Republik wurden von der Sowjetunion befreit ... Mit ihren großen Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus helfen die Befreier den volksdemokratischen Ländern beim Aufbau der sozialistischen Ordnung. Die Länder, die dem Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe angeschlossen sind und die zum sozialistischen Weltwirtschaftssystem gehören, sind gegen alle Störmaßnahmen durch die kapitalistischen Monopole und gegen die Wirkung kapitalistischer Krisen geschützt. Das System der freundschaftlichen Zusammenarbeit dieser Länder ... sichert den Sieg des Sozialismus in diesen Ländern."<sup>2</sup>

Und an anderer Stelle:

"Obgleich die USA versuchten, über die Staaten des sozialistischen Lagers die ökonomische Blockade zu verhängen, so haben diese Maßnahmen die genannten Länder lediglich gezwungen, das Tempo ihrer industriellen Entwicklung zu beschleunigen ..."<sup>3</sup>

## 1.2. Die Sowjetunion als Zentrum

Die Sowjetunion war und ist das Zentrum der umfassenden gesellschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder. Die Formen und Methoden, mit denen der Imperialismus seine antisozialistische Politik durchführt, variieren entsprechend den Bedingungen. Ob aber heißer oder kalter Krieg, ob politische oder ideologische, wirtschaftliche oder militärische Attacken, immer handelt es sich im einzelnen um drei imperialistische Angriffstaktiken:

1. gegen das Zentrum selbst, also gegen die UdSSR,
2. Entfachen von Gegensätzen zwischen den sozialistischen Ländern mit dem Ziel der Differenzierung, Isolierung, Abspaltung, Vernichtung<sup>4</sup>,
3. Ver- und Behinderung des Entstehens neuer sozialistischer Staaten und des Bündnisses der sozialistischen Welt und der internationalen Arbeiterbewegung mit den Kolonialvölkern, der nationalen antimperialistischen Befreiungsbewegung.

Zitieren wir aus zwei imperialistischen Publikationen, die sich auf jene Zeit beziehen.

Der neoliberale Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpke, belastet mit "dem Alpdruck des kommunistischen Imperialismus"<sup>5</sup>, will, daß die unentwickelten Gebiete der kapitalistischen Weltwirtschaft "nicht den Verlockungen des Kommunismus anheimfallen sollen"<sup>6</sup>; deshalb müßten diese "gefährdeten Länder in die weltweite Abwehrfront gegen den Kommunismus"

2 Ulbricht, Walter, Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1952, S. 10.

3 Ebenda, S. 12.

4 Das zeigte sich im "Kleinen" und im "Großen" bis in die Gegenwart, besonders aber 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968/1969 in der ČSSR.

5 Röpke, Wilhelm, Grundprobleme der internationalen wirtschaftlichen Ordnung, in: Die Berliner Wirtschaft, (West-)Berlin, H. 5/1954.

6 Derselbe, Wirtschaftliche und soziale Ordnung als Aufgabe der freien Welt, Münster (Westfalen) 1952, S. 68.

als ein "weiteres wichtiges Stück eingefügt werden ..."<sup>7</sup> Dafür empfiehlt Röpke vielerlei, unter anderem Kapitalexport. Bemerkenswert nun, welches Zwangsprogramm der Neoliberalen in seiner antikommunistischen und antisozialistischen Angst und Wut empfiehlt:

"Ist die Quelle marktwirtschaftlichen Kapitalverkehrs für unsere Länder beim besten Willen nicht zum Sprudeln zu bringen, so muß der Brunnen politischer Kapitalversorgung erobert werden und, was nicht frei strömen will, mit dem Druck der diplomatischen Konferenzen, der Propaganda und der mehr oder weniger unverhüllten Drohung an die Oberfläche gepumpt werden ...

Kann man sich nicht mehr an den Markt und an den privaten Kapitalgeber wenden, so muß man die Regierungen des Westens und über sie ihre Steuerzahler mobilisieren."<sup>8</sup>

Andere Aspekte, aber das gleiche Anliegen und die gleichen Motive trägt 1961 Paul Henri Spaak vor, nachdem er 1949 bis 1951 Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates und 1957 bis 1961 Generalsekretär der 1949 gebildeten "Atlantischen Allianz", der NATO, gewesen war. "1949 bestand die kommunistische Gefahr vor allem in Europa und auf politischem Gebiet. Heute hat sie sich vermehrt nach Afrika und auf den wirtschaftlichen Sektor verlagert ... Die Kommunisten bedienen sich geschickt gewisser Möglichkeiten ihrer Planwirtschaft und einiger ihrer unbestreitbaren Errungenschaften ... Mit einem Wort, die Welt hat sich in den letzten Jahren sowohl militärisch wie wirtschaftlich und politisch gewaltig verändert. Die atlantische Allianz, die für die Verhältnisse von 1949 geschaffen wurde, steht heute, im Jahre 1961, vor dem Problem einer Anpassung an neue Bedingungen." Spaak schlägt einen engeren Zusammenschluß und eine stärkere Orientierung auf die Probleme der "dritten Welt" vor, und auch er fordert, ähnlich wie Wilhelm Röpke, dazu auf, "in dieser Hinsicht einige unserer liberalen Wirtschaftskonzeptionen zu überprüfen".<sup>9</sup>

Spaak schlägt die Brücke von damals zum imperialistischen Heute (und Morgen). Das sei hier hervorgehoben, um nie aus dem Blickfeld zu verlieren, für wen, mit wem und gegen wen wir unsere internationale sozialistische Gemeinschaft aufbauen und schützen. Das gilt auch für den Bereich der Wirtschaft. So ist die Geschichte der sozialistischen DDR zugleich die Geschichte ihrer Integration in das System der sozialistischen internationalen Wirtschaftskooperation, besonders mittels und im Rahmen des RGW.

## 2. Etappen und Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der DDR mit den RGW-Ländern

Bald nach ihrer Gründung, und zwar im September 1950, wurde die Deutsche Demokratische Republik Mitglied des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.<sup>10</sup> Seit jener Zeit sind bis in die Gegenwart bestimmte Etappen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in der DDR

7 Ebenda.

8 Röpke, Wilhelm, Unentwickelte Länder, in: Ordo. Jahrbuch für die Ordnung der Wirtschaft, Bd. 5, Düsseldorf/München 1953, S. 105.

9 Spaak, Paul Henri, Die Zukunft der NATO, in: Neue Zürcher Zeitung, 5. 3. 1961, Nr. 63, Bl. 1.

10 Gründerstaaten: UdSSR, Bulgarien, ČSSR, Polen, Rumänien und Ungarn. Schon im Februar 1949 wurde Albanien als Mitglied aufgenommen. Seit 1961 ruht diese Mitgliedschaft wegen der Nichtteilnahme Albaniens an der Arbeit des Rates. (In einer Reihe von RGW-Statistiken wird Albanien als Mitgliedsland aufgeführt.) Seit 1962 ist die Mongolische Volksrepublik Mitglied. Die SFR Jugoslawien arbeitet seit September 1964 auf der Grundlage eines Abkommens mit dem RGW, in dessen Auftrag von seinem Generalsekretär unterzeichnet, in einigen Organen des RGW mit.

und anderen RGW-Ländern, mit gewissen zeitlichen Verschiebungen, eng verbunden mit Entwicklungsabschnitten der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den RGW-Staaten. Das entspricht der internationalen Natur der sozialistischen Produktionsweise und den marxistisch-leninistischen Grundprinzipien der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Staaten. Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse und des Überbaus der sozialistischen Gesellschaft wie auch des internationalen Klassenkampfes verlangt nach intensiveren und vollkommeneren Formen und Systemen der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung.

Unter diesem Gesichtspunkt ließen sich wohl die folgenden fünf Etappen der bisherigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der heutigen RGW-Länder abstecken (wobei wir in Zukunft natürlich größere Zeitabschnitte zusammenfassen werden):

Die erste Etappe erstreckt sich vom Kriegsende bis zur Gründung des Rates. Ihr schließt sich ein zweiter Abschnitt an, der bis 1954/1955 reicht. Dann käme die dritte Etappe, die bis 1961/1962 dauert. Schließlich folgt eine vierte Periode bis 1967/1969, und dann beginnt mit der Vorbereitung und Ausarbeitung des Integrationsprogramms ein fünfter Abschnitt.

## 2.1. Die Etappe von Kriegsende bis 1949/1950

Im Gründungskommuniqué des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wird zunächst darauf hingewiesen, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beteiligten Staaten mit bedeutendem Erfolg entwickelt hätten. Das gelte vor allem für den Außenhandel. Nun aber sei die Möglichkeit für eine engere Zusammenarbeit gegeben. Diese sei auch erforderlich, weil "die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands und einiger anderer Länder Westeuropas die Handelsbeziehungen mit den volksdemokratischen Ländern und der UdSSR praktisch boykottieren, weil diese letztgenannten Länder es nicht für möglich erachten, sich dem Diktat des Marshallplans zu beugen, da dieser Plan die Souveränität der Länder und die Interessen ihrer Wirtschaft verletzt".<sup>11</sup>

Bei der Gründung des RGW zeigt sich (ebenso wie heute beim Integrationsprogramm): Die Entwicklung der sozialistischen internationalen Wirtschaftsbeziehungen wird von vier Hauptfaktoren beeinflusst, vom

Entwicklungsstand der Produktivkräfte,

Reifegrad der sozialistischen Produktionsverhältnisse,

politisch-ideologischen und insgesamt gesamtgesellschaftlichen Reifegrad der Partei, des Staates, der Werktätigen, des Überbaus, der Gesellschaft insgesamt, schließlich von den Bedingungen der internationalen Klassenauseinandersetzung, der weltwirtschaftlichen Beziehungen, der Außenpolitik usw.

Bis zur Gründung des RGW ging es im Wirtschaftsverkehr zwischen den Volksdemokratien unter anderem um die Entwicklung einfacher Außenhandelsbeziehungen. Das hört sich heute so einfach an, war aber, wie unter anderem die Tabellen 1 und 2 (Anhang) veranschaulichen sollen, eine außerordentlich komplizierte Aufgabe, und zwar nicht nur wegen der Kriegszerstörungen und Kriegsfolgen, der schwierigen Klassenkämpfe in den einzelnen volksdemokratischen Ländern, sondern auch wegen der umfangreichen regionalen Umstrukturierungen der Außenhandelsströme. Vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges hatten die reaktionären mittel- und osteuropäischen Regimes, von einer relativ kurzen Zeit in den Beziehungen UdSSR - Deutsches Reich abgesehen, keine oder kaum Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion.

11 Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie, 1. 2. 1949.

Welche Anforderungen die regionale Umorientierung an das Transportwesen der UdSSR stellte, läßt sich aus Tabelle 2 ablesen: Während 1938 nur 3 Prozent der geringen Exportgütermengen der UdSSR mit der Bahn transportiert wurden, waren es 1960 nicht weniger als 50 Prozent des gewachsenen Exportgütervolumens. Die Eisenbahntransporte betragen beim Export 1960 gegenüber 1938 das Hundertsechszwanzigfache. Hinzu kam das Problem der Schere zwischen den Transportanforderungen des Exports (vor allem Rohmaterial) und denen des Imports (vor allem Fertigwaren), was einen starken Rücklauf von Leerwagen zur Folge hatte.

Bis zur Gegenwart konnten auf allen Gebieten des RGW-Transports Entlastungen erreicht werden. So ging zum Beispiel der Anteil der Eisenbahn am Transport der Ausfuhrgüter der UdSSR bis 1970 auf rund 34 Prozent zurück (vergleiche Tabelle 2). Doch nach wie vor sind die Erhöhung der Effektivität des Transportsystems und seine Entlastung eine vordringliche Aufgabe in der RGW-Zusammenarbeit.

## 2.2. Von 1949 bis Mitte der fünfziger Jahre

Die ersten Jahre des RGW waren Zeiten heftiger internationaler Klassenkämpfe. Die imperialistischen Kräfte wollten die wichtigsten demokratischen Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und des Sieges der UdSSR rückgängig machen. Der Marshallplan war verkündet, die NATO gegründet und Deutschland durch separate Währungsreform und Bildung der BRD gespalten worden. Im Februar 1950 verhängte die BRD das Stahlembargo gegen die DDR. 1950 folgte der Überfall auf die volksdemokratische Republik Korea. 1951 wurde dieser Krieg durch den Handelskrieg der USA ergänzt; keine Meistbegünstigung mehr für sozialistische bzw. volksdemokratische Länder, Kündigung aller langfristigen Handelsabkommen und ein Exportembargo auf der Grundlage des Battle Act vom Oktober 1951. So ging der Anteil der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder am USA-Export von etwas über 3 Prozent im Jahre 1948 auf wenig über Null 1952/1953 zurück.

Die Antwort der demokratischen Weltkräfte auf den Handelsboykott war unter anderem die große Weltkonferenz für die allseitige Entwicklung der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit im April 1952 in Moskau. Noch entscheidender aber waren der weitere Zusammenschluß und die weitere Stärkung der UdSSR und der volksdemokratischen Länder. Dazu gehörten auch die Gründung und der Aufbau des RGW. Allerdings mußten für die Arbeit dieses völlig neuen Typs internationaler Organisation von Wirtschaftsbeziehungen erst Erfahrungen gesammelt werden. Außerdem war eine Hauptaufgabe des Sozialismus damals die Niederringung der USA-Aggression in Korea. Schließlich waren Kriegsfolgen zu überwinden und gab es komplizierte Klassenauseinandersetzungen in einzelnen volksdemokratischen Ländern.

Unter diesen Bedingungen konzentrierten sich die RGW-Länder stark auf die Schutzaufgaben und die planmäßige erste Entwicklung der zweiseitigen Zusammenarbeit. So empfahl die zweite Ratstagung 1949 in Sofia den Partnerländern, zweiseitige langfristige Handelsabkommen abzuschließen. Außerdem wurde hier die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit als neue Aufgabe gestellt; sie sei unter anderem in der Form der kostenlosen Übergabe von Dokumenten zu entwickeln.

Von November 1950 (III. Ratstagung) bis März 1954 (IV. Tagung) fanden keine Plenarsitzungen des RGW statt.

Die Wirtschaft der DDR war in jenen Jahren gekennzeichnet durch

- den sozialistischen Aufbau im Rahmen des ersten Fünfjahrplans 1951 bis 1955;
- die weitere Wiederherstellung der Volkswirtschaft und die weitere Überwindung von wirt-

schaftlichen Disproportionen, die sich aus Krieg und Kriegsfolgen, besonders aber aus der imperialistischen Spaltung Deutschlands ergeben hatten<sup>12</sup>;

- die vielfältige Hilfe der UdSSR für den Wiederaufbau und die sozialistische Umgestaltung;
- die Leistungen der DDR für die Sowjetunion, um einen Teil der Schäden, die der Faschismus in der Sowjetunion angerichtet hatte, in Gestalt der Reparationen<sup>13</sup> und der Tätigkeit der SAG (Sowjetischen bzw. Staatlichen Aktiengesellschaft) wiedergutzumachen, wobei hervorgehoben werden muß, welche große Rolle damals die SAG als moderne sozialistische Großbetriebe für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Gestaltung der sozialistischen Betriebsorganisation und die Entwicklung der Planwirtschaft spielten;
- schließlich die schnelle Entwicklung des Außenhandels der DDR, besonders mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern.

Dieser zweite Entwicklungsabschnitt der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern und erste Abschnitt der RGW-Zusammenarbeit endet für die DDR mit dem erfolgreichen Abschluß des ersten Fünfjahrplans, dem Verzicht der UdSSR auf den Rest der wiederholt gesenkten Reparationslieferungen (1954), der Übergabe der letzten SAG in DDR-Eigentum (1954), der Erklärung der UdSSR vom Januar 1955 über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland, dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR (September 1955) und schließlich der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, ebenfalls im Januar 1955.

Das Jahr 1954 brachte das Ende des Koreakrieges und auch den Sieg des vietnamesischen Volkes.

Außenpolitisch, innenpolitisch und auch wirtschaftlich waren demnach Mitte der fünfziger Jahre Bedingungen herangereift, die eine weitere Entfaltung der RGW-Arbeit erlaubten und forderten.

### 2.3. Von 1954/1955 bis Anfang der sechziger Jahre

Mit der IV. bis VII. Ratstagung (vom März 1954 in Moskau bis Mai 1956 in Berlin) beginnt ein weiterer Abschnitt in der Entwicklung des RGW.

An den Anfang dieses Zeitabschnitts fallen die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, die Niederlage der Suezaggression sowie die Niederschlagung der Konterrevolution in Ungarn.

Die Überwindung von Problemen und Methoden des Personenkultes stand im Zeichen der Auseinandersetzung mit revisionistischen und dogmatischen Entstellungen des Marxismus-Leninismus.

In den nationalen Wirtschaften und auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Länder waren damals als Folge der verschiedenen Ereignisse und im Zusammenhang mit ihnen einige Umdispositionen notwendig. Insgesamt jedoch wirkten sich

12 Über einer ganz schmalen Brennstoff- und metallurgischen Basis erhob sich ein breiter Überbau an verarbeitender Industrie, deren Absatz früher auf ganz Deutschland und oft stark auf den Export orientiert war.

13 Bekanntlich sabotierten die Westmächte und die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik Reparationsleistungen der BRD an die UdSSR und Polen. Gegenüber der DDR reduzierte die UdSSR die Reparationsleistungen einige Male bis zur Streichung der Restsumme zum 1. 1. 1954.

die in diesem Zeitabschnitt ergriffenen wirtschaftlichen Maßnahmen auf Wachstum und Struktur der DDR-Wirtschaft außerordentlich positiv aus. Das gilt besonders für die Zusammenarbeit mit der UdSSR.

Immer mehr lenkten die kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt, besonders die der RGW-Länder, die Aufmerksamkeit der Partei- und Wirtschaftskader auf den Ausbau der sozialistischen internationalen Wirtschaftsbeziehungen als Element der weiteren Vergesellschaftung von sozialistischer Arbeit und Produktion, der weiteren Stärkung des sozialistischen Weltsystems. Der XX. Parteitag der KPdSU eröffnete auch auf diesem Gebiet neue Perspektiven.

1957 und 1960 fanden die beiden Weltkonferenzen der kommunistischen und Arbeiterparteien statt, in deren Rahmen auch Beratungen der Parteien der Mitgliedsländer des RGW durchgeführt wurden. In den beiden Erklärungen der Weltkonferenzen von 1957 und 1960 wird festgestellt, daß der "Hauptinhalt unserer Epoche ... der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus" ist.<sup>14</sup> In dieser Zeit wird "das sozialistische Weltssystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft".<sup>15</sup>

Von besonderer Bedeutung für die Ratsarbeit in jenem Zeitabschnitt war die "Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der Mitgliedsstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" vom Mai 1958 in Moskau. Bei voller Würdigung der erreichten Erfolge und Fortschritte stellten sie Reserven bei der Ausnutzung der Vorzüge der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung, Mängel bei der internationalen Produktionsspezialisierung und ein ungenügendes Entwicklungstempo wichtiger Rohstoff-, Brennstoff- und Energiezweige fest. Daraus wurde für diese Bereiche eine ganze Reihe von Empfehlungen und Beschlüssen abgeleitet, ebenso aber auch für die auszuarbeitenden Grundprinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung, die Plankoordinierungen, internationalen Bilanzen, die Preise im Außenhandel zwischen den RGW-Ländern, die Festigung der Rolle des Rates bei der Organisation der Zusammenarbeit und anderes mehr.<sup>16</sup>

Bis 1954/1955 erfolgte, wie schon bemerkt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit im System des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ganz überwiegend zweiseitig; der neue Zeitabschnitt aber brachte viele multilaterale Vereinbarungen und Einrichtungen. Doch nicht nur das. Bis 1954/1955 beschränkten sich die Formen der Zusammenarbeit fast ausschließlich auf den Außenhandel, auf mittelfristige Handelsabkommen und die bilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (besonders in Gestalt der Unterstützung der Sowjetunion für den wirtschaftlichen Aufbau in anderen Ländern); der neue Zeitabschnitt brachte neben dem Ausbau dieser alten Formen der Zusammenarbeit eine ganze Reihe neuer Formen: Plankoordinierungen, langfristige analytische und prognostische Bilanzen (zum Beispiel für Brennstoffe), Produktionsspezialisierungen und -kooperationen, gemeinsame Forschungs-, Produktions- und Zirkulationseinrichtungen.

Beginnend mit der IV. Ratstagung im März 1954, tauchen fast in jedem Tagungsprotokoll und -kommuniqué die vier Hauptarbeitskomplexe dieser und der folgenden Jahre auf:

Plankoordinierung;

Sicherung der Rohstoff-, Brennstoff-, Energie- und Materialversorgung;

internationale Forschungs- und Produktionsspezialisierung und -kooperation;

14 Einheit, H. 12/1957, S. 1473.

15 Einheit, H. 12/1960, S. 1796.

16 Vgl. das Kommuniqué dieser Konferenz in: Die Presse der Sowjetunion, Nr. 63/1958, S. 1340.



internationale Transport- und Marktbeziehungen (Außenhandel, Preise, Lieferbedingungen, Valuta und Kredit, Zahlungs- und Verrechnungsverkehr).

Eine Reihe von Empfehlungen jener Zeit, besonders zur Produktionsspezialisierung, ging allerdings nicht, sowohl objektiv als auch subjektiv begründet, von einwandfreien Analysen und Prognosen der nationalen Strukturen, Interessen und Leitungssysteme aus. So entwickelte sich die Forschungskoooperation im System abgestimmter Produktionsspezialisierungen und -kooperationen kaum, und auch das Entwicklungstempo der Spezialisierung und Kooperation selbst war gering. Nicht sonderlich effektive Parallelentwicklungen und ungenügende Produktionskapazitäten mit ungenügender Auslastung waren in einer Reihe von Gebieten die Folge.

Es seien aber aus jener Zeit die folgenden Regelungen in zeitlicher Reihenfolge hervorgehoben:

April 1955 Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernphysik und im März 1956 Gründung des Vereinigten Instituts für Kernforschung;

Spezialisierungsempfehlungen für den Maschinenbau und die Bildung der ersten zwölf Ständigen Kommissionen des RGW für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf der VII. Ratstagung 1956 in Berlin;

Empfehlung der IX. Tagung (Juni 1958, Bukarest) über die Preisbildungsprinzipien im Außenhandel zwischen den Partner-Ländern;

weitere Spezialisierungsempfehlungen auf der X. bis XIV. Ratstagung (Dezember 1958 in Prag bis April 1961 in Berlin); Empfehlungen zur Vorbereitung des Baus der Erdölleitung, der Errichtung eines internationalen Verbundsystems der Versorgung mit Elektroenergie und eines gemeinsamen Güterwagengparks.

In diesen Zeitabschnitt fällt auch eine wesentliche Verstärkung des Kreditverkehrs zwischen den RGW-Ländern, und zwar, vom Standpunkt der DDR, in doppelter Hinsicht. Einmal entwickelten sich langsam Kreditierungen zwischen den Mitgliedsländern des RGW im Zusammenhang mit gemeinsamen Vorhaben: so 1957 der DDR-Kredit an die VR Polen für die Erschließung eines Braunkohlentagebaus; so 1959 der ČSSR-Kredit an die DDR für Ausbauten im Kalibergbau und zusätzliche Lieferungen an die ČSSR; so 1961 der DDR-Kredit an die VR Polen für den Bau des polnischen Abschnitts der Erdölleitung.

Eine zweite Linie der Intensivierung des Kreditverkehrs war in jener Zeit die wesentliche Erhöhung der von der UdSSR an die DDR gewährten Kreditsummen. Von besonderer Bedeutung sind die in den Jahren 1961/1962 gegebenen zwei Warenkredite von 410 Millionen Rubel. Damit unterstützte die Sowjetunion auch auf wirtschaftlichem Gebiet die Maßnahmen des 13. August 1961 und eine Reihe von Außenhandelsumstellungen, die infolge der Bonner Kündigung des Berliner Vertrages über den Handel DDR - BRD/Westberlin vom 30. September 1960 notwendig geworden waren. Wenn es auch nach langwierigen Verhandlungen gelang, das Berliner Abkommen ab 1. Januar 1961 wieder in Kraft zu setzen, so blieb doch die Aufgabe bestehen, die Wirtschaft der DDR in jeder Beziehung gegen imperialistische Manöver zu sichern. Mit den von der UdSSR gewährten Krediten konnte die DDR in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten Waren, vor allem Roh- und Brennstoffe, kaufen, womit diese Staaten den Maßnahmen der DDR gegen die Bonner und USA-Pläne volle Unterstützung gewährten. Diese Lieferungen trugen zu dem stabilen, kontinuierlichen Wachstum bei, das die Wirtschaft der DDR in den Jahren 1963 bis 1968 auszeichnete.

Viele Faktoren (wiederum nationale und internationale, innenpolitische und außenpolitische, innerwirtschaftliche und außenwirtschaftliche) lassen es angebracht erscheinen, mit den Jahren 1961/1962 den Beginn eines weiteren Abschnitts in der RGW-Zusammenarbeit zu datieren.

## 2.4. Von 1961/1962 bis 1967/1969

Am Beginn dieser Periode liegen die Empfehlungen der XV. Ratstagung (Dezember 1961) über die Grundprinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung, über Erdölleitung und Verbundsystem, liegen die Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien der RGW-Länder im Juni 1962 und Juli 1963 in Moskau, schließlich die Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze der DDR gegenüber BRD/Westberlin vom August 1961.

Kennzeichnend für die ökonomische Entwicklung in diesem Zeitabschnitt ist der Beginn der Wirtschaftsreformen in einzelnen RGW-Ländern, in der DDR zum Beispiel mit dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 und der Wirtschaftskonferenz der Partei im Juni desselben Jahres. Diese Reformen waren zwangsläufig von Maßnahmen zum Ausbau der sozialistischen internationalen Wirtschaftszusammenarbeit begleitet.

So zeigt sich auch in diesem Zeitabschnitt, wie die weitere Entwicklung der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und des Überbaus in den einzelnen RGW-Ländern - eine Entwicklung mit gleicher Grundtendenz - einen adäquaten Übergang auf eine neue Stufe der internationalen Produktionsverhältnisse, der internationalen Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern des RGW notwendig macht.

Das qualitativ Neue beim Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in diesem Zeitabschnitt liegt in einer Reihe von Grundsatzregelungen, ferner in der Verstärkung der Rolle der RGW-Organen, der Schaffung einer Reihe von gemeinsamen Forschungs-, Produktions-, Transport- und Zirkulationseinrichtungen, der Verbesserung der Produktionsabstimmungen und -spezialisierungen sowie schließlich in der Entwicklung von Direktkontakten zwischen den Vereinigungen, Betrieben und Instituten einzelner RGW-Länder.

## 2.5. Grundprinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung

Von der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der RGW-Länder, die im Jahre 1962 stattfand, wurden die "Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" gebilligt. Sie waren in den Jahren zuvor ausgearbeitet und auf der XV. Ratstagung im Entwurf gebilligt worden. Dieses Dokument enthält keine operativen Regelungen, in ihm sind vielmehr allgemeine Grundsätze formuliert.

In der Zusammenarbeit "lassen sich alle sozialistischen Länder streng von den Prinzipien der vollen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, der brüderlichen gegenseitigen Hilfe und des gegenseitigen Vorteils leiten".<sup>17</sup>

Ein wichtiger Grundsatz ist folgender: "Die neue Gesellschaftsordnung erlaubt es, die Entwicklung der nationalen Wirtschaft mit der Entwicklung und Festigung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems als Ganzes organisch zu verbinden. Vom Beitrag eines jeden Landes hängen die Erfolge des ganzen sozialistischen Weltsystems ab." Und so ist es auch: Weder damals noch heute ist die sozialistische internationale Wirtschaftszusammenarbeit ein *deus ex machina*, der unsere nationalen Wirtschaftsprobleme löst. Nein, Niveau und Umfang dieser Zusammenarbeit hängen zuallererst von der Qualität der politischen Führung in den beteiligten Staaten, der Qualität der nationalen Planung und Leitung, vom proportionalen Wachstum und der wirtschaftlichen Effektivität in den Mitgliedsländern ab. Mittels Rückkopplung wirkt dann die Integration; sie führt durchaus zu neuen Qualitäten in der Konzentration, Spezialisierung, Struktur und Effektivität der Forschungen, Investitionen, Produktion und Außenwirtschaft.

17 Neues Deutschland, 17. 6. 1962.

Diese Einheit von nationalen Anstrengungen und internationaler Kooperation wurde auch wieder im Kommuniqué der XXIII. Ratstagung vom April 1969 unterstrichen.

Wenn in den nationalen Wirtschaften Disproportionen und Engpässe entstehen oder wenn die Prozesse der sozialistischen internationalen Kooperation nicht exakt bilanziert, geplant, geleitet und stimuliert werden, gibt es zwangsläufig Hemmungen im Integrationsprozeß. Deshalb hieß es in den "Grundprinzipien", daß die sozialistische internationale Arbeitsteilung jedem beteiligten Land einen sicheren Absatz und Bezug gewährleisten solle; die Beziehungen müßten "fest und beständig sein, weil ihre Störung, selbst durch ein Land, unweigerlich zur Verletzung des wirtschaftlichen Rhythmus in den anderen sozialistischen Ländern führt".<sup>18</sup>

Mit dieser Betonung des Zusammenhangs und der Einheit von nationaler Wirtschaftstätigkeit und sozialistischer internationaler Wirtschaftszusammenarbeit beachten die "Grundprinzipien" klar und konsequent Lenins Lehre vom proletarischen Internationalismus, von der Dialektik des Nationalen und Internationalen in den Beziehungen zwischen sozialistischen Nationen, von der Dialektik der nationalen Selbständigkeit und der allmählichen Annäherung der sozialistischen Nationen. Im Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine schreibt Lenin gegen Ende des Jahres 1919, daß sich Kommunisten wegen der nationalen Grenzen nicht entzweiten dürfen, daß sie als Gegner der nationalen Absonderung und Internationalisten die engste Vereinigung der sozialistischen Nationen im Rahmen des internationalen Bündnisses der Arbeiter gegen die internationale Kraft des Kapitals erstreben. Das Ziel ist ein freiwilliges Bündnis der Nationen, was nur mit größter Geduld und Behutsamkeit, aber mit Unnachsichtigkeit und Unversöhnlichkeit gegenüber kapitalistischen Methoden und Ideologien zu erreichen ist.<sup>19</sup>

In den "Grundprinzipien" ist festgehalten, daß die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne "das Hauptmittel für die planmäßige Vertiefung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und die immer enger werdende Vereinigung der Produktionsanstrengungen der Länder des Sozialismus" sei. Dabei müßten folgende Prinzipien verwirklicht werden:

die Proportionen zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder und des Gesamtsystems,

hoher ökonomischer Nutzeffekt,

internationale Spezialisierung und komplexe nationale Entwicklung,

allmähliche Überwindung der historisch entstandenen Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau der einzelnen Länder.

## 2.6. Das Statut des RGW

"Unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder und der Zweckmäßigkeit, die früher vom Rat gefaßten Beschlüsse über die Ziele, Prinzipien und organisatorischen Formen seiner Tätigkeit durch ein Statut zu ersetzen", billigte die XII. Tagung des RGW (Dezember 1959 in Sofia) den Entwurf dieses Statuts und ebenso einer Konvention über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten des Rates. Beide Dokumente wurden als internationale Abkommen am 14. Dezember 1959 unterzeichnet und traten am 13. April 1960, nach Hinterlegung der einzelnen

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> Lenin, W. I., Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine anlässlich der Siege über Denkin, in: Werke, Band 30, Berlin 1961, S. 281 ff.

Ratifikationsurkunden in den Hauptstädten der Mitgliedsländer, in Kraft.<sup>20</sup> Hervorgehoben aus dem Statut seien an Grundsätzen:

Jedes Mitgliedsland hat eine Stimme.

Der Rat faßt Beschlüsse zu organisatorischen und Verfahrensfragen, während er zur wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit Empfehlungen gibt, die aufgrund von entsprechenden Beschlüssen der einzelnen jeweils zuständigen nationalen Organe verwirklicht werden.

Empfehlungen und Beschlüsse werden nur im Einverständnis aller jeweils interessierten Länder angenommen.

Auf der XVI. Ratstagung im Juni 1962 in Moskau wurden einige Änderungen am Statut vereinbart: Um die operative Arbeit zu verstärken, wurde ein Exekutivkomitee des Rates gebildet, das aus den für die RGW-Arbeit verantwortlichen Stellvertretern der Ministerpräsidenten der Mitgliedsländer besteht. Ferner wurde die Funktion eines Generalsekretärs des RGW geschaffen und die ursprüngliche Begrenzung der Aufnahme neuer Mitglieder auf Europa aufgehoben (woraufhin 1962 die Mongolische Volksrepublik Mitglied wurde).

## 2.7. Zwei- und mehrseitige Institutionen

Ab Mitte der sechziger Jahre wird die multilaterale Zusammenarbeit der RGW-Mitgliedsländer durch wichtige bilaterale Institutionen ergänzt: durch die zweiseitigen Ausschüsse für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (mit verschiedenen Ständigen Arbeitsgruppen). In der Zusammenarbeit mit der UdSSR werden diese Arbeiten von Paritätischen Regierungskommissionen der UdSSR und der anderen RGW-Länder ausgeführt.

In der ersten Hälfte der sechziger Jahre entstand eine Reihe multilateraler Institutionen der RGW-Länder, so

1962 in Prag die Zentrale Dispatcherzentrale für das vereinigte Energieverbundsystem,

1963 das RGW-Institut für Standardisierung,

1963 Inbetriebnahme der Erdölleitung "Freundschaft" auf dem Gebiet der DDR (Empfehlung zum Bau auf der X. Tagung des RGW Ende 1958),

1964 die internationale Industriezweigorganisation "Intermetall" zur Koordinierung und Entwicklung der Produktion von Walzstahl, Stahlrohren und Erzeugnissen der zweiten Verarbeitungsstufe,

1964 das "Wälzlagerkomitee" für die Koordinierung und Spezialisierung der entsprechenden Produktion,

1964 der Gemeinsame Güterwagenpark,

am 1. Januar 1964 Aufnahme der Arbeit der "Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit" (IBWZ) in Moskau für die Abwicklung des multilateralen Zahlungsverkehrs (einschließlich kurz- und ab 1971 auch mittelfristiger Kreditierung).

Es wurden weitere Ständige Kommissionen des RGW gebildet und viele bi- und multilaterale Produktionsspezialisierungen durchgeführt (für schienen- und straßengebundene Fahrzeug-

20 Gesetzblatt der DDR, T. I, Nr. 29/1960, S. 283 ff. - Vgl. auch den Text des Statuts in: Dokumente RGW, Berlin 1971, S. 146 ff.

ge, Kraftwerkenanlagen, Werkzeugmaschinen, Landmaschinen, Erzeugnisse der Elektrotechnik, Synthesekautschuk, Pharmazie und anderes mehr). Genug Probleme aber blieben ungelöst; darüber wird noch zu reden sein.

## 2.8. Die DDR nach 1961

Für die DDR war dieser vierte Entwicklungsabschnitt in der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen RGW-Mitgliedsländern die Zeit stabiler Entwicklung nach den Maßnahmen vom 13. August 1961, die Zeit des umfassenden Aufbaus des Sozialismus nach dem VI. Parteitag der SED vom Januar 1963 und der Annahme des Programms der Partei.

Im Programm der SED wird festgestellt, daß nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse der umfassende Aufbau des Sozialismus in der DDR "Hauptinhalt der Tätigkeit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen" sei.<sup>21</sup> Dazu müsse "eine neue, höhere Qualität der Leitung der Volkswirtschaft und der Planung" erreicht werden.<sup>22</sup> "Die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert die bewußte harmonische Entwicklung der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft, ihrer Wechselbeziehungen, ihrer Größenverhältnisse und ihres Entwicklungstempos."<sup>23</sup>

Und nun zeigt sich auch hier, auf dem VI. Parteitag und im Programm der SED, die Einheit der Weiterentwicklung von nationaler Wirtschaft und internationaler ökonomischer Zusammenarbeit: "Beim Aufbau ihrer Wirtschaft beachtet die Deutsche Demokratische Republik das Wirken des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung im Maßstab der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und des ganzen sozialistischen Weltsystems. Die Deutsche Demokratische Republik wird zu einem immer festeren Glied des sozialistischen Weltwirtschaftssystems ..."<sup>24</sup> Dabei geht es nicht nur um eine einfache Erweiterung des Außenhandels: "Die Deutsche Demokratische Republik strebt die engste Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, vor allem für die führenden Zweige der Volkswirtschaft und nach Schwerpunkten an ..."<sup>25</sup>

Den für den Außenhandel verantwortlichen Organen wurde auf dem VI. Parteitag die Aufgabe gestellt, den Warenaustausch auf die Realisierung internationaler Produktionsverflechtungen im Rahmen der Forschungs- und Produktionsspezialisierung zu orientieren, dementsprechend das staatliche sozialistische Außenhandelsmonopol zu gestalten, die wechselseitigen internationalen Verpflichtungen exakt zu bilanzieren und Planung und Leitung des Außenhandels entsprechend den neuen Maßstäben und Aufgaben zu gestalten.<sup>26</sup>

In Wahrung des Prinzips der Einheit von Ökonomie und Politik, der Erkenntnis von der umfassenden und festen politischen Fundierung der Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten schloß die DDR mit diesen Ländern ab Mitte der sechziger Jahre neue Abkommen, die Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit

21 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Das Programm des Sozialismus und die geschichtlichen Aufgaben der SED. VI. Parteitag der SED, Berlin 15. - 21. Januar 1963, Berlin 1963, S. 321.

22 Ebenda, S. 325.

23 Ebenda, S. 323.

24 Ebenda, S. 324 f.

25 Ebenda, S. 325.

26 Ulbricht, Walter, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in; ebenda, S. 79 ff. - Konkrete Maßnahmen in dieser Richtung wurden auf der Wirtschaftskonferenz der SED im Juni 1963 und auf dem 11. Plenum des ZK der SED vom Dezember 1965 erörtert.

und gegenseitigen Beistand, so mit der UdSSR am 12. Juni 1964. Diesem Vertrag folgten 1966 die Gründung der Paritätischen Regierungskommission DDR - UdSSR und eine ganze Reihe von Vereinbarungen über den Ausbau der Wissenschafts- und Produktionskooperation, über die Lieferung von Schiffen und Schiffsausrüstungen aus der DDR in die UdSSR, über den Bezug der DDR von Erdöl und Erdgas aus der Sowjetunion wie auch die Lieferung von sowjetischen Atom- und Wärmekraftwerken in die DDR.

Mit dem VII. Parteitag der SED (April 1967) und der Vorbereitung und Durchführung der XXIII., außerordentlichen RGW-Tagung vom April 1969 zeichnet sich für die DDR der Übergang auf eine weitere, höhere Stufe der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ab. Es wird die sozialistische internationale Wirtschaftsintegration der RGW-Mitgliedsländer vorbereitet und begonnen.

Ziehen wir jedoch, um die Notwendigkeit dieser intensiveren Formen der Zusammenarbeit zu begründen, eine Zwischenbilanz.

### 3. Zwischenbilanz: Fortschritte und Entwicklungsprobleme

Mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder im allgemeinen und dem System der Kooperation zwischen den RGW-Staaten im besonderen ist ein völlig neuer sozialökonomischer Typus internationaler Wirtschaftsbeziehungen entstanden. Unter komplizierten inneren und äußeren Bedingungen hat er sich entwickelt, gefestigt, bewährt und noch keineswegs seine Möglichkeiten erschöpft.

#### 3.1. Hauptergebnisse

Unter der Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien wurden in den einzelnen Ländern und in internationaler Zusammenarbeit die Erfahrungen ausgewertet und dementsprechend neue Schritte unternommen, um den Prozeß der weiteren Vergesellschaftung von sozialistischer Arbeit und Produktion national und international voranzutreiben, um die Internationalisierung des gesellschaftlichen und speziell wirtschaftlichen Lebens fortzuführen. Mittels der zentralen staatlichen Planung und der anderen Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft konnten entscheidende komplexe Entwicklungs- und Wachstumsprozesse eingeleitet und durchgeführt werden. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte kooperieren hier Staaten und Nationen in freier Assoziation, ohne Ausbeutung, Konkurrenzkampf und nationale Unterdrückung. Der Marxismus-Leninismus, die sozialistischen Produktionsverhältnisse und die sozialistische Staatsordnung sichern die Übereinstimmung der Grundinteressen der Partnerländer.

Als wichtige wirtschaftliche Ergebnisse der bisherigen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW wären hervorzuheben:

das dem Kapitalismus überlegene Wachstumstempo,

die erfolgreiche Durchführung der sozialistischen Industrialisierung,

Fortschritte bei der allmählichen Angleichung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus,

wesentlicher Ausbau der Positionen in der Weltwirtschaft,

koordinierte Hilfe für junge, antiimperialistische Staaten,

Ausbau der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung.

Bei diesem Ausbau gelang es, ein komplexes System der Formen der kurz-, mittel- und langfristigen, zwei- und mehrseitigen Zusammenarbeit zu entwickeln, von der Plankoordination bis zum Absatz. Hervorzuheben sind die gemeinsamen Einrichtungen, vom Kernforschungsinstitut über das Wälzlagerkomitee bis zur Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Nicht zu übersehen in ihrer Effektivität sind die Vereinbarungen über Preisbildung, Kursstabilität, Sofortzahlungsverfahren, multilaterale Verrechnung, allgemeine Lieferbedingungen und Austausch von wissenschaftlich-technischen Dokumenten. Schließlich wurden, wie erwähnt, zahlreiche Produktionsspezialisierungen durchgeführt, wenn es hier auch meist nur um einzelne Finalerzeugnisse schon vorhandener Produktionen ging und eine effektive Planung wie auch einwandfreie vertragliche Regelung dieser Prozesse vielfach noch nicht erreicht werden konnten.

Die Vervollkommnung der Leitung der nationalen Wirtschaften, wie sie mit den verschiedenen neuen Leitungs- und Planungssystemen angestrebt werden, schaffen, wenn wir richtig arbeiten, neue Bedingungen für die intensivere Entwicklung der sozialistischen internationalen Wirtschaftszusammenarbeit. In diesem Rahmen wurde 1969 die Ausarbeitung eines Integrationsprogramms beschlossen, dessen Fixierung und Annahme 1971 erfolgte.

### 3.2. Tabellarische Erläuterungen

Die Tabellen, die dieser Studie beigelegt sind, enthalten einige Illustrationen zu den in der RGW-Zusammenarbeit erreichten Ergebnissen. Sie stellen eine begrenzte Auswahl dar.

Die Tabellen 3 und 4 (Anhang) zeigen, daß und wie Nationaleinkommen und Industrieproduktion in den europäischen RGW-Ländern schneller zugenommen haben als in der kapitalistischen Welt.<sup>27</sup> So ist der Anteil der RGW-Länder an der Weltindustrieproduktion bedeutend gewachsen.

Aus Tabelle 3 kann in Verbindung mit den Aussagen der Tabellen 6 und 7 (Anhang) abgelesen werden, daß das wirtschaftliche Wachstum in Bulgarien und Rumänien besonders kräftig war. Es konnten also wesentliche Erfolge im Angleichungsprozeß erzielt werden. Natürlich gibt es auf einer Reihe von Gebieten, zum Beispiel auch in der Landwirtschaft, noch beträchtliche Niveauunterschiede. Allerdings ist auch darauf hinzuweisen, daß Länder, die früher technisch-wirtschaftlich zurückgeblieben waren, in einigen Bereichen der Wirtschaft moderne Produktionskapazitäten mit einem relativ hohen Niveau der Arbeitsproduktivität und Fondsökonomie aufgebaut haben. Die oft verwandten Durchschnittsziffern bringen das nicht oder nur ungenügend zum Ausdruck.

Die statistischen Zusammenstellungen in den Tabellen 4 und 8 (Anhang) lassen deutlich werden, daß die Entwicklung des Außenhandels der RGW-Länder seit etwa 1963 nicht mit dem Wachstum der Industrieproduktion (zum Teil auch des Nationaleinkommens) dieser Staaten Schritt gehalten hat. Trotz ihres auch relativ steigenden Wirtschaftspotentials stagnierte ihr Anteil am Welthandelsvolumen.<sup>28</sup> Verbesserungen gab es erst wieder 1969/1970. (Das wird in Tabelle 4 nicht genügend sichtbar, weil es sich dort um Wertkennziffern handelt und somit durch die inflationistischen Aufblähungen des kapitalistischen Welthandels Verzerrungen entstehen.) Die relative Stagnation des Außenhandels der RGW-Länder ist aber zugleich auch Ausdruck dafür, wie wichtig die sozialistische internationale Wirtschaftsintegration mit ihren internationalen Verflechtungen, Spezialisierungen und Austauschbeziehungen ist: Ihr Ziel ist nicht die Erweiterung des Außenhandels um jeden Preis, sondern seine stabile Zunahme

<sup>27</sup> Diese und andere Zahlenaussagen unserer Tabellen gelten nur bedingt, da unterschiedliche Preisstrukturen und andere Faktoren den Vergleich erschweren.

<sup>28</sup> Auch bei diesem Vergleich sind wegen der unterschiedlichen Preisebenen und -strukturen Toleranzen zu beachten.

aufgrund internationaler Spezialisierung und folglich nationaler Konzentration mit entsprechender Steigerung der volkswirtschaftlichen Effektivität.

An den Zahlen der neunten und zehnten Tabelle werden die Anstrengungen deutlich, die in den RGW-Ländern beim Aufbau der Grundstoffindustrie (einschließlich Energie) unternommen werden mußten. Dabei sei ergänzend darauf aufmerksam gemacht - den Tabellen ist das nicht zu entnehmen -, daß von 1956 bis 1960 diese Investitionsanteile in der DDR höher waren als in allen anderen RGW-Ländern und auch noch 1961 bis 1965 nur in Rumänien und in Bulgarien prozentual übertroffen wurden. In allen Ländern aber wuchs, besonders im Zeitraum 1966 bis 1969, der Anteil der Investitionen in den Maschinenbau; in der DDR, bei richtiger Tendenz, sogar unproportional stark, was für die siebziger Jahre Änderungen zugunsten der Grundstoffindustrie, und hier vor allem der Energiewirtschaft, erforderte. Während 1955 die Investitionen in den Maschinenbau der in Tabelle 10 (Anhang) angeführten Länder fast durchweg geringer waren als bei allen anderen Struktureinheiten, ist heute der Maschinenbauanteil derartig der höchste. In der DDR konnten in den letzten Jahren besonders Elektrotechnik/Elektronik und Gerätebau investitionsmäßig gefördert werden, weiter aber auch die Textilindustrie und einige Bereiche des Maschinen- und Fahrzeugbaus, 1970 auch wieder die chemische Industrie. Diese strukturellen Verschiebungen waren nicht zuletzt dank der Zusammenarbeit mit der UdSSR möglich.

Wie sich aus Tabelle 11 (Anhang) ersehen läßt, nahm von 1955 bis zur Gegenwart die industrielle Produktion in den RGW-Ländern schneller zu als in den entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften (gemäß UN-Statistik). Im Rahmen dieser progressiven Tendenz gibt es, vor allem entsprechend den vielfältig komplizierten historischen Bedingungen, unter denen die europäischen RGW-Länder ihre sozialistische Wirtschaft aufbauen mußten, eine ganze Reihe von Strukturproblemen. Sie zeigen sich unter anderem im Nachholebedarf bei einigen jungen Forschungs- und Produktionszweigen in der metallverarbeitenden und chemischen Industrie (synthetische Materialien). Dabei können wir auch die Zahlen in den Tabellen 4 und 12 (Anhang) heranziehen, die den unbefriedigenden Entwicklungsstand des Chemieaußenhandels der RGW-Länder erkennen lassen.

Tabelle 11 macht auf ein anderes Strukturproblem aufmerksam; auf das zwar hohe, aber doch noch nicht voll ausreichende Wachstum der Erzeugung von Elektroenergie in den meisten RGW-Ländern. So stieg im gesamten Zeitraum von 1955 bis 1969 in den kapitalistischen Industriestaaten die Erzeugung der verarbeitenden Industrie um 108 Prozent, die von Elektroenergie und Gas um 182 Prozent. Die entsprechenden Zahlen für die europäischen RGW-Länder lauten 247 und 345 Prozent. Dies ist eine enorme Zunahme, aber die Gewinnung von Energie wuchs relativ (im Verhältnis zum Wachstum der Gesamtindustrie) langsamer als in den kapitalistischen Industrieländern.

Noch stärker werden die Unterschiede, wenn wir nur den jüngsten in der Statistik erfaßten Zeitraum betrachten: von 1965 bis 1969. In diesen Jahren nahm in den kapitalistischen Industrieländern die Erzeugung der verarbeitenden Industrie um 26,1 Prozent, in den europäischen RGW-Ländern hingegen um 39,3 Prozent zu. Die Zahlen für die Gewinnung von Energie: 37,4 und 44,7 Prozent. Das bedeutet für die RGW-Länder Europas einen Vorrang der Wachstumsrate der Energieerzeugung vor der der Produktion der verarbeitenden Industrie von nur 14 Prozent. Wenn diese Disproportionalität in der DDR auch eine besondere Rolle spielt, so berührt sie doch das System der Zusammenarbeit der RGW-Länder insgesamt.

Die Senkung des spezifischen Energie- und Materialverbrauchs (vor allem durch Einführung neuer Verfahren und Technologien) ist der Hauptweg, das Energie- und Rohstoffproblem in den einzelnen RGW-Ländern und im System ihrer Zusammenarbeit zu lösen. Daß hier auch bisher schon Fortschritte gemacht wurden, ist bekannt und kommt auch in den Tabellen 12 und 13 (Anhang) zum Ausdruck. Die dort wiedergegebenen Entwicklungsreihen entsprechen



in der Tendenz den Anforderungen, die sich aus der Entwicklung der modernen Produktivkräfte ergeben: Von 1955 bis 1969 ging im Außenhandel zwischen den Partnerländern des RGW der Anteil der Roh- und Brennstoffe, bei absoluter Zunahme, von rund 46 auf 27 Prozent zurück. Bei den industriellen Rohstoffen war der Rückgang (von 19 auf 9 Prozent) am stärksten.

Welchen Anteil die DDR an diesem progressiven Prozeß hatte, zeigt Tabelle 13: Von 1955 bis 1970 sank der Anteil der Grundstoffindustrie an unserer Gesamteinfuhr von etwa 45 auf rund 32 Prozent. Zugleich reduzierten sich auch die Anteile der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft. So wurde in der Handels- und Zahlungsbilanz Platz frei für eine bedeutende Erhöhung des Anteils der Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie an unseren Gesamtimporten; von nur 5 Prozent 1955 auf immerhin 36 Prozent 1970. Diese Tendenz wird sich, wenn jetzt sicher auch weit langsamer, fortsetzen.

Damit profiliert sich für die DDR und die anderen RGW-Länder die Hauptfunktion des Außenhandels im Integrationsprozeß heraus: internationaler Austausch von modernem Wissen und moderner Technik.

#### 4. Eine neue Etappe: sozialistische internationale Wirtschaftsintegration

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ergaben sich mit den Aufgaben zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, mit dem Reifegrad der gesellschaftlichen Produktion in den europäischen RGW-Ländern und den weiteren Arbeiten an der Verbesserung der Leitungs- und Planungssysteme Bedingungen, um auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit der RGW-Länder zu intensivieren.

##### 4.1. Herangereifte Bedingungen

Auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU (März 1971) wurden diese Zusammenhänge zwischen nationalen und internationalen Bedingungen bzw. Faktoren hervorgehoben. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees war von den "Besonderheiten der gegenwärtigen Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung" in der Sowjetunion die Rede, und es wurden angeführt:

die Zunahme der volkswirtschaftlichen Macht und die völlig neuen Maßstäbe der vielgliedrigen, großen Wirtschaft;

die stärkere Konzentration von Kräften und Mitteln, um den Volkswohlstand zu heben;

die neuen, höheren Anforderungen an die Planung und Leitung;

die sozialistische, planwirtschaftliche Lösung der Aufgaben, die sich aus der wissenschaftlich-technischen Revolution ergeben.

Das sind spezifische innere Bedingungen. Hinzu kommen, mit ihnen verflochten, äußere:

"Die wichtigste von ihnen besteht darin, daß sich ... der Prozeß der ökonomischen Integration der sozialistischen Länder entfaltet und daß wir viele Wirtschaftsaufgaben unter Berücksichtigung dieses Prozesses lösen müssen. Ferner ist zu beachten, daß sich heute die Rolle einer solchen Sphäre der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, wie es der ökonomische und wissenschaftlich-technische Wettbewerb der beiden Weltsysteme ist, bedeutend verstärkt hat."<sup>29</sup>

<sup>29</sup> Neues Deutschland, 31. 3. 1971, S. 6.

Und an anderer Stelle heißt es:

"Im letzten Planjahr fünf ist die Industrieproduktion der RGW-Länder um 49 Prozent gestiegen. Auch der Handel zwischen ihnen dehnt sich aus. Wir sind jedoch ebenso wie die anderen RGW-Länder der Meinung, daß die Möglichkeiten der sozialistischen Arbeitsteilung noch nicht voll genutzt werden. Die Praxis ließ uns zu der allgemeinen Schlußfolgerung gelangen: Die Spezialisierung und Kooperation der Produktion müssen vertieft werden, die Volkswirtschaftspläne müssen enger koordiniert werden, mit einem Wort, wir müssen auf dem Wege der ökonomischen Integration der sozialistischen Staaten weiter vorankommen. Das ist wichtig und notwendig."<sup>30</sup>

In der DDR unterstützten Partei und Regierung diese Linie. Auf dem VIII. Parteitag der SED (Juni 1971) wurde die Bedeutung einer Intensivierung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung für die Erhöhung der Effektivität unserer Volkswirtschaft unterstrichen und besonders die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gewürdigt. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees heißt es dazu unter anderem:

"Die für die Lösung der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes erforderliche weitere Stärkung der materiell-technischen Basis des Sozialismus verlangt einen bedeutenden Anstieg der Arbeitsproduktivität und der Effektivität der Arbeit in der ganzen Wirtschaft. Ja, wir können und müssen einen noch umfassenderen Zusammenhang berücksichtigen. Die Lösung der Aufgaben bei der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft wird erleichtert, wenn wir die sozialistische ökonomische Integration mit den Staaten des RGW sorgfältig pflegen und ausbauen."<sup>31</sup>

Die Direktive des VIII. Parteitages zum Fünfjahrplan 1971 bis 1975 enthält dementsprechend eine Fülle konkreter Aufgabenstellungen für die Entfaltung der Wissenschafts- und Produktionskooperation der DDR mit der UdSSR und anderen RGW-Ländern.

Schon auf dem VII. Parteitag der SED (April 1967) war die Aufgabe gestellt worden, bei der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft "die Volkswirtschaft auf einer qualitativ höheren Stufe in das sich entwickelnde sozialistische Weltwirtschaftssystem einzugliedern..."<sup>32</sup>

Im Zusammenhang mit den begonnenen Wirtschaftsreformen kamen ähnliche Forderungen und Vorschläge auch aus anderen RGW-Ländern.

#### 4.2. XXIII. bis XXV. Ratstagung (1969 bis 1971)

Die kommunistischen und Arbeiterparteien der RGW-Länder waren sich ihrer Verantwortung und Führungsaufgabe bewußt, und es wurde für April 1969 die XXIII., außerordentliche Tagung des RGW einberufen, an der der Generalsekretär der KPdSU sowie die Ersten Sekretäre der anderen beteiligten kommunistischen und Arbeiterparteien und auch die Regierungschefs teilnahmen. Die Beratung würdigte die Tatsache, daß unter "der Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien ... die Werktätigen der Mitgliedsländer des RGW grundlegende sozialökonomische und politische Umgestaltungen vollbracht, einen steten Aufstieg der Produktion, das Aufblühen von Wissenschaft und Kultur gewährleistet und den Le-

30 Ebenda, S. 3.

31 Neues Deutschland, 16. 6. 1971, S. 5.

32 Ulbricht, Walter, Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 203. - (Hervorhebung im Original - G. K.)

bensstandard der Völker bedeutend gehoben" haben.<sup>33</sup> Dank der Politik der sozialistischen Industrialisierung und der sich festigenden Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe haben die RGW-Länder ihre Positionen in der Weltwirtschaft festigen können. Auf der Grundlage der Lehre des Marxismus-Leninismus, der Gemeinsamkeit der grundlegenden Klasseninteressen, der Prinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung und der Planmäßigkeit der Beziehungen wurden "beachtliche Erfolge in der Entwicklung der Produktivkräfte errungen ... und zu vollkommeneren Methoden der sozialistischen Wirtschaftsführung" übergegangen.

Daraus leiteten die Parteien und Regierungen der Mitgliedsländer des RGW "die Notwendigkeit einer Vervollkommnung der bestehenden und der Entwicklung weiterer, effektiverer Formen und Methoden der wirtschaftlichen Zusammenarbeit" ab. Die Beratung beschloß einmütig, die Anstrengungen der RGW-Mitgliedsländer "weitgehender miteinander zu vereinen, um die Aufgaben des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus erfolgreich lösen zu können".

Unmittelbar nach der XXIII. Ratstagung, ebenfalls im April 1969, wurde auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau in vielen Ansprachen auf die internationale Bedeutung des Ausbaus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder verwiesen. Im Hauptdokument der Konferenz heißt es hierzu: "Eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Länder besteht darin, die allseitige Zusammenarbeit ihrer Länder zu entwickeln und in den entscheidenden Bereichen des ökonomischen Wettbewerbs der beiden Systeme, auf dem Gebiete der Wissenschaft und Technik weitere Erfolge zu gewährleisten."<sup>34</sup>

Ganz wichtig sind Einheit und Geschlossenheit:

"Die Erfolge des Sozialismus, sein Einfluß auf den Verlauf der internationalen Ereignisse, die Wirksamkeit seines Kampfes gegen die imperialistische Aggression hängen in bedeutendem Maße von der Geschlossenheit der sozialistischen Länder ab. Die Aktionseinheit der sozialistischen Länder ist ein wichtiger Faktor für den Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte."<sup>35</sup>

Auf der XXIII. RGW-Tagung hatten alle beteiligten Parteien und Regierungen empfohlen, ein Programm der sozialistischen internationalen Wirtschaftsintegration als eines neuen Entwicklungsabschnitts der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der RGW-Mitgliedsländer auszuarbeiten. Dieses "Programm der weiteren Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW" wurde in sieben zeitweiligen Arbeitsgruppen und im Sekretariat des RGW ausgearbeitet, auf der XXIV. Ratstagung im Mai 1970 beraten, auf der 53. Sitzung des Exekutivkomitees im Juni 1971 im Entwurf gebilligt und schließlich auf der XXV. Ratstagung (Juli 1971) angenommen.

#### 4.3. Das Komplexprogramm

Im Komplexprogramm werden Grundprinzipien, Ziele, Wege und Mittel der Integration entwickelt. Es ist kein allgemeines Programm der sozialistischen internationalen Wirtschafts-

33 Dieser Auszug und die anschließenden Zitate wurden entnommen dem: Kommuniqué über die Außerordentliche, 23. Tagung des RGW, in: Neues Deutschland, 27. 4. 1969. - Vgl. auch Dokumente RGW, a. a. O., S. 129 ff."

34 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, Berlin 1969, S. 26 f.

35 Ebenda, S. 27.

integration schlechthin, sondern erstreckt sich erstens nur auf einen Zeitraum von fünfzehn bis zwanzig Jahren und gilt zweitens natürlich nur für die Beteiligten, also die Mitglieds-länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Als Kennzeichnung der Integration kann der folgende Absatz aus dem ersten Abschnitt des Programms angesehen werden:

"Die Vertiefung und Vervollkommnung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitglieds-länder des RGW sind ein von den kommunistischen und Arbeiterparteien und den Regierungen der Mitgliedsländer des RGW bewußt und planmäßig gestalteter Prozeß der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, der Annäherung ihrer Wirtschaften und der Herausbildung einer modernen hocheffektiven Struktur der nationalen Wirtschaften, der schrittweisen Annäherung und Angleichung ihres ökonomischen Entwicklungsniveaus, der Herausbildung tiefgehender und stabiler Verbindungen in den Hauptzweigen der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, der Erweiterung und Festigung des internationalen Marktes dieser Länder sowie der Vervollkommnung der Ware-Geld-Beziehungen."<sup>36</sup>

Das Programm knüpft in seinen Empfehlungen an die bisherige Entwicklung der RGW-Zusammenarbeit an und betont die Einheit von nationalen Anstrengungen und internationaler Kooperation. Der allmählichen Angleichung des wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungsniveaus der Partnerländer wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Diese Problematik hat in einem besonderen Abschnitt (Abschnitt 2) Platz gefunden. Für die Entwicklung der Wirtschaft der Mongolischen Volksrepublik werden konkrete Vorschläge unterbreitet.<sup>37</sup>

Der sozialistische Charakter des Programms kommt weiter darin zum Ausdruck, daß die Planmäßigkeit der Zusammenarbeit als eines der grundlegenden Prinzipien hervorgehoben wird. Um diesem Prinzip weiterhin und verstärkt zu entsprechen, wird die Vervollkommnung bereits bewährter und die Einführung neuer Methoden der planmäßigen Koordinierung empfohlen. Erwähnt seien die Konsultationen zur Abstimmung der Wirtschaftspolitik (Abschnitt 3), die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Prognosetätigkeit, der Übergang zur gemeinsamen Planung einzelner Zweige und Produktionsarten und die weitere Vervollkommnung der Plankoordinierung, die als "Hauptmethode für die Organisation der Zusammenarbeit" bezeichnet wird.<sup>38</sup> Hierzu rechnet unter anderem die Koordinierung der Pläne für längere Zeiträume, was entsprechende langfristige Abkommen und Verträge nach sich ziehen muß.

Die materielle Grundlage der gesamten Integration ist natürlich die Zusammenarbeit in der Produktion, wobei den modernen Prozessen der immer stärkeren Einbeziehung der Wissenschaft in den Reproduktionsprozeß Rechnung getragen wird. Die Abschnitte 5, 9 und 10 bis 14 enthalten die mannigfaltigsten Anregungen, Empfehlungen und zum Teil auch termingebundenen konkreten Aufgaben. Die verstärkte Zusammenarbeit auf den Gebieten der Forschung, Entwicklung, Standardisierung, Investitionen, Produktion und des Transports macht ein höheres Niveau der nationalen Planung ebenso notwendig wie den Ausbau der planmäßigen zwischenstaatlichen Beziehungen der Mitgliedsländer. Dazu gehören auf der Grundlage der schon erwähnten Weiterentwicklung der Plankoordinierung unter anderem die Erweiterung der Direktbeziehungen zwischen den Betrieben, Instituten und anderen Einrichtungen der Partnerländer (vergleiche Abschnitt 8 des Komplexprogramms), die Bildung zwischenstaatlicher ökonomischer Organisationen und internationaler Wirtschaftsorganisationen<sup>39</sup>,

36 Dokumente RGW, a. a. O., S. 15.

37 Ebenda, S. 23 f.

38 Ebenda, S. 17.

39 Der Unterschied wird im Komplexprogramm (ebenda, S. 69 f.) erläutert.

die verbesserte rechtliche Regelung der Zusammenarbeit (Kapitel IV, Abschnitt 15) und, wahrlich nicht zuletzt, der weitere Ausbau des sozialistischen internationalen Marktes, des Außenhandels und aller internationalen Geldbeziehungen.

Das Programm ist eine klare Absage an alle Konzeptionen von irgendeinem Primat des Marktes, seiner "Liberalisierung", Dezentralisierung usw. "Die Mitgliedsländer des RGW", so heißt es im Programm, "gehen davon aus, daß das System der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit" auf "der organischen Verbindung der Koordination der Pläne . . . mit der breiteren Nutzung der Ware-Geld-Beziehungen beruht."<sup>40</sup> Deren wichtige Funktionen bei der Vervollkommnung der Zusammenarbeit werden unterstrichen, können doch in der Tat von nicht richtig gehandhabten Preisen, Krediten, Valutaregelungen usw. sehr hemmende Einflüsse auf die Integrationsprozesse ausgehen. Abschnitt 7 des Programms ("Vervollkommnung der Valuta- und Finanzbeziehungen") enthält viele Vorschläge, zum Teil mit Terminstellungen, um "die tatsächliche Transferierbarkeit" der kollektiven Währung (des transferablen Rubels) und "die Realität des Kurses und des Goldgehaltes" zu gewährleisten<sup>41</sup>, die Konvertierbarkeit der kollektiven Währung und der nationalen Währungen im Wirtschaftsverkehr zwischen den Partnerländern vorzubereiten, die Außenhandelsvertragspreise zu vervollkommen und den internationalen Kreditverkehr zwischen den Partnerländern auszubauen. Gemeinsame Forschungseinrichtungen, Investitionsbeteiligungen, Produktionsspezialisierungen, gemeinsame Maßnahmen zum Umweltschutz, gemeinsame Absatz- und Dienstleistungseinrichtungen und vieles andere mehr erfordern eine wesentliche Erweiterung und Qualifizierung der wechselseitigen Kreditierungen, und zwar zwei- und mehrseitig, dabei auch über die neue Internationale Investitionsbank (IIB).

#### 4.4. Hauptmerkmale der wirtschaftlichen Integration der RGW-Länder

Anläßlich der XXIII. Ratstagung bezeichneten L. I. Breshnew und Walter Ulbricht den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsintegration als eine neue Etappe, einen neuen Abschnitt in der Zusammenarbeit der Staaten des RGW und des Warschauer Vertrages.<sup>42</sup> Worin besteht diese neue Qualität? Was bedeutet sie für die DDR?

Ein erstes grundlegendes Merkmal der sozialistischen internationalen Wirtschaftsintegration ist ihre sozialökonomische Natur, die sie prinzipiell von allen kapitalistischen Integrationsprozessen abgrenzt. Das gesellschaftliche Eigentum, die sozialistische Demokratie und insgesamt die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung ermöglichen und verlangen zugleich, die wirtschaftlichen Potentiale der einzelnen nationalen Wirtschaften zusammenzuschließen. Die zunehmende Internationalisierung des gesellschaftlichen Lebens gibt den Produktivkräften den erforderlichen Entwicklungsraum. Die Konzentration der Produktion, die Spezialisierung und überhaupt die gesellschaftliche Arbeitsteilung werden vorangebracht. Ebenso wird die wissenschaftliche Arbeit mehr und mehr in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß integriert, wird sie Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit.

So ist die sozialistische Wirtschaftsintegration eine neue Stufe der Vergesellschaftung von sozialistischer Arbeit und Produktion, der Entfaltung des internationalen Charakters der sozialistischen Produktionsweise, des internationalen Wirkens der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Zugleich ist sie mit ihren Plankoordinierungen der verschiedensten Art,

40 Ebenda, S. 17.

41 Ebenda, S. 57.

42 Neues Deutschland, 27. 4. 1969, S. 1.

mit sich entwickelnden gemeinsamen Planungen, mit ihren mittel- und langfristigen Abkommen, Vereinbarungen und Verträgen über Abstimmung, Zusammenarbeit und Spezialisierung, schließlich mit der vollen Erfassung aller Integrationsprozesse in der nationalen Leitung und Planung eine höhere Stufe der sozialistischen Planwirtschaft.

Das verlangt, die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse auch auf diesem Gebiet zu sichern. So ist die Integration ebenso ein wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer wie politisch-ideologischer Prozeß.

Die Sowjetunion ist politisch und wirtschaftlich das Macht- und Kraftzentrum dieses Integrationsprozesses. Mit ihrem Wissenschaftspotential, das fast ein Drittel des Weltpotentials ausmacht, mit gut 70 Prozent der Industrie- und 60 Prozent der Agrarproduktion sowie rund 40 Prozent des Außenhandels der RGW-Länder bietet die UdSSR den Partnern bedeutende Kooperationsmöglichkeiten und Bezugs- und Absatzmärkte von Dimensionen, deren Ausschöpfung hohe Effektivität gewährleistet.

Ein zweites Hauptmerkmal der sozialistischen internationalen Integration ist die zunehmende Verflechtung zwischen den nationalen Reproduktionsprozessen vom Bildungssystem über Forschungen, Investitionen und Produktion bis zum Absatz.

Die moderne Forschung und heutige Produktion sind Großforschung und Großproduktion. Dabei geht es nicht primär und schon gar nicht nur um große Betriebe: Es geht um große Anlagen, die, in Abhängigkeit von der Art der jeweiligen Produktionsprozesse, optimale Serien und Losgrößen mit Minimierung der Kosten je Stück gewährleisten. Das verlangt starke und zunehmende nationale und internationale Spezialisierungen, besonders für die Fertigung von standardisierten Teilsystemen, Teilen, unfizierten Baugruppen und Bauelementen. Es entwickeln sich internationale Maschinen- und Gerätesysteme. Das ist eine höhere Form der internationalen Spezialisierung als die von einzelnen Finalerzeugnissen (was weiterhin notwendig und wichtig ist). Für die DDR bedeutet die verstärkte Konzentration eine (zum Teil wesentliche) Einschränkung des Forschungs- und Produktionsspektrums. So gibt es zwischen Konzentration, Strukturpolitik, internationaler Arbeitsteilung und Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses enge Zusammenhänge.

Im Bereich der Rohstoffverarbeitung, des Energiesektors, der chemischen und insgesamt verarbeitenden Industrie entstehen, um Großproduktion zu ermöglichen und den relativen Transportaufwand zu reduzieren, gemeinsame Einrichtungen in unterschiedlicher Form (nationale Betriebe mit auswärtigen Beteiligungen, internationale Koordinierungszentren, zwischenstaatliche und internationale Institutionen).

So verflechten sich die volkswirtschaftlichen Strukturen, entstehen nationale Forschungs- und Produktionskomplexe, die zwischen den Partnern abgestimmt sind und sich auf einigen Gebieten allmählich in internationale Komplexe selbständiger Volkswirtschaften verwandeln.

Diese internationalen Verflechtungen werden natürlich nicht von einer Zentrale geleitet, geplant, bilanziert und optimiert, wohl aber berücksichtigen die nationalen Optimierungen mehr und mehr die Bedingungen in den Partnerländern, womit weitere Annäherungen an das Optimum des Gesamtsystems erreicht werden. Das ist eine neue Form und Stufe der Ausnutzung des Gesetzes der komparativen Vorteile in der internationalen Arbeitsteilung und im internationalen Handel.

All das verlangt einen zunehmenden Grad der internationalen Mobilität der Produktionsfaktoren. Die Verbindung zwischen den Partnerländern erfolgt mehr und mehr über den nationalen Einsatz der Grundfonds, Umlaufmittel und Arbeitskräfte. Mit den zunehmenden internationalen Kreditierungen, speziell Investitionsbeteiligungen, den Einlagen in gemeinsame Einrichtungen und anderem mehr entwickelt sich die sozialistische Akkumulation über nationale Grenzen hinweg. Damit entsteht eine neue Quelle des volkswirtschaftlichen Wachstums, und sie dürfte sehr effektiv werden. Auch die internationale Mobilität der Arbeits-

kräfte, besonders von Forschern und anderen Spezialisten, wird zunehmen. Auf diesem Wege vollzieht sich jene "Herausbildung tiefgehender und stabiler Verbindungen in den Hauptzweigen der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik", von der im bereits zitierten Komplexprogramm die Rede ist.

Bei diesen internationalen Verflechtungsvorgängen - sie gehen allmählich vor sich, bei ausgewählten und international vereinbarten wichtigen Objekten - müssen internationaler Bezug und Absatz langfristig stabil und kontinuierlich sein. Das war bisher oft nicht gewährleistet, dazu bedarf es einwandfreier Regelungen und eines Systems wechselseitiger Interessiertheit. So werden die nationalen Wachstums- und Strukturprozesse wechselseitig Entscheidungsparameter der Wirtschaftspolitik. Das wiederum verlangt internationale Abstimmungen, Proportionalität und Stabilität der nationalen Entwicklungen wie schließlich strikte Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen. Dazu sind eine höhere Qualität und neue Formen der zentralen staatlichen Planung und der internationalen Vereinbarungen vonnöten. Die ökonomische Rolle des sozialistischen Staates wird größer und erhält neue Züge. Zugleich aber läßt sich ohne weitgehende Einbeziehung der Kombinate, Betriebe und Institute, ohne klare Abgrenzung ihrer Rechte und Pflichten, wie schließlich ohne den Ausbau des Systems der direkten internationalen Kontakte auf dieser Ebene die neue Qualität der planmäßigen Verflechtungen nicht erreichen.

Ein Grundprinzip der sozialistischen Planwirtschaft gilt also auch hier: zentrale Planung der Hauptprozesse und in diesem Rahmen die eigenverantwortliche Tätigkeit der Betriebe, Kombinate usw. Somit sind die Integrationsprozesse in der nationalen Leitung und Planung voll zu erfassen und nationale und internationale Prozesse zeitlich und strukturell aufeinander abzustimmen. Dafür müssen Normative und Stimuli wirkungsvoll eingesetzt werden.

Die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der RGW-Länder verlangt wegen all dieser skizzierten Zusammenhänge eine allmähliche Annäherung der Leitungs- und Planungssysteme, sicher nicht in jeder einzelnen Methode, aber doch in den Grundzügen. Natürlich ist das ein langer Prozeß - das gilt ja für die Integration insgesamt -, doch wird das Gemeinsame in den Hauptzügen der Planungssysteme gegenüber den einzelnen nationalen Regelungen usw. grundsätzlich dominieren.

Für die internationale Zusammenarbeit ergibt sich aus dem komplexen Charakter der sozialistischen internationalen Wirtschaftsintegration, daß es nicht mehr ausreicht, die Operationen in den einzelnen Bereichen (Außenhandel, Produktionsspezialisierung usw.) isoliert durchzuführen. Es sind Regelungen des Gesamtprozesses notwendig, beginnend bei der Forschung, ja schon bei der Bildung, über Investitionsbeteiligungen und Produktionsspezialisierung bis hin zum Absatz. Als Einheit von Forschungs-, Produktions- und Marktintegration verlangt die Integration Sicherung des Primats der Produktion gegenüber dem Markt und die rationelle Gestaltung aller Marktprozesse zwecks Stimulierung, planmäßiger Steuerung und Regelung des Integrationsprozesses. Dazu gehören die Ausarbeitung realer Kurse bzw. Koeffizienten ebenso wie der Abbau der jährlichen zweiseitigen Bilanzierung im Zahlungsverkehr, der Ausbau des Kredit- und Zinssystems ebenso wie die Entwicklung des multilateralen Transfers und von Formen der Konvertierbarkeit.

Die sozialistische internationale Wirtschaftsintegration ist ein weiterer Schritt, die von Marx und Engels konzipierte, von Lenin weiterentwickelte historische Prognose von der Annäherung der von Ausbeutung befreiten Völker, der weiteren Internationalisierung des wirtschaftlichen und geistigen Lebens, der nationalen und internationalen Vergesellschaftung von sozialistischer Arbeit und Produktion in die Wirklichkeit umzusetzen.

#### 4.5. Eine Reihe von Vereinbarungen und Einrichtungen

So ist die Integration ein lang andauernder und langwieriger Prozeß. Viel ist zu tun, viel Arbeit und Initiative sind vonnöten; sie sind eine Pflicht im großen internationalen antiimperialistischen Kampf. Schon nach der XXIII. Ratstagung (1969) ist eine ganze Reihe bi- und multilateraler Maßnahmen ergriffen worden, um auf wichtigen Gebieten gemeinsam zu forschen und zu produzieren bzw. Forschungen, Investitionen, Produktion und Handel untereinander abzustimmen und zu spezialisieren.

So wurde in Moskau ein Rat der Chefkonstruktoren für die Zusammenarbeit und Arbeitsteilung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung gebildet. In Halle nahm 1970 die sozialistische internationale Industriezweigereinrichtung "Interchim" (für sogenannte kleintonnagige Chemieprodukte) ihre Tätigkeit auf. Ein internationales Zentrum für wissenschaftlich-technische Information begann in Moskau mit seiner Arbeit. Schließlich wurde von den RGW-Ländern, um gemeinsame Investitionsvorhaben interessierter Länder oder auch nationale Objekte zu finanzieren, die Internationale Investitionsbank gegründet.

In Forschung und Produktion wurde eine ganze Reihe gemeinsamer Arbeiten begonnen, beispielsweise für:

- die Entwicklung eines Systems von Bau- und Wegebaumaschinen,
- die Herstellung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen,
- den Aufbau eines gemeinsamen Containertransports,
- die Entwicklung des wissenschaftlichen Gerätebaus,
- die Herstellung neuer Plaste,
- den Korrosionsschutz,
- die Biophysik,
- den Umweltschutz.

Anlässlich der 52. Sitzung des Exekutivkomitees des RGW im April 1971 wurde - und das ist ein wichtiger Schritt auf dem Gebiet der sozialistischen internationalen Forschungs Kooperation - ein mehrseitiges Abkommen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit auf sieben Wissenschaftsgebieten abgeschlossen: Schutz der Natur, Pflanzenschutz, Biophysik, biomedizinische Geräte, Katalysatoren, Korrosionsschutz, Holzrohstoff. Dabei wurde "empfohlen, für die Ausarbeitung einzelner aktueller Probleme durch die interessierten Länder Koordinierungszentren, zeitweilige internationale Kollektive, gemeinsame Laboratorien, internationale Forschungsinstitute und wissenschaftliche Produktionsvereinigungen zu bilden".<sup>43</sup> Bis zum Herbst 1971 wurden von den RGW-Ländern 18 Forschungskomplexe für die Zusammenarbeit auf mehrseitiger Grundlage ausgewählt.

Immer stärker wird also die Forschung in die internationale Koordinierung der sozialistischen Reproduktionsprozesse einbezogen.

All das sind qualitativ neue Züge, deren Entwicklung dazu beitragen wird, Mängel der bisherigen Spezialisierung und Kooperation schrittweise zu beseitigen und den Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft, dabei auch den Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, unter den Gegebenheiten der wissenschaftlich-technischen Revolution besser zu entsprechen. Damit entsteht auch für die Kombinate usw. eine neue, hohe Verantwortung. In ihren wissenschaftlich-technischen Konzeptionen wird die sozialistische internationale Kooperation und Spezialisierung eine große Rolle spielen müssen.

Aus den bereits dargelegten Gründen bildet für die DDR die Zusammenarbeit und Abstimmung mit der UdSSR auf den Gebieten der Forschungs- und Produktionskooperation den

<sup>43</sup> Neues Deutschland, 30. 4. 1971, S. 2.



Schwerpunkt der Integration. Auf der Grundlage des Freundschaftsvertrages von 1964 wurden viele Vereinbarungen getroffen, um im Interesse beider Partner die Zusammenarbeit zu intensivieren. Diese Vereinbarungen erstrecken sich auf Bildung, Wissenschaft und Forschung, auf Industrie - unter besonderer Berücksichtigung der Rohstoffversorgung -, Landwirtschaft und Verkehr. Nicht zuletzt sehen sie einen stärkeren Austausch von modernem Wissen und moderner Technik vor. Ihre juristischen Formen sind Regierungsabkommen, Ministervereinbarungen, Wirtschaftsverträge und Außenhandelslieferverträge. Die einzelnen Maßnahmen und Lieferungen gehen in die mittelfristigen Plankoordinierungen und Handelsabkommen wie auch in die jährlichen Handelsprotokolle ein. Das Hauptorgan für die Leitung und Koordinierung der Zusammenarbeit ist die "Paritätische Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR".

Bei zunehmenden Rohstofflieferungen der UdSSR an die DDR hat sich seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre der sowjetische Export von Ausrüstungen, Maschinen und Geräten in die DDR schnell entwickelt. Diese Tendenz wird weiterhin wirksam sein, kommen doch nun die zahlreichen neuen langfristigen Abkommen, Vereinbarungen und Verträge zur Integration wichtiger Forschungen und Produktionen zwischen der Sowjetunion und der DDR zum Tragen. Derartige Abmachungen wurden besonders seit 1969 getroffen, so für Bereiche der chemischen Industrie, etwa Polyäthylen, für den Bau von Transportmitteln (Schiffbau, Waggonbau), den wissenschaftlichen Gerätebau, zum Beispiel für die Interkosmosforschung, das Gebiet der Elektrotechnik/Elektronik (Zusammenarbeit bei der elektronischen Datenverarbeitung) und verschiedene Bereiche des allgemeinen Maschinenbaus (Werkzeugmaschinen, Landwirtschaftsmaschinen, Bauwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Leichtindustrie).

Diese Vereinbarungen der DDR mit der UdSSR wurden durch entsprechende zweiseitige Übereinkünfte mit anderen RGW-Partnern und durch die erwähnten (und andere) multilateralen Abmachungen erweitert und ergänzt. Im Jahre 1970 trafen die verschiedenen zweiseitigen Ausschüsse für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der DDR mit den anderen RGW-Partnerländern viele und wichtige mittel- und langfristige Festlegungen für die gemeinsame Forschungs- und Produktionskooperation.

Die einzelnen Maßnahmen wurden in den zweiseitigen Koordinierungen der Perspektivpläne für 1971 bis 1975 zusammengefaßt. Die gegenseitigen Lieferungen, die sich aus den Vereinbarungen ergeben, fanden in den langfristigen Handelsabkommen für 1971 bis 1975 ihren Niederschlag.

Auf den Plenartagungen des Zentralkomitees der SED zwischen dem VII. und VIII. Parteitag, auf dem VIII. Parteitag selbst und danach wurden jeweils Bilanzen der Integrationsmaßnahmen gezogen und die weitere Arbeit abgesteckt. In der Direktive des VIII. Parteitages zum Plan 1971 bis 1975 wird, wie schon bemerkt, eine Fülle von Aufgaben für die Wissenschaftskooperation, Produktionsspezialisierung und den Außenhandel der DDR mit der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern im Dienste und im Rahmen des Integrationsprozesses gestellt.

#### 4.6. Unabhängigkeit gleich Autarkie?

Vor diesem Hintergrund an Grundsatzüberlegungen, internationaler und Außenhandelspolitik der sozialistischen Staaten wie schließlich der vielen einzelnen Fakten der Entwicklung der sozialistischen internationalen Wirtschaftszusammenarbeit erweisen sich die immer wieder aufgestellten Behauptungen antisozialistischer Publizisten und Wirtschaftstheoretiker, denen zufolge die sozialistischen Länder Autarkie anstreben, als barer Unsinn. Dabei werden im wesentlichen drei Entstellungen vorgenommen:

1. Der niedrige Anteil des Außenhandels am Nationaleinkommen der UdSSR - er ist mit rund 4 Prozent genauso hoch wie der eines anderen großen Landes, der USA - wird als "Beweis" angeführt.

2. Der Kampf der sozialistischen Länder um Unabhängigkeit und Abgrenzung vom Imperialismus wie auch um Festigung der sozialistischen internationalen Zusammenarbeit wird mit Autarkiebestrebungen "verwechselt".

3. Die sozialistische Planwirtschaft mit ihrer zentralen staatlichen Planung und der geplanten Außenwirtschaft wird als von Natur aus welthandelsfeindlich dargestellt.

Kapitalistisch-imperialistisch orientierte USA-Wirtschaftswissenschaftler veranstalteten um die Jahreswende 1966/1967 eine Konferenz, die eigens der Kritik an der sozialistischen Außenwirtschaft und den sozialistischen internationalen Wirtschaftsbeziehungen gewidmet war.<sup>44</sup> Bilateralismus, fehlende Konvertibilität der Währungen, kein sich selbst regulierender Grenzkosten-Preis-Mechanismus, unelastisches staatliches sozialistisches Außenwirtschaftsmonopol, Autarkiestreben - aus diesem Vokabular bestanden die wichtigsten Stichpunkte, an denen besonders Haberler und Holzman ihre Attacken entzündeten. Die Herausgeber der in einem Band zusammengefaßten Konferenzbeiträge, Brown und Neuberger, faßten die Meinung einer Reihe von Diskussionsteilnehmern dahingehend zusammen, daß dem sowjetischen Wirtschaftssystem nicht nur ex-post-Autarkie (als Resultat der praktischen Politik) eigen sei, sondern ex-ante-Autarkie (als politisch-ökonomische Konzeption also). "Das erklärte Ziel der Planer in der Sowjetunion und Osteuropa" sei eine bestimmte Art von ex-ante-Autarkie, nämlich "der Wunsch, den Außenhandel, besonders aber wichtige Importe, so bald wie möglich oder zu jedem möglichen Zeitpunkt so viel wie möglich zu reduzieren".<sup>45</sup>

Es ist recht bemerkenswert, daß der Widerspruch dieser und ähnlicher Thesen zur Realität der sozialistischen internationalen Wirtschaftsbeziehungen mehrere Diskussionsteilnehmer veranlaßte, wenigstens in einigen Punkten realistischer an die Problematik und dabei auch kritisch an die fehlende Rationalität kapitalistisch-imperialistischer Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaftssysteme heranzugehen. Zu diesen Kritikern gehörten unter anderem so bekannte Fachleute wie Bergson und Johnson. Bergson sprach vom "fortlaufenden Trend zu ökonomischer Rationalität" im "kommunistischen Außenhandel".<sup>46</sup> Johnson bemerkte unter anderem, daß die zentrale Planung des sozialistischen Außenhandels dem Gesamtwohl der Gesellschaft zum Beispiel dadurch diene, daß sie die Industrialisierung fördere. Das sei auch für die Entwicklungsländer von Interesse. Es sei "hoffnungslos naiv" und "ein unnützer Versuch", der Handelspolitik der sozialistischen Staaten ein "Autarkie"-Ziel zuzuordnen.<sup>47</sup>

#### 4.7. Vorteile für die DDR

Wenn wir die Integration planmäßig durchführen und rationell organisieren, erschließen wir wesentliche Wachstumsquellen für die Volkswirtschaft, lösen wir zusätzlich Effekte auf den Reproduktionsprozeß aus. Als die wichtigsten wären hervorzuheben:

44 International Trade and Central Planning, hg. v. A. A. Brown u. E. Neuberger, Berkeley/Los Angeles 1968.

45 Ebenda, S. 10. (Aus dem Englischen vom Verfasser.)

46 Ebenda, S. 389.

47 Ebenda, S. 397.

### 1. der Konzentrationseffekt.

Durch die Entwicklung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung erreichen wir eine Einschränkung des nationalen Forschungs- und Produktionssortiments und eine stärkere Konzentration, was große Serien und folglich Kostensenkung ermöglicht.

### 2. der Struktureffekt.

Die planmäßige internationale Verflechtung und Spezialisierung erlaubt eine rationelle Makro- und Mikrostruktur der beteiligten Volkswirtschaften in Anpassung an die nationalen und internationalen Gegebenheiten. Forschungen und Produktionen, die in einem anderen Land unter günstigeren Bedingungen möglich sind, werden im eigenen Land eingestellt, wenn die dann notwendigen Importe und ebenso die Exporte zur Bezahlung der Einfuhren gesichert sind.

### 3. der Proportionalitätseffekt.

Die internationale Arbeitsteilung kann dazu beitragen, die Waren- und Zeitstrukturen des Reproduktionsprozesses besser zu proportionieren. Es können zum Beispiel Engpässe abgebaut und die zeitlichen Dimensionen der Forschungen und Entwicklungen, der Investitionen und Produktionen, des Transports usw. reduziert werden.

### 4. der Substitutionseffekt.

Mit Hilfe verstärkter internationaler Kooperation können Substitutionsprozesse zwischen Arbeitsmitteln, Arbeitsgegenständen und Arbeitskräften und auch innerhalb dieser drei Elemente des Arbeitsprozesses durchgeführt werden; durch gemeinsame Entwicklungen neuer Verfahren und Technologien, durch Verarbeitung der Rohstoffe am Gewinnungsort, durch Forschungsk Kooperation und anderes mehr.

Diese Effekte schlagen sich nicht nur und nicht einmal in erster Linie in der Zahlungsbilanz, sondern direkt im gesellschaftlichen Produktionsprozeß nieder; in der Grundfondsökonomie, Materialökonomie und Arbeitsproduktivität, in den Wert- und Gebrauchswertstrukturen der Bildung und Verwendung des Nationaleinkommens, in der Zunahme des Nationaleinkommens durch Reduzierung der gesellschaftlichen Aufwendungen. Nicht nur aggregierte, sondern vielfältige desaggregierte Nutzeffektberechnungen sind ebenso erforderlich wie entsprechende Einstimmungen der Leitungsstrukturen, institutionellen Systeme, Planungsmethoden, Regelungen und der wirtschaftlichen Rechnungsführung.

So ist der proletarische und sozialistische Internationalismus zugleich große, einfache Idee wie kleine, komplizierte tägliche Arbeit, zugleich politisch-weltanschauliches Prinzip wie materielles Bedürfnis, zugleich humanistisch-antimperialistische Kampfparole wie ein materielles Mittel, die Bedürfnisse der Werktätigen und den Gesamtbedarf der sozialistischen Gesellschaft besser zu befriedigen.

Der Bogen der Verifizierung dieser Idee spannt sich von der II. Parteikonferenz über den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands weiter in die Zukunft.

Tabelle 1

Der Außenhandel der UdSSR mit den heutigen europäischen RGW-Ländern 1933 - 1950  
(Mio Rubel des heutigen Kurses)

	1933	1938 - 1940 (Jahresdurchschnitt) <sup>+++</sup>	1946	1948	1950
Gesamtausfuhr <sup>+</sup>	388,7	191,1	588,3	1 177,3	1 615,2
Gesamteinfuhr <sup>++</sup>	237,1	219,4	692,0	1 101,6	1 310,3
Export nach Bulgarien	0,2	1,5	75,5	71,5	90,0
Import aus Bulgarien	-	1,4	46,5	58,4	62,2
Export nach Ungarn	0,1	0,2	9,2	31,0	114,2
Import aus Ungarn	0,1	-	9,5	25,7	74,9
Export nach Deutschland bzw. DDR	67,2	50,1	36,9	82,3	167,2
Import aus Deutschland bzw. DDR	116,1	30,7	45,3	55,6	144,1
Export nach Polen	4,0	0,8	95,8	119,6	217,3
Import aus Polen	10,2	0,1	97,6	156,3	189,0
Export nach Rumänien	0,1	0,2	27,3	43,4	102,5
Import aus Rumänien	-	-	20,2	82,4	125,3
Export nach ČSR	0,9	1,1	26,1	127,6	198,4
Import aus ČSR	3,8	3,2	29,0	122,3	181,4

+ Fob.

++ Bis 1940 cif, ab 1946 fob.

+++ Anhand der Quelle vom Verfasser berechnet.

Quelle:

Vnešnjaja torgovlja SSSR. Statističeskij sbornik 1918 - 1966, Moskau 1967.

Tabelle 2

Anteile der Verkehrsträger an den Außenhandelstransporten der UdSSR 1938, 1960 und 1966 - 1970  
(in 1 000 t)

Verkehrsträger		1938	1960	1966	1967	1968	1969	1970
Außenhandelstransporte insgesamt	Export	9 545	84 376	169 211	184 563	195 414	208 292	219 454
	Import	1 155	14 934	23 072	22 120	22 427	23 011	26 916
davon:								
Eisenbahn	Export	287	42 010	55 619	60 765	65 422	68 883	74 128
	Import	73	7 471	9 349	10 850	10 344	11 025	11 436
Seeschifffahrt	Export	9 047	38 765	90 307	98 459	100 809	104 968	106 953
	Import	980	5 925	12 442	10 297	11 083	11 102	14 418
Flußschifffahrt	Export	13	3 425	7 118	7 181	7 733	8 330	10 300
	Import	3	431	822	688	784	727	852
Rohrleitungen	Export	-	-	15 999	18 008	21 322	25 928	27 889
	Import	-	1 014	429	247	171	109	121
Lufttransport	Export	0	1	2	4	4	1	1
	Import	0	1	1	7	8	6	11
Kraftwagen	Export	198	175	166	146	124	182	183
	Import	99	92	29	31	37	42	78

Quelle:

Vnešnjaja torgovlja SSSR. Statističeskij obzor 1959, 1961, 1967 - 1970.

Tabelle 3

Entwicklung des Nationaleinkommens je Kopf der Bevölkerung in den europäischen RGW-Ländern, Jugoslawien und im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem 1956/1960 - 1966/1969 (jährliche durchschnittliche Wachstumsraten)

	1956/60	1961/65	1966/69
Welt	3,2	3,1	3,5
Bulgarien	8,6	5,9	7,9
Ungarn	5,7	4,2	7,0
DDR	8,0	3,7	5,2
Polen	4,8	4,9	5,2
Rumänien	5,4	8,4	6,4
UdSSR	7,3	5,0	6,5
ČSSR	6,1	1,2	6,9
Europäische RGW-Länder insgesamt	6,8	4,7	6,1
Jugoslawien	7,4	6,3	4,4
Entwickelte kapitalistische Länder	2,2	3,9	3,9
EWG-Länder	4,5	4,1	4,4
BRD	5,3	3,7	4,0
Japan	8,8	8,5	11,7
Entwicklungsländer	2,9	1,9	2,9

Quelle:

Berechnet nach Statistical Yearbook und Monthly Bulletin of Statistics, hg. v. United Nations; Statistisches Jahrbuch der DDR; Statističeskij ežegodnik stran-členov sověta vzajmopomoći 1970, Moskau 1970.

Tabelle 4

Anteile der europäischen RGW-Länder<sup>+</sup> an der Weltindustrieproduktion und den Weltexporten 1958 - 1970  
(in %)

Jahr	Anteile an der Weltindustrieproduktion <sup>++</sup>			Anteile an den Weltexporten			
	insgesamt	metallverarbeitende Industrie	chemische Industrie	insgesamt	Maschinenbau	chemische Erzeugnisse	übrige Fertigerzeugnisse
1958	27	27	23	9,4	12,4	8,2	9,1
1959	.	.	.	10,4	14,4	8,2	9,6
1960	.	.	.	10,2	13,4	8,3	9,5
1961	.	.	.	10,6	12,4	8,8	10,3
1962	.	.	.	11,2	12,8	9,3	12,0
1963	27 1/2	31	25	11,0	13,6	8,9	11,2
1964	.	.	.	10,7	13,6	8,3	10,7
1965	.	.	.	10,6	13,1	8,3	10,4
1966	.	.	.	10,3	12,4	7,5	9,8
1967	.	.	.	10,7	12,2	8,1	10,1
1968	33	37	29 1/2	10,4	12,0	7,2	8,9
1969	.	.	.	10,1	11,2	6,9	8,6
1970 <sup>+++</sup>	.	.	.	10,1	.	.	.

+ Bulgarien, ČSSR, DDR, Polen, Rumänien, UdSSR, Ungarn. Die Exportziffern schließen auch Albanien ein; sie enthalten nicht den Handel zwischen DDR und BRD/Westberlin.

++ Die Anteilzahlen für 1958 nach der UN-Quelle, für 1963 und 1968 nach Schätzungen des Verfassers.

+++ Vorläufig (nach UN- und GATT-Veröffentlichungen).

Quellen:

Anteile an der Weltindustrieproduktion nach Monthly Bulletin of Statistics, hg. v. United Nations, September 1966 und August 1969; Anteile an den Weltexporten 1958, 1959; ebenda, März 1963; 1960 - 1962; ebenda, März 1966; 1963 - 1966; ebenda, März 1969; 1967 - 1969; März 1971.

Tabelle 5

Nationaleinkommen und Produktion je Kopf der Bevölkerung in den europäischen RGW-Ländern 1969 (UdSSR = 1)

	Bulgarien	Ungarn	DDR	Polen	Rumänien	ČSSR
Nationaleinkommen	0,9	0,8	1,2	0,9	0,8	1,1
Industrielle Bruttoproduktion	0,8	0,7	1,5	0,7	0,5	1,1
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	1,0	1,3	1,1	1,8	0,8	0,9

Quelle:

Voprosy ekonomiki, Nr. 12/1970, S. 95.

Tabelle 6

Entwicklung des Nationaleinkommens und der Industrieproduktion in den sozialistischen Ländern Europas je Kopf der Bevölkerung 1950 - 1968 (1950 = 100)

Land	Nationaleinkommen			Industrieproduktion		
	1960	1965	1968	1960	1965	1968
Bulgarien	252	336	426	366	611	851
Ungarn	166	202	246	250	355	429
DDR	284	341	397	311	421	503
Polen	173	220	266	282	400	494
Rumänien	238	354	433	301	556	758
UdSSR	223	284	348	255	358	448
ČSSR	188	200	247	256	318	380
Jugoslawien	176	238		233	364	389

Quellen:

Nationaleinkommen: Voprosy ekonomiki, Nr. 12/1970, S. 145; Industrieproduktion: Narodnoe chozjaistvo SSSR, Moskau 1968, S. 151.



Tabelle 7

Entwicklung der Arbeitsproduktivität je Beschäftigten in der Industrie der europäischen RGW-Länder 1960 - 1969  
(1960 = 100)

Jahr	Bulgarien	Ungarn	DDR	Polen	Rumänien	UdSSR	ČSSR
1965	139	127	131	128	145	125	119
1969	181	142	163	153	192	155	143

Quelle:

Statističeskij ežegodnik stran-členov soveta vzaimopomošči 1970, Moskau 1970, S. 126.

Tabelle 8

Wirtschaftliche Wachstumsraten der RGW-Länder 1951 - 1968  
(Jahresdurchschnitt in %)

Wachstumsprozeß	1951/55	1956/60	1961/65	1966/68
Industrielle Bruttoproduktion	13,6	10,1	8,3	8,6
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	3,8	4,6	2,7	4,4
Nationaleinkommen	11,0	8,4	6,1	7,8
Außenhandelsumsatz	13,6	11,3	8,4	7,4

Quelle:

Bogomolov, O./Terechov, V., Lenin i razvitie mirovogo socialističeskogo sotrudničestva (Lenin und die Entwicklung der sozialistischen Weltgemeinschaft), in: Voprosy ekonomiki, Nr. 2/1970, S. 10.

Tabelle 9

Die Investitionsstruktur der DDR 1960 - 1970  
(1960 = 100)

Industriebereich	1962	1965	1966	1967	1968	1969	1970+	1970+ (Mio Mark)
Energie- und Brennstoff- industrie	97,9	117,1	102,7	89,8	91,8	98,3	109,7	3 380
Chemische Industrie	104,9	170,2	184,0	179,5	178,5	193,2	256,7	3 750
Metallurgie	126,2	182,9	190,0	212,0	196,7	143,7	159,7	720
Maschinen- und Fahrzeugbau	104,4	180,7	236,3	258,1	256,0	320,4	342,7	2 930
Elektrotechnik/Elektro- nik/Gerätebau	131,9	166,1	186,6	250,7	274,5	422,5	536,9	1 600
Leichtindustrie	98,7	111,0	124,4	165,1	183,0	218,1	232,7	1 040
Textilindustrie	90,2	108,0	113,8	154,5	172,4	237,8	250,9	690
Lebensmittelindustrie	147,2	201,7	272,9	329,7	381,7	507,9	458,5	1 050
Industrie insgesamt	103,3	141,1	148,0	154,5	160,9	188,1	212,4	17 000

+ Vorläufige Zahlen.

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, Berlin 1971, S. 46 ff.

Tabelle 10

Die Struktur der Industrieinvestitionen in den europäischen RGW-Ländern 1955 - 1969+  
(Mio der nationalen Wahrung)

Land		1955	1960	1965	1969
Bulgarien					
Industrie insgesamt	(1)	<u>263</u>	<u>466</u>	<u>888</u>	<u>1 524</u>
Energieproduktion	(2)	74	67	141	209
Brennstoffindustrie	(3)	53	72	115	140
Eisen und Buntmetallurgie	(4)	45	85	218	227
Maschinenbau und Metallverarbeitung	(5)	28	48	109	272
Ungarn	(1)	<u>8 628</u>	<u>14 856</u>	<u>19 744</u>	<u>29 403</u>
	(2)	1 491	2 382	2 753	3 603
	(3)	1 964	2 614	4 249	4 709
	(4)	1 397	2 143	2 311	3 611
	(5)	1 007	2 897	2 825	5 535
Polen	(1)	<u>27 629</u>	<u>39 227</u>	<u>57 549</u>	<u>82 302</u>
	(2)	3 490	4 412	6 160	7 837
	(3)	5 214	7 475	12 217	12 026
	(4)	4 510	4 660	6 380	9 282
	(5)	4 167	5 627	10 172	16 389
Rumanien	(1)	<u>7 677</u>	<u>11 636</u>	<u>22 074</u>	<u>35 777</u>
	(2)	885	1 175	4 059	4 940
	(3)	2 723	3 104	4 047	5 167
	(4)	1 232	1 286	4 147	4 751
	(5)	486	999	1 464	6 025
UdSSR	(1)	<u>7 471</u>	<u>12 616</u>	<u>17 640</u>	<u>22 158</u>
	(2)	1 108	1 422	2 144	2 440
	(3)	1 848	2 406	3 673	4 215
	(4) <sup>++</sup>	515	1 145	1 476	1 780
	(5)	1 124	1 787	2 755	4 470
SSR	(1)	<u>8 482</u>	<u>18 134</u>	<u>21 415</u>	<u>35 198</u>
	(2)	1 617	2 277	2 985	3 050
	(3)	1 336	3 117	3 342	2 556
	(4)	1 535	3 198	3 358	3 380
	(5)	1 078	3 120	3 362	6 965

+ Ohne DDR (keine Zahlenangaben in der Quelle).

++ Nur Eisenmetallurgie.

Quelle:

Statistieskij eegodnik stran-lenov soveta vzaimopomoi 1970, Moskau 1970, S. 155 ff.

Tabelle 11

Entwicklung der verarbeitenden Industrie und der Erzeugung von Elektroenergie in den europäischen RGW-Ländern und kapitalistischen Industriestaaten 1955 - 1969 (1963 = 100)

Jahr	Verarbeitende Industrie				Elektroenergie und Gas					
	insgesamt		metallverarbeitende Industrie		chemische Industrie		A		B	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
1955	47	70	36	68	38	54	40	56		
1965	117	115	120	118	127	119	123	115		
1969	163	145	185	152	199	170	178	158		

A = europäische RGW-Länder.

B = kapitalistische Industrieländer.

Quelle:

Monthly Bulletin of Statistics, h. v. United Nations, August 1969 und November 1970.

Tabelle 12

Struktur des Außenhandels zwischen den europäischen RGW-Ländern 1955 - 1969  
(Export in % der jeweiligen Gesamtexporte in RGW-Länder)

Zeitraum	Nahrungs- u. Genußmittel	Industrielle Rohstoffe (außer 1, 3, 5)	Mineralische Brennstoffe	1 - 3	Chemische Erzeugnisse	Maschinelle Ausrü- stungen, Transport- mittel	Übrige Fertig- erzeugnisse
	1	2	3	4	5	6	7
1955	13,7	18,9	13,7	46,3	3,1	32,5	18,1
1960	13,1	13,1	11,4	37,6	4,3	30,5	27,6
1965	9,9	10,2	10,5	30,6	4,9	35,2	29,3
1969+	9,3	8,8	8,9	27,0	4,8	40,7	27,5
1956/60 <sup>++</sup>	13,3	15,3	12,7	41,3	4,0	28,8	25,5
1961/65 <sup>++</sup>	10,8	10,8	10,4	32,0	4,6	32,6	30,2
1966/69 <sup>++</sup>	9,3	9,1	9,0	27,4	4,8	37,4	26,8

+ Vorläufig.

<sup>++</sup> Jährlicher Durchschnitt.

Quelle:

Berechnet nach Monthly Bulletin of Statistics, hg. v. United Nations, verschiedene Jahrgänge.

Tabelle 13

Die Außenhandelsstruktur der DDR 1955 - 1970

(in % der Gesamtausfuhr und -einfuhr)

	1955	1960	1966	1967	1968	1969	1970
<b>Ausfuhr</b>							
<b>Metallverarbeitende Industrie</b>	58	51,8	53,6	53,7	55,9	57,0	56,2
<b>Grundstoffindustrie</b>	32	30,5	24,2	24,3	22,6	21,0	20,8
<b>Leicht-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie</b>	8	15,8	19,6	19,3	19,5	20,2	21,3
<b>Einfuhr</b>							
<b>Metallverarbeitende Industrie</b>	5	14,4	29,1	30,1	33,2	34,7	36,4
<b>Grundstoffindustrie</b>	45	41,8	36,7	35,4	33,8	33,4	31,8
<b>Leicht-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie</b>	45	27,7	22,0	23,3	22,8	20,9	19,7
<b>Land- und Forstwirtschaft</b>		15,4	11,7	10,7	9,8	9,5	11,0

Quellen:

1955; Vom Verfasser geschätzt nach den Angaben in: Der Außenhandel, H. 4 - 5/1962,  
 1960, 1966 - 1970; Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, Berlin 1971, S. 292.

PROBLEME DER WIRTSCHAFTSPOLITIK DER ARBEITERKLASSE UNTER FÜHRUNG DER SED IN DER PERIODE DES SIEGES DER SOZIALISTISCHEN PRODUKTIONS- VERHÄLTNISSE IN DER DDR (1955/1956 bis 1961/1962)

von Werner Szewczyk

Die wirtschaftspolitische Konzeption in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse

Programm und Aktion

Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsentwicklung

Marx und Engels schrieben einst im Kommunistischen Manifest, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vollzieht sich dieser Kampf auf dem Boden des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab. Es gibt in unserer Epoche keine Prozesse oder Ereignisse, die nicht politisch, ideologisch, ökonomisch, sozialökonomisch oder militärisch mit diesem revolutionären Weltprozeß verbunden sind, aus ihm hervorgehen und ihn beeinflussen.

Das Jahrzehnt nach dem zweiten Weltkrieg war durch grundlegende Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis geprägt. In direkter Fortsetzung des Sieges der sozialistischen Revolution und des Sozialismus in der Sowjetunion hatte sich als wichtigste Errungenschaft der internationalen Arbeiterklasse das sozialistische Weltssystem herausgebildet. Dieser Prozeß hatte zwei wesentliche Seiten.<sup>1</sup> Das waren einmal die tiefgreifenden politischen, ökonomischen und sozialökonomischen Umwälzungen in den volksdemokratischen Ländern. Die Staatsmacht in diesen Ländern übte erfolgreich die Funktionen der Diktatur des Proletariats aus. In der Industrie hatten die sozialistischen Produktionsverhältnisse die dominierende Stellung erlangt. Mit der Erfüllung der ersten langfristigen Wirtschaftspläne waren Fortschritte beim Aufbau der Volkswirtschaften, insbesondere ihrer industriellen Basis, erreicht worden. Die Industrieproduktion wuchs schneller als in den kapitalistischen Ländern. Damit waren - bei aller Differenziertheit im Entwicklungsniveau der Produktivkräfte - in diesen Ländern wichtige und ihrem Wesen nach gleichartige Grundlagen des Sozialismus entstanden.

Die zweite Seite im Prozeß des sich herausbildenden sozialistischen Weltsystems bestand in der ökonomischen, politischen und kulturellen Zusammenarbeit und Annäherung der sozialistischen Länder. Dabei bildete sich ein völlig neuer Typ der internationalen politischen

1 Vgl. Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1: Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, hg. v. Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Berlin 1967, S. 61.

und wirtschaftlichen Beziehungen heraus, wie ihn nur der Sozialismus hervorbringen konnte. Ausdruck dafür waren die Zusammenarbeit im Rahmen des RGW und das politisch-militärische Bündnis in Gestalt des Warschauer Vertrages.

In der Existenz der Sowjetunion besaß das sozialistische Weltssystem das entscheidende revolutionäre Zentrum und den wichtigsten Kraftquell. Die Sowjetunion, geführt von der Partei Lenins, verfügte über die reichsten Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus sowie im Kampf mit dem imperialistischen Gegner. Ihr gewaltiges ökonomisches Potential und ihre umfangreichen Rohstoffquellen waren die wichtigste Stütze für die wirtschaftliche Entwicklung der anderen sozialistischen Länder und für das sich herausbildende sozialistische Weltwirtschaftssystem. Das Atombombenmonopol der USA war gebrochen, und die sowjetischen Streitkräfte stellten eine unüberwindliche Verteidigungsmacht dar. Unaufhörlich wuchs die internationale politische und moralische Autorität der Sowjetunion. Existenz und Politik der Sowjetunion gewährleisteten die Sicherheit und Kontinuität der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems.<sup>2</sup>

Das Zusammenwirken der hier nur kurz angedeuteten Faktoren führte zu einer solchen Festigung der Positionen des Sozialismus, daß die imperialistischen Kräfte nicht mehr in der Lage waren, seinen welthistorischen Siegeszug aufzuhalten. Mitte der fünfziger Jahre besaß das sozialistische Weltssystem alle politischen, ökonomischen und militärischen Potenzen, um seine eigene Existenz unwiderruflich zu machen und seine weitere Perspektive sicher zu gestalten. Zugleich war deutlich geworden, daß von der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten der bestimmende Einfluß auf den weiteren Verlauf der internationalen Entwicklung, insbesondere des Wettbewerbes zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus, ausging. Das sozialistische Weltssystem trat in eine neue Etappe seiner Entwicklung ein.

Diese weltgeschichtlich wirkenden Grundtendenzen und die sie bewegenden Klassenkämpfe sind notwendige Bezugspunkte für jede historische Forschung und Darstellung. Lenin weist darauf hin, daß es dabei um die Kenntnis geht, "welche Klasse im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation in der jeweiligen Epoche usw. bestimmt. Nur ... die Kenntnis der Grundzüge einer bestimmten Epoche kann als Basis für die Beurteilung der mehr ins einzelne gehenden Besonderheiten dieses oder jenes Landes dienen."<sup>3</sup> In diesem Sinne kann auch der sozialistische Aufbau in der DDR nur als Teilprozeß der grundlegenden Gesetzmäßigkeit unserer Epoche, des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus, verstanden werden. Ebenso ist die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR nicht von der Herausbildung und dem Wachstum des sozialistischen Weltwirtschaftssystem zu trennen.

### Die wirtschaftspolitische Konzeption in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse

Die Wirtschaftspolitik der SED war in jenen Jahren darauf gerichtet, den Übergang von der aus der antifaschistisch-demokratischen Revolution hervorgegangenen Wirtschaft zur sozialistischen Volkswirtschaft zu organisieren. Sie stützte sich dabei auf die günstigen Bedingungen, die sich aus der wachsenden Stärke des sozialistischen Weltsystems ergaben, sowie auf reale innere Voraussetzungen. Unter Führung der Arbeiterklasse hatte sich die junge Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR schnell gefestigt und als sozialistische Staatsmacht herausgebildet. Ihre sozialökonomischen Grundlagen hatten sich erweitert. En-

2 Vgl. Hegemann, Margot, Die Entwicklung der Zusammenarbeit im RGW, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Jg. 1971, S. 7 - 11.

3 Lenin, W. I., Werke, Bd. 21. Berlin 1960. S. 134.



de 1955 betrug der Anteil der sozialistischen Industrie an der industriellen Gesamtproduktion 85,3 Prozent.<sup>4</sup> Gegenüber 1936 war die Industrieproduktion auf das Doppelte gestiegen. In der Landwirtschaft waren die ersten Schritte zur sozialistischen Umgestaltung erfolgreich erprobt worden.

Die genannten Faktoren rückten das Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus immer bestimmender auf die Tagesordnung der weiteren gesellschaftlichen Umwälzungen. Aber die Übergangsperiode wurde vor allem durch das Bestehen verschiedenartiger sozialökonomischer Sektoren charakterisiert, in denen unterschiedliche ökonomische Gesetze wirkten, die sich gegenseitig beeinflussten. Dazu kamen andere Rudimente der kapitalistischen Gesellschaft, wie die aus der Konkurrenz hervorgegangene, durch die Kriegsfolgen und die imperialistische Spaltung zusätzlich stark deformierte Industriezweigstruktur und die völlige Zersplitterung der Produktion.

Es mußten daher weitere Voraussetzungen geschaffen werden, die eine dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus entsprechende Entwicklung der Produktivkräfte und die immer bessere Befriedigung der wachsenden materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen sicherten. Das strategische Ziel und die taktischen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse bestanden deshalb darin, die errungenen Positionen des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln zu nutzen, um mit Hilfe der sozialistischen Staatsmacht aktiv solche Bedingungen zu schaffen, daß die ökonomischen Gesetze und Kategorien des Sozialismus umfassend zur Wirkung gebracht und die ökonomischen Gesetze und Kategorien des Kapitalismus endgültig zurückgedrängt werden konnten. Das erforderte, das sozialistische Eigentum zu festigen und zu mehren, schrittweise die nichtsozialistischen sozialökonomischen Bereiche sozialistisch umzugestalten und dementsprechend die Formen und Methoden der Leitung und Planung der Volkswirtschaft weiterzuentwickeln. Damit war die seit der 21. Tagung des ZK der SED im Jahre 1954 vorbereitete und auf der III. Parteikonferenz im März 1956 geschlossen dargelegte wirtschaftspolitische Konzeption eindeutig auf den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Erweiterung der materiell-technischen Grundlagen des Sozialismus in der DDR gerichtet. Sie war grundlegender Bestandteil der Gesamtstrategie der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in einer der entscheidendsten Etappen des sozialistischen Aufbaus in der DDR. Diese Politik folgte den gleichen allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten, deren Wirken erstmals im siegreichen Verlauf der sozialistischen Revolution in der Sowjetunion praktisch nachgewiesen worden war und nach denen sich die revolutionären Umwälzungen in allen Ländern des sozialistischen Weltsystems erfolgreich vollzogen.<sup>5</sup>

Kurz zusammengefaßt, können die wichtigsten wirtschaftspolitischen Aspekte der von der III. Parteikonferenz der SED gegebenen Orientierung etwa wie folgt charakterisiert werden:

1. Gestützt auf den sozialistischen Sektor der Volkswirtschaft, sah der zweite Fünfjahrplan eine rasche Entwicklung der Produktion vor. Die industrielle Bruttoproduktion sollte um mindestens 55 Prozent wachsen; davon in der Grundstoffindustrie und im Maschinenbau um 60 Prozent und in der Konsumgüterproduktion um 40 Prozent. Die Arbeitsproduktivität sollte auf 150 Prozent gesteigert werden und die Senkung der Selbstkosten mehr als 20 Prozent betragen. An staatlichen Investitionen wurde gegenüber dem ersten Fünfjahrplan etwa das Doppelte geplant. Zur Realisierung des vorgesehenen Wachstums des Volkseinkommens um 45 Prozent sollte die Warenbereitstellung für die Bevölkerung auf 140 Prozent erhöht wer-

<sup>4</sup> Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1956, S. 191.

<sup>5</sup> Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau, in: Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus, Berlin 1960, S. 323 f.

den. In der Landwirtschaft war eine Erhöhung der pflanzlichen Produktion auf 118,6 Prozent und der tierischen Produktion auf 125,9 Prozent vorgesehen.<sup>6</sup>

2. Um die sich aus dem sozialistischen Sektor ergebenden Vorzüge umfassender zu nutzen und das Wirkungsfeld der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu erweitern, orientierte die Partei darauf, die einzelnen Teile der Volkswirtschaft so zu entwickeln, daß sie arbeitsteilig besser verflochten werden konnten. Auf diese Weise sollten Voraussetzungen geschaffen werden, damit unter Berücksichtigung des historisch Notwendigen, der eigenen Möglichkeiten sowie der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen die sozialistische Volkswirtschaft nach dem Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung zu einem einheitlichen Ganzen zusammengeführt werden konnte.

3. Einen bedeutenden Raum in der wirtschaftspolitischen Konzeption nahmen die Aufgaben zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik ein. Die Fragen der Technologie, der Normierung, Standardisierung und Typisierung rückten stärker in den Vordergrund. Es sollte planmäßig begonnen werden, die Grundfonds der Betriebe auf der Grundlage fortgeschrittener Technik zu erneuern. Damit entstanden bereits bestimmte Grundgedanken einer langfristigen Rekonstruktion, die auf dem V. Parteitag der SED im Jahre 1958 weitergeführt und noch stärker auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte konzentriert wurden. Die Rationalisatorien- und Neuererbewegung sowie der sozialistische Wettbewerb wurden darauf orientiert, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu fördern und Erzeugnisse mit hoher Qualität zu produzieren. Ebenfalls legte die III. Parteikonferenz ein umfangreiches Programm für die Entwicklungs- und Forschungsarbeit fest.

4. In Verbindung mit den erstgenannten Aufgaben wurden wichtige strukturpolitische Entscheidungen getroffen. Die III. Parteikonferenz bestimmte quantitativ und qualitativ die Hauptentwicklungsrichtung jener Zweige, von deren Niveau die Entwicklung der übrigen Zweige der Volkswirtschaft abhing. Als solche führenden Industriezweige wurden vor allem die Energieerzeugung, die Brennstoffindustrie, einige Zweige der chemischen Industrie, der Maschinenbau und die Baustoffindustrie hervorgehoben.<sup>7</sup> Deutlicher akzentuiert wurde auch die Aufgabe, spezielle Zweige, wie die Elektronik und die moderne Rechentechnik, die Halbleitertechnik, die Steuer- und Regeltechnik sowie die Kernphysik, zu entwickeln. Darin spiegelte sich die Erkenntnis von dem Zusammenhang der wachsenden Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und vorausschauender Strukturpolitik wider.

5. In unmittelbarem Zusammenhang mit den ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Aufgaben des weiteren sozialistischen Aufbaus leitete die III. Parteikonferenz eine Reihe von Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und zur breiten Entfaltung der sozialistischen Demokratie ein. Sie zielten darauf ab, die Wechselbeziehungen zwischen der zentralen staatlichen Leitung und Planung der Volkswirtschaft und der wirtschaftlich-operativen Selbständigkeit der Betriebe weiter auszubauen sowie das Prinzip der Verbindung der Einzelleitung mit der schöpferischen Aktivität der Werktätigen in jedem Betrieb und Produktionsbereich auf höherem Niveau anzuwenden. Mit der Vervollkommnung der wirtschaftlichen Rechnungsführung wurde darauf orientiert, die Leitung und Planung stärker mit ökonomischen Hebeln zu verbinden.

6. Auf der III. Parteikonferenz der SED wurde die Bündiskonzeption der Arbeiterklasse zusammenhängend dargelegt. In wirtschaftspolitischer Hinsicht ging es darum, die Perspektive für alle nichtmonopolistischen Kräfte - einschließlich der Unternehmer und Großbauern - bei der sozialistischen Gestaltung der Volkswirtschaft schrittweise auszuarbeiten. Deshalb orientierte die SED auf die verstärkte Unterstützung der sozialistischen Umgestaltung der

6 Vgl. Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1956, S. 62, 127, 130.

7 Vgl. ebenda, Bd. 2, S. 1032.

Landwirtschaft und des Handwerks auf dem bewährten Wege des freiwilligen genossenschaftlichen Zusammenschlusses. Mit den Formen der staatlichen Beteiligung an privaten Unternehmen und dem Abschluß von Kommissionsverträgen mit privaten Einzelhändlern wurden geeignete Wege gewiesen, um auch diese Schichten in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen und ihre Betriebe in die sozialistischen Produktionsverhältnisse einzugliedern.

7. In der weiteren Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen ging die III. Parteikonferenz von der grundsätzlichen Feststellung aus: "Die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ist jetzt nicht mehr zu trennen von der Entwicklung des ganzen sozialistischen Lagers. Darin liegt die wichtigste Garantie für die weiteren Erfolge der DDR."<sup>8</sup> In diesem Sinne und in Übereinstimmung mit den Maßnahmen des RGW wurden Schritte unternommen, um einige Hauptfragen der Wirtschaftsentwicklung der DDR mit den Plänen der anderen sozialistischen Staaten abzustimmen und die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit insbesondere mit der Sowjetunion enger zu gestalten. Darüber hinaus war es erforderlich, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie die Spezialisierung und Kooperation allmählich zu entwickeln und eine Reihe großer Investitionsvorhaben sowie bedeutender Forschungs- und Entwicklungsaufgaben künftig von sozialistischen Ländern gemeinsam durchzuführen. Zugleich orientierte die Parteikonferenz auf den weiteren Ausbau der internationalen Handelsbeziehungen. Sie stellte die Aufgabe, das staatliche Außenhandelsmonopol weiter zu festigen und die Außenhandelstätigkeit stärker zu nutzen, um die führenden Zweige der Volkswirtschaft vorrangig zu entwickeln und die Importabhängigkeit von bestimmten kapitalistischen Ländern überwinden zu helfen.

Mit diesen Grundelementen entwickelte die III. Parteikonferenz der SED die wirtschaftspolitische Programmatik für die Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR. Im zweiten Fünfjahrplan und in den jährlichen Volkswirtschaftsplänen wurde sie zum konkreten Arbeitsprogramm der Partei, des Staates und der Werktätigen der DDR.

### Programm und Aktion

Konzeptionen und Programme verwirklichen sich bekanntlich nicht im Selbstlauf. Ebensovwenig ist ihre Umsetzung ein völlig gradliniger und störungsfreier Weg. Auf sie wirken eine Reihe objektiver und subjektiver Faktoren; darunter mehr und weniger gewichtige, länger wirkende, kurzfristig sich verändernde und neu auftauchende Faktoren. Das Erkennen insbesondere der auf längere Sicht wirkenden Faktoren und Bedingungen war für die SED stets eine entscheidende Grundlage für die Ausarbeitung der Strategie zur Entwicklung der Volkswirtschaft. Das prägte auch wesentlich den wissenschaftlichen Gehalt der wirtschaftspolitischen Programmatik der III. Parteikonferenz. Aber nicht alle Faktoren wirken gleichbleibend, nicht alle Veränderungen und Wandlungen im künftigen Geschichtsverlauf sind vorzusehen. Diese Tatsache erforderte gerade in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse von der Partei der Arbeiterklasse und vom sozialistischen Staat ein hohes Maß an taktischer Beweglichkeit.

In diesem Zusammenhang soll hier nur auf einige solcher Probleme verwiesen werden, die für die Erforschung und Darstellung der Wirtschaftsgeschichte der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre von Interesse sind.

Die entscheidenden Faktoren, die für die Wirtschaftspolitik dieser Zeit bestimmend waren beziehungsweise auf die eine oder andere Weise auf sie Einfluß nahmen, resultierten aus dem weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und der damit verbundenen Klassenauseinandersetzung. Das erfordert, die Ereignisse und Entwicklungen in der DDR unter dem Gesichtspunkt und als Bestandteil dieses revolutionären Weltprozesses zu untersuchen und zu werten.

<sup>8</sup> Ebenda, Bd. 1, S. 15.

An erster Stelle stehen die Voraussetzungen und Wirkungen, die sich aus der Entwicklung des Weltsozialismus ergaben und die das internationale Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus bestimmten. Das inhaltliche und methodologische Problem besteht darin, die Wirtschaftspolitik der DDR - von der Konzipierung über die konkrete Durchsetzung bis zu den Ergebnissen und gesellschaftlichen Wirkungen - nahtlos in die Entwicklung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems und in die Gesamtpolitik des sozialistischen Weltsystems einzuordnen, denn die "Deutsche Demokratische Republik erbaut den Sozialismus in vollem Einklang mit jenen historischen Entwicklungsprozessen, die unserer Epoche das Gepräge geben."<sup>9</sup>

Dieser Prozeß war in der Sowjetunion am weitesten fortgeschritten. Die von der KPdSU und den sowjetischen Werktätigen gesammelten Erfahrungen zu nutzen und durch eigene große Leistungen die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu vertiefen, das gehörte zu den tragenden Prinzipien der Wirtschaftspolitik der SED. Umfangreich war der Erfahrungsschatz, den uns die Sowjetunion uneigennützig zur Verfügung stellte. Die Erkenntnisse der Sowjetwissenschaften über die Ökonomik der Industrie, die Planung und Organisation der sozialistischen Industriebetriebe, über die wirtschaftliche Rechnungsführung und andere konnten von der DDR gewissermaßen als theoretischer Vorlauf genutzt werden, ebenso wie die praktischen Erfahrungen der sozialistischen Wirtschaftsführung in den ehemaligen SAG-Betrieben. Die Sowjetunion stellte der DDR zahlreiche Dokumentationen zur Verfügung und half durch Fachleute beim Aufbau neuer, moderner Produktionsanlagen und ganzer Betriebe. In zunehmendem Maße wurden wissenschaftliche und technische Kader der DDR in der Sowjetunion ausgebildet. Großen politisch-moralischen und produktionswirksamen Einfluß hatten sowjetische Neuerermethoden auf die Arbeiterklasse in den Betrieben der DDR.

In dieser Zeit wurden wichtige Grundlagen dafür gelegt, daß die außenwirtschaftlichen Aktivitäten der DDR schrittweise mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft der UdSSR stärker verknüpft werden konnten. Was hier nur kurz angedeutet werden kann, gehörte zu den entscheidenden Faktoren für die kontinuierliche und an Stabilität gewinnende ökonomische Entwicklung der DDR und ist deshalb ein wesentlicher und unerläßlicher Aspekt wirtschaftshistorischer Untersuchungen im Rahmen der Geschichte der DDR.

Von großer Bedeutung war die Zusammenarbeit sozialistischer Länder im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Stand in den ersten Jahren seiner Existenz die Entwicklung des gegenseitigen Handels im Vordergrund, so zeichnete sich in den Jahren 1954/1955 im Zusammenhang mit der IV. und V. Ratstagung des RGW deutlich der Beginn des Überganges zu einer höheren Stufe ab. Die Teilnehmerländer des RGW begannen, wechselseitig die Fünfjahrpläne abzustimmen, die sie für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre vorbereiteten. Damit wurden Voraussetzungen geschaffen, die es ermöglichten, das Zusammenwirken der sozialistischen Länder in der Sphäre der Produktion schrittweise zu entfalten. Mit der auf der VII. Ratstagung 1956 eingeleiteten konkreten Abstimmung der Pläne wichtiger Industriezweige rückten Fragen der internationalen Spezialisierung mehr in den Mittelpunkt des Interesses.

Sichtbare Fortschritte wurden insbesondere im Ergebnis der Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der Mitgliedsländer des RGW im Mai 1958 erzielt. Von hier gingen maßgebliche Impulse aus, die sich auf die Vervollkommnung der Formen und Methoden der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, auf die Entwicklung der Spezialisierung und Kooperation sowie auf die stärkere Beachtung der perspektivischen Aspekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auswirkten.<sup>10</sup> Doch konnten zu diesem Zeitpunkt noch nicht

9 Bericht des Zentralkomitees der SED an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1971, S. 11.

10 Eine ausführliche Darstellung hierzu gibt Geißler, Horst, Die geschichtliche Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des Rates für Gegensei-

alle Schlüsselprobleme der Koordinierung der Pläne, der Spezialisierung und Kooperation gelöst werden. Dazu mußten theoretische Grundfragen weiter ausgearbeitet und praktische Erfahrungen gesammelt werden. Vor allem aber konnte dies alles nur schrittweise und in dem Maße geschehen, wie in den einzelnen sozialistischen Ländern die Grundlagen der Planwirtschaft gefestigt und reifere Formen der langfristigen Planung entwickelt wurden.

Anfang der sechziger Jahre hatten fast alle Länder des RGW einen Entwicklungsstand erreicht, der charakterisiert war durch den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, einen wesentlich gewachsenen Umfang der Produktion, eine bestimmte Grundstruktur der Volkswirtschaft und diesem Stand entsprechende Formen und Methoden der Planung und Leitung. Auf der Grundlage dieser reiferen Verhältnisse und des gemeinsamen Erfahrungsschatzes konnten im Juni 1962 die "Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" beschlossen werden. Dieses Dokument hatte große Bedeutung für die weitere Gestaltung des Verhältnisses von Nationalwirtschaft und internationaler sozialistischer Arbeitsteilung.<sup>11</sup>

Die Entwicklung innerhalb des sozialistischen Weltsystems, das besondere Gewicht der Sowjetunion in diesem Prozeß und in der Weltarena, der zuverlässige militärische Schutz des sozialistischen Aufbaus und die erfolgreiche Politik zur Sicherung des Friedens durch die Staaten des Warschauer Vertrages schufen günstige Bedingungen dafür, daß auch in der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege geführt, die materiell-technische Basis des Sozialismus schrittweise aufgebaut und wesentliche Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gelöst werden konnten.

Die weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus setzte sich jedoch nur gegen den hartnäckigen Widerstand der imperialistischen Kräfte durch. Solange die Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Kommunismus "nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration", schrieb Lenin bereits im Jahre 1918.<sup>12</sup> An solchen Versuchen hat es auch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nicht gemangelt. Wir haben es hier mit einer zweiten Gruppe von Faktoren zu tun, die den genannten bestimmenden Faktoren entgegenwirkten. Sie waren nicht in der Lage, den revolutionären Weltprozeß und die Entwicklung in der DDR aufzuhalten. Doch blieben sie nicht ohne Wirkung und mußten auch in der Wirtschaftspolitik der DDR berücksichtigt werden.

Ein Knotenpunkt, an dem dies deutlich wird, war zum Beispiel das Jahr 1956. Der imperialistische Überfall auf Ägypten, der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn, die versuchte Unterhöhnung der sozialistischen Entwicklung in Polen und die Anstrengungen der imperialistischen Kräfte Westdeutschlands, in der DDR Provokationen und Aufstände auszulösen, um die Arbeiter- und -Bauern-Macht schließlich durch militärisches Eingreifen liquidieren zu können - all das war Ausdruck konzentrierten aggressiven Bestrebens des Imperialismus, den Angriff auf breiter Front vorzutragen und verlorene Positionen zurückzugewinnen.

Diese gefährliche Zuspitzung der politischen und militärischen Situation führte zugleich zu empfindlichen Störungen in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Die DDR war besonders durch das Ausbleiben von Importen betroffen, wodurch ernste Schwierigkeiten in der Versorgung mit Steinkohle, Stahl und anderen wichtigen Rohstoffen entstanden. Trotz kurzfristig durchgeführter zusätzlicher Lieferungen der Sowjetunion sank 1956 der Import von Steinkohle um 697 000 Tonnen und von Steinkohlenkoks um 342 000 Tonnen

tige Wirtschaftshilfe (RGW) in den Jahren 1956 bis 1961, phil. Diss. Berlin 1965, S. 161 - 211.

11 Vgl. Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, in: Dokumentation der Zeit, Nr. 265/1962, S. 45 ff.

12 Lenin, W. I., Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 253.

gegenüber dem Jahre 1955.<sup>13</sup> Das wirkte sich auf die Erzeugung von Gas und Elektroenergie nachteilig aus, was wiederum zu Störungen in vielen Industriebetrieben führen mußte. Einiges konnte durch erhöhte Eigenförderung von Braunkohle ausgeglichen werden, wodurch aber Lücken in der Rohstoffversorgung der chemischen Industrie vorübergehend in Kauf genommen werden mußten.

Die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen konnte die DDR seit jeher nur durch entsprechende Außenwirtschaftsbeziehungen lösen. Störungen in diesem Bereich mußten daher direkte Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft nach sich ziehen. Dieser Frage wandte sich auch die 30. Tagung des ZK der SED Anfang 1957 zu. In ihrem Beschluß "Zu den nächsten ökonomischen Aufgaben"<sup>14</sup> wurde die Erzeugung einer maximalen Menge von Brennstoffen aus eigener Produktion zur entscheidenden Wirtschaftsaufgabe des Jahres 1957 erklärt und empfohlen, kurzfristig Maßnahmen zur Entwicklung von Kohle und Energie für 1957 und die folgenden Jahre auszuarbeiten und zu beschließen.<sup>15</sup> Aufgrund der veränderten Kohle-, Energie-, Stahl- und Chemiebasis mußten viele Aufgaben des zweiten Fünfjahresplanes verändert und neu bilanziert werden.<sup>16</sup>

Im Zusammenhang mit den verstärkten Angriffen des Gegners und den dadurch verursachten Störungen im Wirtschaftsleben wirkten sich auch die aus dem kapitalistischen Erbe und aus der Spaltung resultierenden Disproportionen sowie die Grenzen, die dem Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu dieser Zeit gesetzt waren, mit besonderer Schärfe aus.

Durch eine realistische Wirtschaftspolitik der SED und im Ergebnis großer Anstrengungen der Arbeiterklasse und vieler anderer Werktätiger konnten mit Hilfe der Sowjetunion und anderer RGW-Partner die eingetretenen Rückstände bis Mitte 1958 im wesentlichen aufgeholt, Schwierigkeiten abgebaut und die Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR gesichert werden.

Bei all dem ist zu berücksichtigen, daß der DDR in Gestalt des westdeutschen Imperialismus ein besonders gefährlicher und erfahrener Feind gegenüberstand, der mit allen Mitteln versuchte, die Entwicklung einer eigenen, mit dem sozialistischen Weltsystem fest verbundenen, leistungsfähigen Wirtschaft zu verhindern. Der fortgesetzte Wirtschaftskrieg, Sabotage, Abwerbung und andere aggressive Handlungen sowie die Notwendigkeit, größere Mittel für die Stärkung der Verteidigungskraft auszugeben, waren mit Verlusten für die DDR verbunden. Das erforderte zusätzliche Kraftanstrengungen und großes Können in der politischen und ökonomischen Führung des sozialistischen Staates.

Nachdem im Frühjahr 1960 in der DDR auch auf dem Lande die entscheidende Schlacht für den Sozialismus geschlagen worden war, setzten die westdeutschen Imperialisten noch einmal alles auf die Karte eines "Tages X". Der Wirtschaftskrieg wurde forciert und das Handelsabkommen mit der DDR mit Wirkung vom 31. Dezember 1960 gekündigt. Sprunghaft verstärkten sich die Versuche, die offene Grenze in höherem Maße zur Währungsspekulation, zur Spionage, Sabotage und zum Menschenhandel zu mißbrauchen. In dieser Situation beschloß die 11. Tagung des ZK der SED wichtige Maßnahmen zur Sicherung der Wirtschaft gegen die ökonomische Aggression des westdeutschen Imperialismus, zur Umstellung der

13 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1957, S. 519 f.

14 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 6, Berlin 1958, S. 192 - 198.

15 Vgl. hierzu auch Deutsches Zentralarchiv (im folgenden: DZA), Abt. S, Bestand E 1, Nr. 9801, Bl. 517 - 557, Analyse der Entwicklung der Kohlenindustrie und der Elektroenergiewirtschaft.

16 Vgl. ebenda, Nr. 3212, Bl. 187 ff.

Planziele für 1961 und zur Herstellung noch engerer Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern, besonders mit der Sowjetunion.<sup>17</sup>

Im Sommer 1961 reifte die akute Gefahr kriegerischer Handlungen von seiten des westdeutschen Imperialismus heran.<sup>18</sup> "Die SED und die Regierung der DDR hatten jede Möglichkeit offengehalten, normale Beziehungen mit Westdeutschland zu entwickeln. In diesem Bestreben ging die DDR bis an die äußerste Grenze der Staatsräson."<sup>19</sup> Als jedoch alle Bemühungen fruchtlos blieben, traf die Regierung der DDR in Übereinstimmung mit den Staaten des Warschauer Vertrages am 13. August 1961 Maßnahmen, um die Staatsgrenze gegenüber der BRD und ganz besonders gegenüber Westberlin zuverlässig zu schützen. Damit trat eine neue Lage ein, die günstigere Bedingungen für den weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR schuf und die das veränderte Kräfteverhältnis zugunsten des sozialistischen Weltsystems noch deutlicher hervortreten ließ.

Nach diesem Schritt konnten sich der Staat und die Werktätigen der DDR unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse noch konsequenter dem wirtschaftlichen Aufbau zuwenden. Mit großem Enthusiasmus erreichte die Arbeiterklasse im Verlauf der Jahre 1961 und 1962, daß die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Beziehungen weitgehend stabilisiert wurden. Erst jetzt wurde es möglich, den Wirkungsmechanismus der ökonomischen Gesetze des Sozialismus wirksamer zu gestalten und die Vorzüge der sozialistischen Produktionsverhältnisse besser auszunutzen.<sup>20</sup>

### Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsentwicklung

Die Übersicht über einen durch objektive Zäsuren festgelegten Zeitabschnitt macht deutlich, wie sehr der innere Zusammenhang von Politik und Ökonomie den Inhalt des gesamten Geschichtsprozesses bestimmt. Zugleich werden damit Überlegungen provoziert, inwieweit die politische und die ökonomische Geschichte überhaupt getrennt erforscht und dargestellt werden können. Das trifft insbesondere auf die Geschichte des Sozialismus zu, wo "Wirtschaftsfragen Sache der Allgemeinheit" und "für uns die interessanteste Politik"<sup>21</sup> sind. Hier ist die wirtschaftlich-organisatorische Tätigkeit des sozialistischen Staates unmittelbarer Bestandteil der Machtausübung der Arbeiterklasse - also der Politik - und wirkt in zunehmendem Maße als ausschlaggebender Faktor bei der sozialistischen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft und beim Übergang zum kommunistischen Aufbau. Lenin hob bereits im Jahre 1921 hervor, daß der Kampf im Weltmaßstab auf das Gebiet der Wirtschaft übertragen ist, und folgerte daraus: "Unsere Haupteinwirkung auf die internationale Revolution üben wir jetzt durch unsere Wirtschaftspolitik aus."<sup>22</sup> Heute ist das eine Kernfrage des Einflusses des sozialistischen Weltsystems auf den Verlauf des revolutionären Weltprozesses.

17 Vgl. Entschließung des Zentralkomitees zum Ergebnis der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, in: Dokumente der SED, Bd. 8, Berlin 1962, S. 311 - 314; Kommuniqué der 11. Tagung des Zentralkomitees, in: ebenda, S. 339.

18 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, Berlin 1966, S. 282 ff.

19 Ebenda, S. 283.

20 Zur Problematik der Jahre 1960 bis 1962 vgl. Teumer, Werner, Grundzüge der ökonomischen Strategie und Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom Frühjahr 1960 bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse Ende 1962, phil. Diss. Berlin 1968.

21 Lenin, W. I., Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 451.

22 Ebenda, S. 458.

Es kann nicht darum gehen, die Spezifik der Wirtschaftsgeschichte aufzuheben oder auf die gründliche Erforschung von Teilprozessen zu verzichten. Vielmehr sind jene erfreulichen Bemühungen zu fördern, den Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus deutlicher unter dem Gesichtspunkt der Gesamtstrategie und -taktik der Arbeiterklasse zu fassen.<sup>23</sup> In vollem Umfang ist auch der Forderung zuzustimmen, daß sich die Wirtschaftsgeschichte in wachsendem Maße im Ensemble der Gesellschaftswissenschaften entwickeln muß.<sup>24</sup> Diesen richtigen Gedanken darf man jedoch nicht nur auf die Zusammenarbeit mit der politischen Ökonomie, der politischen Geschichte und anderen Disziplinen beschränken. Zu höchsten Ergebnissen kommt die Wirtschaftsgeschichte dann, wenn sie sich selbst als Bestandteil der einheitlichen marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft versteht und aus dieser Sicht ihr spezielles Anliegen verwirklicht.<sup>25</sup> Ebenso kann auf diese Weise am besten gewissen Tendenzen entgegengewirkt werden, einzelne Seiten des Geschichtsprozesses einseitig zu betrachten. Auch die Geschichte der Produktivkräfte, Technikgeschichte, Kulturgeschichte usw. können nur als integrierender Bestandteil der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft überhaupt ihrer Aufgabe gerecht werden.

Es geht also nicht so sehr um die Einordnung der Ergebnisse der Wirtschaftsgeschichte etwa in eine Gesamtdarstellung der Geschichte der DDR, des sozialistischen Weltsystems oder was auch immer. Es geht vielmehr und in erster Linie um die Ausgangspunkte und den gesamtgesellschaftlichen Bezug wirtschaftshistorischer Forschung wie auch jedes anderen speziellen Zweiges der Geschichtswissenschaft. Und diese sind gesetzt durch die dialektisch-materialistische Auffassung von der Gesellschaft und ihrer Geschichte, wonach "die Gesellschaft als ein lebendiger, in ständiger Entwicklung begriffener Organismus betrachtet wird (und nicht als etwas mechanisch Verkettetes, das infolgedessen eine beliebige willkürliche Kombination der einzelnen gesellschaftlichen Elemente zuließe)".<sup>26</sup>

Im folgenden soll versucht werden, einige Fragen und Ergebnisse der Wirtschaftspolitik in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Zusammenhang mit anderen die gesellschaftliche Gesamtentwicklung bestimmenden Faktoren darzustellen.

Ein wesentlicher Zusammenhang besteht zwischen der Wirtschaftspolitik und ihren Ergebnissen: der Entwicklung der Produktivkräfte und der weiteren Veränderung der Produktionsverhältnisse. Die Wirtschaftspolitik der SED und der sozialistischen Staatsmacht in der DDR war darauf gerichtet, die Produktivkräfte zu entwickeln, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten besser zu befriedigen sowie die ökonomischen und sozialökonomischen Grundlagen der Deutschen Demokratischen Republik zu stärken.

23 In den letzten Jahren sind - ohne die Diskussion über den Gegenstand in den Vordergrund zu stellen - eine Reihe verdienstvoller Arbeiten entstanden, in denen die genannten Zusammenhänge wirksamer behandelt werden und der Blick für die wirtschaftsgeschichtliche Forschung der neuesten Zeit erweitert wird. Dazu gehören in erster Linie die Arbeitsergebnisse der Forschungsgruppe "Geschichte der ökonomischen Politik der SED" am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und des Forschungskreises "Wirtschaftshistorische Forschung auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR" an der Humboldt-Universität zu Berlin.

24 Vgl. Falk, Waltraud, Die Einheit und Wechselwirkung von Politik, Ökonomie und Ideologie bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 23.

25 Diese Konsequenz ergibt sich natürlich nicht nur für die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus, sondern auch für die wirtschaftsgeschichtliche Erforschung vorangegangener Gesellschaftsformationen.

26 Lenin, W. I., Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 158.



Tabelle 1

Entwicklung der industriellen Bruttoproduktion 1955 bis 1962<sup>+</sup>

Jahr	Unveränderliche Planpreise in 1 000 M	Index 1955 = 100	Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in %
1955	44 796 837	100,0	-
1956	47 615 262	106,3	6,3
1957	51 248 007	114,6	7,6
1958	57 014 943	129,5	11,3
1959	64 181 022	143,3	12,6
1960	69 429 902	155,0	8,2
1961	73 547 504	164,2	5,9
1962	78 110 014	174,4	6,2

+ Zusammengestellt und berechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1959, S. 278; ebenda 1967, S. 113.

Das rasche Anwachsen der Industrieproduktion um fast 75 Prozent innerhalb von sieben Jahren erweiterte wesentlich die materiellen Grundlagen des sozialistischen Staates. Das widerspiegelt sich ebenfalls deutlich in der Entwicklung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens:

Tabelle 2

Aufkommen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens 1955 bis 1962<sup>+</sup>  
(in Millionen Mark)

Jahr	Bruttoprodukt	Anteil der sozialistischen Wirtschaft am Bruttoprodukt in %	Nettoprodukt
1955	96 432	73,3	50 037
1956	101 496	75,9	52 288
1957	108 485	75,4	56 015
1958	121 074	77,9	62 011
1959	134 045	80,8	67 488
1960	142 885	84,4	70 520
1961	148 198	85,5	72 864
1962	153 107	85,5	74 448

+ Zusammengestellt nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1967, S. 21.

Mit dem Umfang der Industrieproduktion und der Erhöhung des Nationaleinkommens erhöhte sich die Akkumulationskraft der Volkswirtschaft. Während die Akkumulationsrate 1950 noch 8,4 Prozent betrug und bis 1955 auf 12,3 Prozent gesteigert wurde, konnten in den Jahren 1958 und 1959 bereits durchschnittlich 20 Prozent des im Inland verfügbaren Nationaleinkommens akkumuliert werden.<sup>27</sup> Auf dieser Grundlage erweiterte sich auch systema-

<sup>27</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 184.

tisch die Investitionstätigkeit in der Volkswirtschaft. In den sechs Jahren von 1950 bis 1955 standen dafür insgesamt 30,8 Milliarden Mark zur Verfügung. Demgegenüber war es möglich, von 1956 bis 1960, also in nur fünf Jahren, 45,0 Milliarden Mark einzusetzen, und allein in den beiden Jahren 1961 und 1962 betragen die Investitionen in der Volkswirtschaft 28,4 Milliarden Mark, also fast ebensoviel wie in den Jahren 1950 bis 1955 zusammengekommen. Dabei stiegen die jährlichen Investitionssummen weitgehend kontinuierlich. Im Jahre 1950 wurden rund 3 Milliarden Mark investiert, 1955 waren es fast 6 Milliarden, 1958 konnte erstmalig die 10-Milliarden-Grenze überschritten werden, und 1962 waren es weit über 14 Milliarden Mark.<sup>28</sup>

Die beständig wachsende Akkumulationskraft der Volkswirtschaft der DDR war für die Strukturpolitik zur Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft und deren Realisierung bedeutsam. Hingen doch die jeweils notwendigen Strukturentscheidungen nicht nur von der Kenntnis der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, vom Erfassen der Erfordernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und von den inneren und internationalen Gegebenheiten ab, sondern ebenso von den zur Verfügung stehenden finanziellen und materiellen Mitteln und Möglichkeiten. Diese Mittel wurden so eingesetzt, daß damit die für den raschen Fortschritt von Wissenschaft und Technik entscheidenden Industriezweige und Erzeugnisgruppen vorrangig entwickelt, die Landwirtschaft besser mit mineralischen Düngemitteln und Maschinen versorgt und die Bedürfnisse der Bevölkerung an hochwertigen Industriewaren in wachsendem Maße befriedigt werden konnten. Planmäßig wurde auf diese Weise der absolut größte Zuwachs in der metallverarbeitenden Industrie herbeigeführt. Innerhalb dieses Bereichs stand die Gruppe der elektrotechnischen Erzeugnisse mit Abstand an der Spitze. Ihr folgten der Schwermaschinenbau, der allgemeine Maschinenbau, der Fahrzeugbau und verschiedene Teilbereiche der feinmechanischen und optischen Industrie. Wesentlich erhöht wurde auch die Herstellung von chemischen Erzeugnissen und Textilien.<sup>29</sup> Veränderungen vollzogen sich auch innerhalb von anderen Industriezweigen, zum Beispiel durch die stärkere Orientierung auf Erzeugnisse der zweiten Verarbeitungsstufe in der Metallurgie, die Aufnahme der Produktion von synthetischen Fasern und Kunststoffen in der Chemie und andere.

In diesem vielgestaltigen Prozeß entwickelten sich die materiellen Produktivkräfte sowohl ihrem Umfang nach als auch in ihrem wissenschaftlich-technischen Niveau. Beide Seiten waren verbunden mit Veränderungen der Industriezweigstruktur, charakterisiert durch eine fortschreitende Differenzierung und gleichzeitig stärkere Profilierung derjenigen Zweige und Erzeugnisgruppen, deren Bedeutung für den weiteren wissenschaftlich-technischen Fortschritt zunahm.

Die größere Stabilität der Wirtschaft und das rasche Wachstum der Produktion ermöglichten es, den Volkswohlstand beträchtlich zu erhöhen. Von 1955 bis 1962 stiegen die Durchschnittslöhne der Arbeiter und Angestellten in der sozialistischen Wirtschaft auf 135 Prozent.<sup>30</sup> Allein im Jahre 1959 erhielten rund 3 Millionen Werktätige Lohn- und Gehaltserhöhungen, durch die sich ihr Nettoeinkommen um 1,1 Milliarden Mark erhöhte.<sup>31</sup> Diese positive Entwicklung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten ebenso wie das der werktätigen Bauern und der anderen Schichten war nicht die einzige Quelle des wachsenden persönlichen Wohlstandes der Bürger der DDR. Dazu kamen zum Beispiel sinkende Einzelhandelspreise, Leistungspreise und Tarife. Zugleich stiegen von 1955 bis 1962 die Ausgaben der Sozialversicherung für soziale und gesundheitliche Zwecke von 326 Mark auf 486 Mark pro Kopf der Bevölkerung. 150 955 neue Plätze in Kindergärten und Wochenheimen wurden geschaffen sowie 40 neue Polikliniken und 96 Ambulatorien gebaut bzw. eingerichtet. Aus-

28 Vgl. ebenda 1967, S. 22.

29 Vgl. ebenda, S. 156 - 157.

30 Vgl. ebenda, S. 23.

31 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, T. 3, Berlin 1967, S. 674.

druck des wachsenden Wohlstandes und zugleich des gefestigten Vertrauens der Bevölkerung zur Wirtschaftspolitik der SED und des Staates waren auch die schnell steigenden Spareinlagen von 4,9 Milliarden Mark im Jahre 1955 auf mehr als 21,5 Milliarden Mark im Jahre 1962. Die erhöhte Kaufkraft der Werktätigen konnte durch ein größeres Angebot an Nahrungsmitteln und industriellen Konsumgütern sowie durch die Erweiterung der Erholungsmöglichkeiten, der Touristik und der Befriedigung kultureller Bedürfnisse realisiert werden. Beispielsweise stieg der Einzelhandelsumsatz von 1955 bis 1962 auf mehr als 157 Prozent.<sup>32</sup> Besonders konzentriert traten viele Faktoren des Lebensniveaus der Werktätigen im Reallohnindex in Augenschein. Wenn hier das Jahr 1960 gleich 100 gesetzt wird, so war die Steigerung von 69,8 (1955) auf 103,8 (1962) ganz gewaltig.<sup>33</sup>

Es wurde immer offensichtlicher, daß die Werktätigen in der DDR die Früchte der Wirtschaftspolitik der SED und ihrer eigenen angestregten Arbeit in reicherm Maße ernteten. Angesichts der überzeugenden Ergebnisse sozialistischer Wirtschaftspolitik, die durch die Werktätigen unter Führung der SED erzielt wurden und sich mittelbar und unmittelbar im wachsenden Volkswohlstand niederschlugen, schwand der Nährboden für die Angriffe der Ideologen des Imperialismus, die sie auf die führende Rolle der Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Partei in Wirtschaft und Gesellschaft, auf das sozialistische Eigentum und die sozialistische Planwirtschaft richteten. Immer tiefer wurde das Bewußtsein der Bürger der DDR gerade von der Tatsache durchdrungen, daß der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der Partei der Arbeiterklasse steht und die Erfolge dieser Politik nur auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der sozialistischen Planwirtschaft möglich sind. Spürten doch die Werktätigen in der DDR an ihrem eigenen Leben, wie die staatlichen und persönlichen Interessen immer besser in Übereinstimmung gebracht wurden. Auf diesem Wege trugen die Wirtschaftspolitik der SED und ihre Ergebnisse entscheidend dazu bei, daß sich qualitativ neue Kriterien des sozialistischen Bewußtseins der Menschen herausbilden und festigen konnten.

Wie die geschichtlichen Tatbestände beweisen, konnte die sozialistische Entwicklung in der DDR weder durch ideologische Unterwanderung noch durch ökonomischen und politischen Druck und militärische Drohung verhindert werden. Während sich in Westdeutschland die kapitalistischen Widersprüche mit der Entfaltung des staatsmonopolistischen Systems weiter verschärften, erlangten die Volkswirtschaft und die sozialistische Gesellschaft in der DDR immer größere Stabilität. Die wichtigste materielle Grundlage dafür war die quantitative und qualitative Weiterentwicklung der sozialistischen Industrie. Mit ihr erweiterten und festigten sich auch die sozialökonomischen Grundlagen des Sozialismus. Zugleich wurden damit die materiellen Voraussetzungen für die schrittweise sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und der anderen nichtsozialistischen Bereiche vergrößert. Die so stimulierten Veränderungen in den Produktionsverhältnissen waren dergestalt, daß die DDR 1962 eine solche sozialökonomische Grundstruktur aufwies, wie sie der sozialistischen Gesellschaft entsprach. Damit war ein wichtiges strategisches Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung erreicht, waren neue Ausgangspunkte für den weiteren Aufbau des Sozialismus und die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus geschaffen.<sup>34</sup>

32 Zu den vorstehenden Zahlenangaben vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1967, S. 31 - 34.

33 Vgl. ebenda, S. 443.

34 Eine eingehende Behandlung dieser Problematik, zugleich mit interessanten methodologischen Aspekten, erfolgt durch Reißig, Karl, Die historische Bedeutung des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR, in: ZfG, Jg. 1971, S. 469 - 496.

Tabelle 3

Anteil der verschiedenen Eigentumsformen der Wirtschaft am Aufkommen des gesellschaftlichen Gesamtprodukts<sup>+</sup>  
(in %)

Eigentumsform	1955	1960	1962
Sozialistisch	73,3	84,4	85,5
davon: volkseigen	66,2	70,9	72,2
genossenschaftlich	7,1	13,5	13,3
Halbstaatlich	-	5,5	6,6
Privat	26,7	10,1	7,9

+ Zusammengestellt nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1967, S. 37.

Die führende Rolle der sozialistischen Industrie wird deutlich, wenn man die Anteile der verschiedenen Eigentumsformen an der industriellen Bruttoproduktion miteinander vergleicht. 1962 ergaben sich hier folgende Relationen: sozialistischer Sektor 88,4 Prozent, halbstaatlicher Sektor 8,8 Prozent und privater Sektor 2,8 Prozent.<sup>35</sup>

So aufschlußreich bereits die quantitative Analyse der sozialökonomischen Struktur und der damit verbundenen materiellen Potenzen ist, so einseitig muß sie ohne die Betrachtung der Entwicklung der Klassenverhältnisse bleiben. Wenn nachgewiesen ist, daß die Wirtschaftspolitik wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Eigentumsverhältnisse hatte, so mußten diese als Kern der Klassenstruktur auch auf die Entwicklung der sozialen Klassen und Schichten einwirken. Der Bewußtseinsstand der verschiedenen Klassen und Schichten, ihre Haltung zum Staat, zur Gesellschaft und ihre Beziehungen zueinander waren wiederum entscheidende Faktoren für die Festlegung wirtschaftspolitischer Aufgaben sowie für das Tempo und das Niveau ihrer Verwirklichung. In der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse hatten sich auf diese Weise tiefgreifende Veränderungen innerhalb der Klassen und Schichten und in ihrem Verhältnis zueinander vollzogen.

An der Spitze des gesellschaftlichen Fortschritts stand die Arbeiterklasse. Sie war am engsten mit der sozialistischen Großproduktion verbunden. 1962 waren 83,4 Prozent aller Arbeiter und Angestellten in sozialistischen Betrieben tätig, in denen 88,4 Prozent der gesamten industriellen Bruttoproduktion erzeugt wurden.<sup>36</sup> Vor 120 Jahren hatten Karl Marx und Friedrich Engels vorausgesagt, daß sich das Proletariat zur herrschenden Klasse erheben und seine politische Herrschaft dazu benutzen wird, "alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren."<sup>37</sup> Dieser neue Inhalt der Arbeiterbewegung, der in der DDR vor allem im Zusammenhang mit dem Zweijahrplan 1949/1950 sichtbar geworden war<sup>38</sup>, prägte sich jetzt immer deutlicher aus. Was Marx und Engels als Gesetzmäßigkeit gesellschaftsprognostisch in allgemeinen Zügen vorhergesagt und die Arbeiter in der Sowjetunion erstmalig praktisch bewiesen hatten, wurde nun-

35 Statistisches Jahrbuch der DDR 1967, S. 113.

36 Vgl. ebenda.

37 Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 481.

38 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin 1966, S. 258 f.

mehr auch von der Arbeiterklasse im sozialistischen deutschen Staat in konkret-historischen Formen schöpferisch realisiert. Unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei nutzte sie die Vorherrschaft des sozialistischen Eigentums, um die gesamte Volkswirtschaft schneller voranzubringen und schließlich alle Sphären der Gesellschaft revolutionär umzuwälzen.

In diesem Prozeß und im Ergebnis des ständigen politischen und ideologischen Wirkens der SED und der freien Gewerkschaften eignete sich die Arbeiterklasse eine höhere Bildung an, verstärkte sie ihren Einfluß in der materiellen Produktion und in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens. Sie verwirklichte ihre führende Rolle einmal durch die sozialistische Staatsmacht, deren Organe von ihr und den anderen Werktätigen demokratisch gewählt waren und in denen sie selbst maßgeblich mitarbeitete, um Beschlüsse und Gesetze vorzubereiten, zu fassen und deren Durchführung zu organisieren. Zum anderen hatten sich neue Formen der unmittelbaren Mitwirkung der Arbeiter an der Planung und Organisation der Produktion herausgebildet. Vor allem der Betriebskollektivvertrag drückte die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in der materiellen Produktion und die gemeinsame Verantwortung für die Leistungen des sozialistischen Betriebes aus.

In großem Umfang hatten sich die Produktionsberatungen als Organe der Gewerkschaften durchgesetzt und bewährt. Mit der Wahl von Ausschüssen der Produktionsberatungen konnte deren Tätigkeit noch beständiger und zielstrebig auf die ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Hauptaufgaben der Betriebe konzentriert werden. Schließlich entstand in den Großbetrieben und in Betriebsabteilungen mit mehr als hundert Belegschaftsmitgliedern die Bewegung der ständigen Produktionsberatungen. Im Werdegang der Produktionsberatungen wurde das Wesen, die Kraft und die Entwicklungsfähigkeit der sozialistischen Demokratie offenbar. Was durch die fortgeschrittenen Arbeiter hervorgebracht, erprobt und ausgebaut worden war, wurde schließlich auf Vorschlag des Bundesvorstandes des FDGB vom Ministerrat der DDR durch einen Beschluß zur staatlichen Norm erhoben.<sup>39</sup>

Mit den Produktionsberatungen, den Betriebskollektivverträgen und den öffentlichen Rechenschaftslegungen über deren Erfüllung, mit den ökonomischen Konferenzen in den Betrieben, mit der Bewegung der Rationalisatoren, Erfinder und Neuerer und mit dem sozialistischen Wettbewerb hatte die Arbeiterklasse vielseitige Formen zur Verwirklichung ihrer führenden Rolle in der Sphäre der materiellen Produktion geschaffen. Für viele Arbeiter waren das zugleich praktische Schulen, in denen sie lernten, die Ökonomik des Sozialismus zu gestalten.

Die Entwicklung der sozialistischen Industrie und die Erhöhung ihres bestimmenden Einflusses auf den volkswirtschaftlichen Fortschritt hatten die Stellung der Arbeiterklasse in der DDR objektiv erhöht. In hervorragenden Arbeitsleistungen, politisch, ökonomisch und moralisch motivierten Initiativen, in der sachkundigen Teilnahme an der Leitung der Betriebe widerspiegelte sich die Tatsache, daß ein wachsender Teil der Arbeiterklasse diesen objektiven Prozeß und die damit verbundene größere Verantwortung auch subjektiv besser erfaßte.

Unter dem Einfluß der sozialistischen Entwicklung in der Industrie sowie der Bündnispolitik der Arbeiterklasse und der SED hatten sich auch in der Klasse der werktätigen Bauern wesentliche Veränderungen vollzogen. In den Jahren nach 1955 konnte die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft systematisch weitergeführt werden. Dabei entstand eine völlig neue sozialökonomische Struktur auf dem Lande:

<sup>39</sup> Beschluß des Ministerrates der DDR über die Unterstützung der ständigen Produktionsberatung in den sozialistischen Betrieben durch die Betriebsleitungen und die Organe der staatlichen Verwaltung, in: *Zur ökonomischen Politik der SED und der Regierung der DDR*, 13. Februar 1958 bis 23. Juli 1959, Berlin 1960, S. 896 f.

Tabelle 4

Anteil der Eigentumsformen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR  
1955 bis 1960<sup>+</sup>  
(in %)

Jahr	Sozialistische Betriebe				Übrige Betriebe
	insgesamt	VEG	LPG	GPG	
1955	27,3	4,4	18,6	.	72,7
1956	30,4	4,4	22,6	.	69,6
1957	32,7	4,6	24,2	.	67,3
1958	37,8	5,8	29,4	.	62,2
1959	48,2	6,0	40,2	.	51,8
1960	92,4	6,3	84,2	0,2	7,6
1961	92,7	6,3	84,5	0,2	7,3
1962	93,3	6,4	85,2	0,2	6,7

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1967, S. 257.

Aus der Übersicht geht hervor, daß sich der Zustrom werktätiger Bauern in die LPG besonders nach dem V. Parteitag der SED im Jahre 1958 verstärkte. Damit deutete sich ein Umschwung in der Genossenschaftsbewegung an. In dem Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 3. Juni 1959 wurden die Leistungen der Genossenschaftsbauern gewürdigt. Die LPG erhielten den Status juristisch selbständiger sozialistischer landwirtschaftlicher Großbetriebe. Das trug wesentlich dazu bei, ihre gesellschaftliche Stellung zu festigen.<sup>40</sup> Schließlich vollzog sich im Frühjahr 1960 der vollständige Übergang aller Bauern zur genossenschaftlichen Produktion.

An diesem Ergebnis hatten die ökonomische Politik der SED und die Leistungen der Arbeiter in der Industrie entscheidenden Anteil. Durch die schnelle Entwicklung des Landmaschinenbaus und die Steigerung der Düngemittelproduktion waren wichtige materiell-technische Voraussetzungen für eine moderne Landwirtschaft geschaffen worden. Das trug dazu bei, daß der genossenschaftliche Zusammenschluß der Bauern in historisch kurzer Zeit bei gleichzeitiger Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erfolgen konnte. Von 1955 bis 1962 erhöhte sich der Hektarertrag bei Getreide von 24,8 Dezitonnen auf 26,4 Dezitonnen und bei Kartoffeln von 132,8 Dezitonnen auf 179,0 Dezitonnen. Im gleichen Zeitraum stieg das staatliche Aufkommen an Schlachtvieh von 870 300 Tonnen auf 964 000 Tonnen, an Milch von 3 301 000 Tonnen auf 4 630 500 Tonnen und an Eiern von 1 031 Millionen auf 2 061 Millionen Stück.<sup>41</sup> Zugleich festigte sich bei den werktätigen Bauern die Erkenntnis, daß die moderne Technik und Agrarwissenschaft andere Maßstäbe verlangten, als dies die einzelbäuerlichen Wirtschaften zuließen.

Ende April 1960 bestätigte die Volkskammer den vollgenossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauern und gab ihm die gesetzliche Grundlage. Sie würdigte diesen historischen Schritt mit folgender Feststellung: "Der Zusammenschluß aller Bauern in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist die Vollendung der Befreiung der Bauern, die mit der Be-

40 Vgl. Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, 3. Juni 1959, in: ebenda, S. 1003 - 1015.

41 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1967, S. 28 f.

seitigung der faschistischen Zwangsgesetze und der Durchführung der demokratischen Bodenreform 1945 begann.<sup>42</sup>

Mit der neuen sozialökonomischen Basis war die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem Lande ein für allemal abgeschafft. Durch die genossenschaftliche Arbeit konnten die hemmenden Schranken der einzelbäuerlichen Wirtschaft überwunden werden. Jetzt trafen auch die grundsätzlichen Merkmale, die den Charakter der Klasse der werktätigen Bauern im bisherigen Verlauf der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus bestimmt hatten, nicht mehr zu. Die kleine Warenproduktion war sozialökonomisch überwunden. An ihre Stelle trat in der ganzen Republik der sozialistische Landwirtschaftsbetrieb. Auf seiner Grundlage entfalteten sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, und es entstand die sozialistische Klasse der Genossenschaftsbauern. Sie unterschied sich von der bisherigen Bauernschaft nicht nur durch die sozialistischen Eigentumsverhältnisse, sondern auch dadurch, daß sie mehr und mehr zu einer sozialistischen Arbeits- und Lebensweise überging. Erstmals in der Geschichte des deutschen Volkes wurde nach mehr als zweitausendjähriger Klassenspaltung die politisch-moralische Einheit des Dorfes hergestellt.

Mit dem vollgenossenschaftlichen Zusammenschluß begann eine neue Etappe der Bündnisbeziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern. Beide Klassen waren jetzt mit dem sozialistischen Eigentum verbunden. Deshalb konnten sich ihre Beziehungen zueinander objektiv ohne jeglichen Antagonismus gestalten. Auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums sowie durch die politisch-ideologische und materielle Hilfe der Arbeiterklasse bei der sozialistischen Umgestaltung und bei der Festigung der neugebildeten LPG verbanden sich die Genossenschaftsbauern auch in ihrem Bewußtsein enger mit der Arbeiterklasse. Das wiederum war entscheidend dafür, daß sich die politisch-moralische Einheit der gesamten Bevölkerung erfolgreich entwickelte und die politischen Grundlagen der Arbeiter- und -Bauern-Macht gestärkt wurden.

Ebenso konnte jetzt der ökonomische Inhalt der Bündnispolitik noch wirksamer werden, da der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte auf der Grundlage der sozialistischen Industrie und den zurückgebliebenen Produktionsverhältnissen auf dem Lande überwunden war. Dadurch erhielten die ökonomischen Gesetze des Sozialismus ein wesentlich breiteres Wirkungsfeld. Es wurde möglich, den gesamten Bereich der Landwirtschaft unmittelbar in die Leitung und Planung der Volkswirtschaft einzubeziehen. Natürlich mußte dabei berücksichtigt werden, daß durch den unterschiedlichen Grad der Vergesellschaftung in den LPG Typ I, II und III die sozialökonomische Struktur noch sehr differenziert war. Es gab komplizierte Probleme des Leitens und Wirtschaftens, die mit den Erfahrungen der einzelbäuerlichen Wirtschaften nicht zu bewältigen waren. Deshalb war es eine erstrangige Aufgabe, jede LPG politisch und ökonomisch zu festigen und die genossenschaftliche Arbeit praktisch zu verwirklichen. Darauf orientierte auch der Beschluß der Volkskammer vom 25. April 1960, in dem es heißt: "Es kommt besonders darauf an, den neugebildeten LPG durch die staatlichen Organe und die Arbeiterklasse konkrete Hilfe zu gewähren bei der Organisierung der genossenschaftlichen Arbeit, der Entfaltung des innergenossenschaftlichen Lebens, der Annahme der Statuten und der inneren Betriebsordnung, bei der Ausarbeitung des Produktions- und Finanzplanes, der Bildung der Produktionsbrigaden, der Einführung des Leistungsprinzips, der Buchhaltung, der allseitigen Qualifizierung der Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern und bei der Lösung anderer Probleme."<sup>43</sup> Erst in dem Maße, wie

42 Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Regierungserklärung des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 25. April 1960, in: Gesetzblatt der DDR (im folgenden: GBl. DDR), T. I 1960, S. 255.

43 Ebenda, S. 256.

diese Aufgaben erfüllt wurden, konnten die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft voll realisiert werden.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht leitete die 8. Tagung des Zentralkomitees der SED Anfang April 1960 aus der neuen Lage entsprechende Aufgaben für den Landmaschinen- und Traktorenbau, für die chemische Industrie und für die Landwirtschaft ab.<sup>44</sup> In ihrem Beschluß forderte sie, die sozialistische Landwirtschaft schneller mit vollständigen Maschinensystemen, mit neuen Traktoren, Kombines und anderen Maschinen für die Feld- und Viehwirtschaft auszurüsten. Der chemischen Industrie wurde die Aufgabe gestellt, die Düngemittelproduktion zu steigern, den Bedarf der Landwirtschaft an wirksamen Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln zu befriedigen und für die moderne Tierernährung Harnstoffe, Antibiotika, Vitamine, Spurenelemente und Mineralstoffgemische in größerem Umfang bereitzustellen. Ebenso wurden Maßnahmen für das ländliche Bauwesen festgelegt und Anregungen gegeben, in den LPG eigene Baubrigaden zu bilden.

Neue ökonomische Wechselbeziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft ergaben sich aus dem genossenschaftlichen Zusammenschluß auch dergestalt, daß die Landwirtschaft künftig einen zunehmenden Anteil der Mittel für ihre erweiterte Reproduktion selbst erwirtschaften konnte. Mit Hilfe der modernen sozialistischen Industrie war es nun auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse auf dem Lande möglich, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt auch in den LPG durchzusetzen und auf diesem Wege die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und vor allem rentabler zu gestalten. Neben dem dadurch erzielten volkswirtschaftlichen Effekt konnte dieser Prozeß wesentlich besser vorausschauend überblickt werden, als das vorher bei der Vielzahl bäuerlicher Einzelwirtschaften möglich war. Das wiederum mußte sich auf die volkswirtschaftliche Gesamtplanung und auf die Strukturpolitik günstig auswirken. Insgesamt gesehen, war also der vollständige Übergang der Bauern zur genossenschaftlichen Produktion politisch, sozialökonomisch und ökonomisch ein entscheidender Schritt zur Schaffung jener Grundlagen, auf denen sich heute die volle Entfaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung vollzieht.

Von den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR wurden nicht nur die Arbeiter und Bauern erfaßt. Immer tiefer durchdrang die bestimmende Rolle der sozialistischen Produktionsverhältnisse auch das Bewußtsein der Intelligenz. Am schnellsten und gründlichsten vollzog sich dieser Prozeß in den Reihen der technischen Intelligenz, die am engsten mit der Arbeiterklasse und der sozialistischen Großproduktion verbunden war. Aber auch der größte Teil der Wissenschaftler, Ärzte, Pädagogen und Künstler stellte seine Kräfte und Fähigkeiten immer bewußter in den Dienst des sozialistischen Aufbaus.

In ihrer Wissenschaftspolitik war die SED stets davon ausgegangen, daß die Wissenschaften ein bedeutsamer Faktor für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte sind. Von den Wissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren hing in hohem Maße ab, in welchem Ausmaß und Tempo die neuen Probleme der wissenschaftlich-technischen Entwicklung gemeistert werden konnten. Zugleich waren die Wissenschaften bedeutsam für die allseitige Bildung des neuen, sozialistischen Menschen, für die Gestaltung eines Bildungswesens, das den Erfordernissen der sozialistischen Gesellschaft entsprach.<sup>45</sup> Im Prozeß der Verwirkli-

<sup>44</sup> Vgl. Der Kampf der sozialistischen Staaten für einen Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten und die Erhöhung der Marktproduktion der LPG in der DDR. Referat des Genossen Walter Ulbricht, Ergänzungsreferate, Schlußwort des Genossen Gerhard Grüneberg, Beschluß, 8. Tagung des ZK der SED, 30. März bis 2. April 1960, Berlin 1960, S. 300 - 305.

<sup>45</sup> Vgl. Ulbricht, Walter, Sozialismus heißt Befreiung der Wissenschaft. Rede zur 550-Jahr-Feier der Karl-Marx-Universität Leipzig, 12. Oktober 1959, in: Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, Berlin 1965, S. 548.



chung dieser Politik erstarkte das Vertrauensverhältnis zwischen der Partei der Arbeiterklasse und der Intelligenz.

Wesentliche Veränderungen waren auch in der sozialen Struktur der Intelligenz erfolgt. Aus den Reihen der Arbeiterklasse und zunehmend ebenfalls aus den Reihen der Genossenschaftsbauern war eine neue Intelligenz herangewachsen. Diese zahlenmäßig starke junge Intelligenz und die Hinwendung großer Teile der alten Intelligenz zum Sozialismus sowie die wachsende Verschmelzung beider Seiten prägte immer deutlicher das Gesicht einer sozialistischen Intelligenz.

Ein Wandlungsprozeß hatte sich auch in der sozialökonomischen Struktur und im Bewußtsein der Handwerker, Gewerbetreibenden und Unternehmer vollzogen.

Immer mehr Handwerker überzeugten sich von den Vorteilen der gemeinschaftlichen Arbeit. Hierüber gibt zunächst die Statistik wie folgt Auskunft:

Tabelle 5

Entwicklung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks in der DDR von 1955 bis 1962<sup>+</sup>

Jahr	Anzahl der PGH	Gesamtleistung in 1 000 M	Anteil an der Leistung des gesamten Handwerks in %
1955	85	23 709	0,3
1956	239	65 327	0,9
1957	295	118 682	1,4
1958	2 107	603 338	6,9
1959	3 053	1 879 959	20,3
1960	3 878	2 730 139	28,5
1961	4 067	3 346 008	33,4
1962	4 114	3 687 587	35,3

+ Zusammengestellt nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1965, S. 247; ebenda 1960/61, S. 406; ebenda 1963, S. 222.

Ähnlich erfolgreich entwickelten sich neue Beziehungen zwischen dem sozialistischen und dem privaten Einzelhandel durch den Abschluß von Kommissionsverträgen.

Tabelle 6

Entwicklung der privaten Einzelhändler mit Kommissionsvertrag 1956 bis 1962<sup>+</sup>

Jahr	Anzahl der Betriebe	Einzelhandelsumsatz in Mill. M
1956	45	7
1957	1 568	142
1958	9 141	854
1959	13 721	1 944
1960	20 178	2 915
1961	21 258	3 587
1962	21 731	3 835

+ Zusammengestellt nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1965, S. 358, 366.

Anhand eigener Erfahrungen und angesichts der stabilen Wirtschaftsentwicklung in der DDR erkannten auch viele privatkapitalistische Unternehmer, daß sich ihre Betriebe nur gemeinsam mit dem Sozialismus entwickeln konnten. Ihre eigene ökonomische und materiell-technische Basis war objektiv viel zu schmal, um dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt entsprechen zu können. Sie nutzten deshalb die Möglichkeit, mit staatlichen Mitteln zu arbeiten.

Tabelle 7

Entwicklung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung 1956 bis 1962<sup>+</sup>

Jahr	Anzahl der Betriebe	industrielle Brutto- produktion  in 1 000 M	Anteil an der industriellen Bruttoproduktion der DDR in %	Anteil an der industriellen Bruttoproduktion der halbstaatlichen und pri- vaten Betriebe in %
1956	144	163 435	0,3	3,0
1957	440	601 913	1,2	10,3
1958	1 541	1 849 687	3,2	28,9
1959	3 534	3 930 199	6,1	55,1
1960	4 455	5 178 207	7,5	66,1
1961	5 042	6 101 355	8,3	72,8
1962	5 277	6 858 762	8,8	76,0

+ Zusammengestellt nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1965, S. 105; ebenda 1960/61, S. 284; ebenda 1963, S. 93.

Aus den Übersichten geht deutlich hervor, daß die sozialökonomischen Veränderungen in diesen drei Bereichen - ebenso wie in der Landwirtschaft - besonders in den Jahren seit 1958 rasch vorangeschritten waren. Hier zeigt sich ein enger Zusammenhang mit dem schnellen Aufschwung in der sozialistischen Industrie nach dem V. Parteitag der SED und der zunehmenden Wirkung der Gesamtpolitik der Partei der Arbeiterklasse. Durch die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik entstanden größere materielle Voraussetzungen, um den städtischen Mittelschichten und Unternehmern zu helfen, ihre fortgeschrittenen Erkenntnisse zu realisieren. Zum anderen führte die wachsende Wirtschaftskraft der DDR, die kontinuierliche krisenfreie Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und der zutiefst humanistische Inhalt der Politik der SED zu politischen und ideologischen Schlußfolgerungen hinsichtlich der sozialen Perspektive.

In dem Maße, wie die Handwerker, Gewerbetreibenden und Unternehmer sich aktiv am sozialistischen Aufbau beteiligten, wandelte sich auch ihre gesellschaftliche Stellung. Unter den Handwerkern begann sich mit dem Übergang zur genossenschaftlichen Arbeit die neue soziale Schicht der Genossenschaftshandwerker herauszubilden. Als Besitzer sozialistischen Kollektiveigentums trugen sie dazu bei, die ökonomische Basis der DDR zu stärken. Sie lernten, größere Arbeitsprozesse zu überschauen und zu leiten.

Mit der Entwicklung halbstaatlicher Betriebe entstanden und wuchsen dort zugleich auch Elemente der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Unter dem Einfluß der staatlichen Beteiligung wurde begonnen, nach sozialistischen Leitungsprinzipien zu arbeiten, und zwar besonders dort, wo volkseigene Betriebe die Funktion des staatlichen Gesellschafters übernommen hatten. Viele Komplementäre wandten sich dem Studium der politischen Ökonomie des Sozialismus und der sozialistischen Wirtschaftsführung zu. Durch die veränderte Stellung

der Arbeiter als Mitbesitzer der halbstaatlichen Betriebe begannen sich die Beziehungen zwischen ihnen und den Komplementären ebenfalls auf neue Weise zu gestalten. Mit Hilfe des Wettbewerbs, der Neuererbewegung und der Produktionsberatungen nahmen die Arbeiter stärker Einfluß auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die gesamte Entwicklung der halbstaatlichen Betriebe. Das war in mehrfacher Hinsicht bedeutsam. Erstens erweiterte sich objektiv das Feld der direkten Ausübung der führenden Rolle der Arbeiterklasse. In einer Reihe dieser Betriebe wurden Grundorganisationen der SED neu gebildet bzw. bestehende verstärkt. Die Rolle der Gewerkschaftsorganisationen wurde gehoben. Sie begannen jetzt auch in diesem Bereich Schulen des Sozialismus zu werden. Zweitens entstanden für die Mehrheit der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter objektiv bessere Bedingungen, die aus dem Kapitalverhältnis noch wirkenden Fesseln abzustreifen und Anschluß an die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse in der sozialistischen Industrie zu erreichen.

In Gestalt der Betriebe mit staatlicher Beteiligung wandte die Partei in ihrer ökonomischen Politik die von Lenin entwickelten Prinzipien der Ausnutzung bestimmter Formen des Staatskapitalismus für den Aufbau des Sozialismus schöpferisch an.

Die Anwendung dieser Prinzipien war in der Politik der KPdSU konzeptionell enthalten. Beim sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion spielten sie jedoch aus einer Reihe von Gründen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, keine bedeutende Rolle. Hauptformen des Staatskapitalismus waren ausländische Konzessionen und die Verpachtung kleiner Betriebe an Kapitalisten. Mitte der zwanziger Jahre betrug sein Produktionsanteil nur 1,5 bis 2 Prozent.<sup>46</sup> In der DDR hatte weder in der antifaschistisch-demokratischen noch in der sozialistischen Revolution die Notwendigkeit bestanden, das kapitalistische Eigentum vollständig zu konfiszieren. Bei Existenz des sozialistischen Weltsystems wurde es auf einer bestimmten Stufe des sozialistischen Aufbaus möglich und erforderlich, durch Beteiligung des Staates an kapitalistischen Betrieben Verfügungsgewalt über einen nicht geringen Teil von Produktionsmitteln des privatkapitalistischen Sektors zu erhalten. Vom Standpunkt der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist diese Form des "Aufkaufs" bourgeoisen Eigentums "eine Form des Klassenkampfes, aber ohne Anwendung der äußeren Mittel, eine Form, die sowohl für das Proletariat als auch für die Bourgeoisie annehmbar ist."<sup>47</sup> Der Anteil der halbstaatlichen Betriebe an der gesamten Industrieproduktion von fast 9 Prozent im Jahre 1962 zeigt, daß diese Problematik auch vom Umfang her in der DDR eine größere Bedeutung gewann, als dies in der Sowjetunion der Fall war.

Die Ausweitung der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Handwerk und in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung wirkte sich in wirtschaftspolitischer Hinsicht vorteilhaft aus. In den genannten Bereichen konnte die Arbeit effektiver gestaltet und besser auf die volkswirtschaftlichen Erfordernisse orientiert werden. Es wurde möglich, diese Wirtschaftsbe-  
reiche besser in die einheitliche Leitung und Planung der Volkswirtschaft einzugliedern.

In dem Maße, wie das sozialistische Eigentum seinen Anteil an der Volkswirtschaft vergrößerte, konnten die inneren Hemmnisse, die aus der Existenz der einfachen Warenproduktion und der privatkapitalistischen Betriebe entsprangen, weiter vermindert werden. Der Wirkungsbereich der ökonomischen Gesetze des Sozialismus dehnte sich aus, und die Volkswirtschaft wurde auch gegen äußere Störfaktoren widerstandsfähiger. Doch die ökonomischen Gesetze des Sozialismus setzten sich nicht im Selbstlauf durch. Ein entscheidendes Anliegen der Wirtschaftspolitik der SED und des sozialistischen Staates war es daher, den Wirkungsmechanismus dieser Gesetze durch die zweckmäßigste Leitung und Planung der Volkswirtschaft und die Entfaltung der Initiative der Werktätigen zu gestalten.

46 Vgl. Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, a. a. O., S. 32.

47 Ebenda, S. 33.

Eine wesentliche Aufgabe war die innere Festigung der einzelnen Industriezweige und die Verbesserung ihres Zusammenwirkens untereinander. Das erforderte zunächst die Tätigkeit des zentralen Organs, der Staatlichen Plankommission, qualifizierter zu gestalten. Ihre Aufgaben wurden präzisiert und in einem Statut festgelegt.<sup>48</sup> Die Veränderungen waren darauf gerichtet, stärker koordinierend zu wirken, die operative Leitung der Industrie zu verbessern und intensiver Fragen der perspektivischen Planung in Angriff zu nehmen. Als ein weiteres zentrales Organ wurde im August 1957 der "Beirat für naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung" (Forschungsrat der DDR) gebildet. Er erhielt die Aufgabe, "die Perspektive der naturwissenschaftlichen und technischen Forschung und der Entwicklung der neuen Technik, soweit sie auf wissenschaftlicher Forschung beruht, aufzustellen, die Aufgaben der in der Republik vorhandenen Forschungskapazitäten in Übereinstimmung mit den ökonomischen Erfordernissen und den Planaufgaben zu bringen und die grundsätzlichen Maßnahmen zur Einführung der neuen Technik zu lenken und zu koordinieren".<sup>49</sup>

Zum anderen war es notwendig, die Leitung und Planung der Industriezweige und größerer Wirtschaftsbereiche einheitlicher zu gestalten und ihre wissenschaftlichen Grundlagen weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck wurden Ökonomen der wichtigsten Industriezweige ausgearbeitet.<sup>50</sup> Fortschritte in der umfassenden Leitung und Planung volkswirtschaftlicher Schwerpunkte über einen Industriezweig hinaus wurden mit dem im März 1957 vom Ministerrat der DDR beschlossenen Kohle- und Energieprogramm erzielt. Darin waren die Aufgaben für die Kohleförderung, für die Brikettproduktion und für die Energieerzeugung bis zum Jahre 1962 enthalten.<sup>51</sup> Darüber hinaus war der Anteil anderer Industriezweige an der Erfüllung des Kohle- und Energieprogramms festgelegt. Mit dem im November 1959 in Kraft gesetzten Chemieprogramm wurden diese Erfahrungen auf höherer Stufe fortgesetzt. Neben den konkreten Aufgaben der chemischen Industrie selbst waren darin die vielgestaltigen Verflechtungsbeziehungen zu anderen Wirtschaftszweigen sowie neue Formen der Kooperation zwischen Betrieben und ganzen Wirtschaftsbereichen fixiert.<sup>52</sup>

Eine hervorragende Stellung im Prozeß der Entwicklung von Leitung und Planung der Wirtschaft nahm das "Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik" vom 11. Februar 1958 ein.<sup>53</sup> Mit seiner Verwirklichung wurde das Prinzip des demokratischen Zentralismus im Bereich der

48 GBl. DDR I 1956, S. 391 - 393.

49 Ebenda 1957, S. 470.

50 Als erstes Führungsdokument dieser Art bestätigte das Politbüro des ZK der SED im April 1956 die Ökonomik des Industriezweiges Fahrzeugbau. Ihr vollständiger Wortlaut ist enthalten in DZA, Abt. S, Bestand E 1, Nr. 13 698, Bl. 1 - 262.

51 Vgl. GBl. DDR I 1957, S. 274.

52 Vgl. Arbeitsprogramm zur Lösung der nächsten Aufgaben bei der Entwicklung der chemischen Industrie, in: Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit. Chemiekonferenz des ZK der SED und der Staatlichen Plankommission in Leuna am 3. und 4. November 1958; hg. v. ZK der SED, Abt. Agitation und Propaganda und Abt. Bergbau, Kohle, Energie und Chemie, o. O. o. J., S. 193 - 205.

53 GBl. DDR I 1958, S. 117 - 120. - Spezielle Regelungen auf der Grundlage des Gesetzes legte der Ministerrat im März 1958 fest. Es sind dies vor allem: Verordnung über die Organisation der Planung der Volkswirtschaft; Verordnung über die Bildung von Wirtschaftsräten bei den Räten der Bezirke und über die Aufgaben und Struktur der Plankommissionen bei den Räten der Kreise; Verordnung über die Verbesserung der Arbeit des Ministeriums der Finanzen und der übrigen Finanzorgane; Verordnung über die Statuten der Vereinigungen volkseigener Betriebe im Bereich der Staatlichen Plankommission; Beschluß über die Organisation und Leitung der zentralgeleiteten volkseigenen Betriebe, sämtlich enthalten in; ebenda, S. 125 ff., 149 ff.

Volkswirtschaft weiterentwickelt und wirksamer durchgesetzt. Durch die weitere Ausprägung der Funktion der Staatlichen Plankommission als Organ der Leitung und Planung der Volkswirtschaft, durch die Tätigkeit der neugebildeten VVB, der Wirtschaftsräte in den Bezirken und der Kreisplankommissionen sowie durch die größere Selbständigkeit und Verantwortung der Betriebe entstand eine weitgehend einheitliche Leitung und Planung der Volkswirtschaft, die in Inhalt und Struktur den damaligen Bedingungen entsprach. Ihre Herausbildung war mit der weiteren Ausarbeitung der Theorie der sozialistischen Wirtschaftsführung und der ständigen Qualifizierung der wirtschaftlichen Rechnungsführung verbunden.

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung in der DDR und anderen sozialistischen Ländern war und ist der demokratische Zentralismus stets Gegenstand hartnäckiger Angriffe und Verfälschungen durch bürgerliche Ideologen und Revisionisten verschiedener Schattierungen. Oft wird die Administration unter sozialistischen Bedingungen als etwas Negatives charakterisiert, das dem Menschen, seiner Individualität und seinem freien Willen feindlich gegenüberstehe. Dadurch sei kein Spielraum für eine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit gegeben, weshalb die "individuelle Initiative als Antriebskraft des Wirtschaftens zur Bedeutungslosigkeit" herabsinken würde. Nach wie vor seien die "systembedingten Schwierigkeiten" nicht überwunden. Schuld daran sei die "Diskrepanz zwischen dem Festhalten an der zentralen Planung und den Forderungen der ökonomischen Rationalität".<sup>54</sup> Dem gleichen Zweck dienen Versuche, Widersprüche zwischen Marx und dem heutigen Sozialismus zu konstruieren. Die Auffassung von Marx, daß die Produzenten in der kommunistischen Gesellschaft die Herrschaft über ihre eigenen Gesellschaftsbeziehungen ausüben, wird verfälscht in eine "Marxsche Konzeption der herrschaftslosen kommunistischen Gesellschaft, in der sich freie Menschen auf Grund ihrer selbständigen, spontanen Einsicht in der jeweils optimalen Weise für Produktion und Konsumtion organisieren".<sup>55</sup> Doch bei Marx ist die Freiheit nicht individualistisch, sondern im Sinne des dialektischen Verhältnisses von Freiheit und Naturnotwendigkeiten des Produktionsprozesses aufgefaßt. Ebenso wenig organisieren sich die Menschen selbständig und spontan, sondern sie verausgaben "ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft".<sup>56</sup> Schließlich verstand Marx die Lebensprozesse, das heißt die materiellen Produktionsprozesse, in der kommunistischen Gesellschaft "als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle".<sup>57</sup> Bewußte planmäßige Kontrolle erfordert aber wohldurchdachte Organisation sowie entsprechende Institutionen. Das wiederum ist ohne Administration nicht denkbar. Natürlich ist das keineswegs die moralisch abwertend qualifizierte Administration der genannten Verfasser. Ihre bürgerlichen Modellvorstellungen vom Staat sind auf den Sozialismus nicht anwendbar. Hier sind die antagonistischen Klassenschranken gefallen. In der sozialistischen Planwirtschaft ist die den gesellschaftlichen Gesamtinteressen entsprechende zentrale Weisung mit den persönlichen Interessen und der Initiative der Werktätigen objektiv vereinigt. Die Administration steht nicht gegen die Demokratie, sondern ist ihr unabdingbarer Bestandteil und verleiht dem demokratischen Willen der sozialistischen Produzenten die Kraft gesellschaftlicher Normative. Sie ist in den Händen des sozialistischen Staates eine notwendige Form der Leitung gesellschaftlicher Angelegenheiten und damit auch der Volkswirtschaft. Die konsequente Verwirklichung des Prinzips des demokratischen Zentralismus ist eine Frage der Macht. Jede Unsicherheit,

54 Vgl. Thalheim, Karl C., Die Wirtschaft der Sowjetunion in Krise und Umbau, (West-) Berlin 1964, S. 17 - 19 = Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, hg. v. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bd. 1.

55 Fetscher, Iring, Karl Marx und der Marxismus. Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung, München 1967, S. 153.

56 Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 92.

57 Ebenda, S. 94.

jeder Fehler bei seiner Anwendung, jedes Abgehen von diesem Prinzip wird vom imperialistischen Gegner in der Absicht genutzt, Positionen für eine Restauration bürgerlicher Verhältnisse in den sozialistischen Ländern zu erringen.

Die richtige Gestaltung des demokratischen Zentralismus hat wesentlich dazu beigetragen, die schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse zu mehrten. Davon zeugten in jenen Jahren unter anderem die Seifert-Bewegung<sup>58</sup> und die Christoph-Wehner-Methode<sup>59</sup>, die neue Maßstäbe für den sozialistischen Wettbewerb setzten und große Wirksamkeit erlangten. Ihre Initiatoren und viele andere hervorragende Arbeiter verkörperten anschaulich die Veränderung des Inhalts der Arbeiterbewegung vom Kampf gegen die imperialistischen Ausbeuter und den bürgerlichen Staat zur bewußten Mehrung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und Festigung des sozialistischen Staates. Schließlich entstand auf der Grundlage der fortgeschrittenen sozialistischen Produktionsverhältnisse und als Ausdruck des gewachsenen sozialistischen Bewußtseins die sozialistische Gemeinschaftsarbeit. In ihr keimte eine gewaltige ideologische und moralische Kraft, die auch neue ökonomische Potenzen freizusetzen begann und zu einem wesentlichen Faktor bei der Gestaltung und Verwirklichung der Wirtschaftspolitik wurde.

In der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse waren die sozialökonomischen Veränderungen unmittelbar mit dem Auf- und Ausbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus verbunden. Einerseits festigten sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse in dem Maße, wie der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft voranschritt. Andererseits wurden durch die Ausdehnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ständig größere Potenzen freigelegt, um die Produktivkräfte planmäßig zu entwickeln. Gegenüber vorangegangenen Entwicklungsabschnitten schritt dieser wechselseitige Prozeß in den Jahren seit 1956 schneller voran. Ihn begleiteten und stimulierten zugleich entsprechend angewandte Formen und Methoden der Leitung und Planung der Volkswirtschaft. In ihrer Gesamtheit hatten die sozialökonomischen und sozialen Veränderungen, das ökonomische Wachstum der DDR und die weitere Ausgestaltung der materiell-technischen Basis des Sozialismus sowie die ständige politische und ideologische Arbeit der Partei und des Staates starken Einfluß darauf genommen, nicht nur die ganze Arbeiterklasse, sondern die Mehrheit der Bevölkerung für die Sache des Sozialismus zu gewinnen.

Zusammenfassend können etwa die folgenden Ergebnisse, die in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR in direktem oder mittelbarem Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse erreicht wurden, genannt werden.

1. Die Volkswirtschaft der DDR hatte sich gemeinsam mit dem sozialistischen Weltwirtschaftssystem und als dessen untrennbarer Bestandteil erfolgreich entwickelt. Gestützt auf die Kraft des sozialistischen Weltsystems, leistete die DDR ihren internationalistischen Beitrag zur weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus. Besonders eng gestaltete sich die ökonomische und in zunehmendem Maße auch die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

58 Im Reichsbahnausbesserungswerk "Wilhelm Pieck" in Karl-Marx-Stadt hatte der Arbeiter Erich Seifert eine Methode entwickelt, um den effektiven Zeitaufwand für die Herstellung der Produkte zu ermitteln, den Fertigungsprozeß rationeller zu gestalten und die Arbeiter stärker an der Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen zu beteiligen. Diese Methode fand in allen Industriezweigen große Verbreitung.

59 Eine nach ihren Schöpfern, dem Jungarbeiter Günter Christoph im Federnwerk Zittau und dem Brigadier Willy Wehner im Braunkohlenwerk Thräna, benannte Methode, die Pläne auf jeden Tag und jeden Arbeitsplatz aufzuschlüsseln, daraus konkrete Ziele und Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb abzuleiten und die Ergebnisse täglich abzurechnen.

2. Unter Ausnutzung dieser Vorzüge, durch große Leistungen der Arbeiterklasse sowie auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts konnte ein hohes Wachstumstempo der industriellen Produktion erreicht werden. Die wachsende Wirtschaftskraft hatte zu einer sichtbaren Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung geführt und das internationale Ansehen der DDR gestärkt.

3. Durch die vorrangige Entwicklung der führenden Industriezweige, durch den begonnenen Auf- und Ausbau solcher Zweige und Erzeugnisgruppen, die auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt maßgeblich Einfluß gewannen, und durch die Anfänge der sozialistischen Rekonstruktion der Betriebe hatte sich die materiell-technische Basis des Sozialismus erweitert. Zugleich wurden jene qualitativen Veränderungen eingeleitet, an die beim Übergang zum umfassenden Aufbau des Sozialismus angeknüpft werden konnte.

4. In Übereinstimmung mit dem wachsenden Umfang der Produktion sowie mit den qualitativ neuen Zügen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung war die Leitung und Planung der Volkswirtschaft vervollkommenet und durch die Ausarbeitung wichtiger Grundfragen der politischen Ökonomie der Übergangsperiode und der sozialistischen Wirtschaftsführung wissenschaftlicher gestaltet worden. Es entstand das dieser Entwicklungsetappe entsprechende staatliche Instrumentarium zur Durchführung der ökonomischen Politik. Damit waren in dieser Periode wesentliche Voraussetzungen für die spätere Ausarbeitung des ökonomischen Systems des Sozialismus geschaffen worden.

5. Gestützt auf die wirtschaftlichen Kommandohöhen, insbesondere auf den sozialistischen Sektor der Industrie, nutzte die Arbeiterklasse ihre politische Macht, um nach und nach die sozialökonomischen Grundlagen der Gesellschaft so umzugestalten, daß der VI. Parteitag der SED den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR konstatieren konnte. Dabei wurden entscheidende Grundfragen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus auf der Grundlage der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution entsprechend den konkreten Bedingungen in der DDR gelöst:

a) Im Ergebnis der Ausbreitung und schließlich des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR wurde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt und damit eine der entscheidenden historischen Aufgaben der revolutionären Arbeiterbewegung erfüllt. In diesem Prozeß hatte sich die Arbeiterklasse als fähig erwiesen, ihrer objektiv wachsenden Führungsrolle in Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden. Es waren qualitativ neue sozialökonomische und ökonomische Grundlagen für das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten der Gesellschaft entstanden. Dem Stand der Produktionsverhältnisse und dem Charakter der Produktivkräfte entsprechend entwickelten sich vielseitige Formen der unmittelbaren Mitwirkung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen bei der Planung und Leitung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse, und es entwickelte sich die sozialistische Gemeinschaftsarbeit.

b) Gestützt auf die politischen und ökonomischen Positionen der Arbeiterklasse auf dem Lande in Gestalt der VEG und der MTS, wurde bis zum Frühjahr 1960 die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft bei gleichzeitig steigender landwirtschaftlicher Produktion vollzogen.

c) In Anwendung der Leninschen Lehren über die Ausnutzung bestimmter Formen des Staatskapitalismus wurde durch die Entwicklung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung bewiesen, daß es unter der Herrschaft der Arbeiterklasse möglich und vorteilhaft ist, kleinere und mittlere kapitalistische Unternehmer in den Aufbau des Sozialismus einzubeziehen. Ebenso gelang es auch, eine große Anzahl einfacher Warenproduzenten durch die Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks sowie viele private Einzelhändler durch den Abschluß von Kommissionsverträgen enger mit der sozialistischen Entwicklung zu verbinden.

6. Die Wirtschaftspolitik als Bestandteil der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse und ihrer Partei mußte in harten Auseinandersetzungen insbesondere mit dem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem in Westdeutschland ausgearbeitet und verwirklicht werden. Das erforderte hohe Prinzipienfestigkeit und große Elastizität. Sie bewährte sich als Instrument zur kontinuierlichen Durchsetzung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus in der DDR und zugleich als wichtige Waffe im Klassenkampf mit dem imperialistischen Gegner.



## ZWANZIG JAHRE SOZIALISTISCHE UMGESTALTUNG DER LANDWIRTSCHAFT IN DER DDR

von Volker Klemm

### 0. Vorbemerkung

#### 1. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1952 bis 1962)

##### 1.1. Der Beginn der sozialistischen Umgestaltung

##### 1.2. Der Zusammenschluß aller Bauern zu LPG

##### 1.3. Die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande

##### 1.4. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse

#### 2. Die Entwicklung der Landwirtschaft seit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1962/1963 bis zur Gegenwart)

##### 2.1. Die Zielsetzung für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft

##### 2.2. Neue Formen der Leitung und Planung in der sozialistischen Landwirtschaft

##### 2.3. Entfaltung von Kooperationsbeziehungen

##### 2.4. Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus der Agrarproduktion

##### 2.5. Steigerung des Bildungsniveaus der Werktätigen

##### 2.6. Steigerung der Erträge und der Effektivität der Pflanzen- und Tierproduktion

#### 3. Schlußbemerkungen

### 0. Vorbemerkung

Die auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossene Direktive zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR von 1971 bis 1975 stellte der sozialistischen Landwirtschaft bedeutende neue Produktionsziele. Bis 1975 soll die Pflanzenproduktion den Hektarertrag gegenüber 1966/70 von 38,5 auf 44 Getreideeinheiten (GE) erhöhen. Für die Tierproduktion ist eine Vergrößerung des staatlichen Aufkommens (der landwirtschaftlichen Marktproduktion) bei Schlachtvieh und Milch um zirka 13 Prozent vorgesehen.<sup>1</sup> Verglichen mit der Marktproduktion des

1 Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volks-

Jahres 1950, würde das für die Tierproduktion eine Steigerung von ungefähr 50 Prozent bedeuten. Da die Agrarproduktion der DDR nach ihrem Intensitätsgrad schon heute einen führenden Platz in der Welt einnimmt, handelt es sich also um ein recht schwieriges Vorhaben, denn selbstverständlich ist es zum Beispiel in der Pflanzenproduktion erheblich leichter, den Ertrag von 20 auf 25 GE als von 35 auf 40 GE zu steigern.

Die wichtigste Bedingung dafür, daß die Partei der Arbeiterklasse den LPG und VEG so weitgesteckte Ziele stellen kann, wurde durch den erfolgreichen Aufbau der sozialistischen Großproduktion auf dem Lande geschaffen. Den Startschuß für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft gab die II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Juli 1952 in Berlin, denn sie faßte im Zusammenhang mit dem Beginn des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus den historischen Beschluß, daß der freiwillige Zusammenschluß von Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften von allen gesellschaftlichen Kräften aktiv zu fördern sei. Unter Führung der Arbeiterklasse wurden in den vergangenen zwanzig Jahren nicht nur die Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Lande grundlegend verändert, sondern die Landwirtschaft der DDR entwickelte sich auch zu einem hochproduktiven Volkswirtschaftszweig. Der VIII. Parteitag der SED konnte daher im Juni 1971 konstatieren: "Die Genossenschaftsbauern der DDR haben ihre Aufgabe, die Bevölkerung im wesentlichen aus eigenem Aufkommen mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen und der Industrie wichtige Rohstoffe zu liefern, gut gemeistert."<sup>2</sup> Zwanzig Jahre nach der II. Parteikonferenz der SED kann also eine eindeutig positive Bilanz der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik gezogen werden.

## 1. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1952 bis 1962)

### 1.1. Der Beginn der sozialistischen Umgestaltung

Seit der Gründung der DDR und dem III. Parteitag der SED hatten sich wesentliche sozial-ökonomische Veränderungen in unserer Republik vollzogen. Die Politik der demokratischen Kräfte in der DDR unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Erfüllung des Zweijahrplanes und der erfolgreiche Start des ersten Fünfjahrplanes führten zu einer erheblichen politischen und ökonomischen Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht.<sup>3</sup>

Auch die Verhältnisse in den Dörfern hatten sich grundlegend verändert. Durch die marxistisch-leninistische Agrarpolitik der Partei der Arbeiterklasse war das Bündnis zwischen den Arbeitern und den werktätigen Bauern stetig gefestigt worden.<sup>4</sup> Das wird vor allem auch durch den Fortschritt der Produktionsleistungen in der Landwirtschaft der DDR dokumentiert. 1951/1952 erreichte die Pflanzenproduktion annähernd wieder die Vorkriegserträge. Beiden

wirtschaft der DDR 1971 bis 1975, in: Neues Deutschland (im folgenden: ND), Nr. 171, 23. 6. 1971, Sonderbeilage, S. 20 f. (Berliner Ausgabe).

<sup>2</sup> Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees der SED an den VIII. Parteitag, in: ND, Nr. 164, 16. 6. 1971, S. 5.

<sup>3</sup> Protokoll der II. Parteikonferenz der SED, Berlin 1952, S. 57 ff.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin 1966, S. 16 ff., 170 ff.; Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR, Berlin 1968, S. 177 ff.

<sup>4</sup> Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Gerhard Grüneberg, Berlin 1965, S. 38 ff.; Herferth, Willi/Poosch, Karl-Heinz [u. a.], Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, Berlin 1965, S. 75 ff.; Kotow, G. G., Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland, T. 2, Berlin 1959, S. 98 ff.

Viehbeständen gelang es, die Kriegsverluste auszugleichen und die Bedingungen für eine kontinuierliche erweiterte Reproduktion der Erzeugung tierischer Produkte zu schaffen.

Tabelle 1

Hektarerträge für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben<sup>+</sup>  
(in dt je ha Erntefläche)

Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
1934/38	20,6	173,0	291,0
1949	18,1	112,2	176,4
1950	19,7	168,9	259,2
1951	25,0	163,5	257,3
1952	23,1	152,6	265,9

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 26 f.

Tabelle 2

Entwicklung der Tierbestände und der Produktion tierischer Erzeugnisse<sup>+</sup>

Jahr	Tierbestände je 100 ha LN		Erzeugung tierischer Produkte		
	Rinder	Schweine	Schlacht- schwein (1 000 t)	Kuhmilch (1 000 t, 3,5 % Fettgeh.)	Leistung je Kuh (kg Milch, 3,5% Fettgeh.)
1938	54,9	85,7			ca. 2 300
1949	43,6	31,0	219	2 629	1 782
1950	51,9	67,6	402	2 877	1 891
1951	55,4	87,4	565	3 719	2 151
1952	58,2	108,3	741	4 292	2 251

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 26 f.

Die Bauern und Landarbeiter überboten die Planziele des Jahres 1951 um 180 000 dt Fleisch, 160 000 dt Getreide und 8 Millionen Stück Eier.<sup>5</sup>

Ungeachtet dieses steigenden Trends entwickelten sich in diesen Jahren zwischen der Landwirtschaft und den anderen Volkswirtschaftsbereichen sowie in der Landwirtschaft selbst Widersprüche. In den meisten anderen Wirtschaftsbereichen der DDR war der volkseigene Sektor bestimmend geworden.

<sup>5</sup> Der Fünfjahrplan und der III. Deutsche Bauerntag, hg. v. Zentralvorstand der VdGB (BHG), Berlin 1952, S. 4.

Tabelle 3

Anteil des volkseigenen Sektors am Gesamtprodukt wichtiger Wirtschaftszweige 1952<sup>+</sup>  
(in %)

Industrie	77,7
Bau	49,7
Verkehr	87,6
Handel	39,2
Land- und Forstwirtschaft	11,4

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, Berlin 1961, S. 7.

Die sich ständig vervollkommene planmäßige Leitung des Produktions- und Reproduktionsprozesses beschleunigte das Wachstum der Produktionsleistungen in den volkseigenen Betrieben erheblich. Insbesondere die Industrie machte bedeutende Fortschritte. So vermehrte sich zum Beispiel das industrielle Bruttoproduct von 1950 bis 1952 um 42 Prozent, das der Land- und Forstwirtschaft dagegen nur um 17 Prozent.<sup>6</sup> Anzeichen einer Stagnation des Wachstums der Produktion und der Arbeitsproduktivität waren in der Landwirtschaft unübersehbar. Disproportionen zwischen Landwirtschaft und Industrie mußten jedoch die Situation der gesamten Volkswirtschaft komplizieren. Die in der Landwirtschaft vorherrschende kleine bäuerliche Warenproduktion hemmte die Entwicklung der Produktivkräfte. Die Technik der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) erleichterte den Bauern zwar die schwere körperliche Arbeit, konnte jedoch auf den zerplitterten bäuerlichen Betriebsflächen nur mit einer verhältnismäßig geringen ökonomischen Effektivität eingesetzt werden. Die Vorteile der Arbeitsteilung, der Qualifizierung und Spezialisierung der Arbeitskräfte ließen sich nur ungenügend nutzen. "Das Parzelleneigentum schließt seiner Natur nach aus: Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, gesellschaftliche Formen der Arbeit, gesellschaftliche Konzentration der Kapitale, Viehzucht auf großem Maßstab, progressive Anwendung der Wissenschaft."<sup>7</sup> Außerdem konservierte der einzelbäuerliche Betrieb die kulturelle und ökonomische Rückständigkeit auf dem Lande. Die weitere notwendige Steigerung der Produktion hätte eine zusätzliche Arbeit der Bauern bedeutet. Schon jetzt beanspruchten die gewachsenen Viehbestände insbesondere die Arbeitskraft der Bäuerinnen oftmals bis zur äußersten Grenze. Für Weiterbildung, kulturelle Betätigung, Teilnahme an der Leitung und Planung der gesellschaftlichen Entwicklung wäre in diesem Falle keine Zeit mehr geblieben.

Der Fortschritt der Produktivkräfte in der Landwirtschaft der DDR bedingte also die systematische Konzentration der Agrarproduktion. Den kapitalistischen Weg der Differenzierung, der Hunderttausenden von Bauern ihre wirtschaftliche Existenz raubt und aus dem nur relativ wenige agrarkapitalistische Betriebe ökonomische Vorteile ziehen, konnten weder die Arbeiterklasse noch die werktätigen Bauern in der DDR akzeptieren. Die Entstehung neuer Ausbeutungsverhältnisse in den Dörfern<sup>8</sup> hätte nicht nur die wichtigste gesellschaftliche Grundlage des beginnenden sozialistischen Aufbaus, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern und allen anderen werktätigen Schichten, gefährdet, sondern auch zu antagonistischen Widersprüchen zwischen den in allen anderen Volkswirtschaftsbereichen entstehenden sozialistischen Produktionsverhältnissen und der sich in kapitalistischer Richtung entwickelnden

6 Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1966, Berlin 1966, S. 21, 24; siehe dazu auch Schmidt, Walter, Die Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft der DDR, T. II/1, Berlin 1961, S. 9 ff.

7 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 815.

8 1950/51 begannen sich in der DDR schon wieder stärkere Differenzierungsprozesse unter den Bauern abzuzeichnen. Vgl. dazu Herferth, Willi/Poosch, Karl-Heinz [u. a.], a. a. O., S. 89 f.

Landwirtschaft geführt. Dieses Problem ließ sich nur durch die schrittweise sozialistische Umgestaltung der kleinen bäuerlichen Warenproduktion lösen. Gekennzeichnet ist dieser Weg durch den freiwilligen Zusammenschluß der Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Unter Führung der Arbeiterklasse waren in der DDR von 1945 bis 1951/1952 die gesellschaftlichen und ökonomischen Voraussetzungen geschaffen worden, um mit dem Aufbau sozialistischer genossenschaftlicher Großbetriebe in der Landwirtschaft zu beginnen. Die wichtigste gesellschaftliche Grundlage stellten die veränderten Klassen- und Machtverhältnisse auf dem Dorfe dar. Durch die demokratische Bodenreform und die nachfolgenden Maßnahmen zur Stärkung der bäuerlichen Wirtschaften hatte sich nicht nur das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern stetig gefestigt, sondern die werktätigen Bauern waren auch zur vorherrschenden gesellschaftlichen Kraft auf dem Lande geworden. Die gegenseitige Hilfe und die gemeinsame Tätigkeit in der VdGB, das Vorbild gut wirtschaftender VEG, vor allem aber die Unterstützung durch die Arbeiter der MAS und die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Traktoristen überzeugten zahlreiche Bauern von den Vorteilen kollektiven Handelns. Diese Bauern erkannten, daß die sozialistische Großproduktion der individuellen bäuerlichen Wirtschaftsweise prinzipiell überlegen ist.

Das Vorhandensein einer kontinuierlich erstarkenden leistungsfähigen volkseigenen Industrie, insbesondere in den Zweigen Maschinenbau und Chemie, bildete die entscheidende materiell-technische Grundlage für den Beginn des Aufbaus sozialistischer Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft.<sup>9</sup> Die Industrie erzeugte vor allem die Produktionsmittel, welche die entstehenden LPG für ihre effektive Gestaltung des Produktionsprozesses benötigten.

Tabelle 4

Index der industriellen Bruttonproduktion<sup>+</sup>

Jahr	1950	1951	1952
Metallverarbeitende Industrie	100	125	151
Maschinenbau	100	118	138
Chemische Industrie	100	123	151

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1966, Berlin 1966, S. 24.

Von 1950 bis 1952 stellte die Industrie der DDR der Landwirtschaft 16 927 neue Traktoren zur Verfügung.<sup>10</sup> Für Stickstoffdünger (Reinnährstoffgehalt N) und Phosphordünger (Reinnährstoffgehalt P<sub>2</sub>O<sub>5</sub>) stieg die Produktion in der gleichen Zeit um 11,2 bzw. 52 Prozent.<sup>11</sup> Dazu kam ein wachsender Import an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, besonders aus der UdSSR. Der Maschinenbestand der MAS bzw. der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) erhöhte sich von 1950 bis 1952 teilweise um das Doppelte. (Siehe Tabelle 5)

Schon vor 1952 hatte sich eine Anzahl von Bauern zu ersten Formen genossenschaftlicher Produktion zusammengefunden. Anlässlich der Frühjahrsbestellung 1952 beschäftigten sich werktätige Bauern aus mehreren Dörfern erneut mit der Frage, wie sie gemeinsam die Produktion steigern, die Effektivität ihrer Arbeit erhöhen und damit ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber der Arbeiterklasse besser erfüllen könnten. In Alt-Tucheband und Worin (Kreis Seelow), Gollensdorf (Kreis Seehausen), Merxleben (Kreis Mühlhausen) und in einigen

<sup>9</sup> Ebenda, S. 53 ff.; Schmidt, Walter, a. a. O., S. 53 ff.

<sup>10</sup> Statistisches Jahrbuch der DDR 1966, a. a. O., S. 26.

<sup>11</sup> Errechnet nach ebenda, S. 25.

Tabelle 5

Maschinenbestand der MTS<sup>+</sup>

Jahr	Traktoren (umgerechnet auf 30 PS)	LKW	LKW-Anhänger	Drillmaschinen	Kultivatoren
1950	11 668	675	2 898	820	2 323
1951	16 639	970	3 614	1 759	2 745
1952	22 185	1 191	4 212	2 534	4 296

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, Berlin 1957, S. 356 f.

anderen Dörfern schlossen sich werktätige Bauern und Landarbeiter zu Produktionsgenossenschaften zusammen. Zugleich wurden an das Zentralkomitee der SED, an die Regierung der DDR und an den Zentralvorstand der VdgB (BHG) zahlreiche schriftliche und mündliche Anträge mit der Bitte gerichtet, die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu unterstützen.<sup>12</sup>

Die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR sowie des Bewußtseins der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten anderen werktätigen Schichten hatte inzwischen Bedingungen entstehen lassen, die den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus möglich machten. Außerdem hatte die durch den westdeutschen Imperialismus vertiefte Spaltung Deutschlands dazu geführt, daß dieser Aufbau zum wichtigsten Kampfmittel gegen die Herrschaft der Monopolbourgeoisie und für die Festigung und Entwicklung der Arbeiter- und Bauern-Macht geworden war. Die vom 9. bis 12. Juli 1952 in Berlin tagende II. Parteikonferenz der SED beschloß daher, mit dem planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zu beginnen. Der Beschluß berücksichtigte die an die Partei der Arbeiterklasse gerichteten Anträge aus einer Anzahl von Dörfern der DDR mit der Festlegung: "Den Landarbeitern und werktätigen Bauern, die sich auf völlig freiwilliger Grundlage zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, ist die notwendige Hilfe zu gewähren und dadurch zugleich das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu festigen."<sup>13</sup>

Die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in den auf die Parteikonferenz folgenden Monaten bestätigte eindrucksvoll die Richtigkeit dieser agrarpolitischen Maßnahme. Bis Ende 1952 hatten sich 37 000 Bauern und Landarbeiter zu 1 906 LPG mit annähernd 220 000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) zusammengeschlossen.<sup>14</sup> Den Hauptteil der Mitglieder stellten ehemalige Neubauern und ihre Familienangehörigen. 3,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR wurden von Genossenschaften bewirtschaftet. Eine wesentliche Hilfe für die Entfaltung der Genossenschaftsbewegung bildeten die auf der ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG im Dezember 1952 beschlossenen Musterstatuten<sup>15</sup>, für die die LPG Worin, Merxleben und Fienstedt das Vorbild geliefert hatten. Die Musterstatuten unterstützten nicht nur die Mitglieder bei der Organisation der genossenschaftlichen Produktion, sondern trugen auch erheblich dazu bei, die Aussprache unter den Einzelbauern über die Vorzüge und die Notwendigkeit der sozialistischen Großproduktion in der Landwirtschaft zu fördern, so daß im Jahre 1953 die Genossenschaftsbewegung weiter anwuchs.<sup>16</sup>

12 Protokoll der II. Parteikonferenz der SED, a. a. O., S. 108 ff.13 Ebenda, S. 494.14 Statistisches Jahrbuch der DDR 1958, Berlin 1959, S. 430 ff.15 Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG vom 5. - 6. 12. 1952 in Berlin, Protokoll, Berlin 1953.16 Statistisches Jahrbuch der DDR 1958, a. a. O., S. 430.

Die wissenschaftlich-theoretische Grundlage für die Leitung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die staatlichen Organe bildeten die Prinzipien des Leninschen Genossenschaftsplanes<sup>17</sup> und die Ratschläge, welche Friedrich Engels der deutschen Arbeiterbewegung für die Einbeziehung der werktätigen Bauern in den sozialistischen Aufbau gegeben hatte.<sup>18</sup> Entsprechend den besonderen Bedingungen der DDR und den Erfahrungen der sozialistischen Bruderländer wurden diese allgemeinen Grundsätze konkretisiert. Die Bedingungen eines hochindustrialisierten Landes, der relativ hohe Intensitätsgrad der Agrarproduktion in den bäuerlichen Wirtschaften, der ausgeprägte Eigentumssinn der Bauern, die entwickelten Ware-Geld-Beziehungen in den Dörfern und die besonderen Erfordernisse des nationalen Kampfes in Deutschland machten die Anwendung spezieller Formen und Methoden bei der Durchführung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft erforderlich. Konsequenterweise wurde das Prinzip der Freiwilligkeit gewahrt. Die Bauern entschieden selbst, ob und wann sie einer LPG beitreten wollten. Eine intensive Aufklärungsarbeit aller demokratischen Kräfte unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse und die Beispiele vorbildlich wirtschaftender VEG und LPG unterstützten die Erkenntnis der Einzelbauern, daß der Übergang zur genossenschaftlichen Großproduktion ihren eigenen Interessen entsprach.

## 1.2. Der Zusammenschluß aller Bauern zu LPG

Viele LPG hatten anfänglich Schwierigkeiten, die genossenschaftliche Arbeit erfolgreich zu organisieren. Es fehlte noch an Erfahrungen zur Leitung eines sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetriebes. Ein Teil der Mitglieder, der sich noch nicht von den traditionellen einzelbäuerlichen Gewohnheiten gelöst hatte, stellte persönliche Vorteile über die genossenschaftlichen Interessen. Dazu kam, daß die westdeutsche Monopolbourgeoisie unter den Bedingungen der offenen Grenze nichts unversucht ließ, um das Vertrauen der Genossenschaftsbauern zu ihrem Arbeiter- und Bauern-Staat zu erschüttern.

Das ZK der SED forderte daher die Mitglieder der Partei, die Mitarbeiter der staatlichen Organe und alle anderen demokratischen Kräfte auf, die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande zu stärken und damit das Bündnis aller werktätigen Schichten in der DDR zu vertiefen. Auf der schon erwähnten ersten Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG hatte Walter Ulbricht die Aufmerksamkeit der Leitungskader der Genossenschaften besonders darauf gelenkt, entsprechend den Festlegungen der Musterstatuten die innergenossenschaftliche Demokratie und das Verantwortungsbewußtsein gegenüber den gesellschaftlichen Erfordernissen systematisch zu entwickeln.<sup>19</sup> Außerdem erhielten die bestehenden und neu entstehenden Genossenschaften entsprechend den Forderungen des Leninschen Genossenschaftsplanes umfangreiche gesellschaftliche Hilfe in vielfältigen Formen.

Zu diesen Maßnahmen gehörten die Neugestaltung der landwirtschaftlichen Grund-, Fach- und Hochschulausbildung, die bevorzugte Qualifizierung von Genossenschaftsbauern, die Delegierung von klassenbewußten Arbeitern in die Genossenschaften, die schrittweise Verbesserung der sozialen und kulturellen Verhältnisse auf dem Lande, die besondere Hilfe der MTS und der VEG für die Genossenschaften, ihre bevorzugte Belieferung mit landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, Preisvergünstigungen durch die Senkung des Erfassungsanteils, Steuererlaß, zusätzliche und zinsverbilligte Kredite sowie direkte Arbeitseinsätze der städtischen Bevölkerung.

17 Vgl. dazu die Arbeiten in Kooperation, 3. Jg. 1969, Nr. 4, S. 44; Nr. 9, S. 45; Nr. 11, S. 40; Nr. 12, S. 42; ebenda, 4. Jg. 1970, Nr. 1, S. 44; Nr. 3, S. 44 f.

18 Engels, Friedrich, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 500 ff.

19 Ulbricht, Walter, Die Aufgaben und Perspektiven der LPG, Berlin 1952, S. 41.

Besonders eindrucksvoll kommt die umfassende gesellschaftliche Hilfe der Arbeiterklasse für die neu entstehenden LPG in der Entwicklung der Maschinen-Traktoren-Stationen zum Ausdruck, die in diesen Jahren das "Hauptmittel der Arbeiterklasse zur Unterstützung der Produktionsgenossenschaften und ein Instrument zur Stärkung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern" wurden.<sup>20</sup> Zu ihren vorrangigen Aufgaben gehörte es, die LPG bei der Organisation und Durchführung des Produktionsprozesses mit Fachkräften und Maschinen zu unterstützen. Verbilligte Tarife<sup>21</sup> für die Arbeiten der MTS schützten die jungen Genossenschaften vor zu hohen finanziellen Belastungen beim Technikeinsatz und erleichterten ihnen die Reproduktion ihrer Produktionsgrundlagen. Die Aufstellung ständiger Traktoristenbrigaden und der Abschluß von Jahresverträgen zwischen den LPG und MTS brachten weitere Fortschritte. Die Ausdehnung der Landmaschinenproduktion und zusätzliche Maschinenimporte aus der UdSSR vergrößerten den Maschinenbestand der MTS und stellten den Genossenschaftsbauern in steigendem Maße moderne Landmaschinen zur Verfügung. Daneben betreuten die MTS auch weiterhin die noch individuell wirtschaftenden Bauern. Die den Klein- und Mittelbauern bisher gewährten finanziellen Vergünstigungen blieben dabei bestehen.

Tabelle 6

Entwicklung des Maschinenbestandes der MAS/MTS<sup>+</sup>

Jahr	Traktoren (umgerechnet auf 30 PS)	LKW	LKW-Anhänger	Drillmaschinen	Kultivatoren
1952	22 185	1 191	4 212	2 534	4 296
1954	33 988	2 225	10 865	4 720	8 196
1956	39 415	3 069	15 940	8 476	9 558

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, Berlin 1957, S. 356 f.

Für die Mechanisierung der Getreideernte begann der Mähdröschler in diesen Jahren eine Rolle zu spielen. 1957 verfügten die MTS schon über 3 702 Maschinen dieses hocheffektiven Erntegerätes.<sup>22</sup>

Die Bildung von politischen Abteilungen bei den MTS im Juli 1952 vergrößerte nicht nur den Einfluß der Partei der Arbeiterklasse auf die Entwicklung des Bewußtseins der Genossenschaftsbauern, sondern wirkte sich auch aktivierend auf die Stärkung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande aus. Die neuen Abteilungen unterstützten die Arbeit der Parteiorganisationen in den bestehenden LPG und waren zugleich das Organisationszentrum der politisch-ideologischen Arbeit in den Dörfern des MTS-Bereiches. Maßgeblich beeinflussten sie vor allem die Neugründung von Genossenschaften.

Um die Traktoristen stärker an der Qualität ihrer in den Genossenschaften geleisteten Arbeit zu interessieren, wurden sie nach dem Vorbild der Schönebecker Methode an der Erfüllung des Produktionsplanes der Feldbaubrigaden in den Genossenschaften materiell beteiligt.<sup>23</sup> In entwickelten Genossenschaften, welche die Maschinen während des ganzen Jah-

<sup>20</sup> Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG, a. a. O., S. 36.

<sup>21</sup> Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: GBl. DDR) S. 250 ff.

<sup>22</sup> Statistisches Jahrbuch der DDR 1958, a. a. O., S. 426.

<sup>23</sup> Vgl. V. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG vom 26. - 28. 2. 1957 in Rostock, Berlin 1957, S. 47, 348 ff.



res auslasten konnten, übernahmen die Vorsitzenden die Leitung der MTS-Brigaden. Boden und Maschinen befanden sich dort in einer Hand. Dank der ehrlichen und fleißigen Arbeit des größten Teils der Genossenschaftsbauern, dank der tatkräftigen und umfassenden Hilfe der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen Kräfte, dank der umsichtigen, von den Interessen der werktätigen Bauernschaft bestimmten Agrarpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nahm die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung im ersten Jahrfünft nach der II. Parteikonferenz einen kontinuierlichen Aufschwung. Dieser Weg verlief keineswegs konfliktlos. Insbesondere die Wüthätigkeit des westdeutschen Imperialismus führte wiederholt zu Schwierigkeiten. Dennoch waren die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande nicht nur beträchtlich gestärkt worden, sondern die besten LPG demonstrierten auch eindeutig die Überlegenheit der sozialistischen Landwirtschaft gegenüber der einzelbäuerlichen Wirtschaftsweise.

Tabelle 7

Entwicklung der LPG<sup>+</sup>

Jahr	Zahl der LPG	LN (in ha)	Anteil an der LN der DDR (in %)
1953	4 691	754 301	11,6
1957	6 691	1 631 882	25,2

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1958, Berlin 1959, S. 430.

Das Anwachsen der Genossenschaftsbewegung war mit einer stetigen Steigerung des landwirtschaftlichen Marktaufkommens verbunden. So vergrößerte sich zum Beispiel die Marktproduktion an Schlachtvieh von 1953 bis 1957 um 10,6 Prozent, an Milch um 30,3 Prozent und an Eiern um 64,1 Prozent.<sup>24</sup> Nicht zuletzt aus diesem Grunde konnte 1957 in der DDR die Lebensmittelrationierung aufgehoben werden.

Die Lebensverhältnisse in den Dörfern hatten sich grundsätzlich verändert. Die Sicherheit vor kapitalistischer Konkurrenz und Ausbeutung brachte den Genossenschaftsbauern und ihren Familienangehörigen eine nie gekannte soziale Sicherheit. Das kulturelle und geistige Leben im Dorf erhielt durch die Entstehung der LPG einen neuen Inhalt. Diese Errungenschaften und die systematische politisch-ideologische Arbeit ließen das Interesse der Einzelbauern an der genossenschaftlichen Produktion und ihre Bereitschaft, Mitglied einer LPG zu werden, anwachsen. Von der Erkenntnis ausgehend, daß eine weitere Steigerung der Agrarproduktion und der Arbeitsproduktivität und damit eine verbesserte Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen nur auf dem Wege der sozialistischen Großproduktion möglich waren, richtete die Partei der Arbeiterklasse ihre Aufmerksamkeit darauf, alle Einzelbauern einschließlich der Großbauern<sup>25</sup> für den Eintritt in die LPG zu gewinnen.

<sup>24</sup> Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1958, a. a. O., S. 504 ff.

<sup>25</sup> Die III. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG, die am 12. und 13. Dezember 1954 in Leipzig stattfand, gestattete den Eintritt von Großbauern in die LPG, wenn sie ihre Pflichten gegenüber dem sozialistischen Staat bisher loyal erfüllt hatten. (Vgl. Die III. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG. Protokoll, Berlin 1955, S. 71 ff.)

Der Weg zu diesem Ziel führte vor allem über eine weitere Stärkung und Festigung der Genossenschaftsbewegung, denn die Vorzüge der sozialistischen genossenschaftlichen Großproduktion zu demonstrieren, hatte sich eindeutig als die beste Methode erwiesen, um die sich noch abwartend verhaltenden Einzelbauern von den prinzipiellen Vorteilen der genossenschaftlichen Arbeit zu überzeugen. Das inzwischen erreichte Niveau der Produktivkräfte in der Landwirtschaft der DDR, die differenzierten Produktionsbedingungen machten neue Formen der gesellschaftlichen Hilfe für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft erforderlich. Produktionsfördernde Maßnahmen, die auf die spezifischen Bedingungen der Genossenschaften zugeschnitten waren, traten stärker in den Vordergrund.

Die LPG des Typs III, deren Viehbestände in dieser Zeit relativ rasch anwuchsen<sup>26</sup>, erhielten in zunehmendem Maße langfristige Kredite für Neubauten, für den Kauf von Zucht- und Nutztieren und für umfangreichere bodenverbessernde Maßnahmen. Um die genossenschaftliche Viehhaltung weiter zu stärken, wurden für die Einbringung von Gebrauchs- und Zuchtsauen sowie Kühen und tragenden Färsen in die genossenschaftliche Wirtschaft Prämien gezahlt. Das bisher so erfolgreiche System der Pflichtablieferung und des Aufkaufs wurde verfeinert. Für von der Volkswirtschaft besonders benötigte Produkte zahlte der Staat zu bestimmten Zeiten Preiszuschläge. Der gezielte Einsatz von Futtermitteln aus dem Staatsfonds erwies sich als ein wichtiger ökonomischer Hebel für die Steigerung des Aufkommens an tierischen Produkten.<sup>27</sup>

Nachdem sich die Form der Unterstellung der MTS-Brigaden unter die Leitung der Vorsitzenden in einer größeren Anzahl von LPG des Typs III bewährt hatte, schlugen die Delegierten der VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG im Frühjahr 1959 den Staatsorganen vor, an fortgeschrittene LPG die Maschinen leihweise zu übergeben.<sup>28</sup> Der Beschluß des Ministerrats der DDR vom 9. April 1959 legte daraufhin fest<sup>29</sup>, daß in den Dörfern, in denen über 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche genossenschaftlich bewirtschaftet wurden, die Maschinen auf der Grundlage von Leihverträgen den LPG übergeben werden konnten. Diese Bedingung erfüllte zu diesem Zeitpunkt ungefähr jede sechste Gemeinde in der DDR.<sup>30</sup>

Zugleich traten zahlreiche Traktoristen als Mitglieder in die Genossenschaften ein. Der leihweisen Übergabe der Maschinen war eine verstärkte Ausrüstung der MTS mit modernen landwirtschaftlichen Maschinen vorausgegangen. So stieg zum Beispiel von 1957 bis 1959 der Bestand an Traktoren (auf 15 Zughaken-PS umgerechnet) um 17,3 Prozent, an Mähdreschern um 25,8 Prozent, an Rübenkombines um 47,1 und Kartoffelkombines um 192 Prozent.<sup>31</sup> 64,9 Prozent der Getreidefläche wurden 1959 mit Mähdreschern abgeerntet und 31,8 Prozent der Kartoffelfläche der LPG mit Kartoffelkombines gerodet.<sup>32</sup>

Eine wichtige Form der gesellschaftlichen Hilfe für die LPG bildeten in diesen Jahren erneut die staatliche Unterstützung der Qualifizierung der Genossenschaftsbauern und die Forschungsergebnisse der wissenschaftlichen Institutionen. Der Ausbildungsstand der LPG-Mitglieder verbesserte sich beträchtlich.<sup>33</sup> In vielen Gemeinden wurden Dorfakademien gegrün-

26 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, Berlin 1961, S. 479.

27 Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 109.

28 Die VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG vom 20. - 22. 2. 1959, Berlin 1959, S. 80.

29 GBl. DDR I 1959, S. 362.

30 Herferth, Willi/Poosche, Karl-Heinz [u. a.], a. a. O., S. 165.

31 Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1959, Berlin 1960, S. 427; ebenda 1960/61, a. a. O., S. 437.

32 Errechnet nach ebenda 1959, S. 429.

33 Siehe dazu ebenda, S. 434; ebenda 1960/61, a. a. O., S. 426.

det, welche die Facharbeiter- und Meisterqualifikation übernahmen. Mit der Einführung des polytechnischen Unterrichts entstanden auf dem Lande zahlreiche polytechnische Oberschulen. Die letzte einklassige Landschule war 1959 endgültig verschwunden. Die landwirtschaftlichen Forschungsinstitute richteten ihre Arbeitsprogramme verstärkt auf die Belange der Genossenschaften aus. Mitarbeiter der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und Genossenschaftsbauern bildeten sozialistische Forschungs- und Arbeitsgemeinschaften.

Alle diese Maßnahmen verknüpfte die Partei der Arbeiterklasse mit einer systematischen und zielstrebigem Werbung neuer Genossenschaftsmitglieder. Vor allem der V. Parteitag der SED im Juli 1958 verlieh der Genossenschaftsbewegung neuen Auftrieb.<sup>34</sup> Die politische und ökonomische Festigung der DDR trug dazu bei, daß die Aufgeschlossenheit der alt-eingesessenen Mittelbauern gegenüber der genossenschaftlichen Entwicklung zunahm. Sie interessierten sich aufgrund ihrer intensiven Viehwirtschaft besonders für die Genossenschaften des Typs I. Die SED wandte sich gegen die Auffassung, daß der Typ I nicht als sozialistischer Genossenschaftstyp akzeptiert werden könne und daher keine Existenzberechtigung auf längere Sicht hätte. Die VI. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG schlug daher im Februar 1959 vor, das Musterstatut der LPG Typ I entsprechend den Wünschen der Bauern den veränderten Bedingungen anzupassen. Die Mitgliederversammlungen konnten jetzt beschließen, Grünland, Dauerkulturen sowie Wald mit einzubringen und neben der individuellen auch eine genossenschaftliche Viehhaltung aufzubauen.<sup>35</sup> Die Aussprachen über die Perspektivplanung in den Dörfern der DDR, die durch die auf der VI. LPG-Konferenz begonnenen Beratungen zum Entwurf eines LPG-Gesetzes wirkungsvoll ergänzt wurden, ließen die Erkenntnis von der Überlegenheit der sozialistischen Großproduktion beiden noch individuell wirtschaftenden Bauern weiter reifen. Den Erfolg der von der SED geführten und von allen demokratischen Kräften unterstützten Agrarpolitik dokumentierte das stürmische Voranschreiten der Genossenschaftsbewegung seit 1957.<sup>36</sup> Ende 1959 gab es in der DDR 9 566 LPG, die 40,2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Republik bewirtschafteten. Im Kreis Eilenburg gehörten alle Bauern landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften an.<sup>37</sup>

Die Entstehung eines ersten vollgenossenschaftlichen Kreises zeigte, daß die Genossenschaftsbewegung unmittelbar vor dem Sieg stand. Auf einer Beratung des ZK der SED am 27. Januar 1960 in Berlin wurde daher auf die Gewinnung aller Bauern für die LPG orientiert: "Wenn die Aufgabe, die der Landwirtschaft gestellt ist, nämlich hohe Erträge zu erzielen, ernst genommen wird, müssen wir das genossenschaftliche Dorf schaffen."<sup>38</sup> Diese Beratung leitete die große Aussprache über die sozialistische Perspektive der Landwirtschaft in der DDR ein. Mitglieder der SED und aller anderen demokratischen Parteien und Massenorganisationen, Staatsfunktionäre und die bewußtesten Bauern, die den Schritt vom

34 Siehe dazu außer der schon genannten Literatur insbesondere Wilhelm, Hans-Georg, Der Übergang zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die Festigung des genossenschaftlichen sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft des Bezirkes Neubrandenburg 1952 bis 1960, gesellschaftswiss. Diss. Rostock 1970, S. 144 ff. - Die Arbeit von Wilhelm enthält das zur Zeit umfangreichste Literaturverzeichnis zu diesem Gegenstand.

35 Das Recht der LPG, 4. überarb. Aufl. Berlin 1967, S. 69 ff.

36 Siehe dazu Herferth, Willi, Der Aufschwung der Genossenschaftsbewegung nach der 33. Tagung des ZK der SED im Oktober 1957, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 2/1966, S. 213 f.; siehe dazu auch das Literaturverzeichnis in ZfG, Sonderband 1970, S. 144 f.

37 Herferth, Willi/Poosche, Karl-Heinz [u. a.], a. a. O., S. 168 ff.

38 Ulbricht, Walter, Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 2, Berlin 1962, S. 961.

Ich zum Wir schon vollzogen hatten, erläuterten in zahllosen Versammlungen und Einzelgesprächen die Notwendigkeit und die grundsätzliche Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft.

Die sich verstärkenden Bemühungen des westdeutschen Monopolkapitals, in diesen Monaten seine Positionen auf Kosten der DDR auszubauen und den gesellschaftlich notwendigen Entwicklungsprozeß der Landwirtschaft in unserer Republik mit allen zur Verfügung stehenden Kräften zu hemmen, erreichten genau das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes. Sie festigten bei vielen noch zögernden Bauern die Erkenntnis, daß nur die sozialistische Gesellschaftsordnung ihnen eine gesicherte Perspektive bieten kann. In wenigen Monaten traten Hunderttausende von Bauern in bestehende Genossenschaften ein oder gründeten neue LPG. Mitte April 1960 hatte die Genossenschaftsbewegung in der DDR endgültig gesiegt. Die historische Tagung der Volkskammer vom 25. April 1960 würdigte diesen Schritt der Bauern und sicherte ihnen die Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte des Arbeiter- und Bauern-Staates bei der Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande zu.<sup>39</sup>

Der Sieg der Genossenschaftsbewegung der DDR war von einem stetigen Ansteigen der Produktionsleistungen in der Landwirtschaft begleitet. So wuchs zum Beispiel das staatliche Aufkommen an Schlachtvieh von 1952 bis 1960 um 37,1 Prozent, an Milch um 84,2 Prozent und an Eiern um 190,9 Prozent.<sup>40</sup> Diese Tatsache bestätigt noch einmal nachdrücklich die Richtigkeit und schöpferische Gestaltungskraft der von der Partei der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen demokratischen Kräften geführten Agrarpolitik. Der Widerspruch zwischen dem Stand und der Entwicklung der Produktivkräfte und den hemmenden überlebten einzelbäuerlichen Produktionsverhältnissen war gelöst. Damit war die entscheidende gesellschaftliche Grundlage für eine allseitige Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft geschaffen worden. "Die tiefste bis dahin in der DDR noch bestehende ökonomische Wurzel des Kapitalismus war beseitigt. Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus konnten noch besser wirksam werden, weil in allen Hauptzweigen sozialistische Produktionsverhältnisse bestanden."<sup>41</sup>

### 1.3. Die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande

Für den Aufbau der modernen sozialistischen Großproduktion in der Landwirtschaft bildete zwar der vollendete genossenschaftliche Zusammenschluß aller Einzelbauern die wichtigste gesellschaftliche Basis. Wenn aber die sozialökonomischen Vorteile der sozialistischen Konzentration der Produktion voll genutzt werden sollten, dann kam es nun vor allem darauf an, die sozialistischen Produktionsverhältnisse kontinuierlich zu stärken und zugleich die Agrarproduktion und die Arbeitsproduktivität bei sinkenden Kosten je Erzeugniseinheit systematisch zu steigern.

Die 8. Tagung des ZK der SED, die vom 30. März bis 2. April 1960 in Berlin tagte, nannte daher als Schwerpunktaufgaben für die Landwirtschaft: die Entwicklung der innergenossenschaftlichen Demokratie, die Verbesserung der Leitungstätigkeit und der Arbeitsorganisation in den LPG, die Hebung der Bodenfruchtbarkeit und den verstärkten Ausbau einer ge-

39 Der Beschluß der Volkskammer vom 25. 4. 1960 ist abgedruckt in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, Berlin 1966, S. 559 ff.

40 Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, a. a. O., S. 499.

41 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, a. a. O., S. 204.

nossenschaftlichen Viehwirtschaft.<sup>42</sup> An die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinten Kräfte appellierte das ZK, die Festigung der LPG weiterhin tatkräftig zu unterstützen. Zugleich wurden die neuen Aufgaben beraten, die sich aus dem Sieg der Genossenschaftsbewegung für den Landmaschinenbau, das Bauwesen, die Chemieindustrie und einige andere Volkswirtschaftszweige ergaben.<sup>43</sup> Mangelhafte Erfahrungen bei der Organisation der genossenschaftlichen Arbeit, abnorm ungünstige Witterungsverhältnisse in den Jahren 1961 und 1962 führten in einer Anzahl von Genossenschaften zu ökonomischen Schwierigkeiten. Es handelte sich dabei insbesondere um Genossenschaften des Typs I, die 1959/1960 entstanden waren. Entschieden wandte sich jedoch die Partei gegen Versuche, die Festigung dieser LPG durch Überführung in den Typ III zu erreichen, wenn für einen derartigen Schritt die ideologischen, kadermäßigen und materiellen Voraussetzungen fehlten.<sup>44</sup> Mitgliedern von kleinen LPG - sehr oft gab es mehrere Genossenschaften vom Typ I in einer Gemeinde - wurde dagegen empfohlen, sich innerhalb eines Dorfes zusammenschließen und durch den Aufbau einer geordneten genossenschaftlichen Feldwirtschaft und die schrittweise Entwicklung einer genossenschaftlichen Viehhaltung die Voraussetzungen für den stufenweisen Übergang zu höheren Formen der genossenschaftlichen Zusammenarbeit aus eigener Kraft zu schaffen.

Genauso war die Haltung der Partei der Arbeiterklasse gegenüber übereilten formalen Zusammenschlüssen von wirtschaftlich starken und schwachen Genossenschaften des Typs III zu Groß-LPG.<sup>45</sup> Ein solcher Schritt wurde nur gebilligt, wenn die bewußtseinsmäßigen und materiell-technischen Bedingungen gegeben waren und wenn der zu erwartende ökonomische Nutzen exakt berechnet worden war. Neue Formen des sozialistischen Wettbewerbs, die Bildung von Spezialistengruppen, die Konzentration der Genossenschaftsbauern auf die gute genossenschaftliche Arbeit, das verstärkte Bemühen der staatlichen Organe, die gesellschaftliche Hilfe auf produktionsfördernde Wirkung auszurichten sowie die enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis erreichten, daß sich im Laufe des Jahres 1962 eine große Anzahl von LPG wirtschaftlich beträchtlich gefestigt hatte.<sup>46</sup>

Um die materielle Interessiertheit der Genossenschaftsbauern an der Steigerung der Marktproduktion, der Arbeitsproduktivität und an der Senkung der Selbstkosten zu erhöhen, wurden die Maßnahmen der gesellschaftlichen Hilfe für die LPG immer stärker mit ökonomischen Hebeln verbunden. Nach wie vor erhielten die Genossenschaften eine umfangreiche materiell-technische Unterstützung vom Arbeiter- und -Bauern-Staat, aber diese Leistungen waren an bestimmte wirtschaftliche Auflagen geknüpft. So machte man zum Beispiel die Überbrückungskredite zur Stützung der Arbeitseinheit seit Januar 1962 unmittelbar von der Planerfüllung der Genossenschaften abhängig.<sup>47</sup> Der bisher so erfolgreiche Weg, die moderne Technik und den Boden in einer Hand zu vereinen, wurde systematisch weitergegangen. Am 15. März 1963 beschloß der Ministerrat, die "Grundtechnik" der MTS den LPG des Typs III zu unterstellen und den LPG des Typs I zu verkaufen.<sup>48</sup> Vom 1. Juli 1963 an traten für die MTS kostendeckende Ausleihertarife in Kraft, um die LPG zu veranlassen, die Maschinen besser auszulasten bzw. selbst zu erwerben. Die MTS wurden in Reparatur-Technik

42 Ulbricht, Walter, Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, a. a. O., S. 1012 ff.

43 Ebenda, S. 1091 ff.

44 Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 128.

45 Ulbricht, Walter, Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, a. a. O., S. 1215.

46 Herferth, Willi/Poosche, Karl-Heinz u. a., a. a. O., S. 216.

47 GBl. DDR II 1962, S. 37 ff.

48 Das Recht der LPG, 3. überarb. Aufl. Berlin 1964, S. 513 ff.

nische-Stationen (RTS) umgewandelt, an deren Stelle 1964 Kreisbetriebe für Landtechnik traten.

Tabelle 8

Entwicklung des Maschinenbestandes der sozialistischen Landwirtschaft<sup>+</sup>

Jahr	Traktoren (auf 15 Zug- haken-PS umgerechnet)	Mähdrescher	Kartoffelvoll- erntemaschinen	Rübenvoll- erntemaschinen
1960	88 038	6 409	6 386	3 665
1963	126 027	11 849	6 899	4 802
1965	156 919	15 409	6 843	4 742

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1966, Berlin 1966, S. 271.

Der Sieg der Genossenschaftsbewegung erschloß auch für die Zusammenarbeit zwischen der landwirtschaftlichen Praxis und der Agrarwissenschaft neue Möglichkeiten. Die Forschungsaufgaben der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften wurden verstärkt auf die Erfordernisse der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft konzentriert.<sup>49</sup> Bewährte Praktiker wurden Mitglieder der Akademie. Eine größere Anzahl Agrarwissenschaftler nahm eine mehrjährige Tätigkeit in sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben auf. Das System der fachlichen Qualifizierung wurde ausgebaut. Die Hoch- und Fachschulen führten das praxisverbundene Studium ein. Die Zahl der Dorfakademien erhöhte sich. 1965 arbeiteten in den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben der DDR 5 416 Arbeitskräfte mit Hochschul- und 22 570 Arbeitskräfte mit Fachschulabschluß. 34 103 Personen waren Meister der Landwirtschaft, und 211 800 Berufstätige verfügten über eine Facharbeiterausbildung.<sup>50</sup>

#### 1.4. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse

Genauso wie für die gesamte historische Entwicklung der DDR so begann auch für die sozialistische Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik 1962/1963 ein neuer Entwicklungsabschnitt. Diese chronologische Zäsur widerspiegelt sich in folgenden Merkmalen:

Bis zum Frühjahr 1960 hatten sich alle Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen. In den folgenden beiden Jahren hatten sich die neu entstandenen sozialistischen Produktionsverhältnisse so konsolidiert, daß im Jahre 1963 die kurzfristige Stagnation der Agrarproduktion überwunden wurde und die Mehrheit der Genossenschaften rentabel arbeitete. Maßgeblich trugen dazu auch die Maßnahmen der DDR vom 13. August 1961 bei, denn durch die Schließung der offenen Grenze gegenüber Westberlin wurden die Möglichkeiten des Imperialismus, den friedlichen sozialistischen Aufbau in der DDR zu stören, erheblich eingeschränkt.

Die Vereinigung aller Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vollendete den Befreiungskampf der deutschen Bauern auf dem Gebiet der DDR. Der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den hemmenden überlebten einzelbäuerli-

49 GBl. DDR II 1962, S. 217 ff.; VII. Deutscher Bauernkongreß, Protokoll, Berlin 1962, S. 106 ff., 197 ff.; VIII. Deutscher Bauernkongreß, Protokoll, Berlin 1964, S. 385 ff.

50 Statistisches Jahrbuch der DDR 1966, a. a. O., S. 269.

chen Produktionsverhältnissen war verschwunden. Unter Führung der Arbeiterklasse und im Bündnis mit allen werktätigen Schichten wurde eine der kompliziertesten Aufgaben des sozialistischen Aufbaus, der schrittweise freiwillige Übergang der kleinen bäuerlichen Warenproduzenten zur sozialistischen landwirtschaftlichen Großproduktion, erfolgreich gemeistert. Die Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze hatte sich bei der Lösung der Agrarfrage erneut als die entscheidende Kraft der sozialistischen Gesellschaft erwiesen.

Mit dem Übergang der wichtigsten Produktionsmittel in genossenschaftliche Nutzung bzw. in genossenschaftliches Eigentum veränderte sich die soziale Struktur der Landbevölkerung grundlegend. Das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war beseitigt. Auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums formierte sich aus Landarbeitern, Klein-, Mittel- und Großbauern die Klasse der Genossenschaftsbauern. "Zum ersten Male entstand damit im Dorf eine sozialökonomisch und politisch einheitliche, auf sozialistische Weise produzierende Klasse."<sup>51</sup> Das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den Bauern wurde damit nicht nur entscheidend gefestigt, sondern erreichte auch eine neue Qualität.<sup>52</sup> Nicht zuletzt veranlaßten diese grundsätzlichen sozialökonomischen Veränderungen auf dem Lande das 17. Plenum des ZK der SED im Oktober 1962 und den VI. Parteitag der SED im Frühjahr 1963 zu konstatieren, daß in der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt haben.<sup>53</sup>

Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse verwirklichte jedoch nicht nur wesentliche gesellschaftliche Ziele der sozialistischen Entwicklung in der DDR, sondern schuf zugleich auch die Bedingungen für eine planmäßige weitere Gestaltung des sozialistischen Aufbaus in der DDR. Erst jetzt war für die gesamte Volkswirtschaft eine einheitlich sozialökonomische Basis entstanden, welche die objektiven und subjektiven Bedingungen für das volle Wirksamwerden der ökonomischen Gesetze des Sozialismus aufwies. Die Durchsetzung des Wirkens der ökonomischen Gesetze im gesamten gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß stellte jedoch neue Ansprüche an die Planung und Leitung, vor allem an die Gewährleistung der planmäßig proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Der sich beschleunigende Fortschritt der Produktivkräfte, insbesondere die ständig wachsenden Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, verlangte neue Aktivitäten, wenn die prinzipiellen Vorteile der sozialistischen Produktionsverhältnisse gegenüber der kapitalistischen Ordnung voll realisiert werden sollten. Es kam nun darauf an - und das gilt in vollem Maße auch für die sozialistische Landwirtschaft der DDR -, schrittweise den Widerspruch zwischen den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und der beschränkten Akkumulationskraft unserer Volkswirtschaft zu lösen.

## 2. Die Entwicklung der Landwirtschaft seit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1962/1963 bis zur Gegenwart)

### 2.1. Die Zielsetzung für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft

Die entscheidenden theoretischen Prinzipien für die Strategie und Taktik zur Lösung der politischen und ökonomischen Aufgaben, die sich aus dem Sieg der sozialistischen Produktions-

51 Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 179.

52 Bericht des ZK der SED an den VI. Parteitag, Berlin 1963, S. 148.

53 Ulbricht, Walter, Die Vorbereitung des VI. Parteitages der SED, Berlin 1962, S. 5; derselbe, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der DDR, Berlin 1963, S. 304 f.

verhältnisse für die gesellschaftliche Entwicklung der DDR ergaben, wurden auf dem VI. und VII. Parteitag der SED beschlossen. Der VI. Parteitag stellte im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands das Ziel, mit dem vollständigen umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR zu beginnen.<sup>54</sup> Das Programm forderte für die wirtschaftliche Entwicklung "eine neue höhere Qualität der Leitung der Volkswirtschaft und Planung ... Zum Maßstab der Qualität der Leitung der Volkswirtschaft und der Planung wird der volkswirtschaftliche Nutzeffekt der geleisteten Arbeit."<sup>55</sup>

Die Landwirtschaft hatte dabei die Aufgabe zu übernehmen, "die Bevölkerung noch besser mit Nahrungsmitteln und die Industrie mit Rohstoffen aus der eigenen Produktion zu versorgen."<sup>56</sup> Der VII. Parteitag der SED kennzeichnete die Landwirtschaft der entwickelten sozialistischen Gesellschaft als einen Volkswirtschaftsbereich, der "nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und industriellen Methoden organisiert ist und sich durch eine hohe Bodenfruchtbarkeit und stabile Erträge auszeichnet."<sup>57</sup> Gemeinsam mit den Genossenschaftsbauern und allen anderen Werktätigen der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe konkretisierte die Partei der Arbeiterklasse auf dem VIII., IX. und X. Deutschen Bauernkongreß diese allgemeinen Zielsetzungen. Im Vordergrund stand dabei, die demokratische Initiative der Genossenschaftsbauern im wachsenden Maße für die Steigerung der Produktion, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten zu mobilisieren. Zugleich wurden die Methoden entwickelt, mit denen die gestellten Ziele erreicht werden sollten. Im wesentlichen handelte es sich dabei um folgende Grundsätze<sup>58</sup>:

1. Wissenschaftliche Leitung, Planung und Organisation der Agrarproduktion;
2. Entfaltung von Kooperationsbeziehungen;
3. Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus der Agrarproduktion;
4. Steigerung des Bildungsniveaus der Werktätigen in der sozialistischen Landwirtschaft;
5. Steigerung der Erträge und der Effektivität der Pflanzen- und Tierproduktion.

Die Intensivierung der Agrarproduktion und der damit im untrennbaren Zusammenhang stehende schrittweise Übergang zu industriemäßigen Produktions- und Leitungsmethoden in der sozialistischen Landwirtschaft mußten nicht nur zu einer besseren Befriedigung des Bedarfs an Agrarprodukten aus der eigenen Landwirtschaft führen, sondern waren zugleich von großer politischer Wichtigkeit. Die Existenz einer modernen hocheffektiven sozialistischen Landwirtschaft stärkte die Arbeiter- und Bauern-Macht in unserer Republik und erhöhte die internationale Autorität des sozialistischen Aufbaus in der DDR. Ein steigender Beitrag der Landwirtschaft zum Nationaleinkommen beschleunigte das Entwicklungstempo der Volkswirtschaft und festigte in entscheidendem Maße das Bündnis der Arbeiterklasse und aller anderen werktätigen Schichten mit der Klasse der Genossenschaftsbauern.

## 2.2. Neue Formen der Leitung und Planung in der sozialistischen Landwirtschaft

Schon unmittelbar nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse zeigte sich, daß die bisherigen Formen der Planung und Leitung, die von den Bedingungen des Neben-

54 Programm der SED, Berlin 1963, S. 11.

55 Ebenda, S. 74 f.

56 Ebenda, S. 85.

57 Dokumente der SED, Bd. 11, Berlin 1969, S. 217.

58 Siehe dazu die von Walter Ulbricht auf dem IX. Deutschen Bauernkongreß formulierten "Grundsätze moderner Landwirtschaft". (IX. Deutscher Bauernkongreß, Protokoll, Berlin 1966, S. 147 f.)



einanderbestehens von relativ wenig entwickelten sozialistischen Produktionsverhältnissen und Verhältnissen der kleinen bäuerlichen Warenproduktion bestimmt waren, für die Gestaltung einer intensiven, sich schrittweise industriemäßig organisierenden sozialistischen Großproduktion nicht mehr ausreichten.<sup>59</sup> Es kam vor allem darauf an, die Eigenverantwortlichkeit der sozialistischen Warenproduzenten im planmäßig geleiteten gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß systematisch zu erhöhen.

Der erste Schritt in dieser Richtung bestand darin, für alle Betriebe und Einrichtungen, die sich mit der Erzeugung, dem Handel und der ersten Verarbeitungsstufe von Agrarprodukten befaßten, ein einheitliches Leitungssystem zu schaffen. Schon im Jahre 1962 hatte man versuchen damit begonnen, in einigen Bezirken und Kreisen der DDR ein geschlossenes, umfassendes demokratisches Leitungssystem für die Landwirtschaft zu erproben. Nachdem sich die Vorteile dieser neuen Form erwiesen hatten, beschloß der Ministerrat der DDR, das bisherige Ministerium für Land- und Forstwirtschaft aufzulösen. An seine Stelle trat als zentrales Leitungsorgan der Landwirtschaftsrat mit seiner Produktionsleitung.<sup>60</sup> Als selbständige Institutionen waren dem zentralen Rat das staatliche Komitee für Erfassung und Aufkauf sowie die Landwirtschaftsbank beigeordnet. Der schrittweise Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der sozialistischen Landwirtschaft führte in den folgenden Jahren zu einer immer engeren Verflechtung der Agrarproduktion mit der ersten Verarbeitungsstufe der Lebensmittelindustrie. Daher schlugen die Delegierten des X. Deutschen Bauernkongresses, ausgehend von den Beschlüssen des VII. Parteitages der SED, im Juni 1968 vor, zu einer einheitlichen Leitung der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft überzugehen.<sup>61</sup>

Am 31. Juli 1968 legte der Ministerrat der DDR fest, daß die erste Verarbeitungsstufe der Lebensmittelindustrie und die Räte für Landwirtschaft zu den Räten für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft (RLN) vereinigt werden.<sup>62</sup> Zugleich entstand ein staatliches Komitee für den Aufkauf und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Es trat an die Stelle des früheren Komitees für Erfassung und Aufkauf und ist als Organ des neugebildeten RLN für die komplexe Leitung von Aufkauf und Verarbeitung agrarer Erzeugnisse verantwortlich. Durch die Bildung des RLN ist es gelungen, die zentrale Leitung und Planung wirkungsvoll mit der eigenverantwortlichen Leitungstätigkeit in den Betrieben und Territorien zu verknüpfen. Die sozialistische Demokratie wurde durch die Bildung des RLN weiter vertieft, und damit konnte das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern systematisch erweitert werden.

Die Entwicklung des Leitungssystems war mit erheblichen Veränderungen der Planung in der sozialistischen Landwirtschaft verbunden<sup>63</sup>, denn die Entwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus und der schrittweise Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden bedingten selbstverständlich auch eine neue Qualität der sozialistischen Planung.

59 Siehe dazu Ulbricht, Walter, 20 Jahre erfolgreiche Bündnispolitik und die weitere Entwicklung des neuen ökonomischen Systems in der Landwirtschaft, in: Neue Deutsche Bauernzeitung, Nr. 28, 1965, S. 15.

60 Siehe dazu GBL, DDR I 1963, S. 1 ff.; Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 162 ff., 208.

61 X. Deutscher Bauernkongreß, Protokoll, Berlin 1968, S. 112 f., 177 ff.

62 GBL, DDR II 1968, S. 711 ff.; siehe auch Die weitere Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft in den Jahren 1969/70, Berlin 1968, S. 12 ff.

63 Agrarökonomie, Kompendium T. 4 - 6. Hochschulstudium der Landwirtschaftswissenschaften, Leipzig 1970, S. 44 ff.; Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 190 ff.

Bis 1960 hatte die Planung das Nebeneinanderbestehen der sozialistischen und der einzelbäuerlichen Produktionsverhältnisse berücksichtigen müssen. Daher mußten oftmals administrative Maßnahmen vor ökonomischen Regelungen den Vorrang haben. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, das gewachsene Bewußtsein der Genossenschaftsbauern und die bisherigen Erfahrungen gestatteten, die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Sozialismus bei der Planung weitaus effektiver auszunutzen, als das im vorhergehenden Jahrzehnt der Fall sein konnte.

Die wichtigsten Neuerungen auf diesem Gebiet lassen sich in drei Merkmalen zusammenfassen: eine verstärkte Prognoseforschung; ausgehend von dieser Prognoseforschung eine bessere wissenschaftliche Fundierung der Perspektivplanung; eine effektivere Gestaltung der Jahresplanung.

Durch die Prognoseforschung erhielt und erhält die Perspektivplanung eine bessere wissenschaftliche Grundlage. Sie wählt die optimalste Variante der Prognose aus und legt die grundlegenden Aufgaben der Landwirtschaft für das nächste Jahr fest. Allerdings enthält auch der Perspektivplan nur relativ wenig Einzelheiten des künftigen Wirtschaftsablaufes. Er bilanziert zwar alle finanziellen und materiellen Mittel, beschränkt sich aber im wesentlichen auf mittelfristige staatliche Normative, welche die Basis für die Jahresplanung bilden.

Für die Jahresplanung erhielten die Bezirke und Kreise die Orientierungskennziffern seit 1965 so zeitig, daß die LPG bei der Beratung des Betriebsplanes des laufenden Jahres zugleich die Planziele für das folgende Jahr besprechen konnten.<sup>64</sup> Der Übergang zur Zweijahresplanung entsprach dem Produktionszyklus der Agrarproduktion, denn für den Produktionsprozeß des folgenden Jahres bildeten die Leistungen des vorhergehenden Jahres die entscheidende Voraussetzung. Ab 1964 wurden außerdem die den Genossenschaften für die Jahresplanung übergebenen Orientierungskennziffern erheblich eingeschränkt. Von nun an erhielten die Betriebe nur noch Vorgaben für die Marktproduktion an Getreide und Kartoffeln sowie Kennziffern für die Investitionsmöglichkeiten und die Düngemittellieferungen. Auf dieser Grundlage gestalteten die Genossenschaften eigenverantwortlich ihr Planangebot und schlossen, wenn ihr Plan vom RLN des Kreises bestätigt worden war, die entsprechenden Lieferverträge mit der Verarbeitungsindustrie ab.<sup>65</sup> An die Stelle administrativer Planungsmethoden traten also in immer stärkerem Maße Formen, die auf ökonomischen Regelungen beruhten. Die eigenverantwortliche Planung und Leitung der sozialistischen Warenproduzenten gewann damit erheblich an Bedeutung.

Der wissenschaftlich begründete Plan bildet zwar das wichtigste Instrument der Wirtschaftspolitik des sozialistischen Staates, für seine Realisierung spielen aber neben moralischen Stimuli ökonomische Hebel eine wesentliche Rolle. Während bis 1962/1963 die staatlichen ökonomischen Regelungen vorrangig darauf gerichtet waren, die Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise gegenüber der kleinen bäuerlichen Warenproduktion zu fördern, orientierte nun die Partei die staatliche Agrarpolitik darauf, die ökonomischen Hebel schrittweise zu einem geschlossenen Komplex zu entwickeln. Ausgehend von den Anforderungen des Perspektivplanes, wurden und werden alle sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe und jeder einzelne Werktätige in diesen Betrieben materiell daran interessiert, die Brutto- und Marktproduktion bedarfsgerecht zu steigern und die Aufwendungen je Erzeugniseinheit zu senken. Diese ökonomischen Regelungen in der Landwirtschaft sind im vergangenen Jahrzehnt ständig verfeinert worden. An dieser Stelle können allerdings nur einige der wesentlichsten Veränderungen erläutert werden.

64 Ulbricht, Walter, Zwanzig Jahre erfolgreiche Bündnispolitik, a. a. O., S. 16; vgl. auch VIII. Deutscher Bauernkongreß, Protokoll, a. a. O., S. 61 ff.

65 Agrarökonomie, a. a. O., S. 47 ff.

Die erste grundsätzliche Maßnahme bestand darin, daß seit 1962 systematisch dazu übergegangen wurde, unwirtschaftlich gewordene Subventionen durch materielle Stimuli, welche zur Steigerung der Produktion anregten, zu ersetzen.<sup>66</sup> Dieses Problem löste man vor allem durch die Erhöhung der Erzeugerpreise, ohne daß dabei die Konsumpreise für Nahrungsmittel wesentlich verändert wurden. Ab Ende 1964 und ab 1. Januar 1969 wurden für pflanzliche bzw. tierische Produkte einheitliche Erzeugerpreise eingeführt und die Preise zugleich nach Lieferterminen und Qualität der Produkte stärker differenziert.<sup>67</sup> Um die LPG noch stärker an einer raschen Steigerung der Produktion zu interessieren, erhielten und erhalten die LPG seit 1964 über den gesetzlich fixierten Preis hinaus für eine dem Plan entsprechende Erhöhung der Produktion Produktionszuwachsprämien, die seit 1965 progressiv gestaffelt sind. 1969 bezog der Ministerrat der DDR Normativzuschläge für den Akkumulationszuwachs in diese Prämienregelungen ein, um so die LPG zur Steigerung der Akkumulation anzuregen.<sup>68</sup> Betriebe, die sich auf die Erzeugung von Getreide, Speisekartoffeln oder Zuckerrüben spezialisierten und einen dieser Zweige zu ihrer Hauptproduktionsrichtung entwickelten, erhielten einen zusätzlichen Preiszuschlag.<sup>69</sup>

Vor allem die Anfang 1971 in Kraft getretenen ökonomischen Maßnahmen unterstützten die weitere Anwendung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Landwirtschaft und die Intensivierung der Agrarproduktion.<sup>70</sup> Die Einschränkung der indirekten staatlichen Förderungsmaßnahmen und ihre Ersetzung durch direkte ökonomische Stimuli lenkten die LPG und VEG auf die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte der Agrarproduktion und auf eine effektivere Gestaltung des Produktionsprozesses. Steigende Arbeitsproduktivität und sinkende Selbstkosten ermöglichten den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben, in stärkerem Maße als bisher die erweiterte Reproduktion aus eigenen Kräften zu meistern.

### 2.3. Entfaltung von Kooperationsbeziehungen

Für die effektive Gestaltung des Produktionsprozesses ist auch in der sozialistischen Landwirtschaft die Organisation der Produktion von entscheidender Bedeutung. Da unter kapitalistischen Bedingungen die Organisation der Produktion ausschließlich von den Profitinteressen der Monopole bestimmt wird, führen Konzentration, Spezialisierung und Kombination in den kapitalistischen Ländern zu einer sich beschleunigenden Ruinierung der bäuerlichen Betriebe. Kooperative Zusammenarbeit zum Nutzen der Gesellschaft und des einzelnen ist unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich. Der Konzentrationsprozeß vollzieht sich auf dem Wege der Differenzierung. Hunderttausende kleiner bäuerlicher Warenproduzenten verlieren auf diese Weise ihre Existenzgrundlage und werden proletarisiert.

Im Gegensatz dazu basieren die Formen der gesellschaftlichen Organisation der Produktion im Sozialismus im wesentlichen auf den Bedürfnissen der Gesellschaft. Die Kollektive der Werktätigen in den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben nutzen die Konzentration der Produktion, um mit dem geringsten Aufwand an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit

66 Siehe dazu Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 212 ff.

67 GBL DDR II 1968, S. 711 ff.; ebenda 1964, S. 715 ff., 721 ff.

68 Die weitere Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft in den Jahren 1969/70, a. a. O., S. 59 ff.

69 Ebenda, S. 74 ff.; Beschluß des Ministerrats v. 1. 12. 1970: Maßnahmen zur weiteren Anwendung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft in den Jahren 1971/72, o. O. o. J., S. 7 ff.

70 Siehe dazu Ewald, Georg, Die Aufgaben der Räte für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1971 in höherer Qualität, in: Kooperation, Nr. 2/1971, S. 4.

ein möglichst großes Bruttoprodukt zu erzeugen, das den Wünschen der Gesellschaft entspricht.

Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft veränderte die Bedingungen für die Organisation der Produktion in entscheidender Weise. Der damit verbundene starke Anstieg des Grades der Konzentration der Produktivkräfte bot zahlreiche neue Möglichkeiten, über eine planmäßige stufenweise Arbeitsteilung und Spezialisierung der Produktion die Effektivität des Produktionsprozesses systematisch zu erhöhen. Nach dem Zusammenschluß aller Bauern in Produktionsgenossenschaften zeigte sich sehr bald, daß die Grenzen des einzelnen sozialistischen Landwirtschaftsbetriebes für die rationelle Anwendung der neuesten Erkenntnisse der Agrarwissenschaften und der neuen Technik immer noch zu eng waren. Der produktive Einsatz moderner leistungsfähiger Maschinen bzw. ganzer Maschinensysteme war nur möglich, wenn die Formen der gesellschaftlichen Organisation der Produktion schrittweise weiter entwickelt wurden. Arbeitsteilung und Spezialisierung zogen also notwendigerweise die planmäßige Gestaltung von Kooperationsbeziehungen zwischen den sozialistischen Betrieben in der Landwirtschaft und der Nahrungsgüterwirtschaft nach sich.

Von derartigen Überlegungen ausgehend, begannen schon im Jahre 1965 zahlreiche LPG auf freiwilliger Basis Kooperationsbeziehungen aufzunehmen.<sup>71</sup> Nachdem sich diese Form der gesellschaftlichen Organisation der Produktion in der Praxis immer mehr bewährt hatte, schlugen die Delegierten des IX. Deutschen Bauernkongresses im Jahre 1966 vor, den Ausbau vielfältiger Kooperationsbeziehungen systematisch zu fördern.<sup>72</sup>

Seit 1965 entwickelte sich die freiwillige kooperative Zusammenarbeit der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe zur wichtigsten Methode, um schrittweise und volkswirtschaftlich sinnvoll zu größeren Produktionseinheiten in der Pflanzen- und Tierproduktion zu gelangen. Jede LPG, unabhängig von ihrer Größe und ihrem Entwicklungsstand, konnte und kann auf diese Weise die sozialökonomischen Vorteile der Spezialisierung und des schrittweisen Übergangs zu industriemäßigen Produktionsmethoden realisieren.

Heute gibt es in der DDR keine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft und kein volkseigenes Gut mehr, die bei Wahrung ihrer juristischen und ökonomischen Selbständigkeit nicht in irgendeiner Weise kooperieren. Ständig entstehen vollkommene Formen, die von gemeinsam durchgeführten Produktionskampagnen, über gemeinschaftliche Investitionen und zwischenbetriebliche Einrichtungen bis zur kooperativen Pflanzenproduktion reichen. Diese spezifische Form der fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion wird zielstrebig weitergeführt. Sie bildet die wichtigste produktionsorganisatorische Bedingung des schrittweisen Übergangs zu industriemäßigen Produktionsmethoden und damit auch für die organisatorische Meisterung der sich aus dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt ergebenden Anforderungen an die Landwirtschaft der DDR während der nächsten Jahre.<sup>73</sup>

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Landwirtschaftsbetrieben wurde und wird ergänzt durch kooperative Beziehungen zwischen LPG und VEG auf der einen Seite und den industriellen Verarbeitungsbetrieben der Nahrungsgüterwirtschaft auf der anderen Seite. Mit der Bildung der RLN gelang es, den sich komplex vollziehenden Produktions- und Reproduktionsprozeß in Landwirtschaft, Verarbeitungsindustrie, Lagerwirtschaft und Handel erheblich besser zu koordinieren, als das vorher der Fall gewesen war. Aber auch zwi-

71 Erste Tendenzen in dieser Richtung zeigten sich schon 1964 auf dem VIII. Deutschen Bauernkongreß. Siehe dazu VIII. Deutscher Bauernkongreß, Protokoll, a. a. O., S. 161 ff.

72 Ebenda, S. 341 ff.

73 Siehe dazu Honecker, Erich, Bericht des ZK der SED an den VIII. Parteitag, a. a. O., S. 6; Entschließung des VIII. Parteitages der SED zum Bericht des ZK, in: ND, Nr. 169, 21. 6. 1971, S. 3 f.

schen den Betrieben der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft entstanden seit dieser Zeit zahlreiche neue Formen der kooperativen Zusammenarbeit. Die Bildung von Kooperationsverbänden aus LPG, VEG sowie Betrieben der Verarbeitungsindustrie und des Handels, vor allem aber der systematische Ausbau der wirtschaftlichen Vertragsbeziehungen zwischen diesen Partnern, hat maßgeblich dazu beigetragen, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu verbessern.

#### 2.4. Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus der Agrarproduktion

Der IX. Deutsche Bauernkongreß stellte der Landwirtschaft die Aufgabe, das wissenschaftlich-technische Niveau der Agrarproduktion rasch zu erhöhen. "Sozialistische Großproduktion ist ohne Wissenschaft unmöglich."<sup>74</sup> Als Schwerpunkte wurden die Intensivierung der Feld- und Viehwirtschaft, insbesondere die Hebung der Bodenfruchtbarkeit, sowie die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion genannt.

Der sich seit 1962/1963 beschleunigende wissenschaftlich-technische Fortschritt in den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben zeigt deutlich, welche umfangreichen gesellschaftlichen Mittel in der DDR aufgewandt wurden, um diese für die effektivere Gestaltung der Agrarproduktion entscheidende Frage zu lösen. Vor allem mußte zuerst einmal die Produktionskapazität der Industriezweige erhöht werden, welche die von der Landwirtschaft benötigten modernen Produktionsmittel erzeugten. Und wenn die in der Direktive des VIII. Parteitag der SED für die sozialistische Landwirtschaft genannten Ziele erfüllt werden sollten, dann sind damit umfangreiche zusätzliche Anforderungen der Landwirtschaft an die sozialistische Industrie verbunden. Die Direktive für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975 weist daher besonders darauf hin, daß die planmäßige Bereitstellung moderner Produktionsmittel durch die Industrie weiter zu steigern ist.

Nach 1960 nahmen die jährlichen Investitionen in der Land- und Forstwirtschaft einen kontinuierlichen Aufschwung.<sup>75</sup> Besonders wichtig ist dabei, daß sich der Eigenanteil der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe an der Finanzierung dieser Investitionsobjekte stetig erhöhte - ein Ausdruck für die wachsende ökonomische Effektivität der sozialistischen Agrarproduktion. 73 Prozent ihrer Investitionen finanzierten die LPG des Typs III 1970 aus eigenen akkumulierten Mitteln, 21,6 Prozent entfielen auf rückzahlbare und zu verzinsende Kredite, und nur 5,4 Prozent waren staatliche Förderungsmittel. Die Akkumulation je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche wuchs von 1966 bis 1970 von 165 auf 470 Mark.<sup>76</sup> Entsprechend erhöhte sich der Grundmittelbestand in den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben, und zwar von 15 316 Mark im Jahre 1960 auf 31 851 Mark je Berufstätigen im Jahre 1969.<sup>77</sup> Besonders deutlich zeigte sich dieser wachsende Grundmittelbestand an der Zahl der in der Pflanzenproduktion eingesetzten Maschinen und Geräte. (Siehe Tabelle 9)

Es handelte sich dabei nicht nur um eine quantitative Vermehrung der Geräte, sondern zugleich auch um eine bedeutende qualitative Verbesserung der in der Pflanzenproduktion eingesetzten Technik. Der Trend zur modernen Technik kommt unter anderem in einem stetig wachsenden Anteil der leistungsfähigeren Traktoren zum Ausdruck. Von 1960 bis 1969 wuchs

<sup>74</sup> IX. Deutscher Bauernkongreß. Protokoll, a. a. O., S. 346.

<sup>75</sup> Von 1960 bis 1969 wuchsen die jährlichen Investitionen in der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft der DDR von 1 929 Millionen auf 4 601 Millionen Mark. (Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 44.)

<sup>76</sup> Kiesler, Bruno, Entwicklungsprobleme unserer Landwirtschaft, in: Einheit, Nr. 4/1971, S. 722.

<sup>77</sup> Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 48, 50.

der Anteil der Traktoren-Leistungsklasse über 40 PS von 38,6 auf 46,2 Prozent.<sup>78</sup> Ein anderes instruktives Beispiel ist die Verwendung des Hochleistungsmähreschers E 512. Im Jahre 1969 wurden schon 31,3 Prozent der Getreidefläche der DDR mit dem neuen Mährescher abgeerntet.<sup>79</sup> Kooperativer Einsatz vergrößerte dazu noch beträchtlich den Auslastungsgrad der modernen Geräte.

Tabelle 9

Entwicklung des Maschinenbestandes in der sozialistischen Landwirtschaft<sup>+</sup>

Jahr	Traktoren <sup>++</sup>	Mährescher	Kartoffelvollerntemaschinen	Rübenvollerntemaschinen
1963	111 226	12 849	6 899	4 802
1966	132 761	16 776	7 426	5 346
1969	145 838	18 301	10 023	6 799 <sup>+++</sup>

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 197.

++ Traktoren insgesamt, unabhängig von der Leistungsklasse.

+++ Zahl für 1968.

Tabelle 10

Mit Großmaschinen durchgeführte Erntearbeiten in der sozialistischen Landwirtschaft<sup>+</sup> (in % der Erntefläche)

Jahr	mit Mähreschern gemähte Getreidefläche		mit Vollerntemaschinen gerodete Fläche	
	Kartoffelfläche	Rübenfläche	Kartoffelfläche	Rübenfläche
1960	37,9	24,6	46,1	
1965	71,4	30,2	74,8	
1969	98,2	70,0	97,7	

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 198.

In den zukünftigen Jahren ist für die Pflanzenproduktion eine weitere stürmische Entwicklung der Mechanisierung zu erwarten. Mit der Einführung neuartiger moderner Maschinensysteme - erste Schritte dazu wurden in den letzten Jahren eingeleitet - erfolgt schrittweise ein Übergang zur komplexen durchgängigen Mechanisierung ganzer Produktionsketten. Eine wichtige Hilfe leistet hierbei die internationale sozialistische Zusammenarbeit mit der UdSSR und allen anderen Mitgliedern der sozialistischen Staatengemeinschaft.<sup>80</sup> Stimulierend wirkt sich auf diesen Prozeß vor allem auch die planmäßige Gestaltung der Formen der gesellschaftlichen Organisation der Produktion aus, vor allem gilt das für die Spezialisierung und die Kooperation.

78 Ebenda, S. 197.

79 Feldwirtschaft, Nr. 5/1970, S. 195.

80 Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan, a. a. O., S. 21; Palagatschev, N., Über die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW auf dem Gebiet der Landwirtschaft, in: Internationale Zusammenarbeit der Landwirtschaft, Nr. 1/1969, S. 13.

Die fortschreitende Mechanisierung der Pflanzenproduktion wurde durch ein umfangreiches Programm zur Hebung der Bodenfruchtbarkeit ergänzt. Im Mittelpunkt stand und steht dabei, "die wissenschaftlichen Grundlagen für die Umgestaltung der Böden zu erforschen, das heißt große Bodenflächen zu homogenisieren, die Ackerkrume zu vertiefen und die Unterböden zu verbessern, den Wasser- und Luftaushalt zu regulieren, die Bodenfruchtbarkeit durch chemische Produkte zu verbessern und mikrobiologische Prozesse im Boden zu steuern."<sup>81</sup> Hinsichtlich des Mineraldüngereinsatzes steht die DDR zwar mit an der Weltspitze, und seit 1960 sind die dafür getätigten Aufwendungen besonders rasch angewachsen, dennoch sollen auch hier die Aufwandmengen bis 1975 noch beträchtlich erhöht werden.<sup>82</sup>

Tabelle 11

Belieferung der Landwirtschaft der DDR mit mineralischen Düngemitteln<sup>+</sup>  
(Reinnährstoff in kg je ha LN)

Jahr	N	P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>	CaO	K <sub>2</sub> O
1950	27,8	14,2	85,4	51,1
1960	38,0	32,7	128,8	82,3
1965	62,4	52,6	202,2	85,7
1969	79,6	58,7	191,4	92,3

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 26.

Außerdem steht das Bemühen, die Effektivität des Düngereinsatzes zu verbessern<sup>83</sup>, im Mittelpunkt der Forschungsvorhaben zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit. Eine hervorragende Bedeutung für die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit besitzen auch die seit 1964 erheblich ausgedehnten Ent- und Bewässerungsmaßnahmen. Innerhalb eines Jahrzehnts, also bis 1969, erhöhten sich die Aufwendungen für derartige Meliorationsarbeiten auf annähernd das Dreieinhalbfache.<sup>84</sup> Bis 1980 sollen zusätzlich 1,2 Millionen Hektar Land, das sind 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR, entwässert und zirka 1 Million Hektar bewässert werden.<sup>85</sup>

Gegenüber der Mechanisierung der Pflanzenproduktion weist die Tierproduktion zwar noch einen gewissen Rückstand auf, dennoch haben sich auch in diesem Bereich im letzten Jahrzehnt wichtige Veränderungen vollzogen. Fütterung, Entmistung und Milchgewinnung sind in den Stallanlagen der sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetriebe fast ausnahmslos mechanisiert oder zumindest teilmechanisiert. Zahlreiche neue Stallanlagen entstanden. Von

81 Rübensam, Erich, Die Aufgaben der Wissenschaft bei der Lösung der Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, in: Kooperation, Nr. 7/1968, S. 35; siehe auch VIII. Deutscher Bauernkongreß, a. a. O., S. 339 ff.

82 Direktive des VIII. Parteitag der SED zum Fünfjahrplan, a. a. O., S. 20 f.

83 Ziesch, B., Erfahrungen und Aufgaben der LPG, GPG, VEG und kooperativen Einrichtungen der Feldwirtschaft bei der Entwicklung einer vorbildlichen sozialistischen Ackerkultur zur weiteren Intensivierung der Produktion, in: Agrarforum, Nr. 1/1971, S. 5 f.

84 Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 161.

85 Ewald, Georg, Die weitere Durchführung der Beschlüsse des VII. Parteitag der SED zur Steigerung der Produktion und für den schrittweisen Übergang zu industriemäßigen Formen der Leitung und Organisation der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, in: Kooperation, Nr. 7/1968, S. 13.

1960 bis 1969 wurden den VEG und LPG zirka 2 Millionen neue Rinder- und 2,7 Millionen neue Schweinestallplätze zur Verfügung gestellt.<sup>86</sup> Dazu kommt noch eine Anzahl hochmechanisierter, industriemäßig produzierender staatlicher Großanlagen der Tierproduktion, die Kombinate für industrielle Mast.

## 2.5. Steigerung des Bildungsniveaus der Werktätigen

Der schrittweise Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden, der sich beschleunigende wissenschaftlich-technische Fortschritt veränderten die charakteristischen Merkmale der bäuerlichen Arbeit in entscheidendem Maße. Die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse als unmittelbare Produktivkraft stellt höhere Anforderungen an das Qualifikationsniveau der in der Landwirtschaft arbeitenden Werktätigen. Wachsende Kooperationsbeziehungen führen zu neuen Formen der Gemeinschaftsarbeit. Damit wächst zugleich der Verantwortungsbereich des einzelnen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Im Verhältnis von geistiger und körperlicher Arbeit entwickeln sich neue Proportionen. Komplizierte Arbeit tritt immer stärker an die Stelle der bisherigen einfachen Arbeit, da sich der Mensch aus dem unmittelbaren Produktionsablauf ständig mehr löst und in wachsendem Maße Regel- und Kontrollfunktionen übernimmt. Zugleich nimmt der Anteil der lebendigen Arbeit an der Gesamtarbeit ständig ab und wird durch vergegenständlichte Arbeit ersetzt. 1969 betrug der Anteil der vergegenständlichten Arbeit an den Kosten in der Land- und Forstwirtschaft der DDR schon 55 Prozent, im Jahre 1975 wird er bei 68 Prozent liegen.<sup>87</sup>

In den Vordergrund rücken also die wissenschaftlich-schöpferischen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Produzenten. Auf Initiative der Partei der Arbeiterklasse orientierten daher die staatlichen Leitungsorgane die landwirtschaftlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen der DDR während der vergangenen Jahre nachdrücklich auf diese neuen Aufgaben. Akademie- und Hochschulreform rationalisierten nicht nur die Forschung, sondern vor allem auch die Erziehung und Ausbildung der leitenden Kader. Neben der Spezialisierung der Ausbildung bei gleichzeitiger Erhöhung der Disponibilität der Studenten steht dabei das Bestreben im Vordergrund, die Fähigkeiten zur selbständigen wissenschaftlichen Arbeit noch mehr zu fördern; denn nur dann wird der Absolvent die sich aus dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik an die Praxis ergebenden Forderungen erfolgreich bewältigen können. Entsprechende Veränderungen vollzogen sich auch in der Fachschul- und Berufsausbildung. Außerdem entstanden zahlreiche Weiterbildungsinstitutionen, die sich damit beschäftigen, das vorhandene Bildungsniveau der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungstendenz entsprechend zu erweitern.<sup>88</sup> Von besonderer Bedeutung sind hier die Kooperationsakademien, die für einen Komplex kooperierender LPG die Aus- und Weiterbildung von Facharbeitern, Meistern und Spezialisten übernommen haben. Sie organisieren den Erfahrungsaustausch, führen Exkursionen durch und übernehmen die Anleitung für den polytechnischen Unterricht in den Oberschulen. In den letzten Jahren wurde auch verstärkt das Fernsehen in die landwirtschaftliche Weiterbildung einbezogen.

Der wachsende Anteil der vergegenständlichten Arbeit am landwirtschaftlichen Produktionsprozeß bedingte einen Rückgang der Arbeitskräfte in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. Von 1960 bis 1969 sank die Zahl der in der Landwirtschaft voll beschäftigten Berufstätigen auf 78,8 Prozent.<sup>89</sup> Der abnehmenden Zahl an Arbeitskräften stand in diesen Jahren ein beträchtliches Ansteigen des Qualifikationsstandes gegenüber.

86 Siehe dazu Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 162.

87 Grüneberg, Gerhard, 25 Jahre marxistisch-leninistische Agrarpolitik, in: Einheit, Nr. 9/1970, S. 1133.

88 X. Deutscher Bauernkongreß. Protokoll, a. a. O., S. 183 f.

89 Berufstätige der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft, errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 20, 57.



Tabelle 12

Ständige Berufstätige mit Hochschulabschluß und Meisterprüfung  
in der spezialisierten Landwirtschaft<sup>+</sup>

Jahr	Hochschul- abschluß <sup>++</sup>	Fachschul- abschluß <sup>++</sup>	Meister- prüfung <sup>+++</sup>
1963	6 754	22 936	28 541
1966	8 804	28 047	34 662
1969	10 852	32 357	42 684

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 66, 196.

++ Für die Land- und Forstwirtschaft.

+++ Nur für die Landwirtschaft.

Waren es 1963 nur 17,8 Prozent der Berufstätigen in der Landwirtschaft, die über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten, so betrug dieser Anteil 1969 schon 48,2 Prozent.<sup>90</sup> Am schnellsten erhöhte sich aufgrund einer Vielzahl von Weiterbildungslehrgängen die Zahl der Facharbeiter. Sie wuchs innerhalb von sechs Jahren (1963 bis 1969) von 137 000 auf 364 000 an.<sup>91</sup>

Im vergangenen Jahrzehnt erreichte also das sozialistische Bildungssystem in der Landwirtschaft Leistungen, die unter kapitalistischen Bedingungen unvorstellbar sind. "Aufbauend auf dem Erreichten geht es jetzt darum, entsprechend den qualitativ neuen Forderungen ... durch eine zielstrebige staatliche Leitung und wachsende Eigenverantwortung der LPG Bildungsvorlauf zu schaffen, das heißt, die Bildung als bedeutenden Wachstumsfaktor der gesellschaftlichen und ökonomischen Gesamtentwicklung auf dem Lande wirksam zu machen."<sup>92</sup>

## 2.6. Steigerung der Erträge und der Effektivität der Pflanzen- und Tierproduktion

Die fleißige Arbeit der Werktätigen aus den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben, neue Formen der Leitung und Organisation der Produktion, das wachsende Qualifikationsniveau, verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen sowie wissenschaftlich-technische Fortschritte bewirkten eine stetige Erhöhung der Erträge in der Pflanzen- und Tierproduktion. Ungünstige Witterungsbedingungen führten zwar bei einigen pflanzlichen Produkten in den Jahren 1969 und 1970 zu Stagnationserscheinungen, die Entwicklung der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion zeigt dennoch in dem fast zwanzigjährigen Zeitraum einen positiven Trend.

<sup>90</sup> Errechnet nach ebenda, S. 196.

<sup>91</sup> Ebenda.

<sup>92</sup> Grüneberg, Gerhard, 25 Jahre marxistisch-leninistische Agrarpolitik, a. a. O., S. 1136.

Tabelle 13

Entwicklung des Nettoprodukts in der Land- und Forstwirtschaft der DDR<sup>+</sup>  
(in vergleichbaren Preisen, 1950 = 100)

Jahr	Index	Jahr	Index	Jahr	Index
1950	100	1964	128	1967	152
1960	135	1965	136	1968	151
1963	125	1966	143	1969	139

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 40.

Noch günstiger wird das Bild, wenn die Produktionsleistung je Berufstätigen in der Landwirtschaft dargestellt wird. Diese Zeitreihe beweist, daß die Effektivität der lebendigen Arbeit in den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben seit 1962/1963 weiterhin große Fortschritte gemacht hat. Zugleich zeigt diese Reihe, da es sich ja um das Nettoprodukt der Landwirtschaft handelt, daß sich auch die Effektivität der Gesamtarbeit positiv entwickelt hat.

Tabelle 14

Nettoprodukt je Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft der DDR<sup>+</sup>  
(in Mark zu vergleichbaren Preisen)

Jahr	M je Berufstätigen	Jahr	M je Berufstätigen
1950	4 440,90	1966	11 101,13
1960	9 195,55	1967	12 032,92
1963	8 849,40	1968	12 567,42
1965	10 302,80	1969	12 067,25

+ Errechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 20, 40.

Den schnellsten Ertragszuwachs innerhalb der Pflanzenproduktion weist der Getreidebau auf. Der Trend seiner absoluten Zunahme stieg in den letzten Jahren sogar noch an. Nicht so erfreulich ist dagegen die Entwicklung der Kartoffel- und Zuckerrübenenerträge. Aber auch für diese Kulturen wurde die Stagnation in den vergangenen acht Jahren überwunden.

Tabelle 15

Hektarerträge von Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben<sup>+</sup>  
(in dt pro ha Erntefläche)

Jahre	Hektarerträge pro Jahr der Periode für die Kulturen		
	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
1951/54	23,0	166,4	282,5
1955/58	24,2	159,0	272,4
1959/62	25,0	164,1	238,5
1963/66	26,8	176,9	278,5
1967/70	30,8	183,8	312,4

+ Errechnet nach Statistisches Taschenbuch der DDR 1971, Berlin 1971, S. 86.

Die Entwicklung der Viehbestände verlief in den letzten Jahren ebenfalls unterschiedlich. Am stärksten wuchsen die Rinderbestände, allerdings gilt das nicht in gleicher Weise für den Anteil der Milchkühe. Auch die Zahl der Schweine nahm zu, schwankte aber von Jahr zu Jahr teilweise beträchtlich. Weder die Rinder- noch die Schweinebestände erreichten jedoch die Zuwachsraten des vorhergehenden Jahrzehnts. Die Anzahl der Legehennen nahm sogar ab. Diese Entwicklungstendenz nach 1962/1963 erklärte sich vor allem daraus, daß die staatliche Agrarpolitik das Interesse der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe vorrangig auf eine Steigerung der Leistung der Tiere und erst in zweiter Linie auf die Erhöhung der Bestände richtete. Das Ansteigen der Leistungen je Tier bestätigte nachdrücklich die Richtigkeit dieser agrarpolitischen Maßnahme.

Tabelle 16

Entwicklung der Viehbestände in der DDR<sup>+</sup>  
(in 1 000 Stück)

Jahr	Rinder	Schweine	Legehennen
1950	3 614,7	5 704,8	8 725,1
1960	4 675,3	8 316,1	28 120,8
1965	4 762,3	8 877,8	26 008,5
1969	5 171,4	9 237,3	25 266,2

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 27.

Tabelle 17

Erzeugung von Agrarprodukten je Tier<sup>+</sup>

Jahr	kg Milch je Milchkuh (3,5 % Fettgehalt)	Eier je Legehenne (Stck.)
1950	1 891	
1960	2 646	135
1965	2 982	143
1969	3 363	163

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 27, 222.

Noch schneller als die Tierbestände und die Leistungen je Tier nahm das staatliche Aufkommen an tierischen Erzeugnissen zu. Dies Ergebnis ist vor allem auf den sinkenden Eigenverbrauch der Landwirtschaft zurückzuführen, nicht zuletzt ein Ergebnis der rationelleren Gestaltung des Produktionsprozesses.

Tabelle 18

Entwicklung des staatlichen Aufkommens an tierischen Produkten<sup>+</sup>

Jahr	Schlachtvieh (Lebendgewicht in 1 000 t)	Milch (in 1 000 t, 3,5 % Fettgehalt)	Eier (in Mill.Stck.)
1950	375,9	1 739,4	314,3
1960	1 062,5	4 878,3	2 176,3
1965	1 321,8	5 693,6	2 908,5
1969	1 571,4	6 564,2	3 218,5

+ Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, Berlin 1970, S. 28.

Insgesamt gesehen, sind also die Produktionsleistungen der Landwirtschaft der DDR im vergangenen Jahrzehnt erheblich gestiegen. Zur Zeit werden 76 Prozent des Nahrungs- und Genußmittelbedarfs der DDR aus der eigenen Produktion gedeckt. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln beruht mit Ausnahme von Butter und einigen Arten von Obst und Gemüse ausschließlich auf der landwirtschaftlichen Erzeugung der DDR. 25 Prozent des Gesamtwarenfonds der Bevölkerung liefern LPG und VEG.<sup>93</sup> Nach ihrem Intensitätsniveau und nimmt damit zugleich einen führenden Platz unter den Staaten der Welt ein.

### 3. Schlußbemerkungen

Zwei Jahrzehnte sind seit der II. Parteikonferenz der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vergangen. In dieser Zeit veränderte sich die sozialökonomische Struktur auf dem Lande in grundlegender Weise. Unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse

93 Kiesler, Bruno, a. a. O., S. 719.

siegten die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft, wurde die Bauernbefreiung in der DDR beendet und damit zugleich die schwierigste Aufgabe des sozialistischen Aufbaus, die Einbeziehung der kleinen bäuerlichen Warenproduktion in die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, erfolgreich gelöst. Es waren die sozialen und ökonomischen Bedingungen entstanden, auch in der Landwirtschaft zum umfassenden Aufbau des Sozialismus überzugehen. Heute verfügt die DDR über eine moderne hochmechanisierte landwirtschaftliche Produktion, die nach den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft organisiert wird.

Wesentliche Fortschritte quantitativer und qualitativer Art machten selbstverständlich seit Beginn der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft die Arbeits- und Lebensbedingungen auch der ländlichen Bevölkerung der DDR. Durch die Mechanisierung der Agrarproduktion wird die schwere körperliche Arbeit immer mehr erleichtert. Landambulatorien, Kindergärten, Dienstleistungseinrichtungen usw. verringerten ständig die Unterschiede im Lebensniveau zwischen Stadt und Land. Regelmäßiger Urlaub ist für die Genossenschaftsbauern der DDR heute schon eine Selbstverständlichkeit. Durch Zahlungen der Sozialversicherung bei Krankheit und im Alter wuchs ihre soziale Sicherheit beträchtlich. Wachsende Einnahmen der LPG ermöglichen es den Genossenschaftsbauern, auch ihre individuellen Lebensbedingungen ständig zu verbessern.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern wurde in diesem gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß systematisch erweitert und vertieft. Die übergroße Mehrheit unserer Genossenschaften erfüllt heute in vorbildlicher Weise ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber der Gesellschaft und dokumentiert damit überzeugend die Lebenskraft der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. Die Angehörigen der Klasse der Genossenschaftsbauern entwickelt sich mehr und mehr zu allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeiten. Geführt von der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse, überwand die Genossenschaftsbauern den konservativen bäuerlichen Individualismus und ersetzten ihn durch gegenseitige Hilfe und kooperative Zusammenarbeit. Heute reichen diese neuen Formen der gesellschaftlichen Organisation der Produktion schon weit über die Grenzen der einzelnen Genossenschaft hinaus, denn die Erfahrungen der Praxis haben bestätigt, daß die LPG ihre Fonds zur Erweiterung der Produktion am effektivsten in Kooperation mit anderen Genossenschaften nutzen können.

Der Weg bis zu einem solchen Ergebnis war nicht einfach. Viele Schwierigkeiten und Konflikte mußten gelöst werden. Die Erfolge wurden in der DDR jedoch nur erreicht, weil an der Spitze dieses gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands stand, die sich bei all ihren agrarpolitischen Zielsetzungen und Entscheidungen ausschließlich von den Interessen der werktätigen Klassen und Schichten leiten ließ. Auf diese Weise gelang es, die ständige Festigung und Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft untrennbar mit einer stetigen Steigerung der Agrarproduktion zu verknüpfen.

Die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und die wachsenden Anforderungen zur Meisterung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts stellen den LPG und VEG immer größere gesellschaftliche Aufgaben. In den Beschlüssen des VIII. Parteitagess wurde darauf noch einmal nachdrücklich hingewiesen. Das feste Bündnis aller werktätigen Klassen und Schichten in unserer Republik, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in diesem Bündnis und die darauf basierende Zielstrebigkeit und Kontinuität der marxistisch-leninistischen Agrarpolitik garantieren jedoch, daß die sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe der DDR auch diese neuen Ziele erfolgreich erfüllen werden.

## ZUR FÜHRENDEN ROLLE DER PARTEIORGANISATION BEI DER ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN UND IHRE DARSTELLUNG IN DER AGRAREN BETRIEBSGESCHICHTSSCHREIBUNG

unter besonderer Berücksichtigung des Bezirkes Cottbus

von Helmut Winzer

1. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR und der neue Inhalt der agraren Betriebsgeschichtsschreibung
2. Die Darstellung der Rolle der SED-Betriebsparteiorganisation in der LPG als ein bedeutender Bestandteil der Historiographie sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe
3. Zu einigen methodologischen Fragen

Zwanzig Jahre sozialistischer Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, die unter Führung der Arbeiterklasse die Bauernschaft zum sozialistischen Eigentümer, Träger und Mitgestalter des gesellschaftlichen Fortschritts werden ließ, wandelten das Leben im Dorf grundlegend. Welche Triebkräfte bewirkten in historisch kurzer Zeit die gewaltigen sozialökonomischen Veränderungen?

In der folgenden Studie wird versucht, die Rolle der SED-Parteiorganisation in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft zu untersuchen und aus ihrer Darstellung in der agraren Betriebsgeschichtsschreibung anhand einiger Aspekte nachzuweisen, wie sie ihren bedeutenden Beitrag zur genossenschaftlichen Entwicklung leistete.

### 1. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR und der neue Inhalt der agraren Betriebsgeschichtsschreibung

Als Walter Ulbricht im Juli 1952 auf der II. Parteikonferenz den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und damit den Beginn der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik proklamierte, erwähnte er in seiner denkwürdigen Rede erstmals die nun in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu bildenden Grundorganisationen der Partei.<sup>1</sup>

Diese Darlegungen, Ausdruck des Übergangs zu neuen gesellschaftlichen Verhältnissen, sind für die agrare Betriebsgeschichtsschreibung in zweierlei Hinsicht von Bedeutung.

Sie erhielt einen neuen, einen sozialistischen Inhalt und wurde zur Historiographie sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe. Wann hätte bisher der bäuerliche Produzent, die Hauptproduktivkraft auf dem Lande, im Mittelpunkt betriebsgeschichtlicher Untersuchungen und Darstellungen gestanden? Die agrare Betriebsgeschichte im Kapitalismus schenkte den werk-

1 Ulbricht, Walter, Die Bauernbefreiung in der DDR, Bd. 1, Berlin 1961, S. 294.

tätigen Bauern, Angehörigen einer in diesem System zerfallenden Klasse, keine Aufmerksamkeit. Sie hätte die Gesellschaft anklagen müssen, in der die Parzelle des Bauern nur noch der Vorwand ist, "der dem Kapitalisten erlaubt, Profit, Zinsen und Rente von dem Acker zu ziehen und den Ackerbauer selbst zusehn zu lassen, wie er seinen Arbeitslohnherausschlägt."<sup>2</sup>

Um den bäuerlichen Betrieb zum Gegenstand der agraren Betriebsgeschichte zu erheben, mußte offensichtlich als entscheidende Voraussetzung die volle Befreiung der Bauern von Ausbeutung und Unterdrückung gegeben sein. "Nur der Fall des Kapitals kann den Bauern steigen machen", hatte Karl Marx nach seinen Untersuchungen resümiert.<sup>3</sup>

Aber auch die Fessel der einzelbäuerlichen Produktionsweise mußten sie abstreifen, die den Bauern keine Bedingungen bot, eine Historiographie einzelbäuerlicher Betriebe - von den kleinen Warenproduzenten selbst verfertigt - entstehen zu lassen. Die voneinander isolierten Bauern waren unfähig, allein und von sich aus die Ausbeutung durch das Kapital zu überwinden und zum kollektiven Großbetrieb überzugehen. Die Veränderung ihrer sozial-ökonomischen Verhältnisse bedurfte einer gesellschaftlichen Kraft, die, in den Grundinteressen als werktätige Klasse mit den ihren übereinstimmend, ihnen Weg und Ziel wies und sie unterstützte. Die Arbeiterklasse, aufgrund ihrer Stellung in der Produktion am fortschrittlichsten und mit einer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze, verfügt über alle Eigenschaften, Führer der werktätigen Bauern in eine ausbeutungsfreie Gesellschaft, zum Sozialismus und Kommunismus, zu sein.

Ein Bündnis der zwei werktätigen Klassen lag in beiderseitigem Interesse, denn "der Exploiteur ist derselbe: das Kapital", schrieb Karl Marx.<sup>4</sup> Ihre Ausbeutung unterschied sich nur der Form nach. Sie zu überwinden, setzte die Eroberung der politischen Macht voraus, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die auf dessen Bündnis mit der Bauernschaft beruht.

Grundprinzip der Agrarpolitik unserer marxistisch-leninistischen Partei war deshalb, ein solches Bündnis, das ja nicht spontan entsteht, zu schaffen und zu festigen.

Nach dem Sieg der Sowjetunion und der anderen Völker der Antihitlerkoalition über das faschistische Regime in Deutschland leitete die demokratische Bodenreform gegen den hartnäckigen Widerstand reaktionärer Kräfte auf dem Gebiet der DDR die Bauernbefreiung ein. Sie enteignete die Großgrundbesitzer, Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und gab 2,1 Millionen Hektar Land an 560 000 Bauern, Landarbeiter und Umsiedler. In dieser gemeinsamen Massenaktion der Arbeiter und Bauern wurde die Kraft eines Bündnisses sichtbar, das nun zur stabilen politischen Basis der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung werden konnte.

Der sozialistische Aufbau in der DDR ist durch eine Reihe von Wesenszügen gekennzeichnet, zu denen die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft zählt. Ihre Durchführung war die komplizierteste Aufgabe.

Zur Sicherung einer planmäßigen, proportionalen Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft wurde die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ökonomisch notwendig. Dabei konnte gleichzeitig der Doppelcharakter der einfachen bäuerlichen Warenproduktion, in der die Produzenten sowohl Werktätige als auch Privateigentümer an Produktionsmitteln waren, allmählich überwunden werden. Die weitere Entwicklung der Produktion und der Produktivkräfte

2 Marx, Karl, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 201.

3 Derselbe, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 84.

4 Ebenda.

te, die Stärkung des politischen Bündnisses der beiden werktätigen Klassen erforderte, den sozialistischen Weg zum landwirtschaftlichen Großbetrieb einzuschlagen.

Die MAS (Maschinen-Ausleih-Stationen), häufig als Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande bezeichnet, ausgerüstet mit moderner Landtechnik, führten die Bauernschaft schrittweise an den Übergang zur genossenschaftlich-sozialistischen Produktion heran. Sie demonstrierten ihr, daß im Kleinbetrieb die Technik nicht rationell angewendet werden konnte. In einigen Dörfern waren bereits Bauern zur gemeinsamen Produktion übergegangen. Gunter Sandner untersuchte in einer agraren Betriebsgeschichte den Werdegang einer solchen Genossenschaft in Ilberstedt, Kreis Bernburg, und wie auf diese Weise die Keime der späteren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des Ortes entstanden.<sup>5</sup>

Die subjektiven Bedingungen für den Übergang zur genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsweise reiften heran. Den Entwicklungstendenzen in der DDR und den Erfordernissen des Kampfes gegen den in der BRD wiedererstandenen deutschen Imperialismus Rechnung tragend, beschloß die II. Parteikonferenz: "Den Landarbeitern und werktätigen Bauern, die sich auf völlig freiwilliger Grundlage zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, ist die notwendige Hilfe zu gewähren und dadurch zugleich das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu festigen."<sup>6</sup>

Die Bildung von LPG war von revolutionärer Tragweite. Sie überwand die private Kleinproduktion durch die genossenschaftliche Großproduktion, die auf dem genossenschaftlich-sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhte. In den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erhielt die bäuerliche Arbeit somit einen neuen Charakter. Sie war von Ausbeutung freie Arbeit, die durch die genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsverhältnisse ihre bestimmenden Merkmale erhielt.

Aus den differenzierten bäuerlichen Schichten und ehemaligen Landarbeitern entwickelte sich mit der Genossenschaftsbewegung allmählich die Klasse der Genossenschaftsbauern, eine Grundklasse der sozialistischen Gesellschaft.

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, die die Arbeits- und Lebensverhältnisse auf dem Lande veränderte, war nur mit den Bauern und durch die Bauern unter Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe<sup>7</sup> möglich. Lenin entwickelte in seinem Genossenschaftsplan die allgemeingültigen Prinzipien des Übergangs der Bauern zum Sozialismus, die Richtschnur der marxistisch-leninistischen Agrarpolitik der SED waren.

Dazu gehörten vor allem:

die Führung und allseitige Unterstützung des Übergangs zur genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsweise durch die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Partei;

die Wahrung der Freiwilligkeit der bäuerlichen Entscheidungen auf der Grundlage der Überzeugung;

die schrittweise Vergenossenschaftlichung, entsprechend den differenzierten Entwicklungsbedingungen mittels einer ganzen Reihe allmählicher Übergangsstufen.<sup>8</sup>

5 Sandner, Gunter, Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Ilberstedt, Kreis Bernburg (1952 - 1960), phil. Diss. Rostock 1968 (Ms.).

6 Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der SED, 9. bis 12. Juli 1952, Berlin 1952, S. 494.

7 Siehe Engels, Friedrich, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 499.

8 Lenin, W. I., Rede auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Landabteilungen, der Komitees der Dorfarmut und der Kommunen, in: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 345.



In einer Direktive umriß das Sekretariat des Zentralkomitees der SED, die Beschlüsse der II. Parteikonferenz in die praktische Parteiarbeit übertragend, Aufgaben und Rolle der Parteiorganisationen in den LPG.<sup>9</sup>

Es ging dabei von der marxistisch-leninistischen Erkenntnis aus, daß die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft nicht ohne die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei in den Dörfern möglich sei. Auch die sich herausbildende Klasse der Genossenschaftsbauern mußte von der Partei der Arbeiterklasse geführt werden, denn die seit Generationen in kleinen Betrieben wirtschaftenden Bauern und die Landarbeiter besaßen nicht die Fähigkeit, aus sich selbst heraus auf der Grundlage des genossenschaftlich-sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln den Sozialismus umfassend aufzubauen und seine Überlegenheit allseitig zu beweisen. Deshalb beschäftigte sich das Zentralkomitee mit der Frage, wie, mit welchen Mitteln, Formen und Methoden der unmittelbare, initiative Parteieinfluß in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften auszuüben wäre.

Der genossenschaftliche Zusammenschluß der Bauern war zwar der entscheidende, aber eben der erste Schritt. Jetzt mußte der komplizierte Übergang von der privaten einzelbäuerlichen Arbeit zur genossenschaftlich-sozialistischen Arbeit konkret vollzogen werden. Die marxistisch-leninistische Partei mußte in den LPG und in den Dörfern als politisch-ideologische Führungskraft wirksam werden. Diese funktionelle Aufgabe bestimmte die Notwendigkeit und Rolle der ländlichen Grundorganisationen der SED.

In den Dörfern waren meist nach 1945 im Verlauf und im Ergebnis der demokratischen Bodenreform Parteiorganisationen entstanden. Naturgemäß fehlte oft eine traditionelle Verankerung der Arbeiterbewegung auf dem Lande. Günstig wirkte sich allerdings aus, daß ehemalige Industriearbeiter, Mitglieder der Arbeiterpartei, als Bürgermeister fungierten oder auch Neubauernhöfe übernahmen. Sie stellten den aktiven Kern dar, obwohl ihre Gesamtzahl relativ gering blieb. Beindruckt durch die Auswirkungen der faschistischen Diktatur, besonders durch die Erlebnisse im 2. Weltkrieg, suchten zahlreiche werktätige Bauern einen Ausweg und schlossen sich in ihrer antifaschistisch-demokratischen Einstellung ebenfalls der Partei der Arbeiterklasse an.

So zählte beispielsweise die örtliche Grundorganisation der Gemeinde Beyern, Kreis Herzberg, zeitweilig 45 Mitglieder.<sup>10</sup>

Ein Teil dieser werktätigen Einzelbauern schied jedoch wieder aus der Partei aus, als sich die SED zur Partei neuen Typus entwickelte und wichtige Grundfragen des Marxismus-Leninismus behandelt wurden, die sie damals noch nicht verstanden. Offensichtlich war es besonders schwierig, mit ländlichen Grundorganisationen der Partei der Arbeiterklasse, in denen ein starkes proletarisches Aktiv fehlte, den progressiven Einfluß in den Dörfern kontinuierlich zu entwickeln und zu erhöhen. Diese komplizierte Aufgabe ließ sich nur in konsequenter Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus erfüllen, indem um die volle Verwirklichung der Parteibeschlüsse, die Ausdruck objektiv herangereifter gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse sind, gekämpft wurde. Da jedoch die Parteimitglieder in der überwiegenden Mehrzahl, genährt durch ihre sozialökonomische Stellung als werktätige Einzelbauern, der Denkweise kleiner Warenproduzenten eng verbunden waren und nur geringe Erfahrung in der politischen Arbeit besaßen, wurde die ideologisch-organisatorische Festigung der Parteiorganisationen eines der wichtigsten Kettenglieder, um erfolgreich die

<sup>9</sup> Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees über die Bildung und die Arbeit der Parteiorganisationen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in: Dokumente der SED, Bd. 4, Berlin 1954, S. 166 – 170.

<sup>10</sup> Angabe im Tätigkeitsbericht der Kreispartei kontrollkommission Herzberg der SED, 27. 7. 1954, Verwaltungsarchiv der Kreisleitung Herzberg.

Landwirtschaft sozialistisch umzugestalten. Zuerst kam es darauf an, beispielhaft beim Zusammenschluß zur landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft voranzugehen.

In ihren Vorbehalten führten die Mitglieder der Parteiorganisationen häufig die gleichen Hinderungsgründe an wie die übrigen werktätigen Einzelbauern – die örtlichen Besonderheiten. Hier trat auf spezifische Weise die Frage nach der Anwendungsmöglichkeit verallgemeinernder zentraler Parteibeschlüsse auf die besonderen örtlichen Bedingungen auf.

Den Parteimitgliedern und darüber hinaus allen werktätigen Bauern war das Wesen der Parteibeschlüsse zu erklären. Sie beruhen auf den Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, wenden schöpferisch den Marxismus-Leninismus entsprechend den spezifischen Gegebenheiten des sozialistischen Aufbaus in der DDR an und enthalten die Grundfragen der Politik der SED auf politischem, ökonomischem und ideologisch-kulturellem Gebiet. Damit verkörpern sie die Übereinstimmung der Politik der Partei mit den objektiven Interessen der breiten Massen. Durch beharrliche Überzeugungsarbeit in den ländlichen Grundorganisationen wurde bei der Auswertung der Dokumente der II. Parteikonferenz erreicht, daß zahlreiche Parteimitglieder die Initiative zur Gründung einer LPG ergriffen.

Selbstverständlich stellte die aktive Rolle von Mitgliedern der Ortsparteiorganisation beim genossenschaftlichen Zusammenschluß eine qualitativ neue Grundlage ihrer weiteren politischen Arbeit her. In den jungen LPG, zu denen mindestens drei SED-Mitglieder gehörten, war nach dem Parteistatut eine Grundorganisation zu bilden. Die Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees enthielt nunmehr die Anleitung für die nächsten Aufgaben, die von der Betriebsparteiorganisation im Rahmen der marxistisch-leninistischen Politik der SED zu lösen waren. In jeder Entwicklungsetappe widerspiegelte sich die Kontinuität der Agrarpolitik, stets von den gemeinsamen Grundinteressen der beiden verbündeten Klassen, der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, auszugehen.

Hauptinhalt der künftigen Parteiarbeit wurde, theoretisch begründet und orientiert durch den Leninschen Genossenschaftsplan, die Förderung und Festigung der Produktionsgenossenschaften. Es ergaben sich zwei Funktionen der Betriebsparteiorganisation, eine innere und eine äußere, wobei der inneren die größere Bedeutung zukam.

Aus der inneren Funktion, die führende Rolle bei der weiteren Entwicklung und Festigung der LPG auszuüben und aktives Element des genossenschaftlichen Fortschritts zu sein, ergaben sich drei Aufgaben:

1. Die Parteiorganisation richtete ihr Augenmerk vor allem darauf, die Mitglieder und Kandidaten der Partei zu den besten und vorbildlichsten Mitgliedern der Produktionsgenossenschaften zu erziehen, die sich durch hohe politische Aktivität und gute fachliche Leistungen, durch vorbildliche Disziplin und Einstellung zum genossenschaftlichen Eigentum, durch gute genossenschaftliche Arbeit auszeichnen.
2. Zur Verwirklichung der führenden Rolle war es weiterhin notwendig, die Mitglieder und Kandidaten auf alle genossenschaftlichen Arbeitsabschnitte und Brigaden zu verteilen. Die Erfüllung dieser Aufgabe setzte eine zahlenmäßig starke, ideologisch gefestigte Grundorganisation voraus und war nur durch die Aufnahme der fortschrittlichsten, bewußtesten parteilosen Genossenschaftsbauern in die Reihen der SED zu lösen.
3. Die Parteiorganisation mußte eine enge, untrennbare Verbindung ihrer Mitglieder und Kandidaten zu den Parteilosen herstellen, unter ihnen politisch aufklärend und im sozialistischen Sinne erzieherisch wirken. Sie hat aktiv die gesellschaftliche Arbeit der Massenorganisationen, vor allem der FDJ, zu unterstützen.

Die Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees präziserte diese drei Aufgaben in mehreren Schwerpunkten, die die Grundorganisationen für ihre Arbeitspläne konkreter orientierten. Der Verantwortungsbereich wurde abgegrenzt, um Überschneidungen mit staatlichen Aufgaben zu vermeiden.

Die äußere Funktion drückte sich in der bis zum Sieg der genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsverhältnisse reichenden Periode in zwei Aufgaben aus:

1. In Übereinstimmung mit den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungstendenzen auf der Grundlage der Parteibeschlüsse und der staatlichen Gesetze sollten die günstigsten örtlichen Bedingungen für das Wachstum und die Festigung der LPG geschaffen werden. Das wurde vor allem durch eine aktive Mitarbeit in den örtlichen Organen der Staatsmacht erreicht.
2. Durch unermüdete Überzeugungsarbeit mußten die Mitglieder und Kandidaten der Partei zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Dorfbevölkerung beitragen, unter den werktätigen Einzelbauern den Genossenschaftsgedanken verbreiten, sie für den Eintritt in die LPG gewinnen. Da sie mit den Problemen des Dorfes vertraut, durch vielfältige Beziehungen mit seinen übrigen Einwohnern verbunden, persönlich allen gut bekannt waren, konnte ihre politisch-ideologische Arbeit wirkungsvoll sein.

Der Beschluß verpflichtete gleichzeitig die SED-Kreisleitung und die politischen Abteilungen der MAS zur dauernden, operativen Anleitung der Parteiorganisationen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Der Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees entsprach also den Klasseninteressen der sich entwickelnden Klasse der Genossenschaftsbauern und widerspiegelte die Übereinstimmung der Grundinteressen der Arbeiter und Bauern. Er ging von der dialektischen Einheit der gesamtgesellschaftlichen und der kollektiven, der genossenschaftlichen Aufgaben aus und war ein bedeutendes agrarpolitisches Dokument der SED.

Aus dem Hinweis auf die Verantwortung der SED-Kreisleitungen und der politischen Abteilungen der MAS ergibt sich ein weiteres interessantes Problem für die politische Führungstätigkeit. Welche Kräfte können die bestehende Parteiorganisation festigen? Wie entstehen überhaupt die Bedingungen zu ihrer Bildung? Die Parteiorganisation der LPG setzte sich aus Mitgliedern zusammen, die bisher in der Ortsparteiorganisation (OPO) des Dorfes organisiert waren. Manchmal zögerten jedoch als werktätige Einzelbauern wirtschaftende Parteimitglieder, auf dem genossenschaftlichen Wege voranzugehen; fortschrittliche Parteilose entschieden sich vor ihnen für die Bildung eines genossenschaftlichen Großbetriebes. Also war nicht in allen entstandenen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eine den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechende dynamische Weiterentwicklung der führenden Rolle der Partei möglich, nicht überall gelang es, aus oder neben den örtlichen auch betriebliche Parteiorganisationen der SED zu bilden. Daher war es auch nicht von vornherein gewährleistet, die Masse der Genossenschaften zu erfassen und in allen LPG den unmittelbaren Parteieinfluß zu sichern.

Nicht allein die SED-Kreisleitungen und die politischen Abteilungen der MAS, sondern die gesamte Partei war aufgerufen, als Vorhut und Teil der Arbeiterklasse das Bündnis mit den Bauern auf eine höhere Stufe zu führen. Schon Friedrich Engels hatte gefordert, die Partei müsse "eine Macht werden auf dem Land."<sup>11</sup>

Das Zentralkomitee beschäftigte sich in mehreren grundsätzlichen Beschlüssen mit dem Problem der Stärkung des unmittelbaren Einflusses der Partei auf dem Lande.

Im April 1953 beriet das Sekretariat des ZK erneut über die in raschem Aufschwung befindliche Genossenschaftsbewegung. Aus sowjetischen Erfahrungen lernend, ergriff die Parteiführung eine Maßnahme von politischer und auch sozialer Tragweite. Das Sekretariat des ZK faßte den Beschluß "Über die Entsendung von Arbeitern auf das Land zur unmittelbaren Hilfe bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes".<sup>12</sup> Darin heißt es:

11 Engels, Friedrich, a. a. O., S. 486.

12 Siehe Dokumente der SED, Bd. 4, Berlin 1954, S. 356 - 360.

1. Eine wichtige Methode, mit der die Partei die Masse der Arbeiterklasse zur Unterstützung des Aufbaus des Sozialismus auf dem Lande organisiert, ist die Durchführung von Patenschaften der volkseigenen Betriebe (Hervorhebung von mir - H. W.) mit den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die Betriebsparteiorganisationen müssen sich jetzt auf die verstärkte Hilfe bei der Bildung der Parteiorganisationen in den LPG orientieren und dem Parteisekretär und der Parteileitung bei der Durchführung der politischen und organisatorischen Parteiarbeit Unterstützung und Hilfe geben.

2. Darüber hinaus schickt die Partei erprobte Parteimitglieder und parteilose Industriearbeiter zur ständigen Arbeit auf das Land. Das sind Parteimitglieder und Industriearbeiter, die ... Mitglied der LPG werden, indem sie Land und Vieh erhalten und durch ihre vorbildliche Arbeitsleistung und politische Aktivität bald das Vertrauen der Genossenschaftsbauern gewinnen und die Funktion des Parteisekretärs oder andere wichtige Funktionen in der LPG ausüben ...

3. Andere Parteimitglieder und Industriearbeiter werden ein oder mehrere Jahre auf dem Lande bleiben ...<sup>13</sup> Sie sollten in den politischen Abteilungen der MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen)<sup>14</sup>, als Bürgermeister oder als LPG-Buchhalter tätig sein.

Der Beschluß sah demnach die Patenschaft volkseigener Industriebetriebe mit landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften einerseits und die Übersiedlung von Parteimitgliedern und Industriearbeitern aufs Land andererseits vor.

In den Patenschaftsverträgen wurden die gegenseitigen Verpflichtungen einer solchen Partnerschaft festgelegt. Im Rahmen der politischen Aufgaben halfen Parteimitglieder des Industriebetriebes, den Arbeitsplan der Grundorganisation aufzustellen, nahmen an Mitgliederversammlungen teil und benannten einen Propagandisten für das Parteilehrjahr.

An Landsonntagen besuchten Agitatoren des Betriebes die werktätigen Einzelbauern des Dorfes, um auch sie für den Eintritt in die LPG zu gewinnen. In zahlreichen Arbeitseinsätzen unterstützten die Industriearbeiter die Genossenschaftsbauern bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Es ging hierbei nicht nur schlechthin um wirtschaftliche Hilfe, sondern die Arbeiter übermittelten gleichzeitig ihre produktionsorganisatorischen Kenntnisse aus der kollektiven, sozialistischen Arbeit und bewiesen die Überlegenheit sozialistischer Gemeinschaftsarbeit.

Dem Aufruf, für längere Zeit zur Arbeit ins Dorf zu gehen, waren zahlreiche Parteimitglieder und Gewerkschafter gefolgt. Im Bezirk Cottbus übernahmen vor allem Bergarbeiter und Metallarbeiter eine Aufgabe als Parteisekretär, Brigadier oder leisteten in anderen Funktionen Pionierarbeit. 1956 waren allein in den 261 LPG dieses Bezirkes, darunter 181 des Typs III, 705 Genossenschaftsmitglieder ehemalige Industriearbeiter.<sup>15</sup> In ihrer Mehrzahl Angehörige der SED, erhöhten sie den Parteieinfluß in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erheblich.

Durch diese Maßnahmen erreichte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eine Stärkung der Grundorganisationen in den LPG, die sich in der spürbaren Festigung der Genossenschaften und in einem Aufschwung der gesamten Genossenschaftsbewegung niederschlug. Ein Wesensmerkmal marxistisch-leninistischer Leitungstätigkeit bestand darin, die Parteiorganisationen ständig und konkret anzuleiten. Die Mitarbeiter der Kreisleitungen der SED, die ihnen in den Beschlüssen des Parteitagés, des Zentralkomitees und der gewählten re-

13 Ebenda, S. 357 f.

14 Im Zusammenhang mit der neuen Aufgabe, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu unterstützen, wurden die MAS in MTS umbenannt.

15 Siehe Statistischer Taschenbericht 1956, Bezirk Cottbus, Berlin 1957, S. 78.

gionalen Führungsorgane der Partei gestellten Aufgaben erfüllend, halfen, in den wissenschaftlichen Ideengehalt dieser Beschlüsse einzudringen, um die gesellschaftlichen Prozesse in ihren Zusammenhängen und Wechselbeziehungen richtig zu erkennen und entsprechende politisch-ideologische Aufgaben für den eigenen Wirkungsbereich abzuleiten, die in der täglichen Parteiarbeit der Mitglieder und Kandidaten zu lösen waren. Bedingt durch den Reifegrad der genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte unterschieden sich die Schwerpunkte in den Arbeitsplänen der LPG des Typs I und des Typs III. Jedoch blieb hier wie dort die Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins allgemeine Hauptaufgabe. Eine planmäßige politisch-ideologische Arbeit mußte die marxistisch-leninistische Weltanschauung vermitteln, sich mit den Einflüssen der imperialistischen Ideologie auseinandersetzen. Die Kompliziertheit der Herausbildung sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen ergab sich aus der Tatsache, daß es mehr oder minder starke Rudimente einzelnbäuerlicher Auffassungen zu überwinden galt. Die Anschauungen der Genossenschaftsmitglieder waren in erster Linie ideeller Ausdruck ihrer materiellen Verhältnisse. Selbst in diesem Bereich lebend, stand vor den Parteimitgliedern die schwierige Aufgabe, die nächsten Schritte mit allen Genossenschaftsbauern zu beraten und ihnen die gesellschaftliche Notwendigkeit derselben zu erklären. In diesem Sinne ist die Parteiorganisation in der LPG das Bindeglied zwischen den von der marxistisch-leninistischen Partei vertretenen gesellschaftlichen Interessen und den kollektiven, genossenschaftlichen der Mitglieder einer LPG. Die Parteiorganisation stellt die Übereinstimmung zwischen beiden Interessen her, wobei ihre Interessen allgemeiner Art determinierend sind. Daraus leitet sie ihre führende Rolle ab. Diese Stellung und Verantwortung in der LPG kann aber nicht von der Gründung der Genossenschaft bis in unsere Gegenwart statisch aufgefaßt werden.

Mit der wachsenden Führungsrolle der SED erhöhen sich objektiv auch die Anforderungen an ihre Grundorganisationen. Aus der historischen Mission der Arbeiterklasse ergeben sich die dynamischen, zunehmenden Dimensionen der Aufgaben in den verschiedenen Hauptphasen des sozialistischen Aufbaus und bestimmen jeweils die Grundzüge der politisch-ideologischen Arbeit einer Grundorganisation in der LPG.

Ging es in der ersten Phase um die Durchsetzung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, um den Übergang zur guten genossenschaftlichen Arbeit, die anfangs noch durch die Anwendung einzelnbäuerlicher Produktionsmethoden auf qualitativ höherer Stufe gekennzeichnet war, und um die Festigung der LPG und die Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins der Genossenschaftsbauern, so rückten in der zweiten Phase umfassendere Aufgaben in den Vordergrund.

Bei der Intensivierung der sozialistischen Produktion wurde die Kooperation das Hauptkettenglied für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft. Sie ermöglicht durch die kooperative Zusammenarbeit mehrerer genossenschaftlicher Kollektive den schrittweisen Übergang zu industriemäßigen Formen der Leitung und Organisation der Landwirtschaft.

In der Deutschen Demokratischen Republik sind die Voraussetzungen entstanden, ganze Produktionsketten in kooperativer Arbeit zu organisieren, bei Haupterzeugnissen und wichtigen Verfahren den wissenschaftlich-technischen Höchststand mitzubestimmen und die landwirtschaftliche Produktion allmählich auf das Niveau der Industrie zu heben.

Es handelt sich hierbei um einen langwierigen Prozeß, der die gesellschaftliche Organisation der Produktion, die sozialökonomischen Verhältnisse und die Arbeits- und Lebensweise der Genossenschaftsbauern, die diese Umwälzung durchführen, weiter tiefgreifend verändert.

Die SED fand in der Kooperation die geeignete Form zur Anwendung des Leninschen Genossenschaftsplanes in der neuen Entwicklungsphase. Sie leitet ihre Grundorganisationen in den LPG an, den Genossenschaftsbauern die Einsicht in die gesetzmäßigen Entwicklungsprozesse zu vermitteln und in ihnen die schöpferische Initiative zur Schaffung vielfältiger Koopera-

tionsbeziehungen, zur eigenen Qualifizierung und zur Anwendung industriemäßiger Methoden zu wecken. Die sich erhöhende Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert das gesellschaftliche Denken der Genossenschaftsbauern in weit größeren Maßstäben. Sie hebt die genossenschaftliche Demokratie, die genossenschaftliche Mitwirkung aller Mitglieder auf eine höhere Stufe. Sich für größere Produktionseinheiten, schließlich für die Entwicklung der ganzen sozialistischen Landwirtschaft unserer Republik verantwortlich wissen, birgt die Verpflichtung in sich, keine LPG in ihren Schwierigkeiten zurückzulassen. Die Parteiorganisationen fortgeschrittener Genossenschaften delegierten Leitungskräfte in diese LPG oder halfen durch ihre Patenschaftsarbeit, die Parteiarbeit und die Arbeit des LPG-Vorstandes zu verbessern. Deutlich zeigen sich die wachsende Kraft und die Fähigkeit, mit denen die Parteiorganisationen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ihre Aufgaben meistern.

## 2. Die Darstellung der Rolle der SED-Betriebsparteiorganisation in der LPG als ein bedeutender Bestandteil der Historiographie sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe

In den vorliegenden Publikationen, die in der Deutschen Demokratischen Republik zu betriebsgeschichtlichen Themen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erschienen, werden die Grundorganisationen der SED gebührend behandelt. Man muß hier jedoch unterscheiden, ob es sich um eine Darstellung aller Bereiche einer LPG in einem bestimmten Zeitabschnitt oder um einzelne Aspekte der Entwicklung ausgewählter LPG handelt, deren Beispiel auf die genossenschaftliche Bewegung übertragen werden soll. Bei diesen Teiluntersuchungen, deren Herausgeber häufig regionale Parteiorgane der SED sind und die sich auf Statistiken wirtschaftlicher Kennziffern stützen, steht die politisch-propagandistische Wirksamkeit im Vordergrund. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die schwerpunktmäßige Behandlung der Rolle der Betriebsparteiorganisation (BPO). Andere, nicht thema- und anliegenbezogene genossenschaftliche Bereiche werden weggelassen. Die thematische Begrenztheit läßt es allerdings nicht zu, die Kompliziertheit und die dialektischen Wechselbeziehungen der gesellschaftlichen Prozesse in der Entwicklung einer LPG voll zu erfassen. Auch für landwirtschaftliche Großbetriebe gilt, was L. S. Rogačevskaja für den Industriebetrieb, einen komplizierten sozialen Organismus mit mannigfaltigen Funktionen und Aufgaben, schlußfolgert: Man muß seine Geschichte zumindest unter drei Aspekten untersuchen, unter dem der Produktion, unter sozialem und unter politischem Aspekt.<sup>16</sup>

Deshalb sollten für die Ausarbeitung einer Methodik, wie in der agraren Betriebsgeschichtsschreibung die Rolle der SED-Betriebsparteiorganisation darzustellen ist, Anregungen aus umfassenderen Untersuchungen sowie bereits vorhandenen Monographien und Studien zugrunde gelegt werden. Bei der Vorgabe eines Modells ist es nicht leicht, die SED-Betriebsparteiorganisation mit ihrer Ausstrahlungskraft einem Aspekt zuzuordnen. Von diesen Überlegungen ließ sich offensichtlich Rudolf Berthold leiten, als er in seinem instruktiven, offensichtlich angelegten "Modell einer agraren Betriebsgeschichte" hervorhob, seine einzelnen Hauptpunkte seien Aspekte eines einheitlichen Prozesses, die zum Zwecke seiner Analyse getrennt betrachtet werden, aber in einem engen Zusammenhang zueinander stehen.<sup>17</sup> Als politischer Faktor, der im Sinne der Durchsetzung gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten wirkt, beeinflußt die SED-Betriebsparteiorganisation die ökonomischen, sozialen, ideologischen und kulturellen Veränderungen. Ihre führende Rolle durchdringt alle gesellschaftli-

16 Rogačevskaja, L. S., Probleme der Betriebsgeschichte in der sowjetischen Historiographie von 1963 bis 1967, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 3, S. 357.

17 Berthold, Rudolf, Modell einer agraren Betriebsgeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 2, S. 297.

chen Bereiche einer Genossenschaft ... Sie ist, in diesem Zusammenhang gesehen, eine umfassende und alles durchdringende Produktivkraft. Hans Radandt weist mit Recht darauf hin, ohne allerdings seine These näher zu begründen, daß man die Arbeit der SED-Betriebsparteiorganisation nicht in einem gesonderten Abschnitt der Betriebsgeschichte behandeln könne.<sup>18</sup> Man müsse lediglich in der Intensität ihrer Bezogenheit zu einzelnen Teilaspekten differenzieren. Ihr unmittelbarer Einfluß, der sich meist auf Grundprobleme der genossenschaftlichen Weiterentwicklung bezieht, und auch der mittelbare, der vor allem in ihrem ständigen Ringen um die Verwirklichung der Parteibeschlüsse und in der Tätigkeit einzelner Parteimitglieder zu finden ist, machen die Darstellung der Rolle der SED-Betriebsparteiorganisation in der LPG zu einem bedeutenden Bestandteil der Historiographie sozialistischer Landwirtschaftsbetriebe.

In der betriebsgeschichtlichen Untersuchung der LPG "Frieden" Beyern, Kreis Herzberg, in der einige Probleme des Übergangs von der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsweise behandelt wurden<sup>19</sup> und die in etwas veränderter Fassung nunmehr als Sonderheft der "Niederlausitzer Studien" vorliegt<sup>20</sup>, werden der komplizierte Prozeß der Herausbildung der SED-Betriebsparteiorganisation und ihre sukzessiv wachsende Rolle sichtbar.

Als im März 1960 alle Einzelbauern des Ortes ihre Bereitschaft zum genossenschaftlichen Zusammenschluß erklärten, waren in Beyern zwei Genossenschaften unterschiedlichen Typs entstanden. Zwei Mitglieder der SED, die während der vorangegangenen Diskussionen in der Ortsparteiorganisation den Widerspruch zwischen ihrer Produktions- und Denkweise als Einzelbauern auf der einen und den gesellschaftlichen Erfordernissen, ihren Parteipflichten auf der anderen Seite empfanden, hatten sich als erste entschieden. Sie traten der LPG des Typs III bei, wobei einer von ihnen "Nur Typ III" auf seiner Eintrittserklärung vermerkt hatte, inspiriert durch die Einsicht in Entwicklungstendenzen der genossenschaftlichen Bewegung anderer Dörfer und durch örtliche Vorstellungen über die künftige genossenschaftliche Arbeit. Mit dem Bürgermeister und dem Schulleiter als weitere, allerdings nicht produktiv tätige LPG-Mitglieder gehörten der Genossenschaft des Typs III fünf Parteimitglieder an, so daß die Voraussetzungen für die Bildung einer Betriebsparteiorganisation vorhanden waren. In Anbetracht der örtlichen Situation wurde jedoch auf die Neuformierung der Parteikräfte verzichtet. Der gleichzeitig gegründeten LPG des Typs I war kein SED-Mitglied beigetreten, so daß in dieser jungen Genossenschaft mit dem niederen Vergesellschaftungsgrad der Produktion kein unmittelbarer Parteieinfluß vorhanden war. Die innere Festigung dieser LPG bildete jedoch einen wichtigen Schwerpunkt, denn deren Mitglieder waren mit den Problemen des sozialistischen Aufbaus wenig vertraut. Auch wenn der politisch-ideologische Zustand der OPO und ihre zahlenmäßige Schwäche hemmend wirkten, so begünstigte doch das territorial abgegrenzte politische Betätigungsfeld einer Ortsparteiorganisation das Streben, die Verwirklichung der Parteibeschlüsse im ganzen Dorf zu sichern, ohne mögliche Auffassungen von einer angeblichen Bevormundung seitens der Mitglieder der LPG des Typs III zu nähren.<sup>21</sup> Auf Vorschlag der OPO war der Parteisekretär in den Rat der Gemein-

18 Radandt, Hans, Vom Wachsen der Menschen in den Betrieben, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 4, S. 183.

19 Vgl. Winzer, Helmut, Probleme zur agraren Betriebsgeschichte, dargestellt am Übergang von der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsweise in der Gemeinde Beyern, Kreis Herzberg, Bezirk Cottbus (1952 bis 1964), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 1, S. 217 - 224.

20 Derselbe, Probleme und Entscheidungen in Beyern. Zur Geschichte der LPG "Frieden" Beyern, Kreis Herzberg (1952 - 1964), Cottbus 1970, S. 1 - 199 = Niederlausitzer Studien, Sonderh. 1970.

21 Das Verhältnis der Mitglieder beider Genossenschaften war anfangs durch eine bestimmte Rivalität charakterisiert, die zu einer wichtigen Triebkraft ihres Wettstreits um höchste Arbeitsergebnisse wurde. (Vgl. ebenda, S. 47, 53, 60, 124.)

de gewählt worden und als dessen Sekretär tätig. Bereits Lenin bezeichnete eine derartige Vereinigung von Partei- und Staatsfunktion, wenn die Lage es verlangt, als "eine Quelle außerordentlicher Kraft in unserer Politik".<sup>22</sup> In der Gemeinde Beyern war sie in jener Phase die einzige Gewähr für eine erfolgreiche politisch-ideologische Führungstätigkeit.

Von der Bedeutung des Territorialprinzips und der Notwendigkeit, entsprechend die politische Verantwortung für die Entwicklung des ganzen Dorfes zu betonen, gingen die Parteimitglieder auch noch zwei Jahre später aus; Obwohl bereits ihre Betriebsparteiorganisation bestand, bezeichneten sie bei einigen grundsätzlichen Dokumenten, deren Inhalt nicht nur die eigene Genossenschaft betraf, in vereinfachender Weise die in Wirklichkeit nicht mehr existente "Ortsparteiorganisation" als Verfasser.

Die Betriebsparteiorganisation konnte erst 1962 gebildet werden, nachdem in zahlreichen Diskussionen politisch-ideologische Grundfragen behandelt wurden und vorbildliche Genossenschaftsbauern ihre Aufnahme in die SED beantragten. Da mehrere LPG-Mitglieder "unpolitisch" bleiben wollten, stand die Erläuterung der marxistisch-leninistischen Agrarpolitik der SED und besonders der untrennbaren Einheit von Politik und Ökonomie beim sozialistischen Aufbau im Vordergrund der politischen Arbeit.

Im Verwaltungsarchiv der LPG waren mehrere Referate, Protokolle und Beschlüsse vorhanden, die von diesem Zusammenhang ausgingen und ihn in verständlicher Art, oftmals mit variierten Aspekten wiederholten.

Vier Grundsätze standen im Mittelpunkt der politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Genossenschaftsbauern.

Erstens war die Erkenntnis zu festigen, daß die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft "kein Provisorium, keine vorübergehende Erscheinung ist, sondern die neue Form der landwirtschaftlichen Großproduktion, die gesetzmäßig notwendig wurde und nicht rückgängig gemacht werden kann."<sup>23</sup> Dieser Hinweis auf die Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, der mehrmals in Dokumenten der LPG auftaucht, wurde stets mit einer gezielten Auseinandersetzung verbunden und war gegen konservative Auffassungen gerichtet. Bei der Vorbereitung des VII. Deutschen Bauernkongresses beschäftigten sich die Parteimitglieder mit der Meinung, "mit klaren Köpfen" könnten weder Milch noch Fleisch erzeugt werden. Sie argumentierten demgegenüber, gute Bauern und gute Produktionsmöglichkeiten gebe es in allen Dörfern. Die unterschiedliche Entwicklung müsse also auf andere Faktoren zurückgeführt werden. "Ein entscheidender Faktor ist eben der 'klare Kopf' aller Bäuerinnen und Bauern in unserer LPG. Warum haben wir denn so gute Produktionsergebnisse erzielt?"<sup>24</sup>

Die Bezeichnung "klarer Kopf" stand synonym für das sich herausbildende sozialistische Bewußtsein der Genossenschaftsbauern, das sich in deren genossenschaftlichen Aktivitäten äußerte, oftmals aber durch verschwommene Auffassungen von politischen Grundfragen überschattet wurde. Im Rechenschaftsbericht 1963 erläuterte Georg Wille, Mitglied der BPO und LPG-Vorsitzender, den Begriff Politik. Noch immer sei nicht allen Mitgliedern die enge Verbindung der Politik mit unserer Arbeit auf den Feldern und in den Ställen bekannt. Die Politik beginne bei dem Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Genossenschaft und sei Bestandteil ihres Lebens.<sup>25</sup>

22 Lenin, W. I., Lieber weniger, aber besser, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 483.

23 Beschluß der Vollversammlung der LPG "Frieden" Beyern in Vorbereitung des VII. Deutschen Bauernkongresses, 10. 2. 1962, Ordner "Archiv 1962", LPG-Verwaltungsarchiv Beyern.

24 Ebenda.

25 Siehe Rechenschaftsbericht der LPG "Frieden" Beyern, 16. 1. 1963, Ordner "Archiv 1963", LPG-Verwaltungsarchiv Beyern.



Wie kompliziert, widersprüchlich und durch die ökonomischen Verhältnisse determiniert sich das sozialistische Denken der Genossenschaftsbauern herausbildete, wurde mit soziologischen Methoden in der Befragung von LPG-Mitgliedern ermittelt. So äußerte im Januar 1963 Horst Block, ein Mitglied der Feldbaubrigade, nachdem die LPG drei Jahre bestand: "Von Politik wollen unsere Mitglieder wenig wissen. Für die genossenschaftliche Arbeit interessieren sich alle. Ich weiß, das ist auch Politik."<sup>26</sup> Die ökonomische Lage der Genossenschaftsbauern, die letztlich durch ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln bestimmt wird, bringt bestimmte ökonomische Interessen hervor, die wiederum nur zu befriedigen sind, wenn sie in ihren politischen Zusammenhängen erkannt und zu politischen Interessen der Genossenschaftsbauern werden.

Auf einer Kreisparteiaktivtagung der SED (27. August 1963 in Herzberg/Elster) berichtete Georg Wille über die Ergebnisse der politischen Überzeugungsarbeit der BPO und faßte in einprägsamer Gegenüberstellung zusammen:

"Wenn wir heute bei uns in der Genossenschaft die Frage stellen: 'Na, wer will denn wieder Einzelbauer werden?', dann können wir dieselbe Antwort von unseren Genossenschaftsbauern hören wie damals auf die Frage: 'Na, wer will denn nun Genossenschaftsbauer werden?'"<sup>27</sup>

Die Mitglieder identifizieren sich mit ihrer Genossenschaft und setzten sich für ihre Belange ein.

Ein zweiter Grundsatz war, den Genossenschaftsbauern ständig die genossenschaftliche Perspektive zu erläutern. Die Führung durch die Arbeiterklasse, begründet in ihrer politischen Herrschaft, und die Aneignung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ermöglichen die Voraussicht gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse auf dem Lande. Ihre Realität ergibt sich aus der Erkenntnis der objektiven Bedingungen, den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Dorfbevölkerung und erfaßt die allgemeine Richtung der genossenschaftlich-sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Notwendig wird diese Aufgabe der BPO zur Nutzung aller Potenzen, die in der bewußten genossenschaftlichen Arbeit der LPG-Mitglieder liegen. Bereits auf ihrer 9. Tagung hatte die Bezirksleitung Cottbus der SED (Dezember 1961) die Partei- und Staatsorgane des Bezirkes verpflichtet, gemeinsam mit allen Genossenschaftsbauern, besonders mit denen des Typs I, die genossenschaftliche Weiterentwicklung zu beraten und festzulegen.<sup>28</sup> Immer dann, wenn durch die Festigung der Produktionsverhältnisse und das erreichte Niveau der Produktivkräfte regional die Notwendigkeit einer neuen Stufe im Vergesellschaftungsprozeß der Produktion heranreife, legte die Grundorganisation der SED den Entwurf eines Entwicklungsplanes vor, um die Diskussion über die nächsten Schritte anzuregen.

1962 orientierte die BPO in ihrem ersten Perspektivplan auf die Vereinigung beider Genossenschaften durch freiwilligen Entschluß ihrer Mitglieder. Beide Genossenschaften waren klein: LPG "Frieden", Typ III, 226 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (ha/LN) und LPG "Einigkeit", Typ I, 333 ha/LN. Das hemmte die Anwendung moderner Produktionsmethoden, die Intensivierung und weitere Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion. In ihrer Komplexität erforderten sie eine entsprechende Betriebsgröße oder die Kooperation beider Genossenschaften. Deshalb schlugen die Parteimitglieder den späteren Zusammenschluß zu einer einheitlichen LPG vor, der durch kooperative Beziehungen vorbereitet wurde.

<sup>26</sup> Siehe Winzer, Helmut, Probleme und Entscheidungen in Bayern, a. a. O., S. 124.

<sup>27</sup> Der Auftakt, Herzberger Zeitung, 3. 9. 1963.

<sup>28</sup> Entschließung der 9. Tagung der Bezirksleitung Cottbus der SED, in: Lausitzer Rundschau, 14. 12. 1961.

Nachdem Anfang 1964 die Genossenschaftsbauern wesentliche Aufgaben des Perspektivplanes erfüllt hatten und eine einheitliche LPG Typ III bildeten, galt es, die nächsten Schritte für den allmählichen Übergang zur industriemäßigen Produktion zu tun. Im November 1964 beriet die BPO der LPG "Frieden" mit Partei- und Vorstandsmitgliedern der LPG "Neuer Weg" Fermerswalde über die Entwicklung beider Genossenschaften bis 1970. Es sollten enge Kooperationsbeziehungen zwischen ihnen hergestellt werden. Im Mittelpunkt standen erste Vorschläge zur Spezialisierung innerhalb ihres Produktionsgebietes, die dann in der Konzeption für einen neuen Entwicklungsplan ihren Niederschlag fanden. Die Erweiterung der kooperativen Beziehungen auf die LPG "Walter Ulbricht", Typ III, Falkenberg zwang 1967, die vorliegenden Pläne zu überarbeiten. Im Juli 1968 erschien ein "Entwicklungsprogramm der Kooperationsgemeinschaft Bayern - Falkenberg - Fermerswalde, das in Auswertung des X. Deutschen Bauernkongresses die Hauptaufgaben für die Zeit bis 1972 formulierte. Es beschränkte sich nicht auf die gemeinsame Pflanzenproduktion und die Bildung größerer Produktionseinheiten in der tierischen Produktion, sondern schloß die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens und soziale Maßnahmen ein.

Indem die Genossenschaftsbauern unter Führung ihrer BPO auf diese Weise schöpferisch den Prozeß der Herausbildung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse in der Landwirtschaft planten, steuerten und verwirklichten, wurden sie in zunehmendem Maße ihrer objektiven Rolle als sozialistische Produzenten an der Seite der Arbeiterklasse gerecht. Das bäuerliche Eigentum an Grund und Boden gestattete ihnen - bei genossenschaftlicher Demokratie und Verfügung -, eine immer umfassendere, planmäßige Vergesellschaftung der Produktion, eine effektivere Arbeitsteilung und Erhöhung des gesellschaftlichen Charakters der genossenschaftlichen Arbeit.

Ein dritter Grundsatz bei der politischen Überzeugungsarbeit der BPO war die Förderung des sozialistischen Wettbewerbs, der eine bedeutende Kollektivkraft hervorbringt und die schöpferischen Aktivitäten der Werktätigen entfaltet. Lenin bezeichnete ihn als "eine der wichtigsten und dankbarsten Aufgaben der gesellschaftlichen Reorganisation".<sup>29</sup> Unter den Bedingungen der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der genossenschaftlichen Arbeit hat der Wetteifer der Bauern, die unter einzelbäuerlichen Verhältnissen spontan entstand, einen neuen Inhalt erhalten. Er wird zum bewußten sozialistischen Handeln der Genossenschaftsbauern, durch den sie die genossenschaftlich-sozialistische Produktionsweise festigen und gemeinsam nach höheren genossenschaftlichen Leistungen streben.

Der sozialistische Wettbewerb der LPG "Frieden" durchlief mehrere Stadien, von einfachen Formen bis zum straff organisierten Wettbewerb zwischen den Genossenschaftsbauern, ihren Brigaden und mit anderen LPG.<sup>30</sup> Während die ersten Wettbewerbsklärungen offensichtlich noch nicht von einer bewußten politischen Zielstellung ausgingen, veränderte sich dieser Zustand mit der Teilnahme am Albinshofer Wettbewerb 1962, der die Verwirklichung der führenden Rolle der SED und die Durchsetzung ihrer Beschlüsse in der LPG zu einer entscheidenden Hauptaufgabe erklärte. Seitdem - inzwischen hatten die SED-Mitglieder der Genossenschaft ihre Betriebsparteiorganisation gegründet - umfaßten die Wettbewerbsprogramme der LPG stets auch die politischen Aufgaben. Aus dieser Einheit von Politik und Ökonomie heraus wurde der sozialistische Wettbewerb der LPG "Frieden" zu einem bedeutenden Hebel des genossenschaftlichen Fortschritts.

<sup>29</sup> Lenin, W. I., Ursprünglicher Entwurf des Artikels "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 196.

<sup>30</sup> Vgl. Winzer, Helmut, Der sozialistische Wettbewerb in der LPG "Frieden" (Bayern, Kreis Herzberg, Bezirk Cottbus) 1961/1962, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 185 - 208.

In einer von der BPO vorgeschlagenen und durch die LPG-Mitglieder in ihrer Jahreshauptversammlung am 17. Januar 1963 beschlossenen Grußadresse an die Delegierten des VI. Parteitages der SED heißt es:

"Aufmerksam verfolgen wir Eure Beratungen und begrüßen besonders die im Referat des Genossen Walter Ulbricht enthaltenen Ausführungen über die weitere Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft.

Trotz großer Hochwasserschäden 1961 gelang es uns, den Staatsplan 1962 in allen Positionen zu überbieten ... Damit bewiesen wir die Möglichkeit einer hohen, rentablen Produktion unserer LPG im sozialistischen Wettbewerb.

Zugleich schufen wir aber auch solide Produktionsgrundlagen für das Jahr 1963. Als Ergebnis der Beratungen über den Brief des ZK an die Mitglieder der LPG des Types III entwickeln wir ein Programm des Höchststandes der Produktion, das die Maßnahmen zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Steigerung der tierischen Produktion vereint.

Zu Ehren des VI. Parteitages verpflichten wir uns, 1963 folgende Hektarleistung zu erreichen:

Fleisch	330 kg
Milch	1 200 kg
Eier	600 Stück

Das ist unsere Antwort an den Parteitag, die täglich auf den Feldern und in den Ställen unserer Genossenschaft gegeben wird."<sup>31</sup>

Im März 1967 wurde die LPG "Frieden" für hervorragende Leistungen im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des VII. Parteitages der SED mit der Ehrenurkunde des Zentralkomitees ausgezeichnet.<sup>32</sup> Jahr für Jahr zählte die LPG "Frieden" Beyern zu den ersten Genossenschaften des Bezirkes, die sich der Wettbewerbsbewegung in unserer Republik anschlossen und ein konkretes Programm für die Teilnahme ausarbeiteten. Der sozialistische Wettbewerb war zum immanenten Bestandteil der genossenschaftlichen Arbeit geworden.

Ein vierter Grundsatz der politisch-ideologischen Arbeit der BPO, der vor allem im Auftreten des LPG-Vorsitzenden Georg Wille zum Ausdruck kommt, ist die Verwendung von Bauernregeln, Sprichwörtern und Volksweisheiten, um den Genossenschaftsbauern einerseits bestimmte Probleme der genossenschaftlichen Arbeit verständlich zu erklären, aber andererseits zu zeigen, worin nach wie vor die Ehre des Bauern beruht. Die Bauernmoral ist als Moral der Genossenschaftsbauern auf eine qualitativ höhere Stufe gehoben. "Wir appellieren", so drückte es einmal der LPG-Vorsitzende aus, "an Ehre, Stolz und Verantwortung"<sup>33</sup> der Genossenschaftsmitglieder, an die unbedingte Pflicht, den Staatsplan trotz schwieriger Naturbedingungen zu erfüllen. Der Hinweis auf die gesellschaftliche Verpflichtung des bäuerlichen Produzenten deutet darauf hin, wie die alte Bauernmoral, wenn sie auch - bedingt durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln - in ihrem Wesen widersprüchlich war, genutzt wurde. Es waren moralische Eigenschaften, die sich im Ringen um höchste landwirtschaftliche Produktion entwickelten. Die Argumentation ging von der Feststellung aus: Wir waren im einzelbäuerlichen Kleinbetrieb gute Bauern, und wir

31 Siehe derselbe, Probleme und Entscheidungen in Beyern, a. a. O., S. 142.

32 LPG-Spiegel, Mitteilungsblatt der Kooperationsgemeinschaft Beyern - Falkenberg - Fernerswalde, März 1967, Nr. 3, April 1967, Nr. 4.

33 Wille, Georg, Die Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der LPG "Frieden" Beyern und ihre Bedeutung für die Wandlung der Menschen, Abschlußarbeit an der Fachschule für Landwirtschaft Cottbus 1963, S. 14.

bleiben auch bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, die den bäuerlichen Interessen entspricht, im genossenschaftlichen Großbetrieb gute Bauern.<sup>34</sup> Auf der VI. Bezirksdelegiertenkonferenz Cottbus der SED berichtete Georg Wille über die politisch-ideologische Arbeit der Grundorganisation, deren Mitglieder sich durch ihr Vorbild Ansehen erwarben. Die Partei könne alle begeistern, doch man müsse unmißverständlich aussprechen: "Wer die Wahrheit nicht kennt, ist nur ein Dummkopf. Wer sie aber kennt und sie trotzdem eine Lüge nennt, der begeht ein Verbrechen."<sup>35</sup>

Ein anderes Mal ging er, wiederum Sprichwörter zur Veranschaulichung benutzend, auf die Dialektik von Leitung und genossenschaftlicher Demokratie ein: "Alleinsein ist selbst im Paradies vom Übel. Genauso verhält es sich in der Genossenschaft. Ein LPG-Vorsitzender kann nicht kraft seines Amtes und seiner Ausbildung alles allein klären wollen. Das muß schiefgehen ... Die genossenschaftliche Demokratie gleicht unter solchen Verhältnissen einem lahmen Gaul, und sie ist fruchtbar wie ein Wallach."<sup>36</sup>

Diese volkstümliche Sprache erhöhte die Überzeugungskraft der Darlegung, die mit dem praktischen Handeln übereinstimmte. Den Genossenschaftsbauern wurden die Erfordernisse der genossenschaftlichen Entwicklung so erläutert, damit sie ihre schöpferischen Kräfte zielstrebig und bewußt entfalten konnten. Die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit der DPO beruhte also letztlich auf der Verbindung mit der konkreten bäuerlichen Erfahrung und Praxis. Sie war undenkbar ohne die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen und Lebensgewohnheiten, deren Überwindung den Kampf gegen die ideologische Diversion der aggressiven, imperialistisch-militärischen Kräfte in der BRD erforderte. An Oberflächenerscheinungen anknüpfend und so die gesellschaftliche Wirklichkeit der DDR im antisozialistischen Sinne verzerrend, suchten sie Rudimente einzelnbäuerlichen Denkens zu konservieren. Die BPO konnte sich dabei nicht darauf beschränken, eigene genossenschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, sondern mußte ständig die umfassenderen Aufgaben der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auf der Grundlage der Parteibeschlüsse behandeln. Auch dieser Gesichtspunkt ist für die agrare Betriebsgeschichte von Bedeutung, um sie richtig in das nationale Geschichtsbild einzuordnen. Der Organismus einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft ist als Teil eines Ganzen vielseitig mit der gesellschaftlichen Entwicklung verbunden. Nur so ist schließlich die Einheit von Politik und Ökonomie und, daraus abgeleitet, die politische Arbeit der BPO in einer LPG zu verstehen.

Es zeigte sich, daß die Politik - nach Lenin konzentrierter Ausdruck der Ökonomik<sup>37</sup> - in unserer Entwicklungsstufe gegenüber der Landwirtschaft darauf gerichtet ist,

- die genossenschaftlich-sozialistische Produktion und das gesamte Wirtschaftsleben der LPG so zu gestalten, daß die Bevölkerung mit Nahrungsgütern und die Industrie mit Rohstoffen planmäßig versorgt werden kann;
- durch die umfassende Anwendung der sozialistischen Betriebswirtschaft und die freiwillige kooperative Zusammenarbeit mit anderen LPG, durch die sozialistische Intensivierung in der Pflanzen- und Tierproduktion die günstigsten Bedingungen für die Steigerung der Produktion zu schaffen;
- mit der Mobilisierung aller Genossenschaftsmitglieder ihre schöpferische Aktivität bei der Meisterung herangereifter Aufgaben voll zu entfalten, denn, so betonte Georg Ewald

34 Siehe Beschluß der Vollversammlung der LPG "Frieden" Bayern in Vorbereitung des VII. Deutschen Bauernkongresses, a. a. O.

35 Wille, Georg, Die Partei kann alle begeistern, in: Lausitzer Rundschau, 16. 6. 1962.

36 Derselbe, Aus gutem Kern wächst gutes Korn, in: Neues Deutschland, 27. 1. 1967, S. 3.

37 Siehe Lenin, W. I., Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler der Trotzki's und Bucharin's, in: Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 73.

auf der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED (9. bis 11. Dezember 1970), "unsere sozialistische Landwirtschaft braucht den denkenden, wissenden und bewußt handelnden Genossenschaftsbauern und Landarbeiter, der es versteht, die Gesetze der Gesellschaft und Natur zu erkennen und immer besser zu beherrschen."<sup>38</sup>

Aufgrund des Vergesellschaftungsprozesses der landwirtschaftlichen Produktion wächst auch die Verantwortung der BPO einer LPG. Ihre Aufgabe erschöpft sich nicht darin, die Parteibeschlüsse in der eigenen Genossenschaft zu verwirklichen. Das Beispiel der LPG "Frieden" Beyern zeigte, wie sich der Inhalt ihrer Führungstätigkeit verändert. Ging es von 1962 bis 1964 um die Vereinigung mit der LPG des Typ I in der eigenen Gemeinde, von 1964 bis 1968 um Probleme der Kooperation mit der LPG der Nachbargemeinde Fermerswalde, so wurde 1966 das Parteimitglied Georg Wille in die wirtschaftsschwache LPG Falkenberg delegiert, wo er zunächst den Vorsitz der Genossenschaft übernahm. Daraus entwickelte sich die gemeinsame Pflanzenproduktion aller drei Genossenschaften. Über die nächsten Schritte des Jahres 1970 informierte Herbert Lehmann, Parteisekretär in der LPG Beyern, das Plenum der Bezirksleitung Cottbus der SED:

"Es reicht nicht, wenn nur wir gute Leistungen bringen, sondern wir müssen auch unsere Nachbar-LPG dazu befähigen. Das sind die LPG 'Frühlingsanfang' in Rahnisdorf und 'Friedenswacht' in Buckkau, zwei Genossenschaften des Typs I, die eine Fläche von fast 750 ha bewirtschafteten und zur Zeit ein niedriges Produktionsniveau haben.

Ihnen wollen wir helfen. Wir haben sehr gründlich in Parteileitungssitzungen über Maßnahmen beraten, nutzten die Brigadeversammlungen in Vorbereitung der LPG-Vollversammlung und erläuterten, daß die Hilfe für Buckkau eine zutiefst politische Frage ist. Unsere Mitglieder haben das auch schnell begriffen. Das zeigt ihre Haltung bei der Beschlußfassung, als von 143 anwesenden Mitgliedern 134 positiv zur Hilfe für Buckkau Stellung bezogen ... Die Hilfe für Buckkau ist die große Bewährungsprobe unserer Mitglieder im Leninjahr 1970."<sup>39</sup>

Bei der Vorbereitung des VIII. Parteitages (15. bis 19. Juni 1971), der für die sozialistische Landwirtschaft im Fünfjahrplan neue, größere Aufgaben zur weiteren sozialistischen Intensivierung der Produktion stellte, fand Heinz Schwarzbach, Sekretär für Landwirtschaft der Bezirksleitung Cottbus der SED, anerkennende Worte für das Beispiel der Parteimitglieder der LPG "Frieden", Typ III, in Beyern, durch deren tatkräftige Unterstützung die beiden LPG des Typs I rasche Fortschritte in der gemeinsamen Arbeit erreichten.<sup>40</sup> Die BPO einer fortgeschrittenen LPG hat gleichzeitig die Pflicht, zurückbleibenden Genossenschaften des Typs I und II in ihrem Entwicklungsprozeß zu helfen.

Inzwischen schlossen sich 1971 die Genossenschaftsbauern der Gemeinden Buckkau und Rahnisdorf mit ihren LPG in freiwilliger Entscheidung der LPG "Frieden" an, so daß ihr nunmehr 348 Mitglieder, davon 292 arbeitsfähige, angehörten, die 1 631 ha/LN bewirtschafteten. Die Anforderungen an die politische Führungstätigkeit der BPO wuchsen in außerordentlichem Maße. Die Parteikräfte verteilten sich sehr unterschiedlich auf die Produktionsbereiche und die vier Gemeinden, über die sich die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft erstreckte.

38 Siehe Diskussionsreden auf der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED, 9. - 11. 12. 1970, Berlin 1970, S. 19.

39 Lehmann, Herbert, Der Nachbar gehört auch zu uns, in: Lausitzer Rundschau, 27. 5. 1970, S. 3.

40 Schwarzbach, Heinz, Ein höherer Beitrag der LPG Typ I, in: Neuer Weg, H. 9/1971, S. 404.

## Zusammensetzung der LPG "Frieden" im Juni 1971<sup>+</sup>

Ort	LPG-Mitglieder	Arbeitskräfte	SED-Mitglieder
Beyern	144	124	16
Fermerswalde	70	55	2
Buckau	86	72	3
Rahnisdorf	48	41	5

+ Zusammengestellt nach Unterlagen des Parteisekretärs der BPO in der LPG "Frieden" Beyern, Kreis Herzberg

Erfaßt die LPG-Betriebsgeschichte mit wissenschaftlicher Gründlichkeit die verschiedensten Faktoren der BPO, um die Verwirklichung der ihr objektiv zukommenden führenden Rolle zu untersuchen, so ermöglicht sie aufschlußreiche Vergleiche. In der LPG "Neues Leben", Lebien, Kreis Jessen, zum Beispiel, einer Genossenschaft des Bezirkes Cottbus mit hohem Produktionsniveau, die 1 155 ha/LN umfaßt, gehörten von insgesamt 192 Mitgliedern 37 der SED an. Zehn Parteimitglieder erwarben hier bereits durch den Besuch einer Parteischule eine marxistisch-leninistische Qualifikation.<sup>41</sup> Die Genossenschaftsbauern werden doch nur in dem Maße ihre eigenen gesellschaftlichen Prozesse beherrschen, wie sie sich Grundkenntnisse des Marxismus-Leninismus aneignen, die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Gesellschaftsordnung erkennen und ihre Vorzüge bewußt nutzen.

In allen fortgeschrittenen Genossenschaften wird die untrennbare Einheit von Politik und Ökonomie sichtbar. Unter Führung der Betriebsparteiorganisation der SED wurden durch zielstrebige politisch-ideologische und beruflich-fachliche Bildungs- und Erziehungsarbeit die Schritte zur Erhöhung der Produktion und der Wirtschaftlichkeit in den LPG vorbereitet. Dagegen bleibt ein nicht geringer Teil der 401 LPG des Typs I und II im Bezirk Cottbus, die Anfang 1971 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Bezirkes bewirtschafteten, in der Entwicklung der Produktivität und der genossenschaftlichen Produktion zurück. Einige sind über die ersten Schritte zur genossenschaftlichen Feldwirtschaft nicht hinausgekommen, wogegen andere ihre Aufgaben in kooperativer Zusammenarbeit mit LPG vom Typ III erfolgreich lösen. In den Kooperationsgemeinschaften können alle Genossenschaftsbauern unabhängig von der Größe und vom Entwicklungsstand ihrer LPG am planmäßigen Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden teilnehmen.

Alle Mitglieder der LPG vom Typ I und II für die Aufnahme kooperativer Beziehungen zuzugewinnen, ist eine Aufgabe der gesamten Bezirksparteiorganisation und damit der BPO fortgeschrittener Genossenschaften; denn von den 401 LPG vom Typ I und II bestanden nur in 227 Grundorganisationen der SED (Stand: Mai 1971).<sup>42</sup>

Die Tatsache, daß in fast allen LPG vom Typ III und in den fortgeschrittenen LPG vom Typ I des Bezirkes Cottbus Betriebsparteiorganisationen bestehen, unterstreicht erneut die Notwendigkeit ihrer politischen Führung durch eine Betriebsparteiorganisation im genossenschaftlichen Kollektiv als einem wichtigen Entwicklungsfaktor auf dem sozialistischen Wege.

### 3. Zu einigen methodologischen Fragen

Die Darstellung der Rolle einer Betriebsparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist integrierender Teil der Historiographie über die sozialistischen Land-

<sup>41</sup> Erfahrungen der Kooperationsakademie der LPG der Kooperationsgemeinschaft "Heideck", v. einem Autorenkollektiv hg. v. d. Landwirtschaftsausstellung der DDR 1970, S. 78 f.

<sup>42</sup> Schwarzbach, Heinz, a. a. O., S. 405 f.

wirtschaftsbetriebe. Sie kann nicht nur in einem gesonderten Abschnitt behandelt werden, sondern wirkt als die entscheidende politisch-ideologische Triebkraft auf alle gesellschaftlichen Prozesse eines genossenschaftlichen Kollektivs. Entsprechend räumt die agrare Betriebsgeschichtsschreibung der BPO der SED, die zu den Grundorganisationen der revolutionären Partei der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes zählt und Umsetzer ihrer marxistisch-leninistischen Bündnispolitik ist, den gebührenden Platz ein. Hier soll auf eine Reihe von Fragen eingegangen werden, auf die in einer agraren Betriebsgeschichte unbedingt eingegangen werden muß. Solche Fragen sind zum Beispiel:

- Wie arbeitet die Betriebsparteiorganisation mit den Beschlüssen des Zentralkomitees der SED? Wie verwirklicht sie unter Beachtung der konkreten Bedingungen im eigenen Wirkungsbereich diese Beschlüsse schöpferisch?

Diese Beschlüsse gehen von den objektiven Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung aus und legen die allgemeinen Aufgaben zu ihrer Lösung fest. Sie sind also keine subjektiven Wunschvorstellungen, sondern "Instruktionen, die die Massen zum praktischen Handeln aufrufen."<sup>43</sup>

Es gilt, die Dialektik zwischen den für die Grundorganisation verbindlichen Parteibeschlüssen und den spezifischen genossenschaftlichen Problemen richtig zu erfassen, denn sie bestimmt das Niveau der wissenschaftlichen Führungstätigkeit der BPO. Ziel dieser Tätigkeit ist, die LPG und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auf einen fortgeschrittenen Stand zu bringen, um so die entwickelte sozialistische Gesellschaft schaffen zu helfen und nicht zurückzubleiben.

Vorliegende betriebsgeschichtliche Arbeiten berücksichtigen auch die Anleitung und Unterstützung der Grundorganisationen durch die Kreisleitungen der SED.

- Wie beeinflusst die Betriebsparteiorganisation die Entwicklung des Dorfes? In welcher Weise vollzieht sich die Verbindung zum örtlichen Organ der Staatsmacht?

Eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft ist ja nicht nur ein Produktionsorganismus. Es bestehen vielfältige Wechselbeziehungen zu dem politischen Territorialbereich, die in der agraren Betriebsgeschichtsschreibung unbedingt nachzuweisen sind. Hier drückt sich auch aus, wie sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Genossenschaftsbauern eines Dorfes entwickeln.

- Wie wirkt die Betriebsparteiorganisation auf die Entwicklung der Kooperationsbeziehungen und auf den Übergang zu industriemäßigen Methoden in der Landwirtschaft ein?

Aus dem Vergesellschaftungsprozeß der landwirtschaftlichen Produktion ergeben sich wachsende Anforderungen an die Mitglieder einer BPO, die über die Grenzen ihrer eigenen LPG hinaus im Parteiaktiv der Kooperationsgemeinschaft die genossenschaftlichen Interessen vertreten und im Sinne der Parteibeschlüsse tätig sind. Dabei wissen sie sich für die kooperierenden Genossenschaften verantwortlich, in denen noch keine Grundorganisation der SED besteht.

- Es empfiehlt sich, in die agrare Betriebsgeschichte auch Kurzbiographien hervorragender Parteimitglieder aufzunehmen, um zu zeigen, wie einzelne Genossenschaftsbauern zu sozialistischen Persönlichkeiten reifen.

Alle Aspekte zeigen, daß die Darstellung der Rolle einer Betriebsparteiorganisation der SED in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft eine interessante notwendige Aufgabe ist.

43 Lenin, W. I., VIII. Parteitag der KPR (B), in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 195.

## DIE BEDEUTUNG DER II. PARTEIKONFERENZ DER SED FÜR DIE ANEIGNUNG, ANWENDUNG UND ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS IN DER DDR

von Helmut Seifert

Das Hinüberwachsen der antifaschistisch-demokratischen in die sozialistische Revolution

Die II. Parteikonferenz - wichtige Zäsur bei der Aneignung und Anwendung der Politischen Ökonomie des Sozialismus

Die unmittelbare ökonomisch-theoretische Vorbereitung der II. Parteikonferenz

Die ökonomisch-theoretische Bedeutung der II. Parteikonferenz für den Aufbau des Sozialismus in der DDR

Die neue Qualität des Verhältnisses von Politik und Ökonomie

Zum Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus sowie zu Gegenstand und Methode der Politischen Ökonomie des Sozialismus

Zum Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte

Zur Leitung und Planung des Reproduktionsprozesses

Zum ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus

Zur Warenproduktion und zur Wirkungsweise des Wertgesetzes im Sozialismus

Zum Gesetz des vorrangigen Wachstums der Abteilung I gegenüber der Abteilung II der Volkswirtschaft

Der Beschluß der II. Parteikonferenz über den Aufbau des Sozialismus in der DDR - die prinzipielle Leitlinie

In seiner Rede an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands würdigte der Generalsekretär der KPdSU, L. I. Breshnew, die von den Werktätigen der DDR unter Führung der SED errungenen Erfolge unter anderem mit den Worten:

"Unter Überwindung gewaltiger Schwierigkeiten, konfrontiert mit einem starken und erfahrenen Klassengegner, der jenseits der Elbe Fuß gefaßt hatte, lösten sie in historisch kurzer Zeit ehrenvoll eine Aufgabe von immenser Bedeutung: Sie errichteten den sozialistischen Staat, die Deutsche Demokratische Republik."<sup>1</sup>

1 Breshnew, L. I., Rede auf dem VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 7.



Das war nur möglich, so betonte Breshnew, weil die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, mit der Lehre des Marxismus-Leninismus ausgerüstet, es verstand, die besten Söhne und Töchter der deutschen Arbeiterklasse in ihren Reihen zusammenzuschließen und ein Bündnis mit allen aktiven Kräften der Gesellschaft auf der Grundlage des Friedens, der demokratischen Umgestaltungen und des sozialistischen Aufbaus zu schmieden. Diesen ehrenvollen Worten fügen wir hinzu, was Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag zum Ausdruck brachte:

"Entscheidend für die gesamte Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ist das ständig enger werdende Bündnis mit der Sowjetunion . . . Die KPdSU erwies sich in mehr als 50jähriger Anwendung der Theorie des Marxismus-Leninismus auf die Probleme des revolutionären Weltprozesses und in der Praxis beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung als die erfahrenste und kampferprobteste Partei, als Avantgarde der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Wir machen uns die großen theoretischen und praktischen Erfahrungen zu eigen und wenden sie auf unsere konkreten Bedingungen an."<sup>2</sup>

In diesem Sinne muß die - theoretische und praktische - Bewältigung unseres demokratischen und sozialistischen Aufbaus als ein Prozeß der ständig qualifizierteren Aneignung und Anwendung der marxistisch-leninistischen Lehre - unter besonderer Beachtung der in ihr verkörperten Einheit von Politik und Ökonomie - sowie als Prozeß der planmäßigen Durchsetzung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution verstanden werden. Indem aber die nationalen Abteilungen der internationalen Arbeiterklasse und ihre marxistischen Parteien die marxistische Theorie sich aneignen und auf die historisch-konkreten Bedingungen ihrer Länder schöpferisch anwenden, bereichern sie den internationalen kollektiven Erfahrungs- und Erkenntnisschatz und tragen so zur Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Lehre bei. Wie die Sowjetunion die führende Kraft bei der kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft war, ist und bleibt, so war, ist und bleibt sie die führende Kraft bei der ständigen Entwicklung des Marxismus-Leninismus als gültigem, anwendungsbereitem Kompaß für alle Völker, die jetzt oder später den Weg der sozialistischen Umgestaltung ihrer Gesellschaft beschreiten.

Die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR blicken im Juli 1972 auf eine zwanzigjährige systematische sozialistische Entwicklung ihres Staates zurück. Die II. Parteikonferenz der SED, die im Juli 1952 den planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR beschloß, ist Geschichte. Die Resultate ihrer Beschlüsse aber sind Gegenwart. Es ist das Anliegen der folgenden Darstellung, die ökonomisch-theoretische Bedeutung der II. Parteikonferenz, ihrer Vorbereitung und ihrer unmittelbaren Folgezeit zu skizzieren. Dieser Ausschnitt aus der Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR soll dazu beitragen, den historischen Platz der II. Parteikonferenz näher zu charakterisieren und das Geschichtsbewußtsein der Werktätigen weiter zu festigen.

## Das Hinüberwachsen der antifaschistisch-demokratischen in die sozialistische Revolution

Nach der Gründung der DDR, die Ergebnis der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung war, bestand nunmehr die vordringliche Aufgabe darin, die antifaschistisch-demokratische Ordnung weiter zu stärken und die Entwicklung in der DDR allmählich in die sozialistische Revolution überzuleiten. Die SED stützte sich auf die Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus, daß die Arbeiterklasse den Kampf um den permanenten Übergang von

2 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 6 u. 14.

der demokratischen zur sozialistischen Umwälzung zu führen hat, wenn sie ihre endgültige Befreiung erreichen und die kommunistische Gesellschaft errichten will.

Die Überleitung der demokratischen in die sozialistische Revolution wurde in der DDR unter anderem dadurch erleichtert, daß bereits im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung Elemente der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft und dabei nicht zuletzt Elemente der sozialistischen Ökonomik entstanden waren. Diese Elemente waren: die Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in der Wirtschaft, die Beseitigung jedweder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in den volkseigenen Betrieben, die Veränderung des Charakters der Arbeit in diesen Betrieben zu mehr und mehr schöpferischer Arbeit zugunsten des werktätigen Volkes, die Entfaltung der schöpferischen Aktivität größerer Teile der Werktätigen im Rahmen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung mit der Entwicklungstendenz zum sozialistischen Wettbewerb, der in seinen Grundzügen gesamtgesellschaftliche Charakter der demokratischen Wirtschaftsleitung und -planung, die sich herausbildende Übereinstimmung der gesellschaftlichen mit den persönlichen Interessen der Werktätigen, die Orientierung der volkseigenen Betriebe auf rationelles Wirtschaften und hohe Effektivität. Die Herausbildung dieser Elemente der sozialistischen Ökonomik war in dem Maße möglich, in welchem Elemente der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse entstanden und wirkten.<sup>3</sup>

Einen bedeutsamen Höhepunkt im Prozeß des Hinüberwachsens der demokratischen in die sozialistische Revolution bildete der III. Parteitag der SED im Juli 1950. Dort wurden die Grundzüge des ersten Fünfjahrplans der DDR (1951 bis 1955) beschlossen. Während mit dem Zweijahrplan (1949/1950) der Wiederaufbau der Industrie gesichert und der frühere Produktionsumfang wieder erreicht wurde, war der erste Fünfjahrplan seinem Wesen nach die Grundkonzeption zur Errichtung von Grundlagen des Sozialismus in der DDR; sein Kernstück bestand in der sozialistischen Umgestaltung der Industrie als konkreter Verwirklichung des allgemeingültigen Prinzips der sozialistischen Industrialisierung.<sup>4</sup> Es entsteht die Frage, ob dies nicht einer Vorwegnahme des auf der II. Parteikonferenz gefaßten Beschlusses zum Aufbau des Sozialismus gleichkommt. Diese Frage muß verneint werden. Einerseits hatte die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR selbst die Notwendigkeit der Errichtung des ökonomischen Fundaments des Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt; andererseits waren erst um Mitte 1952, das heißt zum Zeitpunkt der II. Parteikonferenz, die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für den systematischen sozialistischen Aufbau in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens herangereift. Aber die objektive Notwendigkeit zur

<sup>3</sup> Die von einigen Ökonomen bisher vertretene Auffassung, wonach im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR keine Elemente des Sozialismus entstanden seien, erweist sich als unrichtig. Nach ihrer Meinung unterstelle die Entstehung sozialistischer Elemente unter antifaschistisch-demokratischen Bedingungen, daß für den Aufbau des Sozialismus die Diktatur des Proletariats nicht Voraussetzung sei. Diese Argumentation ist jedoch nicht stichhaltig. Ebenso wenig ist die Meinung einiger Theoretiker zu akzeptieren, daß die Möglichkeit - und unter bestimmten Bedingungen auch die Notwendigkeit - der Entstehung von Elementen des Sozialismus bereits im Prozeß der demokratischen Umgestaltung den Fortgang der nationalen Befreiungsbewegung erschwere. Die Bedingungen, unter denen in der DDR die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern errichtet wurde, ließen eine Entwicklung zu, deren konkreter Inhalt nicht schematisch auf die Länder, die den Weg der nationalen Befreiung gehen, übertragen werden kann.

<sup>4</sup> Im Programm der SED, angenommen auf dem VI. Parteitag (1963), wird festgestellt: "Die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus begann mit dem ersten Fünfjahrplan, der ein bis dahin nicht gekanntes Tempo der Entwicklung der Produktivkräfte vorsah." (Programm der SED, angenommen auf dem VI. Parteitag, Berlin 1963, S. 300).

Inangriffnahme der sozialistischen Umgestaltung der Industrie bestand zunächst schon ab 1951. Sie zu ignorieren, hätte Stagnation der ökonomischen Errungenschaften und damit letztlich Preisgabe der Möglichkeit bedeutet, die Lebenshaltung der Werktätigen weiter merklich zu erhöhen.

Unter diesen Aspekten ging die SED in die Etappe der Vorbereitung ihrer II. Parteikonferenz.

## Die II. Parteikonferenz - wichtige Zäsur bei der Aneignung und Anwendung der Politischen Ökonomie des Sozialismus

Die politökonomischen Probleme der II. Parteikonferenz werden nur verständlich, wenn man sowohl die inneren politischen und ökonomischen Bedingungen der DDR als auch die internationale Klassenkampfsituation berücksichtigt. Das Ergebnis gründlicher Analyse der inneren Bedingungen wurde auf der II. Parteikonferenz wie folgt zum Ausdruck gebracht:

"Es besteht kein Zweifel, daß nicht alle Schwierigkeiten auf der bisherigen Stufe unserer demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung gelöst werden konnten. Die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind jedoch jetzt so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist."<sup>5</sup>

Das hieß im einzelnen:

- Die Arbeiterklasse übte im Bündnis mit den werktätigen Bauern und anderen werktätigen Schichten die Staatsmacht aus.
- Die SED, die Führerin der Arbeiterklasse, hatte sich zu einer Partei neuen Typus entwickelt.
- Der volkseigene und genossenschaftliche Bereich der Volkswirtschaft war zur stabilen und entwicklungsbestimmenden ökonomischen Grundlage der neuen Ordnung geworden.
- Der staatliche Großhandel war aufgebaut; der staatliche und genossenschaftliche Kleinhandel entwickelte sich erfolgreich.
- In der Landwirtschaft wurden durch die Initiativen der werktätigen Bauern und durch die Entwicklung der Maschinenausleihstationen die Erträge über die Planzahlen hinaus gesteigert; es bildeten sich erste landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften.
- Das demokratische Bewußtsein des größten Teiles der Werktätigen konnte weiter gefestigt werden.
- Die DDR wurde zum Bollwerk des Kampfes gegen den Imperialismus in der BRD und zum festen Fundament für den Kampf um die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage.<sup>6</sup>

Die internationale Klassenkampfsituation war durch die Konsolidierung des sozialistischen Weltsystems einerseits und durch die Eskalation der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems andererseits gekennzeichnet. Welche ökonomisch-theoretischen Aktivitäten der Partei und der Politökonomien sind der II. Parteikonferenz vorausgegangen?

5 Ulbricht, Walter, Referat auf der II. Parteikonferenz der SED, in: Protokoll der II. Parteikonferenz der SED, Berlin 1952, S. 58.

6 Vgl. zu allem ebenda, S. 57 f.

## Die unmittelbare ökonomisch-theoretische Vorbereitung der II. Parteikonferenz

Das Bindeglied zwischen dem III. Parteitag und der II. Parteikonferenz bildete die 6. Tagung des Zentralkomitees der SED im Juni 1951. In ökonomischer Hinsicht bestand das Anliegen dieses Plenums darin, die konkreten Erfordernisse zur Verwirklichung des Fünfjahresplans weiter auszuarbeiten, entscheidende Hemmnisse bei der Plandurchführung zu beseitigen und vor allem die Rentabilität der volkseigenen Wirtschaft zu erhöhen, zumindest aber zu sichern.

Daraus erwuchsen für die politökonomische Wissenschaft in der DDR zwei wichtige Aufgaben, deren erfolgreiche Inangriffnahme wesentliche Voraussetzung dafür war, daß auf der II. Parteikonferenz der Aufbau des Sozialismus nunmehr zur grundlegenden Aufgabe erklärt werden konnte. Die erste wichtige Aufgabe bestand darin, die Leistungen der Wirtschaftswissenschaft auf das Niveau der objektiven Erfordernisse zu heben, das heißt in der Theorie der Leitung und Planung der Volkswirtschaft die vorhandenen Rückstände aufzuholen und hierbei besonders die in der Sowjetunion gewonnenen Erkenntnisse zu nutzen sowie die eigenen Erfahrungen gründlicher zu verallgemeinern.<sup>7</sup>

Die zweite wichtige Aufgabe betraf die Ausarbeitung möglichst umfangreicher wissenschaftlicher Grundlagen zum Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung, dessen Anwendung in den volkseigenen Betrieben das 6. ZK-Plenum beschloß und das ab 1. Januar 1952 wirksam wurde.<sup>8</sup>

Die 7. ZK-Tagung (Oktober 1951) beschäftigte sich sodann mit den wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei. So führte die SED die Lösung der dringlichsten Probleme so weit voran, daß eine neue Qualität in der politischen und ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft vor der II. Parteikonferenz heranreife. Erneut zeigte sich hier nicht nur die Kontinuität der Politik der Partei, sondern auch die Wissenschaftlichkeit ihrer Maßnahmen, die Wahrung der Einheit von politischer, ökonomischer und ideologischer Entwicklung im Prozeß der direkten Vorbereitung des historischen Beschlusses vom Beginn des sozialistischen Aufbaus.<sup>9</sup>

<sup>7</sup> In der Entschließung der 6. ZK-Tagung hieß es dazu: "Die Wirtschaftswissenschaft bleibt bei uns noch hinter dem Leben zurück. Das wird allein durch die Tatsache bestätigt, daß bis jetzt nicht ein einziges führendes Werk auf dem Gebiet der Volkswirtschaftsplanung und der Planung von unten herausgegeben worden ist. Gerade auf diesem wichtigen und entscheidenden Gebiet wurde bisher wenig sowjetische Literatur übersetzt und veröffentlicht. Das erschwert die Auswertung und Anwendung der reichen Erfahrungen der Sowjetunion auf dem Gebiet der Planung und hindert unsere Praktiker, sich mit der Theorie der Planung auszurüsten. Auch wurden bisher unsere eigenen Erfahrungen in der Verwaltung und Leitung der Volkswirtschaft nicht verallgemeinert. Das ist eine große Lücke in unserer Arbeit." (Dokumente der SED, Bd. 3, Berlin 1952, S. 510 f.).

<sup>8</sup> In der Entschließung wurde betont: "Zur Sicherung und Erhöhung der Rentabilität müssen neue Formen der Leitung der VEB entwickelt werden. Die bisher angewandten Methoden der Wirtschaftsleitung entsprechen nicht mehr in vollem Umfange den gestellten Aufgaben. Der entscheidende Schritt dazu ist die gründliche Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung ..." (Ebenda, S. 511 f.). - Zweifellos kamen schon seit 1948 in volkseigenen Betrieben einzelne Elemente der wirtschaftlichen Rechnungsführung zur Anwendung, aber es existierte in der DDR kein einheitliches System der Leninschen Grundsätze der Rechnungslegung und Kontrolle.

<sup>9</sup> Die 7. ZK-Tagung beschloß u. a.: "Ideologische Erziehung - das ist der Kampf um die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Lehre bei gleichzeitiger Überwindung aller feindlichen Ideologien ... Die Fragen der Planung, des Wettbewerbs und der Aktivisten-

## Die ökonomisch-theoretische Bedeutung der II. Parteikonferenz für den Aufbau des Sozialismus in der DDR

Die Schlußworte, die auf der II. Parteikonferenz - vom Tagesleiter Otto Grotewohl - gesprochen wurden, enthielten die folgende Feststellung:

"Marx und Engels lehrten uns den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft ... Die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik schreitet heute über die Schwelle der Theorie und wird, bewaffnet mit dieser Theorie, auf die Ebene der Wirklichkeit treten, um sich im Lande von Marx und Engels auf den Weg zum Sozialismus zu machen."<sup>10</sup>

Untersuchen wir näher, welche Probleme der Politischen Ökonomie des Sozialismus auf oder ausgehend von der II. Parteikonferenz untersucht wurden und wie dies beitrug, die Errichtung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus in der DDR theoretisch zu durchdringen.

### Die neue Qualität des Verhältnisses von Politik und Ökonomie

Im Gegensatz zu allen vorangegangenen sozialen Revolutionen besteht das Wesen der proletarischen Revolution, des revolutionären Übergangs zum Sozialismus darin, daß sich die neuen, ausbeutungsfreien Produktionsverhältnisse nicht im Schoße der alten Ausbeutungsverhältnisse entwickeln können. Diese Gesetzmäßigkeit bedingt die bewußte Gestaltung eines neuen Verhältnisses zwischen Politik und Ökonomie im Prozeß des Übergangs zum Sozialismus. Die prinzipielle Begründung dieses neuen Verhältnisses gaben Marx und Engels im "Manifest der Kommunistischen Partei":

"Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren."<sup>11</sup>

Diese neue Qualität ist nichts anderes als das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie, in dessen Mittelpunkt Marx und Engels die proletarische Staatsmacht als Vollstrecker der Negation der alten und des Aufbaus der neuen, sozialistischen Produktionsweise stellten. In Verallgemeinerung der historischen Erfahrungen der Sowjetunion entwickelte Lenin die marxistische These vom sozialistischen Inhalt des Wechselverhältnisses Politik - Ökonomie weiter. In ihr äußert sich die aktive, schöpferische Rolle der Politik in der Wirtschaft der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Welche hauptsächlichlichen Aspekte des Primats der Politik wurden von Lenin und bei uns durch die SED konzeptionell angewandt?

1. Die führende Rolle der Partei als politischer Organisation der Arbeiterklasse bei der Gestaltung aller ökonomischen Beziehungen und Prozesse.

Im Beschluß der II. Parteikonferenz heißt es:

"Die Partei als die höchste Klassenorganisation der Arbeiterklasse muß umfassend und allseitig den Kampf der Klasse und der Massen führen ... Die leitenden Parteiorgane

bewegung, der wirtschaftlichen Rechnungsführung, des Handels sowie der Finanzen sollen in der ideologischen Arbeit der Partei eine entscheidende Rolle spielen." (In: Dokumente der SED, Bd. 3, a. a. O., S. 573, 575 f.).

10 Protokoll der II. Parteikonferenz der SED, Berlin 1952, S. 483.

11 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 481.

müssen lernen, die politischen und die wirtschaftlichen Aufgaben zu verbinden, die Durchführung des Wirtschaftsplanes ständig zu kontrollieren und die Arbeit hierzu in den Schwerpunkten und Engpässen konkret anzuleiten sowie durch die Mobilisierung der Arbeiter, der werktätigen Bauern, der technischen Intelligenz und der Angestellten die Lösung der großen Wirtschaftsaufgaben zu beschleunigen.<sup>12</sup>

2. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und allen anderen Werktätigen als Bedingung für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben.

Die II. Parteikonferenz beschloß:

"Die Macht ging in die Hände der Arbeiterklasse über, die im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft, der Intelligenz und anderen Schichten der Werktätigen steht. Die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Kräfte werden von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geführt, die die Hauptkraft im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen ist."<sup>13</sup>

3. Die Sicherung der politischen, staatlichen Macht der Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer ökonomischen Grundinteressen; Beseitigung der Ausbeutung und Errichtung der sozialistischen Produktionsweise.

Der Beschluß der II. Parteikonferenz besagt:

"Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht. Deshalb gilt es, die volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht ständig zu festigen." Es gilt, "die Heimat und das Werk des sozialistischen Aufbaus durch die Organisierung bewaffneter Streitkräfte zu schützen."<sup>14</sup>

4. Die Notwendigkeit des politischen Herangehens an die Lösung aller ökonomischen Probleme.

Auf der II. Parteikonferenz wurde unter anderem gefordert:

"Die Hauptaufgabe besteht ... darin, das Niveau der organisatorischen Arbeit der Partei auf das Niveau der politischen Aufgaben zu heben."<sup>15</sup>

5. Die hervorragende Rolle des sozialistischen Bewußtseins, der ideologischen Umerziehung der Massen für die Bewältigung der wirtschaftlichen Aufgaben.

Die II. Parteikonferenz unterstrich:

"Die wichtigste Aufgabe der Partei auf ideologischem Gebiet ist, die Arbeiterklasse und die Masse der Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen und zugleich den täglichen konsequenten Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien zu führen. Die grundsätzlichen Darlegungen Lenins in 'Was tun?' über die Entwicklung des Klassenbewußtseins und die Gefahr der Spontanitätsauffassung sind von aktueller Bedeutung für die ideologische Arbeit unserer Partei."<sup>16</sup>

An diesen und anderen Aussagen wird deutlich, daß der theoretische Inhalt der II. Parteikonferenz sich stark auf die Beantwortung aller Grundprobleme der Einheit von Politik und Ökonomie erstreckte, wodurch wichtige wissenschaftliche Ausgangspositionen für den begonnenen sozialistischen Aufbau geschaffen wurden.

12 Protokoll der II. Parteikonferenz der SED, a. a. O., S. 495.

13 Ebenda, S. 491 f.

14 Ebenda, S. 492.

15 Ebenda, S. 492.

16 Ulbricht, Walter, Referat auf der II. Parteikonferenz der SED, a. a. O., S. 156.

Dies betrifft auch die theoretischen Betrachtungen zu Wesen und Inhalt der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Lenin hinterließ "die Theorie vom Wesen und den Hauptaufgaben der Übergangsperiode". Auf dem X. Parteitag der KPdSU (1921), der die "NÖP" in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der Übergangsperiode stellte, wurde ihr allgemeingültiges Fundament herausgearbeitet; die Existenz verschiedener sozialökonomischer Sektoren, das heißt der Kampf und das Zusammenwirken verschiedener Basiselemente unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen und der ihnen entsprechenden Klassen, der Kampf um die Entscheidung der Frage: Wer - wen?

Die ökonomisch-theoretische Bedeutung der II. Parteikonferenz besteht darin, die Grundlagen, den Inhalt und die Hauptaufgaben der Übergangsperiode für die Deutsche Demokratische Republik prinzipiell formuliert und der Wirtschaftswissenschaft die Leitlinien für ihre weitere Arbeit gewiesen zu haben. In der Folgezeit traten zeitliche Rückstände in bezug auf die Untersuchung der Entwicklungsbedingungen der Übergangsperiode in der DDR ein. Das beweist die 21. Tagung des Zentralkomitees der SED im November 1954, auf der die ungenügende Beachtung bzw. Verletzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus ernsthaft kritisiert und der unmittelbare Auftakt für eine wissenschaftliche Analyse des Wesens und Inhalts der Übergangsperiode gegeben werden mußten, zugleich die ersten Schritte zur Ausarbeitung einer detaillierteren strategischen Gesamtkonzeption für die Übergangsperiode in der DDR eingeleitet wurden.

Die 21. ZK-Tagung arbeitete folgende theoretische Grundorientierung heraus:

- "Die Übergangsperiode wird durch das Nebeneinanderbestehen verschiedener Eigentumsformen an Produktionsmitteln charakterisiert." Neben einem starken sozialistischen Sektor in der Wirtschaft gibt es zahlreiche einfache Warenproduzenten sowie kapitalistische Unternehmungen.
- Diese Sektoren werden "auf lange Zeit nebeneinander existieren".
- Es ist Aufgabe der Staatsmacht, den staatlich-sozialistischen Sektor und die Entwicklung der Genossenschaften der einfachen Warenproduzenten zu fördern, aber gleichzeitig die kleinen und mittleren Unternehmer zu hohen wirtschaftlichen Leistungen, die den gesamtgesellschaftlichen Interessen entsprechen, anzuregen.
- Die Übergangsperiode vollzieht sich in der DDR unter besonderen politischen und ökonomischen Schwierigkeiten, die durch die Spaltung Deutschlands hervorgerufen werden. Die Politik in der Übergangsperiode muß immer mit der Strategie und Taktik des Kampfes gegen den Imperialismus übereinstimmen.<sup>17</sup>

Davon ausgehend, führten die Ökonomen im März 1955 eine theoretische Konferenz zu Problemen der Übergangsperiode durch, deren Grundlage ein Referat von Fred Oelßner war.<sup>18</sup> Die Ergebnisse dieser Konferenz und die Schriften einiger Ökonomen<sup>19</sup> präzisierten die Erkenntnisse zum Charakter der Übergangsperiode in der DDR und detaillierten ihre Anwen-

17 Vgl. derselbe, Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945, Berlin 1959, S. 429.

18 Vgl. Oelßner, Fred, Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1955.

19 Vgl. vor allem Wagner, Katja, Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1954 = Lehrbrief 2 der Humboldt-Universität zu Berlin; Kohlmeier, Gunther, Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (im folgenden: Übergangsperiode), Berlin 1956; derselbe, Bedingungen, Formen und Abschnitte unseres Weges zum Sozialismus, in: Einheit, H. 9/1956, S. 883 - 897.

ding. Völlig richtig wurde erkannt, daß die konstruktive Seite, das heißt der rasche Aufbau des Sozialismus, von Anfang an im Vordergrund der Übergangsperiode in der DDR zu stehen hat. Der Grund dafür liege in der Möglichkeit, den Übergang in der DDR infolge einiger Besonderheiten (Anwesenheit einer sozialistischen Streitmacht, Existenz sehr umfangreicher ausbeutungsfreier Produktionsbeziehungen, frühzeitige Einbeziehung breiter Kreise des Kleinbürgertums und der mittleren Bourgeoisie in den demokratischen Neuaufbau) relativ friedlich zu vollziehen. Der Schwerpunkt des Klassenkampfes - so wurde festgestellt - muß in der Abwehr aller Störmaßnahmen bestehen, die von der BRD und von Westberlin, aber auch von reaktionären Elementen innerhalb der DDR aus geführt wurden. Hohe Bedeutung kam all den Aussagen zu, die den engen Zusammenhang zwischen der Existenz des sozialistischen Weltsystems einerseits und Inhalt und Dauer der Übergangsperiode in den volksdemokratischen Ländern andererseits herausarbeiteten. Allerdings mußten auch Auffassungen zurückgewiesen werden, die einer Verlangsamung des Tempos des sozialistischen Aufbaus der DDR das Wort redeten.

Schließlich ist die Erkenntnis hervorzuheben, daß die von Lenin im Rahmen der NÖP ausgearbeiteten ökonomischen Prinzipien als Prinzipien des Klassenkampfes der Übergangsperiode unter Berücksichtigung unserer Besonderheiten angewandt werden müssen. Damit wurde der DDR vor allem deshalb ein wertvoller Dienst erwiesen, weil die Allgemeingültigkeit und die Notwendigkeit der klugen Anwendung jener Prinzipien in einem den Sozialismus aufbauenden Industrieland erst zum theoretischen ideologischen Allgemeingut der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen werden mußten und dies im Kampf gegen revisionistische Auffassungen große Bedeutung erlangte.

Wenn sich dann die III. Parteikonferenz (1956) bei der Ausarbeitung des zweiten Fünfjahresplans mit noch qualifizierteren Fragen der Gestaltung der Übergangsperiode befassen konnte, dann war das auch ein Resultat der wissenschaftlichen Arbeit, geleistet in der in jeder Hinsicht komplizierten Zeit von 1952 bis 1955.

Zum Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus sowie zu Gegenstand und Methode der Politischen Ökonomie des Sozialismus

Eine wichtige Seite der Gestaltung der Übergangsperiode in der DDR bildeten die Betrachtungen zum Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus sowie zu Gegenstand und Methode der Politischen Ökonomie des Sozialismus. Der auf der II. Parteikonferenz gefaßte Beschluß über den Aufbau des Sozialismus war gleichbedeutend mit der Aufgabe, systematisch die sozialökonomische Basis für das Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in der DDR zu schaffen und ständig zu erweitern. Diese Aufgabe konnte nur dann gelöst werden, wenn es der ökonomischen Wissenschaft gelang, Charakter und Wirkungsbedingungen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu erforschen und wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse zu liefern. So bedeutsam dabei die Untersuchung der einzelnen ökonomischen Gesetze war, so wenig durfte die Erforschung des Wesens und der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze überhaupt unterschätzt werden. Auf der 10. Tagung des ZK der SED, dem ersten Plenum nach der II. Parteikonferenz, wurde das so ausgedrückt:

"Die Hervorhebung des objektiven Charakters der ökonomischen Gesetze, auch der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, hat für uns eine große Bedeutung. Wir werden veranlaßt, diese ökonomischen Gesetze gründlich zu studieren, sie zu erforschen, um sie zu kennen



und im Interesse des sozialistischen Aufbaus anzuwenden. Wir werden zugleich davor bewahrt, unsere Kräfte durch un reale, phantastische Vorhaben zu vergeuden.<sup>20</sup>

Für diese Erkenntnisse bildete die Anfang 1952 erschienene Arbeit Stalins "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" eine durchaus wertvolle wissenschaftliche Grundlage.<sup>21</sup>

Die Materialien der 10. ZK-Tagung zeigen, daß die Partei die Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze im "sozialistischen Sektor" der Wirtschaft, das heißt in den volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben, nicht nur anerkannte, sondern auch die Notwendigkeit hervorhob, diese Gesetze zu beherrschen und auszunutzen. Für die Situation um 1952, das heißt zumindest für die Zeit des Beginns des systematischen sozialistischen Aufbaus, wurde verallgemeinert, daß sich "im Zusammenhang mit der Anwendung verschiedener ökonomischer Gesetze des Sozialismus ... der Klassenkampf ... verschärft", weil die kapitalistischen Kräfte "ihre Position zur Störung des sozialistischen Aufbaus" ausnutzen.<sup>22</sup> Die rechtzeitige Erkenntnis dieses wichtigen Zusammenhangs zwischen Politik und Ökonomie führte in der gesamten weiteren Entwicklung dazu, daß die entscheidenden ökonomischen Maßnahmen durch die Herstellung der entsprechenden politischen Macht- und Bündnisbeziehungen abgesichert wurden.

In Auswertung der Darlegungen Stalins stellte auch die SED die objektive Gültigkeit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in den Vordergrund. Dies war um so dringlicher, als sich in der DDR voluntaristische Auffassungen zeigten.<sup>23</sup>

So wurde auf der 10. ZK-Tagung die Dialektik von objektivem Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und ihrer Beherrschung im Sinne von bewußter Anwendung herausgearbeitet und anhand unserer Wirtschaftspraxis ganz konkret nachgewiesen.

Nur wenige Ökonomen - unter ihnen Oelßner - griffen bereits 1952 Grundprobleme des Charakters der ökonomischen Gesetze des Sozialismus auf und unterstützten so den theoretisch-ideologischen Klassenkampf der Partei. Insgesamt aber verringerten sich in den Jahren 1953/1954 die Beiträge zum allgemeinen Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und zu den einzelnen ökonomischen Gesetzen, was eine gewisse Stagnation sowohl in der Theorieentwicklung als auch in der wissenschaftlichen Gestaltung eines effektiven Wirtschaftsablaufs zur Folge hatte. Außerdem gab es eine Reihe theoretischer Unklarheiten auf diesem Gebiet. Daher kann in dieser Zeit zwar von echten theoretischen Fortschritten, aber noch keinesfalls von einer theoretischen Bewältigung der Problematik gesprochen werden.

20 Ulbricht, Walter, Referat auf der 10. Tagung des ZK der SED, in: Referat und Diskussionen auf der 10. Tagung des ZK der SED vom 20. bis 22. 11. 1952 (im folgenden: Referat auf der 10. Tagung), Berlin 1952, S. 28.

21 Vgl. Stalin, J. W., "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" (im folgenden: "Ökonomische Probleme"), Berlin 1952. Mit dieser Arbeit, die an die Teilnehmer der ökonomischen Diskussion über den Entwurf des 1954 in der Sowjetunion erschienenen Lehrbuches "Politische Ökonomie" gerichtet war, sowie mit den später erfolgten "Antworten" an einige Wissenschaftler leistete Stalin einen - wenn auch mit theoretischen Mängeln behafteten - Beitrag zur Entwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus.

22 Vgl. Ulbricht, Walter, Referat auf der 10. Tagung, a. a. O., S. 25.

23 Dieser Voluntarismus äußerte sich u. a. in der Auffassung, die Regierung der DDR "könne alles", ferner in Reduzierungen geplanter Akkumulationsvolumen sowie in der Meinung, die Lohnbewegung stünde im freien Ermessen der Regierung, in der willkürlichen Beibehaltung veralteter Normen auf dem Gebiet der Technik und der Arbeitsorganisation und in der Annahme, man könne die HO-Preise beliebig senken. (Vgl. ebenda, S. 34 ff.).

Auf dem IV. Parteitag (1954) und auf der 21., 24. und 25. Tagung des Zentralkomitees der SED (November 1954, Juni und Oktober 1955) wurden diese ernststen Mängel in der ökonomischen Entwicklung aufgedeckt. Zugleich wurde die Aufmerksamkeit der gesamten Partei auf das intensive Studium sowie auf die weitere Erforschung der ökonomischen Gesetze gelenkt.

Zu Gegenstand und Methode der Politischen Ökonomie des Sozialismus gab es im Zeitraum bis 1955 in der DDR ebenfalls nur wenig theoretische Beiträge. Sie stützten sich im wesentlichen auf die von Stalingetroffene Feststellung, daß die Politische Ökonomie des Sozialismus die Entwicklungsgesetze der sozialistischen Produktionsverhältnisse der Menschen erforscht.

Die folgenden Formulierungen von Kohlmeys können als der damalige Erkenntnisstand gelten:

"Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus sind die ökonomischen Bewegungsgesetze der sozialistischen Produktionsverhältnisse."

"Die Methode der politischen Ökonomie des Sozialismus besteht darin, den dialektischen und historischen Materialismus bei der Analyse der ökonomischen Bewegungsvorgänge im Sozialismus anzuwenden."<sup>24</sup>

Offensichtlich hatten die Ökonomen noch nicht erkannt, daß der Gegenstand der Politischen Ökonomie des Sozialismus im Hinblick auf die Wechselbeziehungen zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften einerseits und zwischen Produktionsweise und Überbau der sozialistischen Gesellschaft andererseits präzisiert werden mußte. In dieser Hinsicht machte sich bemerkbar, daß es Stalin ablehnte, die gesellschaftlichen Produktivkräfte, genauer ihre dialektischen Wechselbeziehungen zu den Produktionsverhältnissen, in die Gegenstandsbetrachtungen einzubeziehen.

Was die Notwendigkeit der weiteren Arbeit zur Methode der Politischen Ökonomie des Sozialismus betrifft, so zeigte der damalige Gesamtstand der ökonomischen Theorie, daß in der Wissenschaftspraxis bereits viele methodische Fragen gemeistert wurden, die allerdings noch ihrer Systematisierung und Verallgemeinerung bedurften. Trotz noch vorhandener Mängel waren jedoch gute Voraussetzungen für die Untersuchung wichtiger ökonomischer Gesetze entstanden, was im folgenden etwas näher behandelt werden soll.

#### Zum Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte

Wenn gegenwärtig dem Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte durch die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR Rechnung getragen wird, dann ist es die Aufgabe der Theoriegeschichtsschreibung, die historische Herausbildung der Erkenntnisse über dieses Gesetz und seine Wirkungsbedingungen aufzuhellen.

Folgerichtig wurden die meisten Aussagen zum Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte nach der II. Parteikonferenz, das heißt im Verlauf des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus, gemacht. Einerseits waren entsprechende ökonomische Situationen herangereift, andererseits regte Stalin die Auseinandersetzung mit dem Problem unmittelbar an.

In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus besteht das grundlegende Erfordernis dieses Gesetzes in der konsequenten Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der modernen Produktivkräfte, und zwar dadurch, daß die sozialistischen Produktions-

<sup>24</sup> Kohlmeys, Gunther, Übergangsperiode, a. a. O., S. 3 f.

verhältnisse in allen Bereichen der Wirtschaft geschaffen, entfaltet und zum Sieg geführt werden. Im vorliegenden Zusammenhang erscheint es angebracht, die folgenden Darstellungen zu beschränken

- auf die Aussagen zur Formulierung des Gesetzes,
- auf die Aussagen zu den Erfordernissen des Gesetzes auf dem Gebiet des sozialistischen Wettbewerbs, der Landwirtschaft, des Handwerks und der kapitalistischen Unternehmungen.

Die Formulierung dieses Gesetzes spielte in der DDR erst eine Rolle, nachdem Stalins Schrift "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" erschienen war. Bemerkenswert ist gerade die Tatsache, daß die SED fast ein Jahrzehnt die Erfordernisse dieses Gesetzes strikt berücksichtigt und die ganze Kompliziertheit der sich daraus ableitenden Aufgaben gemeistert hat, ohne zunächst bis zu hohen Verallgemeinerungen vorzustoßen. Bekanntlich gab es in der Sowjetunion viele ähnliche Erscheinungen, die wesentlich auf die folgende, ganz natürliche Ursache zurückzuführen sind: Um die praktischen Aufgaben der revolutionären Umwälzung lösen zu können, war es zweifellos notwendig, von den Erkenntnissen der Klassiker, das heißt von der Theorie, auszugehen. Aber das ist keineswegs identisch mit der theoretischen Ausformulierung dieser oder jener Kategorien und Zusammenhänge. In Zeiten, in denen die Entwicklung rasch vorangeht und ständig Neuland beschritten werden muß, hat sich die ökonomische Wissenschaft zunächst auf die Beantwortung unmittelbarer zu lösender Probleme zu konzentrieren. Oftmals erst später ist sie in der Lage, die - dann immer dringlicher werdenden - abstrakt-theoretischen Aussagen zu machen.

Die DDR-Ökonomen akzeptierten einstimmig die Formulierung Stalins: "Ökonomisches Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte."<sup>25</sup> Das Attribut "unbedingt" spiegelt den Zusammenhang allerdings ungenau wider, und Stalin selbst mußte auf Einwände hin erklären, daß die Produktivkräfte auch im Sozialismus den Produktionsverhältnissen vorausgehen. "Völlige Übereinstimmung" besage nur, "daß es im Sozialismus gewöhnlich nicht zu einem Konflikt zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften kommt, daß die Gesellschaft die Möglichkeit hat, die zurückbleibenden Produktionsverhältnisse rechtzeitig mit dem Charakter der Produktivkräfte in Übereinstimmung zu bringen."<sup>26</sup>

Es entsprach völlig den Entwicklungsbedingungen der DDR, wenn sich die Partei und die Ökonomen den objektiven Erfordernissen dieses Gesetzes zuwandten.

Wie kaum ein anderes Gebiet der ökonomischen Entwicklung war der sozialistische Wettbewerb Ausdruck des ständigen Wechselspiels Praxis - wissenschaftliche Widerspiegelung - neue Aufgabenstellung - höhere Qualität der Praxis und damit Ausdruck der bewußten Durchsetzung des Gesetzes der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte.

Die II. Parteikonferenz stellte fest:

"Im Zusammenhang mit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus erhält auch der Wettbewerb einen höheren Inhalt, er wird zum sozialistischen Wettbewerb."<sup>27</sup>

25 Stalin, J. W., Ökonomische Probleme, a. a. O., S. 7.

26 Ebenda, S. 52.

27 Als Ausdruck dieser neuen Qualität wertete die Partei: "Während am Anfang einfache Produktionssteigerungen der Hauptinhalt des Wettbewerbs waren, wobei die Berechnungsgrundlage oft sehr ungenau und sehr unterschiedlich war, enthalten die Wettbewerbsverpflichtungen zu Ehren der II. Parteikonferenz solche Verpflichtungen wie die Erhöhung der Qualität der Produktion, Senkung des Ausschusses, Verminderung des

Die Partei wirkte auf das Neue hin: sozialistische Hilfe für die Nachbarn und Veränderung nicht mehr nur der Einstellung zur Arbeit schlechthin, sondern Veränderung des Arbeitsprozesses selbst und der materiellen Produktivkräfte.<sup>28</sup>

Wie richtig diese Einschätzung der Partei von den Werktätigen verstanden wurde, zeigt die weitere Entwicklung des Wettbewerbs:

- Im März 1952 wurde die Franik-Bewegung ins Leben gerufen, deren Inhalt die kollektive Aktivistebewegung und die Planaufschlüsselung auf die Brigaden bildete.
- Im Frühjahr 1952 wurde auf einer Konferenz im VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden der Anstoß zur Einführung der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung gegeben, deren Ziel in der planmäßigen Verbesserung des Produktionsablaufes und der rationellen Ausnutzung der Technik bestand. Für die Erfüllung des Fünfjahrplanes kam dieser Bewegung die gleiche Bedeutung zu wie der Hennecke-Bewegung für den Zweijahrplan.
- Wettbewerbe mit ihrem Kernstück, den Produktionsberatungen, wurden zu neuen Formen der Leitung der sozialistischen Produktion und von der SED als höhere Qualität sowohl der Produktivkräfte als auch der Produktionsverhältnisse eingeschätzt.
- Im vierten Quartal 1952 begann der erste sozialistische Wettbewerb eines ganzen Industriezweiges (Metallurgie).
- Im September 1953 gab die "Frida-Hockauf-Bewegung" ("So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben") dem sozialistischen Wettbewerb einen neuen Aufschwung.
- Auf diesen Grundlagen war es der Partei möglich, das Jahr 1954 zum "Jahr der großen Initiative" für die politische und ökonomische Stärkung der DDR zu erklären.

So konnten der IV. Parteitag, die 21. und 24. ZK-Tagung Schlussfolgerungen ziehen und Aufgaben stellen, die zu einem bisher nicht gekannten Aufschwung im sozialistischen Wettbewerb führten und im "Wilhelm-Pieck-Aufgebot" (zweites Halbjahr 1955) gipfelten.<sup>29</sup> Auch die III. Parteikonferenz (1956) gab weiteren Fortschritten im Prozeß der wissenschaftlichen Durchdringung des sozialistischen Wettbewerbs Ausdruck.

Ein weiteres, grundlegendes Erfordernis des Gesetzes der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte in der Übergangsperiode war die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft der DDR.

Materialverbrauchs, Ausarbeitung neuer Materialverbrauchsnormen, Herabsetzung der Energieverbrauchsnormen, volle Ausnutzung der Leistungsmöglichkeit der Maschinen, Anwendung der Arbeitsmethoden der Stachanowarbeiter wie Schnellzerspannung, Schnellbrennen usw., Senkung der Selbstkosten auf der Grundlage der genauen Selbstkostenberechnung in der Betriebsabteilung und Brigade." (Ulbricht, Walter, Referat auf der II. Parteikonferenz der SED, a. a. O., S. 85).

<sup>28</sup> Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin 1966, S. 191.

<sup>29</sup> Auf dem IV. Parteitag wurde dazu die folgende Einschätzung gegeben: "Unsere ökonomische Politik bestand und besteht darin, die neuen Produktionsverhältnisse in der volkseigenen Wirtschaft zu festigen und zu entwickeln, da sie die hauptsächlichste und entscheidende Kraft sind, die die mächtige Weiterentwicklung der Produktivkräfte bestimmt. Die bedeutenden Erfolge der ersten Jahre der Durchführung des Fünfjahrplans konnten nur erreicht werden durch die Entfaltung eines großen Arbeitsenthusiasmus, der, verbunden mit der Anwendung und Entwicklung der fortschrittlichsten technischen Wissenschafts- und Wirtschaftsorganisation, den Aufschwung der Arbeitsproduktivität ermöglicht." (Ulbricht, Walter, Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945, a. a. O., S. 393). Als eine neue Form der schöpferischen Arbeit in den Betrieben wurden nach der 24. ZK-Tagung, d. h. im Jahre 1955, die ökonomischen Konferenzen durchgeführt.

Auf der II. Parteikonferenz wurde festgestellt, daß seit längerer Zeit in einigen Dörfern landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften existierten, die bisher nicht gefördert wurden. Nunmehr sei es an der Zeit, den werktätigen Bauern eine klare Antwort zu geben. Walter Ulbricht führte daher aus:

"Das Zentralkomitee unserer Partei ... ist der Meinung, daß die Schaffung bäuerlicher Produktionsgenossenschaften auf der Grundlage der völligen Freiwilligkeit einen großen Fortschritt bedeutet."<sup>30</sup>

Mit den Beschlüssen der II. Parteikonferenz wurde die revolutionäre Agrarpolitik der Arbeiterklasse kontinuierlich fortgeführt, die unmittelbare, schöpferische Verwirklichung des Leninschen Genossenschaftsplanes eingeleitet.

Die Partei war sich der Notwendigkeit bewußt, sofort die wichtigsten, allgemeingültigen Prinzipien Lenins in den Mittelpunkt zu rücken:

- das Prinzip der Wahrung der Freiwilligkeit, das heißt "die Unzulässigkeit der Anwendung irgendeines Zwanges gegenüber den Bauern ..."
- das Prinzip der allseitigen Hilfe für alle werktätigen Bauern durch die Arbeiterklasse und die Werktätigen, der "Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit Hilfe der Mechanisierung und der Anwendung der fortgeschrittensten Agrarwissenschaft vor allem in den LPG";
- hohe Wachsamkeit "gegenüber Gutsbesitzern und Großbauern", die versuchen, "Widerstand gegen die Erfüllung des Ablieferungssolls und gegen die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften zu organisieren ..."<sup>31</sup>

Die Partei ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß nunmehr eine umfangreiche Arbeit sowohl auf theoretischem Gebiet als auch in praktisch-politischer Hinsicht geleistet werden mußte. Bis zum 15. November 1953 hatten sich 4 800 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gebildet, die rund 12,1 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR bewirtschafteten.

Welche theoretischen Fragen mußten in Anwendung der Erkenntnisse Lenins, der Erfahrungen der Sowjetunion und unter Beachtung der konkreten Situation gelöst werden?

Insgesamt galt es, die konkreten Seiten der Durchsetzung des Gesetzes der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte, das heißt im vorliegenden Fall die vorhandenen Widersprüche und Triebkräfte, aufzuzeigen und die Wege zur Entwicklung und Festigung der genossenschaftlichen Arbeit auf dem Lande auszuarbeiten. Dazu gehörten vor allem:

- die Bündnisverpflichtungen der Arbeiterklasse gegenüber den werktätigen Bauern,
- der Widerspruch zwischen dem hohen Vergesellschaftungsgrad der industriellen Produktion und den auf Kleineigentum beruhenden Produktionsverhältnissen auf dem Lande,
- die möglichen Grade der Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, der agrarischen Arbeit und ihrer Ergebnisse sowie die Fragen der Planung, Leitung und Arbeitsorganisation in den landwirtschaftlichen Genossenschaften,
- das Verhältnis zwischen den Großbauern und den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften,
- die politisch-ideologische und materielle Unterstützung der jungen Genossenschaften,

30 Ulbricht, Walter, Referat auf der II. Parteikonferenz der SED, a. a. O., S. 110.

31 Vgl. derselbe, Referat auf der 10. Tagung, a. a. O., S. 24.

- der Kampf gegen alle Auffassungen, welche die Entwicklung der sozialistischen Genossenschaftsbewegung auf dem Lande zu hintertreiben suchten.

Mit der Erfüllung dieser Aufgaben erarbeitete die politökonomische Wissenschaft einen wichtigen Abschnitt auf dem Weg zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Ausgehend vom Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte wiesen die Ökonomen nach, daß zunächst der Widerspruch zwischen der modernen Großproduktion in der sozialistischen Industrie und der niedrigen Arbeitsproduktivität in der einzelbäuerlichen Landwirtschaft beseitigt werden mußte. Der Weg zu seiner Lösung führte über die Bildung der Maschinenausleihstationen/Maschinen-Traktoren-Stationen:

"Die Entwicklung der Industrie mit ihrer großen gesellschaftlichen Produktion machte die stärkere Mechanisierung der Landwirtschaft und damit die Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit möglich."<sup>32</sup>

Durch diese notwendige, auch von der Bündnispflicht diktierte Maßnahme nahm die landwirtschaftliche Produktion immer mehr gesellschaftlichen Charakter an.

"Damit", so schrieb Oelßner, "entwickelte sich aber unvermeidlich ein neuer Widerspruch, eine neue Diskrepanz zwischen diesem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den vorherrschenden, auf Kleineigentum beruhenden Produktionsverhältnissen in der bäuerlichen Landwirtschaft", der nur durch die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gelöst werden könne.<sup>33</sup> Die Erfüllung der Bündnispflicht der Arbeiterklasse gegenüber den werktätigen Bauern kommt vor allem in der langfristigen politisch-moralischen, ideologischen und materiellen Hilfeleistung zum Ausdruck. Sie ist keineswegs auf den Zeitraum beschränkt, in dem die Bedingungen für den Übergang zur genossenschaftlichen Produktion herangereift sind. Die wirksame Unterstützung der Bauern, die den Übergang zur gemeinschaftlichen Produktion vollziehen, die allseitige Förderung der neu entstandenen Produktionskollektive, ist die folgerichtige Fortsetzung, die neue Qualität der Bündnisbeziehungen zwischen Arbeitern und Bauern.

Die SED hielt sich konsequent an die allgemeingültige Erkenntnis, die Lenin aufgrund der Hinweise von Marx und Engels wie folgt formulierte:

"Jede Gesellschaftsordnung besteht nur, wenn sie durch eine bestimmte Klasse finanziell unterstützt wird ... Jetzt müssen wir erkennen, daß gegenwärtig diejenige Gesellschaftsordnung, die wir über das gewöhnliche Maß hinaus unterstützen müssen, die genossenschaftliche Ordnung ist, und diese Erkenntnis in die Tat umsetzen."<sup>34</sup>

In gleicher Weise betonte Lenin, daß "nur die materielle Basis, die Technik, die massenhafte Verwendung von Traktoren und Maschinen in der Landwirtschaft, die weitgehende Elektrifizierung" die Garantie bietet, den Einzelbauern, seine tief verpflanzte Mentalität, "umzumodeln" und daß es erforderlich ist, "die Industriearbeiter in breitem Maße und planmäßig zum kommunistischen Aufbau in der Landwirtschaft heranzuziehen ..."<sup>35</sup>

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse entstanden in der DDR die unseren konkreten Verhältnissen entsprechenden, klaren Konzeptionen zur großzügigen Förderung des Übergangs

32 Altman, Eva, Über den Gegenstand der Politischen Ökonomie und über die ökonomischen Gesetze, Berlin 1955, S. 76.

33 Oelßner, Fred, Über das Wirken objektiver ökonomischer Gesetze in der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Einheit, Heft 10/1954, S. 921.

34 Lenin, W. I., Über das Genossenschaftswesen, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 455 (Hervorhebungen von mir - H. S.).

35 Zitiert aus: Chrestomathie zur Politischen Ökonomie, Berlin 1964, S. 355.

der Bauern zur modernen genossenschaftlichen Großproduktion sozialistischen Charakters. Hier oblag es der Politischen Ökonomie des Sozialismus, insbesondere die Hauptaufgaben wissenschaftlich zu beantworten und zu begründen, die sich in Verbindung mit den folgenden Problemen ergaben:

- die Beseitigung noch vorhandener Tendenzen der einstmals in der deutschen Arbeiterbewegung relativ ausgeprägten Unterschätzung der Agrarfrage;
- die Vorzüge des genossenschaftlichen Zusammenschlusses, das heißt die dadurch erzielte Übereinstimmung der persönlichen Interessen der Klein- und Mittelbauern mit den gesellschaftlichen Interessen;
- die Rolle und Bedeutung der Maschinen-Traktoren-Stationen und ihrer Politischen Abteilungen;
- die Notwendigkeit, die landwirtschaftlichen Produktionsmittel der Maschinen-Traktoren-Stationen auf längere Zeit in staatlicher Hand zu führen;
- die Rolle der modernen landwirtschaftlichen Produktionstechnik bei der Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur auf dem Land;
- die Notwendigkeit und Bedeutung der Aktion "Industriearbeiter aufs Land";
- Charakter, Umfang und Ziel einer Reihe materieller Vergünstigungen für die Genossenschaftsbauern wie Steuervergünstigungen, Kreditgewährung, Reduzierung des Pflichtablieferungssolls und anderes;
- Notwendigkeit und Zusammenhang von Produktions- und Handelsbündnis zwischen Stadt und Land;
- Notwendigkeit und Wege der schrittweisen Durchsetzung des ökonomischen Grundgesetzes und der anderen ökonomischen Gesetze des Sozialismus im genossenschaftlichen Sektor der Landwirtschaft und der Organisierung des sozialistischen Wettbewerbes.

Bei aller Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung ließ die Partei niemals den Leitsatz aus dem Auge, daß sich das Bündnis der Arbeiterklasse auf alle werktätigen Bauern erstrecken muß. Bereits im Beschluß der II. Parteikonferenz hieß es:

"Gleichzeitig ist im Rahmen der Bündnispolitik die Zusammenarbeit mit den individuell arbeitenden Klein- und Mittelbauern weiter zu stärken und die gegenseitige Hilfe ... weiterzuführen."<sup>36</sup>

Eine hervorragende theoretische Aufgabe bestand darin, die möglichen Grade der Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion und Aneignung auszuarbeiten, abzugrenzen und somit den Wesensinhalt der zukünftigen Musterstatuten für die einzelnen LPG-Typen zu liefern. Dies geschah im Jahre 1952, nachdem erste Erfahrungen der genossenschaftlichen Arbeit verallgemeinert werden konnten.

Auf der 1. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG im Dezember 1952 wurde die Ausarbeitung von drei Typen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses vorgelegt und verabschiedet. Welche theoretische Arbeit wurde bis dahin geleistet?

Durch das unmittelbare Studium der reichen Erfahrungen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder und im Prozeß der Erprobung von Formen gemeinsamer Arbeit entstanden in den Dörfern Worin, Merxleben und Fienstedt Statuten, die einen unterschiedli-

<sup>36</sup> Beschluß der II. Parteikonferenz der SED, in: Dokumente der SED, Bd. 4, Berlin 1954, S. 75.

chen Umfang der in die Genossenschaft einzubringenden Produktionsmittel und der genossenschaftlich zu leistenden Arbeit fixierten.

Auf dem Wege eingehender Diskussionen, der Präzisierung und Überarbeitung entstanden die in der DDR gültigen Statuten für die landwirtschaftlichen Genossenschaften Typ I, II und III. Hier kommt sehr wirksam zum Ausdruck, welche große wissenschaftlichen Leistungen in kürzester Frist vollbracht werden können, wenn die ökonomische Wissenschaft auf den vorhandenen Errungenschaften aufbaut und eine echte Gemeinschaftsarbeit zwischen Wissenschaftlern und Werktätigen in der materiellen Produktion sichert.

In ähnlicher Weise oblag es der ökonomischen Wissenschaft, die Grundsätze der inneren Betriebsordnung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aufzubereiten, das heißt die kollektive Arbeit in Brigaden, die Planung und Leitung, die Arbeitsorganisation, das Rechnungswesen, die Arbeitsnormung, den Charakter der Verteilung der Einkünfte, die Fragen der Akkumulation und andere zu erarbeiten, damit in dieser Hinsicht konkretisierbare Muster herausgegeben und ständig den neuen Entwicklungsbedingungen angepaßt werden konnten. Diese Muster erschienen noch im Jahre 1952.

Die Frage nach dem Eigentumsverhältnis am landwirtschaftlichen Grund und Boden bei Eintritt in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft nahm eine zentrale Stellung ein. Es war also wissenschaftlich begründet zu entscheiden, welche Eigentumsform den politischen und ökonomischen Entwicklungsbedingungen der DDR am besten Rechnung trägt.

Die Erkenntnis wurde in den Statuten aller Typen fixiert:

"Der Boden, der von den Mitgliedern in die Produktionsgenossenschaften zur gemeinsamen Nutzung eingebracht wird, bleibt Eigentum der Bauern."<sup>37</sup>

Dadurch konnte folgender innerer Widerspruch gelöst werden: Einerseits waren die Bedingungen zur durchgängigen Errichtung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Land herangereift, andererseits existierte nach wie vor der historisch bedingte Privateigentumsinn der werktätigen Bauern. Die weitere Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft zeigt, daß die Lösung dieses Widerspruchs zu einer wirksamen Triebkraft wurde.

Im Zuge dieser weiteren Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, des Prozesses der Entstehung der sozialistischen Klasse der Genossenschaftsbauern wurde zugleich der Nährboden für die Hetze gegen die sozialistische Entwicklung in der DDR weiter eingeengt.

Aus all dem Gesagten ergab sich für die ökonomische Wissenschaft die Aufgabe, möglichst schnell zu Aussagen über die weitere Gestaltung des Verhältnisses von Privateigentum an Grund und Boden und sozialistischer Entwicklung der LPG zu kommen.

Zunächst galt es, die Notwendigkeit zu begründen, einen Teil der Gesamteinkünfte der Genossenschaft "als Bodenanteil oder Bodenrente" an die Mitglieder zu verteilen.<sup>38</sup> Angesichts der Marxschen Theorie über die kapitalistische Grundrente bestand die Kompliziertheit der Aufgabe darin, diesen Teil der Einkünfte als eine Form der absoluten Rente zu charakterisieren und gleichzeitig nachzuweisen, daß es sich hier nicht um ökonomische Beziehungen der Ausbeutung handelt.

37 Die 1. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 5. bis 6. Dezember 1952 in Berlin (im folgenden: Die 1. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten), Berlin 1953, S. 89.

38 Vgl. ebenda, S. 90.



Mit der folgenden Formulierung faßte Roland Hauk die Erkenntnisse zusammen, die der strategischen Linie der SED auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik entsprachen:

"Sowohl die Entwicklung der Produktivkräfte als auch die Entwicklung einer neuen Produktionsweise in der Landwirtschaft wird durch eine gegebene Grundeigentumsform erleichtert oder erschwert. Aber wenn alle anderen Bedingungen für die Entwicklung einer Produktionsweise gegeben sind, kann die vorhandene Grundeigentumsform dies nicht verhindern. Sie wird mehr oder minder der neuen Produktionsweise angepaßt und muß erst dann beseitigt werden, wenn die neue Produktionsform so weit entwickelt und gefestigt ist, daß sie sich von den veralteten Formen unbedingt völlig lösen muß ... Die Produktionsweise in der Landwirtschaft (der DDR - H. S.) ist nicht mit der Grundeigentumsform identisch und bis zu einem gewissen Grade unabhängig von ihr."<sup>39</sup>

Eine wissenschaftlich fundierte Antwort verlangte die Frage nach der Stellung der Großbauern, der nach der Enteignung der Großgrundbesitzer auf dem Land verbliebenen Vertreter der Kapitalistenklasse. Eine gründliche Analyse führte zur Schlußfolgerung, gegenüber den Großbauern die gleiche Loyalität zu üben wie zu den Industriekapitalisten, wenn sie nicht gegen die Wirtschafts- und anderen Gesetze der DDR verstoßen und die Entwicklung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft nicht stören. Anderenfalls ist gegen ihren Widerstand "ein entschiedener Kampf zu führen".<sup>40</sup> Weiter wurde der Grundsatz verwirklicht, den Großbauern den Eintritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zunächst zu verwehren. Auf der 1. LPG-Konferenz wurde erklärt:

"Wer Mitglied und wer nicht Mitglied einer Produktionsgenossenschaft werden kann, ist in jedem Statut klar und eindeutig umrissen. Die Erfahrungen zeigen, daß aber immer wieder Feinde der werktätigen Bauern und Landarbeiter sich in die Genossenschaften einzuschleichen versuchen, deshalb ist hier ständige Wachsamkeit gegenüber Versuchen von Spekulanten und Schiebern, früheren Großhändlern, Großgrundbesitzern und Großbauern in die Produktionsgenossenschaft einzutreten, notwendig."<sup>41</sup>

Im Interesse der Zurückdrängung der kapitalistischen Elemente im Dorf und um in der Bündnispolitik Fehler zu vermeiden, machte sich die Bestimmung der auf einen Großbauern zutreffenden sozialökonomischen Kriterien erforderlich. Hierbei galt es, drei Gesichtspunkte zu berücksichtigen: Erstens mußten die von Lenin gegebenen charakteristischen Merkmale und zweitens die historisch-konkreten Verhältnisse in der DDR beachtet werden; drittens mußten diese Kriterien einen bestimmten Allgemeinheitsgrad aufweisen, der in der praktischen Politik die notwendige Differenzierung entsprechend weiterer politischer und juristischer Aspekte zuließ.

Walter Ulbricht gab auf der II. Parteikonferenz hierzu die folgende Definition:

"Man hat uns die Frage gestellt: Wer ist unter unseren Verhältnissen ein Großbauer ?

Als Großbauernwirtschaften sind solche Wirtschaften zu betrachten, die mehr als 20 Hektar Land mittlerer Bodenqualität besitzen und Lohnarbeiter beschäftigen mit dem Ziel, nicht selbst erarbeitete Einkünfte zu erhalten. Es versteht sich, daß zu dieser Gruppe die großkapitalistischen Wirtschaften gehören, die 50 Hektar und mehr Land besitzen und ständig fremde Arbeitskräfte ausbeuten."<sup>42</sup>

39 Hauk, Roland, Das bäuerliche Privateigentum am Boden und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR, Berlin 1956, S. 29 - 31.

40 Vgl. Ulbricht, Walter, Referat auf der 10. Tagung, a. a. O., S. 24.

41 Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten, a. a. O., S. 101.

42 Zu der zitierten Stelle folgte im Referat die Erläuterung: "Wir sprechen von mittlerer Bodenqualität. Das bedeutet, daß es Bauern mit besonders gutem Boden gibt und große Gartenbaubetriebe, die auch bei geringerer Hektarzahl als Großbauernbetriebe oder als kapitalistische Betriebe in der Landwirtschaft angesehen werden müssen." (Ulbricht, Walter, Referat auf der II. Parteikonferenz der SED, a. a. O., S. 197 f.).

Damit war das Problem theoretisch prinzipiell beantwortet, und die Aufgabe der staatlichen Organe bestand nunmehr darin, diese Grundorientierung durchzusetzen. Das wesentlichste Kriterium vorgenannter Definition bestand in der Ausbeutung. Wenn - was in der Praxis geschah - zum Beispiel ein Mittelbauer seine Produktionsmittel und die von ihm hergestellten Erzeugnisse für Schieber- und Spekulationsgeschäfte ausnutzte, wenn er seiner Ablieferungspflicht böswillig nicht nachkam, dann beging er Ausbeutung im echten Sinne des Wortes und mußte wie ein Großbauer behandelt werden.

Nachdem sich die Arbeiter- und -Bauern-Macht weiter gefestigt hatte und der Widerstand einer Reihe von Großbauern gebrochen war, beschloß die 3. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG (1954), auch den Großbauern und deren Familien die Möglichkeit einzuräumen, Mitglieder von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu werden.

Der Kampf der Arbeiterklasse für die sozialistische Umgestaltung des Dorfes wurde durch eine aktive Agenten-, Sabotage- und Diversionstätigkeit der Gegner unseres Arbeiter- und Bauern-Staates erschwert. Auch Bürger der DDR - oftmals Angehörige der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums - ließen sich dazu mißbrauchen, weil sie die Hoffnung auf eine Restauration des Kapitalismus noch nicht aufgegeben hatten.

Die der Politischen Ökonomie des Sozialismus daraus erwachsende Aufgabe bestand darin, einerseits die feindlichen Behauptungen, Lügen und Verleumdungen zu zerschlagen, andererseits gegen falsche und zum Teil gefährliche Auffassungen und Theorien, vertreten in den eigenen Reihen, zu kämpfen.

Ein wichtiges Blatt der Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus ist dadurch geschrieben, daß sie die marxistisch-leninistische Lehre gegen all diese Anwürfe erfolgreich verteidigt hat, die von der "Zwangskollektivierung" über die "Enteignung der werktätigen Bauern" bis zur "bolschewistisch-kolchosen Vermassung" reichten. Die Zerschlagung aller nichtmarxistischen, liquidatorenhaften Theorien und die noch umfangreichere Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung bildeten die entscheidendsten Voraussetzungen dafür, daß die vor allem im Verlauf des Jahres 1957 eingetretene Stagnation überwunden und in der kommenden Zeit die Konzeption für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft ausgearbeitet werden konnten.

Die jährlichen Konferenzen der Vorsitzenden und Aktivisten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind deutlicher Ausdruck dafür, daß die jeweils neu herangereiften Probleme der sozialistischen Entwicklung auf dem Land immer angepackt und theoretisch verarbeitet wurden. Die Partei sicherte dabei ihre - durch die Mehrheit der Genossenschaftsbauern von vornherein anerkannte - führende Rolle. Ihre Beschlüsse entsprachen den bäuerlichen Interessen und wurden so zur Richtschnur freien, bewußten Handelns der Bauern.

Während sich die 1. LPG-Konferenz (1952) mit Grundproblemen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses und der genossenschaftlichen Arbeit, vor allem mit den Statuten, der inneren Betriebsordnung und der Arbeitsnormung befaßte, standen auf der 2. Konferenz (1953) die Fragen der allseitigen politischen und ökonomischen Stärkung der Genossenschaften im Mittelpunkt. Um die Landwirtschaft fest in das "Jahr der großen Initiative" einzubeziehen, galt es, Maßnahmen zur Verbesserung der Planung, des Rechnungswesens, der Arbeitsorganisation, der Steigerung der pflanzlichen und tierischen Produktion, der Verteilung der Einkünfte usw. auszuarbeiten und einzuleiten.

Die 3. LPG-Konferenz (1954) stand im Zeichen der Beschlüsse des IV. Parteitages und des 21. Plenums der SED. Sie stellte fest, daß sich eine neue Gesellschaftsklasse entwickelt: die Klasse der Genossenschaftsbauern. Aufgabe der 3. Konferenz war es, auf der Grundlage der fortgeschrittensten Erfahrungen der Agrotechnik, der Zootechnik und der Agrarökonomie die umfassende Anwendung der fortgeschrittensten Arbeitsorganisation, Wissen-

schaft und Technik zu konzipieren und durchzusetzen mit dem Ziel, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und die Selbstkosten zu senken.

Auf der 4. LPG-Konferenz (1955) standen die Aufgaben der sozialistischen Landwirtschaft bei der Erfüllung des zweiten Fünfjahrplanes zur Debatte. "Hauptzweck der Konferenz war zu klären, wie die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften als genossenschaftliche Großlandwirtschaftsbetriebe die moderne Technik und die fortgeschrittenste Agrarwissenschaft anwenden und auf sozialistische Weise wirtschaften."<sup>43</sup>

Diese Konferenzen legen Zeugnis davon ab, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit von Bauern, Partei- und Staatsfunktionären sowie Wissenschaftlern sehr bedeutsame Leistungen auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie des Sozialismus zu vollbringen vermag. Nicht zuletzt erforderte das Gesetz der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte, bereits um und nach 1952 zumindest erste Überlegungen anzustellen, welche Rolle den Handwerkern und den kapitalistischen Unternehmern im weiteren sozialistischen Aufbau zukommt, wie die sozialistische Umgestaltung ihrer Produktionsverhältnisse zu geschehen hat. Wenn die Partei sich einerseits so frühzeitig mit diesem Problem auseinandersetzte, andererseits - den Bewußtseinsstand dieser Klassen und Schichten in Rechnung stellend - mit aller Bedachtsamkeit und Toleranz zu Werke ging, dann wird ein weiteres Mal ihre Fähigkeit deutlich, die Lehre des Marxismus-Leninismus wirklich als Anleitung zum schöpferischen Handeln zu nutzen.

Wie die Aussagen zu diesen Fragen in ihrer Gesamtheit zeigen, ließ sich die SED von zwei grundlegenden marxistischen Prinzipien leiten:

erstens davon, daß der sozialistische Aufbau sich zu gegebener Zeit auf alle nichtmonopolistischen Eigentumsformen der Volkswirtschaft erstrecken kann, also auch auf die noch vorhandene einfache und kapitalistische Warenproduktion;

zweitens davon, daß Tempo, Formen und Methoden der sozialistischen Umgestaltung dieser Bereiche den konkreten politischen, ökonomischen und ideologischen Bedingungen anzupassen sind.

So kam es völlig folgerichtig zu den nachstehenden grundsätzlichen Aussagen:

"Die Handwerker haben selbstverständlich das Recht, sich, wenn sie wollen, in Produktionsgenossenschaften zusammenzuschließen und durch Organisation gemeinschaftlicher Werkstätten und durch Mechanisierung ihre Produktion und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern ..."<sup>44</sup> (II. Parteikonferenz).

"Wo sich auf freiwilliger Grundlage Produktionsgenossenschaften der Handwerker gebildet haben ..., erhalten diese ... besondere Förderung."<sup>45</sup> (IV. Parteitag 1954.)

"Was die reale Verbesserung der materiellen und kulturellen Bedingungen der Bauern, Handwerker und Fischer betrifft, so ist sie auf lange Sicht nur möglich, wenn sie den Weg der genossenschaftlichen Arbeit und der Produktionsgenossenschaften beschreiten, da sie nur so die Vorteile der modernen Großproduktion ausnutzen können. Das ZK unserer Partei hat jedoch wiederholt und nachdrücklich erklärt, daß bei der Entwicklung des Genossenschaftswesens in der Landwirtschaft und im Handwerk das Prinzip der strengen Freiwilligkeit eingehalten werden muß."<sup>46</sup> (21. Tagung des Zentralkomitees der SED 1954.)

43 Die 4. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 9. bis 11. Dezember 1955 in Leipzig, Berlin 1956, S. 338.

44 Ulbricht, Walter, Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945, a. a. O., S. 379 f.

45 Derselbe, Rechenschaftsbericht des ZK an den IV. Parteitag der SED, Berlin 1954, S. 101.

46 Derselbe, Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945, a. a. O., S. 429.

"Die Entwicklung der neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse in unserer Republik erfordert, dem Zusammenschluß der einfachen Warenproduzenten, auch außerhalb der Landwirtschaft, mehr Aufmerksamkeit zu widmen." Es sind Maßnahmen zu ergreifen, "damit die Handwerker am Zusammenschluß zu Produktionsgenossenschaften materiell interessiert werden."<sup>47</sup> (25. Tagung des Zentralkomitees der SED 1955.)

Damit war die Richtung auch für weitere theoretische Untersuchungen angezeigt.

Deutlich zeigt sich hier, wie die SED den materiellen Vorteilen der Handwerker starke Beachtung schenkte. Sie befolgte den Rat Lenins, daß gegenüber den Kleinunternehmern "die Aufgabe des Proletariats darin (besteht), sie zu führen, Einfluß auf sie zu gewinnen."<sup>48</sup> Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist aber eine Verbesserung ihrer materiellen Existenzbedingungen.

Im Jahre 1950 gab es in der DDR rund 21 000 private Industrie- und Baubetriebe.<sup>49</sup> Die Einbeziehung dieser privaten Produktionsbereiche in den sozialistischen Aufbau geschah Schritt für Schritt, und zwar zunächst mit Steuer-, preispolitischen und ähnlichen Maßnahmen sowie mit einem für alle vorteilhaften System der Rohstoff- und Produktionsmittelbelieferung und schließlich durch die staatliche Beteiligung. Den Grundstein zu letzterem legte die 25. Tagung des Zentralkomitees der SED (Oktober 1955). Dort hieß es im Beschluß:

"Um die Produktionserfahrungen solcher privater Unternehmer auszuwerten, die über ein zu geringes Kapital verfügen, um volkswirtschaftlich notwendige Produktionen für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und der Steigerung des Exports durchführen und erweitern zu können, kann solchen Betrieben das fehlende Kapital durch staatliche Beteiligung zugeführt werden."<sup>50</sup>

Diese und ähnliche konzeptionelle Aussagen der SED, der Ökonomen, aber auch der Vertreter der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte waren ab 1952 möglich, weil die Privatunternehmer auch schon zuvor ihren festen, gesicherten Platz in unserer Volkswirtschaft erhalten hatten und weil es die ökonomische Wissenschaft verstand, Rolle und Stellung der Handwerker sowie der kleinen und mittleren Unternehmer klar zu kennzeichnen.

So wurden in der DDR im Zuge des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus umfangreiche Erkenntnisse zum Wesen und zu den Erfordernissen des Gesetzes der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte gewonnen. Doch darin erschöpfte sich die Einsicht in dieses Gesetz keineswegs. Mit den folgenden Betrachtungen werden noch andere, mit diesem Gesetz im Grunde zusammenhängende Forschungsergebnisse aufgezeigt.

### Zur Leitung und Planung des Reproduktionsprozesses

Als die Werktätigen der DDR den Zweijahrplan erfüllt und begonnen hatten, die Aufgaben des ersten Fünfjahresplanes zu realisieren, gab es - trotz aller Erfolge - auf dem Gebiet der Theorie der Leitung und Planung der Volkswirtschaft Rückstände, die Gegenstand ernsthafter Kritik der 6. ZK-Tagung (1951) waren. Nur allmählich und im wesentlichen erst ab Mitte der fünfziger Jahre wurde mit der Beseitigung dieses Mangels begonnen, ob-

47 Zur ökonomischen Politik der SED und der Regierung der DDR, Bd. 2, Berlin 1960, S. 37 f.

48 Lenin, W. I., Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, in: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 100.

49 Vgl. Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 167.

50 Entschließung der 25. Tagung des ZK der SED vom Oktober 1955, in: Dokumente der SED, Bd. 5, Berlin 1956, S. 487 (Hervorhebung von mir - H. S.).

wohl die Partei schon zuvor wiederholt und nachdrücklich die entscheidende Verbesserung der staatlichen Planung und der Wirtschaftsleitung gefordert hatte.<sup>51</sup> Wennes trotzdem gelang, in der vorgesehenen Zeit die Grundlagen des Sozialismus planmäßig zu errichten, dann nur, weil es die SED verstand, allgemeingültige ökonomische Prinzipien der sozialistischen Entwicklung auf die konkrete Situation in der DDR anzuwenden.

Noch eine andere Seite zeigte sich: In dem Maße, wie die theoretische Bewältigung der Planung und Leitung vernachlässigt wurde, fanden revisionistische Auffassungen günstigen Nährboden. Es gab nicht nur Tendenzen der Spontaneität in der Wirtschaftsleitung, auch Forderungen nach Beseitigung der zentralen staatlichen Planung und nach Einführung einer "Selbstverwaltung der Produzenten" konnten laut werden. So blieb es der 28. Tagung des Zentralkomitees der SED (Juli 1956) vorbehalten, sich gründlich unter anderem auch mit diesen Erscheinungen auseinanderzusetzen.

Daher gilt für die Politische Ökonomie des Sozialismus die Gesetzmäßigkeit: Dort, wo die Arbeiterklasse nicht aktiv wirkt, nicht auf der Höhe ihrer objektiv gegebenen Aufgaben steht, überläßt sie der Bourgeoisie und allen rechten und linken Abweichungen das Feld, was sich zumindest hemmend auf Tempo und Effektivität des sozialistischen Aufbaus auswirken muß.

Im Zuge der Auswertung des XIX. Parteitages der KPdSU (Oktober 1952) wurden in der DDR die Diskussionen zum Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft eingeleitet. Auch dazu gab die SED den unmittelbaren Anstoß mit der Feststellung, die auf der 10. ZK-Tagung (1952) getroffen wurde:

"Das sozialistische Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft entstand als Gegengewicht zum Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion im Kapitalismus. Es entstand auf der Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nachdem das Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion seine Kraft verloren hatte." Seine Kenntnis und Anwendung bewahrt uns davor, "unsere Kräfte durch unreaie, phantastische Vorhaben zu vergeuden"<sup>52</sup>.

Die Ökonomen der DDR befaßten sich weniger mit der Ausformulierung des Gesetzes, sondern vielmehr mit seinen Anforderungen an die Planung und Leitung der Wirtschaft sowie mit seinen Beziehungen zu anderen ökonomischen Gesetzen des Sozialismus. Mehr und mehr wurde auch dazu übergegangen, Beiträge von sowjetischen und Ökonomen anderer sozialistischer Staaten zur Theorie der Planung und Leitung zu veröffentlichen und auszuwerten.

In ihrer überwiegenden Mehrheit beachteten die Ökonomen der DDR den allgemeingültigen Hinweis Lenins: "Ständige, bewußt aufrechterhaltene Proportionalität würde tatsächlich Planmäßigkeit bedeuten . . ."<sup>53</sup> In richtiger Erkenntnis dieses Hinweises verwiesen sie auf die vorrangige Bedeutung, die der Herstellung richtiger Proportionen zwischen den Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft zukam.

Welche Proportionen wurden hervorgehoben?

- Die Proportion zwischen Abteilung I und II der Volkswirtschaft als wichtigste Proportion,
- die Proportion zwischen Industrie und Landwirtschaft,
- die Proportion zwischen Grundstoff- und verarbeitender Industrie,

51 So z. B. auf der 10. ZK-Tagung (November 1952): "Die Fragen der qualitativen Verbesserung der staatlichen Planung zur Entwicklung der Volkswirtschaft sowie der Betriebsplanung sind bei uns noch nicht in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Staats- und Parteiorgane gerückt." (Ulbricht, Walter, Referat auf der 10. Tagung, a. a. O., S. 31).

52 Ebenda, S. 27 f.

53 Lenin, W. I., Eine unkritische Kritik, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 640.

- die Proportion zwischen Produktion und Außenhandel,
- die Proportionen zwischen den verschiedenen Sphären der Produktion,
- die Proportion zwischen Kauf- und Warenfonds,
- die Proportion zwischen Akkumulation und Konsumtion,
- die proportionale Verteilung der Arbeitskräfte.

Die SED erfaßte ständig und prinzipiell die Leitung der sozialistischen Wirtschaft als planmäßige Leitung auf der Grundlage des zentralen staatlichen Planes. Damit beachtete sie den wichtigen Grundsatz der untrennbaren Einheit von sozialistischer Leitung und Planung. Zugleich stellte sie dabei die enge Einbeziehung der Massen der Werktätigen in den Vordergrund, was erneut auf dem 25. ZK-Plenum (Oktober 1955) zum Ausdruck kam:

"Die Lehre ist, daß wir die Arbeiter in größerem Maße als je zuvor für die Beratung des Betriebsplanes 1956 gewinnen müssen ..."<sup>54</sup>

### Zum ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus

Auch zum ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus löste eine Formulierung Stalins theoretische Betrachtungen aus. Als Wesenszug der sozialistischen Wirtschaft nannte Stalin die "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik."<sup>55</sup>

Die SED vertrat hierzu erstens konsequent die Auffassung, daß mit der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus erst die Bedingungen für die Durchsetzung des ökonomischen Grundgesetzes geschaffen werden:

"Mit der Stärkung des sozialistischen Sektors in Industrie und Landwirtschaft, mit dem erfolgreichen Aufbau des Sozialismus erstreben wir ... die Verwirklichung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus ..."<sup>56</sup>

Zweitens hat die Partei der Arbeiterklasse an entscheidenden Abschnitten der ökonomischen Entwicklung den erreichten Wirkungsgrad des ökonomischen Grundgesetzes eingeschätzt und mit diesen Verallgemeinerungen rechtzeitig auf die Erfüllung der weiteren Aufgaben hingewirkt. So wurde auf der 10. ZK-Tagung (1952) ausgeführt:

"Manche Leute haben aus diesem Grundgesetz die Schlußfolgerung gezogen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft schon heute voll befriedigt werden können. Die Betreffenden vergessen, daß ... bei uns ... erst die Grundlagen des Sozialismus geschaffen werden ..."<sup>57</sup>

Zwei Jahre später, auf der 21. Tagung wurde erklärt, jeder müsse sich bewußt sein, "daß das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus besagt, daß die maximale Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft nur in dem Maße möglich ist, wie sich die Produktivkräfte entwickeln."<sup>58</sup>

54 Ulbricht, Walter, Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945, a. a. O., S. 486.

55 Stalin, J. W., Ökonomische Probleme, a. a. O., S. 41.

56 Die wissenschaftliche Bedeutung der II. Parteikonferenz, in: Einheit, H. 8/1952, S. 722.

57 Ulbricht, Walter, Referat auf der 10. Tagung, a. a. O., S. 23.

58 Derselbe, Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945, a. a. O., S. 452.

Und in der Direktive der III. Parteikonferenz (1956) hieß es unter anderem: "Durch den erfolgreichen Kampf um die Verwirklichung der Ziele des ersten Fünfjahrplanes wurden die in den Jahren 1945 bis 1950 geschaffenen sozialökonomischen Grundlagen für das Wirken des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus gefestigt und seine Wirkungsbereiche planmäßig ausgedehnt, so daß es zum bestimmenden Gesetz für die Entwicklung der ganzen Volkswirtschaft der DDR wurde."<sup>59</sup>

Insgesamt können diese ersten theoretischen Diskussionen zum ökonomischen Grundgesetz, vor allem aber die Einschätzungen der SED, als wichtige Ansatzpunkte für weitere Auseinandersetzungen und als Beginn wertvoller wissenschaftlicher Analysen betrachtet werden, die schließlich zu unserem heutigen Erkenntnisstand führten.

### Zur Warenproduktion und zur Wirkungsweise des Wertgesetzes im Sozialismus

Bis 1952 kam es in der DDR nur zu wenigen und lediglich fragmentarischen theoretischen Überlegungen zum Problem der Ware-Wert-Beziehungen. Dies entsprach voll und ganz dem Stand der ökonomischen Entwicklung in der DDR. Nachdem aber im Prozeß des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus die Übergangsperiode eine bestimmte Reife erlangt hatte, wurde die Untersuchung zur Warenproduktion und zur Wirkungsweise des Wertgesetzes dringende Notwendigkeit.

1951/1952 wurden - auch in der DDR - die Auffassungen Stalins als Zusammenfassung des neusten Erkenntnisstandes zur Warenproduktion und zur Wirkungsweise des Wertgesetzes betrachtet. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen: Stalin leitete die Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus von der Existenz zweier grundlegender "Produktionssektoren, der staatlichen und der kollektivwirtschaftlichen" ab. Daher kam er zu dem Schluß, daß die Warenproduktion "für eine bestimmte Periode unserer sozialistischen Gesellschaft" existiere. Dies sei aber keine gewöhnliche Warenproduktion, "sondern eine Warenproduktion besonderer Art, eine Warenproduktion ohne Kapitalisten, die es hauptsächlich mit Waren vereinigter sozialistischer Produzenten (Staat, Kollektivwirtschaft, Genossenschaften) zu tun hat, deren Wirkungsbereich auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs beschränkt ist" und die nicht zur kapitalistischen Produktion führen könne.

Die Produktionsmittel, die im staatlichen Sektor hergestellt und innerhalb des Landes verwendet werden, können "keineswegs in die Kategorie Waren eingereiht werden." Sie behalten "die äußere Hülle von Waren, und daher werden auf sie die Kategorien Wert, Selbstkosten und Preis angewandt. Nur dann, wenn die Produktionsmittel an ausländische Staaten verkauft werden, sind sie "tatsächlich Waren und werden tatsächlich verkauft (ohne Anführungszeichen)". Stalin sah das Kriterium für eine Ware darin, daß sie "ein Erzeugnis der Produktion (ist), das an jeden beliebigen Käufer verkauft werden kann, wobei der Warenbesitzer bei Verkauf der Waren das Eigentumsrecht an ihr verliert, während der Käufer Eigentümer der Ware wird, der sie weiterverkaufen, verpfänden, ja verderben lassen kann."

In der sozialistischen Ordnung wirke das Wertgesetz. Seine Wirkung beschränke sich nicht auf die Zirkulationssphäre, sondern erstrecke sich auf die Produktion, ohne regulierende Bedeutung zu besitzen. Wie die Warenproduktion, so sei im Sozialismus auch der Wirkungsbereich des Wertgesetzes "streng begrenzt".<sup>60</sup>

<sup>59</sup> Zur ökonomischen Politik der SED und der Regierung der DDR, Bd. 2, a. a. O., S. 69.  
<sup>60</sup> Vgl. zu allem: Stalin, J. W., Ökonomische Probleme, a. a. O., S. 11 ff.

Stalin zog in dieser Arbeit eine Reihe notwendiger und richtiger Schlüsse. Zugleich verfiel er mit seinen Auffassungen jedoch auch in theoretische Fehler, die sich für eine bestimmte Zeit hemmend auf die Weiterentwicklung theoretischer Erkenntnisse auswirken mußten.

Der Parteiführung der SED kam es darauf an, aus Stalins Aussagen unverzüglich erste notwendige Schlußfolgerungen für die Wirtschaft der DDR zu ziehen und die Aufmerksamkeit auf die weitere theoretische Durchdringung der sozialistischen Ware-Wert-Beziehungen zu lenken.

So führte zum Beispiel Walter Ulbricht auf der 10. ZK-Tagung aus:

"Deshalb gilt Stalins Gebot an die sowjetischen Wirtschaftskader, sich durch das Studium des Wertgesetzes zu qualifizieren, im verstärkten Maße auch für uns. Es muß Schluß gemacht werden mit dem gleichgültigen und oberflächlichen Verhalten unserer Wirtschaftler und Planer gegenüber der Entwicklung der Selbstkosten. Die vom Genossen Stalin erhobenen Forderungen nach rationeller Betriebsführung, systematischer Verbesserung der Produktionsmethoden, Erschließung aller verborgenen Produktionsreserven, Senkung der Selbstkosten und strikter Einhaltung der wirtschaftlichen Rechnungsführung können nur erfüllt werden, wenn unsere Kader die Wirkungsweise des Wertgesetzes in unserer Wirtschaftsordnung beherrschen lernen."<sup>61</sup>

In der Folgezeit, das heißt bis 1955/1956, befaßten sich die Ökonomen vor allem mit den Ursachen und dem Wesen der Warenproduktion in der Übergangsperiode und im Sozialismus, mit dem Verhältnis zwischen Wertgesetz einerseits und den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus andererseits, mit der Rolle des Wertgesetzes im sozialistischen Reproduktionsprozeß - und hier besonders mit der Ausnutzung des Wertgesetzes für die Preisbildung - sowie mit der Rolle des Geldes im Prozeß des sozialistischen Aufbaus.

Insgesamt ist die Politische Ökonomie des Sozialismus auch in der DDR auf dem Gebiet der theoretischen Arbeit zur Warenproduktion und der Wirkungsweise des Wertgesetzes in der Zeit von 1952 bis 1955/1956 ein gutes Stück vorangekommen.

Zum Gesetz des vorrangigen Wachstums der Abteilung I gegenüber der Abteilung II der Volkswirtschaft

Es war Lenin, der in seiner Arbeit "Zur sogenannten Frage der Märkte"<sup>62</sup> die Marxschen Erkenntnisse zur Vorrangigkeit des Wachstums der Abteilung I bedeutend vertiefte und weiterentwickelte. Lenins Aussagen beinhalten nicht nur den technischen Fortschritt als den Grundprozeß für die vorrangige Entwicklung der Abteilung I, sondern auch den Aspekt, daß diese Vorrangigkeit konkrete Erscheinungsweisen einschließt.

Die wissenschaftlich-technische Revolution übte den in der bisherigen Menschheitsgeschichte gewaltigsten Nachdruck auf die rasche Entwicklung der Abteilung I aus. Zugleich bewirkt sie ein ständig steigendes Effektivitätsniveau der Produktion, welches im Sozialismus die Möglichkeit einschließt, das Entwicklungstempo der Abteilung II gegenüber der Abteilung I zeitweilig zu erhöhen. Der neue Fünfjahrplan der Sowjetunion wird dies erstmalig verwirklichen.

Der Halbjahrplan (1948) und der Zweijahrplan (1949/1950) in der DDR sind Beweis dafür, daß die SED den Erfordernissen des Gesetzes des vorrangigen Wachstums der Abteilung I die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt hat. Nach Überwindung der ärgsten Nachkriegsnot war es nur durch die Anwendung dieses Gesetzes möglich, eine demokratische Friedenswirtschaft aufzubauen, das wirtschaftliche Vorkriegsniveau zu erreichen und mit der

61 Ulbricht, Walter, Referat auf der 10. Tagung, a. a. O., S. 29 f.

62 Lenin, W. I., Zur sogenannten Frage der Märkte, in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 65 - 116.



Beseitigung der Disproportionen zu beginnen, die sich aus der Spaltung Deutschlands für das Gebiet der DDR ergaben. Für die DDR wurde die Herstellung der objektiv notwendigen Proportionen zwischen Abteilung I und II sowie innerhalb der Abteilung I zur Existenzfrage und zum Kriterium für die merkliche Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung. Jede Vernachlässigung dieser Aufgabe hätte nicht nur Stagnation der Wirtschaft, sondern Rückschritt bedeutet und wäre geeignet gewesen, die Störanfälligkeit unserer Volkswirtschaft zu erhöhen und alle bisherigen Errungenschaften preiszugeben.

Es gab daher keinen anderen Weg, als die Entwicklung bestimmter Zweige und Bereiche der Produktionsmittelindustrie in den Mittelpunkt des ersten Fünfjahrplanes zu stellen. Gleichzeitig war es notwendig, auf der II. Parteikonferenz diese Orientierung beizubehalten und die Konzeption der "raschesten Beseitigung der Engpässe in der Entwicklung der Energiewirtschaft, des Schwermaschinenbaues, des Hüttenwesens und der Rohstoffbasis" auszuarbeiten.<sup>63</sup>

"Diese Generallinie der Partei war und bleibt richtig."<sup>64</sup> Partei und Regierung waren sich jedoch immer darüber im klaren, daß die Verwirklichung dieser Generallinie hohe Anstrengungen der Werktätigen erforderte und nur unter Berücksichtigung der inneren und äußeren Klassenkampfbedingungen erfolgen konnte, was die Notwendigkeit einschloß, von Fall zu Fall Präzisierungen insbesondere am Tempo der Entwicklung bestimmter Bereiche bzw. Vorhaben vorzunehmen.

Es war wichtig, eingehend zu erklären, daß, entsprechend dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus, das Ziel der sozialistischen Produktion letztlich die Konsumtion ist, aber die Entwicklung der Abteilung I die Voraussetzung dazu schafft.

Die vorstehend wiedergegebenen ökonomisch-theoretischen Probleme, deren Entwicklung sich in den Beschlüssen und Dokumenten der II. Parteikonferenz der SED auf diese oder jene Weise kreuzt, zeugen von der Vielfalt und steigenden Kompliziertheit der zu lösenden Aufgaben. Insbesondere in den Jahren nach der II. Parteikonferenz mußten politökonomische Fragen in Theorie und Praxis aufgeworfen und bewältigt werden, die 1952 noch nicht im Vordergrund stehen konnten. Der IV. Parteitag (1954) sowie die 21., 24., 25. (November 1954, Juni 1955, Oktober 1955), aber auch die 28., 30., 32. und 33. Tagung des Zentralkomitees der SED (Juli 1956, Januar 1957, Juli 1957, Oktober 1957) und nicht zuletzt die III. Parteikonferenz (1956) befaßten sich mit diesen Fragen, und das Ergebnis war die Ausarbeitung und Präzisierung der ökonomischen Konzeption der DDR für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Jedoch enthielten die Dokumente der II. Parteikonferenz - in mehr oder weniger ausgeprägter Form - bereits diese Probleme, und der SED war klar, daß sie, wenn herangereift, in Angriff genommen werden mußten.

Um welche Probleme handelte es sich dabei vor allem?

Der Beschluß der II. Parteikonferenz über den Aufbau des Sozialismus in der DDR - die prinzipielle Leitlinie

Alle vorgenannten Tagungen, aber auch alle Aktivitäten der Politökonomien sind als Schritte zu betrachten, die die grundsätzlichen Aussagen der II. Parteikonferenz präzisierten, weiterführten und verwirklichten.

63 Vgl. Beschluß der II. Parteikonferenz der SED, a. a. O., S. 74.

64 Kommuniqué und Entschließung der 15. Tagung des ZK der SED vom 24. - 26. 7. 53, Berlin 1953, S. 46.

Der IV. Parteitag, der sich eingehend mit der Weiterentwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse befaßte und als zentrale Aufgabe die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der volkseigenen Industrie bei intensiver Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus stellte, gab den Auftakt zu prinzipiellen Auseinandersetzungen mit ernststen Mängeln in bezug auf das Studium und die Anwendung der Gesetze, Kategorien und Prinzipien der Politischen Ökonomie des Sozialismus. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Parteitages wurden im Mai 1954 die Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft klar formuliert. 65

Noch komplexer wurden die Probleme des Studiums und der Anwendung der Politischen Ökonomie des Sozialismus auf der 21. ZK-Tagung aufgeworfen. Die Bedeutung dieses Plenums für die Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR besteht darin, daß dort die Generallinie für die weitere Arbeit festgelegt und die allseitige Ausarbeitung der Politischen Ökonomie der Übergangsperiode nicht nur weiter präzisiert, sondern auch ganz konkret begonnen wurde.

Nach der 21. ZK-Tagung nahm die politökonomische Wissenschaft in der DDR einen beachtlichen Aufschwung, und die 24. und 25. ZK-Tagung waren Ausdruck der kontinuierlichen Fortsetzung der auf der 21. Tagung erörterten politökonomischen Probleme. Während aber die 21. Tagung Generalbilanz zog und alle wichtigen ökonomischen Zusammenhänge formulierte, standen auf dem 24. und 25. Plenum ganz bestimmte Aufgaben im Vordergrund. So befaßte sich die 24. ZK-Tagung hauptsächlich

- mit den Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Reproduktionsprozeß,
- mit der Verstärkung der marxistisch-leninistischen und vor allem der ökonomischen Bildung aller Bevölkerungskreise, deren Aufgabe die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts war,
- mit der Ausarbeitung einer marxistisch-leninistischen Agrartheorie.

Den Mittelpunkt des 25. ZK-Plenums bildeten der wissenschaftlich-technische Fortschritt in der Produktion und einige damit zusammenhängende Hauptprobleme, nämlich

- die systematische Steigerung der Arbeitsproduktivität,
- die ökonomischen Konferenzen und Produktionsberatungen als Hebel zur Einbeziehung der Masse der Arbeiter in den Kampf zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität,
- die konsequentere Anwendung und Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung.

Anliegen der politökonomischen Wissenschaft mußte es sein, die beiden sich herauskristallisierenden Schwerpunkte, nämlich die Durchsetzung des Gesetzes der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos von Wissenschaft und Technik und die Durchsetzung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung, theoretisch möglichst allseitig und tiefgründig zu durchdringen und der ökonomischen Praxis umfangreiche anwendungsbereite Erkenntnisse zu liefern.

Die ökonomische Wissenschaft in der DDR hat diese Aufgaben mit wirksamer Unterstützung durch die Sowjetwissenschaft erfüllt. Es gelang ihr, ausgehend vom IV. Parteitag und vom 21. ZK-Plenum, die objektiven Erfordernisse und Wirkungsbedingungen des Gesetzes der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität herauszuarbeiten und so wichtige wissenschaftliche Grundlagen für eine effektivere Gestaltung des gesamten Reproduktionsprozesses zu schaffen. Mit Erfolg wandte sie die allgemeingültigen Leninschen Prinzipien der wirtschaft-

65 Vgl. Wissenschaft und Leben, in: Wirtschaftswissenschaft, H. 5/1965, S. 465 - 475.

lichen Rechnungsführung auf die konkreten Bedingungen der DDR an, wozu ihr die II. Parteikonferenz<sup>66</sup> und eine Stellungnahme des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Dezember 1952 zur Preispolitik wichtige Impulse vermittelten.

So war die mit der II. Parteikonferenz der SED begonnene ökonomisch-theoretische Arbeit der gesamten fünfziger Jahre in jeder Hinsicht außerordentlich bedeutsam. Für die weitere Aneignung und Anwendung der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR ebnete sie den Weg, der über den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse zur Ausarbeitung einer umfassenden ökonomischen Konzeption des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft führt.

Dazu gehört auch der ständige Kampf der Partei der Arbeiterklasse einerseits gegen Erscheinungen des Dogmatismus, andererseits gegen revisionistische Entstellungen der marxistisch-leninistischen Politischen Ökonomie. Zu jeder Zeit zeigten sich in den ökonomischen Auffassungen mehr oder weniger ausgeprägte sowohl rechte als auch linke Abweichungen. Aber diese oder jene Abweichung stand in bestimmten Zeitabschnitten im Vordergrund, und der Hauptstoß des Kampfes mußte jeweils gegen sie gerichtet werden.

So hielten die Parteiführung und die auf den Boden des konsequenten Marxismus-Leninismus stehende überwiegende Mehrheit der Ökonomen der DDR auf der 30. ZK-Tagung (Januar 1957) den Zeitpunkt für herangereift, sich ernsthaft und prinzipiell mit revisionistischen Entstellungen auseinanderzusetzen. Auch in diesem Sinne wurden wichtige Voraussetzungen für die neuen Aufgabenstellungen des V. Parteitages der SED (1958) geschaffen.

Die Aneignung, Anwendung und Entwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR kann nur eingeschätzt werden, wenn man ihren unlösbaren Zusammenhang mit den theoretischen Erkenntnissen der KPdSU, der Sowjetökonomen und der Wissenschaftler der anderen sozialistischen Länder berücksichtigt. Der Sowjetunion als dem ersten und fortgeschrittensten Land innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft kommt dabei gesetzmäßig die führende Rolle zu. Die sozialistische Umwälzung konnte in der DDR nur deshalb erfolgreich und in historisch kurzer Frist bewältigt werden, weil neben den Erkenntnissen der Klassiker des Marxismus-Leninismus vor allem die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und die reichen Erfahrungen der Sowjetgesellschaft bei der Durchsetzung dieser Gesetzmäßigkeiten vorlagen. Doch nicht nur das, die Sowjetökonomen beteiligten sich unmittelbar an der Lösung der Probleme, die in der DDR auftraten.

So läßt sich zusammenfassend feststellen: Die Politische Ökonomie des Sozialismus in der DDR war im gesamten Verlauf der fünfziger Jahre von den Erkenntnissen geprägt, die auf der II. Parteikonferenz gewonnen und ausgesprochen wurden oder deren Ausgangspunkt die Dokumente der II. Parteikonferenz bildeten. In diesem Sinne war diese Konferenz ein bedeutsamer Meilenstein auf dem Weg zur Anwendung der politökonomischen Theorie. Sie sicherte die Kontinuität zwischen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik.

66 Auf der II. Parteikonferenz hieß es dazu u. a. : "Diese Maßnahmen (d. h. die Finanzierung der erweiterten Reproduktion der Betriebe wenigstens teilweise aus selbst erwirtschafteten Gewinnen - H. S.) sind die ersten notwendigen Schritte, um das Prinzip der juristischen und ökonomischen Eigenwirtschaftlichkeit jedes einzelnen Betriebes und der persönlichen Verantwortung der Betriebsleiter von der Seite der Finanzwirtschaft zu festigen." (Ubricht, Walter, Referat auf der II. Parteikonferenz der SED, a. a. O., S. 92 f.).

## ZUR VERKEHRSPOLITISCHEN ENTWICKLUNG IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

von Elfriede Rehbein/Rudi Keil/Peter Kirchberg/Jürgen Schmädicke/Heinz Wehner

### 0. Einleitung

1. Eigentumsverhältnisse und Rechtsstatus im Verkehrswesen der DDR in den ersten Nachkriegsjahren
2. Die Entwicklung der materiell-technischen Basis im Transport- und Nachrichtenwesen
3. Steigende Anforderungen der Wirtschaft der DDR an das Transport- und Nachrichtenwesen
4. Koordinierung und Kooperation der Verkehrsträger im Rahmen der Volkswirtschaftsplanung
5. Aufgaben des Verkehrswesens zur Sicherung der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Ziele der DDR

### 0. Einleitung

In seinen "Theorien über den Mehrwert" definierte Karl Marx das Verkehrswesen erstmalig als "Zweig" bzw. als "vierte Sphäre der materiellen Produktion"<sup>1</sup> und erklärte es als unentbehrlichen Bestandteil der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion. Daraus erhellt, daß das Verkehrswesen einen selbständigen Wirtschaftszweig innerhalb der Volkswirtschaft eines Staates darstellt, dessen Bedeutung vor allem im Zusammenhang mit der zunehmenden Arbeitsteilung und Spezialisierung auf der einen sowie der Konzentration der Produktion auf der anderen Seite zunahm. Nicht zu übersehen ist darüber hinaus die große politische und strategische Bedeutung des Verkehrswesens, die unter den gegenwärtigen Bedingungen gleichfalls noch wächst. Verständlicherweise ergeben sich dabei grundlegende, systembedingte Unterschiede zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Verkehrswesen, deren detaillierte Behandlung jedoch den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde.

Die Tatsache, daß die Transport- und Nachrichtenprozesse unmittelbar auf die materielle Produktion folgen bzw. Teil von ihr sind, schafft nicht allein eine enge Verbindung zur materiellen Produktion, sondern fordert zugleich im sozialistischen Transport- und Nachrichtenwesen dem volkswirtschaftlichen Wachstum entsprechende Proportionen, und zwar so-

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 4: Theorien über den Mehrwert, T. 1, Kap. 1 - 7 u. Beilagen, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26.1, Berlin 1965, S. 387.

wohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Die Stabilität der Volkswirtschaft wird wesentlich durch das Funktionieren des Transport- und Nachrichtenwesens beeinflusst. Aber auch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung ist eng mit ihm verknüpft, da es für die Bereiche außerhalb der Wirtschaft gleichfalls wichtige Leistungen erbringt.

Die entscheidenden Voraussetzungen für die Erfüllung dieser umfangreichen Aufgaben des Transport- und Nachrichtenwesens der DDR entstanden mit den sich herausbildenden sozialistischen Produktionsverhältnissen, der Identität von Produzenten und Eigentümern, der ständigen Verbesserung der materiell-technischen Basis in diesem Wirtschaftszweig und nicht zuletzt durch eine zentrale, gesamtgesellschaftlich orientierte wissenschaftliche Leitung, Planung und Bilanzierung, die an die Stelle des unter kapitalistischen Bedingungen wirkenden Konkurrenzkampfes und Profitmechanismus die sozialistische Arbeitsteilung, Kooperation und Koordinierung stellte.

In diesem Rahmen setzten die verkehrspolitischen Grundsätze der Arbeiter- und Bauernmacht entscheidende Akzente. Rückschauend ist festzustellen, daß eine konsequente Linie die Entwicklung unseres Transport- und Nachrichtenwesens seit dem Beginn des demokratischen Neuaufbaus beherrschte, die einmal von der Wichtigkeit des Transport- und Nachrichtenwesens für die Gesellschaft und zum anderen von der Notwendigkeit eines einheitlichen sozialistischen Transportsystems sowie eines einheitlichen sozialistischen Nachrichtensystems ausging. Die Grundgedanken dazu drückten die "Richtlinien der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Wirtschaftspolitik" aus, die auf der 1. Reichskonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946 beschlossen wurden. Unter der Überschrift: "Welche wichtigsten Ziele verfolgt der Wirtschaftsplan?" wurde unter 1. die "Wiederherstellung des Transport- und Verkehrswesens" genannt. In dem Abschnitt "Notwendige Bestandteile des Wirtschaftsplans" wurde ausgeführt:

"Zu 1: Transport und Verkehr:

Enge Koordinierung und exakte Organisation der drei Säulen des Verkehrs: Eisenbahn, Schifffahrt, Kraftverkehr, unter Ausschaltung aller Eigeninteressen.

Mobilisierung der Industrie und Gewerkschaften zur schnellen Reparatur und Herstellung der notwendigen Transportmittel sowie zur Instandsetzung der Verkehrswege ..."<sup>2</sup>

In den zweieinhalb Jahrzehnten, die zwischen diesen Beschlüssen und unserer Gegenwart liegen, wurde das Transport- und Nachrichtenwesen - der jeweils gegebenen konkreten Situation entsprechend - auf dieser Basis geleitet. Analog zur Situation in unserer gesamten Volkswirtschaft waren dabei aufgrund der gezielten Störtätigkeit des Imperialismus der Bundesrepublik Deutschland, aber auch aus objektiven und subjektiven Gründen mannigfache Schwierigkeiten zu überwinden.

## 1. Eigentumsverhältnisse und Rechtsstatus im Verkehrswesen der DDR in den ersten Nachkriegsjahren

Die ersten Voraussetzungen für das künftige einheitliche sozialistische Transport- und Nachrichtenwesen entstanden schon unmittelbar nach der Zerschlagung des Faschismus mit wesentlicher Unterstützung der damaligen sowjetischen Besatzungsmacht. Der Befehl Nr. 8 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 11. August 1945 hatte festgelegt, daß

<sup>2</sup> Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Zusammenstellung von Beschlüssen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie Gesetzen und Verordnungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, 11. Juni 1945 bis 21. Juli 1955, Berlin 1955, S. 28 f.

mit Wirkung vom 1. September 1945 der Eisenbahnbetrieb in die Hände der deutschen Eisenbahner zu übergeben sei. Unter diese Bestimmungen fielen alle Eisenbahnen sowie das bewegliche und unbewegliche Vermögen der Deutschen Reichsbahn im Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik. 3 328 Kilometer Eisenbahnlinien, die sich noch in Privatbesitz befanden, wurden in den folgenden Monaten zum größten Teil enteignet und gleichfalls in Volkseigentum überführt. Aufgrund dieser Maßnahme gingen bis 1948 98,6 Prozent aller Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs in Volkseigentum über.<sup>3</sup> Der Rest der Privatbahnen und die nichtreichsbahneigenen volkseigenen Bahnen wurden aufgrund einer "Anordnung betreffend Übernahme des Betriebes von nichtreichsbahneigenen Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs durch die Deutsche Wirtschaftskommission - Generaldirektion Reichsbahn - vom 9. 3. 1949" von der Deutschen Reichsbahn mit allen Rechten und den nach dem 8. Mai 1945 entstandenen Verpflichtungen übernommen.<sup>4</sup> Somit befand sich bei Gründung der Deutschen Demokratischen Republik der wichtigste und größte Verkehrsträger bereits vollständig in Volkseigentum. Diese Tatsache war für den Aufbau unserer volkseigenen Wirtschaft, aber auch für die Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung von außerordentlicher Bedeutung, konnte doch dadurch die Versorgung der Industrie, der Landwirtschaft und auch der Bevölkerung, soweit sie vom Transport abhing, weitgehend gesichert werden. Nicht umsonst hatte Lenin die Eisenbahnen zu den "Kommandohöhen der Wirtschaft" gezählt und unter anderem erklärt: "Ohne Eisenbahnen ... wird es ... keinen Sozialismus geben ... Denn die Eisenbahnen sind der Angelpunkt, sind eine der Erscheinungsformen engster Verbindung zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft, auf die sich der Sozialismus voll und ganz stützt."<sup>5</sup> In den rund drei Jahrzehnten, die zwischen der Leninschen Feststellung und der Gründung der DDR lagen, hatte sich die Bedeutung der Eisenbahnen prinzipiell nicht gewandelt. Zwar hatten sie in fast allen entwickelten Industriestaaten der Erde im Verlaufe der zwanziger und dreißiger Jahre ihre frühere Monopolstellung im Landverkehr verloren, aber sie waren und sind bis heute das Rückgrat des modernen Verkehrswesens.

Bei den beiden anderen binnenländischen Verkehrsträgern waren die Eigentumsverhältnisse viel komplizierter. In der Binnenschifffahrt entfielen von der Tonnage auf der Elbe, der Oder und den märkischen Wasserstraßen gegen Kriegsende etwas mehr als die Hälfte (55 Prozent) auf Einzelschiffer. Diese waren allerdings nahezu vollständig von den Reedereien abhängig, weil diese den größten Teil der Schleppkraft bei sich konzentrierten und außerdem die Frachtkontore kontrollierten. Die Großreedereien wurden im Gebiet der DDR durch den Befehl Nr. 124 der SMAD - der auf den Direktiven des Alliierten Kontrollrates Nr. 38 über die Entnazifizierung und Bestrafung von Kriegsverbrechern und Nr. 39 über die Liquidierung des deutschen Kriegspotentials beruhte - zunächst unter Sequester gestellt, später im Ergebnis des Volksentscheides in Sachsen 1946 enteignet und in Volkseigentum überführt. Eine Ausnahmeregelung galt für die Reedereien auf der Oder, die im Zuge der Reparationsleistungen vorübergehend in der "Sowjetischen Staatlichen Oderschiffahrts AG (SSOAG)" zusammengefaßt wurden. Nach ihrer Rückgabe im Jahre 1952 wurden diese Reedereien mit ihrer Tonnage in den sozialistischen Sektor der Binnenschifffahrt eingegliedert. Anfänglich war der volkseigene bzw. sozialistische Sektor in der Binnenschifffahrt sehr schwach. 1948 (zu einem Zeitpunkt, wo nur noch 38 Prozent der industriellen Bruttoproduktion aus Privatunternehmen kamen), befanden sich von den Schleppern der Bin-

3 Der Deutsche Zweijahrplan für 1949 - 1950, Berlin 1949, S. 148 f.

4 Zentralverordnungsblatt. Amtliches Organ der Deutschen Wirtschaftskommission und ihrer Hauptverwaltungen sowie der Deutschen Verwaltungen für Gesundheitswesen, Inneres, Justiz und Volksbildung, hg. v. d. Deutschen Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland, Nr. 37, v. 3. 9. 1948.

5 Lenin, W. I., Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 300.

nenflotte 85 Prozent und vom Kahnraum 88 Prozent in den Händen von privaten Schifffahrtsunternehmen.<sup>6</sup>

In noch stärkerem Maße als in der Binnenschifffahrt beherrschten nach dem Kriege private Kleinunternehmen den Kraftverkehr. 1948 entfielen 85 Prozent der vorhandenen Fahrzeugkapazitäten auf sie bzw. den privaten Werkverkehr.

Zwei früher bedeutende Transportträger mußten als Folge des von den Faschisten entfesselten verbrecherischen zweiten Weltkrieges neu aufgebaut werden: die Seeschifffahrt und der Luftverkehr. Das Potsdamer Abkommen und spätere Direktiven des Alliierten Kontrollrates hatten festgelegt, daß diese beiden Verkehrsträger in allen Besatzungszonen vorübergehend nicht tätig werden durften. Die vorhandenen Verkehrsmittel waren fast ausnahmslos an die Alliierten abzuliefern, die Hoheitsrechte auf dem Gebiet des Luftverkehrs und der Seeschifffahrt gingen an die Besatzungsmächte über. Nach der Gründung der DDR hob die Sowjetunion diese Beschränkungen zunächst für die Seeschifffahrt auf, die ab 1950 - anfänglich in sehr bescheidenem Umfang - ihre Tätigkeit wieder aufnahm. Der Abschluß des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 20. September 1955, der der DDR die volle Souveränität zurückgab, schuf schließlich von der rechtlichen Seite her die Grundlagen für den neu aufzubauen den zivilen Luftverkehr.

Die inzwischen von der DDR erreichte ökonomische Position verlangte nicht nur dringend nach einer Erweiterung der internationalen Verkehrsverbindungen, sie schuf auch die materiellen Voraussetzungen, daß diese beiden wichtigen Transportträger als volkseigene Unternehmen aufgebaut werden konnten.

Bei der Post - als dem zweitgrößten staatlichen Verkehrsbetrieb - ergab sich eine ähnliche Situation wie bei der Eisenbahn. Der am 8. September 1945 zugleich mit der Zentralverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen gebildeten "Deutschen Post" wurden von der SMAD die im Post- und Fernmeldewesen noch vorhandenen Vermögenswerte überlassen. Diese Regelung geht aus einer Verfügung der Zentralverwaltung zur Rechtsstellung der Deutschen Post vom 15. Oktober 1945 hervor, in der außerdem erklärt wurde, daß die Deutsche Post nicht Rechtsnachfolgerin der früheren Deutschen Reichspost ist und deren Verbindlichkeiten grundsätzlich nicht übernimmt.<sup>7</sup> Damit war die neu geschaffene Zentralverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen weder mit der zentralen Leitung der ehemaligen Deutschen Reichspost identisch, noch setzte sie deren Tätigkeit fort.<sup>8</sup> Mit dem Übergang der Vermögenswerte auf die Deutsche Post war sie vielmehr allen Bestimmungen unterworfen, die allgemein für das Volkseigentum galten.

## 2. Die Entwicklung der materiell-technischen Basis im Transport- und Nachrichtenwesen

Die materiell-technische Ausgangsbasis des Transport- und Nachrichtenwesens im Gebiet der DDR war nach dem Ende des zweiten Weltkrieges außergewöhnlich schlecht.<sup>9</sup> Ihr Aufbau und ihre Erweiterung konnten zunächst fast ausschließlich nur auf dem Wege über Reparaturleistungen erfolgen. Das war nicht allein durch die ungünstige Standortverteilung der

6 Der Deutsche Zweijahrplan für 1949 - 1950, a. a. O.

7 Schröder, Wilhelm, Das Werden einer demokratischen Postverwaltung. Vom Chaos zum Zweijahrplan; Berlin 1949, S. 30.

8 Zwei deutsche Staaten - zwei deutsche Postgebiete. Dokumentation des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der DDR, Berlin 1967, S. 12.

9 Vgl. dazu Rehbein, Elfriede, Das Zusammenwirken von Transportbetrieben verschiedener Eigentumsformen im Prozeß des Herausbildens eines einheitlichen sozialistischen Transportwesens, in: DDR-Verkehr, Nr. 3/1971, S. 113 - 118.

Industrie sowie durch deren hohen Zerstörungsgrad begründet, sondern auch durch Gesetze und Verordnungen der Alliierten Kontrollbehörde der damaligen Besatzungsmächte. Sie erklärten unter anderem zu verbotenen Industriezweigen die "Erzeugung von Flugzeugen und Seeschiffen aller Typen" und ordneten den Kraftfahrzeug-, Lokomotiv- und Waggonbau den beschränkten Industriezweigen zu, die nur innerhalb vorgegebener Größenordnungen produzieren durften. Für den Lokomotivbau wurde darüber hinaus bis 1949 eine ausschließliche Verwendung der vorhandenen Kapazitäten für Reparaturzwecke festgelegt.<sup>10</sup>

Diese in Erfüllung des Potsdamer Abkommens notwendige Maßnahme wurde von der Sowjetunion für das Gebiet der DDR aufgehoben, als einerseits das Ziel der Festlegungen der Alliierten Kontrollbehörde erreicht worden war und andererseits der Aufbau unserer Wirtschaft einen solchen Stand erreicht hatte, daß im Transport- und Nachrichtenwesen unbedingt zusätzliche Kapazitäten bereitgestellt werden mußten.

Entwicklungsschwerpunkt der Anfangsjahre war die Eisenbahn, die nach wie vor den größeren Teil der Leistungen brachte. Natürlich ging das nicht darauf zurück, wie einige westdeutsche "Experten" behaupten, daß "jedenfalls in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch" aus ideologischen Gründen "die noch zu einem beträchtlichen Teil privaten Betriebe im Kraftverkehr und in der Binnenschifffahrt" auf dem Gebiet der späteren DDR vernachlässigt wurden.<sup>11</sup> Der Grund für die besonders hohen Leistungen der Deutschen Reichsbahn lag vielmehr in ihren weitaus größeren Kapazitäten und darin, daß sie durch eine straffe zentrale Leitung diese Kapazitäten besser ausnutzte. Sie ergaben sich aber nicht zuletzt auch aus den Eigenarten unseres wirtschaftlichen Neuaufbaus. Die Tatsache, daß schon in den ersten Nachkriegsjahren die Grundstoffindustrie besonders hohe Wachstumsraten aufwies<sup>12</sup> (in folgerichtiger Auswertung der Erkenntnis, daß von ihrer Entwicklung die der übrigen Wirtschaft wesentlich beeinflußt wurde) und diese auch in den Folgejahren beibehielt, mußte der Eisenbahn zwangsläufig den ersten Platz unter den Transportträgern einräumen, zumal die Binnenschifffahrt im Gebiet unserer Republik aufgrund des vorhandenen Wasserstraßennetzes nur teilweise imstande ist, Massenguttransporte über längere Entfernungen durchzuführen.

Der Anteil der drei binnenländischen Verkehrsträger an der Gesamtleistung wurde deshalb, wie im Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1950 nachzulesen ist, "nach dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit und der Bedürfnisse festgelegt."<sup>13</sup>

Bei der Deutschen Reichsbahn mußten infolge der ausgedehnten Kriegszerstörungen sowohl die Verkehrswege und -anlagen als auch der Triebfahrzeug- und Wagenpark rekonstruiert werden. Die erste Etappe dieser Entwicklung konnte 1952 abgeschlossen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Transportleistungen von 1936 wieder erreicht worden. Weit ausgedehntere Aufgaben als bisher erhielt die Deutsche Reichsbahn - und mit ihr die anderen Verkehrsträger -, als der beginnende Aufbau des Sozialismus eine neue Etappe im Aufbau unseres einheitlichen sozialistischen Transport- und Nachrichtenwesens einleitete. Das bedingte auch die beschleunigte Verbesserung der materiell-technischen Voraussetzungen des Eisenbahntransports.

10 Plan für Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft entsprechend den Beschlüssen der Berliner Konferenz, in: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland - Die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin, Sammelheft 2: Januar bis Juni 1946, Kommuniqués, Gesetze, Direktiven, Befehle, Anordnungen, Berlin 1946, S. 58, 61.

11 Demmler, Horst, Verkehrspolitik in der Sowjetzone Deutschlands, Heidelberg 1967, S. 71.

12 Vgl. dazu Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S. 21.

13 Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1950, das zweite Jahr des Zweijahrplanes der DDR. 20. 2. 1950, in: Gesetzblätter der DDR, Nr. 8, v. 2. 2. 1950.



Im Streckenneubau galt als besonders wichtig der Berliner Außenring, von dem bis 1955 drei Teilabschnitte vollendet wurden. Mit der teilweisen bzw. vollständigen Instandsetzung von Bahnhöfen in Berlin, Leipzig und in kleineren Städten wurde begonnen. Der Wagenbestand konnte im ersten Fünfjahrplan bei Güterwagen auf 146 Prozent, bei Reisezugwagen auf 118 Prozent erhöht werden. Eine wichtige Methode für die Steigerung der Transportqualität war die durchgängige Einführung des Dispatchersystems (1954 bis 1955) mit 150 Zentralen und 2 500 Streckendispatchersprechstellen. Es erlaubte nicht nur einen höheren Ausnutzungsgrad der Anlagen, sondern half auch, das Prinzip der persönlichen Verantwortung bei einheitlicher Kommandogewalt durchzusetzen.

Im Bemühen um die Effektivitätssteigerung im Transportwesen wurden die Volkswirtschaftspläne sowohl auf die Überholung bzw. Erneuerung der materiell-technischen Basis als auch auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten sowie auf die Veränderung der Arbeitsorganisation ausgerichtet. Die Einführung der 45-Stunden-Woche in allen Dienstzweigen der Reichsbahn erfolgte im Laufe der fünfziger Jahre. Das zugleich eingerichtete Vier-Brigade-System im operativen Dienst sicherte einen kontinuierlichen Arbeitsablauf mit einer genauen Leistungsermittlung jeder Brigade an allen Tagen der Woche einschließlich der Sonn- und Feiertage. Es bot den Eisenbahnern zwischen den Dienstsichten eine weit größere Freizeit und eine gleichmäßigere Arbeitsbelastung. Das war eine wichtige Voraussetzung für die intensivere Reproduktion der Arbeitskraft, aber auch für den Beginn umfassender Qualifizierungsmaßnahmen.

Die im Zusammenhang mit dem Wachstum der Volkswirtschaft steigenden Anforderungen an das Transportwesen konnten in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zwar noch mit herkömmlichen Methoden befriedigt werden, jedoch war eine weitere Effektivitätszunahme nur auf den vom V. Parteitag der SED gewiesenen Wegen der sozialistischen Rekonstruktion zu erzielen. Ende der fünfziger Jahre entfielen zum Beispiel von der durchschnittlichen Umlaufzeit eines Güterwagens = 80,9 Stunden auf die einzelnen Prozesse<sup>14</sup>:

Umstellung in den Bahnhöfen	= 25,6 Stunden = 31,6 Prozent
Arbeit in den Zusatzanlagen	= 34,3 Stunden = 42,4 Prozent
Umspannen	= 1,2 Stunden = 1,5 Prozent
Zugförderung	= 13,3 Stunden = 16,4 Prozent
sonstige Arbeiten	= 6,5 Stunden = 8,1 Prozent.

Den Schwerpunkt der Rekonstruktionsmaßnahmen bildeten daher die Rangierbahnhöfe, die mit Hilfe der modernen Technik (schwere Gleisbremsen, Laufzielbremsen, Haltebremsen, Anlage von Ablaufspeicherstellwerken und Rangierfunkanlagen usw.) leistungsfähiger gestaltet wurden. Als außerordentlich wichtig erwiesen sich Be- und Entladung, für die rund ein Viertel der Gesamtumlaufzeit benötigt wurden. Veralterte Gleisanschlüsse, Mangel an Arbeitskräften für die schweren körperlichen Arbeiten und ungenügende Abstimmungen mit anderen Verkehrsträgern bildeten dabei wesentliche Hemmnisse für die Steigerung der Produktivität, die auch durch Modernisierungsvorhaben nicht behoben werden konnten.

Am ärgsten waren die Rückstände im Oberbau. Instandhaltung und Erneuerung hatten nicht mit den wachsenden Anforderungen Schritt gehalten, was sich in der zunehmenden Zahl der Langsamfahrstellen, der Verlängerung der Fahrzeiten und der sinkenden Durchlässigkeit der Strecken bemerkbar machte.

Beim rollenden Material herrschte trotz hervorragender Leistungen der Reichsbahnausbesserungswerke (RAW), die seit 1957 einige hundert Dampflok rekonstruiert und modernisiert (Umbau auf Ölhauptfeuerung usw.) hatten, akuter Mangel an modernen Zugfahrzeugen.

<sup>14</sup> Mittag, Günter/Rehbein, Elfriede, Zwei Wege im Deutschen Eisenbahnwesen, Berlin 1959, S. 10 ff.

Ein Wirrwarr von über hundert verschiedenen Bauarten machte die sozialistische Rekonstruktion unumgänglich; Die Struktur des Triebfahrzeugparks war insgesamt überholt. Noch 1960 betrug der Anteil moderner Traktionsarten nur 5,6 Prozent. Das gleiche galt für den Wagenpark. Veraltete Güter- und Personenwagen waren noch im Dienst, deren Leistungsfähigkeit modernen Ansprüchen nicht mehr genügte. Die Schienenfahrzeugindustrie der DDR hatte allerdings bereits in jenen Jahren einen bemerkenswerten Stand erreicht. Seit Anfang der sechziger Jahre lag sie im Export vor den USA, vor Großbritannien und der BRD an erster Stelle. Es gibt Eisenbahnverwaltungen in Europa, die Teilbestände ihres rollenden Materials ausschließlich in der DDR kaufen. Angesichts der Tatsache, daß durch die Schienenfahrzeugindustrie wertvolle Devisen für die Volkswirtschaft einkamen, mußte die Deutsche Reichsbahn andere Quellen zur Modernisierung ihres Wagenparks erschließen. Sie profilierte einige Ausbesserungswerke auf die Waggonrekonstruktion um, wobei gleichzeitig eine Typenbereinigung vorgenommen wurde. Für die Werkstätten in diesen RAW bedeutete das die Umstellung der Technologie von der Ausbesserung auf die Herstellung neuer Waggonen, auch wenn diese weitgehend aus regenerierten Teilen zusammengesetzt wurden. Sie meisterten diese überaus komplizierte Aufgabe mit großem Erfolg. Insgesamt rekonstruierten sie bis zum Ende der sechziger Jahre über 3 000 Reisezugwagen. Das entsprach der mehr als dreifachen Menge der Neufahrzeuge, welche die Deutsche Reichsbahn erwerben konnte. Von letzteren wurden insbesondere die 1952 erstmals eingesetzten Doppelstockeinkheiten in Dienst gestellt, die sich gleichfalls als hervorragendes Exportgut erwiesen.

Auf dem Gebiet des Kraftverkehrs lagen die Hauptschwierigkeiten zunächst darin, daß moderne Fahrzeuge überhaupt nicht und entsprechende Fertigungsstätten bzw. deren Zuliefererindustrie nur in völlig ungenügendem Maße vorhanden waren. Bis weit in die fünfziger Jahre hinein war die Kraftfahrzeugfertigung zwangsläufig durch Interimsmaßnahmen und Notbehelfe gekennzeichnet. Die rückständige Technologie zum Beispiel in der Produktion von Reifen ist noch viele Jahre ein spürbares Hindernis bei der Steigerung der Stückzahlen in der Kraftfahrzeugindustrie gewesen. Entsprechend dieser Ausgangsposition konnte die Zielfunktion der hergestellten Kraftfahrzeug-Typen nur darin liegen, möglichst vielseitig verwendbar zu sein. So waren die in Zwickau und Werdau gefertigten Lastkraftwagen-Typen H 3 A, G 5 und H 6 grundsätzlich als Universalfahrzeuge konzipiert, die - mit geringfügigen Änderungen - in allen Bereichen der Volkswirtschaft, von der Bauwirtschaft bis zum Ferntransport, eingesetzt werden sollten.

Die Schiffbauindustrie in der DDR fußt im wesentlichen auf den ehemaligen Ostseewerften, die schrittweise leistungsfähiger gestaltet wurden und schon bald ein beachtliches Produktionsniveau aufwiesen. Nachdem der III. Parteitag der SED den Aufbau einer volkseigenen Handelsflotte beschlossen hatte, begannen die Neptun-Werft in Rostock, die Matthias-Thesen-Werft in Wismar und die Warnow-Werft in Warnemünde die Produktion von Schiffstypen unterschiedlicher Größe. Waren es ursprünglich kleine (500 tdw) bzw. mittlere (4 000 bis 5 000 tdw) Frachter, so liefen ab 1957 auch 10 000-t-Frachter vom Stapel. Um den rapide wachsenden Tonnagebedarf der Deutschen Seereederei zu decken, beschloß die Regierung der DDR, Schiffe im kapitalistischen Ausland aufzukaufen. Dieser Entschluß wurde besonders durch die erhebliche ökonomische Bedeutung der entsprechenden Devisenausgaben für das Chartern fremder Tonnage bestimmt. Eine Masseninitiative der Werktätigen unserer Republik, die nach dem Initiatorbetrieb "Steckenpferd"-Bewegung genannt wurde, ermöglichte es, durch Exporte über den Plan dem Staatshaushalt zusätzliche Devisen zur Verfügung zu stellen. Der Ankauf von Tonnage wurde dadurch begünstigt, daß infolge der Ende der fünfziger Jahre in den kapitalistischen Ländern herrschenden Schiffahrtskrise auch relativ junge Schiffe zu günstigen Preisen angeboten wurden.

Beim Aufbau des Luftverkehrs wurde die Hilfe der Sowjetunion für das Herausbilden eines sozialistischen Transportwesens besonders deutlich.<sup>15</sup> Die AEROFLOT stellte zeitweilig einige ihrer erfahrensten Flugbesatzungen, so unter anderem den Helden der Sowjetunion Pavlov und die Träger des Leninordens Barilov und Minaev, zur Anleitung und Ausbildung des deutschen Personals zur Verfügung. Darüber hinaus begannen die ersten 25 deutschen Flugzeugbesatzungen im Jahre 1955 in der Verkehrsfliegerschule von Ul'janovsk mit ihrer Ausbildung, die sie 1957 abschlossen. Die sowjetische Flugzeugindustrie lieferte im Spätsommer 1955 die ersten zweimotorigen Passagierflugzeuge vom Typ IL 14 an die DDR. Darüber hinaus leisteten die Fluggesellschaften der anderen sozialistischen Staaten Europas bedeutende Hilfe bei der Entwicklung der zivilen Luftfahrt der DDR. Erfahrungen beim zweckmäßigen Aufbau einer Gesellschaft, bei der Ausbildung von Flugzeugführern, bei dem Aufbau des Betriebsteils Wirtschaftsflug und dem Ausbau des internationalen Netzes wurden der ersten sozialistischen deutschen Fluggesellschaft durch die LOT (VR Polen), die ČSA (ČSSR), die MALEV (Ungarische VR), die TABSO (VR Bulgarien) und die TAROM (SR Rumänien) vermittelt.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Transportmittelentwicklung in der DDR bis zum Anfang der sechziger Jahre im wesentlichen auf die Erfüllung quantitativer Anforderungen hinauslief. Dieses Ziel wurde auch erreicht, allerdings auf Kosten der Qualität. Am empfindlichsten machte sich die Überalterung des im Binnenverkehr benutzten Fahrzeugparks bemerkbar. Sie verursachte die Ausgabe bedeutender Mittel für Instandhaltung und Betrieb. Die zu hohe Nutzungsdauer führte zu einer im internationalen Vergleich überhöhten Steigerung der Transportkosten.

Auch auf dem Gebiet der Verkehrswege läßt sich eine analoge Feststellung treffen. Die DDR verfügte Ende der fünfziger Jahre über rund 100 000 Kilometer klassifizierter Straßen, über 15 000 Kilometer Eisenbahnstrecken und 2 500 Kilometer Wasserstraßen. Die gesamte Verkehrsichte weist durchschnittlich 593 Kilometer Verkehrswege auf 1 000 Quadratkilometer aus, wobei die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Bezirke (Neubrandenburg 350 Kilometer auf 1 000 Quadratkilometer, Karl-Marx-Stadt 979 Kilometer auf 1 000 Quadratkilometer) beachtet werden muß. Im Gesamtdurchschnitt findet sich etwa alle 4,1 Kilometer ein Bahnhof bzw. eine Haltestelle des öffentlichen Verkehrs. Das sind Werte, die international als gut bezeichnet werden können. Das Eisenbahnnetz ist mit 150 Kilometer auf 1 000 Quadratkilometer in Europa das zweitdichteste hinter dem belgischen, wobei der europäische Durchschnitt bei 50 Kilometer auf 1 000 Quadratkilometer liegt. Auch im Hinblick auf das Straßennetz nimmt die DDR, die mit 950 Kilometer auf 1 000 Quadratkilometer an vierter Stelle in Europa steht, eine europäische Spitzenposition ein. Dennoch muß auch hier festgestellt werden, daß das Verkehrswegenetz insgesamt zwar quantitativ, aber nicht qualitativ den Ansprüchen genügte. Der Ausbau der Fahrspuren, der Zustand der Wege, die Durchlaßfähigkeit der Netze entsprachen nicht mehr den Anforderungen trotz der Anstrengungen der Werktätigen im Verkehrswesen, mit ihren Leistungen die mangelnde moderne Technik zu substituieren.

Im Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED 1966 hieß es zur Erklärung dieser Situation<sup>16</sup>:

"Wir müssen auch nüchtern einschätzen, daß es unter all diesen Bedingungen nicht möglich war und auch in den nächsten Jahren nicht möglich sein wird, die Probleme der Modernisierung des Verkehrswesens vollständig zu lösen. Es war notwendig, bewußt bestimmte Moder-

15 Freytag, L., Verkehrsluftfahrt in der DDR, unveröff. Ms., S. 18.

16 Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED, 15. - 17. 9. 1966, Berlin 1966, S. 23.

nisierungsvorhaben im Verkehrswesen zu unterlassen, um die Hände frei zu haben für dringendere volkswirtschaftliche Probleme".

Trotz der unbestritten großen Bedeutung eines leistungsfähigen Transportwesens und einer modernen Eisenbahn als seinem Kernstück, waren beim Aufbau der Volkswirtschaft der DDR andere Investitionsschwerpunkte noch wichtiger. Das Transportmittel Eisenbahn verfügte mit seinen langlebigen Betriebsanlagen von hoher Verschleißfestigkeit und den vielfältigen Initiativen aller Eisenbahner über so wirksame Reserven, daß damit für einen vorübergehenden Zeitraum Investitionen gemindert oder eingespart werden konnten. Damit gehörte die Eisenbahn im Rahmen des gesamten Transportwesens besonders zu jenen Wirtschaftsbereichen, die mit ihrem Investitionsbedarf zugunsten der profilbestimmenden Zweige zurücktraten.

Im Laufe der sechziger Jahre geriet diese Entwicklung in zunehmenden Widerspruch zur Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft der DDR. Zu dieser Zeit war die Geschichte der Produktivkräfte der DDR dadurch gekennzeichnet, daß die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution vorbereitet und planmäßig in Angriff genommen wurde. Gerade die mangelnde Leistungsfähigkeit der Eisenbahn trat dabei jedoch als hemmender Faktor bei der Verwirklichung mancher Industrialisierungsvorhaben in Erscheinung. Auch auf dem Gebiet des Personenverkehrs zu beobachtende Mängel wirkten sich negativ auf den Reproduktionsprozeß aus. Es sei in diesem Zusammenhang besonders auf den Bezirk Rostock verwiesen, der mit seiner Ostseeküste das größte zusammenhängende Erholungsgebiet der DDR besitzt (auf ihn konzentrierten sich 1970 rund 40 Prozent aller DDR-Urlauber). Gerade seine frequentiertesten Teile sind aber verkehrstechnisch mit am schlechtesten erschlossen (so die Insel Usedom).

Der VII. Parteitag der SED (1967) forderte daher für den Güterverkehr eine weitestgehend mechanisierte Transportkette vom Erzeuger zum Verbraucher, um den Transportanteil an Produktions- und Zirkulationskosten der Volkswirtschaft zu senken. Die Reise- und Beförderungsverkehrsbedürfnisse der Bevölkerung sollten in wesentlich höherer Qualität befriedigt werden. Die Zielstellung<sup>17</sup> sah vor, das Verkehrswesen mit den anderen Zweigen der Volkswirtschaft enger zu verflechten, die Transportqualität zu steigern, die Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern weiterzuentwickeln. Zur Realisierung dieser Ziele mußten modernere Transporttechnologien und eine bessere Organisation im Verkehrswesen eingeführt werden. Große Bedeutung gewann hierbei die Durchsetzung des Containerverkehrs als des entscheidenden Instrumentes zur Gestaltung eines progressiven Gütertransportsystems. Am 29. Juni 1968 fuhr der erste Containerzug der Deutschen Reichsbahn von Dresden nach Rostock. Bis zum Sommer 1971 steigerte sich die Zahl der Containerzüge auf 325 pro Woche.<sup>18</sup> Daneben galt der Weiterentwicklung des Kleinbehälter- und Palettenverkehrs besonderes Augenmerk, um durchgehend mechanisierte Transportketten vom Versender zum Empfänger zu ermöglichen. Der Aufbau des DDR-Binnencontainerverkehrs wurde unter der Regie der Deutschen Reichsbahn vollzogen.

Die Verkehrsorganisation in der DDR entspricht dem gemeinsamen sozialistischen Eigentum an Verkehrsanlagen und Transportmitteln und ist der Ausdruck des sich immer stärker entwickelnden einheitlichen sozialistischen Verkehrswesens. Analog zur Herausbildung der sozialistischen Großproduktion in Industrie und Landwirtschaft ergaben sich gleiche Notwendigkeiten und Möglichkeiten auch im Verkehrswesen. Die Entwicklung der Produktivkräfte

17 Kramer, Erwin, Festvortrag des Ministers für Verkehrswesen der DDR zur Eröffnung der 7. Verkehrswissenschaftlichen Tage, Dresden 1968.

18 Von Parteitag zu Parteitag. Dokumentation; Die Entwicklung des Eisenbahnwesens von 1967 bis 1970, Berlin 1971, S. 25 = Sonderheft der Schriftenreihe der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn.

im Transportwesen, besonders solcher neuer Elemente wie Container, Paletten und leistungsfähigerer Antriebe, erforderte ein höheres Niveau der Verkehrsorganisation. Insbesondere machte sich auf dem Gebiet des Kraftverkehrs eine entsprechende Veränderung überkommener Strukturen erforderlich. Mit dem Ziel der rationellen Gestaltung der gesellschaftlichen Produktion begann 1969 die Kombinatbildung im Kraftverkehr. Das erste Kombinat war das Kombinat Auto Trans Berlin, das seine Arbeit am 1. Januar 1969 aufnahm. Der erstrebte Kombinateffekt wurde in diesem konkreten Fall in der höheren Disponibilität der Produktivkräfte, der strafferen Verwaltungskonzentration, der Verbesserung der Materialökonomie und der Einsparung von Investitionsmitteln erreicht.

Neben diesen grundlegenden Veränderungen galten die Anstrengungen im Bereich der einzelnen Verkehrsträger technischen Verbesserungen, soweit sie unter den gegebenen Möglichkeiten realisierbar waren. Von der Deutschen Reichsbahn wurden mit der Weiterführung und dem vorläufigen Abschluß der Elektrifizierungsarbeiten (sächsisches Gleisdreieck Dresden-Leipzig-Karl-Marx-Stadt) und der schrittweisen Einrichtung bzw. Vorbereitung von Städte-schnellbahnsystemen in Leipzig, Dresden, Magdeburg, Halle und Rostock Ende der sechziger Jahre weitere wichtige Schwerpunktaufgaben gelöst. Der Anteil der modernen Traktionsarten an der Zugförderungsleistung stieg bis 1970 auf 58 Prozent.<sup>19</sup> Im Zusammenhang damit konnte die mittlere Reisegeschwindigkeit aller schnellfahrenden Reisezüge um 12 Kilometer pro Stunde erhöht werden. Verstärkter Einsatz von neuem Wagenmaterial, Erweiterung der Zugverbindungen, Verbesserungen in der Auslastung des Wagenparks sowie Maßnahmen der Rationalisierung und Mechanisierung im gesamten Verkehrsbereich ließen die Transportqualität der Deutschen Reichsbahn teilweise erheblich steigen. Die Verbesserung der Verkehrsbedienung der Fläche durch den Kraftverkehr ermöglichte zwischen 1960 und 1969 die Stilllegung von gut 1 100 Kilometer nicht rentabler Strecken des Klein- und Nebenbahnnetzes der Deutschen Reichsbahn.<sup>20</sup> Weitere Effektivitätssteigerungen wurden durch die Konzentration der Transportarbeiten in Form der systematischen Schaffung von Güternoten erreicht. Im Zeitraum 1964 bis 1969 wurden 1 686 Gütertarifbahnhöfe geschlossen, der daraus resultierende volkswirtschaftliche Nutzen wird mit 31,4 Millionen Mark jährlich angegeben.<sup>21</sup>

In der DDR-Handelsflotte stieg in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre der Anteil modernst ausgerüsteter Schiffe. Seit Ende 1966 gehören dazu auch die von DDR-Werften gebauten teilautomatisierten XD-Typen.

Auf dem Gebiet des Luft- und Kraftverkehrs ist die Entwicklung der Transportmittel besonders durch die zunehmende internationale Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gekennzeichnet. Das trifft in besonderem Maße auf Flugzeuge zu. In der Erkenntnis ihrer begrenzten Möglichkeiten wurde die Entwicklung der DDR-Flugzeugindustrie 1961 abgebrochen. Seither ist die Sowjetunion Lieferant der Flugzeuge für die DDR-Gesellschaft INTERFLUG. Auf die Entwicklung der Kraftfahrzeugindustrie hatten die Beschlüsse der Ständigen Kommission für Transport des RGW insofern Einfluß, als sie Abgrenzungen in der Herstellung von Fahrzeugen empfahlen. So wurde in der DDR die Produktion für Lastkraftwagen über sechs Tonnen eingestellt, da entsprechend der Planung der Produktionssortimente diese Fahrzeugtypen schwerpunktmäßig von der ČSSR gebaut und geliefert wurden. Dafür errichtete die DDR später in Ludwigsfelde ein leistungsfähiges Lastkraftwagen-Werk für Fünf-Tonner-Typen. Dennoch blieb das Wachstumstempo des Lastkraftwagen-Bestandes von 1949 = 89 792 auf 1969 = 209 783 weit unter den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten.<sup>22</sup>

19 Ebenda, S. 30.

20 Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 238.

21 May, Walter, Die weitere Bildung von Güternoten als Ausdruck der Konzentration der Transportarbeiten, in: DDR-Verkehr, Nr. 5/1970, S. 189.

22 Zahlenangaben aus Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 30.

Im Bereich des Post- und Fernmeldewesens ergab sich für den Wiederaufbau und die Erweiterung der materiell-technischen Basis prinzipiell die gleiche Aufgabenstellung wie im Transportwesen. Es galt nicht nur, ausgedehnte Kriegsfolgen zu überwinden, sondern auch, den Nachholebedarf für den in wissenschaftlich-technischer Hinsicht eingetretenen Rückstand sowie die sich durch den beginnenden Aufbau des Sozialismus abzeichnenden neuen Aufgaben zu berücksichtigen. Erschwerend wirkte sich aus, daß es zunächst noch an Produktionskapazitäten und Fachkräften mangelte und außerdem Investitionsmittel nur in verhältnismäßig geringem Umfang zur Verfügung standen. Dennoch zeitigten die Bemühungen wichtige Ergebnisse. Zum Beispiel erhöhte sich die Zahl der Postdienststellen in den fünfziger Jahren um mehr als 2 300, in den sechziger Jahren (Stand 1969) noch einmal um rund 700.<sup>23</sup> Damit wurde im Gebiet der DDR eine Dichte des Postnetzes erreicht, die mit 1 437 Einwohnern je Postdienststelle Ende 1968 vor vergleichbaren OSS-Mitgliedsländern<sup>24</sup> und auch vor kapitalistischen Ländern, wie der BRD, Großbritannien, Frankreich oder Dänemark, liegt.<sup>25</sup> Hinsichtlich der Ausrüstung mit mechanischen Arbeitsmitteln dominierte im Postwesen zunächst die Kleinmechanisierung. Erst die sechziger Jahre brachten durch den Einsatz von Buchungsautomaten, Schnellsaldiermaschinen usw. im Postsparkassenamt bzw. in den Postscheckkämtern und von halbautomatischen Briefverteilmaschinen eine sichtbare qualitative Verbesserung im Betriebsablauf.

Auch die Zahl der Fernmeldeämter hatte sich Ende der fünfziger Jahre erhöht.<sup>26</sup> Gleichzeitig stieg die Zahl der Vermittlungsstellen im Fernsprechorts- und Telexverkehr von 1955 bis 1960 im Vergleich zum vorhergehenden Jahrfünft erheblich an. Einen nochmaligen bedeutenden Anstieg sowohl quantitativ als auch qualitativ durch den verstärkten Einsatz automatischer Anlagen (die volle Automatisierung des öffentlichen Telegrafennetzes wurde bereits im März 1961 abgeschlossen) brachten dann die sechziger Jahre.<sup>27</sup> Damit konnten im Fernmeldewesen die rasch ansteigenden Nachrichtenverkehrsbedürfnisse besser befriedigt und die Qualität der Leistungen erhöht werden.

Ein überzeugendes Bild für den planmäßigen und kontinuierlichen Wiederaufbau bzw. den Ausbau bietet auch der Hör- und Fernsehrundfunk. Dabei ist festzustellen, daß das Grundnetz der Mittelwellen-, Ultrakurzwellen- und Fernsehsender in den fünfziger Jahren im wesentlichen fertiggestellt werden konnte und rein zahlenmäßig in den sechziger Jahren lediglich ergänzt wurde. Dafür stand im letzten Jahrzehnt die Modernisierung der Sendeanlagen und speziell im Fernsehfunk die Verdichtung des Netzes durch den Bau von Fernseh-Klein-sendern, -Kanalerweiterungen und -Umlenkanlagen zur Verbesserung der Empfangsverhältnisse und Erweiterung der Empfangsmöglichkeiten im Vordergrund.<sup>28</sup>

Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Fernsprechwesen. Das alte, niederfrequente Fernkabelnetz war bald dem steigenden Fernverkehr nicht mehr gewachsen, so daß die Deutsche Post gleichzeitig mit dem Ausbau des Selbstwählfernverkehrs seit Ende der fünfziger Jahre ein neues Landes- und Hauptfernleitungsnetz aufbauen ließ. Dieses Trägerfrequenz-Weit-

23 Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, Berlin 1961, S. 526; Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 256.

24 OSS = Organizacija sotrudičeskich stran v oblasti električeskoj i poštovoj svjazi (Organisation für die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens).

25 Hamann, Horst, Theoretisches zur Rationalisierung des Landpostdienstes, in: Die Deutsche Post, Nr. 2/1971, S. 40 f.

26 Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, a. a. O.; ebenda 1970.

27 Ebenda.

28 Posttaschenbuch 1969, hg. v. Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR, Berlin 1968, S. 226 - 229; 5 Jahre Deutscher Fernsehfunk, hg. v. Deutschen Fernseh-funk, Berlin 1957; 40 Jahre Rundfunk in Deutschland 1923 bis 1963, hg. v. Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und vom Staatlichen Rundfunkkomitee, Berlin 1963.

verkehrsnetz ermöglichte es gleichzeitig, dem Transitverkehr, vor allem in den Hauptmagistralen Ost - West und Nord - Süd, voll zu genügen. In engem Zusammenhang mit dem Aufbau der Ultrakurzwellen- und Fernsehsendernetze entwickelte sich in unserer Republik ein Richtfunkverbindungsnetz. Gegen Ende der fünfziger Jahre konnte es die inzwischen gestiegenen Anforderungen nicht mehr befriedigen. Besonders mangelte es an Übertragungskanälen zur Übermittlung von Fernsprech-, Fernschreib- und - wie sich gegenwärtig sehr deutlich zeigt - Datenverarbeitungssignalen, so daß eine Rekonstruktion des alten Richtfunknetzes zu einem komplexen Richtfunkverbindungsnetz unumgänglich war. Die im Endausbau vorgesehene Streckenführung in drei Ringen wurde unter Berücksichtigung ökonomischer und anderer Gesichtspunkte auf zwei Ringe reduziert. Sie bietet die Möglichkeit, durch den Einsatz moderner Geräte den gesamten Richtfunkverkehr vollautomatisch zu betreiben.

Schließlich mußte die Deutsche Post, um die gegenwärtigen und künftigen Beförderungsleistungen besonders im Post- und Zeitungswesen bewältigen zu können, darauf bedacht sein, ausreichende Transportmittel als Bestandteil der materiell-technischen Basis einzusetzen. Im innerbetrieblichen Transport sind an den Umschlagplätzen für den Kleingutverkehr besonders die Transportbänder hervorzuheben, die nicht nur den Arbeitsprozeß beschleunigen, sondern auch die schwere körperliche Arbeit erleichtern. Trotz Ausrüstung von Paketumschlagsämtern bzw. Bahnpostämtern mit Förderbandsystemen in unserer Republik werden in diesem Bereich noch sehr viele Arbeitskräfte gebunden. Eine Ergänzung brachte die Einführung des Behälterverkehrs, der, versuchsweise im Jahre 1958 erprobt, in der Folgezeit zügig erweitert wurde, jedoch bereits über den innerbetrieblichen Transport hinausgeht.

Ein für die Post unentbehrliches Transportmittel ist das Kraftfahrzeug. Nach dem Kriege fehlte es jedoch an einsatzfähigen Fahrzeugen. Erst Anfang der fünfziger Jahre erhielt die Post aus unserer volkseigenen Produktion neue Fahrzeuge, so daß sie nach und nach die überalterten ausmustern konnte. Im Zuge dieser Entwicklung wurden die posttypischen Fahrzeuge verbessert. Es entstanden neue Sonderfahrzeuge, die den jeweiligen Einsatzbedingungen entsprachen und der Deutschen Post die Erfüllung der verschiedenen postalischen Aufgaben erleichterten. Das zeigte sich beispielsweise bei der weiteren Entwicklung des Landpostdienstes, wobei die Post die eigenen Landkraft- und Kraftgüterposten als Folge der Erweiterung des Poststellennetzes ständig ausdehnte. Erwähnt werden müssen noch die Bahnpostwagen, die Eigentum der Deutschen Post sind und zur materiell-technischen Basis gehören. In Angleichung an erhöhte Anforderungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Einführung des Behälterverkehrs, begann die Deutsche Post im Jahre 1961 mit einer umfassenden Rekonstruktion des Bahnpostwagenparks. Diese Veränderungen erhöhten Laderaum und Tragfähigkeit der Bahnpostwagen und ermöglichten einen beschleunigten Ladeaustausch.

### 3. Steigende Anforderungen der Wirtschaft der DDR an das Transport- und Nachrichtenwesen

Die enge Verflechtung zwischen dem Transport- und Nachrichtenwesen und den übrigen Zweigen der Volkswirtschaft zeigt sich unter den Bedingungen unserer sozialistischen Wirtschaft in mehrfacher Hinsicht: Das Transport- und Nachrichtenwesen sichert die Funktion aller übrigen Sphären der materiellen Produktion durch die kontinuierliche Bereitstellung der benötigten Roh- und Hilfsstoffe, Halbfertigfabrikate usw., den Abtransport der Produkte zum Ort des Verbrauchs, die Beförderung der benötigten Arbeitskräfte und letztlich den gesamten Reproduktionsprozeß. Außerdem schafft es einen "Anwendungsnutzen" für die übrigen Bereiche durch eine "Verminderung der Umlaufmittelbindung der Wirtschaft infolge Beschleunigung des Umlaufs der Wagen und Triebfahrzeuge, in einer möglichen Verminderung der Lagerhaltung, in einer Verbesserung der Devisenrentabilität, in einer wesentlichen 'Reduzierung des Zeitaufwandes für gesellschaftlich bedeutende Verkehre', einer 'Verbesserung

der Verkehrsbedienung durch bedarfsgerechte, im Güterverkehr mit den Erfordernissen der Produktion abgestimmte Leistungsangebote<sup>29</sup>, aber auch in der Erhöhung des Freizeitfonds der Bevölkerung durch zeitsparenden und attraktiveren Personenverkehr, besonders Berufsverkehr.<sup>30</sup>

Damit gewinnt jedoch das Transport- und Nachrichtenwesen eine große Bedeutung für das Wirtschaftswachstum überhaupt, ja man kann unseres Erachtens so weit gehen, zu sagen, daß Wirtschaftswachstum und Wachstum der Leistungsfähigkeit des Transport- und Nachrichtenwesens zwei Größen gleicher Ordnung sind. Das volkswirtschaftliche Wachstum kann weder ohne Berücksichtigung der gegebenen Bedingungen im Transport- und Nachrichtenwesen erfolgen, noch kann sich das letztere losgelöst von den wirtschaftlichen Anforderungen entwickeln. Dabei ist außerdem zu berücksichtigen, daß die industrielle Produktion die Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit des Transport- und Nachrichtenwesens sowie zur Erweiterung und Verbesserung seiner Leistungen schafft.

Wie schon weiter oben erwähnt, wies die verkehrspolitische Orientierung unserer Regierung von Anfang an auf die notwendige Übereinstimmung zwischen dem allgemeinen Wirtschaftswachstum und dem besonderen des Transport- und Nachrichtenwesens hin. Es war deshalb eine durchaus folgerichtige Entwicklung, wenn die schon im ersten Nachkriegsjahr einsetzende kurzfristige Planung (Monats- und Quartalspläne) neben einigen Zweigen der Industrie auch das Transport- und Nachrichtenwesen einbezog. Diese Methode wurde später sowohl bei der längerfristigen als auch bei der langfristigen Planung beibehalten.

Die Aufgaben des Transport- und Nachrichtenwesens nahmen dabei sowohl quantitativ als auch qualitativ kontinuierlich mit dem Wachstum der Industrie zu. Standen in den ersten Jahren der Planwirtschaft in unserer Republik die Steigerung der Produktion der Grundstoffindustrie, die Schaffung bzw. Erweiterung der schwerindustriellen Basis, die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion, die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung und grundsätzlich die qualitative Stärkung des volkseigenen Sektors (bei gleichzeitiger Nutzung der Initiative des Unternehmertums im Rahmen der Gesetze) im Vordergrund<sup>31</sup>, so wurde dieser Aufgabenkomplex im Verlaufe der Entwicklung erweitert und auch teilweise verändert. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sei beispielsweise darauf verwiesen, daß der VI. Parteitag der SED, der vom 15. bis 21. Januar 1963 in Berlin tagte, in seinem Programm zum umfassenden Aufbau des Sozialismus zu den Grundaufgaben der Wirtschaft die vorrangige Entwicklung folgender Industriezweige zählte: der chemischen Industrie, besonders der Petrochemie; der metallurgischen Industrie der zweiten Verarbeitungsstufe; der Elektrotechnik, vor allem der Elektronik, und jener Zweige des Maschinenbaus, die den raschen Fortschritt der Mechanisierung und Automatisierung bestimmen; des wissenschaftlichen Gerätebaus; der Energiewirtschaft. Hinzu kamen die weitere Intensivierung und der allmähliche Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft.<sup>32</sup>

Für das Transport- und Nachrichtenwesen, das in diesem Zusammenhang gleichfalls genannt wurde, resultierte daraus die Notwendigkeit, den raschen Aufschwung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion aufzufangen. Welche Größenordnungen dabei entstan-

29 Wissenschaftsorganisation des Verkehrswesens der DDR, Berlin o. J., S. 1.

30 Rehbein, Elfriede/Goßlau, Helmut/Ringelhan, Heinz, Das Transport- und Nachrichtenwesen als Wachstumsfaktor der sozialistischen Gesellschaft, in: Das Transport- und Nachrichtenwesen in der sozialistischen Gesellschaft. Ausgewählte Vorträge der 8. Verkehrswissenschaftlichen Tage, hg. v. d. Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden, Berlin 1971, S. 35 - 56.

31 Zur ökonomischen Politik der SED und der Regierung der DDR, a. a. O., S. 69 f.

32 Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik, Dokumente, hg. v. d. Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht", Berlin 1969, S. 13.



den, zeigt sich unter anderem darin, daß allein der Index der industriellen Entwicklung (1950 = 100) von 79 im Jahre 1949 auf 504 im Jahre 1969 stieg, wobei die chemische Industrie auf 573, die Metallurgie auf 556, die Baumaterialienindustrie auf 504, der Maschinen- und Fahrzeugbau auf 694 und die Elektrotechnik/Elektronik sowie der Gerätebau auf 1 037 anwuchsen.<sup>33</sup> Hinter diesen nüchternen Zahlen verbarg sich eine Fülle von Aufgaben auch für das Transportwesen; Antransport der benötigten Ausgangsmaterialien und Abtransport der Fertigprodukte. Vor allem mußte auch der Bau und die Produktion völlig neu entstandener Industriezentren transportseitig gesichert werden. Für alle strukturverändernden Aufgaben hatte das Transport- und Nachrichtenwesen eine Schlüsselposition inne. Es war und ist ein wichtiger Bestandteil zur Realisierung der notwendigerweise stark zunehmenden Kooperation in der materiellen Produktion und für die Herausbildung leistungsfähiger volkseigener Kombinate und anderer großer Wirtschaftseinheiten. Nicht minder wichtig ist es für die Realisierung progressiver Substitutionsprozesse an der Material- und Energiebasis der Volkswirtschaft. An erster Stelle stehen dabei die Chemisierung, die letztlich fast alle Zweige der Volkswirtschaft berührt, die Veränderungen in der Primärenergiebasis und die Entwicklung der Metallurgie zu einer Veredelungsmetallurgie. Dazu zählen aber unter anderem auch weiterhin der Übergang der Landwirtschaft zur industriemäßigen Produktion und die Leistungssteigerung im Bauwesen - nicht allein durch umfangreichere Baustofftransporte, sondern auch durch neuartige Transportanforderungen infolge veränderter Technologien (Großplatten-, Zellenbauweise usw.).

Das Transportwesen mußte sich jedoch auch auf Veränderungen im Gesamtgefüge der Volkswirtschaft einstellen. Auf der einen Seite entstanden neue industrielle Zentren, neue Zweige der Volkswirtschaft, auf der anderen gingen "traditionelle beziehungsweise für die Bedingungen der DDR ineffektive Zweige und Produktionslinien in ihrer Bedeutung zurück."<sup>34</sup> Dadurch ergaben und ergeben sich zum Teil erhebliche Veränderungen der Güterströme und der Qualitätsanforderungen an das Transportwesen, aber auch Veränderungen in der Territorial- und Siedlungsstruktur.

Die große Bedeutung des Güterverkehrs sollte uns nicht über die Wichtigkeit des Berufs- und sonstigen Reiseverkehrs hinwegsehen lassen, der im Zusammenhang mit den genannten volkswirtschaftlichen Aufgaben, aber auch bedingt durch den kontinuierlich wachsenden Lebensstandard unserer Bevölkerung zu bewältigen war, wobei hier vor allem Qualitätskriterien im Vordergrund der Bemühungen standen.

Die zahlreichen Schwierigkeiten, die durch die Vielzahl der zu lösenden Aufgaben für das Transport- und Nachrichtenwesen entstanden, wurden zum Teil schon im zweiten Abschnitt des vorliegenden Beitrags behandelt. Wenn man sich erinnert, daß das Transport- und Nachrichtenwesen den demokratischen Neuaufbau mit einem Bruchteil seiner früheren Kapazitäten begann und zum Zeitpunkt des beginnenden sozialistischen Aufbaus von den drei binnländischen Verkehrsträgern die Eisenbahn mit einer veralteten materiell-technischen Basis die Hauptlast zu tragen hatte, während sich Kraftverkehr und Binnenschifffahrt - mit erheblichen qualitativen und quantitativen Unterschieden - im Aufbaustadium befanden und Seeschifffahrt sowie Luftverkehr noch nicht existierten, so wird deutlich, welche immensen Leistungen die Verkehrsschaffenden erbringen mußten, um den Anforderungen der Volkswirtschaft und der Bevölkerung gerecht zu werden. Wenn man weiterhin berücksichtigt, daß uns unsere ökonomische und politische Lage in den zurückliegenden Jahren zwang, die Investitionen auf bestimmte Wirtschaftsbereiche zu konzentrieren, so daß beispielsweise in den sechziger Jahren die Investitionen in der Industrie zwischen 55,1 und 47,6 Prozent, im Ver-

<sup>33</sup> Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 21.

<sup>34</sup> Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 619.

kehrswesen dagegen zwischen 12,6 und 8,9 Prozent lagen<sup>35</sup>, wobei diese Mittel auf die Verkehrsträger schwerpunktmäßig konzentriert werden mußten, so unterstreicht das die Größe der Leistungen der im Verkehrswesen Beschäftigten. Unter diesen Bedingungen bedeuteten die richtige verkehrspolitische Orientierung unserer Regierung und eine zielstrebige, planmäßige Leitungstätigkeit die entscheidenden Kriterien.

#### 4. Koordinierung und Kooperation der Verkehrsträger im Rahmen der Volkswirtschaftsplanung

Einen besonderen Schwerpunkt unserer Verkehrsentwicklung bildete die Koordinierung der Verkehrsträger. In den "Richtlinien der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Wirtschaftspolitik" vom März 1946 wurde ganz bewußt die "enge Koordinierung und exakte Organisation der drei Säulen des Verkehrs: Eisenbahn, Schifffahrt, Kraftverkehr, unter Ausschaltung aller Eigeninteressen"<sup>36</sup> an den Beginn der zu verwirklichenden wirtschaftspolitischen Aufgaben und Ziele gestellt. Die Grundlage dafür bildete die Schaffung eines Planungsausschusses in der Deutschen Zentralverwaltung des Verkehrs, die aufgrund des Befehls Nr. 17 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration vom 27. Juli 1945 eingesetzt worden war. Die diesem Planungsausschuß erteilten Aufgaben und Befugnisse reichten von der Erfassung der Transportkapazitäten über die entsprechend den Transportplänen zu gestaltende Verteilung auf die Verkehrsträger bis zur Sicherung der Abwicklung der jeweiligen Transporte.<sup>37</sup> Durch die Arbeit des Planungsausschusses und der ihm zugeordneten regionalen Verkehrsausschüsse wurde bereits in den ersten Nachkriegsjahren eine planmäßige, den vordringlichen Transportbedürfnissen der Wirtschaft und der Bevölkerung entsprechende Koordinierung zwischen Eisenbahn, Kraftverkehr und Binnenschifffahrt erreicht, die die spezifische Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger berücksichtigte. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Transportpläne grundsätzlich nicht nur durch die Verkehrsträger, sondern gemeinsam mit Organen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft erarbeitet wurden.<sup>38</sup>

Zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit der Transportzweige wurden nach Gründung der DDR mit der Formierung von Transportausschüssen gesetzlich fest geregelte Voraussetzungen geschaffen. Die wiederum nach regionalen Gesichtspunkten (Länder- bzw. Kreistransportausschüssen) vorgenommene Organisationsstruktur mit einem Zentralausschuß als Lenkungsorgan für die ganze Republik übernahm den Aufgabenbereich der durch die Deutsche Wirtschaftskommission 1948 eingesetzten Transportreferenten in den Ländern und Kreisen. Die neu gebildeten Transportausschüsse erhielten als staatliche Organe einen erweiterten Aktionsradius. Die Transportausschüsse in den Ländern (ab 1952 Bezirken) und Kreisen, die zwischenzeitlich entsprechend der vorrangigen Stellung des Eisenbahnwesens einige Jahre auf der Ebene von Reichsbahndirektionen arbeiteten, waren über die Koordinierung und Planung einzelner Transporte im Territorium hinaus für die vorrangige Sicherung der Transporte verantwortlich, die für die Entwicklung der in dieser Etappe strukturbestimmenden Zweige der Volkswirtschaft erforderlich waren.<sup>39</sup> Der Zentrale Transportausschuß wurde dadurch, daß er die Anforderungen der Industrie und Landwirtschaft mit den Verkehrs-

35 Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 45.

36 [Ulbricht, Walter], Neuaufbau der deutschen Wirtschaft, Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik, Berlin 1946, S. 12.

37 Klatte, Eberhard/Lehmann, Günter, Die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit im Transportwesen, in: DDR-Verkehr, Nr. 10/1969, S. 434.

38 Mittag, Günter/Rehbein, Elfriede, a. a. O., S. 30.

39 Klatte, Eberhard/Lehmann, Günter, a. a. O., S. 435.

trägern abzustimmen und für Transportunternehmen und verladende Wirtschaft verbindliche monatliche Transportpläne festzulegen hatte, zum operativen Planungsorgan für die Verteilung der Transporte auf die Verkehrsträger.

In der Periode von der Gründung der DDR bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in unserem Land hatte sich die Gütertransportmenge und Gütertransportleistung aller Transportzweige etwa verdreifacht.

Innerhalb des Transportwesens hatten sich entsprechend der weiteren Verbesserung der materiell-technischen Basis und der spezifischen Einsatzmöglichkeiten der einzelnen Verkehrsträger gemäß der verkehrsgeographischen Gegebenheit in der DDR die einzelnen Zweige wie folgt entwickelt<sup>40</sup>:

Gütertransportmenge nach Verkehrszweigen  
(1 000 t)

Jahr	Insgesamt	Deutsche Reichsbahn	Gewerblicher Kraftverkehr	Werkverkehr	Binnenschifffahrt	Seeschifffahrt	Luftverkehr
1949	184 778	110 987	33 100	32 451	8 240	-	-
1953	336 480	182 257	62 819	78 511	12 843	50	-
1957	443 650	220 335	84 921	123 578	14 444	370	1,5
1961	548 935	248 714	142 685	143 685	11 944	1 593	5,0

Gütertransportleistung nach Verkehrszweigen  
(Mio t/km)

Jahr	Insgesamt	Deutsche Reichsbahn	Gewerblicher Kraftverkehr	Werkverkehr	Binnenschifffahrt	Seeschifffahrt	Luftverkehr
1949	15 101	12 398	840	800	1 123	-	-
1953	26 453	22 112	1 200	1 369	1 738	34	-
1957	35 884	28 635	1 744	2 172	2 498	833	1,8
1961	53 562	34 733	2 858	2 411	2 202	1 353	5,0

Die sichtbaren Strukturverschiebungen ergaben sich sowohl aus der Summe der spezifischen Transportbedürfnisse der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft als auch aus der mit Ausnahme der Binnenschifffahrt ständig steigenden Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger. Bei den sich erhöhenden Gütertransportleistungen des gesamten Transportwesens fällt vor allem das starke Anwachsen des Güterkraftverkehrs auf. Betrug der Anteil des öffentlichen Kraftverkehrs an der Transportmenge aller Zweige 1949 noch 17,9 Prozent (Werkverkehr 17,6 Prozent), so stieg er bis zum Jahre 1961 auf 25,9 Prozent (Werkverkehr 26,2 Prozent) an.

Die Ursachen dieser Entwicklung lagen in der zunehmenden Erschließung der Fläche bzw. der Nahverkehrsbereiche durch den Kraftverkehr und in einem für die verladende Wirtschaft sich ständig verbessernden Leistungsangebot dieses Transportzweiges. Die Organisation des Kraftverkehrs hatte sich in den fünfziger Jahren, besonders seit der Bildung der Bezirks-

40 Die folgenden Zahlenangaben nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 239 f.

direktionen für Kraftverkehr (BDK) im Frühjahr 1954, gefestigt, eine innerhalb des Verkehrsträgers engere Koordination herbeigeführt und damit die Kapazitätsausnutzung wesentlich erhöht.

Schließlich wurde mit der Bildung der BDK die Einbindung des privaten Sektors des Kraftverkehrs in die Planung und Koordination des Güterverkehrs auf der Straße durch eine zentrale Institution auf Bezirksebene vertraglich neu geregelt und den betreffenden Unternehmen eine gesicherte Perspektive eröffnet. Der Anteil des privaten Sektors an der Transportleistung des gesamten gewerblichen Kraftverkehrs ging im Zeitraum 1951 bis 1960 von 44 Prozent auf 11,5 Prozent zurück.<sup>41</sup> Ursache dafür war vor allem das starke Anwachsen der materiell-technischen Basis und der Leistungen der volkseigenen Kraftverkehrsbetriebe.

Ähnlich entwickelten sich die Eigentumsverhältnisse in der Binnenschifffahrt. Waren 1948 noch zirka 88 Prozent der Tonnage im Besitz von privaten Schiffseignern, so stieg bis 1960 der Anteil der volkseigenen Binnenflotte an der Gesamttonnage auf über 57 Prozent an, wogegen die privaten Schiffseigner nur noch über rund 40 Prozent des Kahnraumes verfügten. Auch innerhalb dieses Transportzweiges hatte sich im Verlaufe der fünfziger Jahre der volkseigene Sektor durch seinen systematischen Ausbau durchgesetzt, ohne daß die Vollbeschäftigung der privaten Schiffseigner in Frage gestellt worden wäre. Die verschiedenen gesetzgeberischen Maßnahmen gingen von der Grundtendenz aus, auch die privaten Verkehrsunternehmen im Kraftverkehr und in der Binnenschifffahrt in die Lösung der wachsenden Transportaufgaben in der DDR einzubeziehen. Gemeinsam mit den sozialistischen Betrieben des Verkehrswesens trugen Kraftverkehrsunternehmen und private Schiffseigner zur Erfüllung der Planziele bei und entschieden sich in den sechziger Jahren zunehmend für eine integrierte Kooperation mit dem sozialistischen Transportwesen durch Abschlüsse von Überlassungsverträgen (Binnenschifffahrt) oder Kommissionsverträgen und durch die Aufnahme staatlicher Beteiligung (Kraftverkehr).

Trotz der erzielten Ergebnisse bei der Planung und Koordinierung des Transportwesens in den fünfziger Jahren waren noch viele Probleme ungelöst geblieben, deren Bewältigung in den sechziger Jahren systematisch in Angriff genommen werden mußte. In seinem Referat auf der Konferenz des Verkehrswesens der DDR im Juni 1960 in Leipzig unterstrich der damalige Sekretär der Wirtschaftskommission beim Politbüro des Zentralkomitees der SED, Dr. Mittag, daß das Niveau der Planungsarbeit im Verkehrswesen den zu erwartenden Aufgaben noch nicht entspreche. Als hauptsächliche Mängel führte er an:

1. Die Planungsarbeit des Ministeriums für Verkehrswesen wurde bisher nur unzureichend im Komplex für alle Verkehrsträger durchgeführt. Im Vordergrund stand eine voneinander isolierte Planungsarbeit der einzelnen Verkehrsträger.
2. Die Koordinierung der Transportaufgaben und die Festigung der Planteile nach Menge und Gutart wird ungenügend nach den volkswirtschaftlich ökonomischen Gesichtspunkten vorgenommen.
3. Die speziellen Vorteile der einzelnen Verkehrsträger für bestimmte Transportaufgaben stehen noch zuwenig im Mittelpunkt der Planungsarbeit.<sup>42</sup>

Deshalb dominierte bei den Bemühungen um ein einheitliches sozialistisches Transportwesen in den sechziger Jahren neben den umfangreichen Rationalisierungsvorhaben die systematische Verbesserung der Planungs- und Leitungstätigkeit sowohl bei den zentralen Institutionen als auch bei den einzelnen Verkehrsträgern. Die ökonomisch optimale Gestaltung

41 Ebenda, S. 245.

42 Für ein einheitliches sozialistisches Verkehrswesen, Berlin 1960, S. 66.

der Transportprozesse und das auf dieser Grundlage schließlich zu schaffende komplexe sozialistische Verkehrssystem waren in dieser Periode die Ziele der Verkehrspolitik in der DDR.

Als eine der wesentlichen Grundlagen der komplexen Verkehrsplanung nach gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten wurden zunächst für zehn Großstädte, ab 1965 für die jeweiligen politischen Bezirke, Generalverkehrspläne entsprechend dem prognostischen Verkehrsbedarf und der ökonomisch günstigsten Arbeitsteilung der einzelnen Verkehrsträger erarbeitet.<sup>43</sup> Für den Republikaßstab entstand in Abstimmung mit den regionalen Generalverkehrsplänen ein Generalverkehrsschema der DDR. Diese Konzeptionen berührten aufgrund der komplexen Planungsarbeit nicht nur die Verbesserung und Abstimmung der materiell-technischen Territorialstruktur des Verkehrswesens, sondern werden langfristig auch eine volkswirtschaftlich optimale Koordination der Verkehrsträger garantieren.

Entsprechend der wachsenden Verantwortlichkeit der örtlichen Organe des Staates für die Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, die beispielsweise im Erlaß des Staatsrates der DDR über Aufgaben und Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe im Juli 1965 gesetzlich fixiert wurde, erhielten auch die Transportausschüsse neben der operativen Tätigkeit zunehmend einen größeren Einfluß auf die Festlegung von Grundsatzproblemen des Transportwesens.<sup>44</sup> Dabei wurden Aufgabenstellung und Arbeitsweise der Transportausschüsse den gesamtwirtschaftlichen Strukturveränderungen angepaßt, so beispielsweise 1966 durch die Einrichtung eines zentralen bzw. der auf Bezirks- und Kreisebene wirkenden Büros als Funktionalorgane der Transportausschüsse.<sup>45</sup>

Diese Transportbüros erreichten eine qualitativ höhere Wirksamkeit in der arbeitsteiligen Zusammenarbeit der Verkehrsträger und schufen wesentliche Voraussetzungen dafür, daß auch unter teilweise schwierigen Bedingungen die an das Transportwesen gestellten Anforderungen mit ständig steigender Effektivität erfüllt werden konnten.

Ein deutlicher Beweis dafür sind die gestiegenen Leistungen des Transportwesens in den sechziger Jahren<sup>46</sup>:

Gütertransportmenge nach Verkehrszweigen  
(1000 t)

Jahr	Insgesamt	Deutsche Reichsbahn	Gewerblicher Kraftverkehr	Werkverkehr	Binnenschiffahrt	Seeschiffahrt	Luftverkehr
1965	624 634	260 430	166 013	179 809	12 129	6 243	10,4
1969	719 044 <sup>+</sup>	251 955	175 550	261 003	12 406	7 263	15,9

+ Einschließlich Rohrleitungen (ohne Gasleitungen).

43 Lindner, Werner, Der Generalverkehrsplan - ein Instrument sozialistischer Verkehrspolitik, in: DDR-Verkehr, Nr. 1/1968, S. 10.

44 Klatte, Eberhard/Lehmann, Günter, a. a. O., S. 441.

45 Ebenda, S. 436.

46 Die folgenden Zahlenangaben nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 239 f.

Gütertransportleistung nach Verkehrszweigen  
(Mio t/km)

Jahr	Insgesamt	Deutsche Reichsbahn	Gewerblicher Kraftverkehr	Werkverkehr	Binnenschiffahrt	Seeschiffahrt	Luftverkehr
1965	78 493	38 868	3 994	3 219	2 196	30 204	13,1
1969	108 369 <sup>+</sup>	39 445	5 569	5 180	2 143	54 843	23,3

+ Einschließlich Rohrleitungen (ohne Gasleitungen).

Einen wesentlichen Anteil an dieser Leistung hatte die verkehrspolitische Orientierung auf die konsequente Koordinierung der Transportträger. Frei von jeder Konkurrenz wurden sie unter Beachtung und Ausnutzung ihrer spezifischen Vorzüge zu einem komplexen Transportsystem integriert.

Eine große Bedeutung kam in diesem Zusammenhang auch den Kooperationsbeziehungen zwischen dem Transport- und dem Nachrichtenwesen zu.

Der wichtigste Kooperationspartner der Deutschen Post ist die Deutsche Reichsbahn. Ihre beiderseitigen Beziehungen wurden im Jahre 1950 durch in der Folgezeit ergänzte und präzisiertere Vereinbarungen geregelt und in das "Gesetz über das Post- und Fernmeldewesen" vom 3. April 1950 aufgenommen.<sup>47</sup> Dabei sei hervorgehoben, daß nach Paragraph 31 dieses Gesetzes die Deutsche Reichsbahn verpflichtet ist, die Deutsche Post bei der Beförderung von Nachrichten, Presseerzeugnissen und Postkleingut zu unterstützen. Ferner werden nach Vereinbarung Postzüge eingesetzt, wenn der fahrplanmäßige Zugverkehr den berechtigten Interessen nach einer schnellen Beförderung nicht gerecht wird, Postbeutel durch Zugpersonal befördert und bei verstärktem Postkleingutverkehr bevorzugt reichsbahneigener Transportraum zur Verfügung gestellt. Diese Verpflichtung wurde in einer Vereinbarung zwischen Bahn und Post im Jahre 1962 konkretisiert.

In den sechziger Jahren erforderten die immer weitergehende Spezialisierung und Arbeitsteilung sowie die Vielzahl von teilweise überholten Einzelvereinbarungen, das Zusammenwirken von Bahn und Post umfassend und konkret festzulegen, um die staatlichen und volkswirtschaftlichen Aufgaben mit höchstem Nutzeffekt für die Gesellschaft und jeden einzelnen Bürger zu lösen.<sup>48</sup> Deshalb wurden die vielfältigen Beziehungen zwischen beiden Verkehrsträgern bei der Beförderung von Postsendungen und Presseerzeugnissen in einer neuen "Beförderungsvereinbarung Post - Eisenbahn" vom 1. November 1967 geregelt, die am 1. Januar 1968 in Kraft trat. Sie enthielt Bestimmungen über die Zusammenarbeit bei der Betriebs- und Verkehrsabwicklung und auf dem Gebiet der operativen und perspektivischen Planung sowie über die Abgeltung der Leistungen. Es ist also ersichtlich, daß auch bereits "erkennbare Tendenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution bei der Nachrichten- und Pressebeförderung" berücksichtigt wurden.<sup>49</sup> Das zeigt sich weiterhin sehr deutlich

<sup>47</sup> Gesetz über das Post- und Fernmeldewesen vom 3. 4. 1950, in: Gesetzblätter der DDR, T. I, S. 365 - 375; vgl. auch Pasch, Horst, Die Zusammenarbeit der Deutschen Post mit anderen Verkehrsträgern, in: Die Deutsche Post, Nr. 5/1967, S. 150 - 153.

<sup>48</sup> Reber, Gerhard, Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Post und der Deutschen Reichsbahn, in einer Koordinierungsvereinbarung geregelt, T. 1, in: Die Deutsche Post, Nr. 1/1968, S. 7.

<sup>49</sup> Ebenda.

in der neuesten Koordinierungsvereinbarung zwischen der Deutschen Post und der Deutschen Reichsbahn über die Nutzung des Containertransportsystems zum Zwecke der Postbeförderung vom 24. Mai 1971.<sup>50</sup>

Bei der Bewältigung der Beförderungsleistungen im Nahverkehrsbereich stützte sich die Deutsche Post nicht nur auf ihren eigenen Kraftfahrzeugpark, sondern bezog darüber hinaus auch die Kraftomnibusse der volkseigenen Betriebe des Kraftverkehrs in die Postbeförderung ein. In einer Globalvereinbarung vom 15. Oktober 1959 zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen und dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen wurde beispielsweise angestrebt, "die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Betrieben der Deutschen Post und denen des Kraftverkehrs planmäßig und einheitlich zu organisieren." Davon ausgehend wurden dann in Lokalvereinbarungen die Einzelheiten des Transports von Postsendungen durch Kraftomnibusse entsprechend den örtlichen Bedingungen festgelegt.<sup>51</sup> Ziel dieser Vereinbarungen war besonders, die bestehenden Verbindungen des volkseigenen Kraftverkehrs zur Postbeförderung immer dann zu benutzen, wenn damit die Laufzeit der Sendungen verkürzt werden kann.

Die Teilnahme am Luftpostverkehr mit dem Ausland wurde der Deutschen Post durch die Unterstützung der Luftverkehrsgesellschaften der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder seit 1950 ermöglicht. Mit der Gründung der Deutschen Lufthansa im Jahre 1955 (seit 1963 Interflug GmbH) und der Aufnahme des Linienverkehrs nach dem Ausland im Februar 1956 entstanden bis zum Jahre 1960 zahlreiche direkte Luftpostverbindungen, so von Berlin nach den Hauptstädten der europäischen sozialistischen Staaten, aber auch nach Brüssel, Paris, London, Kopenhagen, Stockholm, Helsinki usw. Auf diese Weise konnten günstige Anschlußverbindungen nach fast allen Ländern der Erde hergestellt werden. Die Grundlage für die sich daraus ergebenden Kooperationsbeziehungen bildet der Weltpostvertrag mit seinen Nebenabkommen, Anlagen und Schlußniederschriften. Er "regelt das Verhältnis der am Luftpostverkehr teilnehmenden Postverwaltungen untereinander sowie zu den beteiligten Luftverkehrsgesellschaften und bestimmt die Form der betrieblichen Abwicklung des Luftpostverkehrs. Diese Regelungen des Weltpostvertrages gelten selbstverständlich auch für die Beziehungen zwischen der Deutschen Post und der Interflug."<sup>52</sup> Davon ausgehend wurde am 21. Juli 1964 zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und der Interflug ein Vertrag über die Beförderung von Luftpostsendungen abgeschlossen. Danach stellt die Interflug der Deutschen Post auf Anforderung für die Luftpostbeförderung in jeder Linienmaschine einen bestimmten Transportraum, der für jede Fluglinie besonders vereinbart wird, zur Verfügung. Unter anderem ist für die Deutsche Post sehr wesentlich, daß die Interflug die internationalen Vereinbarungen anerkennt, "wonach die Beförderung von gebuchten Luftpostsendungen gegenüber der Beförderung von Passagieren, deren Gepäck und Gütern Vorrang genießt".<sup>53</sup>

Für die Postbeförderung nach überseeischen Ländern auf dem Seeweg wurden anfangs im wesentlichen Reedereien aus dem kapitalistischen Ausland in Anspruch genommen. Mit dem kontinuierlichen Anwachsen unserer volkseigenen Handelsflotte konnten diese Transportaufträge allmählich reduziert und damit zugleich Devisen eingespart werden. Es ent-

50 Koordinierungsvereinbarung zwischen der Deutschen Post und der Deutschen Reichsbahn über die Nutzung des Containertransportsystems zum Zwecke der Postbeförderung - CTS-Vereinbarung Post - Eisenbahn, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen, Nr. 18/1971, 21. 6. 71, S. 103 ff. = Verfügung Nr. 110/1971.

51 Postbeförderung durch Kraftomnibusse des VEB Kraftverkehr, in: Die Deutsche Post, Nr. 7/1965, S. 207.

52 Postbeförderung durch die Interflug, in: Die Deutsche Post, Nr. 11/1965, S. 336.

53 Ebenda.

standen neue Kooperationsbeziehungen zwischen der Deutschen Post und der Deutschen Seereederei, die sich vertraglich verpflichtete, mit ihren Handelsschiffen Post nach ausländischen Häfen entsprechend den Bestimmungen des Weltpostvertrages und seiner Nebenabkommen zu befördern. Eine Vereinbarung der Deutschen Post mit der Deutschen Seereederei im Jahre 1959, die sich lediglich auf die Beförderung von Postpaketen bezog, wurde im Jahre 1962 erweitert und trat als "Vertrag über die Postbeförderung auf dem Seeweg" am 1. Juli 1962 in Kraft. Dieser Vertrag umfaßte die Beförderung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Wertbriefsendungen, Wertkästchen, gewöhnlichen Postpaketen und Postpaketen mit einer Wertangabe bis 725 Mark nach ausländischen Häfen.<sup>54</sup> Er enthielt ferner die beiderseitige Verpflichtung zur Gewährleistung eines reibungslosen Betriebsablaufes, die beispielsweise 1969 durch eine weitere Vereinbarung ergänzt wurde. Ungeachtet dieser vertraglich gebundenen Zusammenarbeit mit der Deutschen Seereederei wurden zur Postbeförderung auf dem Seeweg auch noch Liniendienste fremder Unternehmen in Anspruch genommen.<sup>55</sup>

Bei einer Einschätzung der Entwicklung der Zusammenarbeit der Deutschen Post mit anderen Verkehrsträgern zeigt sich, daß sich die umfassende und konkrete vertragliche Regelung in den sechziger Jahren durchzusetzen beginnt und damit die Kooperationsbeziehungen auf eine höhere Stufe hebt.

## 5. Aufgaben des Verkehrswesens zur Sicherung der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Ziele der DDR

In jeder Etappe der Entwicklung unserer Arbeiter- und Bauern-Macht haben Partei und Regierung der Entfaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen außerordentliche Bedeutung beigemessen. Stets stellten sie in Rechnung, welche wichtigen volkswirtschaftlichen Wachstumsfaktor vorteilhafte außenwirtschaftliche Beziehungen darstellen, welche maßgebliche Rolle sie aber auch für die Entwicklung und Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern und Staaten spielen. Auf dem VII. Parteitag der SED faßte Walter Ulbricht diese grundlegende Erkenntnis in die Worte:

"Die außenwirtschaftlichen Beziehungen sind einer der Grundpfeiler unserer Außenpolitik. Sie haben größte Bedeutung für die innere Entwicklung der DDR wie für ihre internationale Position und ihr Ansehen in der Welt. Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik sind somit ständig optimal aufeinander abzustimmen und in der praktischen Durchführung eng miteinander zu verbinden. Nur so können wir damit rechnen, größtmögliche Ergebnisse auf politischem wie auch auf ökonomischem Gebiet zu erreichen."<sup>56</sup>

Effektiv gestaltete Außenwirtschaftsbeziehungen aber haben ihrerseits zwei grundlegende Voraussetzungen; hohe Leistungsfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft, um weltmarktfähige Erzeugnisse in genügend großem Umfang anbieten zu können, und ein leistungsfähiges Verkehrswesen, um die riesigen Mengen Ex- und Importgüter schnell, qualitätsgerecht und zu niedrigen Kosten transportieren zu können. Hinsichtlich beider Voraussetzungen aber war es - wie oben schon dargelegt - in den ersten Nachkriegsjahren zunächst mehr als ungünstig bestellt.

Dabei entstand aus der Zerstörung der historisch gewachsenen Arbeitsteilung im früheren Deutschen Reich für das Territorium der DDR die drängende Notwendigkeit zu rascher

54 Postbeförderung mit Handelsschiffen der DDR, in: Die Deutsche Post, Berlin, Nr. 3/1965, S. 80.

55 Vgl. ebenda.

56 Ulbricht, Walter, Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 28 f.



Wiederaufnahme und starker Ausdehnung der außenwirtschaftlichen Beziehungen. So ergaben Berechnungen der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE), daß im Jahre 1936 allein rund 45 Prozent der industriellen und landwirtschaftlichen Waren, die auf dem Territorium unserer Republik verbraucht wurden, aus anderen deutschen Gebieten gekommen waren.<sup>57</sup> Jetzt mußten sie entweder selbst erzeugt oder über den Außenhandel herangeschafft werden.

Um diese komplizierte Situation zu meistern, orientierten wir uns von Anfang an auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Staaten, ohne die übrigen außenwirtschaftlichen Beziehungen aus den Augen zu verlieren. Durch diese Orientierung wurden die Erpressungsversuche der herrschenden Kreise des westdeutschen Imperialismus, durch wirtschaftlichen Druck politische Zugeständnisse zu erzwingen, zum Scheitern verurteilt. Infolge der destruktiven Haltung der Regierung der BRD und ihrer Embargopolitik erreichte der Handel der DDR mit der BRD - bezogen auf die entsprechenden Territorien - nicht einmal annähernd den Vorkriegsstand.<sup>58</sup> Auch zum übrigen kapitalistischen Ausland, mit dem das Deutsche Reich vor 1945 im Rahmen der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung stark verflochten gewesen war (80 bis 85 Prozent des früheren Außenhandels des Territoriums unserer Republik waren dahin geflossen<sup>59</sup>), konnte die DDR nur schrittweise Handelsbeziehungen aufnehmen.

Dagegen hatten die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten bereits 1949 einen Anteil von 65 Prozent und 1952 von 75 Prozent an unserem Außenhandel.<sup>60</sup>

Die anfallenden Transporte übernahm zum überwiegenden Teil die Eisenbahn. In bestimmtem Umfang, zum Beispiel bei Kohle, Koks und Halbfertigwaren aus der ČSSR und der VR Polen, war auch die Binnenschifffahrt auf Oder und Elbe und auf den von ihnen abführenden Wasserstraßen an ihnen beteiligt.

Wenn damit auch längst nicht allen Anforderungen entsprochen werden konnte, war doch die Grundlage für einen stabilen sozialistischen Weltmarkt geschaffen. Seine Organisationsform, die einen neuen, auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus basierenden Typ ökonomischer Beziehungen zwischen den Völkern verkörpert, fand er in dem 1949 gegründeten Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, dem unsere Republik auf Empfehlung des III. Parteitages der SED 1950 als gleichberechtigtes Mitglied beitrug.<sup>61</sup> Wenn sich unser Staat heute mit einer mehr als fünfmal so großen Industrieproduktion wie 1950, mit einer im wesentlichen die Bedürfnisse der Bevölkerung deckenden landwirtschaftlichen Produktion zu einem der führenden Industriestaaten der Welt und zu einem international geschätzten Handelspartner emporgearbeitet hat, so nur dank der engen wirtschaftlichen Bindung zu den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft. Seit ihrem Beitritt zum RGW im Jahre 1950 konnte unsere Republik bis 1969 mit den RGW-Ländern einen Außenhandels-

57 Vgl. dazu auch die sehr ausführliche Darstellung in Baar, Lothar, Zur Problematik der Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, unveröffentlichtes Manuskript, Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, Institut für Wirtschaftsgeschichte; Economic Bulletin for Europe hg. v. United Nations, 3. Quartal 1949, Bd. 1, Nr. 3, zusammengestellt v. d. Research and Planning Division, Economic Commission for Europe, Genf, Januar 1950, S. 28.

58 Vgl. dazu vielfältige Beispiele bei Baar, Lothar, a. a. O., S. 47 ff.

59 Ebenda, S. 53.

60 Errechnet aus Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, Berlin 1971, S. 288.

61 Huber, Gerhard/Scholze, Gerhard, Die Zusammenarbeit der DDR mit den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, in: Erfolgreiche internationale Wirtschaftspolitik der SED, Berlin 1971, S. 70.

umsatz von zirka 240 Milliarden Valutamark realisieren.<sup>62</sup> Das bedeutet, daß unsere Republik etwa 16 Prozent des Außenhandelsumsatzes auf dem Markt der RGW-Länder tätigt und damit die zweite Stelle unter den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft einnimmt.<sup>63</sup>

Geradezu entscheidende Bedeutung kommt dabei der Zusammenarbeit mit der UdSSR zu, die mit ihren riesigen Rohstoffressourcen, mit ihrem bedeutenden Wirtschafts- und ihrem unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution so eminent wichtigen Wissenschaftspotential für jedes sozialistische Land der wichtigste Kooperationspartner ist.<sup>64</sup>

Entsprechend dieser Entwicklung mußte sich zwangsläufig auch die Hauptorientierung zur Sicherung rationeller Außenhandelstransporte auf die Relation UdSSR - DDR richten.<sup>65</sup> Daran sind alle Verkehrsträger mehr oder minder beteiligt. Eine entscheidende Bedeutung aber kommt der Arbeit der Eisenbahnen der beteiligten Staaten - der UdSSR, der VR Polen und der DDR - zu, die das stark anwachsende Güteraufkommen in erster Linie zu bewältigen haben. Die ansteigenden Verkehrsbeziehungen verlangen gebieterisch die ständige Abstimmung der Beförderungspläne, um eine möglichst rationelle Verteilung der Güterströme, eine bessere Auslastung des rollenden Materials, eine Beschleunigung der Transporte, die Verbesserung der Arbeit der Grenzbahnhöfe und deren systematischen Ausbau sowie die ständige Erhöhung der Durchlaßfähigkeit von Strecken internationaler Bedeutung zu erreichen. Eine wichtige Rolle bei der Koordinierung aller dieser Maßnahmen erlangte die 1957 gegründete Organisation für die Zusammenarbeit der Eisenbahnen (OSShD).<sup>66</sup>

Für die unmittelbare Bewältigung der Gütertransporte ist der gemeinsame Wagenpark der RGW-Länder, der am 1. Juli 1964 in Betrieb genommen wurde, von großer Wichtigkeit.<sup>67</sup> Er hat sich zu einem Musterbeispiel sozialistischer Verkehrsintegration entwickelt. Alle in den Gemeinsamen Güterwagenpark (OPW)<sup>68</sup> einbezogenen Waggons bleiben Eigentum der Eisenbahnverwaltung, die sie bereitgestellt hat; sie können aber ohne Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit auf allen anderen Transportlinien eingesetzt werden, solange ihre Gesamtzahl auf dem Territorium des betreffenden Landes den von ihm eingebrachten Beitrag nicht übersteigt. Die Anzahl der von den am OPW beteiligten Länder (UdSSR, VR Bulgarien, SR Rumänien, Ungarische VR, ČSSR, VR Polen und DDR) eingebrachten gedeckten und offenen zwei- und vierachsigen Güterwagen für die Spurweite 1 435 Millimeter, die Ende 1966 bereits 103 750 betrug<sup>69</sup>, ist seitdem wiederum um mehr als 30 Prozent angewachsen.<sup>70</sup> Das ermöglichte, im Jahre 1970 bereits rund 60 Prozent aller zwi-

62 Ebenda, S. 76.

63 Ebenda.

64 Ebenda, S. 85.

65 Von Parteitag zu Parteitag, a. a. O., S. 42.

66 Vgl. dazu u. a. Lopuchova, N., Die internationale Wirtschaftsorganisation der sozialistischen Länder, in: Materialien zur wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR - UdSSR, hg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, S. 2 f. = Studienmaterial für die Weiterbildung, Nr. 3/1970. - OSSD bzw. OSShD = Organizacija sotrudničestva železnych dorog (Organisation für die Zusammenarbeit der Eisenbahnen der sozialistischen Länder). Internationales Verkehrsrecht. Grundriß, Berlin 1969, S. 178 ff.

67 Lopuchova, N., a. a. O., S. 10 f.; Internationales Verkehrsrecht, a. a. O., S. 185 ff.

68 OPW = Obščij park vagonov (Gemeinsamer Güterwagenpark innerhalb der OSShD).

69 Internationales Verkehrsrecht, a. a. O., S. 186.

70 Von Parteitag zu Parteitag, a. a. O., S. 43.

schen den OPW-Mitgliedsländern anfallenden Transporte in OPW-Wagen durchzuführen.<sup>71</sup> Gleichzeitig erhöhte sich das technische Niveau dieses Wagenparks beträchtlich. Da alle OPW-Wagen mit Rollenlagern ausgerüstet sind, können Höchstgeschwindigkeiten von 100 Kilometern in der Stunde zugelassen werden.<sup>72</sup> Im Vergleich zu 1967 stieg bis 1970 der Anteil der vierachsigen Großraumwagen am OPW-Wagenpark von 7,5 Prozent auf 45 Prozent.<sup>73</sup>

Ein weiteres wichtiges Beispiel der "Internationalisierung der Produktivkräfte, deren rationelle Nutzung nur durch mehrere Länder möglich ist"<sup>74</sup>, stellt die über 5 000 Kilometer lange Erdölleitung "Freundschaft" dar. Bereits 1962 konnten die nach der ČSSR und der Ungarischen VR führenden Stränge eingeweiht werden. In den beiden folgenden Jahren wurden die VR Polen und die DDR angeschlossen.

Diese grundlegende Orientierung, unsere außenwirtschaftlichen Beziehungen vorrangig im Rahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft zu entwickeln, wird auch in Zukunft beibehalten. Sie wird sich sogar im Rahmen der sozialistischen Wirtschaftsintegration ständig weiter vertiefen.<sup>75</sup> Von 1971 bis 1975 ist ein Warenumsatz von insgesamt 156 Milliarden Valutamark vorgesehen.

In mindestens den gleichen Proportionen wachsen dementsprechend auch die zu bewältigenden Verkehrsaufgaben. Bedeutende verkehrswirtschaftliche Projekte sind dabei für den kommenden Fünfjahrplan vorgesehen. So beschloss sowohl der XXIV. Parteitag der KPdSU als auch der VIII. Parteitag der SED, umfangreiche Vorhaben zum Beispiel zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Eisenbahnwesens durchzuführen.<sup>76</sup> Bereits im Bau ist der zweite Abschnitt der Erdölleitung "Freundschaft", durch die es möglich werden wird, die Versorgung der sozialistischen Bruderländer mit Erdöl bis 1975 auf 50 Millionen Tonnen Erdöl zu erhöhen.<sup>77</sup> Das wohl bedeutendste Vorhaben des kommenden Fünfjahrplans jedoch ist eine in ihren Abmessungen im Weltmaßstab bisher einmalige Gasleitung aus den reichen Lagerstätten Westsibiriens, die es gestattet, nicht nur die Gaslieferungen an die ČSSR und die VR Polen zu erhöhen, sondern auch unsere Republik, Ungarn, Bulgarien, Italien und die BRD mit sowjetischem Erdgas zu versorgen.<sup>78</sup>

Neben dem ständigen Ausbau der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu unseren sozialistischen Bruderländern hat unsere Republik seit ihrer Gründung gleichfalls größten Wert auf friedlichen Handel zu gegenseitigen ökonomischen Vorteil mit den kapitalistischen Ländern und mit den Nationalstaaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gelegt. Trotz vielfältiger Störungen vor allem von Seiten der BRD dehnten sich diese Beziehungen ständig aus. 1969 hatte der Umfang der Handelsbeziehungen mit kapitalistischen Industriestaaten bereits das Achtfache des Standes von 1950 erreicht<sup>79</sup>:

71 Ebenda.

72 Ebenda.

73 Ebenda.

74 Lopuchova, N., a. a. O., S. 10.

75 Vgl. dazu besonders Huber, Gerhard/Scholze, Gerhard, a. a. O., S. 82 ff.; Friedrich, W., Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als Unterpfand unserer Erfolge, in: Erfolgreiche internationale Wirtschaftspolitik der SED, a. a. O., S. 53.

76 Kossygin, A. N., Die Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1971 bis 1975, in: Neues Deutschland, 7. 4. 1971, S. 6; Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, in: Neues Deutschland, 23. 6. 1971, Beilage, S. 23.

77 Breshnew, L. I., Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, in: Neues Deutschland, 31. 3. 1971, S. 3.

78 Ebenda.

79 Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 295.

**Außenhandelsumsatz der DDR mit kapitalistischen Industriestaaten**  
(in Mio Valutamark)

1950	1 004,4	1965	5 346,2
1955	2 591,8	1969	8 002,4
1960	3 897,2		

Besonders rasch wuchsen die Umsätze mit Schweden, Frankreich, den Niederlanden, Italien, Norwegen und Großbritannien.<sup>80</sup> Noch aber sind viele Möglichkeiten nicht ausgeschöpft, darf doch nie "übersehen werden, daß die vollständige Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und den meisten kapitalistischen Industrieländern noch aussteht."<sup>81</sup>

Wesentlich anders gestalteten sich die außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die zum größten Teil erst nach dem zweiten Weltkrieg durch den Zerfall des Kolonialsystems als unabhängige souveräne nationaldemokratische Staaten entstanden. Unsere Haltung zu diesen Staaten stimmte dabei stets voll mit den in den Dokumenten der kommunistischen und Arbeiterparteien vereinbarten Prinzipien überein, diesem Teil der antiimperialistischen Bewegung jede mögliche Form der Unterstützung im schweren Kampf gegen politische und wirtschaftliche Abhängigkeit, für raschen ökonomischen und sozialen Fortschritt zu leisten.

Schritt für Schritt entwickelten sich schon in den fünfziger Jahren feste und kontinuierliche Außenhandelsbeziehungen mit Indien, Ägypten, Burma, Indonesien, Syrien, dem Sudan und dem Jemen. 1958 bestanden bereits mit zehn dieser Staaten Handelsabkommen auf der Ebene von Regierungsabkommen, vier weitere wickelten den Warenaustausch auf der Basis von Abkommen zwischen den Staatsbanken ab.<sup>82</sup> 1965 hatten 21 Entwicklungsländer mit der DDR offizielle Abkommen über die Entwicklung des Handels- und Zahlungsverkehrs abgeschlossen.<sup>83</sup> Auf dieser Grundlage nahmen, wie die folgende Statistik ausweist, die Handelsbeziehungen sowohl quantitativ als auch qualitativ bedeutend zu.<sup>84</sup>

**Entwicklung des Handels der DDR mit Entwicklungsländern**

Jahr	Umsatz in Mio Valutamark	Ausfuhr	Einfuhr
1950	13,6	11,5	2,1
1955	303,5	175,0	128,5
1960	791,3	390,2	401,1
1965	1 106,1	581,8	524,3
1969	1 439,7	793,2	646,5

<sup>80</sup> Vgl. dazu die angeführten Zahlenangaben und Beispiele bei Wenger, Siegfried, Grundtendenzen der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu kapitalistischen Industrieländern, in: Erfolgreiche internationale Wirtschaftspolitik der SED, a. a. O., S. 119 ff.

<sup>81</sup> Sölle, Horst, Bestbedingungen für friedliche Zusammenarbeit. Eröffnungsrede des Ministers für Außenwirtschaft zur Leipziger Herbstmesse 1970, in: Neues Deutschland, 30. 8. 1970, S. 3.

<sup>82</sup> Hofmann, Otto/Scharschmidt, Gerhard, Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu den Nationalstaaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, in: Erfolgreiche internationale Wirtschaftspolitik der SED, a. a. O., S. 94.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 98.

<sup>84</sup> Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 295 ff.

Zum Haupthandelspartner entwickelte sich insbesondere die VAR, auf die allein gegenwärtig reichlich 20 Prozent des Umsatzes der DDR mit Entwicklungsländern entfallen.<sup>85</sup>

An den damit verbundenen Transportprozessen waren wiederum nahezu sämtliche Verkehrsträger beteiligt. Im innereuropäischen Handel mit den imperialistischen Industriestaaten kam erneut dem Eisenbahnwesen, daneben aber auch dem Kraftverkehr eine maßgebliche Rolle zu. Im überseeischen Handel übernahm die Seeschifffahrt die anfallenden Transporte, begünstigt durch das kontinuierliche und zügige Anwachsen unserer volkseigenen Handelsflotte, das die folgende Tabelle veranschaulicht.<sup>86</sup>

#### Entwicklung der Hochseeflotte der DDR

Jahr	Anzahl der Schiffe	Tragfähigkeit in tdw	Beförderte Transportmenge in 1 000 t	Transportleistung in Mio tkm
1952	1	1 250	30	18
1957	21	46 859	370	833
1962	82	482 424	2 745	14 303
1967	162	1 021 245	7 228	43 722
1969	169	1 201 671	7 263	54 843

Hand in Hand mit dieser schnellen Entwicklung gingen gleichzeitig in den fünfziger und sechziger Jahren umfangreiche Rekonstruktionen, Erweiterungen und Neuausrüstungen der drei vorhandenen Häfen Rostock, Wismar und Stralsund vor sich. Ab 1957, als die rasche Ausdehnung unseres Außenhandels der Leistungsfähigkeit dieser Seehäfen mehr und mehr davonlief, begann daneben der Aufbau unseres neuen Überseehafens als Universalhafen mit einem Ölhafen, Schüttgutbereich, Stückgutbereich und dem Passagierkai in Warnemünde.<sup>87</sup>

Um die mit zunehmender Größe unserer Handelsflotte immer komplizierter werdende Schifffahrtsorganisation rationeller zu gestalten, wurde aus dem VEB Deutsche Seereederei, der sich künftig auf die Linienschifffahrt beschränkt, mit Wirkung vom 1. Januar 1970 ein zweites Unternehmen "Deutfracht Internationale Befrachtung und Reederei" ausgegliedert, das "neben der Befrachtung von Schiffen auch die gesamte Massengut-, Tank- und Spezialschiffstonnage der DDR bereedert."<sup>88</sup> Die leistungsfähigen Liniendienste des VEB Deutsche Seereederei führen außer den schon in den fünfziger Jahren nach der UdSSR, VAR, Finnland und Albanien aufgenommenen bis in die Häfen West- und Ostafrikas, Asiens und Mittelamerikas. Sechs von ihnen wurden 1969 in Gemeinschaft mit ausländischen Partnern bedient.<sup>89</sup> Dazu gehören der bereits 1961 gegründete Gemeinschaftsdienst mit der polnischen Reederei Polska Zegluga Morska (PZM) auf der Strecke Europa - Westafrika (UNIAFRICA), der gemeinsam mit der polnischen Reederei PZM und der tschechoslowakischen Reederei Česko-

85 Hofmann, Otto/Scharschmidt, Gerhard, a. a. O., S. 103.

86 Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, a. a. O., S. 29.

87 Neukirchen, Heinz, Seefahrt gestern und heute, Berlin 1970, S. 253.

88 Ebenda, S. 258.

89 Wir und unser Morgen, Zu einigen Grundfragen der Prognose im Verkehrswesen der DDR, Berlin 1969 = Schriftenreihe der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn, H. 38.

slovenská Námořní Plavba unterhaltene Liniendienst Rostock/Szczecin - Kuba (CUBALCO) und der gemeinsam mit der polnischen Reederei Polskie Linie Oceaniczne (PLO) betriebene Liniendienst nach Ostafrika (BALTAFRICA).<sup>90</sup>

Außer den umfangreichen Anforderungen, die sich aus den außenwirtschaftlichen Beziehungen unserer Republik selbst ergaben, spielt unser Staat infolge seiner geographischen Lage in der Mitte Europas eine bedeutende Rolle im Transitverkehr zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern. Insbesondere zwischen Skandinavien und Süd- bzw. Südosteuropa ist die Verbindung von Stockholm über Rostock - Dresden - Prag mindestens 300 Kilometer kürzer als jede über Westdeutschland führende Route.<sup>91</sup> Entsprechend stark ist die Frequenz unserer Straßen und Autobahnen mit internationalen Kraftverkehrstransporten, entsprechend umfangreich sind die Transittransporte auf unseren Schienenwegen von Nord nach Süd und von Ost nach West, die es bedarfsgerecht, effektiv und mit hoher Qualität zu sichern gilt.

Welche bedeutsame Zunahme an Verkehrsleistungen bei dem allgemeinen stürmischen Wachstums der internationalen Arbeitsteilung zu verzeichnen war, mögen beispielhaft die nachfolgenden Übersichten über die Entwicklung des Trajektverkehrs auf den Fährrouen Saßnitz - Trelleborg und Warnemünde - Gedser beweisen<sup>92</sup>:

#### Entwicklung des Trajektverkehrs Fährroute Saßnitz - Trelleborg

	1950	1960	1970
Nettogütertonnen	137 601	854 287	2 100 000
Reisende	3 120 <sup>+</sup>	243 888	230 800
Kraftfahrzeuge	40	7 412	37 200

+ 1953 erste Beförderung.

#### Entwicklung des Trajektverkehrs Fährroute Warnemünde - Gedser

	1950	1960	1970
Nettogütertonnen	76 830	147 971	301 708
Reisende	4 175	31 722	131 593
Kraftfahrzeuge			22 141

Der wachsende Umfang der internationalen Verkehrsbeziehungen der DDR erstreckt sich verständlich nicht allein auf das Transportwesen, sondern in gleichem Maße auch auf das Nachrichtenwesen. So sind die Beziehungen der Deutschen Post zum Nachrichtenwesen der sozialistischen Staaten durch eine immer engere Zusammenarbeit gekennzeichnet. Zur Regelung der mit den Nachrichtenverkehrsbeziehungen verbundenen juristischen und ökonomi-

90 Seidler, Karl-Heinz, Sozialistische Kooperation, in: Jahrbuch der Schifffahrt 1971, Berlin 1971, S. 9 ff.; Biebig, Peter, Gruppierungen der Weltschifffahrt, in: Jahrbuch der Schifffahrt 1968, Berlin 1968, S. 11.

91 Wir und unser Morgen, a. a. O., S. 72.

92 Errechnet aus Die Seewirtschaft der DDR, von einem Autorenkollektiv unter Leitung v. Gerhard Buchführer, Bd. 1: 1945 - 1960, Berlin 1963, S. 191 ff.; Von Parteitag zu Parteitag, a. a. O., S. 44.

schen Fragen wurde bereits im Juli 1950 ein Abkommen mit der Sowjetunion abgeschlossen, das im Jahre 1966 erneuert wurde. Bis 1959 folgten weitere Verträge mit zehn sozialistischen Staaten und schließlich 1966 entsprechende Abkommen mit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Kuba. "Da der Zeitpunkt des ersten Abschlusses dieser Verträge im Jahre 1950 liegt, kennzeichnen sie zugleich die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens unmittelbar nach ihrer Gründung und sind insgesamt ein Beweis ihres ständig steigenden internationalen Ansehens<sup>93</sup>." Von besonderer Bedeutung für die Festigung und Weiterentwicklung des Nachrichtenwesens der sozialistischen Staaten, insbesondere für die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte in diesem Zweig, war das Abkommen über die Organisation für die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens (OSS) vom Dezember 1957. Die Grundlage dafür bildete insbesondere die Schaffung der materiell-technischen Voraussetzungen, beispielsweise der Ausbau des OSS-Genetextnetzes, das im automatisierten internationalen Telegrafatenverkehr bereits Anfang der sechziger Jahre Direktverbindungen von den größten Orten der DDR zu den wichtigsten Städten verschiedener sozialistischer Staaten zuließ. Als Zeugnis sozialistischer Gemeinschaftsarbeit soll die Ende 1964 in Betrieb genommene "Trasse der Freundschaft" hervorgehoben werden. Diese moderne, 2 880 Kilometer lange Koaxialkabellinie verbindet unsere DDR mit der Sowjetunion, der VR Polen und der ČSSR und dient der Übertragung von Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie der Abwicklung des internationalen automatischen Fernsprechverkehrs.

Wie im Transportwesen verfolgt die Regierung der DDR auch im Nachrichtenwesen das Ziel, die erforderlichen Nachrichtenverkehrsverbindungen mit den nichtsozialistischen Staaten herzustellen. Diese Beziehungen beruhen im wesentlichen auf dem Weltpostvertrag und verschiedenen Nebenabkommen sowie auf dem Internationalen Fernmeldevertrag einschließlich der Vollzugsordnungen für den Telegrafaten-, Fernsprech- und Funkdienst in dem von der DDR festgelegten Umfang.<sup>94</sup>

Nach dem Kriege konnte der Auslandsbriefverkehr bereits im April 1946 aufgenommen, bis zum Jahre 1949 erweitert und auf den Paketverkehr ausgedehnt werden. Der Telegrammverkehr und der Fernsprechdienst mit dem Ausland kamen 1947 bzw. 1948 wieder in Gang. Schließlich waren 1949 die ersten funktelegrafischen Verbindungen nach dem Ausland möglich. Aber erst mit dem Beginn der fünfziger Jahre verstärkten sich sowohl im Post- als auch im Fernmeldewesen allmählich die Beziehungen der Deutschen Post zu den nichtsozialistischen Staaten. Deutlich zeigte sich das zum Beispiel in der Entwicklung des internationalen Telexverkehrs. Mit zahlreichen Ländern in allen Teilen der Erde können Fernschreibverbindungen hergestellt werden. Beachtenswerte Fortschritte wurden auch im Europa- und Überseefunkdienst erzielt, über den ein zunehmender Anteil des Telegramm-Auslandsverkehrs abgewickelt werden konnte.

Die Beziehungen der Deutschen Post zu Entwicklungsländern wurden unter anderem dadurch bestimmt, daß jene Länder beim Aufholen von Rückständen im Entwicklungsstand ihres Post- und Fernmeldewesens und damit bei der Überwindung des kolonialen Erbes einer spürbaren Unterstützung bedurften. Dies geschah vorwiegend durch eine enge wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die mit der Entwicklung unserer internationalen Nachrichtenverkehrsbeziehungen und mit den Exportbeziehungen unserer nachrichtentechnischen Industrie im Zusammenhang steht. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, vorwiegend in Form nichtkommerzieller Beziehungen, ergänzt in diesem Sinne gleichzeitig die wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Ländern.<sup>95</sup> So beteiligt sich die DDR seit Jahren an der Quali-

93 Internationales Verkehrsrecht, a. a. O., S. 478.

94 Ebenda, S. 453.

95 Stenzel, Gertrud, Der Ausbau der wissenschaftlich-technischen Beziehungen der Deutschen Post zu Entwicklungsländern, in: Die Deutsche Post, Nr. 6/1971, S. 185.

fizierung von Bürgern aus Entwicklungsländern, hauptsächlich auf der Grundlage von Übereinkommen zwischen gesellschaftlichen Organisationen. Seit 1966 bahnten sich außerdem direkte Beziehungen der Deutschen Post zu den Nachrichtenverwaltungen dieser Länder an, die zu bilateralen Vereinbarungen führten, beispielsweise 1966 mit der VAR und Guinea, 1968 mit der Jemenitischen Arabischen Republik. Dabei werden auch andere Formen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit berücksichtigt, wie die Entsendung von Experten der Deutschen Post als Fachberater, wie Gastvorlesungen an Bildungseinrichtungen dieser Länder, mehrwöchige Studienaufenthalte leitender Funktionäre aus Entwicklungsländern in der DDR oder der Austausch von Fachliteratur und Informationsmaterialien.<sup>96</sup> Zwischen unserer Republik und Entwicklungsländern sind aber auch bereits zweiseitige Abkommen abgeschlossen worden, die unmittelbar den Nachrichtenverkehr betreffen, zum Beispiel 1967 ein Postabkommen mit der VAR über den Austausch von Briefpostsendungen und Postpaketen und ein Abkommen mit der Republik Guinea über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens von 1968, das die Verbesserung der Nachrichtenverbindungen zwischen den beiden Ländern anstrebt.<sup>97</sup>

Fassen wir die bisher angeführten Beispiele zusammen, so zeigt sich eindeutig, daß unsere sozialistische Verkehrspolitik eindeutig das Recht jedes einzelnen Staates, gleichberechtigt am Weltverkehr in allen seinen Formen teilzunehmen, berücksichtigt. Die aktive Durchsetzung unserer verkehrspolitischen Grundsätze für die Teilnahme am internationalen Verkehr stützt sich dabei auf die brüderliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Interessen und Ziele. In den Verkehrsbeziehungen mit den nichtsozialistischen Ländern bilden die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und des gegenseitigen Vorteils die Grundlage der Entscheidungen unserer Regierung.

Eine Gesamtwertung der vorstehenden Problematik führt zu der Schlußfolgerung, daß das künftige volkswirtschaftliche Wachstum und die fortschreitende wirtschaftliche Integration der sozialistischen Länder, aber auch die Ausdehnung unserer Beziehungen zu nichtsozialistischen Staaten an das Transport- und Nachrichtenwesen hohe Anforderungen stellen werden. Wir vertreten in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß das Transport- und Nachrichtenwesen ein entscheidender direkter und indirekter Wachstumsfaktor der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung ist und auch in Zukunft sein wird<sup>98</sup>; denn die Realisierung der gestellten Aufgaben wird wesentlich durch die volle Funktionsfähigkeit dieses Wirtschaftszweiges beeinflusst.

96 Ebenda, S. 186.

97 Internationales Verkehrsrecht, a. a. O., S. 480 f.

98 Vgl. dazu Rehbein, Elfriede/Goßlau, Helmut/Ringelhan, Heinz, a. a. O.



## DIE ROLLE DER PLANUNG UND LEITUNG BEI DER UMGESTALTUNG DER PRIVATEN INDUSTRIE UND DES HANDWERKS IN DER ÜBERGANGSPERIODE

von Jörg Roesler

Die Planung und Leitung der Wirtschaft zählt im Sozialismus zu den wichtigsten Instrumenten, deren sich die Arbeiterklasse bei der Erfüllung ihrer historischen Mission - der Schaffung der ausbeutungsfreien Gesellschaft - bedient. Werden die von Lenin ausgearbeiteten Grundsätze der sozialistischen Planwirtschaft nicht genügend beachtet, so können wesentliche Entwicklungsziele nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erreicht werden. Die der Planung und Leitung der Wirtschaft zukommende Bedeutung berechtigt jedoch keineswegs, sie allein in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen, ihre Rolle zu verabsolutieren. Vielmehr sind die Leistungen auf dem Gebiet der Wirtschaftsführung wie die der Wirtschaft überhaupt daran zu messen, wieweit sie, von den realen Bedingungen ausgehend, zur Lösung der großen gesellschaftlichen Ziele beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft beitragen.

Überlegungen dieser Art stellt auch Erich Honecker in seinem Referat auf dem VIII. Parteitag der Analyse des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975 voran, wenn er ausführt: "Für unsere Gesellschaft ist die Wirtschaft Mittel zum Zweck, Mittel zur immer besseren Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des werktätigen Volkes."<sup>1</sup> (Hervorhebung von mir - J. R.) Das gilt, fährt Erich Honecker dann sinngemäß fort, natürlich auch für frühere Perioden des sozialistischen Aufbaus und fand in der Wirtschaftspolitik der Sozialistischen Einheitspartei seinen Ausdruck. Allerdings mußte die sozialistische Gesellschaftsordnung erst einen hohen Reifegrad erreicht haben, ehe es möglich wurde, den gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen der Produktion und den Bedürfnissen des Menschen so unmittelbar wirksam zu machen, wie das in den Direktiven zum Fünfjahrplan 1971 bis 1975 der Fall ist.<sup>2</sup>

Es galt zunächst - in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus -, eine Reihe von vermittelnden Zielstellungen zu realisieren. Zu den wichtigsten dieser Etappenziele gehörte zweifellos die Errichtung der sozialökonomischen Basis des Sozialismus.<sup>3</sup>

Diese Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre vor allen sozialistischen Ländern stehende Aufgabe erforderte in der DDR konkret die weitere Ausdehnung und Festigung des in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung entstandenen Volkseigentums und die Umgestaltung des noch in beträchtlichem Umfang vorhandenen privatkapitalistischen Eigentums und der Eigentumsformen der kleinen Warenproduktion in Stadt und Land.

Die Wirksamkeit der in den fünfziger Jahren angewandten Planungs- und Leitungsmethoden war und ist deshalb wesentlich danach zu beurteilen, in welchem Maße sie zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse beitrugen.

1 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, S. 39.

2 Vgl. ebenda.

3 Ein zweiter bedeutender Aufgabenkomplex war die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus.

Die Verwirklichung dieses Zieles stellte an die Planung und Leitung der einzelnen Bereiche der Wirtschaft, je nach ihrer sozialökonomischen Zusammensetzung, recht unterschiedliche Anforderungen. Im sozialistischen Sektor mußten die Produktionsverhältnisse, die sich Anfang der fünfziger Jahre herausgebildet hatten, gefestigt und erweitert werden. In der privaten Wirtschaft galt es dagegen, die bestehenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse bzw. die Eigentumsformen der kleinen Warenproduktion zu überwinden.

Die für den privaten Sektor charakteristischen sozialökonomischen Zielstellungen bewirkten - ebenso wie der im Vergleich zum sozialistischen Sektor geringere Einfluß des Staates auf den Reproduktionsprozeß der privaten Betriebe - die Herausbildung spezifischer Züge der Planung und Leitung der kapitalistischen Industrie und des Handwerks.<sup>4</sup>

Diese lassen sich grundsätzlich wie folgt charakterisieren:

1. Die für den volkseigenen Sektor typische Verbindung von zentraler staatlicher Planvorgabe und schöpferischer Ausarbeitung der betrieblichen Pläne durch die Werktätigen und die Leitung der Betriebe konnten bei der Planung und Leitung der privaten Wirtschaft nicht verwirklicht werden, da das Vorhandensein von privatem Eigentum eine Anwendung des demokratischen Zentralismus nicht gestattete.
2. Die Durchsetzung der Wirtschaftspolitik des Arbeiter- und Bauernstaates in der privaten Wirtschaft erfolgte - wegen der durch das Privateigentum an Produktionsmitteln beschränkten Weisungsbefugnis des Staates - nur im geringen Maße unmittelbar durch administrative Methoden wie Verordnungen, Direktiven oder Auflagen.
3. Zum Hauptinstrument der Lenkung des betrieblichen Produktionsprozesses im Bereich der privaten Wirtschaft entwickelten sich eine Reihe ökonomischer Hebel, welche im engen Zusammenwirken mit administrativen Leitungsmethoden die Durchsetzung der grundsätzlichen Zielstellungen der Übergangsperiode auch für die kapitalistische und die kleine Warenproduktion sicherstellten.

Wenn im folgenden die Probleme der Realisierung der Konzeption der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hinsichtlich der privaten Industrie und des Handwerks in der Übergangsperiode detaillierter dargestellt werden<sup>5</sup>, so geschieht das vor allem unter dem Aspekt der Ziel-Mittel-Problematik: In erster Linie soll der enge Zusammenhang zwischen den jeweiligen konkreten sozialökonomischen Ausgangsbedingungen und Zielstellungen einerseits und den angewandten Formen und Methoden der Planung und Leitung andererseits dargestellt werden. Weiterhin soll in diesem Zusammenhang auf eine spezifische Problematik der Übergangsperiode und deren Konsequenzen für die Planung und Leitung der Wirtschaft aufmerksam gemacht werden. Sie besteht darin, daß die aus dem ökonomischen Grundgesetz des So-

- 4 Die Herausbildung spezifischer Züge der Planung und Leitung der privaten Wirtschaft gegenüber der volkseigenen Industrie ergibt sich ferner aus einigen Faktoren, die sich nicht unmittelbar aus den unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen ableiten lassen. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang z. B. die Zersplitterung des Eigentums in der privaten Wirtschaft und ihre überwiegende Orientierung auf die Herstellung von Konsumgütern bzw. die Ausführung von Dienstleistungen.
- 5 Auf die Formen und Methoden der Planung und Leitung der volkseigenen zentralgeleiteten Industrie während der Übergangsperiode zum Sozialismus in der DDR wurde im "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" bereits an anderer Stelle eingegangen. Vgl. Roesler, Jörg, Einige methodologische Probleme der wirtschaftshistorischen Forschung auf dem Gebiet der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 4, S. 27 ff.; Falk, Waltraud/Roesler, Jörg, Gedanken zum Verhältnis von Zentralismus und Demokratie in der Wirtschaftsführung der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 3, S. 87 ff.

zialismus abgeleitete Zielstellung der immer besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse des werktätigen Volkes noch nicht das unmittelbare zentrale Ziel des Wirtschaftens sein kann. Es gibt daneben andere Ziele (Errichtung der sozialökonomischen und materiell-technischen Basis des Sozialismus), deren Erreichung erst die Voraussetzung dafür schafft, daß die Bedürfnisbefriedigung zum direkten hauptsächlichen Ziel des Wirtschaftens werden kann. Daraus ergeben sich zeitweilige Widersprüche, die es mit Hilfe geeigneter Planungs- und Leitungsmethoden zu mildern gilt.

Die Planung und Leitung der privaten Industrie und des Handwerks in den fünfziger Jahren erweist sich gerade unter diesen Gesichtspunkten als anschauliches Beispiel für die den objektiven Bedingungen Rechnung tragende, sachliche und zugleich kontinuierliche Wirtschaftspolitik der Partei der Arbeiterklasse.

Anfang der fünfziger Jahre hatte sich im Ergebnis der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der DDR ein starker volkseigener Sektor herausgebildet. 1949 erzeugte er 68,5 Prozent der industriellen Bruttoproduktion.<sup>6</sup> In den Zweigen, die von besonderer Bedeutung für den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß waren, lag der Anteil des Volkseigentums bedeutend höher, und zwar bei 98,9 Prozent in der Energieerzeugung, bei 98,8 Prozent im Bergbau, bei 97,7 Prozent in der Metallurgie und bei 83,8 Prozent in der chemischen Industrie. In der Elektrotechnik erzeugten die volkseigenen Betriebe 86,1 und im Maschinenbau 77,5 Prozent der Bruttoproduktion.<sup>7</sup>

Trotzdem wurde noch fast ein Drittel der gesamten industriellen Produktion von privaten Betrieben erzeugt. Bedeutende Positionen besaß der kapitalistische Sektor in denjenigen Zweigen, die überwiegend Konsumgüter für die Bevölkerung herstellten. Bei einem durchschnittlichen Anteil der privatkapitalistischen Industrie an der industriellen Bruttoproduktion von 31,5 Prozent betrug der Anteil des kapitalistischen Sektors 1949 in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 58,1 Prozent, in der Konfektions- und Lederwarenindustrie 58,5 Prozent und in der Textilindustrie 39,6 Prozent.<sup>8</sup> Die Zahl der kapitalistischen Betriebe in der DDR belief sich 1950 auf insgesamt 17 500 mit einer Beschäftigtenzahl von 548 000. Es handelte sich also überwiegend um Klein- und Mittelbetriebe.<sup>9</sup> Das zeigte sich ganz deutlich bei einem Vergleich mit der volkseigenen Industrie, in der mehr als dreimal soviel Arbeiter in nur 6 000 Betrieben beschäftigt waren.<sup>10</sup>

Wie die private Industrie, waren auch die Handwerksbetriebe der DDR überwiegend auf die Versorgung der Bevölkerung spezialisiert. 858 000 Werk tätige des Handwerks erzeugten Anfang der fünfziger Jahre 6,5 Prozent der gesamten materiellen Produktion oder 12,1 Prozent der Gesamtproduktion von Industrie und Handwerk. Beschränkt man sich auf die örtliche Industrie, so lag der Anteil der Handwerksbetriebe an der Gesamtproduktion von Industrie und Handwerk sogar bei 32,5 Prozent.<sup>11</sup> Das Handwerk war eng mit der industriellen

6 Davon entfielen 46,6 Prozent auf volkseigene Betriebe und 21,9 Prozent auf Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG).

7 Krause, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958, S. 108, Tabelle 14.

8 Ebenda.

9 1953 befanden sich 84,0 Prozent aller Privatbetriebe in der Größengruppe bis zu 50 Beschäftigten und 15,2 Prozent in der Größengruppe 51 bis 200 Beschäftigte (Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik [im folgenden: Statistisches Jahrbuch DDR] 1955, S. 132).

10 Ebenda, S. 125.

11 Klatt, Herbert, Die Entwicklung des Handwerks im 1. Fünfjahrplan, in: Vierteljahrshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 1/1957, S. 22.

Produktion verflochten.<sup>12</sup> Von den mehr als 300 000 Handwerksbetrieben arbeiteten 40,3 Prozent ohne Lohnarbeiter, 44,9 Prozent beschäftigten zwischen zwei und fünf Lohnarbeiter, 14,8 Prozent näherten sich in der Beschäftigtenzahl kapitalistischen Unternehmen.<sup>13</sup>

Mit dem Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur sozialistischen Revolution waren Rolle und Perspektive des privatkapitalistischen Sektors und der kleinen Warenproduktion neu zu bestimmen. Vor dieser Aufgabe standen nicht nur Partei und Regierung der DDR. Die Lösung der Eigentumsfrage im Leninschen Sinne war für alle Länder der Volksdemokratie eine objektive Aufgabe der Übergangsperiode. Dabei galt es, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Umgestaltung entsprechend den konkreten Bedingungen in jedem Land zu realisieren. In einigen der DDR benachbarten Volksdemokratien konnte die nach Kriegsende einsetzende Nationalisierung der ausländischen und einheimischen Konzerne bereits zu Beginn der Übergangsperiode mit der Umgestaltung des gesamten kapitalistischen Sektors und der kleinen Warenproduktion verbunden werden, wie zum Beispiel in Polen<sup>14</sup>, Ungarn<sup>15</sup> und der Tschechoslowakei<sup>16</sup>.

Es gab für die DDR eine Reihe von Gründen, die Partei und Regierung bewogen, die Umgestaltung der privaten Wirtschaft in einem längeren Zeitraum zu lösen. Schon aus rein wirtschaftlichen Motiven war die Beseitigung der kapitalistischen und der kleinen Warenproduktion in der DDR zu Beginn der Übergangsperiode unzweckmäßig. Der sozialistische Staat hätte in einem solchen Falle entweder die große Zahl der kapitalistischen Mittel- und Klein-

12 Bedarfsträger	Anteil des Handwerks (in Prozent)
Industrie	7,6
Landwirtschaft	7,7
Bauwirtschaft	14,9
Verkehr	1,2
Handwerk	6,7
Handel	5,0
Bevölkerung	54,5
Export	2,4

Schulungsmaterial des Ministeriums des Innern, Berlin 1951, Nr. 40, S. 51.

13 Ebenda, S. 5.

14 In Polen wurden durch das Gesetz vom 3. Januar 1946 nicht nur große, sondern auch mittlere und kleine Betriebe vieler Industriezweige verstaatlicht, so daß der Anteil des staatlichen Sektors an der Industrieproduktion 86,3 Prozent erreichte. Bis 1948 war die Nationalisierung der Industriebetriebe faktisch abgeschlossen. (Vgl. Jedrusszczak, Hanna, Die Verstaatlichung der Industrie in der Volksrepublik Polen nach dem zweiten Weltkrieg [1944 bis 1948], in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 4, S. 89 ff.)

15 In Ungarn wurden bereits 1946 durch das Dekret über die Nationalisierung einzelner Industrie- und Transportbetriebe alle privaten Industriebetriebe mit zehn, in einigen Industriezweigen sogar mit fünf Beschäftigten nationalisiert. 1949 betrug der staatliche Anteil an der Industrieproduktion 92 Prozent. (Ākonomičeskaja istorija socialističeskich stran [Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder], von einem Autorenkollektiv, Moskau 1970, S. 403, russ.)

16 Nach dem Gesetz vom 28. April 1948 über die Nationalisierung wurden in der ČSSR alle Fabriken und Werke mit mehr als 50 Arbeitern verstaatlicht. 1948 beschäftigten die staatlichen Betriebe der Tschechoslowakei bereits 95 Prozent aller Arbeiter und Angestellten des Landes. (Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Band 1: Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, Berlin 1967, S. 125.)

betriebe in eigene Regie übernehmen oder durch kostspielige Investitionen in der volkseigenen Industrie die ökonomischen Funktionen dieses Teils der Industrie ersetzen müssen. Der sozialistische Staat hielt es aber Anfang der fünfziger Jahre nicht für zweckmäßig, die mehr als 17 000 privatkapitalistischen Betriebe in das noch im Aufbau begriffene Planungs- und Leitungssystem der volkseigenen Industrie einzubeziehen<sup>17</sup>, noch konnte er seine verhältnismäßig geringen Investitionsmittel auf die Konsumgüterindustrie konzentrieren. Die sozialistische Umgestaltung der Industrie der DDR erforderte in den fünfziger Jahren den vorrangigen Ausbau der Schwerindustrie und des Schwermaschinenbaus.<sup>18</sup>

Von den für Investitionen vorgesehenen Mitteln der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie flossen 1951 bis 1955 deshalb 58 Prozent in die Grundstoffindustrie. Lediglich 6,4 Prozent standen der Leichtindustrie zur Verfügung. Eine Nationalisierung der privaten Industrie ohne entsprechenden Ausgleich durch staatliche Investitionen in der Leichtindustrie hätte zunächst zu beträchtlichen Versorgungsschwierigkeiten und einem Absinken des Lebensstandards geführt.

Eine bedeutende Rolle spielten beim Verzicht auf die unmittelbare Nationalisierung auch politisch-ideologische Überlegungen. Die SED war bestrebt, die Zusammenarbeit aller politischen Parteien der DDR, die in der antifaschistisch-demokratischen Revolution ihre Bewährungsprobe bestanden hatte, auch in der Übergangsperiode zum Sozialismus fortzusetzen. Eine erfolgreiche Blockpolitik war aber undenkbar, wenn gleichzeitig den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten die ökonomische Basis entzogen wurde, zumal Anfang der fünfziger Jahre nur wenige Kapitalisten und einfache Warenproduzenten von der Unvermeidbarkeit des Übergangs zum Sozialismus überzeugt waren.

Deshalb orientierten Partei und Regierung - ohne den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse als entscheidende Zielsetzung der Übergangsperiode aus dem Auge zu verlieren - für den Zeitraum des 1. Fünfjahrplans auf die Beibehaltung der kapitalistischen und kleinen Warenproduktion bei schneller Ausdehnung des volkseigenen Sektors. Privatindustrie und Handwerk wurden im 1. Fünfjahrplan echte Entwicklungschancen eingeräumt. Sie erhielten die Aufgabe, ihre Produktion um 56,5 bzw. 60 Prozent zu steigern. Das vorrangige Wachstum der volkseigenen Industrie sollte die vorgesehene Steigerung der Bruttoproduktion um 103,2 Prozent sichern.<sup>19</sup> Um die führende Rolle des Volkseigentums als ökonomische Basis der Arbeiter- und Bauernmacht zu sichern, war es gleichzeitig notwendig, zwei Grundelemente der kapitalistischen Produktion zu beschränken: ihren ausbeuterischen und ihren anarchischen Charakter. Letzteres galt in gewissem Maße auch für die kleine Warenproduktion. Die Aufgabe konnte nur durch ein spezifisches System von Planungs- und Leitungsmethoden für die privatwirtschaftlichen Bereiche gelöst werden.

Zur wichtigsten administrativen Methode der Planung und Leitung der privatkapitalistischen Industrie wurde das Vertragssystem.<sup>20</sup> In seinem Rahmen erhielten staatliche Vertragskon-

17 Mit der Aufstellung von Betriebsplänen wurden 1950/51 erstmals sämtliche Betriebe der volkseigenen Industrie unmittelbar in die zentrale Planung und Leitung einbezogen. Vgl. Verordnung über die Einführung von Betriebsplänen für die volkseigene Industrie (VEB-Pläne), in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: GBl.) 1950, S. 200.

18 Über die Ursachen vgl. Falk, Waltraud/Richter, Gerhard/Schmidt, Wilhelm, Wirtschaft, Wissenschaft, Welthöchststand. Berlin 1969, S. 148.

19 Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 bis 1955), in: Zur Ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik: 11. Juni 1945 bis 21. Juli 1955, Berlin 1955, S. 73.

20 Vgl. Anordnung über die Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen privaten Betrieben

tore von den örtlichen Organen der Arbeiter- und Bauernmacht Kontrollziffern für die Entwicklung der privaten Industrieproduktion. Die kapitalistischen Betriebe reichten bei den Vertragskontoren ihre Produktionsangebote ein; und die Kontore konnten dann die staatlichen Kontrollziffern mit den Produktionsangeboten der privaten Industrie in Übereinstimmung bringen. Auf der Grundlage dieser Kontrollziffern wurden die privaten Industriebetriebe mit Material versorgt. Eine Produktion ohne Vertragsabschluß war nicht gestattet. Die Vertragskontore hatten weiterhin die Aufgabe, die zweckentsprechende Verwendung des Materials und die Einhaltung der übrigen Vertragsbestimmungen zu überwachen.<sup>21</sup>

Während durch das Vertragssystem vor allem der anarchische Charakter der privatkapitalistischen Produktion eingeschränkt werden sollte, bezweckten die angewandten ökonomischen Hebel wie Steuern, Preise und Lohn in erster Linie die Einschränkung des ausbeuterischen Charakters durch Beschneidung des Profits und damit der kapitalistischen Akkumulation.

Mit Hilfe der Verlagerung des Schwergewichts der Besteuerung privatkapitalistischer Betriebe von den kalkulatorischen auf die Einkommen- bzw. (bei Kapitalgesellschaften) Körperschaftssteuern, die aus dem Nettogewinn zu entrichten waren, sowie durch einen erhöhten Einkommensteuertarif im Vergleich zur volkseigenen Industrie wurde bereits ein beträchtlicher Teil des Gewinns der privaten Betriebe abgeschöpft.<sup>22</sup> Der Begrenzung des Profits dienten auch die Preisfestlegungen. Die von den Fachministerien ausgearbeiteten Preise für private Unternehmen standen diesen einen festen Gewinnsatz zu, der aus einer Relation zum betriebsnotwendigen Kapital errechnet wurde. Die Preise wurden jährlich überprüft und, wenn die Selbstkosten gesunken waren, herabgesetzt.<sup>23</sup>

Die Einschränkung des anarchischen Charakters der kapitalistischen Produktion, die Ausrichtung des Produktionsprozesses der privaten Industrie auf die volkswirtschaftlichen Erfordernisse, geschah nicht nur administrativ über das Vertragssystem, sondern auch durch die ökonomischen Hebel Kredit und Preis. Kredite wurden nur auf Grund der registrierten Verträge und für diejenigen Zweige ausgegeben, in denen eine schnelle Steigerung der Produktion im Staatsplan vorgesehen war. Die Festlegung der Preise für die private Industrie bot darüber hinaus die Möglichkeit, die Produktion bestimmter Erzeugnisse (zum Beispiel mit Material aus inneren oder örtlichen Reserven) durch eine entsprechend attraktive Preisgestaltung anzuregen. Anders gestaltet wurde die Planung und Leitung des Handwerks. In diesem Bereich gab es - von bestimmten Ausnahmen abgesehen - keine Ausbeutung. Die Gefahr von Störungen der Volkswirtschaft durch den anarchischen Charakter der Produktion war geringer als in der privatkapitalistischen Industrie. Zwar wurde auch das Handwerk über eigene Kennziffern in die staatliche Planwirtschaft einbezogen, doch blieb es den Handwerksbetrieben überlassen, Verträge mit dem staatlichen Vertragskontor, das im Rahmen der Kontrollziffern der örtlichen Organe handelte, abzuschließen oder direkte Vereinbarungen mit Auftraggebern in der volkseigenen Industrie, die selbst Kontingenträger waren, zu treffen. Für Reparaturleistungen bestanden besondere Materialkontingente bei den Handwerkskammern.<sup>24</sup>

und volkseigenen sowie genossenschaftlichen Betrieben und anderen Organisationen vom 18. 5. 1949, in: Zentralverordnungsblatt 1949, S. 385.

21 Fülle/Schneider/Strauß, Die Materialversorgung der örtlichen Wirtschaft, Berlin 1956, S. 78 ff.

22 Rzesnitzek, Friedrich, Theorie und Entwicklung der Staatseinnahmen in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959, S. 100; vgl. auch Grundzüge des neuen Steuersystems, in: Das Wirtschaftsjahr 1951, Berlin 1951, S. 131.

23 Mußler, Werner, Der kapitalistische Sektor der Industrie als Problem der Übergangsperiode zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959, S. 53.

24 Müller, Wolfgang, Grundfragen der Planung und Leitung des Handwerks während der Pe-

Die mit der "Verordnung über die Preisbildung im Handwerk"<sup>25</sup> 1950 eingeführten Regelleistungspreise als jährlich zu überprüfende einheitliche Höchstpreise für handwerkliche Leistungen billigten den Handwerkern ein angemessenes Einkommen zu und bildeten gleichzeitig eine sichere Basis für die staatliche Preiskontrolle.<sup>26</sup>

Die Unterstützung des Bündnispartners Handwerk durch die Arbeiterklasse kam besonders im "Gesetz über die Steuern des Handwerks"<sup>27</sup> vom 6. September 1950 zum Ausdruck. Das bis dahin geltende Steuersystem behandelte die Handwerksunternehmen wie kapitalistische Betriebe. Sie hatten eine Vielzahl von Steuern zu entrichten und eine komplizierte Buchführung zu unterhalten. Die neugeschaffene Steuer des Handwerks vereinfachte die Besteuerung. Als Normativsteuer ließ sie den über die Norm hinaus erarbeiteten Ertrag steuerfrei. Den Steuersätzen wurden die Durchschnittsleistungen des Jahres 1950 zugrunde gelegt. Die Buchführungspflicht entfiel. Die Steuer sollte das Handwerk anregen, mehr und bessere Gebrauchsgüter herzustellen<sup>28</sup>, und ihnen ein Einkommen vergleichbarer Berufe in der Industrie sichern.

Kurz zusammengefaßt, bestanden die der staatlichen Planung und Leitung gegenüber der privaten Wirtschaft übertragenen Aufgaben darin, die erweiterte Reproduktion auf materiellem Gebiet zwecks besserer Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern zu gewährleisten, ohne eine Stärkung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der DDR zuzulassen. Gleichzeitig mußte der anarchische Charakter der kapitalistischen Warenproduktion eingeschränkt werden. Demgegenüber bezweckten die staatlichen Lenkungsmaßnahmen auf dem Gebiet der handwerklichen Produktion in erster Linie die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung bei einem angemessenen Lebensstandard der einfachen Warenproduzenten selbst.

In der Politik des sozialistischen Staates gegenüber der privaten Wirtschaft stand die Durchsetzung des sozialökonomischen Etappenzieles (Einschränkung der nichtsozialistischen Produktionsverhältnisse) in einem gewissen Widerspruch zur Realisierung des im ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus verankerten Hauptzieles (immer bessere Bedürfnisbefriedigung der Werktätigen). Daraus ergaben sich - besonders hinsichtlich der privaten Industrie - recht komplizierte Aufgaben. Waren Vertragssystem und ökonomische Hebel in der Lage, sie zu realisieren? Sie konnten den Anforderungen nur gerecht werden, wenn eine Reihe von politischen und ökonomischen Voraussetzungen erfüllt waren.

Der sozialistische Staat mußte die Kommandohöhen in der Zirkulation besetzen, über entscheidende Materialquellen für die verarbeitende Industrie verfügen und ein zentrales Planungssystem aufgebaut haben. Gerade diese Voraussetzungen waren in der DDR mit der sozialistischen Umgestaltung des Großhandels<sup>29</sup> und dem Aufbau eines zentralisierten Bankwesens geschaffen worden. Damit waren die objektiven Voraussetzungen für eine wirksame Beeinflussung der privaten Wirtschaft durch den sozialistischen Staat gegeben. Woran es

riode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1968 [Ms. vervielf.], S. 50 f.

25 GBl. 1950, S. 510.

26 Die bis dahin üblichen Kalkulationspreise boten dem Handwerk Möglichkeiten, durch ungerechtfertigte Preismanipulationen zusätzliche Gewinne zu erzielen.

27 GBl. 1950, S. 967.

28 Ebenda.

29 Die Errichtung eines volkseigenen Großhandels erfolgte von Anfang 1949 bis Mitte 1950. 1953 tätigten der volkseigene und der genossenschaftliche Großhandel bereits 95 Prozent des gesamten Großhandelsumsatzes. Vgl. dazu Zehn Jahre Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959, S. 226 f.; Zahlen zeigen den Aufstieg der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1955, S. 38.

fehlte, waren vor allem Erfahrungen, denn auch die zentrale staatliche Planung war kaum zwei Jahre alt, die Anwendung ökonomischer Hebel in ihrem Rahmen objektivbeschränkt.<sup>30</sup> Die bei der Planung und Leitung der volkseigenen Betriebe gewonnenen Erfahrungen waren nur begrenzt übertragbar. Während bei der privaten Industrie noch alte Rechtsformen und -namen für die veränderten Ziele ausgenutzt werden konnten, mußte die staatliche Lenkung des Handwerks völlig neu aufgebaut werden.

Es zeugt von der Schöpferkraft der Arbeiterklasse, von ihrer schnell wachsenden Fähigkeit, die Wirtschaft zu beherrschen, daß die 1949 und 1950 festgelegten Maßnahmen zur Planung und Leitung der kapitalistischen Industrie und des Handwerks wesentlich zur Realisierung der von der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR in Auswertung der Leninischen Lehren entwickelten Zielstellungen für die erste Phase der Übergangsperiode (1949 bis 1955) beitragen konnten, wie die Ergebnisse des 1. Fünfjahrplanes eindeutig zeigen.

Der Anteil des sozialistischen Sektors an der industriellen Bruttoproduktion erhöhte sich von 1950 bis 1955 von 77,6 auf 86,3 Prozent, der Anteil der Privatindustrie ging von 22,4 auf 13,7 Prozent zurück.<sup>31</sup> Die Anzahl der kapitalistischen Unternehmen verringerte sich um knapp 4 000 auf 13 800, die Zahl der Beschäftigten um etwa ein Fünftel.<sup>32</sup> Der kapitalistische Sektor in der Industrie erweiterte sich nicht. Die Akkumulation des Privatkapitals wurde in engen Grenzen gehalten.<sup>33</sup> Wenn sich auch die Bruttoproduktion der kapitalistischen Unternehmen von 5 481 Millionen Mark auf 6 500 Millionen Mark erhöhte<sup>34</sup>, so wuchs die volkseigene Industrie, die ihre Produktion um 111,4 Prozent steigern konnte, beträchtlich schneller, was auch den Schluß zuläßt, daß die vom privatkapitalistischen Bereich auf Grund des anarchischen Charakters seiner Produktion ausgehenden Störungen der Volkswirtschaft in engen Grenzen gehalten werden konnten. Zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung mit Konsumgütern leistete die private Industrie einen wesentlichen Beitrag, vor allem war sie an der überdurchschnittlichen Steigerung der Produktion der Lebensmittelindustrie beteiligt.<sup>35</sup>

Das Handwerk nahm während des 1. Fünfjahrplanes einen beträchtlichen Aufschwung. Gegenüber 1950 konnte es seine Leistungen auf 170,8 Prozent steigern, womit die Kontrollziffern des Fünfjahrplanes mit 106,7 Prozent übererfüllt wurden.<sup>36</sup> Damit verringerte sich trotz stürmischen Wachstums der Industrie der Anteil des Handwerks an der Gesamtproduktion von Industrie und Handwerk während des Fünfjahrplanes nur unwesentlich von 12,1 Prozent 1951 auf 10,6 Prozent 1955.<sup>37</sup> Die Pro-Kopf-Leistung je Beschäftigten im Handwerk erhöhte sich gegenüber 1950 um 71,8 Prozent, wobei die größten Steigerungen in den ersten

30 Vgl. Falk, Waltraud/Roesler, Jörg, Gedanken zum Verhältnis von Zentralismus und Demokratie, a. a. O., S. 91.

31 Statistisches Jahrbuch DDR 1960/61, S. 7.

32 Ebenda 1955, S. 125.

33 1954 betrug der Bruttogewinn der privaten Industrie insgesamt rund 1,028 Mrd. M. Davon waren 0,75 Mrd. in Form von Steuern an den Staat zu entrichten. 25 Prozent konnten die Kapitalisten für Privatentnahme und Akkumulation verwenden. (Mußler, Werner, a. a. O., S. 128.)

34 Statistisches Jahrbuch DDR 1955, S. 125.

35 Bei einer durchschnittlichen Steigerung der Industrieproduktion von 1950 bis 1955 um 89,6 Prozent betrug die Zunahme in der Lebensmittelindustrie 116,1 Prozent. In diesem Bereich war die Produktionssteigerung der privaten Industrie doppelt so groß wie im Durchschnitt aller Zweige. (Vom Werden unseres Staates. Eine Chronik, Band 2: 1949 - 1955, Berlin 1968, S. 486.)

36 Klatt, Herbert, a. a. O., S. 19.

37 Ebenda, S. 22.



Jahren zu verzeichnen waren. Das Einkommen der Handwerker stieg im gleichen Zeitraum auf 223 Prozent.<sup>38</sup>

Die Planung und Leitung der privaten Industrie und des Handwerks durch den Staat hatte sich damit - gemessen an den grundlegenden, von Partei und Regierung für diese Sektoren der Wirtschaft gestellten Zielen - als realistisch und effektiv erwiesen.

Trotzdem wurden die bewährten Methoden aus der ersten Hälfte der fünfziger Jahre während des 2. Fünf- und Siebenjahrplanes nur noch in beschränktem Maße angewandt. Denn so günstig sich die Maßnahmen zur Planung und Leitung von privater Industrie und Handwerk auch während der ersten Fünfjahrplanperiode ausgewirkt hatten, so wenig waren sie imstande, unter den veränderten Bedingungen der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und den weiterentwickelten und konkretisierten Zielstellungen von Partei und Regierung für die Übergangsperiode ihre Aufgabe zu erfüllen. "Nachdem in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Ökonomie selbst im wachsenden Maße zum Hauptfeld des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus geworden war, mußte auch die Effektivität des Wirtschaftens mehr in das Blickfeld der Wirtschaftspolitik der SED treten. Im einzelnen bestand die Aufgabe darin, die Wirtschaft der DDR zu einer harmonisch gegliederten sozialistischen Volkswirtschaft zu entwickeln. ... Das schloß die Aufgabe ein, die Arbeitsproduktivität systematisch zu steigern."<sup>39</sup> Aber gerade hinsichtlich der Arbeitsproduktivität gab es in der privaten Industrie ernsthafte Rückstände. Die 1950 noch geringen Differenzen in der Pro-Kopf-Leistung zwischen örtlichen volkseigenen<sup>40</sup> und privaten Betrieben (10 554 bzw. 10 000 Mark) weiteten sich in der Fünfjahrplanperiode beträchtlich (17 377 bzw. 14 245 Mark 1955), wobei das geringere Ansteigen der Pro-Kopf-Leistung in der privaten Industrie zwischen 1954 und 1955 um nur 325 Mark (in der örtlichen volkseigenen Industrie für den gleichen Zeitraum 1 711 Mark<sup>41</sup>) deutlich machte, daß die Möglichkeiten des kapitalistischen Sektors unter den gegebenen Bedingungen erschöpft waren<sup>42</sup>. Das war um so schwerwiegender, als nach dem im 1. Fünfjahrplan erfolgten Aufbau einer metallurgischen Basis der Konsumgüterindustrie in der folgenden Planperiode größere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

Noch einem anderen wirtschaftlichen Erfordernis konnten die Privatbetriebe nicht nachkommen. Die Wirtschaft der DDR zu einer harmonisch gegliederten sozialistischen Volkswirtschaft zu entwickeln, verlangte objektiv auch eine Vertiefung der Kooperationsbeziehungen in der Industrie.<sup>43</sup> Die privatkapitalistischen Betriebe waren dazu jedoch wegen des anarchischen Charakters der kapitalistischen Produktion und ihrer geringen Produktionskapazitäten nicht in der Lage. Unter diesen Umständen konnte die während des 1. Fünfjahrplanes geltende Zielstellung für die Privatindustrie, die ihr eine begrenzte Entwicklung neben der volkseigenen Industrie sicherte, nicht mehr aufrechterhalten werden.

Inzwischen waren auch auf politisch-ideologischem Gebiet wesentliche Veränderungen herangereift, die gegenüber 1949/50 neue Lösungsmöglichkeiten boten. Die Entscheidung der

38 Müller, Wolfgang, a. a. O., S. 72.

39 Falk, Waltraud, Zur Dialektik von Politik, Ökonomie und Ideologie in der Wirtschaftspolitik der SED, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Sonderheft 1971, S. 86.

40 Der Vergleich mit der örtlichen volkseigenen Industrie wurde gewählt, weil sie in bezug auf Produktionsstruktur und Betriebsgröße ähnlich entwickelt war.

41 Mußler, Werner, a. a. O., S. 95.

42 Mußler berechnet für die Privatindustrie 1956 auf Grund ihrer im Vergleich zur örtlichen volkseigenen Industrie niedrigen Arbeitsproduktivität eine Minderleistung von 1,5 Mrd. M. Vergleichende Untersuchungen der staatlichen Preiskommission ergaben, daß in 80 von 100 Betrieben die Selbstkosten pro Erzeugnis in der privaten Industrie höher lagen als in der volkseigenen. (Ebenda, S. 96, 134.)

43 Vgl. Mann, Dieter, Die Spezialisierung und Kooperation im Schwermaschinenbau der Deutschen Demokratischen Republik, Diss. Leipzig 1957 [Ms. vervielf.].

Frage "wer - wen?" in der DDR zugunsten der Arbeiterklasse in der Mitte der fünfziger Jahre, die die ganze Welt beeindruckenden militärischen und ökonomischen Fortschritte der Sowjetunion, die beginnende Integration der europäischen sozialistischen Länder und nicht zuletzt der offen militaristische, friedensbedrohende Kurs der 1955 in die NATO aufgenommenen BRD beseitigten bei vielen Kapitalisten der DDR Illusionen über eine mögliche Rückkehr zu einem kapitalistischen Deutschland nach dem Muster der "Weimarer Republik" und erhöhten ihre Bereitschaft, Schritte in Richtung auf den Sozialismus und zur Aufgabe ihrer Ausbeuterexistenz zu unternehmen.

Die veränderte politische und ökonomische Situation analysierend, zog die 3. Parteikonferenz der SED die notwendigen Schlußfolgerungen auch auf dem Gebiet der Planung und Leitung der privaten Industrie und unterstützte die Entwicklung halbstaatlicher Betriebe als eine der konkreten Formen des Übergangs der kapitalistischen Klein- und Mittelbetriebe zum Sozialismus. Die neue Rolle der Unternehmer charakterisierte Walter Ulbricht auf der 3. Parteikonferenz wie folgt: "Wohl sind sie nach wie vor Besitzer von Produktionsmitteln, aber sie teilen diesen Besitz jetzt mit dem Staat der Arbeiter und Bauern. Ihre Tätigkeit ist nicht mehr nur auf Wahrung ihrer persönlichen Interessen und Vorteile gerichtet, sondern ihre Funktion als Leiter eines Betriebes mit staatlicher Beteiligung dient bereits den Interessen aller Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik."<sup>44</sup> Die halbstaatlichen Betriebe gaben den Unternehmern in der DDR erstmals die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten unbeschränkt zum Nutzen der Gesellschaft anzuwenden. Sie wurden in die Lage versetzt, ihre Betriebe zu modernisieren und die Produktivität und Qualität der Produktion zu steigern. Damit wies die Partei der Arbeiterklasse den Weg, wie die Produktion von Konsumgütern bei gleichzeitiger Einschränkung des kapitalistischen Sektors schneller als bisher gesteigert werden konnte.

Bei der Entwicklung der staatlichen Beteiligung ließ sich die SED von der Leninschen Konzeption des Staatskapitalismus leiten. Lenin betrachtete den Staatskapitalismus als eine Form der Ausnutzung und Indienststellung kapitalistischer Betriebe, der Unternehmer selbst und ihres technischen und kaufmännischen Leitungspersonals durch den proletarischen Staat, um die Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen und der Arbeiterklasse zusätzliche Opfer zu ersparen. Dabei betonte Lenin, daß die Effektivität des Staatskapitalismus wesentlich dadurch beeinflußt wird, welche konkreten Formen<sup>45</sup> seiner Durchsetzung entwickelt werden: "Die ganze Frage besteht - sowohl theoretisch als auch praktisch - darin, richtige Methoden zu finden, wie man die ... unvermeidliche Entwicklung des Kapitalismus in das Fahrwasser des Staatskapitalismus lenken soll ..."<sup>46</sup>

Der Mehrzahl der sozialistischen Länder gelang es, gestützt auf die Hinweise Lenins, den konkreten Bedingungen des jeweiligen Landes entsprechende Lösungen zu finden.<sup>47</sup> In der DDR geschah das durch die Gründung von halbstaatlichen Betrieben.

44 Protokoll der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1956, S. 72.

45 In der Sowjetunion wurde der Staatskapitalismus in den zwanziger Jahren auf dem Wege der Verpachtung von Betrieben an inländische Kapitalisten sowie in Form von Konzessionen, gemischten Gesellschaften und Verträgen über technische Hilfe realisiert. Der Staatskapitalismus spielte in der Volkswirtschaft der Sowjetunion keine wesentliche Rolle. Der Anteil der Konzessionsbetriebe an der Industrieproduktion der UdSSR belief sich zwischen 1924 und 1929 nur auf 0,2 bis 0,4 Prozent. Es zeigte sich, daß weder das inländische noch das ausländische Kapital ernsthaft bereit war, mit dem sozialistischen Staat zusammenzuarbeiten. (Vgl. Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1, a. a. O., S. 400 ff.)

46 Lenin, W. I., Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 358.

47 Eine Ausnahme unter den europäischen sozialistischen Ländern bildete anfangs Ungarn. Dort erwies sich die frühzeitige Nationalisierung aller kapitalistischen Klein- und Mit-

Am 20. Februar 1956 wurden die ersten acht Verträge über staatliche Beteiligungen unterzeichnet. Ende des Jahres waren es 144 Betriebe, die einen Anteil von 3 Prozent an der Bruttonproduktion aller Privatbetriebe verkörperten, 1958 bereits 1 541 Unternehmer, deren Anteil sich auf 28,9 Prozent belief. Ein Jahr später erzeugten die halbstaatlichen Betriebe mehr als 50 Prozent und 1962 über 75 Prozent der Bruttonproduktion aller privaten Unternehmen. 1962 beschäftigten 5 277 Betriebe mit staatlicher Beteiligung zweieinhalbmal mehr Arbeiter und Angestellte als 5 072 reine Privatunternehmen. Der Anteil der halbstaatlichen Betriebe an der gesamten Industrieproduktion erhöhte sich von 0,4 Prozent auf 6,6 Prozent 1962.<sup>48</sup>

Diese Entwicklung vollzog sich nicht im Selbstlauf. Einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung des Anteils der halbstaatlichen Betriebe leistete die staatliche Planung und Leitung, die darauf gerichtet war, den Kapitalisten die Aufgabe ihrer Position als Ausbeuter zu erleichtern. Darin lag in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre – in Übereinstimmung mit dem sozialökonomischen Ziel der Übergangsperiode, den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse herbeizuführen – der erste Schwerpunkt der staatlichen Leitungstätigkeit in der privaten und halbstaatlichen Industrie.

Erleichtert wurde den Unternehmern die Aufnahme einer staatlichen Beteiligung durch die Wahl der Kapitalisten aus dem bürgerlichen Handelsrecht vertrauten Kommanditgesellschaft<sup>49</sup> als Rechtsform der halbstaatlichen Betriebe. Der Staat – vertreten durch die Deutsche Investitionsbank oder einen volkseigenen Betrieb – trat mit einer finanziellen Einlage als Teilhaber (Kommanditist) in den Betrieb ein. Der ehemalige kapitalistische Alleinbesitzer wurde zum Komplementär. Die Kommanditgesellschaft sicherte dem Unternehmer damit weiterhin die Leitung des Betriebes, ohne dem bestimmenden Einfluß des sozialistischen Staates auf die Geschäftspolitik des Betriebes Abbruch zu tun.

Steuerlich wurde die Aufnahme einer staatlichen Beteiligung durch eine ganze Reihe von Vergünstigungen gefördert. Der sozialistische Staat verzichtete auf die übliche Besteuerung des Umwandlungsprozesses des Unternehmens in eine Kommanditgesellschaft.<sup>50</sup> Die in der Regel im kapitalistischen Betrieb vorhandenen "stillen Reserven"<sup>51</sup> wurden dem Betriebskapital des Unternehmers hinzugerechnet. Die Vergütung, welche der Komplementär für seine Leitungstätigkeit erhielt, unterlag der gleichen Besteuerung wie das Arbeitseinkommen der Werk tätigen.<sup>52</sup> Das brachte den Unternehmern beträchtliche Steuerersparnisse, da die Progression des Steuertarifs für Arbeiter und Angestellte erheblich geringer war als die für Einkommen aus Kapitalverwertung.

Ein weiterer Schwerpunkt der Planung und Leitung der halbstaatlichen Betriebe mußte in ihrer schnellen und ungehemmten Entwicklung entsprechend dem wachsenden volkswirtschaft-

telbetriebe volkswirtschaftlich als äußerst unzumutbar. Das gleiche galt für die Verdrängung des privaten Einzelhandels und der Handwerker auf rein administrativem Wege. Die staatliche Industrie und der Handel konnten die enteigneten Handwerker und Händler nicht ersetzen. So verringerte sich die Zahl der im Handwerk Beschäftigten in Ungarn von 339 000 auf 53 000 im Jahre 1953. Es kam zu ersten Störungen der Versorgung der Bevölkerung. Nach 1953 wurden die Nationalisierungsbeschlüsse teilweise rückgängig gemacht und private Industrie, Handel und Handwerk belebten sich wieder. (Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1, a. a. O., S. 415 f.)

48 Statistisches Jahrbuch DDR 1968, S. 37, 115.

49 In Einzelfällen erfolgte auch die Umwandlung in eine Offene Handelsgesellschaft.

50 Verordnung über die Besteuerung halbstaatlicher Betriebe und ihrer Gesellschafter vom 26. März 1959, in: GBl. I 1959, S. 253.

51 Sie ergeben sich dann, wenn die Büchwerte der Arbeitsmittel der Betriebe unter ihren Zeitwerten liegen.

52 GBl. I 1956, S. 434.

lichen Bedürfnis nach Konsumgütern sowie in ihrer festen Integration in die sozialistische Industrie bestehen. Es wurde in diesem Zusammenhang die Grundsatzentscheidung getroffen, die Betriebe mit staatlicher Beteiligung den örtlichen Staatsorganen oder - bei besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung - den VVB zu unterstellen.<sup>53</sup> Die halbstaatlichen Betriebe erhielten ab 1956 Kontrollziffern und Planaufgaben wie die staatlichen, arbeiteten einen Produktions- und Materialplan aus und wurden in das für die volkseigenen Betriebe gültige Vertragssystem einbezogen. Für die engere Kooperation zwischen halbstaatlichen und sozialistischen Betrieben hatte die sich seit 1958 entwickelnde Erzeugnisgruppenarbeit besondere Bedeutung. In den Erzeugnisgruppen bemühten sich die Betriebe unterschiedlicher Eigentumsformen - aber gleicher oder ähnlicher Produktionsstruktur - erfolgreich, durch Spezialisierung und Konzentration sowie gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsarbeiten ihre Arbeitsproduktivität zu erhöhen.<sup>54</sup>

Die weitgehende Gleichstellung der halbstaatlichen mit den sozialistischen Betrieben bewirkte ein schnelles Anwachsen der Bruttoproduktion in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung. Sie stieg zwischen 1956 und 1957 sprunghaft von 163 435 000 Mark auf 601 913 000 Mark, verdreifachte sich im folgenden Jahr und konnte sich 1959 im Vergleich zu 1958 noch einmal mehr als verdoppeln. In den folgenden Jahren stieg sie kontinuierlich an. Im Jahre 1962 produzierten die Betriebe mit staatlicher Beteiligung für 6,8 Milliarden Mark Waren.<sup>55</sup>

Für den verbleibenden Privatbetrieb wurden entsprechend den neuen Zielstellungen für die Lenkung des privatkapitalistischen Sektors Änderungen in den administrativen und ökonomischen Leitungsmethoden vorgenommen, die auf die weitere Einschränkung der anarchischen Tendenzen der Privatindustrie gerichtet waren. Die operative Funktion der Industrie- und Handelskammern wurde den staatlichen örtlichen Organen übertragen. Im Frühjahr 1958 erfolgten gewisse Korrekturen der Einkommensteuertarife, die das Einkommen bestimmter Gruppen von Kapitalisten in ein vertretbares Verhältnis zum Arbeitseinkommen der Werktätigen brachten.<sup>56</sup>

Ähnlich wie in der privaten Industrie waren in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch im Handwerk die Bedingungen für eine sozialistische Umgestaltung objektiv herangereift. Das galt sowohl in politischer als auch ökonomischer Hinsicht.

Die immer bessere Ausstattung der Werkstätigen mit industriellen Konsumgütern, Wohnungen usw. erforderte ein schnelles Ansteigen der handwerklichen Versorgungsleistungen. Im zweiten Fünfjahrplan sollten die handwerklichen Leistungen im Vergleich zu 1955 auf 121 Prozent, bei Werterhaltungs- und Reparaturarbeiten auf 142 Prozent erhöht werden.<sup>57</sup> Die in viele Tausend Einzelunternehmen zersplitterte handwerkliche Warenproduktion war dazu nicht mehr in der Lage. Die Arbeitsproduktivität des Handwerks lag 1956 um 15 oder 20 Prozent unter derjenigen der bereits existierenden Genossenschaften. Sie war auch nur noch beschränkt steigerungsfähig. Von 1953 bis 1954 konnte die Leistung pro Arbeitskraft noch um 14 Prozent erhöht werden, von 1955 bis 1956 dagegen nur noch um 4,5 Prozent. Bei Organi-

53 Ebenda, S. 657, 1317.

54 Nagel, Hans-Jürgen, Die Eingliederung von privaten Unternehmern in Theorie und Praxis des Sozialismusbildes der SED, in: Deutsche Historiker-Gesellschaft, Wissenschaftliche Mitteilungen, H. 2/1969, S. 45.

55 Statistisches Jahrbuch DDR 1968, S. 115.

56 Mußler, Werner, a. a. O., S. 103.

57 Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1956 - 1960, in: Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik: 14. Juli 1955 - 11. Febr. 1958, Berlin 1960, S. 125.

sation in Produktionsgenossenschaften hätte das Handwerk, gemessen an der Arbeitsproduktivität der bereits bestehenden PGH, zusätzliche Leistungen im Werte von 3 Milliarden Mark erbringen können.<sup>58</sup>

Aber es handelte sich nicht nur darum, daß das Handwerk insgesamt zu geringe Leistungen aufwies. Auch die nur wenig durch den Plan gesteuerte Aufteilung der Produktion auf die verschiedenen Leistungsarten entsprach nicht den volkswirtschaftlichen Erfordernissen und wirkte durch den nicht geringen Anteil<sup>59</sup> des Handwerks an der industriellen Bruttoproduktion und über die vielfältigen Verflechtungen der handwerklichen Produktion mit der Volkswirtschaft negativ auf den Ablauf der staatlichen Planung insgesamt<sup>60</sup>.

Wie der privaten Industrie, so wies die SED auf der 3. Parteikonferenz im März 1956 auch dem Handwerk den Weg in die Zukunft, indem sie erstmals in zusammengefaßter Form den Weg des Handwerks in die sozialistische Produktionsweise begründete.<sup>61</sup>

Unter dieser veränderten Zielstellung mußten auch die bisherigen Methoden der Planung und Leitung des Handwerks einer Revision unterzogen werden. Sie hatten bis zur Mitte der fünfziger Jahre die Bildung von Genossenschaften<sup>62</sup> nicht nur nicht gefördert, sondern sogar gebremst, indem sie zahlreichen Handwerkern durch steuerliche und andere Sondervergünstigungen einen Lebensstandard verschafften, den ihnen eine PGH nicht sofort zu bieten vermochte. In einzelnen Fällen waren die PGH den privaten Handwerkern gegenüber steuerlich sogar benachteiligt.<sup>63</sup> Unter diesen ungünstigen Bedingungen konnten sich die ersten Produktionsgenossenschaften des Handwerks, die zudem noch stark mit den unvermeidlichen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen hatten, nicht genügend schnell entwickeln.<sup>64</sup> Ihre Anzahl blieb während des 1. Fünfjahrplans gering. Sie stieg von 48 im Jahre 1953 auf 85 im Jahre 1955.<sup>65</sup> Die der Planung und Leitung des Handwerks gesetzten Ziele änderten sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. Sämtliche seit 1956 vollzogenen Schritte auf administrativem und ökonomischem Gebiet sollten - zusammen mit einer verstärkten ideologischen Arbeit der SED und der Blockparteien unter den Handwerkern - deren Bereitschaft zum Eintritt in die PGH wecken.

Von besonderer Bedeutung waren in diesem Zusammenhang die Maßnahmen auf steuerlichem Gebiet. Die Handwerkssteuer wurde für Betriebe bis einschließlich drei Gesellen (Stufe A) und größere (Stufe B) differenziert. Für Betriebe der Stufe A galt die bisherige normative Handwerkssteuer, während für Unternehmen der Stufe B bei steigendem Ertrag ein progressives Ansteigen der Steuersätze vorgesehen war.<sup>66</sup> Fernerhin wurde der Begriff Handwerksbetrieb genauer definiert, wodurch die kapitalistisch wirtschaftenden Unternehmen ausge-

58 Müller, Wolfgang, a. a. O., S. 99 ff.

59 Der Anteil des Handwerks an der industriellen Bruttoproduktion der DDR betrug 1955 z. B. bei der Lebensmittelerzeugung 20 Prozent, bei Bauleistungen über 30 Prozent und in der Metallverarbeitung 11,5 Prozent. (Ebenda, S. 101.)

60 Vgl. ebenda, S. 99 f.

61 Diese Festlegungen fanden ihren Niederschlag im Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Förderung des Handwerks vom 12. März 1957, in: GBl. I 1958, S. 261.

62 Im August 1955 wurde das erste Musterstatut für die PGH des Handwerks veröffentlicht. (GBl. I 1955, S. 597.)

63 Vgl. dazu die Untersuchungen von Müller, Wolfgang, a. a. O., S. 115.

64 Die Anweisung über die Besteuerung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks vom 26. 9. 1953, in: Zentralblatt, S. 476/53, bezweckte zwar die bevorzugte Besteuerung der PGH. Sie war aber infolge ihrer Unvollkommenheiten keine wesentliche Unterstützung.

65 Klatt, Herbert, a. a. O., S. 26.

66 Gesetz über die Besteuerung des Handwerks vom 12. 3. 1958, in: GBl. I 1958, S. 262.

sondert werden konnten.<sup>67</sup> Während auf diese Weise einerseits ein Teil der 1950 verfügbaren staatlichen Vergünstigungen für größere Handwerksbetriebe aufgehoben wurde, setzte eine umfangreiche steuerliche Förderung der handwerklichen Produktionsgenossenschaften ein. Durch die "Verordnung über die Besteuerung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks und ihrer Mitglieder" vom September 1956<sup>68</sup> wurden die PGH von der Gewerbe- und Vermögenssteuer vollständig und von der Körperschafts-, Grunderwerbs-, Erbschafts- und Kapitalertragssteuer bis 1963 befreit. Die Entrichtung der Umsatzsteuer entfiel, falls die sich daraus ergebenden Mittel dem Akkumulationsfonds der Genossenschaft zugeführt und entsprechend verwendet wurden.<sup>69</sup>

Begünstigt wurden die PGH auch durch neue Kreditbestimmungen. Die Deutsche Investitionsbank gewährte den Produktionsgenossenschaften für Investitionen langfristige Kredite zu einem bevorzugten Zinssatz von 4,5 Prozent und einem Mindesttilgungsbetrag in Höhe der jährlichen Abschreibungen. Die Umlaufmittelfinanzierung der jungen Genossenschaften wurde durch Kredite für die planmäßige Bestandhaltung, durch Saison-, Forderungs- und Sonderkredite zu einem Zinssatz von 2 Prozent bei gänzlichem oder teilweisem Verzicht auf die sonst übliche Eigenbeteiligung - diese lag sonst bei mindestens 25 Prozent<sup>70</sup> - erleichtert.<sup>71</sup>

Hinsichtlich der Preisgestaltung galten die Genossenschaften als dem privaten Handwerk gleichgestellt, was ihnen wegen ihrer günstigeren Kostenlage und Produktivität eine ausreichende Rentabilität sicherte. Fernerhin wurden die PGH-Mitglieder entsprechend einem Beschluß des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB vom Oktober 1956 in bezug auf die Sozialleistungen günstiger gestellt als die privaten Handwerker.<sup>72</sup>

Neben ökonomischen Hebeln wurden administrative Methoden angewandt. Die Einbeziehung der PGH in das System der Wirtschaftsplanung erfolgte sukzessive seit 1955/56. Parallel dazu wurde auch das private Handwerk stärker in die staatliche Planung integriert. Erstmals mit dem Volkswirtschaftsplan 1959 gingen die Leistungsangebote der Einkaufs- und Liefergenossenschaften des privaten Handwerks nicht mehr über die Handwerkskommission, sondern direkt an die Kreisplankommissionen. Den staatlichen Organen wurde es dadurch in zunehmendem Maße möglich, den PGH technische Hilfe in Form bevorzugter Belieferung mit Arbeitsmitteln und Rohstoffen sowie durch die Überlassung hochwertiger volkseigener Arbeitsmittel in genossenschaftliche Rechtsträgerschaft zu leisten.<sup>73</sup>

Die umfangreichen Förderungsmaßnahmen, zunächst für die privaten Handwerker und später für die PGH und halbstaatlichen Betriebe, waren lebendiger Ausdruck der Bündnispolitik. Die Kosten mußten zum großen Teil von der Arbeiterklasse getragen werden. Es war von vornherein klar, daß die Zuwendungen nur so lange erfolgen konnten, bis eine gesicherte wirtschaftliche Entwicklung der mit Handwerk und Kleinindustrie verbundenen Schichten erreicht war. In den sechziger Jahren wurden - entsprechend der Verbesserung der materiellen Situation und der Festigung der Produktionsgenossenschaften und halbstaatlichen Betriebe - die Förderungsmaßnahmen nach und nach aufgehoben.<sup>74</sup>

67 8. Durchführungsbestimmung zum Gesetz zur Förderung des Handwerks vom 27. November 1957, in: GBl. I 1957, S. 651.

68 GBl. I 1956, S. 737.

69 Zweite Verordnung über die Besteuerung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks und ihrer Mitglieder vom 4. Juli 1958, in: GBl. I 1958, S. 577.

70 Zimmermann, Horst/Fraas, Günther/Rätzer, Manfred, Geld und Kredit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1957, S. 437.

71 GBl. I 1957, S. 337.

72 Müller, Wolfgang, a. a. O., S. 113.

73 Ebenda, S. 112.

74 Wichtige Etappen in dieser Entwicklung wurden markiert durch das Gesetz über die Besteuerung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks und ihrer Mitglieder (PGH-

Die umfangreichen staatlichen Förderungsmaßnahmen bewirkten eine erhebliche Beschleunigung des Zusammenschlusses privater Handwerker in Genossenschaften. Zwischen 1955 und 1962 stieg die Zahl der PGH von 85 auf 4 114, ihre Beschäftigtenzahl erhöhte sich von 2 190 auf 177 000, die Leistung von 23 709 000 Mark auf 3 687 587 000 Mark.<sup>75</sup> Der Anteil der PGH an den handwerklichen Gesamtleistungen stieg von 0,3 Prozent 1955 auf 6,9 Prozent 1958, 28,5 Prozent 1960 und 35,5 Prozent 1962.<sup>76</sup>

Im Vergleich zur Umwandlung kapitalistischer in halbstaatliche Betriebe vollzog sich der Übergang vom Handwerksbetrieb zur PGH in den fünfziger Jahren trotz weitgehender materieller Förderung langsamer, weil die Reorganisation eines Industriebetriebes nach sozialistischen Grundsätzen organisatorisch leichter zu bewältigen ist als der Zusammenschluß vieler Einzelhandwerker zu einer Genossenschaft. Weiterhin besaß die Arbeiterklasse durch die Gewerkschaft im halbstaatlichen Betrieb von vornherein eine feste Position. Es galt lediglich, den Komplementär mit den Grundsätzen der sozialistischen Wirtschaftsführung vertraut zu machen. Derartige günstige Bedingungen existierten im Handwerk nicht. Der tief verwurzelte Eigentumssinn der Handwerker, die Tatsache, daß sie bisher individuell, unabhängig voneinander gearbeitet hatten, sowie die Besonderheiten des genossenschaftlichen Eigentums gegenüber dem Volkseigentum erschwerten die Herausbildung des sozialistischen Charakters der Arbeit. Deshalb half die Arbeiterklasse den PGH unmittelbar durch Abschluß von Patenschaftsverträgen zwischen volkseigenen Betrieben und Produktionsgenossenschaften mit dem Ziel, den Genossenschaftsmitgliedern beim Aufbau einer sozialistischen Betriebsorganisation und bei der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins zu helfen.<sup>77</sup> In den Patenschaftsverträgen kam ebenso wie in der Arbeit der Parteigruppen innerhalb der PGH die Einsicht in die Notwendigkeit wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Maßnahmen zur Entwicklung des genossenschaftlichen Handwerks zum Ausdruck.

Die geschilderte Entwicklung der privaten Industrie und des Handwerks in der Übergangsperiode veranschaulicht die Rolle der staatlichen Leitungstätigkeit in diesen Bereichen für deren sozialistische Umgestaltung sowie für die Erhöhung der Produktivität und Effektivität bedeutender Teile der Konsumgüterindustrie und der handwerklichen Produktion. Die staatliche Planung und Leitung in diesen Bereichen erwies sich als wichtiges Instrument zur weiteren Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR. Das war möglich, weil sich in jeder Phase der Planung und Leitung der privaten Industrie und des Handwerks die Kommandohöhen der Wirtschaft eindeutig in den Händen des Proletariats befanden. Die Verfügungsgewalt über die Wirtschaftsleitung allein garantierte aber noch nicht eine erfolgreiche Wirtschaftsführung. Erst die Ausrichtung der Planung und Leitung der privaten Wirtschaft auf die objektiven politischen und ökonomischen Erfordernisse ihrer Zeit und ihre bewußte Einordnung in die von Partei und Regierung - zur Lösung der Aufgabenstellung der Übergangsperiode - entwickelten Zielstellungen ließen die Planung und Leitung der privaten Industrie und des Handwerks zum effektiven Instrument der sozialistischen Umgestaltung dieser Bereiche werden.

Gesetz) vom 30. 11. 1962, in: GBl. I 1962, S. 119, das ab 1963 die Umsatz-, Gewinn- und Einkommensteuer für die PGH und ihre Mitglieder einführt, das Gesetz über die Besteuerung der Handwerker vom 16. März 1966, in: GBl. I 1966, S. 71, das eine Progressivsteuer für alle privaten Handwerksbetriebe festlegte und die Beschlüsse der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED. Diese sahen ab 1971 die Erhöhung der Einkommensteuer für nichttätige Komplementäre, eine zusätzliche Besteuerung für industriell produzierende PGH sowie private Handwerksbetriebe und die Einführung der Produktionsfondssteuer vor. (Vgl. Stoph, Willi, Zum Entwurf des Volkswirtschaftsplanes 1971, 14. Tagung des Zentralkomitees des ZK der SED, Berlin 1970, S. 33.)

75 Statistisches Jahrbuch DDR 1963, S. 215.

76 Berechnet nach Angaben aus Statistisches Jahrbuch DDR 1963, S. 114, 222.

77 Lohse/Voigtberger, Handwerk, Privatindustrie und Aufbau des Sozialismus, Berlin 1959, S. 56 ff.

# DIE EINBEZIEHUNG DER BETRIEBE MIT STAATLICHER BETEILIGUNG IN DIE SOZIALISTISCHE PLANWIRTSCHAFT BEIM AUFBAU DER ENTWICKELTEN SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

von Hans-Jürgen Nagel

In der über zwanzigjährigen Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik nimmt die Bündnispolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz, den Komplementären von Betrieben mit staatlicher Beteiligung, den privaten Unternehmern, den Handwerkern und Gewerbetreibenden einen bedeutenden Platz ein. Als marxistisch-leninistische Partei konnte die SED, ausgehend von ihrer wissenschaftlichen Grundkonzeption zur Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR und in enger Zusammenarbeit mit den in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinten Parteien und Massenorganisationen, den mit der Arbeiterklasse verbündeten anderen Klassen und Schichten eine klare Perspektive geben, die diese Klassen und Schichten einerseits zunehmend von der Richtigkeit ihrer Entscheidung überzeugte, sich mit der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der neuen Gesellschaft zu verbünden, und es ihnen andererseits ermöglichte, aus dieser Erkenntnis heraus die planmäßige sozialistische Entwicklung bewußt und tatkräftig mitzugestalten.

Die Anfänge der heutigen erfolgreichen Zusammenarbeit von Betrieben aller Eigentumsformen im ökonomischen System des Sozialismus reichen zurück bis in die Zeit, in der die Voraussetzungen für den Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR geschaffen wurden und in der sich - besonders nach dem V. Parteitag der SED - die sozialistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse mit der Schaffung der materiell-technischen Basis einer modernen sozialistischen Volkswirtschaft und der Umwälzung des gesamten gesellschaftlichen Überbaus zu einer dialektischen Einheit verband.

Die Einbeziehung ehemals privatkapitalistischer Unternehmen und ihrer Besitzer in die sozialistische Entwicklung der DDR und die Eingliederung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung in die sozialistische Planwirtschaft der DDR bildeten für die Partei- und Staatsführung eine neue Aufgabe. Ihre Lösung wurde möglich durch das internationale Kräfteverhältnis, das sich mehr und mehr zugunsten des Sozialismus gestaltete, und durch die konsequente Beachtung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, die in Gestalt der reichen theoretischen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen der UdSSR beim sozialistischen Aufbau vorlagen. Bei der Überwindung der kapitalistischen und der einfachen Warenproduktion mußten der historischen Situation in der DDR entsprechende Wege und Formen gefunden werden, um die Angehörigen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie und ihre Betriebe möglichst reibungslos in die sozialistische Entwicklung zu integrieren. Diese Aufgabe konnte nur mit Erfolg gelöst werden, wenn sie untrennbar mit der Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, mit der Herbeiführung ihres Sieges und den Gesamtaufgaben zur Gestaltung der sozialistischen Volkswirtschaft verbunden wurde.

Zudem warfen die neuen Entwicklungstendenzen von Wissenschaft und Technik in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre für die DDR als entwickeltes Industrieland bei der Entwick-



lung der Produktivkräfte komplizierte Fragen auf, die gleichfalls in Betracht gezogen werden mußten und von ausschlaggebender Bedeutung auch für die Gestaltung der Bündnisbeziehungen und deren Ausprägung auf ökonomischem Gebiet waren.

Mit der staatlichen Beteiligung wendete die SED, gemeinsam mit den Parteien des demokratischen Blocks, Lenins Lehre vom Staatskapitalismus, der mit dem Staat der Arbeiter und Bauern verbunden ist<sup>1</sup>, an und unterzog sich der schwierigen Aufgabe, die "ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten sowie alle kleinbürgerlichen Schichten auf den Weg der Schaffung eines neuen wirtschaftlichen Aufbaues, auf den Weg der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Bindung, einer neuen Arbeitsdisziplin, einer neuen Arbeitsorganisation (zu führen), die das letzte Wort der Wissenschaft ... vereinigt mit dem Massenzusammenschluß bewußt arbeitender Menschen, die die sozialistische Großproduktion ins Leben rufen."<sup>2</sup>

Die feste Verankerung der DDR im sozialistischen Weltsystem und die bis 1956 in ihr geschaffenen Grundlagen des Sozialismus sowie die uneingeschränkte politische und ökonomische Unterstützung der UdSSR bildeten wesentliche Voraussetzungen dafür, daß die Arbeiterklasse der DDR beim Aufbau des Sozialismus dem Bündnis mit den sogenannten städtischen Mittelschichten eine neue, höhere Qualität geben konnte. Dabei stellt neben der qualitativen Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, dialektisch verknüpft mit dem sozialistischen Weltsystem und seiner Fortentwicklung, die Steigerung des Nationaleinkommens von 1950 bis 1956 auf nahezu das Doppelte (von 29 Milliarden Mark auf 52 Milliarden Mark) eine entscheidende quantitative ökonomische Grundlage dar, um die privaten Unternehmer - über die staatliche Beteiligung in finanzieller und materieller Form an ihren Industrie-, Bau-, Handels- und Verkehrsbetrieben - direkt in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen, die wirtschaftlichen Potenzen dieser vor allem der Konsumgüterindustrie zugehörigen Betriebe im gesamtgesellschaftlichen Interesse umfassender zu nutzen und gleichzeitig die Position der Unternehmer in der sozialistischen Gesellschaft in der Weise so zu verändern, daß sie sich zu sozialistischen Werktätigen entwickeln konnten.

Bereits bis zum September 1959 hatte sich der sozialistische Staat mit rund 500 Millionen Mark an ehemals privatkapitalistischen Betrieben beteiligt. Über 4 000 Betriebe arbeiteten zu dieser Zeit schon mit staatlicher Beteiligung.<sup>3</sup> Die Komplementäre waren nicht mehr allein Eigentümer ihrer Betriebe, sondern gleichzeitig Wirtschaftsfunktionäre des sozialistischen Staates, denen Volkseigentum zur Nutzung und Mehrung anvertraut wurde und die im Sinne der Arbeiterklasse Führungsaufgaben zu lösen hatten.<sup>4</sup>

Durch die Beteiligung des sozialistischen Staates an ehemals privatkapitalistischen Betrieben wurde es notwendig, auch diese Unternehmen direkt in die sozialistische Planwirtschaft einzubeziehen, damit das nunmehr in diesen Betrieben vorhandene gesellschaftliche Eigentum in Form der staatlichen Beteiligung im Reproduktionsprozeß planmäßig realisiert werden konnte. Die unmittelbare Einbeziehung in die Planung der sozialistischen Volkswirtschaft bot ferner die Voraussetzungen, die vorhandenen Kapazitäten zur Steigerung der Produktion und zur Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus überhaupt, insbesondere bei der Erhöhung der Konsumgüterproduktion und der Steigerung

1 Vgl. Lenin, W. I., Politischer Bericht des ZK der KPR (B) auf dem XI. Parteitag der KPR (B), in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 264 ff.

2 Vgl. derselbe, Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 412 f.

3 Vgl. Der Morgen, 16. 9. 1959.

4 Vgl. Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der SED, Berlin 1956, S. 70 ff.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, Berlin 1966, S. 92.

des Exports, effektiver einzusetzen und in diesem Sektor der Volkswirtschaft die aus der kapitalistischen Zeit herrührende Zersplitterung und Anarchie der Produktion mehr und mehr zu überwinden.

Für die Betriebe mit staatlicher Beteiligung mußte die Planung von vornherein als aktives Leitungsinstrument gestaltet werden, das heißt, die Verbindlichkeit der Planaufgaben hatte von Anfang an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu entsprechen. Deshalb war bereits am 1. August 1956 eine Anordnung über die Zuordnung und Anleitung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung erlassen worden<sup>5</sup>, wonach diese Betriebe den Räten der Kreise zugeordnet und durch die Abteilungen Örtliche Wirtschaft angeleitet und kontrolliert wurden. Volkswirtschaftlich wichtige Betriebe wurden einem Ministerium zugeordnet.

Über die zuständigen staatlichen Organe wurde den Betrieben mit staatlicher Beteiligung ein Produktions- und Materialplan vorgegeben. Die Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke und der Räte der Kreise hatten zu sichern, daß reale Planvorschläge ausgearbeitet, die Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Planaufgaben unterstützt sowie die zweckmäßige Verwendung des Materials und der staatlichen Mittel gewährleistet wurden. Die Ausrichtung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung auf die Erfüllung der staatlichen Aufgaben bzw. der Verträge in allen Teilen und auf Erzeugnisse, die nach dem Sortiment und in der Qualität den Erfordernissen der Volkswirtschaft entsprachen, zeigte deutlich, daß sich auch hier die Planung als aktives Leitungsinstrument zu entwickeln begann.<sup>6</sup> Die Einbeziehung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung und der Komplementäre in die sozialistische Planwirtschaft erforderte eine tiefgreifende politisch-ideologische Arbeit, denn bei den Komplementären hatten sich mit der Aufnahme der staatlichen Beteiligung falsche Auffassungen von der Rolle und Bedeutung der staatlichen Planung nicht schlagartig verändert. Viele von ihnen bejahten fernerhin die These, "daß die persönliche Unternehmerinitiative" ausschlaggebend für den Erfolg des Betriebes sei und durch die Planung eine Reglementierung erfolge. Derartige Auffassungen mußten schrittweise im Prozeß der Planungspraxis überwunden werden. Das verlangte von den Mitarbeitern der staatlichen Organe ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen, Sachkenntnis und Verständnis; denn eine erfolgreiche Integration der Betriebe mit staatlicher Beteiligung in das System volkswirtschaftlicher Planung und Leitung setzt voraus, daß sie die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge den Komplementären und den Werktätigen der betreffenden Betriebe, die sich ihrer neuen Stellung und Mitverantwortung ebenfalls bewußt werden mußten, überzeugend erläuterten, sie für die aktive Mitarbeit im Planungsprozeß gewannen und Aufgaben erarbeiteten, die sowohl den betrieblichen Interessen und Möglichkeiten als auch den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen und Zielen entsprachen. Wiederholt forderte die Partei der Arbeiterklasse die staatlichen Organe auf, "die Bereitschaft privater Unternehmer, ein engeres Verhältnis zur sozialistischen Wirtschaft einzugehen", zu fördern und die Weiterentwicklung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung in den Perspektivplänen festzulegen.<sup>7</sup>

5 Vgl. Gesetzblatt der DDR (im folgenden: GBl. DDR) I, Nr. 73/1956.

6 Vgl. ebenda; Zentrales Parteiarchiv der LDPD, A I 3071<sup>2</sup>.

7 Vgl. Ulbricht, Walter, Referat auf der 4. Tagung des ZK der SED, in: Neues Deutschland, 20. 1. 1959; Beschluß des V. Parteitages der SED, Berlin 1958, S. 46 f.; Verordnung über die Bildung halbstaatlicher Betriebe, in: GBl. DDR I, Nr. 19/1959.

Ein Wesenszug der marxistisch-leninistischen Bündnispolitik der SED ist es - wie erneut auf dem VIII. Parteitag unterstrichen wurde -, jeden Schritt der Entwicklung gemeinsam mit den Bündnispartnern zu gehen, damit sie ihre weitere Einordnung in die sozialistische Gesellschaft immer bewußter vollziehen.

Gerade in dieser Frage zeigt sich, wie die großen theoretischen und praktischen Erfahrungen der UdSSR in der DDR auf die konkreten Bedingungen angewandt wurden. Die staatliche Beteiligung stellt in ihrer ökonomischen Form, so arbeitete es W. I. Lenin heraus, eine Konzession dar, sie ist "ein Vertrag, ein Block, ein Bündnis der Sowjetmacht, d. h. der proletarischen Staatsmacht, mit dem Staatskapitalismus gegen das kleinbesitzlerische ... Element. ... Die Sowjetmacht erzielt einen Vorteil durch die Entwicklung der Produktivkräfte und die Vermehrung der Produktenmenge, sei es sofort oder in kürzester Zeit."<sup>8</sup> Dem entsprachen die Ergebnisse und Ziele, die mit der staatlichen Beteiligung an vormals privaten Betrieben verfolgt wurden. In der Praxis wurde für diese "Konzession" in der DDR die juristische Form der Kommanditgesellschaft gewählt, die den Unternehmern aus dem bürgerlichen Handelsrecht vertraut war<sup>9</sup> und den nationalen Gegebenheiten entsprachen.

Nachdrücklich hatte Lenin darauf verwiesen, daß die Bestimmung des Maßes und der Bedingungen, unter denen die Konzessionen von Vorteil und nicht gefährlich sind, vom Kräfteverhältnis abhängt und durch Kampf entschieden wird, "denn die Konzession ist auch eine Form des Kampfes, ist die Fortsetzung des Klassenkampfes in anderer Form ..."<sup>10</sup> Die Verankerung der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft und das feste Bündnis mit der UdSSR hatten das Kräfteverhältnis so gestaltet, daß in der DDR diese Form des Klassenkampfes angewandt werden konnte, die zugleich jenen bürgerlichen Schichten die Möglichkeit bot, "im neuen proletarischen Staat zu arbeiten, zu lernen, zu leiten und Reichtümer zu schaffen."<sup>11</sup>

Bei der Betrachtung jener Zeit ist zu berücksichtigen, daß in den Jahren 1958/1959 die Entwicklung in der DDR an einem Punkt angelangt war, wo das volkswirtschaftliche Planungs- und Leitungssystem - auf Grund des Standes der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte - qualifiziert werden mußte, um die ökonomische Funktion des sozialistischen Staates zu erhöhen, sie effektiver zu gestalten sowie die eigenverantwortliche Planungstätigkeit der Industriezweige und Betriebe auf der Grundlage der zentralen staatlichen Planung in ihrer Wirksamkeit zu steigern. Die Gesetzeswerke von 1958<sup>12</sup> waren ein Ausdruck dieser angestrebten Veränderungen. Sie zielten zunächst auf eine Verbesserung der Jahres- und Perspektivplanung auf der Ebene der Industriezweige ab, auf ein solches Verhältnis zwischen Jahres- und Perspektivplan, das die Wechselbeziehungen erfaßte und demzufolge die Jahresaufgaben aus den perspektivischen Zielen des Zweiges ableitete, so daß die Perspektivpläne nicht eine bloße Summierung der Jahrespläne darstellten. Diese komplexe Behandlungsweise bildete sich natürlich erst allmählich heraus, schuf aber bereits wesentliche Elemente für die Planung und Leitung in der zweiten Phase des sozialistischen Aufbaus.

Die notwendigen Veränderungen in der Planung und Leitung konnten nicht sofort in ganzer Breite in der Volkswirtschaft verwirklicht werden, sondern verlangten ein differenziertes

8 Lenin, W. I., Über die Naturalsteuer, in: Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 358 f.

9 Handelsgesetzbuch v. 10. Mai 1897, München 1925, S. 49 ff.

10 Vgl. Lenin, W. I., Über die Naturalsteuer, a. a. O., S. 848.

11 Vgl. derselbe, Rede in der Festsitzung des gesamtrossischen Zentralrats und des Moskauer Rats der Gewerkschaften, in: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 125.

12 Vgl. GBl. DDR I, Nr. 11 - 15/1958.

Herangehen. In dem Maße, wie in der sozialistischen Industrie die Planung und Leitung qualifiziert wurde, konnten auch die Betriebe mit staatlicher Beteiligung in diesen Prozeß einbezogen werden, wurde die Stellung der Klein- und Mittelbetriebe anderer Eigentumsformen in der sozialistischen Volkswirtschaft zunehmend eindeutiger bestimmt.

Ende der fünfziger Jahre wurde deutlich, daß die bislang in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung angewandte Planungspraxis nicht mehr den Erfordernissen entsprach. Der Produktions- und Materialplan stellte zwar in den zurückliegenden Jahren einen Fortschritt dar, weil die Produktion in Höhe und Qualität stärker volkswirtschaftlichen Bedürfnissen angepaßt wurde, hemmte nun aber - obgleich sich diese Planungspraxis noch nicht in allen Betrieben mit staatlicher Beteiligung gleichmäßig durchgesetzt hatte - die weitere Entwicklung, weil der Produktionszuwachs in der Vergangenheit überwiegend durch die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte erzielt wurde. Die Kennziffern Arbeitsproduktivität, Arbeitskräfte, Gesamtlohnfonds und Durchschnittslohn wurden nicht geplant. Zudem hatten sich in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung technisch begründete Arbeitsnormen nur in begrenztem Umfang durchgesetzt.

Durch die Staatliche Plankommission wurde angeregt, gemeinsam mit den Komplementären neue Formen der Planung zu entwickeln und dafür Beispiele zu schaffen.<sup>13</sup> Im Sinne dieses Vorschlags erarbeiteten zum Beispiel Komplementäre in Radeberg gemeinsam mit Mitarbeitern der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst und der Staatlichen Plankommission erste Kennziffern für einen Betriebsplan (Teil Produktionsplan), für Produktivität, Arbeitskräfte und Lohn sowie für eine Arbeitszeitbilanz.<sup>14</sup> Der Hauptvorstand der CDU unterbreitete der Staatlichen Plankommission Ende 1959 einen Vorschlag für eine vereinfachte Betriebsplanung in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung<sup>15</sup>, und Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsweise der Wirtschaftsräte und der Kreisplankommissionen gegenüber den Betrieben mit staatlicher Beteiligung zielten darauf ab, "die zweigweise Planung und Lenkung der halbstaatlichen Betriebe durchzusetzen" und sie bei der Ausarbeitung vereinfachter Betriebspläne zu unterstützen.<sup>16</sup>

Eine vereinfachte Betriebsplanung hatte zwei Bedingungen zu erfüllen:

1. Mit ihr mußte ein höheres Niveau der Planungstätigkeit in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung und eine engere Verbindung zur gesamtvolkswirtschaftlichen Planung erreicht werden.
2. Die vereinfachte Betriebsplanung war so zu konzipieren und auszuarbeiten, daß sie für einen längeren Zeitraum verbindliche Regelungen schuf und damit eine kontinuierliche stabile Entwicklung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung innerhalb der Gesamtentwicklung der Industriezweige garantierte.

Es unterstreicht die konsequente Bündnispolitik der SED und der staatlichen Organe, daß die Einführung der vereinfachten Betriebsplanung nicht einfach auf dem Verordnungswege erfolgte, sondern über einen längeren Zeitraum hinweg gemeinsam von den Komplementären und den Staatsorganen sowie allen demokratischen Kräften in der Nationalen Front nach den besten Lösungswegen gesucht wurde.

Die dabei unterbreiteten Vorschläge und gewonnenen Erfahrungen bildeten schließlich den Ausgangspunkt für die Verordnung des Ministerrates der DDR vom 11. Oktober 1962, mit

13 Vgl. LDPD-Komplementäre schaffen das Beispiel. Sonderdruck der LDPD-Informationen, Berlin 1959, S. 4.

14 Vgl. Hochschule half planen, in: Der Morgen, 12. 1. 1960.

15 Vgl. Neue Zeit, 9. 12. 1959.

16 Vgl. Deutsches Zentralarchiv (im folgenden: DZA) Potsdam, Abt. S, Bestand E 4, Nr. 4860, Bl. 221 f.

der zunächst die vereinfachte Betriebsplanung ab 1. Januar 1963 in den staatsbeteiligten Industriebetrieben eingeführt wurde. Diese Verordnung wurde am 16. März 1964 durch eine weitere ersetzt, die die vereinfachte Betriebsplanung auf alle Betriebe mit staatlicher Beteiligung ausdehnte.<sup>17</sup>

Die vereinfachte Betriebsplanung - sie enthielt, abgesehen vom Lohnfonds, lediglich die materielle Seite des betrieblichen Reproduktionsprozesses - bildete in der Folgezeit ein wichtiges Instrument, um die Betriebe mit staatlicher Beteiligung zu festigen und eine fundiertere Planung und Leitung zu gewährleisten. Sie erlangte hinsichtlich der weitergehenden Verbindung der betrieblichen Möglichkeiten mit den Erfordernissen der Industriezweige wie der gesamten Volkswirtschaft im Zusammenhang mit der Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft<sup>18</sup> große Bedeutung.

Für die staatsbeteiligten Betriebe war es im Verlauf der Qualifizierung der betrieblichen Planung von Wichtigkeit, daß nunmehr Voraussetzungen entstanden, die finanzielle Sphäre des betrieblichen Reproduktionsprozesses zu erfassen und die Einheit zwischen materieller und finanzieller Planung herbeizuführen. Der Zentralvorstand der LDPD unterbreitete dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR am 29. April 1964 entsprechende Vorschläge.<sup>19</sup>

Bei der Staatlichen Plankommission wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, um die Vorbereitungen für die Einführung einer vereinfachten Finanzplanung einzuleiten. Mit Zustimmung der beteiligten Komplementäre wurden ab 1. Januar 1965 in fünfzehn Betrieben mit staatlicher Beteiligung in der Industrie, im Bau- und Verkehrswesen sowie im Einzelhandel Experimente durchgeführt. Der Finanzplan war auf der Basis des vereinfachten Betriebsplanes für 1965 auszuarbeiten. Das Ziel der Experimente war es, die Notwendigkeit und den Nutzen für die staatsbeteiligten Betriebe und für die wirtschaftsleitenden Organe zu prüfen und zweckmäßige Lösungen zu ermitteln. Ab September 1966 wurde die vereinfachte Finanzplanung für die Betriebe mit staatlicher Beteiligung schrittweise in allen Wirtschaftsbereichen eingeführt.<sup>20</sup> Sie diente der Vervollkommnung sozialistischer Planungs- und Leitungsmethoden, der Verbesserung der Rentabilität der Betriebe und einer systematischen Kostensenkung. Die experimentelle Erprobung und Gestaltung der vereinfachten Finanzplanung, auf der Grundlage staatsbeteiligter Betriebe und in direkter Zusammenarbeit mit den Komplementären, verdeutlicht, wie diese Schichten weitreichend an der Gestaltung der Planung und Leitung mitwirkten.

Die Planung in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung konnte nur dann in dem erforderlichen Maße wirksam werden, wenn die Produktions- und die technische Entwicklung perspektivisch aus den Bedingungen und Erfordernissen des jeweiligen Industriezweiges bestimmt wurde. Im Ergebnis des V. Parteitages der SED war mit der Erzeugnisgruppenarbeit eine Form der sozialistischen Kooperation zwischen Betrieben aller Eigentumsformen und Unterstellungsverhältnisse entstanden, die maßgeblich zur Qualifizierung der Planung - sowohl in den Zweigen als auch in den Betrieben - beitrug.

Besonders wertvoll für die künftige Entwicklung und für die Gestaltung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung waren die Erfahrungen und die Ergebnisse der VVB Eisen-, Blech- und Metallwaren, in deren Bereich sich ab 1959 Erzeugnisgruppen bildeten, die das Profil des Zweiges weiter ausprägten, die die wissenschaftlich-technischen Aufga-

17 Vgl. GBl. DDR II 1962, S. 768 ff.; und ebenda II 1964, S. 247.

18 Vgl. ebenda II 1963, S. 453 ff.

19 Vgl. Zentrales Parteiarchiv der LDPD, C II a 13240a, D II e 13246a.

20 Vgl. GBl. DDR II 1966, S. 773 ff.

ben aus perspektivischer Sicht zu erfassen suchten und durch Konzentration, Spezialisierung und Kooperation bedeutende Reserven in den Betrieben aller Eigentumsformen erschlossen. In diesem Industriezweig war das um so notwendiger, da zum damaligen Zeitpunkt rund 1 100 Betriebe nahezu 50 000 Erzeugnisse produzierten, aber nur drei Prozent der Betriebe der VVB direkt unterstanden.<sup>21</sup> Mit den Erzeugnisgruppen wurde in dieser VVB eine Form der Organisation der Produktion geschaffen, die einem objektiven Erfordernis der Produktivkräfte entsprach, die Zersplitterung innerhalb des Zweiges schrittweise überwand und die kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Betrieben aller Eigentumsformen organisierte und förderte. Die historisch entstandenen Verflechtungen und Produktionen mußten ohne ernsthafte Störungen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses umgewandelt werden, und zwar durch eine zweigleiche wie gesamtvolkswirtschaftliche Neugestaltung der wechselseitigen Beziehungen. Das konnte nur auf der Basis geschehen, daß alle vorhandenen wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Potenzen erschlossen wurden und die Gestaltung der Planung und Leitung der Weiterentwicklung der Produktivkräfte, der umfassenderen Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus sowie der Integration der Betriebe aller Eigentumsformen, über die Ausweitung der Gemeinschaftsarbeit zwischen den Betrieben sowie eine langfristige Produktionskoordination und -kooperation, entsprechend Raum gab.

Vor allem im Bereich der örtlichgeleiteten Industrie konnten kurzfristige pragmatische Lösungen keinen Erfolg bringen. Sie war durch eine äußerst gravierende Zersplitterung der Produktion und Breite des Erzeugnisprogramms gekennzeichnet. Das hemmte die konsequente Rationalisierung ebenso wie die breite Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, ausgehend von den Belangen der Industriezweige, denen die örtlichgeleiteten Betriebe angehörten. Außerdem konzentrierte sich in diesem Bereich der Anteil von Betrieben anderer Eigentumsformen, was die konsequente Wahrung der Bündnispolitik und ihrer Umsetzung in der Wirtschaft erforderte.

Trotz der Zersplitterung mußten durch die örtlichgeleitete Industrie umfangreiche Aufgaben bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und durch Zulieferungen für die verschiedensten Industriezweige erfüllt werden. Nur eine langfristige Koordinierung aller zentralen und regionalen Maßnahmen konnte auf der Basis der Volkswirtschaftspläne einen Wandel bewirken. Zunehmend mußte von den technischen und ökonomischen Erfordernissen des Industriezweiges als Ganzem ausgegangen werden, um die Ressourcen der örtlichgeleiteten Industrie planmäßig zu erschließen und ihre Entwicklung mit der der Zweige und der Gesamtvolkswirtschaft in Übereinstimmung zu bringen.

Diesem Ziel führte die Erzeugnisgruppenarbeit näher. Durch die Gemeinschaftsarbeit in den Erzeugnisgruppen und die Ausweitung der Kooperationsbeziehungen zwischen den volkseigenen Betrieben und den Betrieben anderer Eigentumsformen wurde nicht nur technisch-ökonomisch eine engere Verflechtung herbeigeführt, sondern die Betriebe mit staatlicher Beteiligung, die privaten Betriebe und die Handwerksbetriebe wurden weitergehend in die sozialistische Gesamtentwicklung integriert, vor allem deshalb, weil die Erzeugnisgruppenarbeit nicht nur eine Zusammenfassung gleichartige oder ähnliche Produkte herstellender Betriebe war, sondern vielmehr eine Methode konkreter Planungs-, Bilanzierungs- und Leitungsarbeit darstellte.

Je mehr sich in der DDR die sozialistische Industriestruktur herausbildete und vervollkommnete, um so eindeutiger konnten gleichfalls für die Betriebe mit staatlicher Beteiligung die Entwicklungsrichtungen in der Gesamtheit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung erfaßt und ihre Kapazitäten mit größerem Effekt genutzt werden. Auf diese Zusammenhän-

<sup>21</sup> Vgl. Gadsch, Heinz, Erzeugnisgruppen und Standardisierung, in: Die Wirtschaft, Nr. 3/1964.

ge verwies bereits die 9. Tagung des Zentralkomitees der SED im Jahre 1960.<sup>22</sup> Diese Problematik beinhaltete ferner die Festigung und Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, indem die führende Rolle der Arbeiterklasse auch in den nicht volkseigenen Betrieben wirksam wurde, vor allem über die Zusammenarbeit und Kooperation dieser Betriebe mit der volkseigenen Industrie bzw. über die staatlichen Gesellschafter der Betriebe mit staatlicher Beteiligung. Zunehmend entwickelten sich so auch innerhalb der einzelnen Industriezweige sozialistische Beziehungen, die sich mehr und mehr an den gesamtgesellschaftlichen Maßstäben orientierten und das betriebsegoistische Denken überwand.

Die Stellung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung in den einzelnen Industriezweigen und ihre Bedeutung im Rahmen der Volkswirtschaft ist nicht allein am quantitativen Volumen ihrer Produktion meßbar. Der fortschreitende Prozeß der Erzeugnisgruppenarbeit verdeutlichte vielmehr, wie durch die Ausweitung der Kooperation mit der volkseigenen Industrie, durch eine nach volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entwickelte Spezialisierung und eine sinnvolle Konzentration der Produktion ihre Stellung profiliert wurde. Das gilt in erster Linie hinsichtlich ihrer Stellung als Finalproduzenten von Konsumgütern, als Zulieferer für volkswirtschaftlich wichtige Bereiche und als Exporteure hochwertiger Industrieerzeugnisse, wobei auch die Zulieferer wiederum maßgeblich am Export volkseigener Finalproduzenten beteiligt sind.

Die staatliche Beteiligung hatte - hauptsächlich durch die Zuführung staatlicher Mittel in finanzieller und materieller Form, über die Einbeziehung in die Volkswirtschaftsplanung und in der Folgezeit durch die Gemeinschaftsarbeit in den Erzeugnisgruppen - Bedingungen geschaffen, die Produktivkräfte der betreffenden Betriebe zu entwickeln und diese Betriebe in die objektiv notwendige Konzentration und Spezialisierung der Produktion einzu beziehen.

Die unter dem kapitalistischen Gesetz der Konkurrenz und Anarchie der Produktion entstandenen Klein- und Mittelbetriebe waren bereits im imperialistischen Deutschland ökonomisch beträchtlich hinter der in Konzernen organisierten Großindustrie zurückgeblieben, was sich aus der wesentlich niedrigeren Akkumulationskraft des kleinen Kapitals ergab. Könnten seitherzeit diese Betriebe mit der allgemeinen Entwicklung nicht mehr Schritt halten, so war der Ruin die einzige Perspektive. Die sich festigenden sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR sowie die seit 1945 mit Erfolg praktizierte Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit den städtischen Mittelschichten waren eine solide Grundlage, um die künftige Stellung dieser Betriebe und ihre Entwicklung im jeweiligen Industriezweig, die spezifischen Anforderungen an das Niveau der Produktion, die Qualität und Art der Erzeugnisse in Übereinstimmung mit den Leitern dieser Betriebe entsprechend den allgemeinen Erfordernissen der sozialistischen Entwicklung neu zu bestimmen.<sup>23</sup>

Eine besonders ausschlaggebende Aufgabe bestand dabei darin, das Produktivitätsgefälle zwischen den zentralgeleiteten volkseigenen Betrieben und der örtlichen Industrie, insbesondere zwischen den volkseigenen und den staatsbeteiligten Betrieben, zu überwinden, wofür sich die weitere Spezialisierung und Konzentration der Produktion augenscheinlich als der wichtigste Faktor erwiesen, um die Produktivität und Effektivität zu steigern. Die staatlichen Organe stellten in der Zeit von 1958 bis 1962 mehrfach die Überwindung des Produktivitätsgefälles in den Mittelpunkt der Planung und Leitung, wobei der Erschließung

22 Vgl. Beschluß der 9. Tagung des ZK der SED, in: Dokumente der SED, Bd. 8, Berlin 1962, S. 247.

23 Vgl. Lohse, Eberhard/Voigtsberger, Siegfried, Zur Einbeziehung der privaten, halbstaatlichen und Handwerksbetriebe in die volkswirtschaftliche Perspektive, in: Sozialistische Planwirtschaft, Nr. 11/1961, S. 19 ff.

von Reserven in den Betrieben aller Eigentumsformen große Bedeutung beigegeben wurde.

So setzte sich das Technisch-ökonomische Zentralbüro Maschinenbau für die einheitliche Leitung der Industriezweige ein, "ohne Rücksicht auf Eigentumsformen und Unterstellungsverhältnisse", um die notwendigen Beschlüsse mit hoher Wissenschaftlichkeit fassen zu können. Wie die Hauptabteilung Maschinenbau des Volkswirtschaftsrates der DDR in einem Vorschlag für die "Gewährleistung einer engen, kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung Maschinenbau, deren Fachabteilungen und den ihnen unterstellten VVB und Betrieben und den örtlichen Volksvertretungen und ihren Organen" im Oktober 1961 nachwies, habe sich bei der Leitung der örtlichen Industrie gezeigt, "daß sowohl die Wirtschaftsräte der Bezirke als auch die Kreisplankommissionen nicht in der Lage waren, diese Betriebe, die in vielen Bezirken im Produktionsprofil die ganze Breite des Maschinenbaus erreichen, fachlich in der erforderlichen Weise anzuleiten". Das habe sich vor allem auf dem technischen Sektor ausgewirkt. Daher gelte es, "insbesondere durch Spezialisierung und Konzentration der Produktion, auf der Grundlage einer radikalen Standardisierung, gerade in der örtlichen Wirtschaft noch große Reserven mit relativ geringem materiellen und finanziellen Aufwand zu erschließen." Ausdrücklich wurde die Erzeugnisgruppenarbeit befürwortet. Insbesondere wurde in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß in den Erzeugnisgruppen alle volkseigenen sowie die mit staatlicher Beteiligung arbeitenden Betriebe mit entsprechender Produktion ohne Rücksicht auf die Unterstellungsverhältnisse vertreten sind. Das Technisch-ökonomische Zentralbüro Maschinenbau unterstrich die Notwendigkeit, den Arbeitsergebnissen der Wissenschaftlich-Technischen Zentren der Vereinigung Volkseigener Betriebe in den Betrieben aller Eigentumsformen des Zweiges zur Wirksamkeit zu verhelfen.<sup>24</sup>

Der Wirtschaftsrat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt unterbreitete 1962 ähnliche Vorschläge, die zum Ziel hatten, "die Betriebe der örtlichen Industrie aller Eigentumsformen konkreter von einer wissenschaftlichen Grundlage aus und entsprechend den gesamtstaatlichen Interessen zu leiten." Diese Vorschläge waren von dem Bemühen gekennzeichnet, "die Zersplitterung der örtlichen Industrie schrittweise unter Einbeziehung aller fortschrittlichen Kräfte in den Betrieben aller Eigentumsformen zu überwinden, das Profil der Industrie den sozialistischen Erfordernissen anzupassen und eine exakte Perspektive für jeden einzelnen Betrieb herauszuarbeiten."<sup>25</sup>

Die sozialistische Entwicklung in der Industrie der DDR und die planmäßige Gestaltung der Produktions- und Reproduktionsbeziehungen eröffnete auch den Klein- und Mittelbetrieben die Möglichkeit, von ihrem - oftmals unrentablen - breiten Sortiment abzugehen, das auf das unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen verständliche Bestreben zurückzuführen war, sich in wirtschaftlichen Krisenzeiten unter allen Umständen einen bestimmten Marktanteil zu sichern. Die krisenfreie sozialistische Entwicklung beseitigte die Ursachen für derartige Vorsichtsmaßnahmen und gestattete es, diesen Betrieben das Produktions-sortiment zu begrenzen, vielfach die Produktion sogar völlig umzustellen und sich solchen volkswirtschaftlich notwendigen Erzeugnissen zuzuwenden, die auf lange Sicht eine zuverlässige Perspektive boten. Durch die enge, organische Verbindung mit den sozialistischen Großbetrieben wurde für die Klein- und Mittelbetriebe anderer Eigentumsformen die Sicherheit der zukünftigen Entwicklung garantiert.

Die Erzeugnisgruppenarbeit förderte diesen Prozeß maßgeblich und half, die Entwicklung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung im Interesse der volkswirtschaftlichen Aufgaben positiv zu beeinflussen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt auch in diesen Betrieben zu beschleunigen. Bei der VVB EBM (Eisen-, Blech- und Metallwaren) wurden

<sup>24</sup> Vgl. DZA Potsdam, a. a. O., Nr. 4506, Bl. 24/25, 103.

<sup>25</sup> Vgl. ebenda, Nr. 5789, Bl. 297.



zum Beispiel über die Erzeugnisgruppen die bezirksgeleiteten Betriebe, unter ihnen die staatsbeteiligten, in den Planungsprozeß der VVB einbezogen, was wesentlich zur Qualifizierung der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Aufgabenstellung dieser Betriebe beitrug. Die VVB EBM legte von Beginn an besonderen Wert auf die langfristigen Entwicklungsprogramme der Erzeugnisgruppen.

Nachdem der Volkswirtschaftsrat der DDR das Beispiel der VVB EBM ausgewertet hatte, wurde am 9. Juli 1962 eine "Verfügung zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Produktion durch eine planmäßige Zusammenarbeit der zentral- und örtlichgeleiteten Betriebe in Erzeugnisgruppen"<sup>26</sup> erlassen, in der das Neue, das sich mit der Erzeugnisgruppenarbeit in der VVB EBM herausgebildet hatte, für alle Industriezweige verallgemeinert wurde. Trotz dieser Verfügung setzte sich die Erzeugnisgruppenarbeit zunächst nicht im erforderlichen Maße durch, weil die Frage der Einordnung in die Leitungsaufgaben nicht bei allen Staats- und Wirtschaftsorganen völlig klar war.

Der VI. Parteitag der SED sowie die Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates arbeiteten die Kriterien wissenschaftlicher Führungstätigkeit weiter aus und ordneten die Erzeugnisgruppenarbeit fest in das Leitungsprofil der VVB und der Wirtschaftsräte der Bezirke ein. Die Erhöhung der Effektivität der Volkswirtschaft war unter Einschluß der Klein- und Mittelbetriebe zu vollziehen, die nicht aus dem einheitlichen volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß ausgeklammert werden durften. Dagegen diente eine Erhöhung ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung der Gesamtentwicklung.<sup>27</sup> Auf der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED im Februar 1964 wurde erneut unterstrichen, daß es "nur durch die Erzeugnisgruppenarbeit möglich ist, die wissenschaftlich begründete Perspektive des gesamten Zweiges auszuarbeiten und alle Betriebe - ungeachtet ihrer Unterstellung und der Eigentumsform - in den Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand einzubeziehen, die Maßnahmen zur rationellen Nutzung der Produktionskapazitäten festzulegen und einen hohen ökonomischen Nutzeffekt" zu erreichen.<sup>28</sup>

Obwohl sich die Erzeugnisgruppenarbeit in den verschiedenen Industriezweigen unterschiedlich durchsetzte, läßt sich ihre Bedeutung anhand folgender Kriterien nachweisen:

1. Die Erzeugnisgruppenarbeit bot durch die horizontale und vertikale Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung innerhalb der Industriezweige und zwischen den Betrieben wesentliche Voraussetzungen, den Reproduktionsprozeß intensiv zu erweitern, das heißt vorhandene Produktionskapazitäten besser zu nutzen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt umfassender in allen Betrieben des Zweiges durchzusetzen und konsequent den Weg der sozialistischen Rationalisierung zu beschreiten. Die Spezialisierung und die sozialistische Rationalisierung - nicht mehr bezogen ausschließlich auf einen Betrieb, sondern auf der Grundlage der Zweigerfordernisse an die in einer Erzeugnisgruppe vereinten Betriebe - ermöglichten es, differenziert und nach Schwerpunkten des zweiglichen Reproduktionsprozesses vorzugehen und die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit in der notwendigen Weise zu erhöhen.

2. Über die horizontale und vertikale Spezialisierung in den Erzeugnisgruppen ließ sich eine Konzentration der Produktion indirekt, das heißt ohne direkte darauf ausgerichtete Strukturveränderungen herbeiführen, weil die gesamtgesellschaftlichen Interessen um-

26 Vgl. Verfügungen und Mitteilungen des Volkswirtschaftsrates der DDR, Nr. 4, 30. 7. 1962.

27 Vgl. Ulbricht, Walter, Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Berlin 1963, S. 99 f.

28 Vgl. derselbe, Die Durchführung der ökonomischen Politik im Planjahr 1964 unter besonderer Berücksichtigung der chemischen Industrie, Berlin 1964, S. 52.

fassender für die Gestaltung des sozialistischen Reproduktionsprozesses genutzt werden konnten. Dieser auf der planmäßigen Gestaltung der Wirtschaftsprozesse beruhende Vorzug versetzt damit auch die nicht volkseigenen Klein- und Mittelbetriebe in die Lage, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu verwirklichen.

3. Durch die Spezialisierung innerhalb der Erzeugnisgruppen wurden und werden Voraussetzungen geschaffen, die planmäßige proportionale Entwicklung der Industriezweige und der Gesamtwirtschaft zu fördern, die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion voranzutreiben und durch die weitere Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation eine höhere Effektivität zu erreichen.

4. Hochspezialisierte Klein- und Mittelbetriebe können, innerhalb der Erzeugnisgruppe und in langfristiger Produktionskooperation mit den volkseigenen Kombinat und Großbetrieben, mit hoher Arbeitsproduktivität und entsprechend neuer Anforderungen aus Wissenschaft und Technik die Bedürfnisse des eigenen Zweiges und anderer Bereiche erfüllen, vor allem, wenn in diesen Betrieben der Produktionsprozeß aus den Zweig- und Gesamtwirtschaftserfordernissen heraus so rationell gestaltet wird, daß sich mit einem Minimum an Aufwand ein Optimum an Nutzen erzielen läßt.

5. Entscheidend für die Entwicklung der Produktivkräfte ist nicht zuletzt die sozialistische Wirtschaftsorganisation als Bestandteil der zentralen staatlichen Planung und Leitung. Zu ihrer Vervollkommnung wurde mit der Erzeugnisgruppenarbeit ein wichtiger Schritt eingeleitet, wobei die Erfordernisse der Industriezweige und der Territorien dialektisch verbunden wurden, so daß sie in ihren Wechselbeziehungen besser erfaßt werden konnten. Gleichzeitig wurden durch sie für die Betriebe anderer Eigentumsformen wesentlich günstigere Grundlagen geschaffen, höhere wissenschaftlich-technische und ökonomische Leistungen zu erreichen.

6. Durch die Erzeugnisgruppenarbeit wird die gesellschaftliche Funktion der Werktätigen, in ihrer Wechselwirkung als Produzent und Eigentümer, wirkungsvoller zur Geltung gebracht. Die bewußte, planmäßige und gemeinsam organisierte Zusammenarbeit der Werktätigen von Betrieben verschiedener Eigentumsformen richtet sich auf den rationellsten Einsatz aller Fonds, auf den hohen Effekt der angewendeten lebendigen und vergegenständlichten Arbeit, auf die Einführung fortschrittlicher Produktions- und Arbeitsmethoden, auf die bestmögliche Nutzung von Wissenschaft und Technik sowie auf die ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Je mehr die sozialistische Kooperation mit den volkseigenen Kombinat und Betrieben voranschreitet, um so mehr setzen sich kollektive Leitungsmethoden auch in den staatsbeteiligten Betrieben durch, vor allem in Gestalt enger Zusammenarbeit zwischen dem Komplementär, der Betriebsparteioorganisation und der Betriebsgewerkschaftsleitung bei der Erarbeitung und Erfüllung der Aufgaben des Betriebes. Damit erhöht sich der Einfluß der Arbeiterklasse auf die sozialistische Kooperation und Gemeinschaftsarbeit, indem sie gleichfalls in den Betrieben der nichtsozialistischen Industrie aktiver an der Planung und Leitung der Betriebe teilnimmt und über den sozialistischen Wettbewerb in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung beiträgt, das sozialistische Eigentum im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu nutzen und zu mehren.

7. Durch die Erzeugnisgruppenarbeit vollzog sich einerseits eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Kollektiven sozialistischer Betriebe, während andererseits die Betriebe der nichtsozialistischen Industrie - staatsbeteiligte und private - stärker in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung einbezogen wurden und sich die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und den diese Betriebe leitenden Schichten enger gestalteten.

8. Mit Hilfe der Erzeugnisgruppenarbeit wurde das Prinzip durchgesetzt, alle Fragen der einschlägigen Produktion dort zu entscheiden, wo sie am sachkundigsten beurteilt werden können, was die Betriebe gleichzeitig in die Lage versetzte, mit ihren Kollektiven eigen-

schöpferisch und mit höherer Verantwortung an der Erfüllung der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse - auf der Grundlage der zentralen staatlichen Leitung und Planung - mitzuwirken.

9. Die Erzeugnisgruppenarbeit ist kein statisches Modell, sondern unterliegt bzw. bewirkt selbst in dem Maße Veränderungen, wie sie sich durch neue Anforderungen aus der Entwicklung der Produktivkräfte an die gesellschaftliche Arbeitsteilung ergeben. Das schließt sowohl eine tiefergehende Spezialisierung der Betriebe innerhalb einer Erzeugnisgruppe ein als auch eine höhere Stufe der Kombination der Produktion verschiedener Erzeugnisgruppen eines Zweiges oder mehrerer.

Der sozialistische Inhalt der Kooperation in der DDR wurde in den zurückliegenden Jahren durch die kameradschaftliche Zusammenarbeit von sozialistischen Großbetrieben sowie Klein- und Mittelbetrieben anderer Eigentumsformen überaus deutlich, weil die Zusammenarbeit durch gleiche Ziele und Interessen, durch die gemeinsame Bindung an die sozialistischen Produktionsverhältnisse und durch die höhere Verantwortung jedes einzelnen Betriebes für die Gesamtentwicklung unserer Republik bestimmt wird.

Das widerspiegelt sich in der VVB EBM - wie in anderen Zweigen der Volkswirtschaft - in der Tatsache, daß Komplementäre und private Unternehmer nicht mehr nur in den engen Grenzen ihrer Betriebe tätig sind, sondern als Mitglieder in den Gesellschaftlichen Räten der VVB, als Mitglieder von Erzeugnisgruppenräten oder als Leiter von Artikelgruppen und Leitbetrieben Verantwortung für das Ganze übernehmen, über den Rahmen ihrer Betriebe hinaus gesellschaftlich wirken und mitentscheiden.

Dieser Entwicklungsprozeß der Erzeugnisgruppenarbeit führte allein in der VVB EBM in den zurückliegenden Jahren zu dem Ergebnis, daß durch die Erschließung und Ausschöpfung der Reserven in den Betrieben aller Eigentumsformen, durch die Spezialisierung und Kooperation, durch die wirkungsvollere Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Produktion und bei den Erzeugnissen ein volkswirtschaftlicher Nutzen von über 76 Millionen Mark erreicht werden konnte.

Jene Ergebnisse und Erfahrungen unterstreichen nachhaltig die Feststellung Willi Stoph's vor dem VIII. Parteitag der SED, daß durch Betriebsvergleiche und Übertragung der besten Arbeitsergebnisse sowie von Besttechnologien in den Erzeugnisgruppen und Industriezweigen ein großer Nutzen erreicht werden kann.<sup>29</sup> Die Entwicklung der sozialistischen Kooperation in den Erzeugnisgruppen zwischen den Betrieben aller Eigentumsformen gestaltete sich somit zu einem wesentlichen Beitrag zur Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion.

<sup>29</sup> Vgl. Stoph, Willi, Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR von 1971 - 1975, in: Neues Deutschland, 19. 6. 1971.

## DAS CHEMIEPROGRAMM DER DDR

von Gerd Neumann

- I. Zur Rolle der Chemisierung im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution
- II. Die Entwicklung der Chemieindustrie in der DDR bis zum Chemieprogramm 1958
- III. Das Chemieprogramm von 1958
  1. Motive, Ziele und Aufgaben
  2. Maßnahmen

### I. Zur Rolle der Chemisierung im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution

In den vierziger Jahren setzte in der Welt eine steile Aufwärtsentwicklung der Chemieproduktion ein. Bis Ende der fünfziger Jahre erhöhte sich innerhalb eines halben Jahrhunderts die Chemieproduktion aller Länder der Erde auf etwa das Zwanzigfache, während die Industrieprojektierung im gleichen Zeitraum nur auf etwa das Dreifache anstieg. In einem Jahrzehnt - in der Zeit von 1950 bis 1960 - wurde der Produktionswert der Chemieindustrie mehr als verdoppelt.<sup>1</sup>

Diese eindrucksvolle Entwicklung zeugt davon, daß sich die im 20. Jahrhundert beginnende wissenschaftlich-technische Revolution und die damit verbundene sprunghafte Produktivkraftentfaltung in der Chemieindustrie besonders stark abzeichnet. Eine solche stürmische Entwicklung der Produktion chemischer Erzeugnisse mußte sich zwangsläufig auf die übrigen Zweige der Industrie und darüber hinaus auf die gesamte Volkswirtschaft auswirken. Mit Recht kam deshalb der Begriff "Chemisierung der Volkswirtschaft" stärker in Gebrauch, der in zunehmendem Maße mit dem Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution in Verbindung gebracht wurde.

Die Frage nach dem Zusammenhang beider Erscheinungen wird auch für die Analyse des 1958 in der DDR konzipierten Chemieprogramms relevant, soll die Bedeutung des Programms für die Entwicklung der Produktivkräfte in der DDR eingeschätzt werden.

Wenden wir uns bei der Beantwortung dieser Frage zunächst dem Ausgangspunkt, der Chemisierung, zu. Manfred Schroeder versteht darunter einmal die verstärkte Verwendung chemischer Erzeugnisse als Roh- und Hilfsstoffe und zum anderen die weitestgehende Anwen-

<sup>1</sup> Arnold, Hans/Borchert, Hans/Lange, Alfred/Schmidt, Johannes, Die wissenschaftlich-technische Revolution in der Industrie der DDR, Berlin 1967, S. 25.

dung chemischer Verfahren in allen Produktionszweigen.<sup>2</sup> Diese beiden charakteristischen Entwicklungstendenzen des Chemisierungsprozesses werden auch von Arnold Borchert, Lange und Schmidt hervorgehoben, wobei sie jedoch deren Voraussetzung - die verstärkte Erzeugung chemischer Produkte - in die Begriffsbestimmung einbeziehen.<sup>3</sup>

Dieser Auffassung kann zugestimmt werden, wobei die Rolle der chemischen Erzeugnisse als Roh- und Hilfsstoffe unseres Erachtens von Schroeder nicht treffend gekennzeichnet wird. Typisch für die Chemisierung ist nicht lediglich, daß diese Produkte verstärkt in der Volkswirtschaft Verwendung finden, sondern als Arbeitsgegenstände, die den Produktionsprozeß revolutionieren. Gerade diese neue Funktion der chemischen Produkte gewinnt für den Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution, für die Vorbereitung ihres eigentlichen Kernprozesses, erstrangige Bedeutung.

Schließlich erhellt dieser Aspekt - dem Produktionsprozeß über die Chemie neuartige Arbeitsgegenstände zuführen zu können - auch die Bedeutung der Anwendung chemischer Verfahren für viele Bereiche der Volkswirtschaft. Erschließen sich doch beispielsweise der Metallurgie durch die Entwicklung der Chemie neue Möglichkeiten für die Produktion von Metallen mit neuen Eigenschaften, die ihre Funktion als Arbeitsgegenstände über das Maß einer herkömmlichen Anwendung hinaus erweitern.

In der Regel wird die Chemisierung der Wirtschaft bei der Charakterisierung des Prozesses der wissenschaftlich-technischen Revolution definitorisch erfaßt. "Das Eindringen chemischer Produkte und Verfahrenstechniken in nahezu alle Gebiete unserer Wirtschaft und unseres täglichen Lebens ..." wird als einer der "Grundzüge" der wissenschaftlich-technischen Revolution bezeichnet.<sup>4</sup> Als der tiefgreifendste Prozeß einer umfassenden qualitativen Höherentwicklung der Produktivkräfte, der jemals stattfand, ist die wissenschaftlich-technische Revolution gekennzeichnet durch eine Revolutionierung der energetischen Basis der Volkswirtschaft, insbesondere durch die Ausnutzung der Atomkraft, die umfassende Automatisierung der Produktionsprozesse und der formalisierbaren geistigen Arbeit, neue Wege der direkten Stoffumwandlung unter Ausschaltung einer Vielzahl von Zwischenstufen, insbesondere auf der Grundlage chemischer Prozesse, und die Entwicklung von Systemlösungen in der Volkswirtschaft.<sup>5</sup>

So richtig die Betonung des Eindringens chemischer Produkte und Verfahren in die Volkswirtschaft ist - es fehlt auch hier der Hinweis auf spezifische Funktionen der Chemisierung in Ensemble der Entwicklungslinien der wissenschaftlich-technischen Revolution. Hinzu kommt, daß in der genannten Definition zwar neue Wege der Stoffumwandlung, nicht aber die Rolle chemischer Produkte als Arbeitsgegenstände und für die Produktion von Arbeitsgegenständen Berücksichtigung finden.

Letzterem messen sowjetische Wirtschaftswissenschaftler große Bedeutung bei. In dem Werk "Politische Ökonomie des gegenwärtigen Monopolkapitalismus", das in der Sowjetunion erschien, wird davon ausgegangen, daß die mechanischen Arbeitsmittel durch die Automatisierung, die Arbeitsgegenstände durch die Herstellung künstlicher Rohstoffe mit vorgegebenen Eigenschaften und die Energiequellen

2 Schroeder, Manfred, Arbeitsgegenstand und wissenschaftlich-technische Revolution - Neue Rohstoffe durch Chemie, in: Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte der wissenschaftlich-technischen Revolution, S. 144 f. = Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Nr. 13/1968.

3 Arnold, Hans/Borchert, Hans/Lange, Alfred/Schmidt, Johannes, a. a. O., S. 25.

4 Vgl. Ulbricht, Walter, Die Durchführung der ökonomischen Politik im Planjahr 1964 unter Berücksichtigung der chemischen Industrie, Berlin 1964, S. 56.

5 Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 287 f.

durch die Nutzung der Atomenergie im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution umgestaltet werden.<sup>6</sup>

Aus dieser Sicht kommt dem Einsatz chemischer Stoffe im Produktionsprozeß eine spezifische Funktion für die Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution zu. Auf dieses Problem wird noch näher eingegangen. Zunächst gilt es aber, die Frage zu beantworten, wie die Chemisierung in den Komplex der Erscheinungen der technischen Revolution einzuordnen ist, ob sie ein Phänomen unter anderen ist oder ob sie im Prozeß der Revolutionierung der Produktivkräfte eine besondere Rolle spielt.

Arnold, Borchert, Lange und Schmidt sehen das entscheidende Merkmal der wissenschaftlich-technischen Revolution in der qualitativ neuen Stellung des Menschen im Produktionsprozeß.<sup>7</sup> Als weitere Merkmale führen sie die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft und den Übergang zu einer qualitativ neuen materiell-technischen Grundlage der Produktion an.<sup>8</sup> Die neue Stellung des Menschen im Produktionsprozeß wird wie folgt begründet: Die Verwendung von Maschinen und Automaten in sämtlichen Stadien des Produktionsprozesses führe dazu, daß sich der Mensch immer mehr von der Teilnahme am unmittelbaren Produktionsprozeß löst und neben diesen Prozeß tritt.<sup>9</sup> Folgen wir dieser Argumentation, so wäre die Verwendung neuartiger Maschinensysteme bzw. Automaten die dominierende Komponente einer revolutionären Umwandlung der materiell-technischen Produktionsbasis. Aber nicht etwa die Automatisierung, sondern die Chemisierung steht an der Spitze des Katalogs der Hauptrichtungen beim Übergang zu einer qualitativ neuen Produktionsbasis, den Arnold, Borchert, Lange und Schmidt aufstellen. Im einzelnen nennen sie<sup>10</sup>:

- die zunehmende Verwendung chemischer Erzeugnisse und die Einführung chemischer Prozesse in die Produktion;
- die schnelle Entwicklung der Elektronik;
- die umfassende Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung;
- die friedliche Anwendung der Atomenergie;
- die komplexe Mechanisierung und Automatisierung der Produktion.

Inwieweit mit der Reihenfolge dieser Hauptrichtungen eine Wertung getroffen werden soll, ist nicht klar ersichtlich. Von Interesse für unsere Problematik - wollen wir den Stellenwert der Chemisierung unter den Entwicklungslinien der wissenschaftlich-technischen Revolution ermitteln - ist aber die Aussage der oben zitierten Verfasser über die Bedeutung der Chemisierung. Mehrfach werden Bezüge zur Automatisierung aufgezeigt. So heißt es<sup>11</sup>:

- Neue synthetische Stoffe erleichtern dank günstiger Verarbeitungseigenschaften den Übergang zur Automatisierung von Produktionsprozessen.
- Chemische Produktionsverfahren weisen in der Regel alle charakteristischen Merkmale der Fließfertigung auf und sind wegen ihrer hohen Kontinuität besonders für den Einsatz von Meß-, Steuerungs- und Regeleinrichtungen geeignet und damit für die Automatisierung geradezu prädestiniert.

6 Politische Ökonomie des gegenwärtigen Monopolkapitalismus, Autorenkollektiv des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau 1970, zit. bei Nick, Harry, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt in der sowjetischen Wirtschaftsliteratur, in: Einheit Nr. 5/1971. S. 534.

7 Arnold, Hans/Borchert, Hans/Lange, Alfred/Schmidt, Johannes, a. a. O., S. 15.

8 Ebenda.

9 Ebenda.

10 Ebenda, S. 24.

11 Ebenda, S. 29 f.

- In chemischen Prozessen ist der spezifische Anteil der lebendigen Arbeit relativ gering.

Werden hieraus die engen Bezüge zwischen Chemisierung und Automatisierung deutlich, und zwar nicht nur hinsichtlich der besonderen Eignung der Chemieproduktion für Automatisierungsvorhaben, sondern auch, was die Rolle der Chemieproduktion als Werkstofflieferant für die Automatisierung übriger Volkswirtschaftsbereiche angeht, so bleibt doch die Frage der Priorität der Entwicklungslinien ungeklärt.

Zu einer eindeutigen Entscheidung dieser Frage - und zwar zugunsten der Automatisierung - gelangt Jonas in seiner mit Linsbauer und Marx verfaßten Geschichte der Produktivkräfte. Jonas sieht in der Automatisierung den Kernprozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution und stellt die Steuer- und Regelmechanismen in den Vordergrund: "Durch die Einführung technischer Steuer- und Regeleinrichtungen schiebt der Mensch in dem Auseinandersetzungsprozess mit der Natur wiederum ein neues Element der gesellschaftlichen Produktivkräfte zwischen sich und die Natur, . . . , d. h. seine Stellung als Produktivkraft wird verändert. Der Mensch scheidet als Glied des produktionstechnischen Systems aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß, dem eigentlichen Fertigungsprozeß, aus. . . , tritt neben den Fertigungsprozeß als sein Arrangeur und Konstrukteur."<sup>12</sup> Hierin stimmt Jonas mit Arnold, Borchert, Lange und Schmidt überein. Indem Jonas jedoch die Entwicklung der Automatisierung aus historischer Sicht betrachtet, gelangt er zu Schlußfolgerungen, die nicht nur den Zusammenhang zwischen Automatisierung und Chemisierung erhellen, sondern darüber hinaus die Chemisierung als eine von der Automatisierung abgeleitete Hauptlinie der wissenschaftlich-technischen Revolution erscheinen lassen. Er schreibt: "Mit dem Prozeß der Automatisierung ist ein grundlegender Wandel der Fertigungsverfahren und damit auch der Konstruktionen und der eingesetzten Rohstoffe verbunden. Die ersten Automatisierungsentwicklungen knüpften an die Technologie der traditionellen Maschinenindustrie an. Die Zerlegung des Fertigungsprozesses in zahlreiche Telloperationen und die damit verbundene Zerlegung der Kontroll- und Steuerungsoperation (Fließbandsystem) bereiteten die Automatisierung vor. Solange die traditionelle Technologie zwar aufgegliedert wird, aber in ihrem Grundcharakter erhalten bleibt, stößt die Entwicklung zur Vollautomatisierung auf außerordentliche Hindernisse und läßt sich rational, d. h. ökonomisch vertretbar, nur bei relativ einfachen Produkten, zum Beispiel Kolben, durchführen."<sup>13</sup>

Für die Lösung des Problems, traditionelle Technologien zu überwinden, die als Schranke bzw. Hemmnis die Automatisierung behindern, gewinnt nach Jonas der Einsatz chemischer Stoffe als Arbeitsgegenstand erstrangige Bedeutung. "Der Übergang zur Automatisierung der Produktion bedingt eine weitgehende Änderung der Rolle des Rohstoffs im System der Elemente der Produktion überhaupt. Die Automatisierung, vor allem die Vollautomatisierung, verlangt mit dem Zwang objektiver Gesetze die optimale Anpassungsfähigkeit aller Elemente und Faktoren im System des Fertigungsprozesses . . . , die Entfaltung der Automatisierung der Produktion erfordert zwangsläufig die Entwicklung der 'Rohstoffe nach Maß', die synthetische Herstellung von Rohstoffen mit ganz bestimmten, den jeweiligen Produktionsbedingungen und Produktionszielen angepaßten Eigenschaften."<sup>14</sup> Und Jonas schlußfolgert: "So wird deutlich, wie, ausgehend von dem Kernprozeß der Automatisierung, durch klar erkennbare Zusammenhänge im System der gesellschaftlichen Produktivkräfte die Chemisierung zu einem der bedeutendsten Grundpfeiler der wissenschaftlich-technischen Revolution wird."<sup>15</sup>

12 Jonas, Wolfgang/Linsbauer, Valentine/Marx, Helga, Die Produktivkräfte in der Geschichte, Bd. 1, Berlin 1969, S. 28.

13 Ebenda, S. 43 f.

14 Ebenda, S. 44 f.

15 Ebenda.

Neben der hier einleuchtend begründeten These, daß die Chemisierung eine mit der Automatisierung aufs engste verflochtene Hauptlinie der wissenschaftlich-technischen Revolution ist, liefert Jonas gleichzeitig Ansatzpunkte für eine zweite These, die für die wirtschaftshistorische Betrachtung des Verlaufs der wissenschaftlich-technischen Revolution von immenser Bedeutung ist. Die Aussage, daß die Chemisierung nach ersten Automatisierungsbestrebungen und -ergebnissen Grundlagen für die weitere Durchsetzung der Automatisierung schafft, berechtigt zu der Schlußfolgerung, daß die Chemisierung der Wirtschaft zeitlich einer eigentlichen, generellen oder umfassenden Automatisierung der Produktion im großen und ganzen vorausgeht. Die chronologische Priorität der Chemisierung gegenüber der Automatisierung, die sich im Prozeßverlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution abzeichnet, ist in erster Linie zurückzuführen auf die revolutionierende Rolle, die chemische Stoffe als Arbeitsgegenstände in der Produktionstechnologie spielen. Auch Richter gelangt zu der Auffassung, daß die technische Revolution gerade dem Arbeitsgegenstand "... mannigfaltige Impulse ihres Zustandekommens und ihrer Weiterentwicklung" verdankt.<sup>16</sup> Dieser für die Bedeutung der Chemisierung in der wissenschaftlich-technischen Revolution so wichtige Aspekt ist auch insofern interessant, als die "im Gegensatz zu den anderen Elementen der Produktivkräfte sehr langsame Entwicklung des Arbeitsgegenstandes in der Vergangenheit, seine Veränderlichkeit fast nur im Gefolge der Entwicklung dieser anderen Elemente, ... sogar die Meinung aufkommen (ließ), der Arbeitsgegenstand sei kein oder nur ein äußerst passiver Bestandteil der Produktivkräfte."<sup>17</sup>

Auf die durch das Aufkommen synthetischer Werkstoffe bedingten Qualitätsunterschiede der Arbeitsgegenstände verweist auch Schroeder, der in Anlehnung an Richter die Entwicklung des Arbeitsgegenstandes in drei Etappen einteilt<sup>18</sup>: Wurden "bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zur Produktion materieller Güter ausschließlich Roh- und Hilfsstoffe verwendet, die die Natur dem Menschen gab" (erste Etappe), kamen Ende des 19. Jahrhunderts ihnen nachgeahmte synthetische Stoffe hinzu (zweite Etappe), die wie erstere "weitestgehend die Beschaffenheit der zukünftigen Produkte" bestimmten. Ein qualitativer Wandel des Arbeitsgegenstandes setzte dann in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts ein (dritte Etappe), also gleichzeitig mit dem Beginn des sprunghaften Anschnellens der Chemieproduktion im Weltmaßstab. Synthetisch hergestellte Arbeitsgegenstände, die "Werkstoffe nach Maß", denen von gewünschten Verwendungszwecken diktierte Eigenschaften verliehen werden konnten und die nicht mehr Kopie natürlicher Werkstoffe waren, gelangten in die Produktion. Vor allem synthetische Plaste und Fasern - hochmolekulare chemische Verbindungen - gewannen als die "eigentlichen Werkstoffe der wissenschaftlich-technischen Revolution" Bedeutung.<sup>19</sup> Die ursprüngliche Ausgangsbasis Kohle/Karbid wurde von den billigen Rohstoffen Erdöl und Erdgas abgelöst - nicht zuletzt auch wegen der kürzeren und weniger komplizierten Umwandlungsverfahren der Petrochemie.

Zeitlich decken sich folglich zwei wesentliche Momente der Chemisierung: die Förderung der Chemieproduktion generell und das Einsetzen der Herstellung neuartiger Chemieprodukte, insbesondere der Plastwerkstoffe. Allerdings bleibt der Qualitätswandel der Arbeitsgegenstände nicht nur auf die Anwendung von Plasten und synthetischen Fasern beschränkt. Er erstreckt sich im Ergebnis der Chemisierung auch auf die Herstellung und den Einsatz "konventioneller" Werkstoffe wie der Metalle. Besondere Bedeutung als neuartige Arbeitsgegenstände erlangen gegenwärtig auch die Silikate. Vielversprechende chemische Experi-

16 Richter, Siegfried, Entwicklungstendenzen und -etappen der Produktivkräfte im 19. und 20. Jahrhundert, dargestellt an einem Grundriß der modernen industriellen Produktions- und Organisationsmethoden, Habil. -Schrift Halle 1966, S. 55.

17 Schroeder, Manfred, a. a. O., S. 118.

18 Ebenda, S. 118 f.

19 Ebenda, S. 143.



mente sowjetischer Wissenschaftler mit Azetylen führten beispielsweise zur Herstellung des glasartigen Werkstoffes Carbin, der infolge seiner Eigenschaften - er ist lichtdurchlässig, halbleitend, äußerst wärmebeständig und in hohem Maße resistent gegen aggressive Chemikalien - als Konstruktionswerkstoff der Zukunft bezeichnet wird.<sup>20</sup> Ein Beispiel von vielen, das die Breite deutlich macht, in der sich als Resultat der Chemisierung qualitative Wandlungen auf dem Gebiet der Arbeitsgegenstände vollziehen. Es entstehen Voraussetzungen für die Anwendung neuer Technologien, für die schrittweise, aber zum Teil auch abrupte Ablösung herkömmlicher Fertigungsprozesse durch neue. Besteht kein Zweifel darüber, daß der gravierendste Wandel der Technologie - die Automatisierung - eine längere "Vorbereitungsphase" erfordert, so ist im Qualitätswandel der Arbeitsgegenstände ein maßgeblicher Bestandteil dieser Vorbereitung, in der ihn hervorbringenden Chemisierung jedoch ein der Automatisierung vorausgehender, weil Grundlagen schaffender Prozeß zu sehen. Geht man von dem eigentlichen Kernprozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Automatisierung, aus, wird zumindest eine Erklärung für den Umstand sichtbar, warum die in der DDR, und in anderen sozialistischen Ländern um die Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren eingeleiteten ersten Schritte zur Meisterung bzw. Vorbereitung der wissenschaftlich-technischen Revolution sich nicht in Automatisierungsprogrammen, sondern in Chemieprogrammen niederschlagen.

Interessant und für unsere Problematik nicht ohne Bedeutung ist in diesem Zusammenhang ein Hinweis, der 1958, im Jahr der Ausarbeitung des Chemieprogramms, auf dem V. Parteitag der SED gegeben wurde. Auf die Probleme der sozialistischen Rekonstruktion Bezug nehmend, hieß es dort: "Viele Genossen vergessen, daß der erste Schritt zur weitgehenden Mechanisierung und Automatisierung nicht das Aufstellen von Automaten, elektronisch gesteuerten Maschinen und Elektronengehirnen ist, sondern die Umorganisation des gesamten Produktionsprozesses in Richtung auf einen systematischen und kontinuierlichen Materialfluß."<sup>21</sup>

Neuere Aussagen zu dieser Problematik gehen über diese Erkenntnis weiter hinaus. Im Band 3 des 1970 in der Sowjetunion herausgegebenen Werkes "Politische Ökonomie" heißt es dazu: "Neben der Einführung von automatisierten Maschinensystemen als prinzipiell neue Ausrüstungen der Arbeit setzt die komplexe Automatisierung grundlegende Umwälzungen in der Struktur der gesellschaftlichen Produktion, in der Verbreitung der existierenden und der Anwendung neuer Energiequellen, qualitative Veränderungen der Arbeitsgegenstände, die Vervollkommnung der Formen der Organisation und Leitung, die Erhöhung der Rolle der Wissenschaft voraus."<sup>22</sup> Diese Erkenntnis, daß es nicht schlechthin um die Aufstellung von Automaten geht, sondern daß eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um zur komplexen Automatisierung übergehen zu können, kommt auch in den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED zum Ausdruck. Den gegenwärtigen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte und die künftigen Erfordernisse real einschätzend, bestimmte die Partei die sozialistische Rationalisierung zur erstrangigen politischen Aufgabe von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung.<sup>23</sup> Dabei geht es um die "Modernisierung der vorhandenen

20 Vgl. Neues Deutschland, 16. 10. 1971, S. 11 (Ausgabe B).

21 Ulbricht, Walter, Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat (im folgenden: Der Kampf um den Frieden). Referat und Schlußwort auf dem V. Parteitag der SED in Berlin vom 10. bis 16. 7. 1958, Berlin 1958, S. 193 (Hervorhebung von mir - G. N.).

22 Politische Ökonomie, Bd. 3: Der Sozialismus - die erste Phase der kommunistischen Produktionsweise, Autorenkollektiv der Parteihochschule beim ZK der KPdSU, Moskau 1970, S. 337, zit. bei Nick, Harry, Wissenschaftlicher Fortschritt in der sowjetischen Wirtschaftsliteratur, in: Einheit, Nr. 5/1971, S. 533.

23 Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, S. 46.

Technik, die Mechanisierung, die Teilautomatisierung und ... die Automatisierung ausgewählter volkswirtschaftlicher Vorhaben.<sup>24</sup>

Die Automatisierung erscheint so als ein Glied einer Kette von Maßnahmen zur Intensivierung der Produktion. Die chemische Industrie bleibt auch künftig eine Dominante der industriellen Entwicklung in der DDR. Ihr wurde in der auf dem VIII. Parteitag beschlossenen Direktive zum Fünfjahrplan nach der Energiewirtschaft Platz zwei auf der Rangliste der volkswirtschaftlichen Schwerpunkte eingeräumt.

Unter anderem wurde in der Direktive hervorgehoben, daß durch "zunehmende Bereitstellung moderner Werkstoffe ... der Prozeß der Chemisierung fortzusetzen" ist.<sup>25</sup> Es zeichnet sich folglich in der wirtschaftlichen Praxis der DDR die Richtung ab, Grundlagen für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu schaffen.

Im Sinne der auf dem VIII. Parteitag von Erich Honecker erhobenen Forderung, die Gesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution zu studieren und zu nutzen<sup>26</sup>, kommt meines Erachtens der Erforschung von Voraussetzungen für ihren Kernprozeß erhöhte Bedeutung zu. Das betrifft in besonderem Maße auch den Prozeß der Chemisierung, geht man davon aus, daß die Chemisierung im Hinblick auf die Schaffung qualitativ neuer Arbeitsgegenstände Vorleistungen für diesen Kernprozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution zu erbringen hat.

## II. Die Entwicklung der Chemieindustrie in der DDR bis zum Chemieprogramm 1958

Bereits vor der Konzipierung und Durchführung des Chemieprogramms war die Chemieindustrie in der DDR ein bedeutender Industriezweig der Volkswirtschaft. (Vgl. Tabelle 1 und 2.)

Tabelle 1

Bruttoproduktion der chemischen Industrie der DDR<sup>+</sup>  
(in Milliarden M unveränderlicher Planpreise)

1950	1955	1956	1957	1958
3 568	6 864	7 428	7 993	8 777 <sup>++</sup>

+ Apel, Erich, Das Chemieprogramm der Deutschen Demokratischen Republik - ein wichtiger Faktor im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus, Wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1960, S. 18.

++ Chemische Industrie insgesamt, einschließlich Produktion von Chemiefasern.

24 Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975, in: Dokumente des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, S. 42.

25 Ebenda, S. 75.

26 Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, a. a. O., S. 47.

Tabelle 2

Anteil der Chemieindustrie an der Bruttoproduktion der Gesamtindustrie in der DDR<sup>+</sup>  
(in %)

1950	1955	1956	1957	1958
15,3	15,3	15,6	15,6	15,4

+ Apel, Erich, Das Chemieprogramm der Deutschen Demokratischen Republik - ein wichtiger Faktor im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus, Wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1960, S. 18.

Im November 1958 konnte auf der Chemiekonferenz des ZK der SED und der Staatlichen Plankommission festgestellt werden, daß die DDR, gemessen am absoluten Produktionsumfang chemischer Erzeugnisse, den siebenten und hinsichtlich des Chemieproduktionsvolumens pro Kopf der Bevölkerung den zweiten Platz unter den Ländern der Welt einnahm.<sup>27</sup> Unter welchen Ausgangsbedingungen hatte die Entwicklung der Chemieindustrie begonnen?

Bis 1945 hatte sich die deutsche Chemieindustrie in fünf Ballungsgebieten konzentriert. Das waren die Gebiete am Nieder- und am Oberrhein, das Rhein-Main-Gebiet, Bayern und das Mittelelbe-Gebiet im sächsischen Industrierevier.

1945 entfielen etwas über ein Drittel (35 Prozent) der Produktion und der Beschäftigten der deutschen Chemieindustrie auf die sowjetische Besatzungszone und nahezu zwei Drittel (65 Prozent) auf die Westzonen.<sup>28</sup> Auf dem Territorium der DDR befand sich nach 1945 die Produktion von Grundchemikalien. Sie fand eine gewisse Rohstoffgrundlage in den Braunkohlevorkommen, den Salzlagerstätten und einem Rohstoffreservoir an Gips, Kalk und Ton<sup>29</sup>, die im wesentlichen die Grundlage für die Entwicklung der Chemieproduktion in der DDR bildeten bis zur Inangriffnahme des Chemieprogramms.

Entsprach die infolge der Spaltung entstandene Verteilung des Produktionspotentials der Chemieindustrie in etwa der Bevölkerungsproportion, so ergaben sich aus der Sicht der Branchenstruktur erhebliche Disproportionen. Besonders das Verhältnis zwischen der Gewinnung von Grundchemikalien und der verarbeitenden Chemie fiel für die Chemiewirtschaft der sich in der sowjetischen Besatzungszone entfaltenden antifaschistisch-demokratischen Ordnung sehr ungünstig aus.

Die Produktion anorganischer Chemikalien war auf dem Territorium der DDR relativ gut entwickelt, mit Ausnahme der Schwefelsäureproduktion, von der lediglich ein Fünftel auf DDR-Territorium lag. Ein besonders empfindlicher Mangel bestand an einigen hochveredelten chemischen Erzeugnissen, deren Produktion im westdeutschen Raum konzentriert war. Die Herstellung von Farbstoffen auf Teergrundlage, die Paraffinverarbeitung und die Produktion von Pharmazeutika lagen zum größten Teil in Westdeutschland. "Von den produzierenden deutschen Teerfarbenfabriken lag nur eine auf dem Gebiet der DDR: die Far-

27 Vgl. Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit, Konferenzmaterial der Chemiekonferenz des ZK der SED und der Staatlichen Plankommission in Leuna am 3. und 4. 11. 1958, hg. v. ZK der SED, o. O. o. J. (im folgenden: Konferenzmaterial).

28 Vgl. Bedeutung und Perspektiven der chemischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: Bedeutung und Perspektiven), v. einem Autorenkollektiv, Berlin 1959, S. 17.

29 Vgl. diese und weitere Angaben in Zahlen und Fakten zur Entwicklung der chemischen Industrie der DDR, in: Statistische Praxis, Nr. 2/1964, S. 29 ff.

**Tabelle 3**

Anteil der Chemieindustrie auf dem Gebiet der DDR an der Produktion wichtiger Erzeugnisse Deutschlands im Jahre 1936<sup>+</sup>

(in %)

Schwefelsäure	22,1	Teerfarbstoffe	14,8
Kalzinierte Soda	44,1	Pharmazeutika	5,2
Ätznatron	47,3	Lacke und Anstrichmittel	21,2
Chlor für Absatz	48,7	PKW-Reifen	6,4
Schwefelkohlenstoff	57,5	PKW-Schläuche	5,5
Synthetisches Ammoniak	55,5	LKW-Decken und -Schläuche	7,3
Kalziumkarbid	30,4		

+ Zahlen und Fakten zur Entwicklung der chemischen Industrie in der DDR, in: Statistische Praxis, Nr. 2/1964, S. 29 ff.

benfabrik Wolfen. Die Verteilung der pharmazeutischen Industrie Deutschlands war dadurch gekennzeichnet, daß die Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen, im Rhein-Main-Gebiet sowie in Berlin und Hamburg lagen. Auf dem Gebiet der DDR gab es nur einige pharmazeutische Betriebe in Sachsen, Thüringen und in Berlin. Diese Betriebe hatten sich meist spezialisiert und konnten keineswegs den Arzneimittelbedarf der DDR decken.<sup>30</sup> Ein Bild von der ungleichmäßigen Verteilung der Chemieproduktion vermittelt auch die Tabelle 4.

**Tabelle 4**

Verteilung der Produktion einiger Chemieprodukte auf die Westzonen und die sowjetische Besatzungszone. Stand am Ende des zweiten Weltkrieges<sup>+</sup>

(in %)

Produkt	Gebiet der damaligen Westzonen	Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone
Schwefelsäure	80	20
Magnesium	-	100
Kali	35	65
Stickstoff	40	60
Ätznatron und Chlor	57	43
Soda	56	44
Kunststoffe <sup>++</sup>	75	25
Seifen und Waschmittel <sup>++</sup>	72	28
Fotofilme <sup>++</sup>	30	70
Synthesekautschuk <sup>++</sup>	17	83

+ Bedeutung und Perspektiven der chemischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959, S. 17.

++ Zahlen für 1938 (Metzner, Chemische Industrie der Welt, Bd. 1, S. 191.).

Die Produktionslücke in der chemischen Industrie der sowjetischen Besatzungszone - das Fehlen einer nennenswerten Produktion von organischen Zwischenprodukten, Feinchemikalien, Pharmazeutika und Farbstoffen - ist als eine erschwerte Ausgangsbedingung für die

30 Bedeutung und Perspektiven, a. a. O., S. 19.

Entwicklung der Chemieindustrie zu werten. Die Beseitigung dieser Lücke hätte den raschen Aufbau umfangreicher Produktionsanlagen erfordert. Dafür fehlten infolge einer anderen durch disproportionalen Produktionsverteilung hervorgerufenen Kapazitätslücke im gesamtvolkswirtschaftlichen Rahmen - die Eisen- und Stahlindustrie war kaum entwickelt und schwach vertreten - entscheidende Voraussetzungen. Hinzu kam, daß nach dem Kriegsende andere dringlichere Aufgaben zu lösen waren. Die im Krieg stark zerstörten Chemieanlagen mußten entrümmert, aufgebaut und in Gang gesetzt werden. Von den Kriegseinwirkungen waren besonders die auf der mitteldeutschen Braunkohle basierenden Werke der chemischen Schwerindustrie betroffen, die durch Bombenangriffe weitgehend zerstört waren.<sup>31</sup>

Adler weist für das Jahr 1946 einen Rückgang der Chemieproduktion auf dem DDR-Territorium auf 60 Prozent des Standes von 1936 aus.<sup>32</sup> Nachweisbar war die Produktionsverringering infolge der Kriegseignisse bei einer Reihe von volkswirtschaftlich äußerst wichtigen Chemieprodukten jedoch noch wesentlich krasser.

Tabelle 5

Produktion wichtiger chemischer Erzeugnisse auf dem Gebiet der DDR im Jahre 1946 gegenüber 1936<sup>+</sup>

Erzeugnis	Tonnen	Prozent von 1936
Schwefelkohlenstoff	12 757	57
Schwefelsäure	88 010	29
Kalzinierte Soda	48 399	13
Ätznatron	65 700	53
Kalziumkarbid <sup>++</sup>	-	14
Synthetisches Ammoniak <sup>++</sup>	-	14
Phosphordünger	6 735	21
Lacke und Anstrichmittel	27 281	63

+ Zahlen und Fakten zur Entwicklung der chemischen Industrie in der DDR, in: Statistische Praxis, Nr. 2/1964.

++ Wyshofsky, Günther, Die chemische Industrie - ein führender Industriezweig, Berlin 1964, S. 56.

Zunächst galt es, die größten Schäden zu beseitigen und die Produktion in Gang zu bringen. Dabei standen der Bedarf der weiterverarbeitenden Industrie an Grundchemikalien und die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln im Vordergrund. Bei der Bewältigung der komplizierten Probleme der Chemieindustrie nach 1945 half die UdSSR von Anfang an den Werktätigen in der sowjetischen Besatzungszone.

Daß Betriebe wie Leuna, Buna, das Elektrochemische Kombinat Bitterfeld, die Filmfabrik Wolfen, das Stickstoffwerk Piesteritz sowie Böhlen, Espenhain, Zeitz, Schwarzeiche, Rositz, Gölzau, Köpsen und Webau nicht demontiert wurden, sondern als SAG-Betriebe unter sowjetischer Verwaltung Friedensproduktion aufnahmen, auf- und ausgebaut wurden und für das Abdecken der Reparationsforderungen sowie des eigenen Bedarfs wertvolle Wiederaufbauleistungen erbrachten, hatte nicht nur Bedeutung für die Sicherung von Arbeitsplätzen

31 Panning, Günther, Zur Geschichte der Chemie und der chemischen Industrie in Deutschland, Berlin 1959, S. 38.

32 Adler, Hans, Die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in unserer chemischen Industrie, in: Neues Deutschland, 27. 6. 1957, S. 3 (Ausgabe B).

für viele Werktätige der Chemieindustrie. Die Leitung der größten chemischen Werke durch sowjetische Wirtschaftsexperten war mit der Einführung sozialistischer Leitungsmethoden verbunden und ermöglichte neben einer schnellen Steigerung der Chemieproduktion den Werktätigen der DDR, den Lernprozeß sozialistischen Leitens und Produzierens zu beschleunigen. Wertvolle Kapazitäten der Chemieindustrie wurden wiederhergestellt und blieben der DDR-Bevölkerung erhalten.

Nach Einleitung der ersten Schritte zur Wiederaufnahme der Produktion begann mit der Durchführung des Zweijahrplanes zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone 1949/50 der planmäßige Aufbau der chemischen Industrie. Die im Zweijahrplan festgelegten Ziele der Chemieindustrie wurden unter dem Gesichtspunkt konzipiert, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Bekleidung, Schuhwerk und Waschmitteln zu verbessern und die Entwicklung des Verkehrs- und Transportwesens zu unterstützen.

Der Plan enthielt erste langfristige Produktionsziele für Stickstoffdünger, Phosphordünger und Kunstfasern sowie für Treibstoffe, Schmieröl, Kraftfahrzeugbereifung, Waschmittel und synthetische Gerbstoffe. Dazu sollten die Produktionsstätten für Schwefelsäure, Soda, Ätznatron, Schwefelkohlenstoff, Kalziumkarbid und synthetische Fettsäure wiederhergestellt bzw. erweitert werden. Der zielstrebige Aufbau der Chemieindustrie zeigte erste Erfolge. 1950 waren 195 800 Werktätige in den chemischen Betrieben tätig, die zirka 4,1 Milliarden Mark Bruttoproduktion erzeugten.<sup>33</sup> Mit der Durchführung des Zweijahrplanes begann die Erweiterung und Verbesserung des Sortiments der Chemieproduktion, dessen Struktur jedoch auch zu Beginn der ersten Fünfjahrplanperiode große Disproportionen aufwies, zumal der Wiederaufbau der zerstörten Produktionsstätten der Chemie noch in den Anfängen steckte. Deshalb wurde im ersten Fünfjahrplan für die Entwicklung der Chemieindustrie in den Jahren 1950 bis 1955 festgelegt, daß der Wiederaufbau der zerstörten bzw. stillgelegten Werke der Grundstoffchemie zur Herstellung von Schwefelsäure, Soda, Ätznatron, Kalziumkarbid und Ammoniak zu forcieren ist, um das Zurückbleiben der Produktion dieser für die weiterverarbeitende Chemie eminent wichtigen Grundchemikalien zu überwinden.<sup>34</sup> Während in der ersten Hälfte des Fünfjahrplanzeitraums die Grundchemikalien im Vordergrund standen, wurde in seiner zweiten Hälfte die Produktion von Treibstoff, synthetischem Gummi und Schmieröl stark erweitert.<sup>35</sup> Umfangreiche Mittel wurden in diesem Zeitraum in der Chemieindustrie investiert.

Etwa 1 Milliarde Mark wurden allein in den Betrieben des Ministeriums für chemische Industrie in der Periode des ersten Fünfjahrplans investiert.<sup>36</sup> "Von den staatlichen Investitionsmitteln, die 1951 bis 1955 den zentralgeleiteten volkseigenen Chemiebetrieben zur Verfügung gestellt wurden, fanden 25 Prozent für den Wiederaufbau und Neubau von Produktionsanlagen der Grundchemie und 24 Prozent für den Ausbau der Produktion von Kunstfasern, Plasten und synthetischem Kautschuk Verwendung."<sup>37</sup>

In den beiden ersten Jahren des Fünfjahrplanes erreichten die dem Chemieministerium unterstellten Betriebe Zuwachsraten der Bruttoproduktion von etwa 20 Prozent. Die Zuwachsraten sanken dann in den letzten Jahren auf etwa 9 Prozent. Das erklärt sich daraus, daß

33 Angaben zum Zweijahrplan siehe bei Panning, Günther, a. a. O., S. 40 f.

34 Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 - 1955), in: Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1955. S. 78 f.

35 Bedeutung und Perspektiven, a. a. O., S. 21.

36 Adler, Hans, a. a. O.

37 Statistische Praxis, Nr. 2/1964, S. 29 ff.

der Produktionszuwachs der ersten Zeit des Planjahr-fünftfs maßgeblich durch Wiederaufbau zerstörter bzw. stillgelegter Anlagen, in den weiteren Jahren jedoch durch investitionsintensive Neuanlagen realisiert wurde.<sup>38</sup>

Die chemische Industrie der DDR nahm in den Jahren 1951 bis 1955 einen großen Aufschwung. Die Produktion wichtiger Chemieverzeugnisse konnte wesentlich - zum Teil sogar über die im Plan vorgesehenen Ziele hinaus - gesteigert werden. (Vgl. Tabelle 6.)

Tabelle 6

Produktion wichtiger chemischer Erzeugnisse im Jahre 1955 gegenüber 1950<sup>+</sup>  
(in %)

Schwefelsäure	197	Lösungsmittel	187
Ätznatron	172	Organische Farbstoffe	162
Ammoniak	139	Synthetischer Kautschuk	182
Soda	446	Kunstseide	247
Kalziumkarbid	131		

+ Adler, Hans, Die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in unserer chemischen Industrie, in: Neues Deutschland, 27. 6. 1957, S. 3.

Bei der Produktion von Schwefelsäure, Soda, Ätznatron und Phosphordünger konnte gegenüber der BRD ein weit höheres Entwicklungstempo erreicht werden. Die Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter stieg in der Chemie auf 157,6 Prozent.<sup>39</sup>

Unter Führung der SED konnten die Werktätigen der DDR im ersten Planjahr-fünftf bedeutende Vorhaben der chemischen Industrie realisieren, so zum Beispiel den Bau der Gipsschwefelsäureanlage in Wolfen, der Sodaanlagen in Bernburg und Staßfurt, der Ätznatronanlagen in Bernburg, Bitterfeld und Dessau, der PVC-Anlagen in Buna und im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld sowie der Dederonanlagen in Premnitz, Schwarza und Wolfen. Es entstand eine leistungsfähige pharmazeutische Industrie. Unter großen Anstrengungen war es gelungen, krasse Disproportionen innerhalb der Chemieindustrie zu mildern. Allerdings reichte die Investitionskraft der DDR in der ersten Fünfjahrplanperiode nicht aus, um den steigenden Bedarf zu befriedigen.

Große Aufmerksamkeit widmete die Partei- und Staatsführung der Entwicklung der Chemieindustrie auch bei der Konzipierung des zweiten Fünfjahrplanes, der sich auf den Zeitraum von 1956 bis 1960 erstrecken sollte. In der Direktive für diesen Plan, die von der SED auf der 3. Parteikonferenz im März 1956 dargelegt wurde, hieß es zur Perspektive der Industrie der DDR: "Die Hauptaufgaben der Industrie im zweiten Fünfjahrplan bestehen darin, die Energieerzeugung, die Brennstoffindustrie, die Baustoffindustrie und einige Zweige der chemischen Industrie vorrangig vor allen anderen Wirtschaftszweigen auszubauen und das technische Niveau des Maschinenbaus entscheidend zu heben."<sup>40</sup>

<sup>38</sup> Panning, Günther, a. a. O., S. 42.

<sup>39</sup> Ulbricht, Walter, Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Protokolle der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1956, S. 32 f.

<sup>40</sup> Diese und die folgenden Aufgaben wurden, soweit nicht besonders gekennzeichnet, entnommen Zweiter Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (1956 - 1960), in: Protokolle der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz, a. a. O., Bd. 2, S. 1032 (Hervorhebung von mir - G. N.).

Folglich wurde in der DDR bereits zu Beginn der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die schnelle und zum Teil vorrangige Entwicklung der chemischen Industrie langfristig als eine Hauptaufgabe angesehen. In dem Versuch, die ökonomischen Potenzen auf führende Zweige der Volkswirtschaft zu konzentrieren, also die Hauptrichtungen der volkswirtschaftlichen Entwicklung herauszuarbeiten und zu bestimmen, deutete sich eine neue Qualität der Wirtschaftspolitik der SED an. Ihr lag der Gedanke zugrunde, vorrangig solche Industriezweige zu fördern, von deren Niveau die harmonische Entwicklung und das Tempo der übrigen Zweige abhingen. Das bedeutete eine Abkehr von der bis dahin geltenden These, daß jedes sozialistische Land alle Zweige der Wirtschaft und besonders der Industrie ausbauen müsse. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurde gesagt: "Jetzt, da es einen mächtigen Freundschaftsbund der sozialistischen Länder gibt, deren Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit sich auf die industrielle Macht des gesamten sozialistischen Lagers stützen, kann sich jedes europäische Land der Volksdemokratie auf die Entwicklung jener Industriezweige, auf die Produktion jener Güter spezialisieren, für die es die günstigsten natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen besitzt."<sup>41</sup> Laut Direktive für den zweiten Fünfjahrplan sollte der Ausbau der Chemieproduktion unter der Zielstellung erfolgen, Landwirtschaft, Leichtindustrie, Maschinenbau und einige andere Zweige der Volkswirtschaft entsprechend ihrem ständig anwachsenden Bedarf wesentlich besser mit Grundstoffen und Halbfertigfabrikaten der Chemie zu versorgen. Gleichzeitig sollte der Export solcher Erzeugnisse beträchtlich gesteigert werden.

Im Unterschied zur Aufgabenstellung des Chemieprogramms von 1958 sollten nach dieser Direktive solche Produktionsverfahren bevorzugt werden, die die Verwendung einheimischer Rohstoffe gestatteten. Als Schwerpunktaufgabe der Chemieindustrie sah der zweite Fünfjahrplan den weiteren Ausbau der Grundstoffindustrie vor.

Die Produktion von Schwefelsäure, Synthesekautschuk, Treibstoffen, Soda, Düngemitteln und Leichtmetallen sollte wesentlich ausgebaut und vorrangig entwickelt werden. Als weitere Aufgabe wurde die Steigerung der Produktion von Plasten und synthetischen Fasern ins Auge gefaßt. Unter anderem sollte die Produktion von Polyvinylchlorid gesteigert und die Großproduktion von Fasern mit wollähnlichem Charakter wie Wolcrylon, Prelana und Lanon neu aufgenommen werden.

Zur Erfüllung der Planziele in der Chemieindustrie sollten führende Großbetriebe wie die Leuna- und Buna-Werke, das Elektrochemische Kombinat Bitterfeld und die Farbenfabrik Wolfen erweitert und modernisiert werden. Rekonstruktion, Mechanisierung und Automatisierung der Chemiebetriebe sollten im Perspektivzeitraum eine Produktivitätssteigerung auf etwa 156 Prozent ermöglichen.

Es wurde die Forderung erhoben, der chemischen Industrie bis 1960 mindestens 4 500 Hoch- und Fachschulkader zuzuführen. Die Realisierung der in der Fünfjahrplandirektive vorgegebenen volkswirtschaftlichen Aufgaben stieß auf zahlreiche Schwierigkeiten. Sie wirkten sich besonders auf das Entwicklungstempo der Chemieindustrie hemmend aus und führten dazu, daß die Forderungen der Direktive quantitativ nicht durchgesetzt werden konnten und lediglich tendenziell für die Entwicklungsrichtung der Chemie wirksam wurden.

Die Chemisierung der DDR hatte bereits Anfang 1956 einen schlechten Start. Ein ungewöhnlich strenger Winter und Frühjahrsüberschwemmungen in Braunkohlentagebauen bewirkten Rückstände in der Braunkohleförderung. Das schränkte die Rohstoffgrundlage der

41 Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin 1956, S. 8; vgl. hierzu auch Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR, Berlin 1968, S. 251.



Chemieproduktion ein. Rohstoff- und Energieausfälle zwangen zur Herabsetzung von Planzielen einiger Chemiebetriebe, so unter anderem der Leunawerke um 15 Millionen Mark.<sup>42</sup>

Investitionen mußten vorwiegend auf den Kohle- und Energiesektor konzentriert werden, insbesondere auf den Aufbau des Kombinats "Schwarze Pumpe". Die ursprünglich vorgesehene Errichtung neuer Chemieanlagen verzögerte sich zum Teil. Eine Kapazitätserweiterung der Chemieindustrie mußte in den Jahren 1956 und 1957 hauptsächlich durch Rekonstruktion vorhandener Anlagen erreicht werden. Die in diesem Zeitraum vorgenommenen Investitionskürzungen führten dazu, daß die Chemieindustrie und besonders die Kallindustrie ihre Aufgaben nicht in voller Höhe erfüllen konnten.<sup>43</sup> Die Werk­tätigen der Chemiebetriebe unternahmen große Anstrengungen, um die Planrückstände aufzuholen, die Arbeitsproduktivität zu steigern und Investitionsmittel einzusparen. Fragen der neuen Technik wurden in vielen Betrieben Gegenstand des Wettbewerbs und der Neuererbewegung und erlangten auf den ökonomischen Konferenzen Bedeutung. Erste Ergebnisse stellten sich ein. Die Werk­tätigen im VEB Filmfabrik Wolfen erzielten im ersten Halbjahr 1956 381 000 Mark und im VEB Sodawerke Bernburg bis zum Ende des dritten Quartals fast 1 Million Mark zusätzlichen Gewinn.<sup>44</sup> Allerdings konnten diese Anstrengungen die durch wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufenen Planrückstände anfangs noch nicht kompensieren. Im Verlauf des Jahres 1956 fielen infolge der schwierigen politischen Situation in Ungarn und Polen ursprünglich geplante Steinkohlenimporte aus. Der dadurch bedingte stärkere Einsatz von Braunkohle als Brennstoff bewirkte, daß sich abermals die Versorgung der Chemiebetriebe mit Rohstoffen verschlechterte.<sup>45</sup>

Schließlich entstanden Anfang 1957 in einer Reihe von Chemiebetrieben des Bezirks Halle zusätzliche Schwierigkeiten. Unter Ausnutzung der komplizierten Situation in der Chemieindustrie und der zeitweiligen politischen Inaktivität gewannen westdeutsche Konzerne - insbesondere die IG-Farben-Gruppe - sowie das Ostbüro der SPD Einfluß auf Teile der Intelligenz, auf Meister und auch auf Arbeiter. Das äußerte sich im Ignorieren der Wettbewerbsbewegung, in ungenügender Beachtung von Verbesserungsvorschlägen und in Versuchen, die Betriebsbelegschaften unter Ostbürolosungen wie "langsam arbeiten" zu Aktionen gegen Partei und Staat aufzuwiegeln. Unter Führung der Partei gingen klassenbewußte Arbeiter in die Offensive, schalteten den Einfluß des Klassegegners aus und mobilisierten die Werk­tätigen der Chemieindustrie zum Aufholen der Planrückstände.<sup>46</sup>

Das ZK der SED analysierte auf seiner 30. Tagung, die vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 stattfand, die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1956 und besonders die Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung. Es erklärte den Ausgleich des Kohle- und Energiedefizits aus eigener Kraft zur zentralen wirtschaftspolitischen Aufgabe des Jahres 1957. Unter Führung der SED entfalteten die Werk­tätigen im Verlaufe des Jahres 1957 eine breite Massenbewegung zur ökonomischen Stärkung der DDR, die zu Ehren des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution fortgeführt wurde. "Nach der 30. Tagung ... setzte ein bedeutender Aufschwung im sozialistischen Aufbau ein. Bis Mitte 1958 waren die auf Grund der Ereignisse des Jahres 1956 eingetretenen Rückstände wieder aufgeholt."<sup>47</sup>

42 Szewczyk, Werner, Die ökonomische Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere der führenden Zweige der Industrie (Anfang 1956 bis Frühjahr 1960), Dissertation, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 56.

43 Vgl. ebenda, S. 48 f., 67.

44 Vgl. Neues Deutschland, 6. 10. 1956; 10. 10. 1956 (Ausgabe B).

45 Vgl. dazu Szewczyk, Werner, a. a. O., S. 56.

46 Vgl. dazu ebenda, S. 72 ff.

47 Müller, Hans/Reisig, Karl, a. a. O., S. 261.

Völlig zu Recht überschrieben Müller und Reißig diese Periode in der Entwicklung der DDR: "Heldentum friedlicher Arbeit und schwere Prüfungen".<sup>48</sup>

Veränderte Bedingungen auf dem Kohle-, Energie-, Stahl- und Chemiesektor der Volkswirtschaft hatten zu Veränderungen der in der Fünfjahrplandirektive enthaltenen Aufstellungen geführt. Im Oktober 1957 konnten auf der 33. Tagung des ZK der SED die perspektivischen Entwicklungslinien der Volkswirtschaft konkretisiert werden.

Die für die Chemieindustrie bis Ende 1960 vorgesehene Entwicklung sollte mit umfangreichen Investitionen forciert werden. Das Entwicklungstempo der Chemieproduktion hatte sich Ende des ersten und zu Beginn des zweiten Fünfjahrplanzeitraums verlangsamt. Obwohl die chemische Industrie bereits in der zurückliegenden Zeit als ein vorrangig zu entwickelnder Industriezweig angesehen wurde, reiften erst jetzt, nachdem die aus dem Klassenkampf auf internationaler Ebene, vor allem zwischen der DDR und der BRD, resultierenden Schwierigkeiten Mitte der fünfziger Jahre überwunden wurden, allmählich die volkswirtschaftlichen Bedingungen heran, um dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen. Bis Ende 1960 sollten 1,5 Milliarden Mark zur Errichtung neuer Anlagen und zum Ersatz teilweise dreißig bis vierzig Jahre alter Ausrüstungen investiert werden.<sup>49</sup>

Entsprechend den in der Fünfjahrplandirektive festgelegten Schwerpunkten der Chemie wurden die diesem Industriezweig zur Verfügung stehenden Investitionsmittel in den Jahren 1956 bis 1958 vorwiegend für die Erweiterung der Kapazitäten der Grundchemie verwendet.<sup>50</sup> Obwohl die für die Chemieindustrie geplanten Investitionsmittel besonders 1956 und 1957 nicht im vollen vorgesehenen Umfang realisiert werden konnten, gelang es doch im Gesamtzeitraum 1956 bis 1958, Investitionen stärker auf bestimmte Vorhaben der Chemie zu konzentrieren. Während im ersten Fünfjahrplanzeitraum der Anteil der Investitionsmittel und Generalreparaturen in den zentralgeleiteten Chemiebetrieben im Vergleich zur zentralgeleiteten Industrie insgesamt etwa 12 Prozent ausmachte, konnte im Zeitraum 1956 bis 1958 ein Anstieg auf mehr als 14 Prozent erreicht werden.<sup>51</sup> Dadurch konnten die Produktionskapazitäten solcher wichtigen Chemieprodukte wie kalzinierte Soda, Schwefelsäure, Kalziumkarbid, Phosphordünger, Stickstoffdünger und Kautschuk erhöht werden. (Siehe Tabelle 7 auf der nächsten Seite.)

Trotz der bereits geschilderten Schwierigkeiten vor allem im Jahr 1956 konnte die Produktion der chemischen Industrie im Gesamtzeitraum 1956 bis 1958 gegenüber 1956 auf 128 Prozent gesteigert werden. Bei einigen Industriegruppen der Chemieproduktion wurde ein besonders hoher Produktionszuwachs erzielt. (Siehe Tabelle 8.)

Eine überdurchschnittliche Produktionssteigerung wurde vor allem bei der Industriegruppe Plaste und Plasteerzeugnisse mit 65 Prozent gegenüber 1955 erreicht. Allerdings machte ihr Anteil an der Gesamtproduktion der Chemieindustrie 1958 lediglich 3,6 Prozent aus, das war der niedrigste von allen Industriegruppen.

48 Ebenda, S. 256.

49 Ulbricht, Walter, Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VI, Berlin 1964, S. 628, 631.

50 Vgl. Statistische Praxis, Nr. 2/1964.

51 Vgl. Apel, Erich, Das Chemieprogramm der Deutschen Demokratischen Republik - ein wichtiger Faktor im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus, Wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1960, S. 18.

Tabelle 7

Zuwachs an wichtigen Kapazitäten der Chemieindustrie der DDR in den Jahren 1956 bis 1958<sup>+</sup>

Produkt	Einheit	Zuwachs im Jahre			Gesamt- zuwachs 1956 bis 1958
		1956	1957	1958	
Schwefelsäure	1 000 t SO <sub>3</sub>	10,0	--,-	59,0	69,0
Kalzinierte Soda	1 000 t Na <sub>2</sub> CO <sub>3</sub>	35,0	13,0	10,0	58,0
Stickstoffdünger	1 000 t N	--,-	12,6	--,-	12,6
Phosphordünger	1 000 t P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>	6,0	--,-	1,1	7,1
Kalziumkarbid	1 000 t	22,8	--,-	22,8	45,6
Azetylzellulose	t	--,-	360,0	--,-	360,0
Synthet. Kautschuk	1 000 t	6,0	4,0	--,-	10,0
Kfz-Decken	1 000 St.	--,-	13,-	54,0	67,0
Viskosekord	t	--,-	290,-	1 150,0	1 440,0
Polyamidkord	t	115,0	--,-	450,0	565,0

+ Zahlen und Fakten zur Entwicklung der chemischen Industrie in der DDR, in: Statistische Praxis, Nr. 2/1964, S. 29 ff.

Tabelle 8

Produktion der Chemieindustrie nach Industriegruppen 1958<sup>+</sup>

Industriegruppe	Produktion 1955 = 100	Anteil der Industriegruppen in %
Chemische Industrie insgesamt	128	100,0
Grundchemikalien	134	26,8
Chemische und chemisch-technische Erzeugnisse	130	22,8
Plaste und Plasteerzeugnisse	165	3,6
Pharmazeutika	136	4,8
Gummi- und Asbestwaren	121	17,2
Chemiefasern	123	5,9
Mineralöle und Teerprodukte	118	18,9

+ Zahlen und Fakten zur Entwicklung der chemischen Industrie in der DDR, in: Statistische Praxis, Nr. 2/1964, S. 29 ff.

Bei der Wertung des erreichten Produktionszuwachses im Zeitraum von 1956 bis 1958 ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Arbeiter und Angestellten in dieser Zeit lediglich auf 105,2 Prozent und die der Produktionsarbeiter nur auf 104,7 Prozent anstieg. Die erlangene Produktionserhöhung von 28 Prozent wurde folglich in erster Linie durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter auf 124,1 Prozent möglich.<sup>52</sup>

Infolge der Bemühungen von Partei und Regierung zur Förderung dieses Industriezweiges und dank der großen Leistungen, die die Werkstätigen in den Chemiebetrieben vollbrachten, konnte bis 1958 ein Niveau der Chemieproduktion erreicht werden, an das mit dem Chemieprogramm angeknüpft werden konnte.

### III. Das Chemieprogramm von 1958

Die Ausarbeitung des Chemieprogramms fällt historisch in die Zeit der ersten Schritte zur Durchsetzung neuer Entwicklungstendenzen von Wissenschaft und Technik in der DDR, die in der Folgezeit auf bestimmten Gebieten zur Revolutionierung der Produktivkräfte im Sinne der wissenschaftlich-technischen Revolution führten. "Wir müssen in der Zeit des zweiten Fünfjahrplans mit einer neuen industriellen Umwälzung beginnen", hieß es bereits im Frühjahr 1956 auf der 3. Parteikonferenz der SED.<sup>53</sup> Die Chemisierung der Volkswirtschaft wurde zu dieser Zeit jedoch noch nicht in die Problematik der "industriellen Umwälzung" einbezogen. Als Bestandteile dieses Prozesses wurden zunächst lediglich die Nutzung der Atomenergie, die Automatisierung und die maschinelle Bewältigung bestimmter Arten geistiger Arbeit angesehen.<sup>54</sup>

Zwar war bereits 1956 eine wesentliche Erhöhung der Chemieproduktion zur Befriedigung des ansteigenden Bedarfs vieler Zweige der Volkswirtschaft und im Hinblick auf den Export vorgesehen. Hierbei dominierte jedoch noch der Gesichtspunkt, dank der Festigung des sozialistischen Lagers solche Zweige stärker fördern zu können, für die im allgemeinen vorteilhafte Entwicklungsbedingungen in der DDR bestanden. So wurde die Möglichkeit einer beschleunigten Entwicklung der Chemieindustrie damit begründet, daß die DDR über günstige Voraussetzungen dafür verfüge, wobei auf die Rohstoffressourcen, den Facharbeiter- und Spezialistenbestand und auch auf den leistungsfähigen Maschinenbau der DDR verwiesen wurde, der in Kooperation mit dem sozialistischen Ausland den Bedarf an Chemieausrüstungen decken könne.<sup>55</sup> Die besondere Förderung der Chemieindustrie wurde als entscheidende Maßnahme zur Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus angesehen. Sie leitete die dritte Etappe des Auf- und Ausbaus der Schwerindustrie der DDR ein (nach Metallurgie und Schwermaschinenbau sowie Kohle und Energie).

Diese Gründe verloren auch in der Folgezeit nicht an Bedeutung. Dennoch zeigte der V. Parteitag neue Aspekte. Hieß es 1956, daß die Chemieproduktion wesentlich zu steigern sei, wurde 1958 hervorgehoben, daß sie bis in die sechziger Jahre hinein in den Mittelpunkt des industriellen Aufbaus rücken wird.<sup>56</sup> Neben die 1956 hervorgehobene Möglichkeit zur Steigerung der Chemieproduktion trat 1958 die Aussage über ihre Notwendigkeit: "Die chemische Industrie wird die Grund- und Werkstoffbasis der verarbeitenden Industrie, insbesondere des Maschinenbaus und der Leichtindustrie erweitern. Deswegen liegt der Schwerpunkt des weiteren Aufbaus der chemischen Industrie auf dem

<sup>52</sup> Statistische Praxis, Nr. 2/1964.

<sup>53</sup> Ulbricht, Walter, Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, a. a. O., S. 76.

<sup>54</sup> Ebenda.

<sup>55</sup> Ebenda, S. 85 f.

<sup>56</sup> Ulbricht, Walter, Der Kampf um den Frieden, a. a. O., S. 49.

Gebiet der Kunststoffe und der vollsynthetischen Fasern".<sup>57</sup> Diese Vorstellungen schlossen eine Veränderung der Rohstoffbasis der Chemieindustrie in der DDR ein. Neben ihren wichtigsten Rohstoff, die Braunkohle, sollte in zunehmendem Maße das Erdöl treten.<sup>58</sup>

Die Chemieindustrie in den Mittelpunkt der industriellen Entwicklung zu stellen, solche chemischen Produkte hervorzuheben, die als Arbeitsgegenstände den Produktionsprozeß revolutionieren, sowie die Ausgangsbasis der chemischen Produktion um moderne, ihrer neuesten Entwicklung adäquate Rohstoffe zu erweitern - das alles läßt darauf schließen, daß der Ausbau der Chemieindustrie 1958 unter dem Gesichtspunkt der Chemisierung der Volkswirtschaft konzipiert wurde.

Die Frage, ob das Chemieprogramm lediglich als Ausdruck einer allseitigen und durch geeignete Voraussetzungen begünstigten Entwicklung der Produktivkräfte in der DDR anzusehen, oder aber ob es darüber hinaus als Maßnahme zu werten ist, die determiniert mit einem Komplex von Schritten zur Vorbereitung und Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der technischen Revolution eingeleitet wurde, soll im folgenden bei der Behandlung der Aufgabenstellung des Programms besonders berücksichtigt werden.

## 1. Motive, Ziele und Aufgaben

Die Arbeit an den Zielen und Aufgaben des Chemieprogramms begann in den ersten Monaten des Jahres 1958 im Zusammenhang mit der Erarbeitung neuer Perspektiven für die Volkswirtschaft der DDR. Sie mündete ein in die umfangreichen Vorbereitungen zum V. Parteitag der SED. Peter Adolf Thießen, zu dieser Zeit Vorsitzender des Forschungsrates beim Ministerrat der DDR und Direktor des Instituts für physikalische Chemie der Deutschen Akademie der Wissenschaften, schilderte den denkwürdigen Tag - es war der 7. März 1958 -, an dem ihm Aufgaben zur Vorbereitung des Chemieprogramms übertragen wurden, folgendermaßen: "Walter Ulbricht hatte am Abend dieses Tages eine Gruppe von Mitgliedern des Forschungsrates empfangen. Bei dieser Gelegenheit teilte (er) mit, daß ... die Chemie grünes Licht bekomme. Am selben Abend begann die Arbeit des Forschungsrates zur Vorbereitung eines Chemieprogramms. Sie befaßte sich mit den Menschen, mit den Schwerpunkten und mit den Geräten für eine Erweiterung und Verbesserung der chemischen Produktion."<sup>59</sup>

Neben der theoretischen Arbeit wurden in den Monaten vor und nach dem V. Parteitag der SED auch erste organisatorische Vorbereitungen zum Anfang des Chemieprogramms durch den Forschungsrat aufgenommen.<sup>60</sup>

Der großen Bedeutung, die der Chemieindustrie auf dem V. Parteitag beigemessen wurde, entsprach der Rahmen, in dem die SED den Ausbau der Chemieproduktion einleitete. Das ZK berief gemeinsam mit der Staatlichen Plankommission eine zentrale Chemiekonferenz ein, die am 3. und 4. November in Leuna tagte. Auf ihr berieten Partei- und Staatsführung im Kreise von zirka 1 200 Delegierten aus der Chemieindustrie, dem Maschinenbau, dem Bauwesen, der Metallurgie, dem Verkehrswesen, wissenschaftlichen Instituten und gesellschaftlichen Organisationen das erste Chemieprogramm der DDR. Es stand wie die Konferenz unter dem Leitmotiv: "Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit".

Diese für die Popularisierung der Chemie äußerst schlagkräftige Losung, die an die Propagierung der Elektrifizierungsvorhaben des GOELRO-Planes erinnert, wies gleichzeitig auf

57 Ebenda.

58 Ebenda, S. 50.

59 Thießen, Peter Adolf, Über einige Grundfragen der Entwicklung der chemischen Industrie, in: Konferenzmaterial, a. a. O., S. 173.

60 Ebenda.

die politische Bedeutung des Chemieprogramms hin. In ihr kam zum Ausdruck, daß das Programm ausschließlich friedlichen Interessen dienen sollte. Als Maßnahme zur Entwicklung der Produktivkräfte auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse war es Bestandteil der Strategie der SED, die auf den Sieg des Sozialismus gerichtet war. Das dadurch immer besser zu realisierende Ziel des Sozialismus, die Sicherung des Friedens und der Wohlstand des Volkes, wurden zu politischen Leitmotiven des Programms.

Mit dem Chemieprogramm wurde die Politik des Aufbaus der Friedenschemie fortgesetzt. Die politische Motivierung des Programms - und der Entwicklung der Chemieproduktion in der DDR generell - unterschied sich grundsätzlich von Zielen und Motiven der Chemieentwicklung im imperialistischen Deutschland vor 1945 und in der BRD nach dem zweiten Weltkrieg.

Hatten die Monopole die deutsche Chemieindustrie vor 1945 gemäß ihren Interessen für destruktive Zwecke mißbraucht, so bedeutete die Tatsache, daß die gleichen Kräfte in der BRD weiterhin an der Macht waren und die Chemieindustrie für ihre Ziele nutzen konnten, eine permanente Gefahr für den Frieden. Die Klassenkampfposition der DDR gegenüber dem Imperialismus ökonomisch zu stärken - im besonderen durch das auf Friedensziele gerichtete Chemieprogramm -, war die Konsequenz, die die SED angesichts dieses Sachverhalts zog. Im Chemieprogramm verknüpften sich somit bedeutsame politische Ziele wie die Erhaltung des Friedens und die Weiterentwicklung des Sozialismus mit ökonomischen Zielen: der Entwicklung der Produktivkräfte zur Hebung des Lebensstandards und zur Stärkung der DDR.

Treffend charakterisierte Thießen die große Bedeutung der Konferenz und des Chemieprogramms, indem er hervorhob: "Es ist nicht nur die erste Chemiekonferenz der Deutschen Demokratischen Republik, es ist die erste deutsche Chemiekonferenz überhaupt, als Chemiekonferenz, bei der die wissenschaftlich-technische Chemie in Grundlagen und Auswirkungen, ihre wirtschaftlichen Bedingungen und ihre politische Grundlage als Einheit behandelt werden. Eine solche Chemiekonferenz hat es außerhalb der sozialistischen Völkergemeinschaft bis jetzt nicht gegeben . . . Es hat in Deutschland und außerhalb der sozialistischen Völkergemeinschaft auch noch kein Chemieprogramm in diesem Sinne gegeben."<sup>61</sup>

Die Erkenntnis, daß die Chemieproduktion bei der ökonomischen Stärkung der DDR eine entscheidende Rolle spielte und es deshalb notwendig war, sie als industriellen Schwerpunkt auszubauen, war Ergebnis einer Analyse der spezifischen Besonderheiten der Chemieproduktion - aber auch der Entwicklung, die die Produktivkräfte in den Industriestaaten der Welt im Zeitraum der vierziger und fünfziger Jahre genommen hatten. In dieser Zeit hatte sich die Chemieproduktion der Welt vervierfacht, wobei die Produktion von chemischen hochpolymeren Stoffen - dazu gehörten die Plaste, der synthetische Kautschuk und die synthetischen Textilfasern - auf das Zwanzigfache gestiegen war.<sup>62</sup>

Obwohl in der DDR beachtliche Resultate beim Auf- und Ausbau der chemischen Industrie erreicht worden waren, mußte auf der Chemiekonferenz ein Zurückbleiben einiger Gebiete der chemischen Produktion konstatiert werden. Das betraf besonders die Großproduktion der Plaste und synthetischen Fasern. Zwei wesentliche Gesichtspunkte bestimmten ihre Vorrangstellung im Chemieprogramm: ihre Funktion als Massenbedarfsartikel für den Konsum der Bevölkerung und ihre Rolle als Arbeitsgegenstände im Produktionsprozeß. Von vornherein wurde folglich ein enger Zusammenhang zwischen der Produktions- und der Konsumtionssphäre berücksichtigt. Charakteristisch für die Begründung des Chemieprogramms, die Walter Ulbricht im Hauptreferat auf der Konferenz gab, war demzufolge das Hervorhe-

61 Ebenda, S. 171.

62 Vgl. Ulbricht, Walter, Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit. Referat auf der Chemiekonferenz, in: Konferenzmaterial, a. a. O., S. 21.

ben der Notwendigkeit, durch eine rasche Steigerung der chemischen Produktion generell und der Erzeugung synthetischer Fasern und Plaste im besonderen die "... Produktion von Waren des Massenbedarfs aller Art ..." zu erhöhen.<sup>63</sup>

Weitere Schlußfolgerungen für die Notwendigkeit eines verstärkten Ausbaus der Chemieindustrie ergaben sich aus der Einschätzung der chemischen Produktionsverfahren. So wurde hervorgehoben, daß sie in "... vielen Fällen die rationellsten Verfahren zur Umgestaltung der Natur" seien und eine hohe Konzentration der Produktion erlauben würden. Besondere Beachtung fand in diesem Zusammenhang die Funktion des Menschen im Produktionsprozeß der Chemieindustrie, die "... in besonders hohem Maße darin (bestünde), den Ablauf der Prozesse zu lenken und zu kontrollieren", wobei die "wissenschaftlich-technische Tätigkeit ... einen hohen Anteil an der gesamten produktiven Arbeit" einnehme.<sup>64</sup> Im einzelnen wurde bei der Einschätzung der Bedeutung chemischer Erzeugnisse und Verfahren für die Wirtschaft der DDR von folgenden Überlegungen ausgegangen:

- "... 1. ist bei ihnen der spezifische Anteil lebendiger Arbeit sehr gering;
2. gestatten die chemischen Produktionsprozesse in den meisten Fällen durch ihren kontinuierlichen Ablauf eine umfassende Mechanisierung und Automatisierung, die zur weiteren Verringerung des Aufwandes an lebendiger Arbeit führen;
3. sind die chemischen Produktionsprozesse durch ihre relativ kurzen Produktionszyklen gekennzeichnet. Sie gestatten also eine umfassende Massenproduktion mit hohen Umschlagsgeschwindigkeiten;
4. zeichnen sich ... die chemischen Prozesse durch die Möglichkeit einer vollständigen Rohstoffausnutzung aus, die wesentlich zur Verbilligung der Produktion beiträgt;
5. ermöglicht die Anwendung chemischer Produktionsprozesse die Erschließung immer neuer Rohstoffquellen und die Erzeugung von Werkstoffen, die sich durch völlig neuartige Eigenschaften und Anwendungsgebiete gegenüber den bekannten Werkstoffen auszeichnen;
6. gestattet die Anwendung chemischer Produktionsprozesse immer neue Möglichkeiten einer effektvollen Kombinierung in den chemischen Herstellungsverfahren und eröffnet ständig neue Wege mit anderen Industriezweigen."<sup>65</sup>

Während unter den Punkten 1 bis 4 Aussagen über die Vorzüge der chemischen Produktion getroffen wurden, verwiesen die unter 5 und 6 angeführten Überlegungen auf unmittelbare Vorteile, die sich aus der Chemieproduktion für die übrige Wirtschaft ergeben würden. Jedoch wurden alle Argumente, die für eine beschleunigte Entwicklung der Chemieproduktion sprachen, aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen abgeleitet.

Angesichts der Tatsache, daß die DDR - bereits 1958 über eine hochentwickelte Industrie verfügend - ein metallurgisch rohstoffarmes Land war, fanden auf der Chemiekonferenz die Hinweise auf Möglichkeiten einer vollständigen Rohstoffausnutzung und der Erschließung neuer nichtmetallurgischer Rohstoffe, die Metalle ersetzen und dank neuer Eigenschaften zum Teil übertreffen könnten, mit Recht große Aufmerksamkeit.

Bemerkenswert ist, daß dem geringen Anteil der lebendigen Arbeit in der Chemieproduktion, der neuen Funktion des Menschen im chemischen Produktionsprozeß und den günsti-

63 Ebenda, S. 8.

64 Ebenda.

65 Ebenda, S. 21 f.

gen Automatisierungsbedingungen in der Chemieindustrie besondere Bedeutung beigetragen wurde. Zwar fehlen Hinweise auf Vorleistungen der Chemie für die Automatisierung im gesamtwirtschaftlichen Rahmen, jedoch verdient auch aus dieser Sicht Beachtung, daß neben der Rationalität chemischer Produktion die Bedeutung chemischer Erzeugnisse als neuartige Werkstoffe hervorgehoben und auf Beziehungen zwischen chemischen Verfahren und anderen Industriezweigen hingewiesen wurde. Bezüglich der revolutionierenden Wirkung der chemischen Stoffe als Arbeitsgegenstände und der Anwendung chemischer Verfahren in der Industrie hieß es an anderer Stelle:

"Der gesamte industrielle Einsatz der Plaste wird durch die vielseitigen Verwendungszwecke, die einfache Verarbeitung und den hohen Gebrauchswert zur ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität führen, da mit den chemischen Produkten auch die chemischen Prozesse Einzug halten und ständig neue Umwälzungen in der Technologie herbeiführen."<sup>66</sup> (Hervorhebung von mir - G. N.)

Deutlich wurde hier eine Verbindung zwischen Produktivitätssteigerung in der Wirtschaft, chemischen Arbeitsgegenständen und Prozessen sowie technologischer Umwälzung herausgestellt. Mit anderen Worten: Die Chemisierung wurde als Weg zur Produktivitätserhöhung in der gesamten Volkswirtschaft angesehen, wobei den neuen chemischen Werkstoffen neben den chemischen Verfahren eine Schlüsselstellung eingeräumt wurde. Diesen Zusammenhang erläuterte Walter Ulbricht auf der Chemiekonferenz wie folgt: "Die Entwicklung der chemischen Wissenschaften und der chemischen Industrie und die damit verbundene Einführung chemischer Produkte und chemischer Prozesse in allen anderen Zweigen der Volkswirtschaft fördert erheblich die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der gesamten Volkswirtschaft und hat die Intensivierung aller Produktionsprozesse zur Folge. Deshalb stellen wir jetzt der chemischen Industrie die Hauptaufgabe, die Produktion an modernen Kunststoffen und synthetischen Fasern schnell zu entwickeln und hierzu den uns neu zur Verfügung stehenden Rohstoff - ... das Erdöl - zu erschließen. Das ist möglich, weil wir in unserer Volkswirtschaft die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen haben und die Vorteile des sozialistischen Internationalismus nutzen können. Mit der Einführung des Erdöls als neuen Rohstoff können wir neben der Durchführung der traditionellen chemischen Prozesse durch den Aufbau einer modernen Petrolchemie in der DDR den Anschluß an das Weltniveau sicherstellen."<sup>67</sup> Während bis 1958 in der Chemieindustrie der DDR die vorrangige Entwicklung der Grundstoffindustrie Schwerpunkt war, rückte die SED im Chemieprogramm die Produktion hochveredelter chemischer Erzeugnisse - insbesondere die hoch- oder makromolekulare Chemie - in den Vordergrund. Ein Vergleich der für die Chemieproduktion vorgesehenen Steigerungsrate mit denen der Plaste und synthetischen Fasern macht das deutlich. Die Chemieproduktion sollte bis 1965 gegenüber 1960 auf 164 Prozent erhöht werden, die Plasterzeugung dagegen auf 250 Prozent und die Produktion synthetischer Fasern sogar auf 460 Prozent.<sup>68</sup> Bis 1965 sollte bei Kunststoffen eine Jahresleistung in Höhe von 250 000 Tonnen erreicht werden.<sup>69</sup> Umfangreiche Kapazitäten für die großtechnische Erzeugung von Plasten wie Polyäthylen, Polyesterharzen und Polyurethanen sollten geschaffen werden. Die enorme Ausweitung der Produktion synthetischer Fasern sollte durch den Ausbau vorhandener Werke und den Bau eines Chemiekombinats ermöglicht werden.<sup>70</sup>

66 Ebenda, S. 24.

67 Ebenda, S. 22.

68 Arbeitsprogramm zur Lösung der nächsten Aufgaben bei der Entwicklung der chemischen Industrie. Beschluß der Chemiekonferenz des ZK der SED und der Staatlichen Plankommission (im folgenden: Arbeitsprogramm), in: Konferenzmaterial, a. a. O., S. 194 f.

69 Ulbricht, Walter, Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit, a. a. O., S. 23.

70 Ebenda, S. 27 f.



Für größere Investitionen auf dem Gebiet der Faser- und Plastikproduktion sprach neben den bereits angeführten Gründen auch der Umstand, daß ein beschleunigter Aufbau dieser Produktionskapazitäten wesentlich billiger war als Neuinvestitionen in der Metallurgie. So war für die Produktionsaufnahme von Plasten lediglich ein Drittel der für die Installation von Rohstahlkapazitäten nötigen Investitionen aufzubringen, im Vergleich zum Aluminium sogar nur ein Fünftel pro Produktionseinheit.<sup>71</sup>

Die angestrebte Vorrangstellung der hochmolekularen Chemie bedeutete keinesfalls einen Verzicht auf die weitere Förderung der Grundstoffchemie. Das Chemieprogramm sah vielmehr den weiteren Ausbau von Kapazitäten für die Herstellung organischer Grundstoffe auf der Basis Kohle-Kalk vor.<sup>72</sup> Auch die Produktion anorganischer Grundchemikalien sollte erheblich gesteigert werden.<sup>73</sup>

Die hochmolekulare Chemie sollte auch weiterhin auf der im Vergleich zur Petrochemie energieintensiveren Karbid-Azetylen-Basis entwickelt werden. So wurde beispielsweise festgelegt, die Buna-Werke zum größten Karbiderzeuger der Welt auszubauen.<sup>74</sup>

Ausschlaggebend für diese Orientierung war der Gesichtspunkt, die natürlichen Bedingungen der DDR - die Braunkohlenvorkommen und Kalklagerstätten - zu nutzen. Hinzu kam, daß die DDR über einen reichen Erfahrungsschatz bei der Azetylenherzeugung verfügte. Ihre Karbidchemie stand - gemessen am Produktionsumfang zum Zeitpunkt der Chemiekonferenz - an erster Stelle in der Welt. Die DDR produzierte Azetylen mit einem international anerkannten Reinheitsgrad und galt als führendes Land der Azetylenchemie.

Darüber hinaus ermöglichten Wirtschaftsabsprachen mit der Sowjetunion, den zweiten Weg zur makromolekularen Chemie - die chemischen Produktionsverfahren auf der Basis von Erdöl - in die Chemisierungskonzeption einzubeziehen. Mit dem im Chemieprogramm vorgesehenen Aufbau der Petrochemie sollte die Karbidchemie der DDR in den sechziger Jahren eine sinnvolle Ergänzung finden. Neben der Erweiterung des Produktionsassortiments der Plaste auf der Grundlage von Erdöl sollten zum Teil auch Produkte, die bis dahin in der DDR auf der Karbid-Azetylen-Basis hergestellt wurden, in die Petrochemie überführt werden.<sup>75</sup> Für den Aufbau der Petrochemie waren mehrere Gründe ausschlaggebend. Die Braunkohle wäre als alleinige Rohstoffgrundlage für die im Chemieprogramm avisierte Ausdehnung der Chemieproduktion nicht tragfähig gewesen. Zum anderen galt es, die größere Rationalität der Petrochemie in Betracht zu ziehen und internationalen Entwicklungstendenzen der Chemieproduktion Rechnung zu tragen. Die relativ günstige Preislage von Öl und Gas als Rohstoffe, aber auch der Umstand, daß Erdöl wegen seiner chemischen Struktur für die Plasterzeugung geradezu prädestiniert ist und billige Verfahren der Stoffumwandlung erlaubt - all das führte dazu, daß sich die Petrochemie in den vierziger und fünfziger Jahren in den Industrieländern der Welt durchsetzte. Die SED hatte diese Entwicklung bei der Vorbereitung des Chemieprogramms eingehend analysiert. Auf die Vorteile der Petrochemie verweisend, hob Walter Ulbricht auf der Chemiekonferenz hervor, daß "... eine Reihe organischer Grundstoffe für die hochmolekulare Synthese ... aus Erdöl mit der vierfachen Produktivität gegenüber dem ... Karbid-Azetylen erzeugt werden."<sup>76</sup>

Dank der von der Sowjetunion in Aussicht gestellten Erdöllieferungen und weitgehenden Angebote zur Unterstützung bei den geplanten Chemieprojekten konnte diesem Entwicklungs-

71 Ebenda, S. 23.

72 Arbeitsprogramm, a. a. O., S. 195.

73 Ebenda.

74 Ulbricht, Walter, Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit, a. a. O., S. 28.

75 Vgl. Nelles, Johannes, Vorhandene Erfahrungen und kühnes Vorwärtsschreiten sichern den Erfolg, in: Konferenzmaterial, a. a. O., S. 74.

76 Ulbricht, Walter, Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit, a. a. O., S. 22.

trend zur Petrolchemie im Chemieprogramm der DDR entsprochen werden. Die Erdöllieferungen aus der Sowjetunion sollten im Jahre 1965 die Höhe von 4,8 Millionen Tonnen erreichen.<sup>77</sup>

Der Aufbau der Petrolchemie sollte außer der Erweiterung der Grundstoffbasis für die hochmolekulare Chemie auch eine beträchtliche Steigerung der Produktion von Treibstoffen und Heizöl ermöglichen. Auch für die Herstellung dieser Produkte zeichneten sich durch die geplanten Ölimporte im Vergleich zur Kohlechemie wesentlich rationellere Produktionsverfahren ab. (Siehe Tabelle 9.)

Tabelle 9

Vergleich der Wirtschaftlichkeit der Treib- und Schmierstoffgewinnung auf Kohle- und Erdölbasis<sup>+</sup>

<u>Braunkohlenschwelung</u>	<u>Erdölverarbeitung</u>
Einsatz: 1 000 t Briketts	Einsatz: 1 000 t Erdöl
Ausbeute:	Ausbeute:
11 t Benzin	200 t Benzin
63 t Dieselkraftstoff	210 t Dieselkraftstoff
11 t Schmierstoff	80 t Petroleum
17 t Paraffin	250 t Heizöl, Asphalt, Paraffin
22 t Heizöl	260 t Schmierstoffe
13 t Pech	

+ Müller, Hans/Reißeig, Karl, Wirtschaftswunder DDR, Berlin 1968, S. 290.

Im Hinblick auf die Vorzüge der Petrolchemie sah das Chemieprogramm die Konzentration von Investitionsmitteln auf die Errichtung von Verarbeitungsanlagen für das sowjetische Erdöl vor, die in den sechziger Jahren in Leuna II und Schwedt - dem geplanten ersten Endpunkt der Erdölferrleitung - entstanden. Das Erdölverarbeitungswerk in Schwedt wurde zu einem Schwerpunkt des Chemieprogramms erklärt. In diesen Verarbeitungszentren sollte auch die Herstellung von Heizöl sowie von Treib- und Schmierstoffen mit der Erzeugung von organischen Grundstoffen und Fertigerzeugnissen aufgenommen werden.<sup>78</sup> Mit Hilfe dieses Kombinars sollte bis 1965 die gesamte Treibstoffproduktion um 98 Prozent gesteigert werden.<sup>79</sup>

Die geplanten Vorhaben auf dem Gebiet der Petrolchemie waren hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen und produktionstechnischen Realisierung Neuland für die DDR. Die von der Sowjetunion zugesagte Unterstützung im Rahmen der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit erhielt dadurch besonderen Wert. Eberhard Leibnitz, der als Leiter des Instituts für Verfahrenstechnik der organischen Chemie der Deutschen Akademie der Wissenschaften an der Chemiekonferenz teilnahm, sagte in seinem Referat dazu: "Man kann fraglos jetzt schon überschauen, daß die Hilfe, die uns die UdSSR geben wird, sehr groß ist, daß sie also wirklich bereits eine Basis ist, auf der man erste, nicht allzusehr ins Unbekannte hineingehende Pläne und Konzeptionen festlegen kann."<sup>80</sup>

<sup>77</sup> Ebenda, S. 28.

<sup>78</sup> Wyschofsky, Günther, Die chemische Industrie - ein führender Industriezweig, Berlin 1964, S. 78.

<sup>79</sup> Derselbe, Die chemische Industrie der DDR und ihre Rolle bei der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft, Berlin 1959, S. 35.

<sup>80</sup> Leibnitz, Eberhard, Die Petrolchemie - ein neuer Zweig unserer chemischen Industrie, in: Konferenzmaterial, a. a. O., S. 168.

Neben dem Ausbau der Karbidchemie und dem Aufbau der Petrochemie waren im Chemieprogramm Produktionssteigerungen in allen Zweigen der Chemieindustrie geplant. Einen Schwerpunkt bildete der Bedarf der Landwirtschaft. Im Interesse der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion sollte die Erzeugung von Dünge-, Unkrautbekämpfungsmitteln und Schädlingsbekämpfungsmitteln erweitert werden. Im Vordergrund stand dabei die Produktion von Düngemitteln und besonders von Stickstoffdünger. Es wurde angestrebt, den Düngemittelbedarf der Landwirtschaft aus eigener Produktion zu decken. Sortimentsveränderungen und Produktionserhöhungen wurden für die pharmazeutische Industrie festgelegt, wobei neben vorbeugenden Mitteln und Heilmitteln auch veterinärmedizinische Präparate im Vordergrund standen. Außerdem wurde auf den Ausbau der Produktion von fotochemischen Materialien, Lacken und Anstrichmitteln sowie Erzeugnissen der Gummiindustrie orientiert. In der Metallchemie sollte die Aluminiumproduktion erweitert, die Erzeugung von Magnesium neu aufgenommen und die Zirkonproduktion für das Atomkraftwerk der DDR entwickelt werden.<sup>81</sup>

Für die Verwirklichung der Vorhaben zur allseitigen Entwicklung der Chemieindustrie sollten Investitionsmittel in Höhe von 8,6 Milliarden Mark im Zeitraum von 1960 bis 1965 aufgebracht werden. Etwa die Hälfte dieser Summe sollte für die Großvorhaben des Chemieprogramms wie das Erdölverarbeitungswerk (Schwedt), das Chemiefaserkombinat (Guben), die Gipsschwefelsäurefabrik (Coswig) und die Werke Leuna (besonders Leuna II) und Buna verwendet werden.

Neben der Errichtung neuer Produktionsanlagen sollten die Kapazitäten der bestehenden Chemiebetriebe durch großzügige Rekonstruktions- bzw. Erweiterungsvorhaben erhöht werden. So wurde für die Leunawerke außer der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Polyäthylen die Ausweitung der Ammoniak-, Stickstoffdünger-, Phenol-, Laktam- und Formamidproduktion geplant. In den Bunawerken sollte neben der Karbidproduktion auch die Erzeugung von PVC, Kautschuk, Weichmachern und besonders von Polystyrol, Polyvinylalkohol und Polyäthylen erweitert werden. Erhebliche Kapazitätserweiterungen waren auch im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld für die Kaliumpermanganat-, Methylenchlorid- und die Chlor- und Ätznatronerzeugung vorgesehen.<sup>82</sup>

Auch der Ausbau der Schmierölfabrik in Lützkendorf wurde zu einem wichtigen Vorhaben des Programms.

Den weitgesteckten Zielen und umfangreichen Aufgaben des Chemieprogramms lagen neben spezifischen wirtschaftlichen Bedingungen, Erfordernissen und Bedürfnissen der DDR auch Gesichtspunkte zugrunde, die sich aus der immer stärkeren Zusammenarbeit der RGW-Länder ergaben. Das Programm war ein Bestandteil der auf die Chemisierung ausgerichteten Wirtschaftspolitik, zu der eine Reihe sozialistischer Länder, inspiriert von der Sowjetunion, Ende der fünfziger Jahre übergangen, und seine Durchführung - das war bereits 1958 abzusehen - mußte zur weiteren Zusammenarbeit der im RGW verbundenen Länder führen.

Augscheinliches Beispiel der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit auf ökonomischem Gebiet war der Bau der Erdölferrnleitung Freundschaft aus der Sowjetunion, die in der Folgezeit die VR Polen, die DDR, UVR und die ČSSR mit sowjetischem Öl versorgen sollte.

Symbol internationaler sozialistischer Zusammenarbeit, war sie jedoch nicht ihr einziges Kennzeichen. Bereits vor der Aufstellung der Chemieprogramme waren im sozialistischen Lager Schritte in Richtung einer internationalen Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Chemie-

81 Ulbricht, Walter, Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit, a. a. O., S. 32 f.

82 Vgl. Wyschofsky, Günther, Die chemische Industrie der DDR und ihre Rolle bei der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft, Berlin 1959, S. 32 f.

produktion eingeleitet worden. Schon im Oktober 1956 hatte der Aufbau der "Ständigen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der chemischen Industrie" begonnen. Als ständigen Sitz dieses RGW-Organs hatten die Teilnehmerländer in Anerkennung der Leistungen der DDR-Chemie Berlin gewählt. Zum Zeitpunkt der Chemiekonferenz bestand damit eine internationale Institution sozialistischer Staaten mit fünfzehn Facharbeitsgruppen für die verschiedensten Gebiete der Chemie, die über eine zweijährige Erfahrung verfügte.<sup>83</sup> Diese Kommission unterbreitete den einzelnen RGW-Ländern unter anderem Vorschläge zur Abstimmung der Produktion, zur Spezialisierung und Kooperation und ab 1957 auch für den Ausbau der Grundstoffindustrien zur Sicherung der Roh- und Brennstoffgrundlagen.<sup>84</sup>

So gingen beispielsweise dem Chemieprogramm der DDR Empfehlungen der Kommission für den Ausbau der Plastikproduktion voraus.<sup>85</sup> Unter den Aufgaben für die Kunststoffherzeugung dominierte infolgedessen die Errichtung von Produktionsanlagen für die Herstellung von PVC (Polyvinylchlorid), für die allein 230 Millionen Mark an Investitionen aufgewendet werden sollten.<sup>86</sup>

Für die Realisierung dieser Aufgabenstellung sollte unter anderem ein mit der Sowjetunion vereinbartes Sonderprogramm die Voraussetzung bilden. Die Sowjetunion hatte sich bereit erklärt, außerhalb der laufenden Handelsbeziehungen einen Warenkredit in Höhe von 110 Millionen Rubel bereitzustellen.<sup>87</sup> Unter anderem waren Lieferungen von Walzstahl (95 000 Tonnen), Hüttenaluminium, Kupfererzeugnissen und Schnittholz vorgesehen; Materialien, die die DDR zum Ausbau der geplanten Produktionsanlagen in einer Reihe chemischer Großbetriebe verwenden sollte. Als Gegenleistung sollte die DDR PVC und andere Kunststoffe in die Sowjetunion liefern.<sup>88</sup> Infolge dieser Unterstützung konnten ursprünglich für den dritten Fünfjahrplan vorgesehene Aufgaben in die Jahre 1959 und 1960 vorverlegt und das Ziel gestellt werden, 1959 bis 1960 eine um 1,9 Milliarden Mark höhere Bruttoproduktion im Vergleich zu den im zweiten Fünfjahrplan für diese Zeitspanne festgelegten Kennzahlen zu erreichen.<sup>89</sup> In der Forschung und Entwicklung zeichnete sich im Rahmen der Tätigkeit der RGW-Chemiekommision eine enge Gemeinschaftsarbeit nicht nur mit der Sowjetunion, sondern auch mit den anderen sozialistischen Ländern ab. Besonders auf dem Gebiet der Plaste, Farbstoffe und der synthetischen Fasern sollte bei der Lösung wissenschaftlicher Probleme und Fragen der Produktion gemeinsam vorgegangen werden. Die internationale Koordinierung der Forschungsarbeit sollte zur Vermeidung von Doppelarbeiten führen und über den Kooperationseffekt ein schnelleres Erringen produktionswirksamer Erkenntnisse ermöglichen.

Entsprechend den großen Aufgabenstellungen der Chemieproduktion wurden auch hohe Ziele für den Außenhandel festgelegt. Der Export von Chemieprodukten sollte in der Zeit von 1960 bis 1965 auf 164 Prozent ansteigen (200 Prozent gegenüber 1958). Der Export insbesondere von Chemierohstoffen wie Erdöl, Phosphate, Naturkautschuk, Tonerde und Schwefelkies sollte bis 1965 gegenüber 1958 auf 200 Prozent anwachsen.<sup>90</sup>

83 Vgl. Winkler, Werner, Internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Länder. Forschung und Projektierung - Kernpunkte des Chemieprogramms, in: Konferenzmaterial, a. a. O., S. 117.

84 Vgl. Apel, Erich, a. a. O., S. 290 ff.

85 Müller, Hans/Reißeig, Karl, a. a. O., S. 291.

86 Ulbricht, Walter, Der Kampf um den Frieden, a. a. O., S. 50.

87 Bedeutung und Perspektiven, a. a. O., S. 98.

88 Ulbricht, Walter, Der Kampf um den Frieden, a. a. O., S. 50.

89 Arbeitsprogramm, a. a. O., S. 194.

90 Ebenda, S. 195.

Der DDR als Glied der sozialistischen Völkergemeinschaft erwachsen besonders in Anbetracht der großen Unterstützung durch die Sowjetunion auch Verpflichtungen gegenüber den anderen sozialistischen Ländern. Sie mußten sich in konkreten Beiträgen zur Entwicklung der Chemieindustrie im sozialistischen Lager niederschlagen. So verfügte die DDR zum Beispiel über Kapazitäten im Textilanlagenbau, die anderen sozialistischen Ländern bei der Errichtung ihrer im Rahmen der Chemieprogramme geplanten Chemieanlagen zugute kommen sollten.

Als die Chemiekonferenz in Leuna tagte, standen folglich vor den Werktätigen der DDR große Aufgaben. Sie erforderten die Nutzung aller Potenzen, über die die erstarkende sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR verfügte.

## 2. Maßnahmen

Zum Zeitpunkt, als das Chemieprogramm entworfen wurde, war abzusehen, daß sich die Anzahl der in der Chemieindustrie Beschäftigten im Realisierungszeitraum nicht wesentlich erhöhen könnte. Angesichts der Arbeitskräftesituation erhielt die Steigerung der Arbeitsproduktivität - ohnehin eine Kardinalfrage des Chemieprogramms - verstärkte Bedeutung. Eine Kommission des Politbüros, die vor der Chemiekonferenz Probleme der Chemieproduktion analysierte, hatte zudem auf das große Produktivitätsgefälle zwischen der amerikanischen und der DDR-Chemie aufmerksam gemacht.<sup>91</sup>

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Chemieindustrie wurde deshalb im Ergebnis der durchgeführten Analysen als eine entscheidende Frage für die Realisierung der Ziele des Chemieprogramms angesehen. Hohe Ziele wurden dementsprechend auch für die Produktivitätssteigerung festgelegt. Die Arbeitsproduktivität sollte bis 1965 gegenüber 1960 nach einer im Programm gegebenen Einschätzung um 56 Prozent je Gesamtbeschäftigten in der Chemie erhöht werden.<sup>92</sup> Das sollte unter anderem durch die Anwendung neuester Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik bei den geplanten Rekonstruktionsmaßnahmen und Neubauten, durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit der im chemischen Produktionsprozeß wirkenden Werktätigen, durch Spezialisierung und Konzentration der Produktion und nicht zuletzt durch Verbesserung der zwischenbetrieblichen Kooperation erreicht werden.

An erster Stelle der einzuleitenden Maßnahmen zur Erfüllung des Chemieprogramms - noch vor Problemen der Forschung und Entwicklung, der Projektierung und Konstruktion, der maschinellen Ausrüstung und der für die Chemie so wichtigen Vorleistungen des Bauwesens - stand eine Maßnahme, die die Hauptproduktivkraft selbst betraf: die Entwicklung der erforderlichen Kader, die Fragen der Erziehung und Bildung der Werktätigen in der Chemieindustrie.

"Die entscheidende Kraft für die Erfüllung des Chemieprogramms sind die Menschen", hieß es im Chemieprogramm, und die Schlußfolgerung lautete: "Der Aufbau einer Reihe neuer Werke auf der Grundlage der modernsten Technik, die Rekonstruktion der alten Betriebe und die weitgehende Automatisierung der chemischen Verfahrnsprozesse erfordern, daß die Zahl der wissenschaftlich gebildeten Menschen in unserer chemischen Industrie wesentlich erhöht wird."<sup>93</sup> Besondere Anstrengungen sollten in den Hoch- und Fachschulen zur Ausbildung von Chemietechnologen und Verfahrenstechnikern unternommen werden. Es wurde angestrebt, bis 1965 etwa 9 300 Hoch- und 8 000 Fachschulabsolventen für die Chemieindustrie auszubilden. Damit sollte 1965 auf 21 Beschäftigte der Chemieindustrie ein Hoch-

91 Ulbricht, Walter, Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit, a. a. O., S. 31.

92 Diese und die folgenden Angaben wurden, soweit nicht besonders gekennzeichnet, entnommen Arbeitsprogramm, a. a. O., S. 193 ff.

93 Ulbricht, Walter, Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit, a. a. O., S. 56.

schulkader und auf 19 Beschäftigte dieses Zweiges ein Fachschulabsolvent kommen. Bei dem Ausbildungsprogramm dieser Studenten sollten Fachgebiete wie Kernphysik, Radiochemie, Meß-, Steuer- und Regeltechnik bevorzugt werden und "verfahrens- und maschinentechnische Disziplinen" dominieren.<sup>94</sup>

Von der außerordentlichen Bedeutung, die der Ausbildung und Qualifizierung beigemessen wurde, zeugt eine Konzeption zur Aufstellung eines, wie es hieß, "umfassenden Programms zur Erziehung und Entwicklung der Kader zur Verwirklichung des Chemieprogramms."<sup>95</sup>

Die in der Konzeption vorgesehenen Maßnahmen erstreckten sich von der Verbesserung der Hoch- und Fachschulausbildung bis zur Modernisierung des Chemieunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen. Sie enthielt neben Empfehlungen für die Gestaltung von Vorlesungen und Studienprogrammen auch Vorschläge zur Überarbeitung der Lehrpläne für den Chemieunterricht an der 10klassigen polytechnischen Oberschule, die Ende der fünfziger Jahre als neuer Schultyp in der DDR entstand. Der gleichzeitig eingeführte polytechnische Unterricht sollte den Schülern ermöglichen, ihre im Chemieunterricht erworbenen Kenntnisse in der Praxis der Chemieindustrie zu vertiefen.<sup>96</sup> Für Schulen in Chemiezentren der DDR wie Halle, Bitterfeld, Wolfen und Merseburg wurde eine Erweiterung des Chemieunterrichts über den normalen Lehrplan hinaus erwogen.

Neue Vorstellungen wurden auch zur Verbesserung der Berufsausbildung entwickelt. Als Ziel der zwei- bis dreijährigen Lehre für Chemiefacharbeiter wurde die Erlangung der Reife zum Hoch- und Fachschulstudium auf dem Gebiet der Chemie vorgeschlagen.

Die Festlegungen zur Qualifizierung der Chemiarbeiter, Meister, Ingenieure und Chemiker bildeten einen Schwerpunkt der Konzeption. Die Erhöhung ihres "kulturell-technischen Niveaus" wurde als direkte Voraussetzung für die angestrebte Erhöhung der Arbeitsproduktivität angesehen.

Die Chemiarbeiter wurden auf den Erwerb der Qualifikation für einen zweiten Beruf orientiert. Bis 1965 sollten mindestens 20 000 Chemiarbeiter den damit verbundenen Facharbeiterbrief erlangen und in den Genuß einer entsprechend höheren Entlohnung kommen. In Kombinationen und Großbetrieben der Chemieindustrie sollten Betriebsoberschulen gebildet werden, um den Arbeitern das Erwerben der Hochschulreife zu erleichtern. Die fachlich und gesellschaftlich besten Chemiarbeiter sollten für das Hoch- bzw. Fachschulstudium gewonnen werden. Alle Chemiebetriebe wurden zur Aufstellung von Kaderentwicklungsplänen für die Qualifizierung der Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Wissenschaftler verpflichtet. Diese Pläne sollten neben den Weiterbildungsmaßnahmen auch Festlegungen über den späteren Einsatz der Qualifizierten enthalten.

Diese Konzeption, die die Chemiekonferenz als Grundlage der bildungspolitischen Maßnahmen in der Chemie beschloß, hob sich in ihrer Progressivität kraß von der Personalpolitik in kapitalistischen Ländern ab, wo in der Chemieindustrie neben hochqualifizierten Spitzenkräften vorzugsweise ungelernete Arbeitskräfte eingesetzt wurden.

Die Verbindung des Chemieprogramms mit einem breit angelegten Bildungsprogramm ist als ein entscheidender Vorzug des auf der Chemiekonferenz eingeleiteten Chemisierungsprozesses in der DDR zu werten. Angesichts der Automatisierungsvorhaben in der Chemieindustrie wurde nicht im schlechtbezahlten Angelernten, sondern im gebildeten, den Produktionsprozeß überschauenden und beherrschenden Fachmann der typische Chemiarbeiter gesehen. Einmal mehr wurde damit deutlich, daß Persönlichkeitsentwicklung und Produktivkraftentfaltung im Sozialismus eine Einheit bilden.

<sup>94</sup> Ebenda.

<sup>95</sup> Das zitierte Programm war Bestandteil des Arbeitsprogramms der Chemiekonferenz - G. N.

<sup>96</sup> Ulbricht, Walter, Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit, a. a. O., S. 55.

In enger Verbindung mit dieser Problematik stand auch der zweite Komplex von Maßnahmen zur Verwirklichung des Chemieprogramms, der die Forschungs- und Entwicklungsarbeit zum Inhalt hatte. Es wurde eingeschätzt, daß die wissenschaftliche Forschungsarbeit zunehmend durch einen "Komplex von ineinandergreifenden Problemen der verschiedensten Wissensgebiete" gekennzeichnet sei und der komplexe Charakter der Forschungsarbeit auch "komplexe Methoden" ihrer Organisation erfordere. Als Schlußfolgerung daraus wurde auf die Bildung sozialistischer Forschungskollektive orientiert. Als Grundsätze für die Arbeit solcher Kollektive wurden die Achtung und Anerkennung jedes beteiligten Wissenschaftlers, die bewußte Einordnung des Wissenschaftlers in das Kollektiv und seine Mitarbeit an den gemeinsam zu lösenden Aufgaben bezeichnet. Detaillierte Maßnahmen waren auf die Beschleunigung der Forschungsarbeit, die schnelle Überführung wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis und die Verbesserung der gesellschaftlichen Hilfe und Kontrolle zur Erfüllung der Forschungsaufgaben gerichtet. Mit der Orientierung auf die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, auf neue Methoden und Organisationsformen in der Forschung, wurden wichtige Hinweise für die Weiterentwicklung der sozialistischen Wissenschafts- und Arbeitsorganisation gegeben, die in den sechziger Jahren Geltung behielten und zum Teil noch an Bedeutung gewannen. Es war kein Zufall, daß gerade das Chemieprogramm den Anlaß bot, die Fragen der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und speziell ihre Praxiswirksamkeit neu zu durchdenken. Hatte isoliertes Forschen seit jeher Zeit- und Qualitätsverluste mit sich gebracht, erforderten die schlagartig einsetzenden Arbeiten an einer ganzen Reihe von Großvorhaben ein neuartiges Herangehen an die Lösung zahlreicher Probleme.

Deutlich zeigte sich das auch bei den im Programm geplanten Maßnahmen, die sich auf die Projektierung, Konstruktion und Erbauung von Chemieanlagen bezogen.

Die Projektierung der Anlagen sollte nach dem Prinzip erfolgen, nacheinander technologisch in sich abgeschlossene produktionsfähige Teilobjekte der geplanten Betriebe und Kombinate fertigzustellen. Die sozialistischen Forschungsgemeinschaften sollten die Verfahren bis zur Produktionsreife entwickeln, das heißt, ihre Tätigkeit sollte nicht - wie das bis dahin in der Forschung üblich war - mit der Patentierung abschließen.

Forschung, Projektierung und Konstruktion sollten in der Arbeit des jeweiligen Kollektivs vereint werden, um die Fristen zwischen der Beendigung von Entwicklungsarbeiten und dem Beginn der Großproduktion zu verkürzen. Der Grundgedanke war, durch komplexes Vorgehen effektive Lösungen zu erreichen. Hieraus erklärt sich auch die nachdrücklich auf der Chemiekonferenz hervorgehobene Bestrebung, die Arbeit des Maschinenbaus, der Chemie, der Metallurgie und des Bauwesens in Forschung, Konstruktion, Technologie und Produktion zu synchronisieren.<sup>97</sup>

Die Maßnahmen, die für die Konstruktion, die Projektierung und den Bau der Produktionsstätten vorgesehen waren, zeigen, daß das Chemieprogramm auch zum Beschreiten neuer Wege im Bauwesen der DDR stimulierte. Besondere Beachtung verdient dabei die im Programm erhobene Forderung, das industrielle Bauen auf der Grundlage der Typenprojektierung zu beschleunigt einzuführen. "Bei der Größe des Chemiebauprogramms müssen wir den Hauptteil der Bauwerke typisieren und montieren ...", betonte Ernst Scholz, der damalige Minister für Bauwesen, auf der Chemiekonferenz.<sup>98</sup> Im Chemieprogramm wurde deshalb festgelegt, daß die Projektierungsbetriebe des Bauwesens, der Chemie und des Maschinenbaus gemeinsam mit dem Amt für Standardisierung "... Standards und Typen für Einzelaggregate und ganze Anlagen, Baukastensysteme und standardisierte Einheiten und

<sup>97</sup> Vgl. Apel, Erich, Wissenschaft und Technik sind alle Möglichkeiten zur vollen Entfaltung gegeben, in: Konferenzmaterial, a. a. O., S. 123.

<sup>98</sup> Scholz, Ernst, Neuer Arbeitsstil im Bauwesen wird die Erfüllung des Chemieprogramms sichern, in: Konferenzmaterial, a. a. O., S. 153.

serienmäßig herstellbare Produktionseinheiten in den wirtschaftlichsten Größen ..." zu entwickeln haben.<sup>99</sup> Wechselseitige Beziehungen zwischen Chemieindustrie und Bauwesen zeichneten sich ab. Einerseits sollte der Übergang zum industriellen Bauen zur Realisierung der Chemievorhaben beitragen. Andererseits erhielt die Chemieindustrie die Aufgabe, dem Bauwesen neuartige Baumaterialien zuzuführen. Die Abteilung Chemie der Staatlichen Plankommission wurde in diesem Zusammenhang verpflichtet, in Abstimmung mit dem Ministerium für Bauwesen kurzfristig einen Plan über Leistungen für die Bauwirtschaft aufzustellen. Dabei ging es nicht nur um die Bereitstellung von Platten als Baustoffe. Die Bauwirtschaft meldete einen umfangreichen Bedarf an Produkten der Chemieindustrie an. Er reichte vom Fußbodenbelag, von Rohren, Wärme-, Kälte- und Schalldämmstoffen bis zu Glasfaserplatten und Betonschutzmitteln, um nur einige Wünsche der Bauindustrie zu nennen.

Besondere Bedeutung kam in Hinblick auf das industrielle Bauen den Zusatzmitteln für den Beton zu. Ernst Scholz führte dazu auf der Konferenz aus: "Die verstärkte Anwendung der vorhandenen bzw. neu zu entwickelnden chemischen Zusätze wird uns in die Lage versetzen, den Prozeß der industriellen Bauproduktion schneller voranzutreiben, zur hochmechanisierten Herstellung von Betonfertigteilen überzugehen, die Betonfestigkeiten zu erhöhen, die Gewichte der Bauteile zu senken und den gesamten Bauprozess zu beschleunigen. Wir denken z. B. an Plastifizierungsmittel zur Verbesserung der Verarbeitbarkeit von Beton und Mörtel, an Mittel zur Regulierung und Beschleunigung der Abbinde- und Erhärungszeiten, an Dichtungsmittel und vieles andere mehr."<sup>100</sup>

Mit der Durchsetzung von Typisierung und Standardisierung, mit der Anwendung moderner industrieller - weil der Industrie adäquater - Fertigungsmethoden und der Verwendung von Baustoffen und Materialien der Chemie wurde in der Folgezeit geradezu eine Revolutionierung der Produktionstechnologie und -verfahren des Bauwesens der DDR vollzogen. Der Anstoß zur Beschleunigung dieses Prozesses ging unmittelbar vom Chemieprogramm aus.

Neben dem Bauwesen war der Maschinenbau der wichtigste volkswirtschaftliche Bereich für die Erfüllung des Chemieprogramms. Der größte Teil der Investitionen, die für die Chemieindustrie vorgesehen waren, sollte für die maschinen- und apparatetechnischen Ausrüstungen verwandt werden.<sup>101</sup> Der Umfang der in den Jahren 1959 bis 1965 vom Maschinenbau erwarteten Ausrüstungsleistungen wurde mit 4,4 Milliarden Mark beziffert.<sup>102</sup> Gefordert wurde nicht lediglich eine Erhöhung der Produktion schlechthin, sondern eine neue Qualität der Finalproduktion. Von der Bereitstellung einzelner Ausrüstungseinheiten sollte zur Lieferung kompletter Betriebsanlagen übergegangen werden. Im Arbeitsprogramm der Chemiekonferenz wurde von folgender Auffassung ausgegangen: "Die Sicherung der Erfüllung des Chemieprogramms erfordert die Umstellung des gegenwärtigen Produktionsprofils des Industriezweiges Maschinenbau. Innerhalb kürzester Frist muß der Maschinenbau in der Lage sein, der chemischen Industrie von der schweren Ausrüstung für Hochdruckanlagen bis zur modernsten Plastikverarbeitungs- und Verpackungsmaschine alle erforderlichen Anlagen und Maschinen zu liefern."<sup>103</sup> Im Hinblick auf den vorauszu sehenden sprunghaften Anstieg des Bedarfs an Chemieanlagen wurde auf der Chemiekonferenz mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß das Chemieprogramm gleichzeitig als Maschinenbauprogramm aufzufassen ist.

99 Arbeitsprogramm, a. a. O., S. 200.

100 Scholz, Ernst, a. a. O., S. 156.

101 Ulbricht, Walter, Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit, a. a. O., S. 40.

102 Wunderlich, Helmut, Große Aufgaben vor dem Maschinenbau, in: Konferenzmaterial, a. a. O., S. 139.

103 Arbeitsprogramm, a. a. O., S. 201.



Der mit dem Chemieprogramm verbundene Anlagenbau warf vor allem ein grundsätzliches Problem auf, dessen Lösung für die gesamte Volkswirtschaft von immenser Bedeutung war - die Beherrschung der zwischenbetrieblichen Kooperationsbeziehungen. Im Konferenzreferat von Helmut Wunderlich, zu dieser Zeit Leiter der Abteilung Maschinenbau der Staatlichen Plankommission, hieß es dazu:

"Die gegenwärtig wichtigste Aufgabe besteht darin, (die) vielfältigen Beziehungen der Industriezweige und Betriebe zueinander, die durch Kooperation und Komplettierungen entstehen, so zu organisieren, daß eine termin- und qualitätsgerechte Auslieferung der kompletten Aggregate oder Anlagen unbedingt gesichert wird ... Ein großer Teil der zu liefernden Ausrüstungen wird für über 100 komplette Anlagen benötigt, deren Ausrüstungswert je Objekt mehr als 20 Millionen Mark betragen wird. Welche große Bedeutung die sozialistische Kooperation für solche kompletten Anlagen hat, zeigt das Beispiel einer Kunstseidenanlage, an der 12 Projektierungsbüros und 46 Lieferanten von kompletten Aggregaten oder Teilanlagen mit ca. 250 Zulieferbetrieben innerhalb des Maschinenbaus beteiligt sind ..."<sup>104</sup>

Die Gestaltung der Kooperationsbeziehungen, als eine zentrale Frage bei der Verwirklichung der Chemievorhaben erkannt, stand bei den Maßnahmen, die den Maschinenbau betrafen, im Vordergrund.

Es wurde festgelegt, einen volkseigenen Betrieb für die Lieferung kompletter Chemieanlagen (VEB KCA) zu bilden, der der VVB für Chemieausrüstungen und Klimaanlagen unterstellt werden sollte. Dieser Betrieb - eine koordinierende Institution des Maschinenbaus - sollte den Chemiebetrieben und ihren Bauleitungen als Partner gegenüberstehen. Als Hauptauftragnehmer des Maschinenbaus für sämtliche Anlagen, die vom Maschinenbau für die Investitionsträger der Chemieindustrie hergestellt wurden, sollte der VEB KCA die Schlüsselstellung zwischen Maschinenbau und Chemieindustrie einnehmen.

Die Kooperation der an den einzelnen Anlagen beteiligten Maschinenbaubetriebe sollte durch Leitbetriebe als koordinierende Funktionalorgane gelenkt werden. Durch die Bildung eines ganzen Systems solcher Leitbetriebe sollten Knotenpunkte für das Netz der Kooperationsbeziehungen im Maschinenbau entstehen.

Die Orientierung auf die Organisation von kooperativen Beziehungen durch Leitbetriebe erlangte in der Folgezeit große Bedeutung. Das kooperative Zusammenwirken der anlagenbauenden Betriebe unter Lenkung durch Leitbetriebe ist als Vorform solcher Kooperationsformen wie der Kombinate und Kooperationsverbände anzusehen, die sich in den sechziger Jahren in der Industrie der DDR herausbildeten.<sup>105</sup>

Unter den weiteren Schlußfolgerungen, die sich aus dem Chemieprogramm für den Maschinenbau ergaben, verdient die Bestrebung, die Stagnation auf dem Gebiet der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik zu überwinden, besondere Beachtung. Angesichts der Zielstellung, eine weitgehende Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse in der Chemieindustrie zu erreichen und "damit den Aufwand an menschlicher Arbeit auf ein Minimum zu senken"<sup>106</sup>, mußte auf der Chemiekonferenz der Entwicklungsstand dieses Industriezweiges als völlig unbefriedigend eingeschätzt werden.<sup>107</sup> Der Anteil der Meß- und Regeltechnik betrug zu diesem Zeitpunkt in der DDR - bezogen auf die Gesamtausrüstung der chemi-

104 Wunderlich, Helmut, a. a. O., S. 139 ff.

105 Vgl. Neumann, Gerd, Arbeitsteilung und Kooperation in der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt an der Entwicklung im Maschinenbau in der Zeit von 1956 bis 1962, Wirtschaftswiss., Diss. Berlin 1970, S. 161.

106 Ulbricht, Walter, Chemie gibt Brot - Wohlstand - Schönheit, a. a. O., S. 44.

107 Ebenda.

schon Industrie - etwa 5,5 Prozent, in der Tschechoslowakei 7,9 Prozent, in den USA 10 Prozent und in der BRD etwa 9 Prozent.<sup>108</sup>

Im Zusammenhang mit der Durchführung der im Chemieprogramm geplanten Automatisierungsvorhaben sollte der Anteil der Meß- und Regeltechnik auf je 10 bis 12 Prozent erhöht werden. Die Produktion dieser Anlagen sollte bis 1960 eine Steigerung auf 350 Prozent erfahren.<sup>109</sup>

Konkrete Maßnahmen zur schnellen Entwicklung und umfassenden Anwendung der Meß- und Regeltechnik sollten von der Staatlichen Plankommission ausgearbeitet werden. Unter anderem war die Bildung eines Forschungs- und Entwicklungszentrums zur Koordinierung und Lenkung aller Automatisierungsvorhaben in der DDR vorgesehen.

Der Aufgabenbereich dieses Automatisierungszentrums wurde wie folgt abgesteckt<sup>110</sup>:

- Beratung der Chemie- und der anderen Industriezweige beim Einkauf und bei der Anwendung moderner Meß- und Regelanlagen;
- Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungsaufgaben auf dem Gebiet der Automatisierung für die gesamte DDR (auch für solche Entwicklungsstellen, die außerhalb des Maschinenbaus liegen, wie in der Chemie, Metallurgie und Energie);
- Typisierung und Standardisierung der Meß- und Regelgeräte und ihrer Einzelteile;
- Schaffung von Baukastensystemen unter Berücksichtigung der Beschlüsse der ständigen Kommission für Maschinenbau des RGW.

Wie aus dem Aufgabenbereich ersichtlich ist, sollte die Tätigkeit des Automatisierungszentrums von vornherein nicht auf die Realisierung der Chemieobjekte beschränkt bleiben. Andererseits gaben die Chemisierungsvorhaben den Anlaß, sich verstärkt der Förderung der Meß- und Regelungstechnik zuzuwenden.

Schließlich enthielt das auf der Chemiekonferenz beschlossene Programm eine Reihe von Maßnahmen für die verschiedensten Zweige der Volkswirtschaft. Vor allem in der Leichtindustrie sollten Vorbereitungen getroffen werden, um die Verarbeitung der Chemieprodukte zu sichern. Besondere Bedeutung kam hierbei dem Textilmaschinenbau zu; In diesem Industriezweig galt es, Voraussetzung zur Verarbeitung der synthetischen Fasern zu schaffen.

Obwohl das Bauwesen und der Maschinenbau bei den Maßnahmen zur Verwirklichung des Chemieprogramms im Vordergrund standen, erforderte die Breite der Aufgaben und Maßnahmen die Einbeziehung aller volkswirtschaftlichen Bereiche. Es wurde deshalb festgelegt, daß die Werktätigen, die Betriebsleitungen und die Leitungsgremien der 1958 gegründeten VVB die Erfüllung des Chemieprogramms auf ökonomischen Industriezweigkonferenzen diskutieren sollten. Alle Werktätigen wurden aufgerufen, in Arbeiterversammlungen, Produktionsberatungen und Aussprachen mit der Intelligenz das Chemieprogramm zu beraten.

Mit dem Chemieprogramm wurde die Chemisierung der Volkswirtschaft in der DDR eingeleitet. Die im Programm umrissenen Grundthesen behielten in den sechziger Jahren ihre volle Gültigkeit. Besonders die These von der Schlüsselstellung der chemischen Industrie in der Volkswirtschaft, die sich auf die Auffassung stützte, durch die chemische Industrie würden technische Umwälzungen in vielen Zweigen gefördert und der wissenschaft-

108 Wunderlich, Helmut, a. a. O.

109 Ebenda.

110 Ebenda.

lich-technische Fortschritt in der gesamten Wirtschaft forciert, wurde in den sechziger Jahren von der Partei immer wieder betont.

Wie die Motive und Grundthesen des Chemieprogramms erwiesen sich auch die 1958 markierten Hauptlinien der Chemieproduktion sowie die davon abgeleiteten Investitionsschwerpunkte in der volkswirtschaftlichen Praxis der sechziger Jahre als völlig richtig. Mit dem Aufbau der Petrochemie, dem Ausbau der Plast- und Faserproduktion und der Forcierung der Chemieproduktion für die Landwirtschaft wurde grundsätzlichen Bedürfnissen der sozialistischen Volkswirtschaft in Abstimmung mit der Entwicklung anderer sozialistischer Länder Rechnung getragen.

Allerdings mußten einzelne Zielstellungen des Chemieprogramms im Realisierungszeitraum mehrmals korrigiert werden. Maßnahmen zur Störfreimachung, die Anfang der sechziger Jahre infolge erhöhter Störaktivität der BRD besondere Bedeutung erlangten, banden Investitionskraft und verschoben durch Investikürzungen auf der einen und kurzfristige Erweiterungen auf der anderen Seite Relationen bei der Verwirklichung der geplanten Vorhaben. Zu den Faktoren, die sich aus der politischen Situation ergaben und die sich auf die Erfüllung des Programms hinderlich auswirkten, gehörte vor allem die Abwerbung von Wissenschaftlern, Spezialisten und Facharbeitern.

Tempoverluste entstanden schließlich auch wegen Verzögerungen bei der Erarbeitung wissenschaftlich-technischer Grundlagen einiger bedeutsamer Chemisierungsvorhaben und durch den in seinem Leistungsvermögen erheblich hinter den Programmanforderungen zurückbleibenden Anlagenbau.

Trotz zahlreicher Schwierigkeiten, die zu Zeiteinbußen führten und zum Zurückstecken einzelner Ziele zwangen, wurden im Zeitraum von 1958 bis 1963 bedeutende Erfolge bei der Chemisierung erreicht. Das Chemieprogramm erwies sich als tragfähige und ausbauwürdige Chemisierungskonzeption, auf deren Grundlage die ersten großen Schritte auf dem Gebiet der Chemisierung in der DDR gewagt werden konnten.

## DIE THEORIE DER ZENTRALVERWALTUNGSWIRTSCHAFT - LEITBILD IMPERIALISTISCHER PROPAGANDA UND POLITIK GEGEN DIE SOZIALISTISCHE PLANWIRTSCHAFT DER DDR BIS ZUR MITTE DER SECHZIGER JAHRE

von Ernst Fiedler

### 0. Einleitung

1. Die methodische Entwicklung des Begriffes Zentralverwaltungswirtschaft
2. Die Entstehung der Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft
3. Die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft als Bestandteil der Totalitarismus-Doktrin
4. Die Eigentumsapologetik der Theoretiker der Zentralverwaltungswirtschaft
5. Thalheim - führender Theoretiker der Zentralverwaltungswirtschaft
6. Die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft im Verfallsprozeß

### 0. Einleitung

Die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft entstand als ideologisch-politische Reaktion auf die Entwicklung des ersten sozialistischen Staates, der Sowjetunion, und die Entstehung des sozialistischen Weltsystems. In der Sowjetunion wurde zum ersten Mal in der Geschichte die politische Macht der Arbeiter und Bauern errichtet, die Ausbeutung beseitigt und bewiesen, daß die Arbeiterklasse fähig ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt und planmäßig zu gestalten. In historisch kurzer Zeit entstand aus einem rückständigen Agrarland ein leistungsfähiger Industriestaat.

Die Werktätigen der ganzen Welt verfolgten mit großer Sympathie die Erfolge dieses Vorbilds für eine erfolgreiche sozialistische Entwicklung, das im gleichen Maße den Klassenhaß des Weltimperialismus auf sich zog. Die Schwierigkeiten, die sich aus der rückständigen Ausgangsbasis, aus den Zerstörungen der Wirtschaft durch Krieg, Bürgerkrieg und imperialistische Intervention, aus der Notwendigkeit, zunächst die Existenz der Sowjetmacht zu sichern, ergaben, nutzten die Antikommunisten schamlos aus. Imperialistische Politiker und Ideologen prophezeiten in den ersten Jahren der Sowjetmacht unzählige Male deren Untergang, allerdings noch ohne spezielle theoretische Konzeption. Einer dieser Ideologen war der deutsche Ökonom Ludwig von Mises. Mises bemühte sich, die "ökonomische Unmöglichkeit" des Sozialismus theoretisch zu beweisen. Er ging davon aus, daß ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln der Marktmechanismus nicht in Kraft tritt.<sup>1</sup> Die ökonomischen Prozesse würden nicht mehr durch den Markt reguliert, zentrale Planungsinstanzen übernehmen diese Aufgabe. Sie hätten aber keine realen Daten (Marktpreise) für ihre

1 Mises, Ludwig v., Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, Tübingen 1920 = Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 47.

Wirtschaftsrechnung. Sozialismus, so meinte Mises, sei "das Gegenteil von Rationalität ..."<sup>2</sup> Er pries den Kapitalismus als die einzig denkbare und mögliche Gestalt arbeitsteiliger gesellschaftlicher Wirtschaft<sup>3</sup>, kritisierte also den Sozialismus dafür, daß er kein Kapitalismus ist. Solche Argumente wurden auf Grund der erfolgreichen Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR einerseits sowie angesichts der Weltwirtschaftskrise andererseits und durch die Rolle der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg propagandistisch so unwirksam für den Imperialismus, daß sie modifiziert werden mußten. Nach der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 und dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion gingen imperialistische Ideologen daran, die Gedanken ihrer Vorgänger zu einer Theorie zu gruppieren. Unter Anknüpfung an die erkenntnistheoretischen Arbeiten Max Webers entwickelte der Freiburger Ökonom Walter Eucken während des Faschismus eine neoliberale Wirtschaftslehre<sup>4</sup>, deren Bestandteil die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft ist. 1945 stand der Monopolbourgeoisie diese Lehre zur Verfügung. Eucken, der während des Krieges um den Bestand des Kapitalismus fürchtete, hatte sich dem Freiburger Goerdelerkreis um Gerhard Ritter angeschlossen. Der Gruppe gehörten hauptsächlich Ökonomen und Historiker der Freiburger Universität (außer Ritter und Eucken zum Beispiel Adolf Lampe und andere) an. Auf Zusammenkünften diskutierten sie abstrakte Themen. Die Gruppe stand über Ritter mit Goerdeler in Verbindung. Die Gesellschaft wurde der Gestapo nach dem 20. Juli 1944 bekannt. Sie verhaftete aber nur Gerhard Ritter und hielt die Gruppe für bedeutungslos.<sup>5</sup> Nach 1945 bezeichnete Walter Eucken sich als antifaschistischen Widerstandskämpfer, der aus persönlichen Erlebnissen die faschistische Zentralverwaltungswirtschaft kenne und deshalb ehrlichen Herzens gegen die sowjetische Wirtschaftspolitik auftreten könne. Diesen Ruf als Antifaschist nutzte Eucken zur wirksameren Propagierung seiner Lehre aus. In Wirklichkeit ging es ihm um die Rettung des Kapitalismus, dessen Existenz in Deutschland und anderen Ländern durch den Sieg insbesondere der Sowjetunion über den Faschismus und die Folgen des faschistischen Krieges ernsthaft gefährdet worden war. Die eindeutig antimarxistische Stoßrichtung seines Lebenswerkes charakterisierte einer seiner Anhänger 1953 so:

"Der Bolschewismus ... verfügt bekanntlich über ein Programm, und aus der Einheitlichkeit, der weltanschaulichen Geschlossenheit dieses Programms zieht er einen großen Teil seiner uns bedrohenden Stoßkraft, seiner Angriffswucht ... Das einzige mir bekannte wirtschaftspolitische Gegenprogramm auf unserer Seite ist das des sogenannten Neoliberalismus ..."<sup>6</sup>

Eucken erarbeitete nach 1932 die theoretischen Grundlagen seiner Lehre. Er legte sie nach 1945 in aller Eile in einem Handbuch dar. Die Bereitschaft des deutschen Volkes, nach den Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus einen antifaschistisch-demokratischen Weg einzuschlagen, war nach 1945 offensichtlich. Eucken suchte Argumente gegen diese Bereitschaft. Er sprach von einem anonymen Geschichtsprozeß, an den die Menschen glauben würden. "Dem zwangsläufigen Entwicklungsprozeß zu widerstehen, scheint den meisten unmög-

2 Derselbe, Nationalökonomie, Genf 1940, S. 635.

3 Derselbe, Die Gemeinwirtschaft, Jena 1932, S. 117.

4 Vgl. Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, Ideologische und praktische Bedeutung der westdeutschen Wirtschaftstheorie, hg. v. Herbert Meißner, Berlin 1967; Dhem, Günther, Die Darstellung und "Kritik" des Sozialismus durch die neoliberale Richtung der bürgerlichen politischen Ökonomie Westdeutschlands, Diss. Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst 1963.

5 Vgl. Melnikow, Daniil, 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit, Berlin 1964, S. 151; Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955.

6 Rüstow, Alexander, Wirtschaft ohne Wunder. Zürich 1959, S. 99 = Volkswirtschaftliche Studien, hg. v. Albert Hunold.

lich. Der 'Kapitalismus' habe sich überlebt, mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses werde ihn eine bestimmte andere Wirtschaftsform ablösen, z. B. die 'Planwirtschaft'.<sup>7</sup>

Er leugnete die Existenz von Gesetzen, nach denen sich die Gesellschaft entwickelt. Daher seien wissenschaftliche Voraussagen unmöglich.<sup>8</sup> Ohne solche Voraussagen wiederum sei keine planmäßige Leitung der Wirtschaft möglich, folglich seien die Handlungen der Sozialisten durch Visionen<sup>9</sup> bestimmt. Eucken behauptete, der Marxismus hätte entscheidende Tatsachen, "nämlich die Einwirkung des Denkens auf das menschliche Werden"<sup>10</sup>, übersehen und schlußfolgerte für die Wirtschaftspolitik: "Nicht aus den wirtschaftlichen Fakten geht die Wirtschaftspolitik in erster Linie hervor, sondern aus den Meinungen der Menschen über wirtschaftliche Fakten".<sup>11</sup> Der Neoliberalismus basiert philosophisch auf dem objektiven Idealismus. Der Begriff Zentralverwaltungswirtschaft kann nur unter diesem Aspekt analysiert werden.

## 1. Die methodische Entwicklung des Begriffes Zentralverwaltungswirtschaft

Walter Eucken wandte die Webersche Typenlehre vulgarisiert auf die Nationalökonomie an.<sup>12</sup> Ein Idealtypus wird nach Weber gewonnen durch "einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht vorhandener Einzelercheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen Gedankengebilde."<sup>13</sup> Weber selbst bezeichnete jeden Idealtypus als Utopie, das heißt, dem Kriterium der Wahrheit, der Praxis, kann er nicht unterzogen werden. Eucken bildete aus den Mischformen der Idealtypen Realtypen, die diesem Kriterium unterziehbar sein sollen. Einzelne Seiten und Erscheinungen von Wirtschaftseinheiten wurden nach seiner Auswahl und Entscheidung zusammengefaßt. Durch Untersuchung der Wirtschaft Robinsons<sup>14</sup>, eines badischen Landguts, eines mittelalterlichen Klosters usw. wollte er allgemeingültige Erkenntnisse gewinnen. Für all diese Wirtschaftseinheiten stellte Eucken fest: "Der Leiter eines jeden Wirtschaftssystems handelt jeweils auf Grund eines Wirtschaftsplanes."<sup>15</sup> Das ist eine Trivialität, handelt der Mensch als vernunftbegabtes Wesen doch immer nach einem Plan. Eucken bezeichnete den Plan als entscheidend, nicht aber die sozialökonomischen Verhältnisse, in denen das Wirtschaftsgebilde existiert. Nach dieser Feststellung überblickte Eucken die Problematik im historischen und volkswirtschaftlichen Maßstab. Zwei Grundformen seien in der Geschichte feststellbar: Der wirtschaftliche Alltag eines Gemeinwesens könne durch Pläne eines Planträgers gelenkt werden. Dann sei die reine Grundform der zentralgeleiteten Wirtschaft gegeben. Die andere Form sei die Verkehrswirtschaft,

7 Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 2. Aufl. Tübingen 1955, S. 200.

8 Ebenda, S. 208.

9 Vgl. auch Thalheim, Karl C., Vision vom Wirtschaftsriesen, in: Handelsblatt, 10./11. April 1970, S. 15.

10 Eucken, Walter, a. a. O., S. 12.

11 Derselbe, Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen 1951, S. 66.

12 Vgl. Kon, I. S., Geschichtsphilosophie des 20. Jahrhundert, Bd. 1, Berlin 1964; Kramer, Horst, Philosophische Aspekte der Soziologie Max Webers, phil. Diss. Leipzig 1967.

13 Weber, Max, Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse, in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 2. Aufl. 1951, S. 189.

14 Über solche Robinsonaden vgl. Marx, Karl, Einleitung [zur Kritik der Politischen Ökonomie], in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 615.

15 Eucken, Walter, Grundlagen der Nationalökonomie, 2. Aufl. Jena 1941, S. 78.

in der viele Einzelwirtschaften, Betriebe und Haushalte selbständig Pläne machen, in wirtschaftlichen Verkehr miteinander treten und ein Automatismus der Märkte bestehe, der sie koordiniere.<sup>16</sup>

In dem von Eucken konstruierten Idealtypus Zentralverwaltungswirtschaft wird als erste Prämisse ein sogenannter Planträger (Zentralverwaltungsbehörde) dem Produzenten entgegengestellt. Er steuere alle Aktivitäten der Betriebe und Produzenten. Da dies aber, wie Eucken richtig feststellte, praktisch unmöglich ist, liege hier der erste Grund für das Versagen dieser Wirtschaftsform. Eine zweite Prämisse, die aus der ersten folgt, sei die absolute Willenlosigkeit der Produzenten. Darin bestehe der zweite Grund für das Versagen der Zentralverwaltungswirtschaft. Die beiden falschen Prämissen bilden den Ausgangspunkt für die Totalitarismuskonzeption auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Um die Wirtschaft trotzdem im Gang zu halten, muß nach Eucken Gewalt eingesetzt werden. Aus der Wirtschaftsform ergibt sich damit nach Eucken die zwingende Notwendigkeit, eine totalitäre Staatsform aufzubauen.

Beide Begriffe entsprechen nicht der Wirklichkeit. Sie sind, logisch gesehen, Nullklassen. Eucken identifiziert ein selbstgeschaffenes Gedankengebilde mit der Wirklichkeit. Trotzdem wollen wir diesen Ausgangsbedingungen weiter folgen. Was verspricht sich Eucken von den Begriffen? Sie enthalten nach seiner Meinung in ihrer Gesamtheit nicht nur alle Formelemente, aus denen alle konkreten Wirtschaftsformen zu allen Zeiten und überall aufgebaut seien, sondern sie würden so einfache, exakt bestimmbare Bedingungskonstellationen darstellen, daß in ihnen die Bedingungsbeziehungen, die innerhalb jeder einzelnen Konstellation gelten, vom Denken erfaßt werden könnten.<sup>17</sup>

## 2. Die Entstehung der Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft

Die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft kennzeichnen vier antikommunistische Grundzüge. Erstens ist sie der wirtschaftspolitische Bestandteil der Totalitarismuskonzeption. Zweitens bemühen sich ihre Vertreter zu beweisen, daß die DDR-Wirtschaft sowjetisiert worden wäre und gegenüber der Volkswirtschaft der UdSSR eine Satellitenrolle spielen würde. Drittens verteidigt sie das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln als einzig richtige Basis der Wirtschaft. Viertens wird die Planwirtschaft als nicht nach objektiven Gesetzmäßigkeiten, sondern nach "subjektiver" Willkür einer herrschenden Gruppe geleitete Wirtschaft umgefaßt. Dadurch sei nicht die Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes Ziel des Wirtschaftens, sondern die Machterhaltung dieser Gruppe. Alle Elemente sind gegen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und gegen die Positionen des sozialistischen Staates in der Wirtschaft gerichtet.

Wie bereits dargelegt, bestand das politisch-ideologische Bedürfnis des Imperialismus nach einer Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft schon seit Beginn der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Zwar wurde der Begriff "Zentralverwaltungswirtschaft" nach 1918 von Otto Neurath<sup>18</sup> unter Anwendung auf die deutsche Kriegswirtschaft im ersten Weltkrieg geprägt, aber ohne die spätere Bedeutung, die er in der neoliberalen Theorie einnahm. Erst die Konfrontation der Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt mit dem Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion gab den entscheidenden Anstoß, diesen Begriff zu einer antikommunistischen Theorie zu entwickeln.

<sup>16</sup> Derselbe, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a. a. O., S. 21 f.

<sup>17</sup> Derselbe, Grundlagen der Nationalökonomie, a. a. O., S. 149.

<sup>18</sup> Vgl. Neurath, Otto, Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, München 1919.

In der Herausbildung der neoliberalen Theorie zeichnen sich die Etappen 1936/37 und 1945/46 ab. Erste Ansätze (1932) bildeten sich bei der Kritik der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Die Neoliberalen forderten einen vollkommenen Staat, der die Lenkung der Wirtschaft nach Gesichtspunkten, die über den Interessengruppen stehen, praktizieren sollte. Der Staat dürfe weder dem Laissez-faire-Standpunkt huldigen, noch den regellosen Interventionismus weitertreiben, sondern müsse in Richtung der Marktgesetze tätig werden. Diese Kritik verstärkte sich nach der Errichtung der faschistischen Zwangsplanung. Die faschistische Wirtschaftspolitik besaß keine spezifisch-faschistische theoretische Grundlage.<sup>19</sup> Zwischen Schwerindustrie und Konsumgüterindustrie entstanden Differenzen, an die die Neoliberalen anknüpften. Die Kritik an der faschistischen Wirtschaftspolitik wurde jedoch nicht so stark, daß sie zur Verfolgung der Kritiker geführt hätte. Die antisowjetische und antikommunistische Variante dieser Lehre war sehr entwickelt. Röpke bezeichnete 1944 nicht den Faschismus, sondern den Sozialismus als die eigentliche und tödliche Krankheit unserer Zeit.<sup>20</sup> Der Faschismus wurde unter dem Gesichtspunkt kritisiert, daß die faschistische Politik nicht nur die kapitalistische Gesellschaft nicht vor dem Sozialismus retten, sondern sie selbst in Frage stellen könne. Neoliberale waren durch das Verdrängen alter kapitalistischer Existenzen, an deren Stelle sich "traditionslose" Emporkömmlinge im Stile eines Hermann Göring schoben, beunruhigt. Sie befürchteten, daß eine totale Kriegskatastrophe mit einer nachfolgenden siegreichen proletarischen Revolution enden könnte. Die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft wurde entworfen, ohne daß die Freiburger Ordoliberalen die faschistische Wirtschaftspolitik als Zentralverwaltungswirtschaft bezeichneten.<sup>21</sup>

Nach dem zweiten Weltkrieg änderte sich das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus weiter zugunsten des Sozialismus. Der deutsche Imperialismus war lebensgefährlich getroffen. Es begann die antifaschistisch-demokratische Revolution. Der deutsche Imperialismus griff zu jeder Theorie, die ihm eine Handhabe bot, diese Revolution ganz bzw. in den Westzonen zu verhindern. Die weitreichende Arbeit der Freiburger Neoliberalen ab 1932 machte sich jetzt bezahlt. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung konnte im Rahmen des Neoliberalismus kritisiert werden, denn die soziale Marktwirtschaft sollte ja gerade ihre Überwindung sein. Das gesamte Ahlener Programm der CDU war mit dieser Scheinstoßrichtung abgefaßt worden. Dem Streben der Werktätigen nach Beseitigung jeder Form von Ausbeutung in den Jahren nach 1945 setzte Eucken seine Theorie entgegen. Ausbeutung der Arbeiter sei nur möglich, wenn die Kapitalisten sich zu einem Monopol zusammenschließen, das die Preise auf dem Arbeitskräftemarkt bestimmt. Die Ausbeutung sei jetzt dadurch beseitigt, daß die Kapitalisten durch ihre gegenseitige Konkurrenz die Arbeitskräftepreise hochtrieben. So wurde das reale Bild des Kapitalismus retuschiert und versucht, Optimismus in die "eigene Zukunft" zu erzeugen. Durch die Behauptung der Wesensgleichheit von antifaschistisch-demokratischer und faschistischer Wirtschaftsordnung wurde gleichzeitig die in der sowjetischen Besatzungszone überwundene dunkle Vergangenheit des deutschen Volkes als dort existierende Gegenwart heraufbeschworen und damit die Spaltung Deutschlands "begründet". Die vorgesehene "Befreiung" sollte so als humane Tat deklariert werden und erscheinen. Die antifaschistisch-demokratische Revolution im Osten Deutschlands wurde antikommunistisch verfälscht. Die politisch, wirtschaftlich und ideologisch herrschenden Kräfte des Imperialismus nahmen sich in diesem Rahmen der Verbreitung der Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft an. Da sie sich propagandistisch auf die Gegenüberstellung von sozialer Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft reduzieren ließ, war die Umsetzung dieser Theorie leicht.

Die Auseinandersetzung mit dieser Theorie gewann politische und wissenschaftliche Bedeutung, weil erstens ihre Thesen im Bewußtsein vieler Werktätiger der BRD verankert wurden,

19 Krause, Werner, Wirtschaftstheorie unter dem Hakenkreuz, Berlin 1969.

20 Röpke, Wilhelm, Civitus humanus, Erlenbach/Zürich 1944, S. 186.

21 Vgl. Naumann, Robert, Theorie und Praxis des Neoliberalismus, Berlin 1967.



zweitens diese Theorie Grundlage für Sabotage, Diversion und andere direkte Angriffe auf die DDR darstellte und drittens auf dieser Basis der Graue Plan, das wirtschaftspolitische Annexionsprogramm der Bonner Regierung zur Liquidierung der sozialistischen Planwirtschaft, erarbeitet wurde. In der Auseinandersetzung mit der Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft kann bewiesen werden, daß jede Politik, die auf dieser pseudowissenschaftlichen Basis beruht, zum Scheitern verurteilt ist.

### 3. Die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft als Bestandteil der Totalitarismus-Doktrin

Der Begriff der Zentralverwaltungswirtschaft und die ihm entsprechenden Synonyme entstanden als politökonomische Variante der Totalitarismus-Doktrin. Er war in der imperialistischen und sozialdemokratischen Literatur und Publizistik über die Wirtschaft der sozialistischen Staaten die dominierende antikommunistische Kategorie. Das Merkmal "zentralisierte Wirtschaft" ist Bestandteil der Standarddefinition des Begriffes Totalitarismus.<sup>22</sup> Schon bei der methodischen Erarbeitung der Theorie hatte Eucken solche Wirtschaftsgebilde wie ein badisches Landgut im Jahre 1934, die Wirtschaft des mittelalterlichen italienischen Klosters Bobbio, die antiken Tempelwirtschaften usw. nur unter dem Aspekt des Plans des Leiters betrachtet. Das dadurch geschaffene "System" überdauere die Wandlung des geschichtlichen Werdens.<sup>23</sup> Er forderte von der Geschichtsschreibung, einzelne Wirtschaftsgebilde zu beschreiben und das Material der Nationalökonomie zur Verfügung zu stellen.<sup>24</sup> Eucken hatte als methodische Prämisse die These aufgestellt, daß die wirkliche Wirtschaft gerade durch Anwendung nichtzeitgebundener theoretischer Sätze erkannt werde.<sup>25</sup> Durch die Anwendung dieser Sätze definierte er die Wirtschaft des Inkareiches im 15. Jahrhundert, die sowjetische Wirtschaft ab 1928, die faschistische Zwangswirtschaft und das Wirtschaftssystem der DDR als Zentralverwaltungswirtschaft.<sup>26</sup> Damit versuchte er, den Haß der Massen auf den Faschismus gegen die sozialistische Entwicklung zu lenken, und propagierte einen "dritten Weg" zwischen der Zentralverwaltungswirtschaft und der freien Konkurrenz, die Marktwirtschaft oder Wettbewerbsordnung. Die Ziele der Wirtschaftspolitik in der Zentralverwaltungswirtschaft werden nach Meinung der Neoliberalen subjektivistisch durch die politische Führung gesetzt. Dadurch sei die Wirtschaft ökonomisch ineffektiv. Sie könne, wie Thalheim meinte, "nur in Verbindung mit einem totalitären und zumindest extrem autoritären politischen System funktionsfähig gehalten werden".<sup>27</sup> Thalheim, der sich während der ganzen fünfziger und sechziger Jahre ständig mit Vergleichen zwischen Zentralverwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft beschäftigte, schuf den Begriff Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und gab ihm damit eine völlig eindeutig antikommunistische Stofrichtung.

In der Sowjetunion wurde nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution der Sozialismus aufgebaut. Dabei bildeten sich eine Reihe von Gesetzmäßigkeiten heraus, die jedes Land, das den Sozialismus aufbaut, verwirklichen muß. Die Errichtung und Entwicklung der Diktatur des Proletariats, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxi-

22 Vgl. Lozek, Gerhard, Genesis, Wandlung und Wirksamkeit der imperialistischen Totalitarismus-Doktrin, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 4/1966, S. 625 ff.

23 Eucken, Walter, Grundlagen der Nationalökonomie, a. a. O., S. 279.

24 Ebenda, S. 88 f.

25 Ebenda, S. 279.

26 Ebenda, S. 209.

27 Thalheim, Karl C., Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln 1962, S. 50.

stisch-leninistischen Partei, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und allen werktätigen Schichten des Volkes, die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, die Schaffung des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln, die planmäßige Leitung der Wirtschaft auf der Grundlage der Erfordernisse der objektiv wirkenden ökonomischen Gesetze des Sozialismus, die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, die sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur – das sind Gesetzmäßigkeiten von internationaler Gültigkeit. Die SED realisiert diese Gesetzmäßigkeiten unter den konkreten historischen Bedingungen der DDR. Die Hilfe und Unterstützung der erfahrenen sowjetischen Genossen erleichtern der SED ihre Anstrengungen bedeutend.

Die SED wurde von den Theoretikern der Zentralverwaltungswirtschaft besonders verleumdet. Alle Erfahrungen der imperialistischen deutschen Ostforschung wurden auf die Hetze gegen die DDR umfunktioniert. Die antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Maßnahmen wurden als Sowjetisierung abgestempelt, die Entwicklung in der DDR als anti-national bezeichnet. Die Sowjetisierungsformel subsumiert alles, was von der restaurativen Entwicklung in Westdeutschland abweicht. Aber gerade die Erkenntnis der Richtigkeit und der Allgemeingültigkeit der Leninschen Prinzipien sowie das gewissenhafte Studium und die schöpferische Anwendung der sowjetischen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau durch die SED haben den Werktätigen der DDR manchen Umweg erspart und schneller zum Erfolg geführt.

#### 4. Die Eigentumsapologetik der Theoretiker der Zentralverwaltungswirtschaft

Im Gegensatz zum Kapitalismus dient die Arbeit der Werktätigen der DDR im Sozialismus nicht dem Profitstreben einer Minderheit von Großkapitalisten und Junkern, sondern der immer besseren Befriedigung der Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft und jedes ihrer Mitglieder. Der tiefste Grund dafür ist, daß in der DDR sozialistisches Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln besteht. Marx und Engels charakterisierten das Wesen des Eigentums als ökonomisches und damit als gesellschaftliches Verhältnis. "Die verschiedenen Entwicklungsstufen der Teilung der Arbeit sind ebensoviel verschiedene Formen des Eigentums, d. h., die jedesmalige Stufe der Teilung der Arbeit bestimmt auch die Verhältnisse der Individuen zueinander in Beziehung auf das Material, Instrument und Produkt der Arbeit."<sup>28</sup> Das Eigentum an den Produktionsmitteln charakterisiert erstens, wie die Arbeitskraft mit den Produktionsmitteln im Arbeitsprozeß vereinigt wird, und zweitens charakterisiert es die Art und Weise der Aneignung der Produkte, die Stellung der Werktätigen im Arbeitsprozeß und das Ziel des gesellschaftlichen Zusammenwirkens der Menschen in der Produktion.

Ursprünglich wurde die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft ohne Eigentumsdiskussion entwickelt, die Eigentumsfrage wurde nach Kräften verschleiert. Unter dem Druck der nach 1945 in breiten Schichten der Bevölkerung erhobenen Forderung nach Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel waren die neoliberalen Theoretiker aber gezwungen, diese Frage zu behandeln. Sie mußten zugeben, daß die Idee des "Kollektiveigentums" tief in das Bewußtsein der Menschen eingedrungen war, daß diese Idee zu den Grundfragen des politischen Denkens gehört, die das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen.<sup>29</sup> Gerade durch seine Auffassung vom Eigentum, schrieb zum Beispiel Eucken, habe Marx entscheidendes Gewicht.<sup>30</sup> Marx habe das Elend der Arbeiter richtig geschildert, sei aber am Schwerpunkt vorbeigegan-

28 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1959, S. 22.

29 Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a. a. O., S. 134.

30 Ebenda.

gen. Nicht die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln sei für das Elend verantwortlich gewesen, sondern daß die Nachfrage nach Arbeit in monopolistischer Marktform erfolgte.<sup>31</sup> Im übrigen sei das Elend beseitigt.<sup>32</sup> So schnell und einfach geht das! Eucken spielte die Frage noch weiter herunter. Aus der Feststellung, daß irgendwo rechtlich Privateigentum bestehe, ließe sich noch nicht auf das Ordnungsgefüge der Wirtschaft schließen. Umgekehrt bedeute Fehlen des Privateigentums nach seiner Meinung nicht ohne weiteres zentrale Leitung der Wirtschaft.<sup>33</sup> Er unterschied, nachdem er nochmals betont hatte, Zentralverwaltungswirtschaft sei nicht etwa mit Kollektiveigentum verwechselbar, zwei Typen der Zentralverwaltungswirtschaft: einen Typ mit Privateigentum und einen Typ mit Kollektiveigentum.<sup>34</sup> Weiterhin behauptete er, "daß die Verbindung zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses mit Kollektiveigentum denjenigen Typus der Wirtschaftsordnung darstelle, der sozial am bedrohlichsten sei."<sup>35</sup> Damit versuchte Eucken zu begründen, daß das Wirtschaftssystem der DDR gefährlicher sei als das Wirtschaftssystem des faschistischen Deutschland.

Im Sozialismus sind die Produktionsmittel vergesellschaftet, das heißt, sie werden im Maßstab der ganzen Gesellschaft im Interesse aller ihrer Mitglieder nach einem einheitlichen Plan genutzt. Die Werktätigen sind im Sozialismus gesellschaftliche Produzenten und zugleich Eigentümer der Produktionsmittel. Die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes ist Hauptaufgabe der Wirtschaft. Im Kapitalismus ist Profitjagd das oberste Prinzip. Der Mensch gilt nichts. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln ist die Grundlage dafür, daß Not und Elend, Kriege und Krisen aus dem Leben der Gesellschaft verschwinden. Die Ausnutzung der Vorzüge und Triebkräfte des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln erfordert die zentrale staatliche Planung und Leitung.

Karl Marx und Friedrich Engels kennzeichneten die Planmäßigkeit und Organisiertheit der gesellschaftlichen Arbeit und ihre Verteilung als ein Wesensmerkmal der ausbeutungsfreien Gesellschaft.<sup>36</sup> Lenin hat diese Thesen und andere aufgegriffen und zur Theorie der sozialistischen Planwirtschaft entwickelt. Sein Modell der sozialistischen Wirtschaftsführung hat alle Bewährungsproben bestanden. John D. Bernal wertet die Planung und Leitung "als ein höheres Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung, ebenso wie die Herausbildung des Zentralnervensystems einer höheren Stufe der organischen Evolution entsprach".<sup>37</sup> Der Plan hat das Ziel, das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes auf der Basis der Erweiterung und Vervollkommnung der Produktion ständig zu heben. Er kennzeichnet die Absicht von Millionen Menschen der sozialistischen Gesellschaft, die ihn durch ihre Organisationen erarbeitet haben, eine gemeinsame Aufgabe zum allgemeinen Wohle durchzuführen.

Nach der Aussage der Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft ist die sozialistische Wirtschaft eine Befehlswirtschaft, in der eine Zentrale nach ihrer subjektiven Willkür Pläne aufstellt, die Aufgaben für die Betriebe aufschlüsselt und alle Detailfragen bei der Planrealisierung steuert. Seit Beginn der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR suchten die Theoretiker der Zentralverwaltungswirtschaft nach Fehlern unserer Wirtschaftspolitik auf der Basis dieses Leitbildes. Sie empfahlen der DDR, eine Wirtschaftsordnung aufzubauen, in der ein Marktmechanismus wirke, und der den Kapitalismus restaurieren würde.<sup>38</sup> Die Kon-

31 Ebenda, S. 34.

32 Ebenda, S. 185.

33 Derselbe, Grundlagen der Nationalökonomie, a. a. O., S. 64.

34 Ebenda.

35 Ebenda, S. 139.

36 Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 261.

37 Bernal, John D., Die Wissenschaft in der Geschichte, 3. bearb. Aufl. Berlin 1967, S. 770.

38 Thalheim, Karl, C., Besonderheiten des Wirtschaftswachstums in den kommunistisch regierten Ländern, in: Wachstumsprobleme in Mitteldeutschland, (West-)Berlin 1968.

sequenz dieser Vorschläge ist, daß die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse in der Wirtschaft verneint und daß gefordert wird, auch die ökonomische Rolle des sozialistischen Staates abzubauen.

Der Markt im Sozialismus ist aber nicht wie unter den Bedingungen des Kapitalismus eine verselbständigte Sphäre, die spontan regulierend auf die Produktion einwirkt, sondern bildet einen festen Bestandteil des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Er ist kein Realisierungsfeld für Profite, sondern Mittel zur Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen. Durch den sozialistischen Staat werden die Gesamtinteressen der Werktätigen vertreten, Reibungsverluste vermieden, und die optimale Entwicklung der Ökonomie wird gewährleistet. Partei und Staat setzen gemeinsam mit der gesamten Arbeiterklasse und allen Werktätigen planmäßig und bewußt die Erfordernisse der objektiv wirkenden ökonomischen Gesetze durch.

Die antikommunistischen Ideologen versuchen durch die Behauptung, der Plan sei subjektive Willkür, die wirtschaftliche Unrationalität des Planes zu begründen, und erklären, er könne nur mit Hilfe totalitärer Machtmittel realisiert werden.<sup>39</sup> Diese Argumentation ist Bestandteil der Totalitarismus-Doktrin. Der Zweck, die marxistisch-leninistische Partei von der Arbeiterklasse zu trennen, ist offensichtlich. Welche konkrete Gestalt die Planung besitzt, ist abhängig von den Erfordernissen des Klassenkampfes, vom Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse, vom Niveau und von der Dynamik der Produktivkräfte, den Erfahrungen der Werktätigen und der sozialistischen Leiter. Die Ideologen der Zentralverwaltungswirtschaft waren stets bemüht, unter bestimmten konkreten historischen Umständen richtige Maßnahmen im Nachhinein als Fehler zu deklarieren und so das Vertrauen der Bevölkerung in die Richtigkeit der Planaufgaben zu untergraben. Ein Hauptangriffspunkt während der fünfziger Jahre war das Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion. In einigen Publikationen wird die Bestimmung dieses Verhältnisses zum dritten Merkmal der Zentralverwaltungswirtschaft erhoben. Das ist offenbar Ausdruck der Bemühungen, das Wachstum der Wirtschaft der DDR zu diskreditieren. Daß die DDR in der ersten Phase ihres Bestehens auf Grund der vorhandenen Disproportionen eine Phase der vorwiegend extensiven Reproduktion einschalten mußte, benutzen die imperialistischen Propagandisten, um die Wirtschaftspolitik der DDR als einen Ausdruck des Machtstrebens von Staats- und Parteiführung darzustellen. Diese Politik sei ein Fehler gewesen, und die SED hätte der Bevölkerung unzumutbare Opfer abverlangt. Die These vom Mißverhältnis zwischen Akkumulation und Konsumtion war ein direkter Versuch, die Bevölkerung der DDR gegen die Partei- und Staatsführung aufzuhetzen. Dem Plan wohne die Tendenz inne, den Wirtschaftsprozess in allen Details selbst zu bestimmen. Das war in Wirklichkeit nie der Fall und ist auch praktisch unmöglich. Diese praktische Unmöglichkeit veranlaßte die Ideologen, nach Folgen der unterstellten Politik zu suchen. Es kam die These von "Gleichgewichtsstörungen" auf, die durch Lagerbestände, falsche Lenkung von Waren usw. entstanden wären. Die Planveränderungen am Siebenjahrplan, die durch die Störfreimachung der Wirtschaft, durch den notwendigen Prozeß der Stabilisierung und die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie durch die internationale sozialistische Zusammenarbeit notwendig wurden, wertete zum Beispiel Thalheim als Ausdruck einer Krise.<sup>40</sup> Diese Krise zwang nach seiner Auffassung zur Schaffung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Dieses System ist in Wirklichkeit die Fortsetzung der Wirtschaftspolitik auf einer qualitativ höheren Stufe.<sup>41</sup> In einem Vortrag am 8. August 1964 gab ihm Thalheim nur we-

39 Derselbe, Sozialprobleme in Mitteldeutschland. Vortrag, gehalten am 12. 10. 1967. (Manuskript in der Bibliothek der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED vorhanden.)

40 Vgl. derselbe, Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, (West-)Berlin 1964.

41 Vgl. Beyer, Heinz/Kanzig, Helga, Die Wirtschaftspolitik der Sozialistischen Einheits-

nig Chancen. Der Zusammenbruch stehe nahe bevor, das seien alles Auswirkungen der Zentralverwaltungswirtschaft. Thalheim erklärte, daß "Wiedervereinigung eine Transformation der Wirtschaftsordnung bedeute".<sup>42</sup> Die "Krisentheorie" war der Versuch, den Fortschritt in Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik der DDR gegen sie selbst zu kehren, das heißt, die Schaffung des neuen ökonomischen Systems als Folge einer verfehlten Wirtschaftspolitik anzusehen.<sup>43</sup> Das neue ökonomische System der Planung und Leitung beurteilte Thalheim als den Versuch, "quasi marktwirtschaftliche Elemente" in das Zentralverwaltungswirtschaftliche System einzubauen. Da die Unternehmerinitiative aber weiterhin ausfalle, sei keine prinzipielle Besserung zu erwarten. Thalheim ignorierte den schöpferischen Prozeß der von Ausbeutung befreiten Werktätigen, die Vorteile der zentralen Planung. Die geschichtlichen Ereignisse selbst haben jedoch "Ostexperten" wie Thalheim und Gleitze überzeugend widerlegt. Entgegen aller Kritik der imperialistischen Gegner zeigte sich unser Wirtschaftssystem von seinen Anfängen bis zur Entwicklung des neuen ökonomischen Systems der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation überlegen, weil es auf die gemeinsamen Interessen der Werktätigen ausgerichtet ist. Ab Mitte der sechziger Jahre zwang diese Tatsache die Theoretiker der Zentralverwaltungswirtschaft, ihre Thesen zu modifizieren.

## 5. Thalheim - führender Theoretiker der Zentralverwaltungswirtschaft

Eine Schlüsselfigur bei der Verbreitung der Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft in den fünfziger Jahren und zu Beginn der sechziger Jahre war Karl C. Thalheim. Um diese Theorie nach der Methode "ein Teil fürs Ganze" zu charakterisieren, ist es nützlich, sich mit diesem wirtschaftspolitischen Ostexperten intensiver zu beschäftigen. Als 1933 der Faschismus in Deutschland die Macht an sich riß, verfälschte Thalheim seine Tätigkeit ab 1919 in Erfüllung "völkischer" Aufgaben um.<sup>44</sup> Er beschäftigte sich zu dieser Zeit mit dem Grenzland-Deutschum im Osten, dabei die Aufmerksamkeit mit allem Nachdruck auf dieses den deutschen Imperialismus als zukünftiges Annexionsobjekt interessierende Gebiet lenkend. In qualitativer Beziehung hatte Thalheim für seine spätere Anbiederung an den Faschismus erste Grundlagen gelegt, indem er als reaktionärer bürgerlicher Ideologe Gedanken vertrat, die Bestandteile der faschistischen Ideologie wurden. Seine Ostforschungstätigkeit, die sich in dieser Zeit noch auf Ostgebiete innerhalb des Reichsterritoriums konzentrierte, war noch nicht so gefragt, daß Thalheim nach seiner Dissertation nicht das Thema gewechselt hätte. Er wandte sich der betrieblichen Sozialpolitik zu, ein Thema, für das das deutsche Monopolkapital unmittelbar Verwertung hatte. In seiner Habilitationsschrift von 1928 ging er davon aus, daß der vormonopolistische Kapitalismus zu Ende ist.<sup>45</sup> Diese Periode habe die Verdrängung der Arbeiter aus dem Staat gebracht, eine "Entbürgerlichung des Proletariats".<sup>46</sup> Richtig kritisierte Thalheim bestimmte Erscheinungsformen der Ausbeutung und Verelendung, die zu Kämpfen der Arbeiterklasse führten. Dann entwickelte er aber ein Kon-

partei Deutschlands zur Ausarbeitung und Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Industrie der DDR (1963 - 1965).  
Thesen zur Dissertation, April 1967.

42 Thalheim, Karl, C., Rundfunkvortrag im Programm von SFB I am 24. 6. 1964.

43 Vgl. Gleitze, Bruno, Die Wirtschaft der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahresplan. (West-)Berlin 1964.

44 Universitätsarchiv Leipzig, Personalakte Thalheim, Nr. 998, Bl. 23.

45 Staatsarchiv Dresden, Ministerium für Volksbildung, Nr. 18354, Personalangelegenheiten der Handelshochschule Leipzig, Bd. 336.

46 Thalheim, Karl C., Sozialkritik und Sozialreform bei Abbé, Rathenau und Ford, Berlin 1929, S. 11.

zept zur "Beilegung des Klassenkampfes", für die "Wiederverbürgerlichung" des Proletariats. Diese Aufgaben sollten die staatliche Sozialpolitik und die Gewerkschaften ausführen. Hierzu müßte nach seiner Meinung noch ein drittes Element treten, eine autonome Sozialpolitik der Unternehmungen.<sup>47</sup> Im Schlußwort forderte Thalheim, daß man eine ständische Gliederung der Wirtschaft und der Gesellschaft anstreben müsse, das heißt die Überbrückung der sozialen Gegensätze. Diesem Konzept entsprach seine politische Betätigung. Thalheim gehörte der Deutschen Staatspartei, einer Partei des Kleinbürgertums, der Bourgeoisie, der Beamten und der Intelligenz an.

Die reaktionären Kreise des Monopolkapitals hatten sich am Ende der Weimarer Republik auf die Errichtung einer faschistischen Diktatur orientiert. Und eben diese Kreise waren auch die Auftraggeber Thalheims. Im Vorwort eines "ABC der Volkswirtschaft" betonte er als Herausgeber: "Die Mitarbeiter des vorliegenden Bandes wissen sich in ihrer geistigen Einstellung auf dem Grundgedanken, von dem der Neuaufbau der Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland getragen wird"<sup>48</sup>. In seinen weiteren Werken wurde Thalheim eifriger Propagandist faschistischer Ideen. Dabei bediente er sich des alten Rezepts: etwas Antisemitismus, etwas Antiliberalismus, Lob für den Nationalsozialismus und starker Antisowjetismus. So schrieb er in einem Sammelband 1936: "Das Dogma von der Selbstregulierung besitzt heute für uns ebensowenig Gültigkeit wie der Glaube, daß das verbindliche Ziel der Wirtschaft in einem möglichst hohen Produktionsertrag zu erreichen sei und daß alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die diesem Ziel widersprechen, abgelehnt werden müssen. Und der neue Staat hat, wie wir das überall in seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik sehen, den Mut zum Strukturwandel. Er hat darüber hinaus die Möglichkeit, diesen Mut in wirtschaftspolitische Taten umzusetzen, weil keine parlamentarischen Parteirücksichten ihn daran hindern, weil die einheitliche Gleichrichtung staatlichen Willens, der staatlichen Machtmittel und der völkischen Kräfte die Voraussetzung für diese Politik schafft."<sup>49</sup> An gleicher Stelle wird betont, der deutsche Osten besitze eine Brückenstellung zum ost- und südosteuropäischen Raum.<sup>50</sup> Der rassistisch begründete Volkstumsbegriff und der Führungsgedanke im Staat könnten die Grundlage für eine staatliche Neuorientierung im osteuropäischen Raum werden. "Noch eine große Aufgabe aber verbindet diese Völker mit dem Deutschen Reiche. Die Tatsache, daß sie und wir ganz unmittelbar hineingestellt sind in den großen Kampf gegen den Bolschewismus, der sich immer deutlicher als die heutige Erscheinungsform des ewigen weltgeschichtlichen Kampfes zwischen Europa und Asien erhält. Kein anderes Land hat diesen Kampf so entschieden aufgenommen, ihm auch ideenmäßig eine solche Fundierung gegeben wie Deutschland."<sup>51</sup> Das war ein eindeutiges Bekenntnis Thalheims für den Faschismus und für die faschistische Okkupation.

Ab 1936 war Thalheim Leiter der "Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung" an der Handelshochschule Leipzig. Diese Arbeitsgemeinschaft war in die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung integriert, ein Organ, das lange Zeit von der Hauptabteilung Planung und Boden im Hauptamt des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums angeleitet wurde. Außerdem war er aber ab 1941 geschäftsführender Vorsitzender der Zweigstelle Leipzig der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft. Er war ab 1940 Leiter des Weltwirtschaftsinstituts, einer Ostforschungseinrichtung. Sein Judenhaß feierte in jedem Werk Exzesse. Die Wirtschaftsgesinnung sei nicht, wie der Liberalismus annehme, bei allen Menschen gleichartig, sondern weise entsprechend der blutmäßigen Zusammensetzung der Völker die allergrößten Unterschiede auf. Die Einsicht in die Zusammenhänge von Rasse und

47 Ebenda, S. 12.

48 Derselbe, ABC der Volkswirtschaft, Leipzig 1934.

49 Derselbe, Der deutsche Osten, Berlin 1936, S. 479.

50 Ebenda, S. 589.

51 Ebenda, S. 591.

Wirtschaft eröffne der Volkswirtschaftslehre ein großes neues Erkenntnisgebiet.<sup>52</sup> (Nach 1945 behauptete Thalheim, irgendwelche Aktionen der Judenverfolgung seien von ihm nie gefordert worden.<sup>53</sup>) 1940 bewies er, daß die finanzielle Basis des faschistischen Raubkrieges noch erweitert werden könne.<sup>54</sup> Auch im Abstecken der Aggressionsziele war dieser Faschist nicht kleinlich: "Was den uns in erster Linie interessierenden kontinentaleuropäischen Großraum anbelangt, so bedarf dieser freilich notwendig der Ergänzung durch kolonialen Lebensraum. Der naturgegebene geographische Ergänzungsraum für Europa ist Afrika, das ist besonders deshalb so wichtig, weil auf afrikanischem Boden mit einer Er-schütterung nicht zu rechnen ist."<sup>55</sup>

Nach 1945 war in Leipzig kein Platz mehr für Faschisten. Während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre arbeitete sich Thalheim in Westberlin in die neoliberale Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft ein. Seine faschistische Ostforschungserfahrung verband er mit dieser Theorie. Auch in seiner Person gibt es eine ideologische und personelle Kontinuität dieser Disziplin.<sup>56</sup> Durch die Entwicklung des Begriffs "Zentralverwaltungswirtschaft so-wjetischen Typs" kam Thalheim vom Ausgangspunkt her an der Kritik der faschistischen Wirtschaft vorbei. Er wandte die Totalitarismus-Doktrin nur auf die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder an. Der westdeutsche Imperialismus belohnte ihn entsprechend. 1951 wurde er an eine Gründung des kalten Krieges, die sogenannte "Freie Universität" Berlin berufen. Er übernahm die Abteilung Wirtschaft des Osteuropainstituts. Die führende Rolle dieses Instituts innerhalb der Ostforschung der BRD ist unstrittig. Durch Mitarbeiter und Aktivität ist seine Abteilung führend im Institut.<sup>57</sup> Ab 1956 gab Thalheim die Zeitschrift "Osteuropa-Wirtschaft" heraus. Ihre Aufgabe sollte es sein, "laufend über das Gesamtgebiet der Wirtschaft im Bereich der Sowjetunion und der übrigen osteuropäi-schen Länder zu berichten".<sup>58</sup> Thalheim wurde neben Erik Böttcher auf ökonomischen Gebieten der Ostforschung tonangebend. Das zeigt auch seine Rolle auf Ostforschungstagungen und seine Publikationstätigkeit. Er wurde Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, später Mitglied des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung. Diese Zentrale nimmt eine Schlüsselstellung im System politisch-ideolo-gischer Einflußnahme durch den Bonner Staat ein. Sie paßt die antikommunistische Propa-ganda nach Umfang, Methode und taktischer Zielsetzung den aktuellen Bedürfnissen der Re-gierung an.<sup>59</sup>

Funktionen als Mitglied des Vorstandes des Vereins für Sozialpolitik und als Vorstandsmit-glied der Gesellschaft für Osteuropa folgten. Thalheim konnte dabei, wie im Fall der Ge-

52 Derselbe, Die natürlichen und gesellschaftlichen Grundlagen der Wirtschaft, 2. Aufl. Berlin 1941, S. 17.

53 Universitätsarchiv Leipzig, Personalakte Thalheim, Nr. 998, Bl. 27.

54 Derselbe, Die Grundlagen der deutschen Kriegsfinanzierung, in: Probleme der Kriegsfinanzierung, Jena 1940, S. 21: "Die Summe der bisherigen Wehrmachtsausgaben, die möglichen Einsparungen im laufenden öffentlichen Bedarf und der durch Verbrauchseinsparungen freizusetzenden Kaufkraft ermöglicht die Deckung auch sehr hoher Kriegslasten. Darüber hinaus ist bei entsprechender Wirtschaftslenkung eine Produktionssteigerung möglich, die die finanzielle Basis der Kriegsführung weiterhin verstärken würde."

55 Derselbe, in: Das neue Europa, hg. v. der Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e. V., Berlin/Dresden 1941, S. 176 f.

56 Vgl. Goguel, R., Ostpolitik und Ostforschung, Kontinuität und Wandlungen, in: ZfG, Nr. 8/1964.

57 Thalheim, Karl C., Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, in: Osteuropa-Wirtschaft, Nr. 1/1959, S. 70 f.

58 Ebenda, Nr. 1/1956, S. 1.

59 Vgl. Graubuch, Berlin 1967, S. 245 ff.

sellschaft für Osteuropakunde, direkt an seine faschistischen Traditionen anknüpfen (Deutsch-Bulgarische Gesellschaft). Seine Ansichten über Afrika als kolonialen Ergänzungsraum für Hitlerdeutschland, der lange Zeit ruhig bleiben werde, hatte er 1963 so modifiziert: "Den eigentlich entscheidenden Raum der Auseinandersetzung aber bilden die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und in wachsendem Maße auch in Lateinamerika. Gerade für diese Völker ist die Gefahr der Verblendung durch die wirklichen oder scheinbaren äußeren Erfolge besonders groß ..."<sup>60</sup> Thalheim wurde zur "Zurückdrängung" dieses Einflusses in den wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Entwicklungshilfe berufen. Das konzeptionelle Organ, in dem er schwerpunktmäßig mit der imperialistischen Führungsspitze zusammenarbeitet, ist der sogenannte Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, der auf der Basis der Alleinvertretungsanmaßung die Annexion der DDR wirtschaftspolitisch vorbereiten sollte. Thalheim gehörte dem Forschungsbeirat seit 1952 an und ist Leiter des Ausschusses für Fragen der gewerblichen Wirtschaft. "Bei der Arbeit des Ausschusses für Fragen der gewerblichen Wirtschaft stehen die Probleme der Wirtschaftsordnung in der SBZ und ihre notwendigen Transformationen nach der Wiedervereinigung im Vordergrund."<sup>61</sup> Mit Thalheims Beitrag wurde das wirtschaftspolitische Annexionsprogramm der Bundesregierung entworfen. Die "Zentralverwaltungswirtschaft" der DDR solle in die "soziale Marktwirtschaft" der Bundesrepublik transformiert werden. Um dieses Vorhaben zu rechtfertigen, entwarf Thalheim im Rahmen der Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft eine besondere Krisentheorie.<sup>62</sup> Gleichzeitig sollte mit dieser Theorie der Konjunkturrückgang in der Bundesrepublik propagandistisch verschleiert werden. Thalheim wurde mit seiner Theorie zum eifrigsten und reaktionärsten Vertreter der Propaganda der Zentralverwaltungswirtschaft.

## 6. Die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft im Verfallsprozeß

Mit der Herausbildung des ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der DDR und den Erfolgen der Werktätigen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus erwiesen sich die Grundthesen der Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft als nicht mehr genügend wirksam für die Zwecke der Monopolbourgeoisie der BRD. Sie geriet in Verfall. Thalheim schrieb dennoch 1968, dieser Begriff hätte das Wirtschaftssystem bis zur Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung seit dem Jahre 1962 genau gekennzeichnet.<sup>63</sup> 1966 schlug er vor, den Begriff in die "Rumpelkammer" zu werfen, lobte aber gleichzeitig eine Broschüre seines Schülers Joachim Hoffmann über "Zentralverwaltungswirtschaft am Beispiel der SBZ" als "ein sehr brauchbares Mittel der Information"<sup>64</sup>.

Die Theoretiker der sozialistischen Marktwirtschaft haben die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft in ihre Konzeption eingebaut. Die Gegenüberstellung von Zentralisierung und Dezentralisierung und die Kritik an der Wirtschaftspolitik der kommunistischen Parteien setzt die Anerkennung der Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft voraus. Die sozia-

<sup>60</sup> Thalheim, Karl C., Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, a. a. O., S. 346.

<sup>61</sup> Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Fünfter Tätigkeitsbericht 1965/1969, hg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn/(West-)Berlin 1969, S. 346.

<sup>62</sup> Thalheim, Karl C., Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, a. a. O.

<sup>63</sup> Derselbe, Bemerkungen zum Stand und zu den Aufgaben der "DDR-Forschung", in: Deutschland-Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Nr. 2/1968, S. 141.

<sup>64</sup> Derselbe, Vorwort zu Hoffmann, Joachim, Zentralverwaltungswirtschaft am Beispiel der SBZ, München 1966, S. 6.



listische Marktwirtschaft ist nach Meinung dieser Theoretiker ein Schritt von der Zentralverwaltungs- wirtschaft hin zur freien Marktwirtschaft. Die Theorie der sozialistischen Marktwirtschaft, die Pluralismustheorie und die Polyzentrismustheorie bauen direkt auf der gescheiterten imperialistischen Theorie der Zentralverwaltungs- wirtschaft auf. Thalheim plauderte die wahren Ziele der Revisionisten in Form einer Kritik vom neoliberalen Standpunkt her aus: "Diese Form der sozialistischen Marktwirtschaft bedarf einer neuen Struktur der wirtschaftspolitischen Willensbildung, da das parteipolitische Machtmonopol in wirtschaftlichen Dingen gebrochen, zumindest aber stark zurückgedrängt wird".<sup>65</sup> Das direkte aggressive Ziel erklärte K. P. Hensel im sogenannten Forschungsbeirat 1967: "Die Schwierigkeiten der Wirtschaftspolitik der Wiedervereinigung, die gegeben sind, solange das jetzige Grundsystem noch besteht, haben wir in den letzten Jahren in diesem Kreis immer wieder erörtert und zu lösen versucht. Wäre dagegen im Falle der Wiedervereinigung ein marktwirtschaftliches Grundsystem in Mitteldeutschland bereits realisiert, so könnte man sagen, daß viele Empfehlungen des Forschungsbeirates bereits erfüllt und damit nicht mehr Problem wären."<sup>66</sup> Hier zeigt sich das Zusammenspiel von Imperialismus und Revisionismus besonders deutlich.

Als ideologischer Reflex auf die Stärke des Sozialismus einerseits und als Bestandteil der imperialistischen Globalstrategie andererseits wurde in den sechziger Jahren auf der Grundlage der Theorie von der Industriegesellschaft die Konvergenztheorie entwickelt. Diese Theorie geht von einer Annäherung der beiden Gesellschaftssysteme, von einer gegenseitigen Übernahme bestimmter Elemente aus.<sup>67</sup> Das erfordert aber, das primitive antikommunistische Bild von der Zentralverwaltungs- wirtschaft zu revidieren. Diese Gefahr rief sofort einen ihrer eifrigsten Vertreter auf den Plan; Thalheim kritisierte die Konvergenztheorie vom neoliberalen Standpunkt aus. Dabei kam er ab 1966 in eine eigentümliche Situation: Die Konvergenztheorie rückte kontinuierlich in den Mittelpunkt des ideologischen Klassenkampfes gegen den Sozialismus, weil sie der Globalstrategie des Monopolkapitals zu dieser Zeit am besten entsprach. Thalheims jahrelange Auftraggeber machten sie sich schrittweise zu eigen. Andererseits sah Thalheim von seinem Standpunkt aus Schwächen dieser Konzeption. Seine Grundhaltung ist zu charakterisieren als Schwanken zwischen Kritik und Zustimmung, wobei je nach der Situation eines dieser Elemente überwog.<sup>68</sup> Thalheim bemühte sich, ein "polysynchrones Bild" des sozialistischen Lagers zu entwerfen.<sup>69</sup> Er suchte Beweise für die Richtigkeit der Konvergenztheorie in den Veränderungen, die sich seiner Meinung nach in den osteuropäischen sozialistischen Ländern in der Eigentums- und der Machtfrage vollzogen.<sup>70</sup> Von Veränderungen in der kapitalistischen Welt in Richtung auf die Konvergenz ist bei Thalheim überhaupt nicht die Rede.

65 Neue Zürcher Zeitung, 19. 12. 1968.

66 Gleitze, Bruno, [u. a.] Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft? (West-)Berlin 1967, S. 85 f.

67 Vgl. dazu Bregel, E. Die beiden sozialökonomischen Systeme und die Konvergenztheorie, in: Einheit, Nr. 4 - 5/1968, S. 499 f.

68 Vgl. Meißner, Herbert, Die "Konvergenz-Bocksprünge" eines "Ost-Wirtschaftsexperten", in: Einheit, Nr. 4/1969, S. 485 f.

69 Vgl. Thalheim, Karl C., Bedeuten die Wirtschaftsreformen in den Ostblockländern einen Systemwandel? in: Wirtschaftsplanung im Ostblock, hg. v. Erik Boettcher, Stuttgart/(West-)Berlin/Mainz/Köln 1966, S. 59; derselbe, Konvergenz zwischen den östlichen und westlichen Wirtschaftsordnungen? in: Neue Zürcher Zeitung, 19. 12. 1968, S. 5 f.

70 Derselbe Bedeuten die Wirtschaftsreformen in den Ostblockländern einen Systemwandel? a. a. O., S. 58.

Im Jahre 1963 hatte Thalheim formuliert, dass er als Liberalisierung die Gewährung größerer wirtschaftlicher Freiheit und größerer Entscheidungsbefugnisse an die wirtschaftenden Individuen, die Ersetzung der Zentralverwaltungswirtschaft durch marktwirtschaftliche Elemente und die Wiederherstellung des Privateigentums an Produktionsmitteln betrachten würde.<sup>71</sup> Die Initiative im Wirtschaftsleben hätten aber nach wie vor Partei und Staat.<sup>72</sup>

Im September 1968 bezeichnete Thalheim alle "osteuropäischen Volkswirtschaften" wieder als Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs.<sup>73</sup> Der 21. August 1968 hatte den Konvergenztheoretikern ein wenig den Wind aus den Segeln genommen. Im Dezember 1968 kehrte er jedoch zur Konvergenztheorie zurück. Die Konvergenz wird nach seiner Meinung durch die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Partei gehemmt.<sup>74</sup> In der neoliberalen Auseinandersetzung mit der Konvergenztheorie wurden die Ziele aller imperialistischen Angriffe am deutlichsten herausgearbeitet: Beseitigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei sowie der ökonomischen Rolle des sozialistischen Staates. Die Kontinuität der antikommunistischen Angriffe auf die Wirtschaftspolitik der SED zeigt sich in diesen einheitlichen Zielen besonders klar.

- 71 Derselbe, Betrachtungen zur wirtschaftspolitischen Lage in der Sowjetunion. Schriftenreihe der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Ostprobleme, H. 3, Hannover 1961, S. 43.
- 72 Derselbe, Bedeuten die Wirtschaftsreformen in den Ostblockländern einen Systemwandel? a. a. O., S. 61.
- 73 Derselbe, Besonderheiten des Wirtschaftswachstums in den kommunistisch regierten Ländern, a. a. O.
- 74 Derselbe, Konvergenz zwischen den östlichen und westlichen Wirtschaftsordnungen? a. a. O., S. 5.

## ZWANZIG JAHRE DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG IN DER DDR

von Erich Strohbach

Die demographische Ausgangssituation - ein verhängnisvolles Erbe  
des Kapitalismus

Auswirkungen der Bevölkerungsstruktur auf die demographische  
Entwicklung

Erfolge sozialistischer Bevölkerungspolitik

Zusammenfassung

"In verschiedenen gesellschaftlichen Produktionsweisen existieren verschiedene Gesetze der Vermehrung der Population und der Überpopulation."<sup>1</sup> "Jede besondere historische Produktionsweise (hat) ihre besondern, historisch gültigen Populationsgesetze."<sup>2</sup>

Mit dieser Erkenntnis zerschlug Marx die "Theorien" von Malthus, wonach Naturgesetze, biologische Gesetze, Hunger, Elend und frühzeitigen Tod von Millionen Menschen in der Welt verursachen. Marx wies nach, daß es gesellschaftliche Ursachen sind, die den demographischen Prozessen zugrunde liegen; daß diese Prozesse sich gesetzmäßig in den verschiedenen Produktionsweisen unterscheiden; daß Hunger, Elend und Krankheit durch die gesellschaftlichen Verhältnisse und nicht durch Naturgesetze bedingt sind.

Wenn jede Produktionsweise ihre eigenen Bevölkerungsgesetze besitzt, dann müssen bei revolutionärer Ablösung der alten, überlebten Gesellschaftsordnung und der Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung neue Bevölkerungsgesetze entstehen, nach denen sich die Reproduktion der Bevölkerung vollzieht und die der Herausbildung einer spezifischen Struktur der Bevölkerung zugrunde liegen.

Wie sehen diese Bevölkerungsgesetze im Sozialismus aus? Inwieweit ist die Bevölkerungsentwicklung in unserer Republik vom Wirken sozialistischer Bevölkerungsgesetzmäßigkeiten bestimmt?

Die Herausbildung neuer Bevölkerungsgesetze geschieht für die verschiedenen demographischen Prozesse in unterschiedlicher Weise. In jedem Falle ist ein mehr oder weniger großer Zeitraum erforderlich, bis sich die neuen Gesetzmäßigkeiten in Übereinstimmung mit den neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen durchzusetzen vermögen. Die Länge dieses Zeitraumes hängt in beträchtlichem Maße von der demographischen Ausgangssituation ab, die von der alten Produktionsweise übernommen wird.

1 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 498.

2 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 660.

Während einerseits also eine neue Produktionsweise nicht sofort und automatisch die demographische Situation von Grund auf verändern kann, ist andererseits der Sozialismus im Gegensatz zu den antagonistischen ökonomischen Gesellschaftsformationen in der Lage, durch theoretisch im Marxismus-Leninismus fundierte, auf die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben ausgerichtete gesamtgesellschaftliche Planungsmaßnahmen den komplizierten Prozeß der Anpassung des Überbaus an die Basis entscheidend zu beschleunigen.

## Die demographische Ausgangssituation - ein verhängnisvolles Erbe des Kapitalismus

Die Auswirkungen kapitalistischer Bevölkerungspolitik und der im Kapitalismus charakteristischen Bevölkerungsgesetzmäßigkeiten zeigten sich zu Beginn des sozialistischen Aufbaus in unserer Republik in erschreckendem Ausmaße! Sie wirken noch heute und werden auch dann noch unsere gesellschaftliche, ökonomische und demographische Entwicklung beeinflussen, wenn andere Folgen unseliger kapitalistischer Vergangenheit längst vergessen sein werden.

Spiegelbild der Bevölkerungsentwicklung zurückliegender Jahre und Jahrzehnte ist der "Lebensbaum" der Bevölkerung. In ihm finden wesentliche demographische Erscheinungen und Prozesse ihren Niederschlag. In der DDR ist die Gestalt des Lebensbaumes das unmittelbare Ergebnis der vergangenen Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen von Krieg, Krise und Ausbeutung des werktätigen Volkes; in ihm offenbart sich das Elend, das unzählige Menschen in der jüngsten Geschichte unseres Volkes erleiden mußten:

In den Altersstufen von 21 bis 27 sowie von 50 bis 54 werden deutlich die Geburtenausfälle in den Kriegs- und Nachkriegsjahren der beiden Weltkriege sichtbar. Millionen Männer waren auf den Schlachtfeldern verblutet; Familien wurden auseinandergerissen - viele Frauen verloren in jungen Jahren ihren Lebensgefährten; anderen war es infolge der gestörten Geschlechterrelation nicht vergönnt, eine Familie zu gründen und Kinder zu erziehen.

Anläßlich der Volkszählung des Jahres 1950 wurden in der DDR mehr als 185 000 Witwen im Alter unter 40 Jahren gezählt! (Die Vergleichszahl für das Volkszählungsjahr 1964 belief sich auf 17 000.) 1950 entfielen auf 100 Männer 125 Frauen; in der Altersgruppe von 25 bis 40 Jahren betrug diese Relation sogar 100 zu 178!<sup>3</sup>

Die Opfer, welche die unmittelbaren Kriegsgeschehnisse besonders unter der männlichen Bevölkerung forderten, zeigt sich deutlich am Frauenüberschuß im Bereich von 43 Altersjahren an aufwärts. Nicht sichtbar ist die große Anzahl von Kriegsinvaliden und gesundheitlich Geschädigten: Ihre Lebenserwartung liegt zwangsläufig niedriger als bei anderen Personen, was sich heute in einer erhöhten Sterblichkeit in den betreffenden Jahrgängen zeigt.

Die Gesamtzahl der im zweiten Weltkrieg Gefallenen und der Geburtenausfälle kann nur näherungsweise für die Bevölkerung unserer Republik geschätzt werden<sup>4</sup>:

Geburtenausfall im zweiten Weltkrieg 500 000 bis 700 000

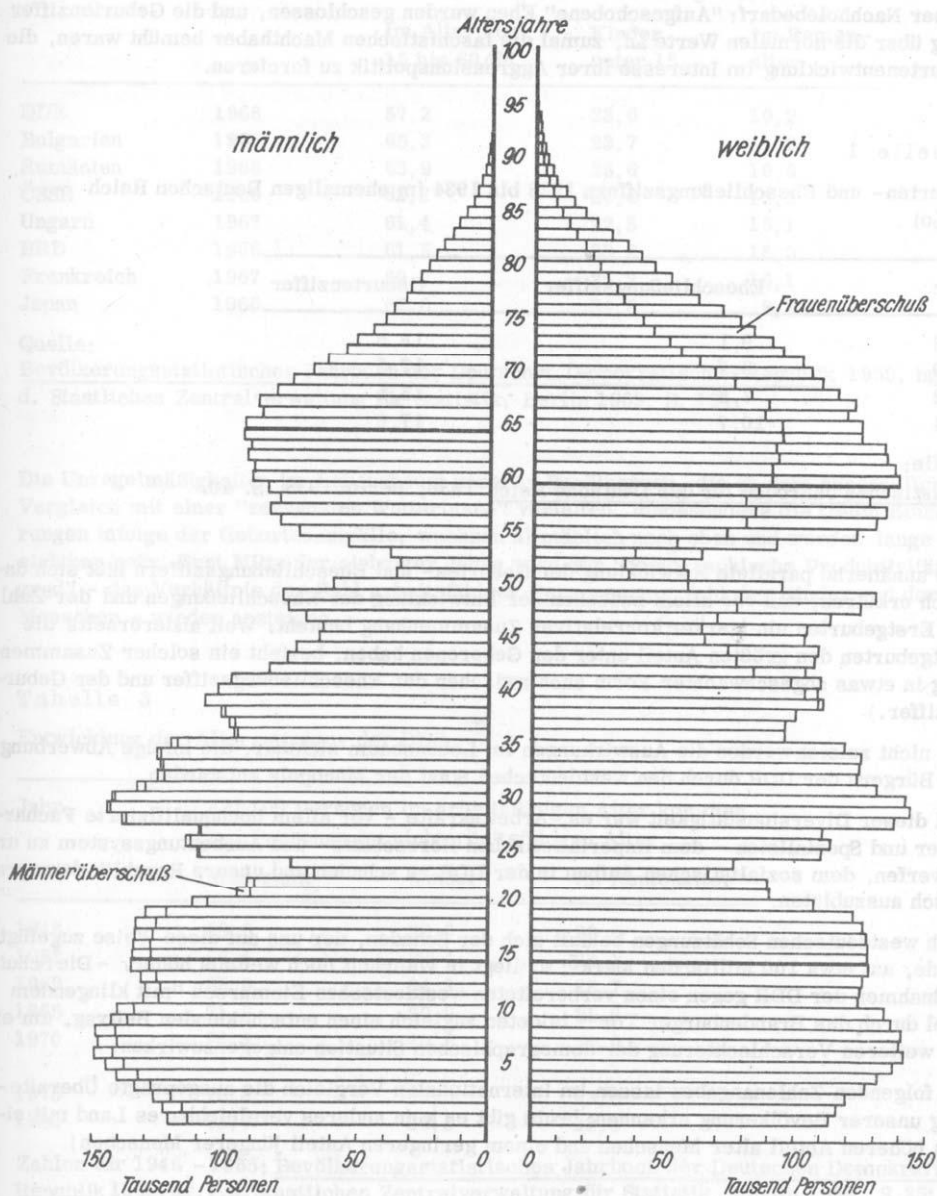
Zahl der im zweiten Weltkrieg Gefallenen (einschließlich der Verluste der Bevölkerung durch Luftangriffe) 1,8 bis 2 Millionen

3 Zahlenangaben aus Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1957, S. 28; Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31. 12. 1964, Berlin 1967, S. 52.

4 Die Schätzung für das Gebiet der DDR, die lediglich Vorstellungen über Größenordnungen vermitteln soll, beruht auf Ermittlungen westdeutscher Bevölkerungsstatistiker. Vgl. Flaskämper, Paul, Grundriß der sozialwissenschaftlichen Statistik, T. 2: Besondere Statistik, Bd. 1: Bevölkerungsstatistik, Hamburg 1962, S. 450.

Grafik 1

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik am 31. 12. 1969  
nach Altersjahren und Geschlecht



Quelle:

Bevölkerungstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970,  
hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S. 54.

Auch die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 hinterließ deutliche Spuren im Lebensbaum: Arbeitslosigkeit, begleitet von Einkommensverlusten, und Auswirkungen der Inflation gefährdeten das Existenzminimum. Eine Familiengründung wurde unter diesen Bedingungen erschwert oder verhindert; Die Geburtenzahl sank (vergleiche die Zahl der sich heute im Alter von 36 bis 38 Jahren befindlichen Personen). In den Jahren danach entstand dann ein gewisser Nachholebedarf; "Aufgeschobene" Ehen wurden geschlossen, und die Geburtenziffer stieg über die normalen Werte an, zumal die faschistischen Machthaber bemüht waren, die Geburtenentwicklung im Interesse ihrer Aggressionspolitik zu forcieren.

Tabelle 1

Geburten- und Eheschließungsziffern 1928 bis 1934 im ehemaligen Deutschen Reich (in ‰)

Jahr	Eheschließungsziffer	Geburtenziffer
1928	9,1	18,5
1930	8,7	17,5
1932	7,8	15,1
1934	10,7	17,6

Quelle:

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938, Berlin 1938, S. 40.

(Die annähernd parallele Entwicklung der Geburten- und Eheschließungsziffern läßt sich dadurch erklären, daß vor allem zwischen der Entwicklung der Eheschließungen und der Zahl der Erstgeburten ein starker korrelativer Zusammenhang besteht. Weil andererseits die Erstgeburten den größten Anteil unter den Geborenen haben, besteht ein solcher Zusammenhang in etwas abgeschwächter Form auch zwischen der Eheschließungsziffer und der Geburtenziffer.)

Und nicht zuletzt werden die Auswirkungen im Lebensbaum sichtbar, die infolge Abwerbung von Bürgern der DDR durch den westdeutschen Staat der Monopole entstanden.

Ziel dieser Diversionstätigkeit war es, Arbeitskräfte - vor allem hochqualifizierte Facharbeiter und Spezialisten - dem imperialistischen Herrschafts- und Ausbeutungssystem zu unterwerfen, dem sozialistischen Aufbau in der DDR zu schaden und unsere Republik demographisch auszubluten.

Nach westdeutschen Schätzungen beläuft sich der Schaden, der uns auf diese Weise zugefügt wurde, auf etwa 100 Milliarden Mark<sup>5</sup>; er liegt in Wahrheit noch weitaus höher. - Die Schutzmaßnahmen der DDR gegen einen vorbereiteten westdeutschen Einmarsch "mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor"<sup>6</sup> bildeten zugleich einen entscheidenden Beitrag, um einer weiteren Verschlechterung der demographischen Situation entgegenzuwirken.

Die folgenden Zahlenangaben lassen im internationalen Vergleich die ausgeprägte Überalterung unserer Bevölkerung erkennen; heute gibt es kein anderes vergleichbares Land mit einem höheren Anteil alter Menschen und einem geringeren Anteil jüngerer Menschen!

5 Nach Schätzungen des westdeutschen Wirtschaftswissenschaftlers Professor Baade.

6 Zit. aus westdeutschen Veröffentlichungen bei Kegel, Gerhard, Das Werk des Konrad Adenauer - ein gespaltenes Duetschland und ein reaktionärer westdeutscher Separatstaat, in: Einheit, H. 11/1963, S. 19.

Tabelle 2

## Altersstruktur ausgewählter Länder

Land	Zeitpunkt	Von 100 der Wohnbevölkerung waren		
		im Alter von 15 bis 60/65	Kinder unter 15	im Renten- alter
DDR	1968	57,2	23,6	19,2
Bulgarien	1966	65,3	23,7	11,0
Rumänien	1966	63,9	25,6	10,5
ÖSSR	1966	62,2	24,6	13,2
Ungarn	1967	61,4	22,5	16,1
BRD	1966	61,5	23,2	15,3
Frankreich	1967	59,7	25,2	15,1
Japan	1966	67,0	24,8	8,2

Quelle:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1969, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1969, S. 194.

Die Unregelmäßigkeiten im Lebensbaum unserer Bevölkerung, die zu dem anschaulichen Vergleich mit einer "zerzausten Wettertanne" verleiten, insbesondere die tiefen Einschnürungen infolge der Geburtenausfälle, wachsen allmählich nach oben und werden lange Zeit sichtbar sein. Erst Mitte der siebziger Jahre wird der "demographische Produktivitätsgrad" - das Verhältnis der Zahl arbeitsfähiger Personen zur Zahl der Kinder und der alten Menschen - wieder ansteigen.

Tabelle 3

## Entwicklung der Altersstruktur der DDR

Jahr	Auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter kommen ... Personen im nichtarbeitsfähigen Alter		
	insgesamt	Kinder	im Rentenalter
1946	58,6	38,0	20,6
1952	56,4	33,4	23,1
1960	63,0	34,3	28,7
1965	71,8	39,9	31,9
1970	74,8	40,8	34,0
1975	73,3	39,5	33,8
1980	65,7	36,8	28,9

Zahlen für 1946 - 1965: Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1969, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1969, S. 35; für 1970: Deutsche Demokratische Republik. Statistisches Taschenbuch 1971, Berlin 1971, S. 158 (vorläufige Zahlen); für 1975 und 1980: Bevölkerungsvorausberechnung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik auf der Grundlage vom 31. 12. 1969.

Aber nicht nur bezüglich der Alters- und Geschlechterstruktur gab es eine außerordentlich schwierige Ausgangssituation für den Aufbau des Sozialismus in unserer Republik. Jahrelang waren angloamerikanische Bomben auf unsere Städte geworfen worden und hatten nicht nur faschistische Rüstungsbetriebe, sondern auch Wohnstätten und Versorgungseinrichtungen vernichtet und große Opfer unter der Bevölkerung verursacht. Schätzungen besagen, daß auf dem Gebiet der heutigen DDR von 5,5 Millionen Wohngebäuden etwa 1 Million zerstört worden war.<sup>7</sup> Eine große Anzahl von Menschen - vor allem Frauen und Kinder - mußten aus den Großstädten evakuiert werden, zumeist in ländliche Gebiete, in die vom Krieg verschonten Dörfer und kleine Städte. Größere Städte wurden so geradezu entvölkert; der Anteil der auf dem Lande wohnenden Menschen nahm entsprechend stark zu.

Tabelle 4

Bevölkerungsentwicklung ausgewählter Städte und Landkreise von 1939 bis 1946

Stadt bzw. Landkreis	Wohnbevölkerung (in 1 000)	
	1939	1946
Hauptstadt Berlin	1 588,3	1 174,6
Leipzig	707,4	607,7
Dresden	630,2	468,0
Karl-Marx-Stadt	337,7	250,2
Magdeburg	336,8	236,3
Potsdam	135,9	113,6
Dessau	119,1	88,1
Plauen	111,9	84,8
Brandenburg (Havel)	83,7	70,6
Landkreis Bad Doberan	37,0	66,2
" Grevesmühlen	32,2	63,8
" Grimmen	25,0	46,8
" Rostock	26,3	50,8
" Wolgast	46,4	66,2
" Gadebusch	18,7	38,1
" Hagenow	59,6	107,1
" Lübz	26,5	50,9
" Schwerin	25,3	51,2

Quelle:

Bevölkerungstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S. 4 ff., 22 ff.

Hinzu kam die Umsiedlung der Bewohner früherer deutscher Ostgebiete entsprechend dem Abkommen von Potsdam - ein Vorgang, der sowohl Ergebnis faschistischen Unrechts als auch Ausgangspunkt für ein neues, friedliches Verhältnis zwischen den Völkern bildete. Diese Umsiedler - ihre Zahl belief sich auf dem Gebiet unserer Republik auf nahezu 4 Millionen<sup>8</sup> - fanden vorwiegend auf dem Lande eine neue Existenzmöglichkeit. Dadurch ver-

<sup>7</sup> Weber, Egon, Bevölkerung, in: Ökonomische Geographie der Deutschen Demokratischen Republik, Gotha/Leipzig 1969, S. 66.

<sup>8</sup> Ebenda.



schob sich das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung weiter zuungunsten der Stadt: Der in den vorangegangenen Jahrzehnten zu beobachtende Prozeß der Urbanisierung kehrte sich in eine "Ruralisierung" um.

Tabelle 5

Wohnbevölkerung in den ehemaligen Ländern auf dem Gebiet der DDR 1946 nach dem Wohnsitz bei Ausbruch des Krieges  
(in %)

Länder	Von der Wohnbevölkerung hatten ihren Wohnsitz bei Ausbruch des Krieges				
	Gebiet der DDR	Westdeutschland	Westberlin	Polen, SU, Rumänien	sonstige Gebiete
Mecklenburg	54,8	1,8	0,8	42,0	0,6
Brandenburg	72,6	0,9	3,6	22,2	0,7
Sachsen-Anhalt	74,9	2,0	1,2	21,5	0,4
Thüringen	76,6	2,7	1,1	18,8	0,9
Sachsen	86,4	0,8	0,4	12,0	0,4

Zahlenangaben errechnet nach Weber, Egon, Bevölkerung, in: Ökonomische Geographie der Deutschen Demokratischen Republik, Gotha/Leipzig 1969, S. 66.

Territoriale Disproportionen hinsichtlich der Bevölkerungsverteilung waren jedoch infolge der im Kapitalismus gesetzmäßigen heterogenen Entwicklung der einzelnen Gebiete und dem ökonomischen Zurückbleiben der Landwirtschaft gegenüber der Industrie bereits lange vor dem Krieg entstanden und dann durch die Kriegsauswirkungen verstärkt worden. Dies zeigt sich deutlich an der Siedlungsstruktur, namentlich an der Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen und vor allem am "Süd-Nord-Gefälle", wie es sich beispielsweise in der unterschiedlichen Bevölkerungsdichte widerspiegelt. (Vergleiche Grafik 2.) Hier einen Ausgleich zu schaffen, gehört zu den Zielen einer auf die optimale Entwicklung der Volkswirtschaft bedachten langfristigen Struktur- und Standortpolitik. (Siehe Tabelle 6.)

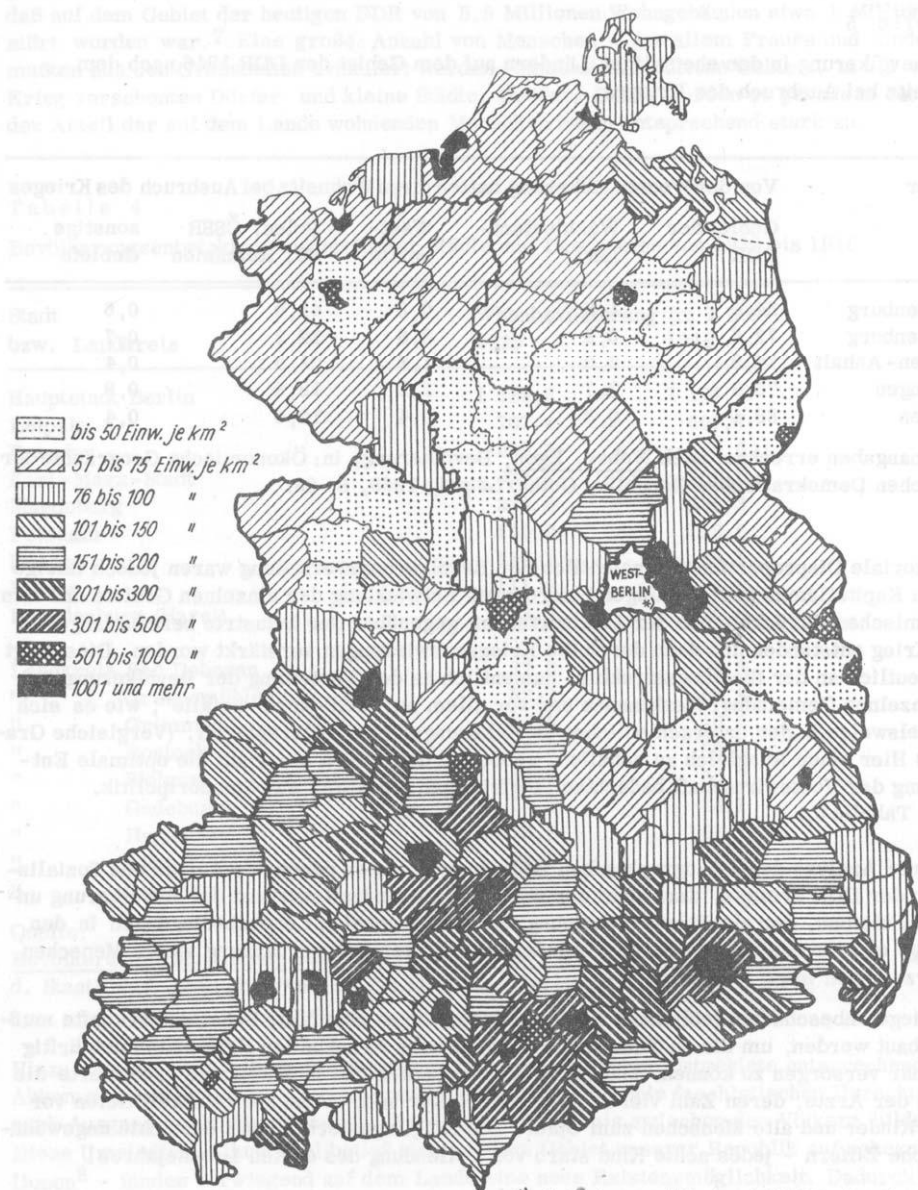
Bei einer Analyse der demographischen Bedingungen, unter denen der Aufbau des Sozialismus in der DDR erfolgte, darf nicht der schlechte Gesundheitszustand der Bevölkerung unerwähnt bleiben, der als Folgeerscheinung der katastrophalen Lebensbedingungen in den Kriegs- und Nachkriegsjahren, insbesondere der akuten Unterernährung vieler Menschen, zu verzeichnen war.

Im Kriege unbeschädigt gebliebene Krankenhäuser waren überfüllt; Behelfsunterkünfte mußten gebaut werden, um die an Tuberkulose und anderen Krankheiten Erkrankten notdürftig stationär versorgen zu können. Mangel an Medikamenten und Instrumenten erschwerte die Arbeit der Ärzte, deren Zahl viel zu gering war. Der sehr hohen Sterblichkeit fielen vor allem Kinder und alte Menschen zum Opfer. Die Säuglingssterblichkeit erreichte ungewöhnlich hohe Ziffern - jedes achte Kind starb vor Vollendung des ersten Lebensjahres!

## Grafik 2

Bevölkerungsdichte der Kreise am 31. 12. 1969

Gebietsstand; 31. 12. 1969



Quelle:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970,  
hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S. 30.

Tabelle 6

## Gemeinden und Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößengruppe (Einwohner)	Anzahl der Gemeinden	Anteil an der Wohnbevölkerung (in %)			
		1970	1939	1946	1960
unter 500	4 287	11,3	10,1	7,8	7,4
500 - 1 000	2 336	8,2	11,5	10,2	9,6
1 000 - 2 000	1 150	8,3	10,7	10,0	9,2
2 000 - 3 000	374	5,5	5,9	5,8	5,3
3 000 - 5 000	286	6,7	7,3	7,0	6,4
5 000 - 10 000	212	8,5	10,0	9,0	8,5
10 000 - 20 000	115	8,1	8,4	9,7	9,4
20 000 - 50 000	81	11,3	11,5	13,9	15,6
50 000 - 100 000	16	5,4	5,6	5,2	6,7
100 000 und mehr	11	26,7	19,0	21,4	21,9

Quelle:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1971, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1971, S. 18 - 21.

Tabelle 7

## Entwicklung der Säuglingssterblichkeit und der Lebenserwartung

Jahr	Gestorbene Säuglinge auf je 1 000 Lebendgeborene	Lebenserwartung (in Jahren)	
		männlich	weiblich
1946	131,4	...	...
1950	72,2	63,90 <sup>+</sup>	67,96 <sup>+</sup>
1955	48,9	65,78	69,92
1960	38,8	66,49	71,35
1965	24,8	67,97	72,96
1968	20,2	67,96	73,08
1970	18,8	...	...

+ Zahlenwert für 1952.

Quellen:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1969, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1969, S. 140; Deutsche Demokratische Republik, Statistisches Taschenbuch 1971, Berlin 1971, S. 162.

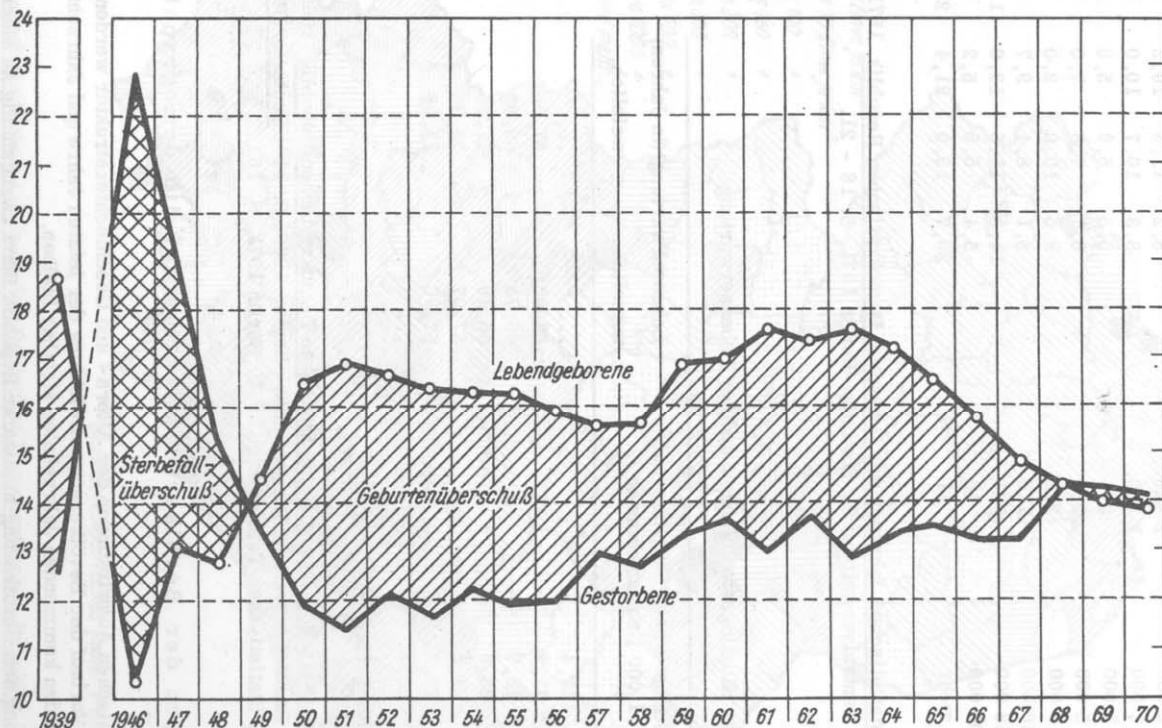
## Auswirkungen der Bevölkerungsstruktur auf die demographische Entwicklung

Die demographischen Auswirkungen der Alters- und Geschlechterstruktur werden augenscheinlich im Verlauf der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte; sie werden auch in den kommenden Jahrzehnten sichtbar bleiben.

Die Überalterung der Bevölkerung in unserer Republik führt zwangsläufig zu einer hohen Zahl von Sterbefällen - andererseits sind niedrige Geburtenzahlen zu verzeichnen, weil die

Grafik 3

Lebendgeborene, Gestorbene und Geburtenüberschuß je 1 000 der Bevölkerung



Quellen:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S. 55; Deutsche Demokratische Republik. Statistisches Taschenbuch 1971, Berlin 1971, S. 161 (vorläufige Zahlen für 1970).

Altersgruppen zwischen 20 und 30 Jahren schwach besetzt sind; Der dadurch verursachte geringe Geburtenüberschuß (zeitweise sogar ein Geburtendefizit) bedingt eine sehr langsame Entwicklung der Bevölkerungszahl.

Wie Grafik 3 zeigt, öffnet sich in den ersten Nachkriegsjahren die durch die beiden Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung gebildete "Schiere" im Kurvenverlauf; ab 1949 tritt eine Normalisierung ein, die zu einem verhältnismäßig hohen Geburtenüberschuß zu Beginn der frühen fünfziger Jahre führt - Ausdruck des wiedererwachenden Lebensoptimismus nach den sorgenvollen Kriegs- und Nachkriegsjahren und Spiegelbild des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Dann jedoch kommt der ungünstige Einfluß der Altersstruktur der Bevölkerung mehr und mehr zur Geltung und bewirkt trotz im wesentlichen unveränderter Geburtenfreudigkeit und sich ständig erhöhender Lebenserwartung eine Verringerung des Geburtenüberschusses. Anfang der sechziger Jahre tritt schließlich erneut eine steigende Tendenz ein - nicht zuletzt aufgrund der familienpolitischen Maßnahmen der Partei der Arbeiterklasse im Jahre 1958, die wesentliche Erleichterungen für kinderreiche Familien beinhalten.<sup>9</sup> In den nachfolgenden Jahren verringerte sich jedoch der Geburtenüberschuß wieder; da die extrem ungünstige Altersstruktur, die sich hierbei vor allem mit auswirkt, keine Erscheinung von Dauer ist, dürfte jedoch in absehbarer Zeit mit einem Ausgleich zu rechnen sein.

Dieser Verlauf der Geburten- und Sterbefälle sowie die bis 1961 erfolgte Außenwanderung bewirkt die in Grafik 4 dargestellte Entwicklung der Bevölkerungszahl; gegenwärtig ist die DDR der einzige größere Staat in der Welt mit einer rückläufigen Einwohnerzahl.<sup>10</sup>

Sowohl aufgrund struktureller Einflüsse - insbesondere infolge unterschiedlicher Altersstrukturen - als auch einer seit jeher unterschiedlichen Geburtenziffer zwischen Stadt und Land bzw. zwischen den nördlichen und südlichen Bezirken sind große Unterschiede in den Geburtenraten und im natürlichen Bevölkerungswachstum zwischen den einzelnen Gebieten der DDR zu beobachten. (Vergleiche Tabelle 8.)

Tabelle 8

Geburten- und Sterbeziffern in ausgewählten Bezirken der DDR 1968  
(in ‰)

Bezirk	Geburtenziffer	Sterbeziffer	Geburtenüberschuß
Hauptstadt Berlin	14,3	14,2	+ 0,1
Leipzig	13,8	15,1	- 1,3
Karl-Marx-Stadt	12,2	15,3	- 3,1
Dresden	13,4	15,0	- 1,6
Schwerin	15,3	13,1	+ 2,2
darunter: Landkreis Güstrow	17,1	12,4	+ 4,7
Neubrandenburg	15,7	12,7	+ 3,0
darunter: Landkreis Neubrandenburg	17,7	9,9	+ 7,8
Rostock	17,0	11,7	+ 5,3

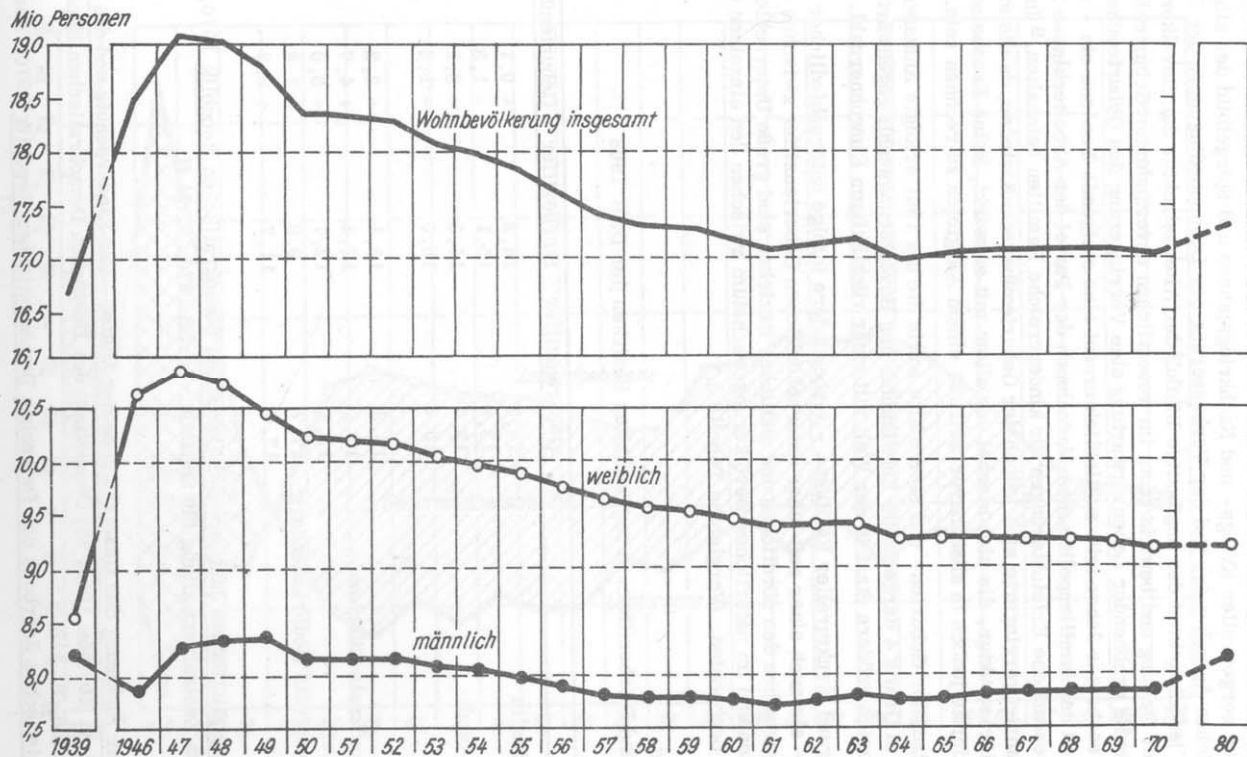
Quelle:  
Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S. 74 ff.

<sup>9</sup> Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau v. 20. Mai 1958, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, T. 1, Nr. 33/1958, S. 416.

<sup>10</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970, Berlin 1970,

Grafik 4

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung nach dem Geschlecht



## Quellen:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S. 3; für die Prognosezahlen von 1980: Vorausberechnung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik auf der Grundlage vom 31. 12. 1969 (broschiert).

Dieses unterschiedliche Bevölkerungswachstum bildet eine wesentliche Ursache für die Diskrepanzen, die sich in der Vergangenheit zwischen den Bevölkerungs- und Arbeitskräfte-ressourcen (einerseits) und dem Arbeitskräftebedarf (andererseits) herausgebildet haben; Industriellen Gebieten mit vielfältigen Arbeitsbedingungen und verhältnismäßig niedrigem Niveau der Bevölkerungsreproduktion stehen solche Gebiete mit starker Bevölkerungsentwicklung und vergleichsweise geringem Arbeitskräftebedarf gegenüber, der sich zudem - soweit es sich um ausgeprägt landwirtschaftliche Bezirke handelt - in den letzten Jahren ständig verringert hat und sich auch in Zukunft weiter verringern wird. Eine Beseitigung dieser Diskrepanzen ist nur durch eine Umverteilung der Arbeitskräfte oder durch strukturelle Maßnahmen möglich, die darauf hinzielen, eine den gebietswirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechende proportionale Standortverteilung der Produktivkräfte zu bewirken.

Die "Pendelwanderung" hat in der DDR einen sehr großen Umfang angenommen: Fast 10 Prozent aller Beschäftigten müssen täglich von ihrer Wohnung zur Arbeitsstätte eine Kreisgrenze überschreiten!<sup>11</sup> Mindestens ebenso groß dürfte die Zahl derjenigen "Arbeitspendler" sein, deren Wohnsitz durch eine Gemeindegrenze vom Ort ihrer beruflichen Tätigkeit getrennt ist. - Zweifellos wird ein großer Teil dieser Menschen künftig an den Ort ihrer beruflichen Tätigkeit umsiedeln, wenn die erforderlichen Wohnungen zur Verfügung stehen. Vom VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurden diesbezüglich konkrete Aufgaben den Bezirken übergeben. (Siehe Tabelle 9.)

Durch diese Maßnahmen im Bereich des Wohnungsbaus wird in Verbindung mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen die gegenwärtig noch recht umfangreiche "Pendelwanderung" erheblich reduziert werden. - Eine so großzügige Planung des Wohnungsbaus entsprechend den volkswirtschaftlichen Interessen, die sich in voller Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Werktätigen befindet und unter Berücksichtigung der territorialen Erfordernisse erfolgt, ist selbstverständlich nur unter sozialistischen Produktionsverhältnissen möglich, weil es hier keine auf maximalen Profit ausgerichteten Spekulationen mit dem Grund und Boden gibt, wie sie in kapitalistischen Staaten gang und gäbe sind.

Eine ständig abnehmende Tendenz zeichnete sich in den letzten Jahren bei der Binnenwanderung ab. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß in den fünfziger Jahren die Wanderungsziffern unnormal hoch waren - als Korrektur der schon erwähnten "Ruralisierung" während der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Vor allem wurden jedoch systematisch in früher ausschließlich landwirtschaftlichen Gebieten neue Betriebe errichtet und andere erweitert, so daß vormalig in der Landwirtschaft Beschäftigte neue Berufsmöglichkeiten in der Industrie oder in anderen Bereichen der Volkswirtschaft fanden.

Nicht nur die Entwicklung der Geburten und Sterbefälle, auch der Verlauf der Eheschließungen und der Ehelösungen wird wesentlich von der Alters- und Geschlechterstruktur der Bevölkerung beeinflusst. Während die Eheschließungszahl im letzten Jahrzehnt eine rückläufige Tendenz aufwies, hat sich die Zahl der Ehelösungen in diesem Zeitraum ständig erhöht; das führte dazu, daß sich der Bestand an Ehen seit 1965 verringerte. (Siehe Tabelle 10.)

Internationaler Anhang; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1971, Internationaler Anhang.

- 11 Stachorski, Gerhard, Pendelwanderung der wirtschaftlich Tätigen in der DDR, in: Statistische Praxis, H. 8/1967, S. 443.

Tabelle 9  
Regionalstruktur der Wohnungsbauplanung

Bezirk	Zahl der zu bauen- den Wohnungen	Schwerpunkte des Wohnungsbaus
Hauptstadt Berlin	30 000 - 31 000	-
Cottbus	25 000 - 26 000	Cottbus, Weißwasser, Hoyerswerda, Senftenberg, Wilhelm-Pieck-Stadt Guben
Dresden	35 000 - 37 000	Dresden, Coswig, Görlitz, Bautzen
Erfurt	27 000 - 28 000	-
Frankfurt	24 000	-
Gera	19 000 - 20 000	Jena, Gera, Rudolstadt, Pößneck
Halle	40 000 - 42 000	Halle-Neustadt, Halle, Merseburg, Bitterfeld, Dessau, Wittenberg
Karl-Marx-Stadt	33 000 - 35 000	Karl-Marx-Stadt, Zwickau, Plauen
Leipzig	26 500 - 28 000	Leipzig, Altenburg, Borna
Magdeburg	29 000 - 30 000	Magdeburg, Stendal, Salzwedel, Wernigerode, Halberstadt
Neubrandenburg	19 000	Neubrandenburg
Potsdam	23 000	Potsdam, Brandenburg, Neuruppin, Rathenow
Rostock	29 000 - 30 000	Rostock, Greifswald
Schwerin	15 000 - 16 000	-
Suhl	10 000 - 11 000	Suhl, Ilmenau

Quelle:

Direktive des Zentralkomitees der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975, in: Dokumente des VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, S. 128 - 150.

Tabelle 10  
Entwicklung der Eheschließungen und Ehelösungen

Jahr	Eheschließungen	Ehelösungen durch Tod	durch gerichtliches Urteil	Überschuß der Eheschließungen über die Ehelösungen
1950	214 744	96 723	49 860	+ 68 161
1955	155 410	97 272	25 736	+ 32 402
1960	167 583	106 014	24 540	+ 37 029
1965	129 002	105 397	26 576	- 2 971
1966	121 571	103 472	27 949	- 9 850
1967	117 146	104 503	28 303	- 15 660
1968	119 676	110 620	28 721	- 19 665
1969	125 233		28 908	

Quelle:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S. 97.



## Erfolge sozialistischer Bevölkerungspolitik

Aus den angeführten Fakten werden die außerordentlich schwierigen demographischen Bedingungen ersichtlich, die zum Zeitpunkt vorherrschten, als die Partei der Arbeiterklasse den mit Begeisterung in allen Schichten der Bevölkerung aufgenommenen Beschluß faßte, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Mit diesem Beschluß wurde die Voraussetzung geschaffen für eine gesunde demographische Entwicklung, für das Entstehen sozialistischer Gesetzmäßigkeiten der Bevölkerungsentwicklung, für die Lösung demographischer Probleme im Interesse der gesamten Gesellschaft wie im Interesse der einzelnen Bürger und Familien. Unter Berücksichtigung dieser schwierigen demographischen Bedingungen müssen die Erfolge gewürdigt werden, die im Ergebnis sozialistischer Bevölkerungspolitik in der DDR in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten erzielt wurden.

"Unser sozialistischer Staat hat viel getan, um eine den gesellschaftlichen Interessen entsprechende Bevölkerungsentwicklung zu gewährleisten", stellte der Vorsitzende des Ministerrats, Willi Stoph, auf dem VIII. Parteitag fest. Er wies darauf hin, daß "die Sorge um die Familien- und Bevölkerungsentwicklung ein gesamtgesellschaftliches Anliegen" sei und forderte, "unter Ausnutzung der Vorzüge des Sozialismus verstärkt eine vom Staat koordinierte Arbeit auf diesem Gebiet zu leisten".<sup>12</sup>

Von Anfang an bildeten Maßnahmen, die auf eine Gesundung der demographischen Situation abzielen, einen festen Bestandteil der Politik von Partei und Regierung. Wesentliche Grundsätze sozialistischer Bevölkerungspolitik haben Eingang in die Verfassung der DDR gefunden; einige Artikel beziehen sich unmittelbar auf demographische Fragen, andere sind mittelbar von großer Bedeutung für die demographische Entwicklung:

### Artikel 20

- (2) Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.
- (3) Die Jugend wird in ihrer gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklung besonders gefördert. Sie hat alle Möglichkeiten, an der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung verantwortungsbewußt teilzunehmen.

### Artikel 24

- (1) ... Mann und Frau, Erwachsene und Jugendliche haben das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung.

### Artikel 32

Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat im Rahmen der Gesetze das Recht auf Freizügigkeit innerhalb des Staatsgebietes der Deutschen Demokratischen Republik.

### Artikel 35

- (1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Schutz seiner Gesundheit und seiner Arbeitskraft.

<sup>12</sup> Stoph, Willi, Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, in: Neues Deutschland, 19. 6. 1971, S. 6.

- (3) Auf der Grundlage eines sozialistischen Versicherungssystems werden bei Krankheit und Unfällen materielle Sicherheit, unentgeltliche ärztliche Hilfe, Arzneimittel und andere medizinische Sachleistungen gewährt.

#### Artikel 36

- (1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Fürsorge der Gesellschaft im Alter und bei Invalidität.
- (2) Dieses Recht wird durch eine steigende materielle, soziale und kulturelle Versorgung und Betreuung alter und arbeitsunfähiger Bürger gewährleistet.

#### Artikel 37

- (1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Wohnraum für sich und seine Familie entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und örtlichen Bedingungen.

#### Artikel 38

- (1) Ehe, Familie und Mutterschaft stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung seiner Ehe und Familie.
- (2) Dieses Recht wird durch die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Ehe und Familie, durch die gesellschaftliche und staatliche Unterstützung der Bürger bei der Festigung und Entwicklung ihrer Ehe und Familie gewährleistet. Kinderreichen Familien, alleinstehenden Müttern und Vätern gilt die Fürsorge und Unterstützung des sozialistischen Staates durch besondere Maßnahmen.
- (3) Mutter und Kind genießen den besonderen Schutz des sozialistischen Staates. Schwangerschaftsurlaub, spezielle medizinische Betreuung, materielle und finanzielle Unterstützung bei Geburten und Kindergeld werden gewährt.
- (4) Es ist das Recht und die vornehmste Pflicht der Eltern, ihre Kinder zu gesunden und lebensfrohen, tüchtigen und allseitig gebildeten Menschen, zu staatsbewußten Bürgern zu erziehen ...<sup>13</sup>

Ausgehend von der großen gesellschaftlichen Bedeutung, die der Ehe und der Familie in unserer sozialistischen Ordnung beigemessen wird, erfolgte eine Konkretisierung der in Artikel 38 der Verfassung formulierten Rechte und Pflichten im "Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik".

"Die Familie ...", so heißt es in der Präambel zu diesem Gesetzeswerk, "... ist die kleinste Zelle der Gesellschaft. Sie beruht auf der für das Leben geschlossenen Ehe und auf den besonders engen Bindungen, die sich aus den Gefühlsbeziehungen zwischen Mann und Frau und den Beziehungen gegenseitiger Liebe, Achtung und gegenseitigen Vertrauens zwischen allen Familienmitgliedern ergeben".<sup>14</sup>

Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wurde in der DDR die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht und in der Verfassung verankert.

<sup>13</sup> Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik v. 6. April 1968, Berlin 1968, S. 22, 24, 28 f., 30 f.

<sup>14</sup> Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1970, S. 19.

"Man kann nicht über die Entwicklung des Sozialismus in unserer Republik sprechen", sagte Erich Honecker, Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, im Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag, "ohne den hervorragenden Anteil zu würdigen, den an all unseren Erfolgen die Frauen haben, gleich wo sie tätig sind. Es ist in der Tat eine der größten Errungenschaften des Sozialismus, die Gleichberechtigung der Frau in unserem Staat sowohl gesetzlich als auch im Leben weitgehend verwirklicht zu haben. Kein kapitalistisches Land kann gleiches von sich behaupten ... Die Frauen haben im wahrsten Sinne des Wortes bewiesen, daß ohne ihre hervorragenden Leistungen der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann."<sup>15</sup>

Durch die verstärkte Einbeziehung der Frauen in das Berufsleben konnte in den vergangenen Jahren erreicht werden, daß sich die Zahl der Beschäftigten in der DDR nur unwesentlich verringerte, obgleich infolge der Verschlechterung der Altersstruktur der Bevölkerung die Zahl der arbeitsfähigen Personen ständig sank. Heute (1970) beträgt der Anteil berufstätiger Frauen an der Beschäftigtenzahl 48,3 Prozent (gegenüber 40,0 Prozent im Jahre 1950).<sup>16</sup>

Aber nicht nur in der Erhöhung der Anzahl der weiblichen Berufstätigen und ihres Anteils an den Beschäftigten spiegelt sich die Bedeutung der Frauenbeschäftigung in unserer Republik wider. Auch hinsichtlich der Berufsstruktur der wirtschaftlich tätigen Frauen und ihrer Qualifikationsstruktur haben sich wichtige Veränderungen ergeben. Mehr und mehr Frauen wurden in den vergangenen Jahren in Berufe einbezogen, die früher weitgehend Männern vorbehalten waren. Eine starke Erhöhung des Anteils weiblicher Beschäftigter ist insbesondere in zahlreichen Berufen festzustellen, die Hoch- bzw. Fachschulqualifikation erfordern.

Anläßlich der Volkszählung des Jahres 1964 wurden fast dreimal so viele Frauen mit Hochschulabschluß gezählt wie 1950.<sup>17</sup>

Zweifellos entstehen aus der gleichzeitigen Belastung der Frau als Mutter und qualifizierte Arbeitskraft Probleme; zu ihrer Überwindung wurden bereits große Anstrengungen unternommen - weitere Festlegungen traf der VIII. Parteitag: "Wir stehen vor der Aufgabe - selbstverständlich jeweils entsprechend unseren ökonomischen Gegebenheiten - weiter ernsthaft daran zu arbeiten, daß die Frauen in den Betrieben die Möglichkeiten der Qualifizierung besser nutzen können, daß gerade den berufstätigen Frauen durch den Ausbau der Arbeiterversorgung, des Handels überhaupt und der Dienstleistungen größere Hilfe gegeben wird."<sup>18</sup>

Große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Erweiterung der Kapazitäten in den Kinderkrippen und -gärten zu. (Siehe Tabelle 11.)

Die Verbindung der beruflichen mit den familiären Interessen und Pflichten erfolgt nicht immer konfliktlos. Die Familie in der sozialistischen Gesellschaft beruht - so das Familiengesetzbuch der DDR - auf einer für das Leben geschlossenen Ehe. Jedoch können Ehen, die ihren Sinn für die Gesellschaft, für die Ehepartner und für die Kinder verloren haben, geschieden werden; nicht verlogene, bürgerliche "Moral"-Prinzipien stehen einer Lösung solcher Ehen entgegen. Ist im Kapitalismus die Frau nicht selten gezwungen, auch an einer Scheinehe festzuhalten, nur um ihre materielle Existenz fristen zu können, so besteht für

15 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, in: Neues Deutschland, 16. 6. 1971, S. 6 f.

16 Deutsche Demokratische Republik, Statistisches Taschenbuch 1971, Berlin 1971, S. 34.

17 Strohbach, Erich, Frauen in technischen Berufen und in Berufen mit hohem Qualifikationsniveau, in: Statistische Praxis, H. 5/1967, S. 267.

18 Honecker, Erich, a. a. O., S. 7.

sie im Sozialismus, der ihre Gleichberechtigung, Sicherheit und materielle Selbständigkeit gewährleistet, dazu keine Notwendigkeit.

Tabelle 11

Aufnahmekapazitäten der Kinderkrippen und Kindergärten

Jahr	Plätze in Kinderkrippen je 100 Kinder unter 3 Jahre	Plätze in Kindergärten je 100 Kinder im Vorschulalter
1950	...	16,7
1955	8,0	28,1
1960	12,8	41,6
1965	16,5	44,6
1970	25,6	59,7
1975	29 - 30	74 - 78

Quelle:

Deutsche Demokratische Republik. Statistisches Taschenbuch 1971, Berlin 1971, S. 141, 155.

Die Zahlenangaben für 1975 entsprechen der Aufgabenstellung in der Direktive zum Fünfjahrplan. Etwa zwei Drittel aller Schüler der unteren Klassen werden zu diesem Zeitpunkt einen Schulhort besuchen können.<sup>19</sup>

Unter diesen Gesichtspunkten muß die Entwicklung der Ehescheidungs zahlen in der DDR beurteilt werden (vergleiche Tabelle 10). Die Aufgabe besteht darin, die Zahl leichtfertiger Eheschließungen, die zu unstabilen Ehen führen, zu verringern und die bestehenden Ehen bei der Lösung vorhandener Probleme zu unterstützen, um auf diese Weise unnötigen Ehescheidungen vorzubeugen. Das erfordert einerseits die Erziehung zu einem hohen Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Fragen der Ehe und Familie und andererseits die Schaffung gesellschaftlicher Bedingungen für ein glückliches Familienleben. Dazu gehört nicht zuletzt die weitere Verbesserung der Wohnungssituation: "Wir sind uns ... bewußt", sagte Erich Honecker, "daß wir mehr Wohnungen brauchen, um die dringender werdenden Bedürfnisse der Familien zu befriedigen, besonders die unserer jungen Leute, die heiraten und Kinder bekommen."<sup>20</sup>

Gesellschaftliche Unterstützung bei der Lösung familiärer Probleme und Konflikte benötigen besonders die Jugendlichen in unserer Republik. Frei von materiellen Schwierigkeiten, frei von Furcht vor Arbeitslosigkeit und im festen Vertrauen auf eine gesicherte Zukunft gründen unsere Menschen schon in jungen Jahren eine Familie; das Durchschnittsalter der Mütter ist ständig gesunken, der Generationsabstand hat sich verringert. Aus dieser veränderten demographischen Verhaltensweise der Jugendlichen resultieren jedoch zahlreiche Konsequenzen in soziologischer und wirtschaftlicher Hinsicht; so läßt sich nachweisen, daß die in sehr jungen Jahren geschlossenen Ehen einer verhältnismäßig hohen Scheidungshäufigkeit unterliegen.

19 Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975, in: Dokumente des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, S. 125, 130,

20 Honecker, Erich, a. a. O., S. 5.

Jede Familie, jede Frau hat das Recht und die Möglichkeit, frei zu entscheiden, wie viele Kinder sie erziehen will und zu welchem Zeitpunkt sie ein Kind haben möchte. "Die Ausweglosigkeit, in die sich zahlreiche Frauen aus Angst vor ungewollten Schwangerschaften versetzt sehen, ist für uns mit dem Streben nach Menschlichkeit nicht vereinbar."<sup>21</sup>

Mehr und mehr verlagerte sich in den letzten Jahren der Schwerpunkt der Geburtenhäufigkeit bei einem allgemeinen Rückgang der Kinderzahl pro Familie - einer Entwicklung, wie sie sich auch in anderen sozialistischen Staaten vollzog - auf die Zeit unmittelbar nach der Eheschließung. (Vergleiche Grafik 5.)

Waren seit jeher die Geburtenraten in ländlichen Gebieten höher als in industriellen Territorien, so verringerte sich auch hier im Zuge der jüngsten Entwicklung der früher typische Unterschied zwischen Stadt und Land ganz erheblich.

Die sozialistische Gesellschaft ist grundsätzlich bestrebt, den kinderreichen Familien bei der Lösung ihrer Probleme zur Seite zu stehen und ihre zusätzlichen Belastungen so weit wie möglich zu reduzieren. Zu diesem Zweck wurden in der DDR wie auch in anderen sozialistischen Staaten langfristige Maßnahmen, wie Beschaffung des erforderlichen Wohnraums, Erweiterung von Kinderbetreuungsstätten, finanzielle Vergünstigungen usw., eingeleitet und durchgeführt; denn trotz umfassender Leistungen des sozialistischen Staates auf diesen Gebieten konnten die bestehenden Bedingungen nicht immer mit den rasch gestiegenen Bedürfnissen der Bevölkerung Schritt halten.

Das elementare Menschenrecht des Arbeiters und seiner Familie auf Gesundheitsschutz steht im Kapitalismus in schroffem Widerspruch zu den Profitinteressen des Kapitalisten. "In der sozialistischen Gesellschaft kämpfen Staat und Bevölkerung gemeinsam für das Wohlergehen der Gemeinschaft und des einzelnen."<sup>22</sup>

Das in der DDR aufgebaute Gesundheitswesen hat weltweite Beachtung und Anerkennung gefunden. Die Erfolge und Leistungen unseres Gesundheitswesens spiegeln sich wider im Rückgang der Sterblichkeit, insbesondere der Säuglingssterblichkeit, sowie in der Bekämpfung der Krankheiten und in der sozialen und beruflichen Rehabilitation der Erkrankten. Und nicht zuletzt gelten die Bemühungen der medizinischen Wissenschaft in der DDR der Prophylaxe, der Gesunderhaltung der Bürger.

Die Lebenserwartung unserer Bevölkerung stieg von 66 Jahren (1952) auf 70 Jahre (1968).<sup>23</sup>

Im Weltmaßstab gehört die DDR zu den Ländern mit der höchsten Lebenserwartung. (Siehe Tabelle 12.)

98,5 Prozent aller Entbindungen finden in Krankenhäusern statt<sup>24</sup>; die Müttersterblichkeit ist in der DDR auf ein Minimum zurückgegangen - auch hier weist unsere Republik also Erfolge auf, die jedem internationalen Vergleich standhalten.

Eine Reihe von Infektionskrankheiten, wie zum Beispiel Diphtherie, wurde nahezu ausgerottet. Dagegen ist die Scharlachmorbidity in letzter Zeit wieder geringfügig angestiegen, Todesfälle treten jedoch kaum noch auf.<sup>25</sup>

21 Mehlan, Karl-Heinz, Wunsch Kinder, Rudolstadt, o. J., S. 78.

22 Winter, Kurt, Lehrbuch der Sozialhygiene, Berlin 1970, S. 145.

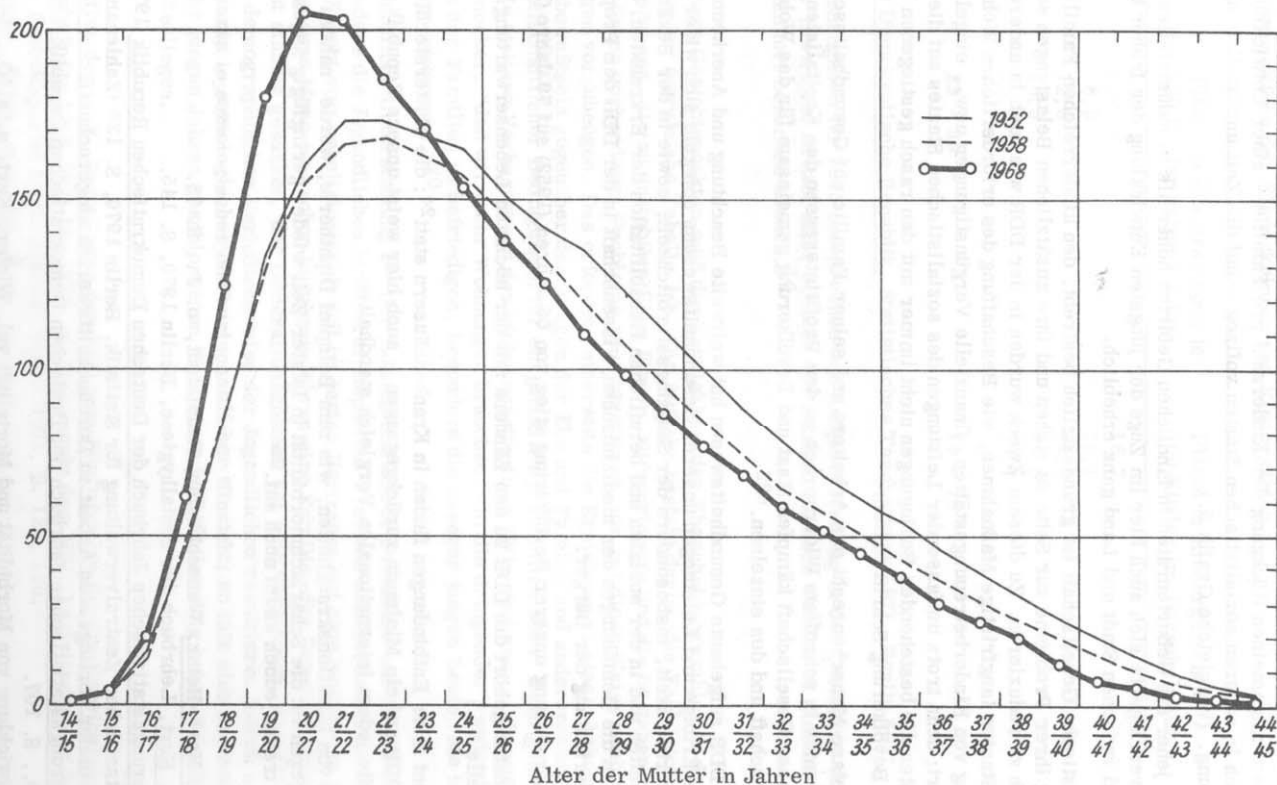
23 Bevölkerungstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S. 136 (Zahlenangaben wurden in der vorliegenden Arbeit zu Durchschnittswerten umgerechnet).

24 Bevölkerungstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970, a. a. O., S. 107.

25 Zur Entwicklung von Morbidity und Mortalität vgl. Winter, Kurt, a. a. O., S. 285 ff.

Grafik 5

## Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern



Quelle:

Bevölkerungstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970,  
 hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S. 112.

Tabelle 12

## Lebenserwartung in ausgewählten Ländern

Land	Jahr	Lebenserwartung der Bevölkerung (in Jahren)	
		männlich	weiblich
DDR	1965/66	68,72	73,66
ČSSR	1966	67,33	73,57
Rumänien	1963	65,35	70,25
Bulgarien	1960/62	67,82	71,35
Polen	1960/61	64,8	70,5
Ungarn	1964	69,08	71,83
Frankreich	1965	67,8	75,0
Großbritannien	1963/65	68,3	74,7
BRD	1964/65	67,59	73,45
USA	1966	66,7	73,8
Schweden	1961/65	71,60	75,70

Quelle:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1969, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1969, S. 216.

Infolge der systematischen Schutzimpfung der Bevölkerung wurde die Poliomyelitis (Spinale Kinderlähmung) in der DDR überwunden; seit 1961 sind keine Fälle mehr registriert worden.

Große Erfolge hat die DDR auch in der Bekämpfung der Tuberkulose aufzuweisen; ein Ansteigen der Sterblichkeit ist dagegen - wie in anderen Ländern - bei Krebs sowie bei Herz-Kreislauf-Krankheiten (einschließlich Gehirnblutungen) zu beobachten.

Als vorbildlich im internationalen Maßstab gilt die Betreuung und Rehabilitation der an Diabetes mellitus (Zuckerkrankheit) erkrankten Personen, deren Anzahl sich in den letzten Jahren in weiten Gebieten der Erde ständig erhöht hat. - Die DDR ist das einzige Land in der Welt, das über eine Statistik der Diabetes-Morbidität verfügt.

Ein Wesenszug der demographischen Situation im Kapitalismus heißt: "Weil Du arm bist, mußt Du früher sterben ..."<sup>26</sup> Dem ist in der sozialistischen Gesellschaftsordnung endgültig der Boden entzogen worden.

"Die sozialistische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik besitzt eine grundlegend neue Klassenstruktur. Hier existieren unter Führung der Arbeiterklasse freundschaftlich miteinander verbundene Klassen und Schichten der Bevölkerung, die von sozialistischem Charakter geprägt sind."<sup>27</sup>

Die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung charakteristischen Unterschiede hinsichtlich der demographischen Prozesse zwischen den Klassen und Schichten verschwinden in der DDR mehr und mehr. Alle Bürger haben die gleichen Rechte auf gesundheitliche Betreuung, auf Verbesserung ihrer Lebensbedingungen usw., so daß es keinerlei Grundlage für eine aus einer unterschiedlichen Klassenzugehörigkeit resultierende Differenzierung der Sterb-

<sup>26</sup> Titel eines westdeutschen Films der 60er Jahre, in dem das unsoziale Krankenkassensystem der BRD angeprangert wird.

<sup>27</sup> Honecker, Erich, a. a. O., S. 4.

lichkeit mehr gibt. Dagegen können bezüglich anderer demographischer Merkmale, wie beispielsweise Geburtenhäufigkeit (und damit Familiengröße), durchschnittliches Heiratsalter, Eheschließungshäufigkeit usw., gewisse Faktoren wirken, deren klassenmäßige Bedingtheit eine eingehende Untersuchung erforderlich macht.

(Die Auswertung der Anfang 1971 durchgeführten Volkszählung wird zu umfangreichen Informationen führen, die eine diesbezügliche Analyse unter vielseitigen Gesichtspunkten ermöglicht.)

Tabelle 13

Sozialökonomische Struktur der Berufstätigen

Gruppe	Berufstätige in %	
	1955	1970
Arbeiter und Angestellte (einschließlich Lehrlinge)	78,4	84,5
Mitglieder von Produktionsgenossenschaften	2,4	12,3
darunter: landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften	2,3	8,7
Produktionsgenossenschaften des Handwerks	0,0	3,1
Komplementäre und Kommissionshändler (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	-	0,5
Übrige Berufstätige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	19,3	2,8
darunter: Einzelbauern und private Gärtner	12,6	0,1
private Handwerker	3,9	1,7
private Groß- und Einzelhändler	1,8	0,3
freiberuflich Tätige	0,4	0,2
Berufstätige insgesamt (einschließlich Lehrlinge)	100	100

Quelle:

Deutsche Demokratische Republik. Statistisches Taschenbuch 1971, Berlin 1971, S. 35.

Zusammenfassung

Auch im Bereich der demographischen Entwicklung spiegeln sich deutlich die Erfolge des sozialistischen Aufbaus wider. Eine zusammenfassende Wertung zwanzigjähriger Bevölkerungs- und Familienpolitik in der DDR führt zu der Erkenntnis, daß die Bevölkerungsentwicklung auf neuen Grundlagen erfolgt; neue, sozialistische Bevölkerungsgesetze haben zu wirken begonnen.

Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Die volle Durchsetzung der für die sozialistische Gesellschaftsordnung charakteristischen Bevölkerungsgesetze wird sich über einen mehrere Jahrzehnte umfassenden Zeitabschnitt erstrecken.



Wichtigste Grundlage einer gesunden demographischen Entwicklung bilden Frieden und soziale Sicherheit; Diese Konsequenz läßt sich unwiderlegbar aus der geschichtlichen Vergangenheit unseres Volkes ableiten. - Auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 betonte Leonid Breshnew: "Heute, wo seit dem Kriegsende bereits über ein Vierteljahrhundert vergangen ist, steht vor den Völkern Europas die eine Hauptaufgabe: zu verhindern, daß sich die Tragödie der Vergangenheit jemals wiederholt, und einen wirklich dauerhaften, einen lange währenden Frieden zu errichten."<sup>28</sup>

Nur im Sozialismus ist eine unmittelbare Integration der demographischen Entwicklung durch zielgerichtete bevölkerungspolitische Leitungstätigkeit in das Gesamtsystem der Gesellschaftspolitik denkbar und möglich. Die Basis hierfür ist die objektive Übereinstimmung gesamtgesellschaftlicher und individueller Interessen: Die Entwicklung und weitere Festigung der sozialistischen Gesellschaft bedarf einer optimalen Bevölkerungsentwicklung; gleichzeitig bilden stabile Familienverhältnisse, die Erziehung gesunder, tüchtiger Kinder und die Gewißheit eines sorgenfreien Lebensabends einen entscheidenden Bestandteil des Lebensglücks und des Lebensinhalts der Menschen im Sozialismus und eine Voraussetzung der persönlichen allseitigen Entwicklung.

Die Berücksichtigung dieser Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichen und individuellen Interessen findet nicht nur in einem umfangreichen System von Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen auf dem Gebiet der Bevölkerungs- und Familienpolitik, des Erziehungswesens, des Gesundheitswesens usw. ihren Ausdruck; sie kommt auch in der Achtung, die die Familien im gesellschaftlichen Leben genießen, und in der gegenseitigen Rücksichtnahme und Hilfe der Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft untereinander zum Ausdruck. - Deutlich bildet sich auch hier ein prinzipieller Gegensatz zur zunehmenden Kinder- und Familienfeindlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung heraus.

28 Breshnew, L. I., Der VIII. Parteitag der SED - ein bedeutender Markstein beim sozialistischen Aufbau der DDR, in: Neues Deutschland, 17. 6. 1971, S. 3.

## ZUR DARSTELLUNG DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS IN BETRIEBSGESCHICHTEN

von Hans Radandt

Jede gute Betriebsgeschichte ist in Erfüllung ihrer ideologischen Hauptaufgabe, zur Förderung der sozialistischen Bewußtseinsbildung vor allem der Kollegen des betreffenden Betriebes beizutragen, gleichzeitig eine umfassende, die Entwicklung des Betriebes und seiner Mitarbeiter analysierende und einschätzende Informationsquelle für die gesamte Öffentlichkeit. Sie ist die sozialistische Visitenkarte des Kollektivs eines sozialistischen Betriebes, die seine Stellung in unserer Gesellschaft erkennen läßt.

Im Kapitalismus weisen sich die Firmenchefs mit prunkenden Titeln, die ihre Eigenschaft als Eigentümer oder Manager bezeugen, auf säuberlich gedruckten Karten aus. Im Sozialismus gilt das nicht. Hier, wo jeder Eigentümer der Produktionsmittel und jeder aufgerufen ist mitzuleiten, stellt die Gesellschaft dem Kollegen jedes sozialistischen Betriebes die Frage: "Wie hältst Du's mit dem sozialistischen Eigentum?"

Das heißt letztendlich, nach der Erfüllung jener grundlegenden Aufgaben zu fragen, welche die II. Parteikonferenz, auf deren Bedeutung auch in einer Reihe von Betriebsgeschichten eingegangen wird<sup>1</sup>, für den Aufbau des Sozialismus gestellt hat:

1. Rekonstruktion und Planerfüllung,
2. den sozialistischen Wettbewerb im Zusammenhang mit der ideologischen Weiterbildung zu entwickeln,
3. die Bündnispolitik mit den werktätigen Bauern zu festigen,
4. eine neue Intelligenz heranzubilden,
5. die Sowjetwissenschaft zu verbreiten und aus sowjetischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus zu lernen,
6. die Frauen gleichberechtigt in die Aufbauarbeit einzubeziehen,
7. ein sozialistisches Kulturleben zu entfalten.

Nicht alle Betriebsgeschichten geben eine Antwort auf die Frage, wie diese Aufgaben insgesamt erfüllt worden sind. Am ausführlichsten werden Rekonstruktion und Planerfüllung dar-

1 Zum Beispiel Carl Zeiss Jena einst und jetzt, von einem Autorenkollektiv u. d. Leitg. v. Wolfgang Schumann, Berlin 1962, S. 696 f., 719; Betriebsgeschichte des VEB Kaliwerk "Karl Liebknecht" Bleicherode 1899 - 1962, Bleicherode (1963), S. 154; Schmelzer, Janis/Stein, Eberhard, Geschichte des VEB Filmfabrik Wolfen, hg. v. d. Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Filmfabrik Wolfen, Berlin 1969, S. 170; Krüger, Ulrich/Boerner, Ernst, Unser guter Weg. 25 Jahre Arbeit und Kampf für eine moderne sozialistische Elektroenergie- und Gasversorgung im Bezirk Magdeburg, Leipzig 1970, S. 58.

gestellt. Es gibt keine Betriebsgemeinschaft, die hier nicht stolz auf Erfolge in ihrer Arbeit zurückblicken könnte. Vielfach wird das auch unterstrichen, wenn darüber geschrieben wird, wie aufgetretene Schwierigkeiten überwunden oder eingetretene Planverluste aufgeholt wurden. Mit sehr viel Sorgfalt, ausführlichen Schilderungen, Bildern, Graphiken, Statistiken bieten die Betriebsgeschichten dem Leser ein zum Teil weitgefächertes Bild des Erreichten, daß es hier überflüssig ist, Beispiele zu nennen.

Hingewiesen werden muß aber darauf, daß es nötig ist, künftig die Entwicklung der sozialistischen Rationalisierung umfassender als bisher darzustellen. Der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, erläuterte in dem Bericht des ZK an den VIII. Parteitag die Bestimmung des Platzes der sozialistischen Rationalisierung in unserer Wirtschaftspolitik: "Sie wird noch stärker zu einer erstrangigen politischen Aufgabe von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Wir wollen also nicht nur die eine oder die andere, sondern alle Möglichkeiten ausschöpfen, um rationeller zu produzieren - im großen wie im kleinen, in der ganzen Volkswirtschaft und an jedem Arbeitsplatz".<sup>2</sup>

Aufgabe der Betriebsgeschichtsschreibung wird es künftig sein, den Entwicklungsprozeß von anfänglicher Rationalisierung nur an Schwerpunkten oder Engpässen bis hin zur Rationalisierung im Gesamtbetrieb und an jedem Arbeitsplatz darzustellen.

Schon seit Mitte der fünfziger Jahre ist es üblich geworden, Aktivisten-, Wettbewerbs- und Neuererleistungen in die betriebsgeschichtliche Darstellung einzubeziehen. Die II. Parteikonferenz hatte die Aufgabe gestellt, diese die Arbeitsproduktivität steigernden Formen der sozialistischen Arbeit in unmittelbarem Zusammenhang mit der ideologischen Arbeit zu entwickeln. Dieser Prozeß wurde, geführt und gefördert durch die Beschlüsse der Parteitage und des ZK der SED in den Betrieben unter Führung der Betriebsparteiorganisationen der SED und unter Anleitung der Gewerkschaftsorganisationen und staatlichen Leitungen, im Laufe der letzten zwanzig Jahre zu einer breiten, die Massen erfassenden und voranbringenden Bewegung entfaltet.<sup>3</sup> Auf den engen Zusammenhang von Bewusstseinsbildung und sozialistischem Wettbewerb hat die SED immer wieder hingewiesen, unter anderem betonte Erich Honecker auf dem VII. Parteitag: "Das sich im Ergebnis der politischen Arbeit ständig festigende ökonomische Denken und sich daraus entwickelnde Staatsbewußtsein ist eine bedeutende ideelle Kraft, durch die wir große und komplizierte Aufgaben bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Parteitages meistern werden. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, die großen wirtschaftlichen Aufgaben seien allein durch Anwendung ökonomischer Hebel lösbar. Die richtige Kombination moralischen und materiellen Anreizes ist entscheidend für die politische und ökonomische Leitungstätigkeit."

Eine wichtige Aufgabe für die Parteiorganisation in den Betrieben besteht weiter darin, das dem sozialistischen Wettbewerb innewohnende Streben nach gesellschaftlichem Fortschritt auf das Ringen aller Werktätigen um weltmarktfähige Erzeugnisse von hoher Qualität und niedrigsten Kosten zu übertragen. Deshalb sollten die Grundorganisationen bei allen Werktätigen die Entschlossenheit wecken, alles für die umfassende politische, ideologische, ökonomische und militärische Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik zu tun."<sup>4</sup>

Wie die Darstellung der ideologischen Arbeit in den Betrieben, ihrer Methoden und Erfolge insgesamt in den Betriebsgeschichten noch ungenügend ist<sup>5</sup>, so wird auch die Entwicklung

2 Neues Deutschland, Nr. 164, 16. 6. 1971, S. 6 (Berliner Ausg.).

3 Falk, Waltraud unter Mitarbeit von Barthel, Horst, Kleine Geschichte einer großen Bewegung. Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR, Berlin 1966.

4 Honecker, Erich, Die Rolle der Partei in der Periode der Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 27.

5 Vgl. Radandt, Hans, Vom Wachsen der Menschen in den Betrieben. Zur Darstellung der

der Bewußtseinsbildung zuwenig im Zusammenhang mit der Wettbewerbsbewegung dargestellt, obwohl es dazu auch gute Ansätze gibt. So lesen wir zum Beispiel in der 1956 erschienenen Betriebsgeschichte des Braunkohlenwerkes "Erich Weinert", Deuben, im Zusammenhang mit der hervorragenden Tat des Häuers Adolf Hennecke:

"Von denen, die an der Kraft der Arbeiterklasse zweifelten, werden falsche Argumente weitergetragen und Witze gerissen. Der Klassengegner versuchte alles, um die Bemühungen der Arbeiterklasse, aus dem fehlerhaften Kreislauf, der besagte, daß vor der Erhöhung der Produktion die Verbesserung der Versorgung zu stehen hätte, herauszukommen, zu stören.

Mancher Kollege, der damals, weil er noch nicht die nötigen Einsichten besaß, solche Einstellungen verbreitete, wurde im Laufe der weiteren Jahre selbst zum hervorragenden Aktivist. Einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung des neuen Bewußtseins der Werktätigen gegenüber der Arbeit und dem Volkseigentum hatte die Betriebsparteiorganisation, die mit ihren Funktionären und Genossen eine unermüdliche Aufklärungsarbeit leistete, die bestehenden Massenorganisationen anleitete und somit zu einem höheren ideologischen Niveau der Werktätigen beitrug. "<sup>6</sup>

Wo die enge Verbindung zwischen Bewußtsein und Wettbewerbsentwicklung nicht wiedergegeben wird, ist der historische Zusammenhang zerrissen, kann die Zahl guter Wettbewerbserfolge den Leser zwar als Ruhmesblatt des Betriebes beeindrucken, vermittelt ihm aber nicht das dringend benötigte abgerundete Beispiel zum Nacheifern. Dabei kann zwar der Mensch - soweit Namen genannt werden - durchaus im Mittelpunkt stehen, aber die Arbeit mit dem Menschen und damit auch seine Entwicklung zur sozialistischen Persönlichkeit wird nicht sichtbar gemacht. Die Betriebsgeschichte der Verkehrsbetriebe der Stadt Leipzig, die in manch anderer Beziehung vorbildlich ist, gibt in einem gesonderten Abschnitt "Neuerer, Wettbewerb, Aktivist"<sup>7</sup> eine Reihe guter Wettbewerbsbeispiele, ohne jedoch auf diesen Seiten ein einziges Mal die ideologische Arbeit zu erwähnen, und schließt deshalb diese Darstellung nach einer namentlichen Aufzählung ausgezeichneter Kollegen auch folgerichtig mit den Worten: "Mit ihren Leistungen verwirklichen sie die Losung: 'Sozialistisch arbeiten ...'"<sup>8</sup> Die Verwirklichung des Inhalts der anderen Teile der Losung wird in anderen Kapiteln unter den Überschriften "Sozialistisch lernen"<sup>9</sup> und "Sozialistisch leben"<sup>10</sup> behandelt.

Die Betriebsgeschichte der Chemischen Werke Buna zählt unter "Die Werktätigen - Mitgestalter der Wirtschaft" eine Reihe begrüßenswerter Erfolge der Wettbewerbsbewegung auf.<sup>11</sup> Dabei werden die Beschlüsse des FDGB-Bundesvorstandes vom 3. und 4. März 1950<sup>12</sup> und die Losung "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben"<sup>13</sup> erwähnt und vermerkt: "Besonders gute Erfolge werden durch Flugblätter, Broschüren und durch die Betriebszeitung popularisiert."<sup>14</sup> Über Methoden und Erfolge der ideologischen Arbeit bei den zahlreich genannten

ideologischen Überzeugungsarbeit der Betriebsparteiorganisation in Betriebsgeschichten, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 4, S. 181 - 191.

6 Entwicklung des Bergbaues und der Arbeiterbewegung im Grubenrevier Deuben, Deuben (1956), S. 176.

7 Von der Pferdebahn zum Gelenkzug, Leipzig (1965), S. 210 - 214.

8 Ebenda, S. 213.

9 Ebenda, S. 215.

10 Ebenda, S. 217.

11 1945 - 1965, hg. v. VEB Chemische Werke Buna, Schkopau über Merseburg 1965, S. 182 - 191.

12 Ebenda, S. 183.

13 Ebenda, S. 186.

14 Ebenda, S. 190.

Kollektiven erfährt der Leser nichts. Dagegen besteht die Gefahr, daß er auf Grund eines Abschnittes in einem anderen Kapitel zu dem fälschlichen Schluß gelangt, die ökonomischen Hebel wären beim Wettbewerb in den Chemischen Werken Buna einzig entscheidend, wenn er liest: "Besonders in den letzten 10 Jahren hat sich der sozialistische Wettbewerb als eine Form des Wirksamwerdens sozialistischer Masseninitiative gut entwickelt. Mit Hilfe von mannigfachen Methoden und Formen des materiellen Anreizes, im wesentlichen festgelegt in einem jährlichen lohnpolitischen Programm, wurden unsere Arbeiter, Neuerer und Angehörigen der Intelligenz immer mehr angeregt, mitzudenken, um eine hohe Rentabilität des Werkes zu erreichen. Es gibt mehr als 100 sozialistische Kollektive, die im Laufe der Jahre mit Staatsmitteln ausgezeichnet wurden."<sup>15</sup>

Es genügt nicht, gute Wettbewerbsergebnisse einfach als Erfolge der ideologischen Arbeit anzusehen, genauso wie es falsch wäre, sie nur als Folge der Anwendung materieller Stimuli auszugeben.

Wo nicht die innige Verbindung der steten Wechselwirkung von Bewußtseins- und Wettbewerbsentwicklung sichtbar gemacht wird, erscheint der geschichtliche Prozeß nicht nur einseitig und deshalb unwahr, sondern es werden auch wertvolle ideologische Impulse, die die Betriebsgeschichte dem Leser für die weitere Arbeit vermitteln sollte, abgeschwächt.

Selbstverständlich wäre es nicht möglich, den Prozeß der Bewußtseinsbildung bei allen Kollektiven zu verfolgen, ebensowenig, wie in den Betriebsgeschichten alle Produktionserfolge auch nur aller sozialistischen Kollektive genannt werden können. Nach einer Darlegung der Methoden der ideologischen Arbeit im Betrieb sollten wenige Beispiele einzelner Kollektive aus ihrem kollektiven ideologischen Erziehungsprozeß den dabei erreichten Stand kennzeichnen. Vorbildlich dafür ist die Darstellung, die Eberhard Stein in der Betriebsgeschichte der Filmfabrik Wolfen gibt. Er verbindet eine kritische Einschätzung des erfolgreichen Wettbewerbs zum 10. Jahrestag der DDR, der unter dem Symbol der am 2. Januar 1959 gestarteten mehrstufigen sowjetischen Weltraumrakete geführt wurde, mit Hinweisen der SED-Betriebszeitung, der ideologischen Arbeit der Betriebsgewerkschaftsleitung und den Erfolgen einzelner Brigaden:

"Die Filmfabrik erreichte auf diese Weise bis zum 10. Jahrestag die höchste Zuwachsrate aller chemischen Großbetriebe mit 12,6 Tagen Planvorsprung und einer bisher nicht verzeichneten Produktionssteigerung von 1958 zu 1959 von über 17 Prozent. Die Filmfabrik erhielt am 7. Oktober 1959 den Orden 'Banner der Arbeit'.

Gewisse Schattenseiten jener Initiative sollen jedoch nicht verschwiegen werden. Den hohen Zahlen der Brigaden- und Gemeinschaftsbewegung mangelte es nicht an Effekthascherei und Formalismus. Die Förderung von 'Paradebeispielen' zog andererseits die Vernachlässigung kontinuierlicher ideologisch-politischer Massenarbeit seitens der BGL nach sich. Der 'Siebenstufen-Raketen'-Kampagne haftete auch der Nachteil an, daß sie zuwenig auf die Qualitätserhöhung der Erzeugnisse, auf die Selbstkostensenkung und die Erfüllung des Finanzplanes, dagegen vorwiegend auf die Erfüllung der Produktionspläne orientierte. 'Im Zeitalter der wirtschaftlichen Rechnungsführung kann es also nicht heißen: Produzieren, koste es, was es wolle!, sondern mit dem geringsten Aufwand einen höchstmöglichen Produktionsausstoß bei bester Qualität der Erzeugnisse zu erreichen', lautete es zu Recht in einem Artikel im 'Filmfunken' vom 17. Oktober 1959, der auf diesen wunden Punkt hinwies. Die Lehren daraus wurden gezogen und beherzigt. So gewann die Massenbewegung nach der Überwindung solcher anfänglicher Mängel eine bleibende und bis in die Gegenwart wirkende Bedeutung. Sie lag vor allem in den unverkennbaren Fortschritten beim gemeinsamen sozialistischen Arbeiten, Lernen und Leben, in denen sich ein erfolgreicher ideologischer Prozeß ausdrückte.

15 Ebenda, S. 48.

In einem Bericht der BGL vom 27. Januar 1960 hieß es: 'Durch die Bildung der ersten sozialistischen Brigaden und der ersten Arbeitsgemeinschaften wurden die Erfahrungen, die bei der Bildung dieser sozialistischen Brigaden gesammelt wurden, ausgewertet und auf weitere Brigaden übertragen. Bei dieser Entwicklung mußten solche Ideologien zerschlagen werden wie z. B.

Meine Erfahrungen behalte ich für mich,

Warum Gemeinschaftsarbeit, Hauptsache mein Geld stimmt,

Wenn wir uns der Gemeinschaftsarbeit anschließen, werden vielleicht die Normen verändert und wir kriegen weniger Geld,

Wenn ich meine Erfahrungen einem anderen übertrage, verdient er mehr als ich selbst.

Außerdem solche Erscheinungen wie 'Gemeinschaftsarbeit ist eine Modesache.' Es hieß weiterhin kritisch: 'Diese Argumente widerspiegelten sich z. T. auch in den eingegangenen Brigadeverpflichtungen, denn der größte Teil des Inhaltes war formal und allgemein, wie z. B. Verpflichtungen, den Plan zu erfüllen, die Qualität zu erhöhen, sich in der Brigade weiter zu qualifizieren und regelmäßig gemeinsame Theater- und Kinobesuche durchzuführen.'

Dagegen hoben sich die echten Fortschritte ab, wie sie etwa in der Frauenkomplexbrigade 'Lilo Hermann' erzielt wurden. Am 10. Jahrestag der DDR erhielt sie als erste in der Filmfabrik und als erste Frauenbrigade der Republik den Ehrentitel 'Brigade der sozialistischen Arbeit'. Diese Brigade zeigte beispielhaft, wie die sozialistische Gemeinschaftsarbeit auf das Bewußtsein der Menschen und damit auf ihre Weiterentwicklung einwirkt und wie sich dies unmittelbar in der Produktion widerspiegelt. Unter schwierigen Bedingungen nahmen die 97 Brigademitglieder den Kampf zur Erhöhung und zur Verbesserung ihrer Produktion auf. In zahlreichen Auseinandersetzungen wurden die Probleme der Produktion in Verbindung mit den politischen Aufgaben behandelt, so beispielsweise der ungenügende Stand der R-Qualität in der Kordseide, welche für die Reifenindustrie unserer Republik von entscheidender Bedeutung ist. Solche Diskussionen trugen dazu bei, daß die Kolleginnen den engen Zusammenhang ihrer unmittelbaren Tätigkeit mit den Fragen der Lösung der ökonomischen Aufgaben erkannten. Dabei dienten diese Aussprachen zugleich der Auseinandersetzung mit solchen Kolleginnen, die eine ungenügende Arbeitsmoral an den Tag legten.<sup>16</sup>

Bereits dieser Ausschnitt aus einer längeren Darstellung zeigt, welche Möglichkeiten auch von anderen Betrieben genutzt werden können, die Entwicklung vielseitig zu erfassen und dem Leser ein plastisches, Herz und Verstand erreichendes Bild zu vermitteln. Stein weist weiter nicht nur auf den historischen Wert von Brigadebüchern hin<sup>17</sup>, er gibt auch Auszüge aus ihnen wieder, die den Inhalt eines Brigadevertrages und seiner Erfüllung<sup>18</sup>, die Durchsetzung des Prinzips der gegenseitigen Hilfe und Kritik sowie des sozialistischen Leistungsprinzips, das eine Gleichmacherei bei der Leistungsanerkennung ablehnt<sup>19</sup>, lebendig widerspiegeln. Oftmals werden in Betriebsgeschichten Einzelkapitel über die Wettbewerbsbewegung geschrieben. Das böte den Verfassern die Möglichkeit, in zusammengefaßter Form die Entwicklung vom Einzelaktivisten bis zur sozialistischen Brigade zu veranschaulichen. Meist bleibt es jedoch bei einer mehr oder weniger lose aneinandergereihten Aufzählung von Beispielen. Aber auch sonst erscheint diese Form nicht ratsam. Oft ist dann nur in diesen Kapiteln von der Entwicklung der Menschen und Brigaden im Betrieb - und das meist auch nur auf die Produktion bezogen - die Rede. Andere, vielfach ausführlichere Kapitel beschäf-

16 Schmelzer, Janis/Stein, Eberhard, a. a. O., S. 214 f.

17 Ebenda, S. 216.

18 Ebenda, S. 216 f.

19 Ebenda, S. 217.

tigen sich dagegen blutleer und trocken mit der technischen und Produktionsentwicklung des Betriebes. Ein solches Herangehen ist nicht nur unhistorisch, sondern erfüllt ganz einfach nicht die Forderung, daß eine Betriebsgeschichte eine Geschichte des Arbeitens, Lernens und Lebens der Menschen, der Entwicklung einer sozialistischen Menschengemeinschaft im Betrieb unter Führung der SED sein soll. Damit entsteht möglicherweise auch der ungewollte Effekt, daß eine Betriebsgeschichte nur teilweise gelesen wird und somit viel von ihrer potentiellen ideologischen Wirksamkeit einbüßt. Gute Beispiele, wie die jeweiligen Wettbewerbe, eingebettet in die historische Entwicklung der Betriebe, behandelt werden können, geben die Betriebsgeschichten von Carl Zeiss Jena<sup>20</sup> und des Automobilwerkes Eisenach<sup>21</sup>. Im wesentlichen gilt auch für die übrigen von der II. Parteikonferenz gestellten grundsätzlichen Aufgaben zum Aufbau des Sozialismus, daß ihre Erfüllung ebenso wie die Wettbewerbsentwicklung im Verlauf des historischen Prozesses dargestellt werden sollten, was nicht hindert, daß dort, wo besondere Höhepunkte der Erfüllung einer bestimmten Aufgabe zu erkennen sind, auch einmal eine in sich geschlossene Darstellung eines Komplexes mit geschichtlichen Rückblicken und Vorgriffen auf die künftige Entwicklung gegeben werden kann. So ist es zum Beispiel möglich, die Festigung der Bündnispolitik mit den werktätigen Bauern für einen längeren Zeitraum in der Zeit des sozialistischen Frühlings in der Landwirtschaft und auch zu einem früheren Zeitpunkt, zu dem vom Betrieb ein Patenschaftsvertrag mit einer LPG geschlossen wurde, darzustellen. Es gibt noch Betriebsgeschichten, die diese Aufgabe überhaupt nicht berühren, obgleich auch gerade die hierbei geführten Diskussionen und erzielten Erfolge vom Wachsen der Menschen unter der Führung der Partei zu künden vermögen. Deshalb ist es nicht ratsam, wie es auch oft in sonst sorgfältig erarbeiteten Betriebsgeschichten geschrieben steht, nur die Tatsache oder die Zahl der Patenschaftsverträge festzuhalten, auch dann nicht, wenn dazu noch vermerkt wird, wie viele Betriebsangehörige bei der Erfüllung dieser Verträge mitgewirkt haben. Begrüßenswert ist es, wenn auch hier, wie es bei der Erfüllung von Produktions-, Leitungs- und Kulturaufgaben schon üblich ist, die Kollegen, welche in der Festigung der Bündnispolitik besonders aktiv waren, namentlich hervorgehoben werden, wie das in der Betriebsgeschichte des Kaliwerkes "Karl Liebknecht" geschieht.<sup>22</sup> Eine gute Idee ist es, diesen Abschnitt aus dem Leben der Menschen im Betrieb vom Vorsitzenden der LPG schreiben zu lassen, wie es im Kombinat Schwarze Pumpe, Bereich Kraftwerke, getan wurde.<sup>23</sup>

Die II. Parteikonferenz der SED lenkte die Aufmerksamkeit nicht nur der Parteimitglieder, nicht nur des Staatsapparates, der Akademien, Universitäten und Fachschulen, sondern vor allem der Industrie auf die Notwendigkeit der Heranbildung einer neuen Intelligenz, für die besonders die Arbeiterklasse eine breite Kaderreserve bot. Mit berechtigtem Stolz berichten viele Betriebsgeschichten, gestützt auf Statistiken, über die Erfüllung dieses Auftrages. Statistiken allein, wie in der Betriebsgeschichte der Verkehrsbetriebe der Stadt Leipzig<sup>24</sup>,

20 Carl Zeiss Jena einst und jetzt, a. a. O., S. 698 ff.

21 Auferstanden aus Ruinen. 1945 - 1955. Die Kraft der Werktätigen schuf ein neues Werk - Befehle und Hilfe von Freunden - Automobile aus Eisenach für Frieden und Sozialismus. Die Entstehung und das 1. Jahrzehnt der Entwicklung des VEB Automobilwerk Eisenach, Eisenach 1969 = Der Motor, 20. Jg. 1969, Sonderausgabe; Seht, was aus uns geworden ist! 1956 - 1969 Jahre einer erfolgreichen Entwicklung - Hohe Auszeichnungen für große Leistungen, Auf dem Wege zum 25. Jahrestag, Eisenach 1969 = Der Motor, Nr. 40 - 52/1969, Sonderausgabe.

22 Betriebsgeschichte des VEB Kaliwerk "Karl Liebknecht" Bleicherode 1899 - 1962, a. a. O., S. 162.

23 10 Jahre Produktion im VEB Kombinat Schwarze Pumpe, Bereich Kraftwerke 1959 - 1969. Festschrift, Schwarze Pumpe 1969, S. 84.

24 Von der Pferdebahn zum Gelenkzug, a. a. O., S. 216.

sind jedoch wenig aussagekräftig. Das Steinkohlenwerk "Karl Marx" bringt dagegen eine ausführlichere Darstellung, in der auch auf das weitere Verhältnis des Betriebes zu den zum Studium Delegierten eingegangen wird.<sup>25</sup> Das Kaliwerk "Karl Liebknecht" berichtet über die Leistungen der einst von ihm zum Studium delegierten und inzwischen zurückgekehrten jungen Ingenieure im Betrieb.<sup>26</sup> In den Betriebsgeschichten von Carl Zeiss Jena und Schwarze Pumpe, Bereich Kraftwerke, lesen wir von der engen Zusammenarbeit der Betriebe mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena bzw. der Ingenieurschule für Energiewirtschaft "Dr. Robert Mayer".<sup>27</sup> Breiten Raum nimmt die mit prägnanten Beispielen für überwundene Schwierigkeiten und erzielte Erfolge versehene Untersuchung der neuen Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz in den Betriebsgeschichten der Filmfabrik Wolfen und von Carl Zeiss Jena ein.<sup>28</sup>

Entsprechend den gewachsenen Kenntnissen und Fähigkeiten der Arbeiterklasse sowie den volkswirtschaftlichen Erfordernissen zur Entwicklung des Neuererwesens und der Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitern und Wissenschaftlern muß die Betriebsgeschichtsschreibung sich künftig auch in dieser Frage auf die Forderungen des VIII. Parteitag orientieren, entsprechend den Worten von Erich Honecker:

"Es muß ein wesentliches Ziel der Weiterentwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus sein, in den Kombinat Liebe und Leidenschaft für wissenschaftlich-technische Neuerungen, für Spitzenleistungen der nachhaltiger zu fördern. Und schließlich verlangt diese Aufgabe neue Fortschritte in der Gemeinschaftsarbeit zwischen Wissenschaftlern, Ingenieuren, Arbeitern und Ökonomen."<sup>29</sup>

In Verbindung mit solchen Kapiteln und Abschnitten, aber auch bei der Darstellung der Entwicklung der Produktion und besonders in den einstigen SAG-Betrieben bei der Behandlung jenes Zeitabschnitts, aber auch dort, wo über die Betriebsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft berichtet wird, begegnen wir Dank und Anerkennung für die Hilfe der Sowjetunion, wird dargestellt, wie die sowjetischen Erfahrungen und die Sowjetwissenschaft beim sozialistischen Aufbau in den Betrieben genutzt wurde. Verschiedentlich wurden gerade diesen wichtigen Fragen selbständige Veröffentlichungen der Betriebe gewidmet.<sup>30</sup> Besonders ausführlich und mit Bildern gewürdigt wird die unmittelbare Hilfeleistung sowjetischer Spezialisten, die mit ihren umfangreichen Erfahrungen besonders dort halfen, wo es um den Anlauf in der DDR bisher noch nicht verwendeter Produktionsmittel ging, wie zum Beispiel um neue Turbosätze mit großer Nennleistung im Bereich der Kraftwerke des Kombinats Schwarze Pumpe.<sup>31</sup>

25 Von den Brückenbergschächten zum VEB Steinkohlenwerk "Karl Marx", Zwickau, 1859 - 1959, Zwickau 1961, S. 194 - 198.

26 Betriebsgeschichte des VEB Kaliwerk "Karl Liebknecht" Bleicherode 1899 - 1962, a. a. O., S. 208.

27 Carl Zeiss Jena einst und jetzt, a. a. O., S. 742 ff; 10 Jahre Produktion im VEB Kombinat Schwarze Pumpe. Bereich Kraftwerke 1959 - 1969, a. a. O., S. 36 f.

28 Schmelzer, Janis/Stein, Eberhard, a. a. O., S. 170 - 179; Carl Zeiss Jena einst und jetzt, a. a. O., S. 733 - 743.

29 Neues Deutschland, a. a. O.

30 Zum Beispiel Quilitzsch, Siegmart, Die Rolle der Sowjetunion beim Neuaufbau der Chemieindustrie im Bitterfelder Gebiet 1945 - 1947. Am Beispiel der Filmfabrik Agfa Wolfen, hg. v. d. Betriebsgruppe der DSF der VEB Filmfabrik Agfa Wolfen, Wolfen 1961; Keil, Hans, Zum 20. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus. Über die freundschaftlichen Beziehungen des VEB Berliner Glühlampen-Werk zur Sowjetunion, hg. v. d. Betriebsparteiorganisation der SED und der Betriebsgruppe der DSF im VEB Berliner Glühlampen-Werk, Berlin 1965.

31 10 Jahre Produktion im VEB Kombinat Schwarze Pumpe, Bereich Kraftwerke 1959 - 1969, a. a. O., S. 6 f., 20 - 22.



Die gleichberechtigte Stellung der Frau in unserem Staat, im Beruf und im gesellschaftlichen Leben ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Da auch dies eine sozialistische Errungenschaft ist, die zum größten Teil erst infolge der Aufgabenstellung in breitem Maße auch in der Wirtschaft verwirklicht wurde, halten viele Betriebsgeschichten in einem gesonderten Kapitel auf diese Entwicklung Rückschau. Das ist durchaus zu begrüßen, aber es sollte daran gedacht werden, wie es schon eine Reihe von Betriebsgeschichten tut, auch in den übrigen Kapiteln die Leistungen der Frauen in der Leitungsarbeit und in der Produktion und im gesellschaftlichen Leben nicht unberücksichtigt zu lassen. Statistiken und auch zum Teil ausführliche Einzelbeispiele zur Qualifizierung der Frauen und die Aufzählung von Einrichtungen, die den Frauen die Arbeit erleichtern sollen und die zu ihrer Qualifizierung geschaffen wurden, sind meist der Hauptinhalt solcher Abschnitte. Oft wird die Gründung des Frauenausschusses im Betrieb erwähnt, selten wird, wie zum Beispiel in der Betriebsgeschichte der Energieversorgung Magdeburg, über ihre Arbeit geschrieben.<sup>32</sup>

Der alte Adam lugt manchmal noch durch die Zeilen einer von Männern geschriebenen Betriebsgeschichte, wenn wir zum Beispiel über die Frauen im Steinkohlenwerk "Karl Marx" lesen: "Es ist verständlich, daß sie sich neben den Männern erst behaupten mußten. Doch sie haben gezeigt, daß die Leistungen denen ihrer männlichen Kollegen nicht nachstehen."<sup>33</sup> Die Betriebsgeschichte der Filmfabrik Wolfen zitiert dagegen die Worte einer Frau, die die Betriebshistoriker aufhorchen lassen sollten, "daß es nicht immer leicht war, sich als Frau durchzusetzen, besonders in den ersten Jahren nach 1945. Das Umdenken von gestern auf heute, die Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau, fiel doch den meisten Männern äußerst schwer."<sup>34</sup> Weil die Betriebsgeschichten wohl oft von Männern geschrieben werden oder von Frauen, die nicht im nachhinein das Selbstgefühl ihrer Kollegen schwächen wollen, gibt es noch keine Betriebsgeschichte, die an einer solchen Stelle einmal untersucht, wie schwer die Männer den Frauen die großartige Entwicklung, die sie insgesamt trotz oft formaler Beachtung von Gesetzen und Beschlüssen nahmen, gemacht haben.

Die Entfaltung eines sozialistischen Kulturlebens wird von allen Betriebsgeschichten oft sogar sehr ausführlich und mit vielen Bildern dargestellt. Es gibt keinen Betrieb, der nicht auch auf diesem Gebiet Erfolge aufzuweisen hätte, und Beispiele hierfür zu geben erscheint überflüssig. Eines aber fällt auf: Kulturarbeit im Betrieb ist meist eines der letzten Kapitel in der Betriebsgeschichte. Dies ist zwar oft sehr liebevoll geschrieben und ausgestaltet und fällt meist dadurch besonders ins Auge, aber es erscheint doch abgesondert von der Entwicklung der Produktion, der Leitungstätigkeit und der gesellschaftlichen Arbeit, die in den übrigen Kapiteln dargestellt wurden. Auf diese Weise erscheint die Kulturarbeit als Anhängsel, was sie schon in vielen Betrieben nicht mehr ist. Es kommt darauf an, in den Betriebsgeschichten die Entwicklung der Menschen des Betriebes allseitig darzustellen, deshalb sollte auch die Kulturarbeit in der Darstellung direkt einbezogen werden. Ein Beispiel hierfür könnte das Kapitel "Gewachsene Einheit ökonomisch-kultureller Leistungen" der Betriebsgeschichte des Automobilwerkes Eisenach geben<sup>35</sup> - in dem mit Erfolg versucht wird, diese Einheit darzustellen -, wenn es nicht auch nur wieder ein kleines vorletztes Kapitel wäre.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Betriebsgeschichtsschreibung der DDR, die in den letzten zehn Jahren eine starke Verbreitung gefunden hat, den Aufbau des Sozialismus in den Betrieben in weitaus umfassenderer Form untersucht und darstellt als das im vorhergehenden Jahrzehnt der Fall war. Die Betriebsgeschichtsschreibung selbst ist nicht zuletzt eine wichtige Errungenschaft des sozialistischen Aufbaus, die es künftig in den hier ange-deuteten Richtungen weiter zu verbessern gilt.

32 Krüger, Ulrich/Boerner, Ernst, a. a. O., S. 90 f.

33 Von den Brückenberggeschächten zum VEB Steinkohlenwerk "Karl Marx", Zwickau, 1859 - 1959, a. a. O., S. 187.

34 Schmelzer, Janis/Stein, Eberhard, a. a. O., S. 229.

35 Seht, was aus uns geworden ist! a. a. O.

- Falk, Waltraud, Dr. rer. oec. habil., Professor mit Lehrauftrag, Leiter des Bereichs Wirtschaftsgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Fiedler, Ernst, Wissenschaftlicher Assistent, Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus/Geschichte der Arbeiterbewegung, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.
- Keil, Rudi, Dr. rer. oec. habil., Hochschuldozent, Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik, Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden.
- Kirchberg, Peter, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik, Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden.
- Klemm, Volker, Dr. phil. et agr. habil., Hochschuldozent, Leiter des Bereichs Agrarökonomie, Sektion Pflanzenproduktion, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kohlmei, Gunther, Prof. Dr. rer. pol., Forschungsgruppenleiter, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Müller, Hans, Prof. Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Sekretär des Direktors, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.
- Nagel, Hans-Jürgen, Dr. rer. oec., Redaktionssekretär, Verlag "Der Morgen", Berlin.
- Neumann, Gerd, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Lehrstuhl Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Hochschule für Ökonomie, Berlin.
- Radandt, Hans, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abteilung Betriebsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Rehbein, Elfriede, Dr. rer. oec. habil., Professor mit Lehrstuhl, Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik, Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden.
- Reißig, Karl, Prof. Dr. phil. habil., Leiter der Fachrichtung Geschichte der ökonomischen Politik der SED, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.

Roesler, Jörg, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.

Schmädicke, Jürgen, Diplomhistoriker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik, Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden.

Seifert, Helmut, Dr. rer. oec., Hochschuldozent, Sektion Marxismus-Leninismus/Staatsbürgerkunde, Pädagogisches Institut Leipzig.

Strohbach, Erich, Dr. rer. oec., Dozent, Wissenschaftsbereich Arbeitsökonomik, Sektion Sozialistische Volkswirtschaft, Hochschule für Ökonomie, Berlin.

Szewczyk, Werner, Dr. phil., Politischer Mitarbeiter, Abteilung Wissenschaften, Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.

Wehner, Heinz, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik, Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden.

Winzer, Helmut, Dr. phil., Arbeitsgruppenleiter, Parteischule "M. I. Kalinin" der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Cottbus.

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

H. Reishaus-Etzold

Die Herausbildung von monopolkapitalistischen Lenkungsorganen der Wissenschaft während der Weimarer Republik unter dem Einfluß der Chemiemonopole

H. Radandt

"100 Jahre Deutsche Bank". Eine typische Konzerngeschichte

H. Müller

Der Rathenower Bauarbeiterstreik von 1885 und die Berliner politische Polizei

H. -H. Müller

Einige Aspekte der Viehhaltung im ausgehenden 18. Jahrhundert. Eine Analyse auf Grund von Preisschriften der Preußischen Akademie der Wissenschaften über die Einführung der Stallfütterung aus dem Jahre 1788

E. Werner

Despotie, Absolutismus oder feudale Zersplitterung? Strukturwandlungen im Osmanenreich zwischen 1566 und 1699

Strukturprobleme der Arbeiterklasse - wirtschaftshistorische Aspekte

L. Zumpe

"... die einzig wirklich revolutionäre Klasse". Überlegungen zum Artikel von J. Kuczynski

H. Radandt

Wer gehört im Kapitalismus zum Proletariat?

H. Meyer

Bemerkungen über die Art der Fragestellung bei Jürgen Kuczynski:  
"Charakter, Struktur und Anzahl der Industriearbeiter im 20. Jahrhundert"

H. Handke

Entwicklung und Struktur der Arbeiterklasse im Kapitalismus

Die Entwicklung der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Industriellen Revolution und der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus und Sozialismus

II. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der VR Ungarn vom  
7. bis 10. September 1971 in Quedlinburg

T. Kolossa

Der Zusammenhang einiger Probleme der Betriebsstruktur und der Produktion in der Landwirtschaft Ungarns und Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts

I. Orosz

Arbeitskräftenachfrage und -angebot in der ungarischen Landwirtschaft im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts

M. Szuhay

Die Wirkung der staatlichen Interventionspolitik auf die landwirtschaftliche Produktion in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, insbesondere am Beispiel Ungarns

H. Nussbaum

Ökonomie, Politik und Kolonialpolitik. Bemerkungen zu Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus

H. Lehmann

Um die klassische politische Ökonomie des Bürgertums. Walter Braeuer, Frankreichs wirtschaftliche und soziale Lage um 1700. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Werke von Vauban und Boisguillebert; Marie-Elisabeth Vopelius, Die alt-liberalen Ökonomen und die Reformzeit

R. Forberger

Forschungen zur Entwicklung des Kapitalismus im 18. Jahrhundert. Bemerkungen zu Hildegard Hoffmann, Handwerk und Manufaktur in Preußen 1769 (Das Taschenbuch Knyphausen)

F. Schlette

Marxistische Forschungen zur slawischen Frühgeschichte in der DDR. Bemerkungen zu Germanen - Slawen - Deutsche. Forschungen zur Ethnogenese; Joachim Hermann, Siedlung, Wirtschaft und gesellschaftliche Verhältnisse der slawischen Stämme zwischen Oder/Neiße und Elbe; Die Slawen in Deutschland; Berichte über den II. Internationalen Kongreß für Slawische Archäologie

H. Czihak

Gedanken zur Kombinatsgeschichtsschreibung

W. Schumann

Nachkriegsplanungen der Reichsgruppe Industrie im Herbst 1944. Eine Dokumentation